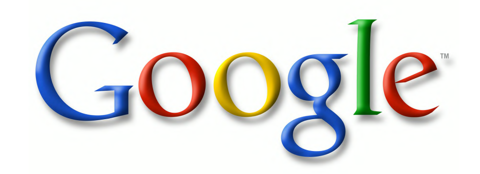
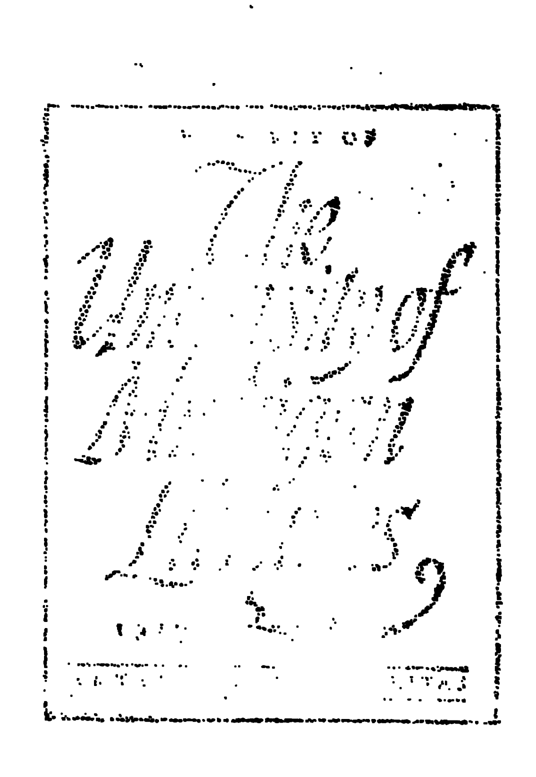
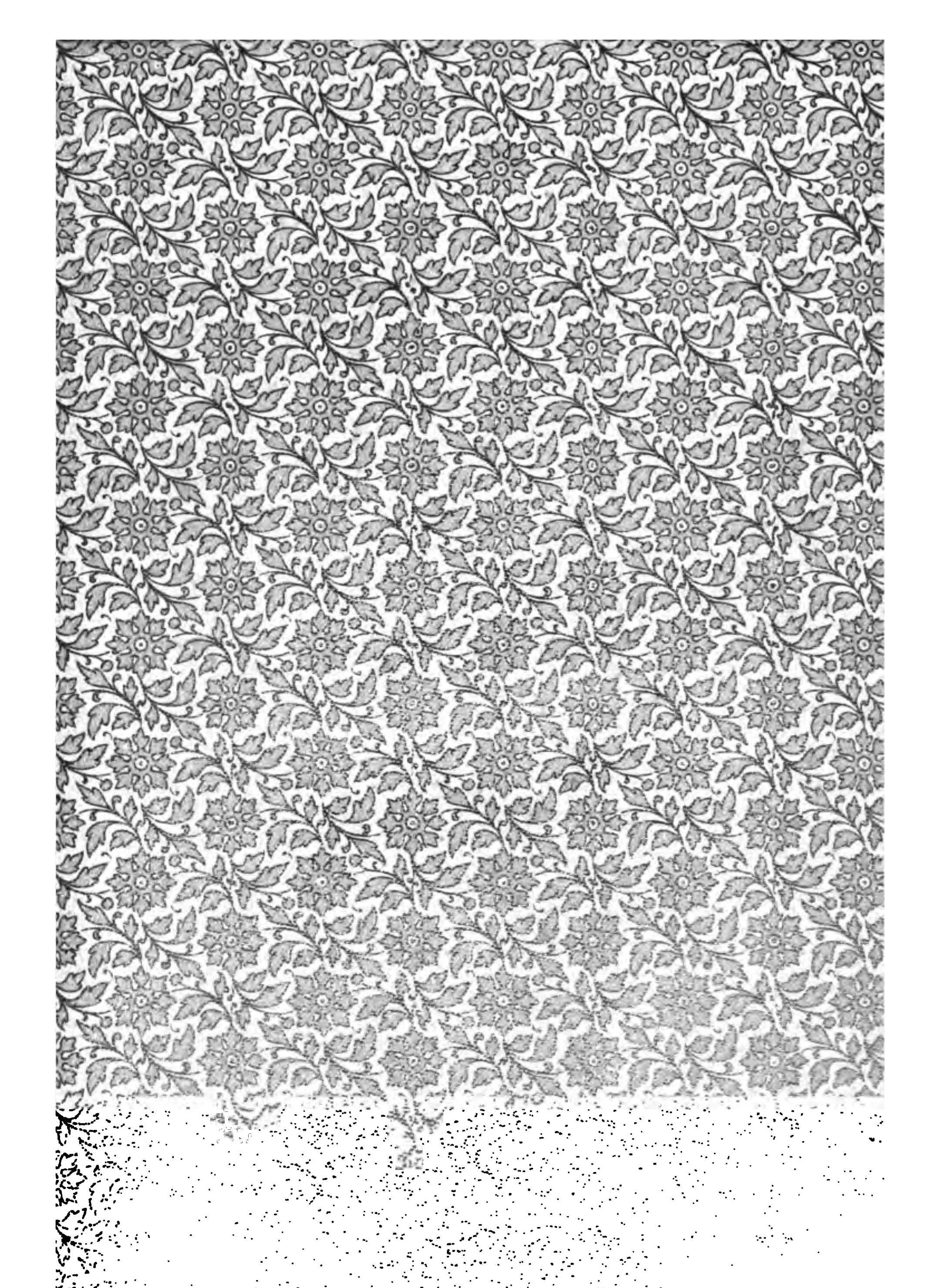
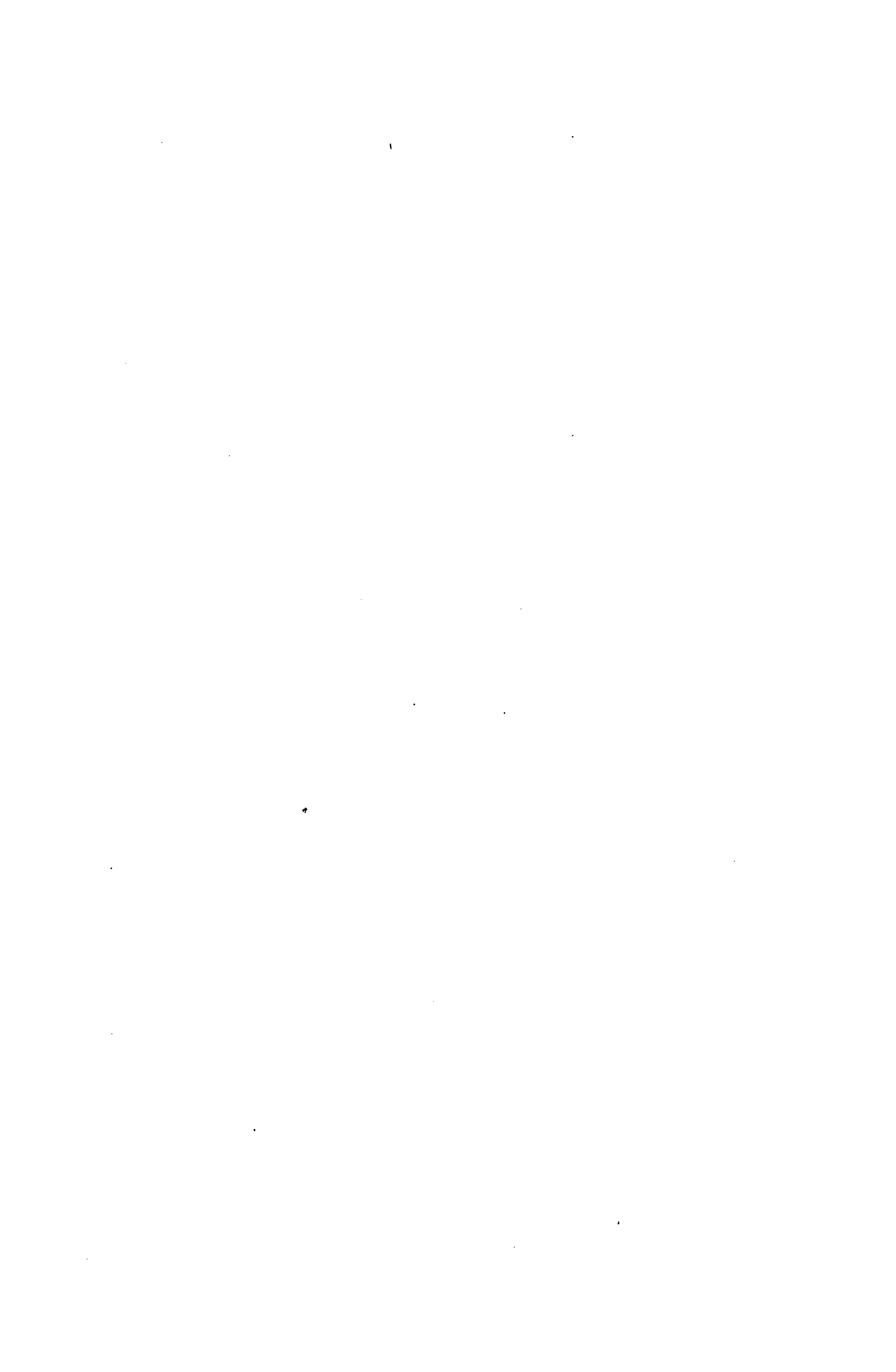












Johann Freiherr von Wessenberg.



Johann Freiherr von Wessenberg.



Johann Freiherr von Wessenberg.

Ein österreichischer Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts.

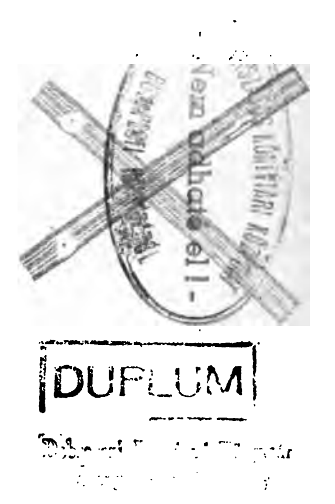
Von

Alfred Ritter von Arneth.

Zweiter Band.

1816—1858.





Wien und Leipzig.
Wilhelm Braumüller,
k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.
1898.

K. und k. Hofbuchdruckerei Karl Prochaska in Teschen.

Inhalt.

I. Die Verbündeten in Frankreich.

II. Zweiter Pariser Friede.

III. Die Frankfurter Territorialcommission.

IV. Abschluß des Territorialrecesses.

V. Dienstesunterbrechung.

VI. Die Londoner Conferenz.

VII. Rastlose Thätigkeit Wessenbergs.

VIII. Zwiespalt mit Metternich.

IX. Rückkehr aus England.

X. Stillleben in Freiburg.

XI. Weſſenbergs Tagebuch.

XII. Das Jahr 1848.

XIII. Wessenberg als Minister des Aeußern.

XIV. Wessenberg und Radetzky.

XV. Der Octoberaufstand.

XVI. Rücktritt vom Ministerium.

XVII. Wessenbergs brieflicher Verkehr.

XVIII. Die letzte Lebenszeit.

I.

Die Verbündeten in Frankreich.

Nicht für Wessenberg allein war das, was zu jener Zeit aus dem Hauptquartier des Kaisers nach Wien geschrieben wurde, sehr erfreulicher Natur. In den vertraulichen Briefen Metternichs an den Staatsrath Hudelist, der während seiner Abwesenheit an der Spitze der Staatskanzlei stand, spricht sich die Entschlossenheit, Napoleon bis aufs Aeußerste zu bekämpfen und zu diesem Ende das engste Einvernehmen zwischen den verbündeten Mächten unter jeder Bedingung aufrecht zu erhalten, so unzweideutig aus, daß dieß nur wohlthuend berühren kann. Nichts ist dabei von jenen Hintergedanken zu verspüren, die ihm so häufig und nicht selten mit so viel Unrecht angedichtet werden. Offen, und weil ganz seiner eigenen Individualität entstammend, auch aufrichtig gemeint ist das Urtheil, welches er über die auf dem Kriegsschauplatze handelnd auftretenden Personen fällt. Und auch dort, wo es, wie über die ersten Unternehmungen Blüchers, tadelnd lauten muß, ist es mit so viel Wohlwollen und später mit so viel Anerkennung des in so ruhmvoller Weise Geleisteten gepaart, daß es als ein durchaus unparteiisches erscheint. Jedenfalls ist es himmelweit entfernt von jenem hämischen Tone, welchen man Metternich gegenüber auch dann anzuschlagen liebt, wenn von den Zeiten gesprochen wird, in denen sein Wirken in der That ein glänzendes war.

Ein Paar Auszüge aus Briefen Metternichs an Hudelist mögen das hier über ihn Gesagte überzeugend darthun.

„Ich fand hier Alles", schreibt er am 18. Juni aus Heidelberg, „in guter Ordnung, und hieher rechne ich besonders die größte Uebereinstimmung zwischen den Monarchen und den Generalen. Der Operationsplan ist ganz vorbereitet gewesen, man wollte ihn aber

nicht vollständig abschließen, bevor ich nicht hier eingetroffen war, was um so leichter ausführbar erschien, als die Bewegung der Truppen in jeder Hypothese für die ersten Märsche dieselbe bleiben mußte. Es war mir nicht schwer, mich ganz mit der Meinung des Fürsten Schwarzenberg zu vereinigen, welcher der russische Kaiser auch vollständig beitrat. So Gott will, führen wir ein großes Werk aus. Die Armee ist in dem trefflichsten Stande, von dem besten Geiste beseelt und mit Vorsicht und Kraft an dem gehörigen Orte wird die Sache gelingen."

„Die Gefechte vom 16. Juni [1])," heißt es in einem Briefe Metternichs an Hudelist vom 20., „sind eine bedauerungswürdige Rodomontade des Feldmarschalls Blücher. Ueberzeugt, daß Bonaparte ihn nicht angreifen werde, hatte er alle seine Streitkräfte in Cantonirung, als Bonaparte bereits auf der Grenze und schlagfertig stand. Am 15. wurde er angegriffen und es scheint, daß er sich am 16. bon gré mal gré mit einer außerordentlichen Inferiorität schlagen mußte, um den Feind zu verhindern, ein Paar Corps in den Cantonirungen aufzuheben. Die beispiellose Tapferkeit seiner Truppen, seine eigene Bravour hielten den Feind auf, am Abende aber ist die französische Cavallerie, in große Massen formirt, durch das Centrum gebrochen und hat die Preußen, welche wohl fünfzehn bis sechzehntausend Mann verloren und ebensoviel todtschlugen, zum Rückzug gezwungen, den Blücher ohne besondere Ursachen d'emblée hätte ergreifen sollen."

„Wellington hat meisterhaft gefochten und es steht nun zu erwarten, was am 18. oder am 19. vorgefallen sein wird. Wellington hat dem Fürsten Schwarzenberg sagen lassen, daß er am 17. mit allen seinen Streitkräften versammelt und an Blücher angeschlossen sein werde, um bestimmt am 18. die Schlacht anzunehmen, oder falls Bonaparte sie refüsiren sollte, augenblicklich die Offensive zu ergreifen."

„Für Napoleon ist diese Affaire als erste etwas recht erwünschtes. Für uns ist sie ganz gleichgiltig, wenn er auch am 18. einen sicher sehr theuer erkauften Sieg erkämpft haben sollte."

Schon an dem Tage nach Absendung dieses Schreibens, und zwar am 21. Juni um acht Uhr Abends schickte Metternich an Hudelist

---

[1]) Bei Ligny.

die Siegeskunde von Belle-Alliance mit dem Befehle, sie unverzüglich durch Extrablätter allgemein zu verbreiten. „Sie erhalten hiemit," schrieb er ihm, „eine ganz außerordentliche, auf das Resultat des Krieges direct einwirkende Nachricht. Wellington hat hier die Palme davon getragen. Blücher hat das Seinige brav und tapfer dazu gethan, alles leichtsinnige der früheren Tage ist groß und herrlich ausgewetzt. Es steht nun zu vermuthen, daß wir ohne bedeutende Gefechte nach dem Innern Frankreichs dringen werden, und das Schicksal Napoleons dürfte sich auf dem Schlachtfelde des 18. entschieden haben."

„Daß Bonaparte sein Spiel verloren hat," heißt es in einem Schreiben Metternichs vom 26. Juni, „ist sicher, wir können nun aber auch den Jacobinern den Triumph nicht gönnen." Sein eigenes Streben sei, fährt er fort, auf nichts so sehr als darauf gerichtet, die Einigkeit unter den Verbündeten aufrecht zu erhalten. Zu bedeutenderen kriegerischen Ereignissen werde es wahrscheinlich nicht mehr kommen, und das diplomatische Geschäft sei nun wieder wichtiger als das militärische geworden.

Sich an diesen „diplomatischen Geschäften" persönlich betheiligen zu können, schien Wessenberg lebhaft zu wünschen. Er faßte daher, ohne, so weit wir sehen, eine eigentliche Berufung in das Hauptquartier erhalten zu haben, aus eigenem Antriebe den Entschluß, sich dorthin zu verfügen. Am 2. Juli verließ er Wien und begab sich in langsamen Tagereisen nach München, wo er eigentlich noch immer beglaubigt war. Aber er verweilte nur wenige Tage in dieser Stadt, die er schon am 9. wieder verließ. Er ging vorerst nach Baden-Baden, von wo er dem Kaiser Franz, der nach Napoleons Niederwerfung am 10. Juli in Paris eintraf, alsbald dahin nachfolgte.

Wie sehr hatte sich doch binnen Jahresfrist in der Hauptstadt Frankreichs Alles verändert! „Wir haben nun hier Fuß gefaßt," schrieb Metternich am 15. Juli von dort an Hudelist, „ungefähr als wären wir nie von hier gewichen. Aber welcher Unterschied zwischen den Jahren 1814 und 1815! Wie hat sich der Geist verschlimmert! Wäre damals geschehen was nun geschehen wird, hätte die königliche Regierung das Alte dem Nützlichen aufgeopfert, hätte sie Alles auf die Sache und wenig auf die leere Form gehalten, wahrlich, von alledem was geschehen ist, wäre vielleicht nichts eingetreten! Nun ist das damals leichte schwer."

Auch in Aeußerlichkeiten machte die in Paris eingetretene Veränderung sich in fühlbarster Weise geltend. Waren in den ersten Apriltagen des verflossenen Jahres die Truppen der Verbündeten gleichsam als Befreier aufgenommen und deshalb mit Jubel begrüßt worden, hatten sie auch ihrerseits die Freuden des üppigen Lebens in Paris mit vollen Zügen genossen, so trat ihnen jetzt die Feindseligkeit, ja der Haß der einheimischen Bevölkerung auf Schritt und Tritt entgegen. Die Ursachen einer so vollständigen Umwandlung sind nicht schwer zu ergründen. Einerseits hatte die Bewunderung für Napoleon in Folge seiner so äußerst gewagten, wenngleich schließlich gescheiterten Unternehmung einen neuen Aufschwung genommen, und andererseits das bourbonische Regiment, nachdem es kaum ein Jahr in Frankreich geherrscht, so ziemlich Alles gethan, um sich seiner freilich recht schwierigen Aufgabe durchaus nicht gewachsen zu zeigen und sich in hohem Grade unbeliebt zu machen. Daß Ludwig XVIII., gleichsam als ob inzwischen gar nichts geschehen wäre, schon zwei Tage vor den verbündeten Monarchen, aber doch nur unter dem Schutze der englischen und der preußischen Streitkräfte nach den Tuilerien zurückkehrte und dadurch neuerdings von dem Throne Frankreichs Besitz nahm, auf den ihn nur eine geringe Minderzahl des eigenen Volkes zurückwünschte, konnte ihm die Herzen der Franzosen nur noch mehr entfremden. Und nicht wenig trug hiezu, das läßt sich nicht leugnen, auch das allzu schroffe Auftreten der preußischen Heerführer bei. Trunken von freudigem Stolze auf ihre großartigen Erfolge in diesem kurzen, aber gigantischen Kampfe, und voll heißer Begier, nun auch eines glanzvollen Lohnes für so viel Muth und Ausdauer theilhaft zu werden, zeigten sie dieses Begehren und ihre tiefe Erbitterung gegen die neuerdings Besiegten doch in allzu herausfordernder Weise. Man braucht wohl nichts Anderes zu erwähnen, als Blüchers auf Gneisenau's Betreiben [1]) gefaßten und zum Theile schon ins Werk gesetzten Entschluß, die Brücke von Jena nur um des Namens willen, den sie trug, in die Luft sprengen zu lassen, um zu ermessen, bis zu welchem Grade der Erhitzung die Leidenschaftlichkeit der preußischen Generale gediehen war. Daß da Leute sich fanden, welche mäßigend auf sie einzuwirken suchten, wird denen, die dieß thaten, nur zur Ehre anzurechnen sein.

---

[1]) Delbrück. Das Leben Gneisenau's. II. 259.

Waren schon die Monarchen, die Kaiser von Oesterreich und von Rußland sowie der König von Preußen dieselben, die im vergangenen Jahre in Paris eingezogen waren, so befand sich jetzt in ihrem Gefolge auch bei weitem die Mehrzahl der Staatsmänner, die an den dortigen Verhandlungen sowie an denen des Wiener Congresses theilgenommen hatten. Nur finden wir in der Conferenz, welche sich vor der Hand ausschließlich aus den Delegirten der vier Großmächte bildete, das militärische Element weit zahlreicher vertreten als dies früher der Fall war. Denn während in Wien nur wenige eigentliche Kriegsleute den Verhandlungen als Stimmführer beigewohnt hatten, war dieß jetzt nicht nur von Seite Wellingtons, sondern neben ihm auch noch von derjenigen Schwarzenbergs, Gneisenau's und Knesebecks fast beständig der Fall. Nur selten erscheint auch Wolkonsky bei diesen Sitzungen, welche, drei und fünfzig an der Zahl, vom 12. Juli bis zum 21. September abgehalten wurden. Auffallend ist es, daß Wessenberg nur ein einziges Mal, am 17. September unter den hiebei Anwesenden angeführt wird. Dieser fast einer Ausschließung gleichende Umstand muß um so mehr verwundern, als auch jetzt wieder Wessenberg an Metternichs Seite als zweiter Bevollmächtigter Oesterreichs in dem Augenblicke auftritt, in welchem es zum Abschlusse des zweiten Pariser Friedens mit Frankreich kommt.

Was zunächst den Geschäftsgang betrifft, welchen die Conferenz der vier verbündeten Mächte beobachtete, so ist es vielleicht von Werth, hierüber die Aeußerungen Metternichs zu hören. „Wie Frankreich," schreibt er am 15. Juli,[1] „ein solidarisches Ministerium hat, haben wir uns ebenfalls solidarisch gebildet. Oesterreich, Rußland, Preußen und England bilden ein Ministerium, an welches alle Eingaben der französischen Regierung gelangen und von dem alle Antworten ausgehen. Wir halten täglich um elf Uhr früh eine Conferenz des alliirten Ministeriums und Abends eine andere mit den französischen Ministern. Alle Sachen werden gemeinschaftlich erwogen, in Berathung genommen und erledigt. So haben wir Einheit in den Maßregeln und so wird ein schweres Problem gelöst."

„Diese Einheit ist um so nöthiger, als die preußische Armee ganz verrückt vorgegangen ist und in allen ihren Maßregeln tugendbündelt. Wenn wir Preußen vorangehen ließen oder seinem Beispiele

[1]) An Hudelist.

folgten, würden wir ohne Zweifel in kürzester Zeit ganz Frankreich im Aufstande sehen. Daran liegt freilich dem Tugendbunde nicht viel, denn er will nur trübes Wasser, aber die Freude soll er dennoch nicht genießen."

„Lord Castlereagh und Wellington sind vortrefflich. Der Kaiser Alexander führt sich ebenfalls sehr gut auf, er geht bis jetzt den geradesten und vernünftigsten Weg; Gott gebe, daß es so bleibe. Er ist auf dem besten Fuße mit uns, und wenn irgend eine Spannung besteht, so ist sie mit Preußen weit eher. Die Baiern und Württemberger plündern ganz jämmerlich, und es ist kein Wunder, daß auf ihren Heereszügen die Bauern den Wäldern zueilen."

„Napoleon ist an Bord seiner Fregatte zu Rochefort. Am 12. war er noch nicht abgesegelt, weil der Hafen auf das Engste blockirt ist. Ich hoffe mehr als ich glaube, daß wir ihn fangen. Er hat zu viele Schleichmittel und Wege, um so leicht in unsere Hände fallen zu können. Man hat die gemessensten Befehle gegeben, ihn festzuhalten. Der Ort und die Garnison von Rochefort scheinen ihm zugethan zu sein, die Fregatte ist ganz mit ihm ergebenen Individuen bemannt."

Die hier ausgesprochene Befürchtung Metternichs ging jedoch nicht in Erfüllung. Schon mit der Nachricht, daß Napoleon auf dem Bellerophon sein Schicksal erwarte, konnte er nach Wien schreiben, dasselbe werde ihn wahrscheinlich nach St. Helena führen.[1])

Ungestörter als bisher vermochten die Verbündeten sich jetzt den ihrer harrenden Aufgaben zu widmen, welche Metternich in zwei von einander verschiedene, aber doch in innigem Zusammenhang stehende Hauptpunkte theilt. Einerseits sollte die augenblickliche Besetzung Frankreichs für die Finanzen und die Heere der Alliirten so nützlich als möglich gemacht und andererseits Alles aufgeboten werden, um Frankreichs äußere und innere Verhältnisse so zu ordnen, daß hieraus für die Zukunft die thunlichste Sicherstellung für Europa erwachse.[2])

Aber freilich gingen die Ansichten der Verbündeten über die Forderungen, welche zur Erreichung dieser beiden Zielpunkte an Frankreich gestellt werden sollten, ziemlich weit auseinander. Während die Einen, die Preußen, in Folge der nach ihrer Meinung gänzlich veränderten Umstände ihre Begehren nicht hoch genug spannen zu

---

[1]) An Hudelist. Paris, 28. Juli.
[2]) An Hudelist. Paris, 20. Juli.

können glaubten, war nach der Anschauung der Anderen, der Engländer, eigentlich Alles beim Alten geblieben. Wie sie sagten, war ja der König, mit dem man es zunächst zu thun hatte, schuldlos an dem nur von Napoleon herbeigeführten Ausbruche des Krieges, und daher sollte man auch ihn und sein Land mit neuen Opfern verschonen.

Bemerkenswerth ist es, daß gerade die zwei Staaten, deren Regierungen einen so verschiedenartigen Standpunkt einnahmen, England und Preußen es waren, deren glänzende Waffenthaten die so rasche Beendigung des Krieges herbeigeführt hatten. Zwischen ihnen standen Oesterreich, dessen Streitmacht verhältnißmäßig nur wenig, und Rußland, das kaum irgend etwas zu dem errungenen Siege beizutragen vermocht hatte. Letzteres aber, welches doch während der Wiener Congreßverhandlungen, so lang sein eigener Vortheil dabei im Spiel war, fest zu Preußen gehalten hatte, stellte sich jetzt demselben fast überall in den Weg und trat an Englands Seite für Frankreich ein. Oesterreich hingegen neigte, obgleich Metternich persönlich sehr für die russischen und die englischen Staatsmänner, insbesondere für Wellington eingenommen war, doch hinsichtlich der an Frankreich zu richtenden Begehren mehr zu den Preußen, aber es trachtete doch auch dort, wo sie ihm allzu weitgehend zu sein schienen, einen mäßigenden Einfluß zu üben. Vor Allem jedoch hielt es nach wie vor an dem Gedanken fest, nur ja die Uebereinstimmung zwischen den verbündeten Mächten nicht schmälern oder gar scheitern zu lassen. Um dieß zu erreichen, müsse man, meinte Metternich, darauf bestehen, eine eigentliche Verhandlung mit Frankreich zu vermeiden und ihm das, worüber die Alliirten sich einmal verständigt hätten, als ihren peremptorischen Willen zu erklären. Und er glaubt sich in der That des innigen Zusammenhaltens der verbündeten Mächte nur beloben zu dürfen. „Die Einigkeit zwischen den Cabineten," schreibt er hierüber am 11. August an Hudelist, „ist eine vollkommene. Es geht sicherlich in den Wiener Conferenzen stürmischer zu als in den unsrigen, wo alle Kraft der ersten Mächte ruhig und gelassen ausgesprochen wird."

Was nun Wessenberg anging, so war er zwar persönlich an den Verhandlungen der Ministerconferenz fast gar nicht betheiligt, aber doch weit davon entfernt, sich zum Stillschweigen über die so unendlich wichtigen Fragen verdammen zu lassen, die daselbst zur Erörterung kamen. Insbesondere war es die bedeutsamste unter ihnen,

die das Verhältniß der verbündeten Mächte zu Frankreich betraf, über welche er in einer eigenen Denkschrift sich aussprach. [1])

An die Spitze seiner Auseinandersetzungen stellt Wessenberg die Betrachtung, daß die Alliirten Angesichts der Welt die Erklärung abgegeben hätten, nicht wider Frankreich, sondern nur wider Napoleon und dessen Anhänger führten sie den Krieg. Die Aufrechterhaltung des Pariser Vertrages sei der ausgesprochene Endzweck ihres Bündnisses gewesen. Es könne somit von einer Eroberung auf Kosten Frankreichs umso weniger die Rede sein, als ja die Königswürde an Ludwig XVIII. zurückgekehrt sei, mit welchem die Verbündeten niemals Krieg geführt hätten. Hiezu komme außerdem der noch wichtigere Umstand, daß nun jede Frankreich zugemuthete Abtretung die Continentalmächte neuerdings in einen für Europa verderblichen Wettstreit versetzen und Alles wieder gefährden würde, was man bis jetzt zur Wiederherstellung und Befestigung der öffentlichen Ruhe zu erreichen vermocht habe.

Was man dagegen zu begehren berechtigt sei und was unmittelbar mit dem Endziele des gegenwärtigen Krieges zusammenhänge, das seien Bürgschaften für die Zukunft von Seite einer Macht, welche trotz den von ihr erlittenen Unglücksfällen und Verlusten doch noch genug Mittel besitze, ihre Nachbarn zu bedrohen, und die es unter den verschiedensten Regierungsformen niemals aufgegeben habe, ein für die anderen Staaten verhängnißvolles Uebergewicht für sich in Anspruch zu nehmen. Freilich sei Frankreich in dem gegenwärtigen Augenblicke gar nicht im Stande, irgend eine moralische Sicherstellung zu gewähren. Die Politik seiner Regierung und die persönliche Stimmung seines Staatsoberhauptes seien so lang für gar nichts zu achten, als nicht die Nation ihr Gleichgewicht wieder erlangt haben werde. In dem Augenblicke aber, in welchem dieß geschähe und das französische Volk sich in größerer Uebereinstimmung mit seiner Regierung befände, würden vielleicht jene Politik und jene Stimmung einen weniger friedlichen Charakter annehmen als dieß gegenwärtig der Fall sei; man müsse sich daher nach wirksameren Bürgschaften umsehen. Wessenberg meint dieselben in einer Schwächung Frankreichs sowohl in finanzieller als in militärischer Beziehung erblicken zu sollen. Den

[1]) Undatirt. Sie führt die Ueberschrift: Considérations sur la situation des Puissances alliées vis-à-vis de la France und trägt von Metternichs Hand den Vermerk: „Par le Baron de Wessenberg."

ersteren Zweck sucht er dadurch zu erreichen, daß Frankreich eine Kriegscontribution von sechshundert Millionen, also ungefähr eines Jahreseinkommens dieses Staates auferlegt werde, den zweiten aber, indem man es seiner bisherigen Ausfallsthore gegen Deutschland beraube und es dadurch in die Unmöglichkeit versetze, nach dieser Richtung hin einen Angriffskrieg zu führen. Wenn man zu diesem Zwecke die Abtretung Landau's und des kleinen Districtes südlich von der Queich verlange, der im vergangenen Jahre hinzugefügt worden sei, so verstoße man dadurch noch nicht gegen den Grundsatz, die Integrität Frankreichs nicht antasten zu lassen. Hüningen aber, welches gleichzeitig Basel bedrohe und den Rheinübergang sichere, müsse auf jeden Fall rasirt werden. Und endlich handle es sich um Straßburg, das eigentlich mehr ein verschanztes Lager, beschützt von einer Citadelle, als eine Festung sei. Unmöglich könne es verletzend auf die Eigenliebe der Franzosen wirken, wenn man die Abtragung der die Stadt umgebenden und der auf den Rheininseln befindlichen Werke verlange, die Citadelle aber in ihrem gegenwärtigen Zustande belasse. Denn sie sei hinreichend, um von dieser Seite einen Einfall in Frankreich zu vereiteln.

Wenn er aus dem gleichen Grunde wie die Abtretung von Landau auch diejenige von Saarlouis von Frankreich begehrt, so hat Wessenberg hiemit auch schon die Opfer erschöpft, die er ihm aufzuerlegen anräth. In Widerspruch setzt er sich hiedurch mit den preußischen Staatsmännern, die zwar gleichfalls Frankreich an seiner Ostgrenze schwächen, ihm aber außerdem beträchtliche Abtretungen zumuthen wollten. Als die bedeutsamste unter ihnen ist die von dem Freiherrn von Stein und dessen Freunden in Vorschlag gebrachte des Elsaß zu betrachten, als dessen neu einzusetzenden Oberherrn sie den Erzherzog Karl bezeichneten.

Es ist eine bisher unbewiesene Behauptung, daß durch diesen Antrag nur der Widerwille des gegen seinen Bruder allzeit mißtrauischen Kaisers Franz erregt worden sei. Aber selbst dieß zugegeben, war es sowohl für Deutschland wie für Oesterreich, nach den Erfahrungen der neuesten Zeit zu urtheilen, wohl nur ein Glück, daß jenes nicht hinreichend überlegte Project niemals zur Ausführung kam. Wäre auch vielleicht die Einsetzung des Erzherzogs in das ihm zugedachte Besitzthum nicht allzu schwer gelungen, so würde doch dessen Erhaltung in demselben fast unmöglich gewesen sein. Wie

hätte ein Fürst, dem es an eigener Hausmacht vollständig fehlte, seine Herrschaft in einem Lande befestigen können, dessen Bewohner ihm voraussichtlicher Weise wenigstens in ihrer sehr großen Ueberzahl nicht die geringsten Sympathien entgegengebracht, sondern ihm nur Abneigung gezeigt, ja vielleicht sogar offenen Widerstand geleistet haben würden. Der Erzherzog hätte sich also entweder baldigst aus dem Elsaß zurückziehen müssen oder sich dort nur mit der gewaffneten Hilfe Deutschlands und Oesterreichs zu behaupten vermocht. Die hiefür nothwendigen Opfer, selbst den nicht gerade wahrscheinlichen und ihm auch kaum zuzumuthenden guten Willen Preußens vorausgesetzt, deren recht empfindliche für die Erhaltung eines österreichischen Erzherzogs in dem ihm zugewiesenen Besitzthum zu bringen, wären nicht nur für dieses, sondern auch für das noch überdieß so entfernt liegende Oesterreich wahrhaft aussaugende gewesen.

Auch in einer zweiten Denkschrift — vom 23. August[1]) — kommt Wessenberg auf seinen früheren Gedankengang zurück und entwickelt ihn in noch ausführlicherer Weise. Neuerdings setzt er auseinander, wie wünschenswerth es sei, daß man sich Frankreich gegenüber auf einige Abtretungen an der Grenze, auf eine Schwächung seines Festungssystems und auf Einhebung einer Kriegscontribution beschränke. Binnen wenig Tagen könnten die Verhandlungen mit diesem Staate beendigt sein, wenn man sich nicht mit Eroberungsabsichten trage und gegen den Geist der Rache und der Wiedervergeltung sich von vornherein abwehrend verhalte. Wenn man Frankreich durch zu weitgehende Forderungen zu sehr erniedrige, erschüttere man selbst den so eben erst neu aufgerichteten Thron, an dessen dauernder Befestigung den verbündeten Mächten doch sehr viel gelegen sei.

Zwei Fragen seien es insbesondere, fährt Wessenberg fort, über welche zwischen den Verbündeten eine Meinungsverschiedenheit herrsche. Die eine bestehe darin, ob man Frankreich immerdauernde Bürgschaften oder deren nur für eine bestimmte Zeit auferlegen solle. Und bei der zweiten handle es sich um die Belassung einer großen, aus fremden Truppen gebildeten Armee in Frankreich zu dem ausgesprochenen Zwecke, der dortigen Regierung als Schutzwehr zu dienen. In ersterer Beziehung meint Wessenberg, es sei mehr im Interesse der Verbündeten gelegen und zugleich weniger demüthigend für Frank-

[1]) Mit der Ueberschrift von Metternichs Hand: Memorandum du Baron de Wessenberg sur les demandes à former à la France.

reich, wenn man von ihm nur die augenblickliche Abtretung einiger Grenzplätze und ihrer nächsten Umgebung verlange, als wenn man die Occupation einer größeren Anzahl von Festungen und weiter Gebietsstrecken durch eine längere Reihe von Jahren in Anspruch nehmen wollte. Und wenn es für den König leichter sein würde, in den Augen seines Volkes eine einmalige Abtretung weniger Plätze als die langdauernde Besetzung französischen Gebietes durch fremde Truppen gerechtfertigt erscheinen zu lassen, so spiele die Beantwortung der ersten Frage bei derjenigen der zweiten mit. Wäre es schon nachtheilig für die Interessen des Königs, längere Zeit ausländische Streitkräfte auf französischem Boden verweilen zu sehen, so würde es noch unendlich viel schädlicher für ihn sein, wenn man sich hiefür des Vorwandes bedienen wollte, seine Person zu beschützen. Das würde ihn in den Augen seines Volkes völlig zu Grunde richten und jede Aussöhnung zwischen ihnen vereiteln. Nicht die fremden Armeen seien es, welche Ludwig XVIII. auf dem französischen Throne zu befestigen vermöchten. Er sei unwiderruflich verloren, wenn er sich dort nicht aus eigener Macht zu erhalten verstehe, wenn ihm die Kraft, aus sich selbst zu regieren, und die Weisheit fehlten, dieß vermittelst einer den Verhältnissen angemessenen Verfassung zu thun.

Für Frankreich wie für die Verbündeten sei nichts so nothwendig, als möglichst bald zu Ende zu kommen, und andauernde Ungewißheit würde für beide Theile nur nachtheilig sein. Uebrigens könne ein längerer Aufenthalt auf fremdem Gebiete auf die Truppen der Alliirten nur demoralisirend wirken, und möglicher Weise würden die Ideen von Militärdespotismus und von Volksvertretung, welche in der letzten Zeit in eine so eigenthümliche Wechselwirkung getreten seien, für die verbündeten Regierungen noch nachtheiligere Wirkungen hervorbringen, als dieß selbst die Gewaltherrschaft eines Napoleon vermochte. Diese Betrachtungen sollten einen größeren Einfluß auf die zu fassenden Entschlüsse üben, als die Begier, einige Quadratmeilen oder einige Millionen mehr für sich zu erlangen.

Am Schlusse dieser Ausführungen erneuert Wessenberg seine früheren Vorschläge hinsichtlich der an Frankreich zu richtenden Begehren. Nur ist die Beseitigung der Außenwerke Straßburgs darin nicht mehr berührt, dagegen wird die Abtretung von Saarbrück, dann einiger Plätze und Gebiete zu Gunsten des Königreiches der Niederlande und endlich des französischen Savoyens an Sardinien gefordert.

In einem Anhange zu dieser Denkschrift veranschlagt er ganz in der beim Wiener Congresse beobachteten Weise das Opfer, welches Frankreich hieraus erwüchse, auf 300.000 Seelen, wovon etwa ein Drittheil Deutschland zu Gute käme. Straßburg wird darin neuerdings als ein für die Nachbarn höchst gefährlicher Punkt hingestellt, und wenn der Vorschlag wegen Demolirung dortiger Fortificationen nicht wiederholt wird, so erklärt sich dieß vielleicht dadurch, daß es sich dabei nicht um eine Abtretung handelt, während Wessenberg hier nur mehr von solchen spricht.[1])

Hiemit ist er jedoch mit seinen Betrachtungen über das, was nach seiner Meinung geschehen sollte, um sich für die Zukunft gegen Frankreich sicherzustellen, noch nicht zu Ende. In einer etwas späteren Denkschrift[2]) stellt er die Behauptung auf, die eigentlichen Zielpunkte der Ausdehnungsgelüste Frankreichs würden allzeit Belgien und das linke Rheinufer sein; diese gegen etwaige Angriffe Frankreichs zu sichern, müsse daher vor Allem ins Auge gefaßt werden. Was Belgien betreffe, so lasse sich dieses Ziel noch am ehesten durch Verstärkung der dortigen Festungslinie gegen Frankreich erreichen. Und andererseits müsse Preußen zwischen der Mosel und der Maas ein Stützpunkt gewährt werden, um ihm nicht nur seine eigene Vertheidigung zu erleichtern, sondern auch die Möglichkeit zu gewähren, die linke Flanke Hollands zu decken. Zu diesem Ende beantragte Wessenberg die Abtretung Luxemburgs mit einem Gebiete von ungefähr fünfzigtausend Seelen an Preußen, wogegen die Forts von Charlemont und Givet an der Maas mit Landstrichen von etwa 35.000 Einwohnern von Frankreich an Holland überlassen werden sollten. Und endlich könne künftighin Limburg statt Luxemburg die specielle Domäne des Königs von Holland als Prinzen von Oranien bilden.

Außerdem erklärte sich Wessenberg dafür, daß die Erwerbung eines Bezirkes von 140.000 Einwohnern, welchen Preußen in Westphalen in Anspruch nehme, ihm auf dem linken Rheinufer zugewiesen werde, wo es auch Saarbrück und Saarlouis erhalte. Dadurch wäre es in den Stand gesetzt, die ganze Grenze von Longwy bis Saarlouis zu decken, die Mosel und die Saar zu vertheidigen und eine französische Armee, welche etwa in Brabant einrücken wollte, in deren rechter Flanke zu bedrohen.

[1]) Considérations sur les frontières de la France.

[2]) Sur le système de défense entre le Rhin et la mer du Nord.

Schließlich schlug Wessenberg vor, das ehemalige französische Departement des Donnerberges mit seiner damaligen Hauptstadt Mainz, und ebenso Landau mit seinem Gebiete entweder an Baiern oder an Oesterreich zu geben. Wenn er aber hinzufügt, daß hiedurch Frankreich drei hinreichend starke Mächte entgegengestellt würden, um ihm genügenden Widerstand zu leisten, sobald es neuerdings auf Eroberungen ausgehen wollte, so waren wohl weder Holland noch Baiern dazu gemacht, eine derartige Aufgabe in befriedigender Weise zu lösen. Und daß endlich sowohl Mainz als Landau wegen ihrer weiten Entfernung von Oesterreich für dasselbe ein Danaergeschenk gewesen wäre, läßt sich ebenfalls kaum bezweifeln.

Gleich Metternich stand, wie man sieht, auch Wessenberg mitten inne zwischen der seiner Ansicht nach zu weit gehenden Begehrlichkeit Preußens und der gleichfalls übertriebenen Nachgiebigkeit Englands und Rußlands. Man darf es daher in Wahrheit als ein Verdienst der österreichischen Staatsmänner bezeichnen, daß es gelang, die früher so weit Auseinandergehenden dahin zu bringen, schließlich doch noch über ein an Frankreich zu richtendes Ultimatum einig zu werden. Am 19. September wurde Talleyrand als das Haupt des französischen Ministeriums von der Bereitwilligkeit der Verbündeten unterrichtet, die Friedensverhandlungen mit Frankreich zu beginnen. Als Bevollmächtigte hiezu wurden von österreichischer Seite die Fürsten Metternich und Schwarzenberg, von preußischer aber Hardenberg und Humboldt bezeichnet. England wurde durch Castlereagh und Wellington, Rußland durch Rasumowsky und Kapodistrias vertreten. In der allsogleich erfolgenden Antwort Frankreichs wurden Talleyrand, Dalberg und der Finanzminister Baron Louis als die dortseitigen Delegirten genannt.[1])

Schon einen Tag, nachdem die Verbündeten den ersten Schritt zum Beginne der Friedensverhandlungen gethan, am 20. September wurden dieselben wirklich eröffnet. Castlereagh fungirte hiebei als Wortführer und er legte den französischen Delegirten die Vorschläge vor, auf deren Grundlage man mit ihnen zu verhandeln gedachte. Wenn man sie näher betrachtet, so sieht man, daß sie mannigfache Aehnlichkeit mit den Anträgen darbieten, welche von Wessenberg herrühren, daß sie aber freilich auch in wichtigen Punkten über sie hinaus-

[1]) Die „bases de l'arrangement définitif proposé à la France“ und das Vertragsproject sind abgedruckt in Talleyrands Memoiren. III. 278—284.

gehen. Die festen Plätze von Condé, Philippeville, Marienburg, Givet und Charlemont wurden nebst einigen früher belgischen Districten für die Niederlande, Saarlouis und Landau für Deutschland, Savoyen aber für Sardinien begehrt. Die Festung Hüningen sollte demolirt und niemals wieder erbaut werden. Eine Kriegsentschädigung von sechshundert Millionen hätte Frankreich zu entrichten, und außerdem eine Zahlung von zweihundert Millionen zu leisten, welch' letztere Summe zur Vergütung eines Theiles der Ausgaben dienen sollte, die für Errichtung fester Plätze in den an Frankreich grenzenden Ländern gemacht werden würden. Und schließlich wurde im Gegensatze zu den Anschauungen Wessenbergs eine auf sieben Jahre berechnete Occupation der französischen Nord- und Ostgrenze durch eine Armee von hundertfünfzigtausend Mann unter einem von den Verbündeten zu ernennenden General verlangt, deren Unterhalt Frankreich zu tragen verpflichtet sein würde.

In so bescheidenen Grenzen nun auch die Forderungen der Verbündeten sich eigentlich bewegten, so schienen sie doch dem so hochgespannten Selbstgefühl der Franzosen ganz unerträglich zu sein. Noch immer hielten diese unerschütterlich an der Fiction fest, zu welcher freilich von den Alliirten selbst durch die unvorsichtigen Worte, zu denen sie sich nach dem plötzlichen Wiedererscheinen Napoleons in Frankreich hatten hinreißen lassen, nicht wenig beigetragen worden war. Nicht wider Frankreich, sondern nur gegen den Usurpator führe man Krieg, war damals gesagt worden, und durch die Zulassung Ludwigs XVIII. zu der Allianz gegen Napoleon zeigte man sich ja selbst als mit dem legitimen französischen Könige verbündet. Von einem Alliirten aber, wurde hieraus nicht ohne anscheinende Berechtigung gefolgert, und von einem Lande, gegen das man nicht Krieg geführt habe, könne und dürfe man auch keine Opfer verlangen, dieselben mögen in Gebietsabtretungen oder in Zahlungen bestehen.

Es wurde somit Talleyrand nicht gerade schwer, die jetzigen Forderungen der Verbündeten als solche hinzustellen, welche sich mit deren damaligen Erklärungen in Widerspruch befänden. Aber er sah doch auch wieder ein, daß die Alliirten sich nicht lediglich mit leeren Worten abspeisen lassen könnten und würden, daß sie also für die höchst bedeutenden Opfer, die sie für die einzig und allein durch sie vollführte Vertreibung Napoleons und die Wiederherstellung des bourbonischen Königshauses in Frankreich gebracht, doch einige Schadloshaltung zu verlangen berechtigt seien. Deßhalb erklärte er sich zu

einer solchen sowie zur Zulassung einer provisorischen Occupation bereit, welche jedoch nur von einer weit kürzeren als einer siebenjährigen Dauer sein könne.[1])

In der scharfen Erwiederung, welche Talleyrand auf diese Erklärung von den Bevollmächtigten der Verbündeten zuging, wurde gesagt, sie seien über die Mühe erstaunt gewesen, die man sich von französischer Seite gegeben habe, um die Unanwendbarkeit des Eroberungsrechtes auf die verlangten Abtretungen darzuthun. Man folge ihm gar nicht auf jenes Gebiet, weil keine der an Frankreich gestellten Forderungen sich auch nur von fern auf das Eroberungsrecht gründe. Nichts Anderes als die Wiederherstellung der Ordnung und die Befestigung der königlichen Autorität in Frankreich hätten die Verbündeten bei ihren Maßregeln bezweckt. Sie seien aber auch überzeugt, daß Frankreich keiner dauernden Ruhe genießen könne, so lang die ihm benachbarten Völker bittere Verstimmung wider dasselbe nähren und stete Besorgnisse vor neuerdings von dort ausgehenden Beunruhigungen hegen müßten. Man habe daher das einzige Ziel im Auge, ihnen eine gerechte Genugthuung für die von ihnen dargebrachten Opfer und erlittenenen Verluste, sowie eine ausreichende Bürgschaft für die zukünftige Sicherheit ihrer Heimatländer zu verschaffen. Während dem ersten dieser Punkte von französischer Seite nicht alle Anerkennung versagt werde, beobachte man über den zweiten ein völliges Stillschweigen. Die Nothwendigkeit seiner Beachtung sei aber durch die nach dem Wiedererscheinen Napoleons eingetretenen Ereignisse ganz unbestreitbar geworden, und Frankreich müsse in seinem eigenen Interesse genügende Sicherstellung gegen deren etwaige Erneuerung gewähren. Denn nur dann vermöchte es glücklich und zufrieden zu sein, wenn auch seine Nachbarn dieß seien. Es liege auf der Hand, daß die geforderten Abtretungen nicht etwaigen Vergrößerungsabsichten, sondern lediglich der nothgedrungenen Fürsorge für jene Sicherstellung entsprängen, darum müsse man auch auf ihnen entschieden bestehen.[2])

Talleyrand behauptet, daß, als er diese Note dem Könige von Frankreich überbrachte, er ihn voll Furcht über die Wirkungen ge-

---

[1]) Die französische Note vom 21. September ist abgedruckt bei Talleyrand. III. 285—292.

[2]) Die Note der Verbündeten vom 22. September ist abgedruckt bei Talleyrand. III. 293—296.

funden habe, welche dieselbe nach sich ziehen könnte. Und in der That, der Schrecken hierüber scheint bei dem Könige kein geringer gewesen zu sein; er tritt auch in den Schreiben, die er schon am folgenden Tage mit eigener Hand an die Kaiser von Oesterreich und Rußland richtete, recht deutlich an den Tag. Insbesondere Alexander gegenüber, von dem er sich noch ausgiebigeren Schutz als von Franz versprach, verlieh er seinen Empfindungen ganz ungeschminkten Ausdruck. „In meinem Herzenskummer," sagt er zu ihm, „flüchte ich zu Eurer Majestät, um Ihnen hingebungsvoll das peinliche Gefühl auszusprechen, das mich beim Durchlesen der von den vier Mächten an mein Ministerium gerichteten Vorschläge durchdrang. Was mich dabei vor Allem aufs tiefste betrübt und mich dazu treibt, an dem Wohle des unglücklichen Frankreich zu verzweifeln, ist der niederschlagende Gedanke, daß Eure Majestät, auf den ich meine Hoffnung gebaut, die mir amtlich zugesendete Note gebilligt zu haben scheinen. Sie vermehrten noch meinen Schmerz, Sire, indem Sie in der mündlichen Unterredung, die ich gestern mit Eurer Majestät pflog, Meinungen äußerten, die sich nur wenig von den in der Note enthaltenen Ausdrücken unterscheiden, welche mich in eine um so grausamere Lage versetzen, als ich von Seite meiner Verbündeten nicht darauf gefaßt war."

Er sei allerdings, fährt der König fort, auf große Opfer vorbereitet gewesen und habe die Nothwendigkeit gefühlt, auf jenen Gebietszuwachs zu verzichten, welcher Frankreich durch den Pariser Frieden zu Theil geworden sei. Er habe eingesehen, daß er der Occupation mehrerer fester Plätze für einige Zeit zustimmen müsse, um die neu eingeführte verfassungsmäßige Ordnung vor dem verderblichen Einflusse blinder Leidenschaften zu schützen. Er habe endlich seine Pflicht nicht verkannt, die verbündeten Mächte für die von ihnen zum Heile Frankreichs aufgewendeten Kosten schadlos zu halten. Aber niemals habe er denken können, daß ihm an Stelle dieser ohnehin schon schwer genug drückenden Bedingungen noch andere auferlegt werden würden, welche den Ruin und die Entehrung in sich schlössen. Und nach einem lebhaften Appell an die Großmuth des Kaisers Alexander, nach einer dringenden Bitte um seine Verwendung bei den übrigen Verbündeten schließt König Ludwig sein Schreiben mit der Erklärung, daß er sich weigern müsse, das Werkzeug des Unterganges seines Volkes zu werden, ja daß er eher vom Throne herabsteigen werde, als dessen alten Glanz durch eine beispiellose Erniedrigung zu beflecken.

In weniger emphatischen Ausdrücken ist der Brief des Königs an den Kaiser von Oesterreich abgefaßt, der, wie es Ludwig XVIII. genau bekannt war, den Dingen eine weit nüchternere Auffassung entgegenbrachte als Kaiser Alexander. Dennoch spricht der König auch jetzt wieder von der Gefahr, in welche sein Thron, sein Volk, ja ganz Europa gerathen würden, wenn man auf den ihm vorgeschlagenen Bedingungen zu beharren gedächte. Die seinerseits angebotenen Opfer würden jedem vernünftigen Begehren genügen und gleichzeitig Frankreich noch Aussicht lassen auf seine Wiederherstellung und seine fernere Erhaltung. [1])

[1]) Beide Briefe des Königs vom 23. Sept. 1815.

II.

Zweiter Pariser Friede.

Zur Steigerung der an und für sich schon argen Gereiztheit, welche in Frankreich gegen die Verbündeten herrschte, und zu ihrer noch heftigeren Anfachung im dortigen Volke trug eine Maßregel nicht wenig bei, deren Durchführung gerade jetzt energisch in Angriff genommen wurde. Schon im 31. Artikel des Pariser Friedens hatte die französische Regierung sich zur Zurückstellung der Archive, Karten, Plane und sonstigen Documente anheischig gemacht, welche während der Napoleonischen Feldzüge in den von den französischen Truppen besetzten Ländern weggenommen worden waren. Und in dem zweiten geheimen Additionalartikel zu diesem Vertrage war noch ausdrücklich festgesetzt worden, daß auch die Acten, welche sich auf das frühere römisch-deutsche Reich sowie auf Belgien und andere ehemals österreichische Länder bezogen und aus den Wiener Archiven stammten, zurückgegeben werden sollten. Von Gemälden und ähnlichen Kunstwerken geschah in dem Tractate selbst keine Erwähnung, wohl aber hatte sich König Ludwig verpflichtet, diejenigen Objecte dieser Kategorie, welche aus fremden Ländern nach Frankreich gebracht, dort aber nicht öffentlich aufgestellt worden seien, an ihre Eigenthümer zurückgelangen zu lassen. [1]) Nun wurde zuerst von preußischer Seite die Anregung gegeben, diese Verpflichtung, deren Erfüllung bisher überhaupt noch nicht ernstlich in Angriff genommen worden war, ausnahmslos auf alle Kunstgegenstände zu erstrecken, welche von den Franzosen aus den von ihnen besetzten Ländern nach Frankreich geschleppt worden waren.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Ausdehnung, deren volle Berechtigung ja durchaus nicht bestritten werden konnte, dennoch

[1]) Metternich an Hudelist. Paris, 24. und 31. Mai 1814.

nicht von allen bisherigen Bekämpfern der Franzosen gebilligt wurde, denn gar Mancher von ihnen hätte denselben eine für sie so peinliche Demüthigung lieber erspart. Aber wer auch vollkommen einverstanden mit ihr war, den mochte doch der Grad der Begehrlichkeit, der auch bei diesem Anlasse manchmal zu Tage trat, mit Verwunderung erfüllen. Als ein bezeichnendes Symptom hiefür wird angeführt werden dürfen, daß einer der ausgezeichnetsten Männer in Preußen, Niebuhr, an Gneisenau mit dem Vorschlage herantrat, die aus Italien nach Paris gebrachten Handschriften sollten nicht mehr dahin, von wo sie gekommen waren, sondern nach Berlin geführt und von nun an daselbst aufbewahrt werden. [1])

Es wird wohl angenommen werden dürfen, daß sogar Gneisenau, obgleich sonst der leidenschaftlichste Wortführer der höchstgespannten Forderungen an Frankreich, doch ein so ungereimtes Verlangen der Conferenz gar nicht vorlegte. Ein Zeichen des vernünftigen Sinnes, der in ihr die Oberhand besaß, war es daß England, als in der Sache ganz unbetheiligt, im Namen der übrigen Regierungen das Begehren nach Zurückstellung sämmtlicher Kunstwerke an die französische Regierung richtete.[2]) Und da diese sich lediglich auf eine ausweichende Antwort beschränkte, wurde die Wegnahme jener Objecte und deren Zurückbringung nach ihren früheren Aufstellungsorten einfach befohlen.

Während bisher um die Archive, Karten und Plane kein Mensch im französischen Publicum sich gekümmert hatte, erregten jetzt die mühsamen und geräuschvollen Arbeiten zur Herabnahme und Hinwegbringung der seiner Zeit auf Napoleons Geheiß aus Venedig nach Paris gebrachten und auf dem Triumphbogen der Tuilerien, dem jetzigen Arc du Carrousel aufgestellten ehernen Pferde die tiefste Erbitterung der Franzosen. „Die ganze vergangene Nacht," schrieb hierüber Metternich am 30. September an den Kaiser Franz, welcher Tags zuvor von Paris und zwar vorläufig nach Dijon abgereist war, „die ganze vergangene Nacht arbeiteten die hiezu bestellten Individuen an dem Absägen der Pferde. Da die ganze Stelle mit dickem Eisenblech beschlagen ist, so glauben die Kunstverständigen, daß zur endlichen Wegnahme wenigstens drei Tage Arbeit nothwendig sein werden."

---

[1]) Niebuhr an Gneisenau. Berlin, 6. Juli 1815. Bei Delbrück. II. 262.

[2]) Castlereagh an Talleyrand. 11. September. Mémoires de Talleyrand. III. 265, 270.

„Auf dem Platze hatten sich während der Nacht mehrere Haufen Menschen eingefunden, welche jedoch unter starkem Schimpfen und Drohen von der aufgestellten Nationalgarde und Gendarmerie zum Weggehen gezwungen wurden. Heute den ganzen Tag war der Platz vor den Tuilerien mit Zuschauern gefüllt, welche die Vorbereitungsanstalten zur Wegnahme der Pferde beobachteten und sich über dieses Unternehmen sehr bedeutend herausließen."

Immer feindseliger wurde die Haltung der Menge, welche mit steigendem Ingrimme dem Vorgange zusah, so daß die französische Regierung erklärte, sie besorge den Ausbruch eines Aufstandes, wenn die Arbeiten während der kommenden Nacht fortgesetzt würden. Kurz darauf überbrachte der Gouverneur von Paris, der preußische General von Müffling einen Bericht des französischen Generals Dessolle, welcher um militärische Assistenz bat, da es nicht möglich sein werde, ohne sie sogar die Nationalgarde in den gehörigen Schranken zu erhalten. Angesichts dessen beschlossen Schwarzenberg und Wellington, das Unternehmen für die Nacht aufzugeben und es erst am folgenden Frühmorgen unter ansehnlicher Bedeckung fortsetzen zu lassen.

Er hoffe, fährt Metternich fort, daß es bei diesen Vorsichtsmaßregeln zu keinen Thätlichkeiten komme. Die Sache sei jedoch in jedem Falle bedauerlich, weil sie die Verbündeten in ein durchaus falsches Licht stelle, und er könne nur neuerdings darauf hinweisen, um wieviel besser der König gethan haben würde, sich gütlich abzufinden. „Da aber," mit diesen Worten schließt Metternich seinen Bericht, „das Unternehmen mit den Pferden begonnen ist, so bleibt nichts übrig, als es auszuführen, denn jedes Zurückweichen würde die Insolenz des hiesigen Publicums auf das höchste steigern. Bei diesen Pferden finden sich leider alle Parteien im Spiele. Die Royalisten sehen eine Beschimpfung des Königs in dem Unternehmen, weil es in dem Schlosse selbst stattfindet, und die Opponenten verzeihen den Schimpf nicht, welcher dem Andenken der Siege der Armee widerfährt."

Wenn auch Metternich, wie sich aus einer seiner Bemerkungen ergibt, aus Scheu vor einer allzu weitgehenden Aufregung der Bevölkerung von Paris hinsichtlich eines der in Betracht kommenden Gegenstände, der venetianischen Pferde, sich nicht ungern zu einer gewissen Nachgiebigkeit bequemt hätte, so bewies er doch, nachdem einmal die Zurückstellung der nach Frankreich entführten Kunstwerke beschlossen und mit den Vorarbeiten hiezu begonnen worden war,

großen Eifer in der Durchführung dieser Maßregel. Schon am 3. October schrieb er in befriedigter Stimmung nach Wien: „Sämmtliche Kunstwerke sind bereits verpackt; ganz Deutschland, Italien, Spanien und die Niederlande erhalten die ihrigen zurück.“ Und wirklich besaß Oesterreich Grund genug, sich der Sache mit Nachdruck anzunehmen, denn zum großen Theile waren es ja seine wiedererworbenen italienischen Provinzen und insbesondere Venedig, welche unberechenbaren Vortheil hieraus zogen. Aber auch den außerösterreichischen Staaten und Gemeinwesen Italiens kam dieser Vorgang unendlich zu Gute. So kann man denn mit voller Berechtigung sagen, daß gerade Oesterreich es war, welches Italien zum Wiederbesitze eines großen Theiles seiner herrlichsten Kunstschätze verhalf. Es würde den heutigen Italienern gar wohl anstehen, wenn sie hiefür gegen Oesterreich einige Dankbarkeit an den Tag legen wollten, denn ihre eigenen Vorfahren hätten ein solches Resultat gewiß nicht erzielt.

Gleichzeitig mit seinem Berichte über den Vorfall mit den venetianischen Pferden zeigt Metternich dem Kaiser den Rücktritt Talleyrands vom Ministerium und dessen Ernennung zum Obersten Kämmerer an. Er habe ihn hierüber äußerst erfreut gefunden und es sei zu vermuthen, daß er von nun an seinen Einfluß zu Gunsten Oesterreichs in die Wagschale zu werfen beflissen sein werde, da er seine Entfernung vom Amte einzig und allein einer russischen Cabale zuschreibe. „Daß er sich hierin wohl zur Hälfte irrt,“ fügt Metternich hinzu, „unterliegt keinem Zweifel.“ [1])

Also nicht mehr mit dem schlauen, durchtriebenen und gewissenlosen Talleyrand, der aber seit Decennien mit den Ereignissen in

---

[1]) Metternich an den Kaiser. Paris, den 30. September Nachts. Ganz mit eigener Hand.

Als Curiosum möge hier ein Billet des mit den österreichischen Truppen in Paris befindlichen Feldmarschall-Lieutenants Fürsten Moriz Liechtenstein an Metternich vom 1. October Aufnahme finden. Es lautet: „Bey der gestrigen Abnahme der Pferde haben die Engländer als Reliquien die meisten Ornamente des stolzen Triumphwagens heruntergeschlagen. Auch ein Adler wurde von seinem Platze gerückt und bei unseren Grenadieren depositirt. Dieser Adler ist eine illegitime Acquisition und soll zurückgegeben werden, doch hat mir der Feldmarschall den Auftrag gegeben, Dir darüber zu schreiben, indem es vielleicht möglich wäre, daß die Franzosen nun Anstand machten, ihn anzunehmen; es wäre daher gut, wenn Du darüber mit Richelieu sprächest und mich die Antwort wissen ließest. Moritz.“

Frankreich, in denen er eine so große Rolle gespielt, und den dortigen Zuständen aufs Innigste vertraut war, hatten die Bevollmächtigten der Verbündeten es von nun an zu thun. Ein anderer Franzose trat an dessen Stelle, der Herzog von Richelieu, ein ungleich edlerer Charakter als Talleyrand, der aber durch einen langen Aufenthalt in Rußland, wo er als Generalgouverneur von Odessa eine segensreiche Thätigkeit entwickelt hatte, seiner französischen Heimat entfremdet und dadurch außer Stand gesetzt worden war, sich in den dortigen Verhältnissen zurecht zu finden, in denen seit seiner Abwesenheit so tiefgreifende Veränderungen vor sich gegangen waren. Trotz diesem Uebelstande lag doch in seiner Berufung, und zwar in Folge der persönlichen Gunst, in der er bei dem Kaiser von Rußland stand, auch für Frankreich ein unverkennbarer Gewinn. Rasch wurde man jetzt, und zwar schon am 2. October über die Hauptpunkte einig, die in dem Friedensschlusse zur Geltung kommen sollten. In einer an diesem Tage stattfindenden Conferenz, welcher, wie von nun an auch allen folgenden, Wessenberg persönlich beiwohnte, wurden diese Bedingungen protokollarisch festgestellt. Sie sollten darin bestehen, daß die Grenzen Frankreichs, wie sie im Jahre 1790 gewesen, der neuen Vereinbarung zu Grunde zu legen seien, so daß diejenigen belgischen, deutschen und savoyischen Districte, welche ihm durch den Pariser Vertrag vom Jahre 1814 hinzugefügt wurden, wieder von Frankreich loszutrennen wären. Demzufolge würde es Landau, Saarlouis, Philippeville und Marienburg mit den dazu gehörigen Bezirken, endlich Versoix und den Landstrich abtreten, dessen der Canton Genf zur Herstellung seiner unmittelbaren Verbindung mit der Schweiz bedürfe. Außerdem sicherte Frankreich die Demolirung der Festungswerke von Hüningen zu und verzichtete auf seine Rechte auf das Fürstenthum Monaco. Hiegegen wurde es im Besitze von Avignon und Venaissin sowie der Grafschaft Mömpelgard und jeder anderen etwa durch französisches Gebiet umschlossenen Enclave bestätigt. Die Bezahlung einer Kriegscontribution von siebenhundert Millionen Francs wurde festgesetzt und eine Aufzählung der Grenzplätze vorgenommen, in denen eine auf Kosten Frankreichs zu unterhaltende Heeresmacht der Verbündeten in einer Stärke von 150.000 Mann während längstens fünf Jahren das Occupationsrecht ausüben sollte. Aber schon nach drei Jahren könnten die alliirten Monarchen im Einvernehmen mit dem Könige von Frankreich in Anbetracht der

dann obwaltenden Umstände über eine etwaige Abkürzung dieses Termines sich einigen.

Die nicht mehr zu bezweifelnde Verwirklichung dieser Bestimmungen erforderte nicht allein die Ausfertigung eines allgemeinen Vertrages mit Frankreich, sondern außerdem auch noch die Zustandebringung einer größeren Anzahl von Vereinbarungen, und zwar ebensowohl über die Durchführung der militärischen Occupation und des Unterhaltes der hiezu zu verwendenden Truppen, als über die Art und Weise der Bezahlung der Kriegscontribution. Zur Ausarbeitung des Vertrages selbst wurden Wessenberg, Kapodistrias und Humboldt als Commissäre, Gentz und de la Besnardière als Redacteure delegirt. Außerdem finden wir Wessenberg mit Altenstein für Preußen, mit Charles Stewart und Anstett, endlich mit noch einigen alten Bekannten vom Wiener Congresse her, wie mit Labrador, Palmella und Löwenhjelm, welche auch hier so wie dort fast nur als Scheintheilnehmer fungirten, in dem Comité, dem die Aufgabe zufiel, die Ausführung der Bestimmungen des Pariser Friedens vom Jahre 1814 zu überwachen.

Die Art, in welcher sich Metternich schon am folgenden Tage, dem 3. October, in einem vertraulichen Briefe an Hudelist über die mit Frankreich getroffenen Verabredungen ausspricht, ist zu charakteristisch, als daß ihrer hier nicht wenigstens bruchstückweise Erwähnung geschehen sollte. „Seit dem Anfange der Verhandlungen," schreibt er hierüber,[1]) „konnte man sie nur als eine Negociation unter den vier alliirten Hauptmächten und kaum als eine solche mit Frankreich ansehen. In dem Besitze der größeren Hälfte des Königreiches und in dem Zustande gänzlicher Schwäche und Abspannung der königlichen Regierung mußte der Wille der Alliirten Gesetz für Frankreich werden. Damit dieser Wille jedoch als solcher in gehöriger Kraft und Ausbildung dastehe, mußte er unter den Alliirten ein und derselbe sein, und hierin lag die große Beschwerniß. Rußland stand auf der Linie der ausgedehntesten Mäßigung, Preußen auf jener der ausgedehntesten Forderungen; England neigte sich im Anfange der Negociation auf die russiche Seite, wir stellten unsere Meinung mitten auf und um diese hat sich denn endlich auch Alles vereinigt." Dennoch sei, fügt Metternich hinzu, auch von ihr im Laufe des letzten Monats noch

[1]) Ganz mit eigener Hand.

vieles abgefeilt worden. „Auf der niedrigeren Mittellinie haben wir," heißt es in Metternichs Briefe weiter, „das Vernünftige erreicht. Sollte Frankreich sich in seinem Innern während der nächsten fünf Jahre nicht beruhigen, so haben wir eine außerordentliche Summe von festen Punkten in unseren Händen, welche jeder Chance, auf die strengere Linie zurückzukehren, die Möglichkeit eröffnen."

Die Zahlungen, deren Leistung Frankreich übernahm, schlägt Metternich auf 1250 Millionen an, indem man zu den 700 Millionen der eigentlichen Kriegscontribution noch wenigstens 550 Millionen als dreijährigen Sold und Unterhalt für die Occupationstruppen hinzurechnen müsse. Wenn man den Zustand, in welchem sich Frankreich befinde, in der Nähe betrachte, so müsse man sich eher fragen, ob und wie es diese Forderung überhaupt aufbringen, als inwiefern es noch mehr leisten könne?

„Als politische Zusammenstellung der Mächte im höheren Gesichtspunkte," sagt Metternich an einer späteren Stelle dieses Briefes, „glaube ich die größeren Affinitäten folgender Maßen bezeichnen zu können: Oesterreich ist ganz einig mit England, unsere Cabinete haben sich nie besser verstanden. Rußland hat gegen Frankreich eine Art Protection ausgeübt, an einer engeren Vereinigung ist aber nichts und Kaiser Alexander ist im Gegentheil ganz innig mit uns verwandt. Zwischen Rußland und Preußen besteht eine große Spannung und Letzteres ist auch mit England sehr gespannt. An uns sucht es sich anzuschließen, um nicht getrennt und gänzlich isolirt im einzigen Bunde mit den Tugendbundisten zu stehen. Der Tugendbund ist in die engste Allianz mit der ultraroyalistischen Partei in Frankreich getreten. Gneisenau und die Herzogin von Angoulême denken verschieden als Zweck und harmoniren auf das vollkommenste in der Wahl der Mittel."

Indem er sich nun in eine Schilderung der gegenseitigen leidenschaftlichen Befehdung der französischen Parteien vertieft und die Preußen beschuldigt, diesen Zwiespalt zu schüren, um für sich Vortheil daraus zu ziehen, theilt Metternich jene Parteien in drei verschiedene Kategorien. Die erste bestehe aus den königlich und constitutionell Gesinnten, zu ihnen gehöre der König selbst. Die zweiten seien die weißen Jacobiner, an ihrer Spitze befänden sich die königlichen Prinzen und als deren Haupt die Herzogin von Angoulême, „ein Weib", so lauten Metternichs wohl ironisch gemeinte Worte, „sanft und ruhig wie die

verstorbene Königin von Neapel,[1]) aber weit umsichtiger als sie. „Rothe Jacobiner endlich nennt Metternich all die Gegner der jetzigen Regierung, welche davon überzeugt seien, daß sie sich nicht zu behaupten vermöge. „Ob sie sich erhalten wird," sagt er selbst über diese Frage, „oder nicht, kann Niemand wissen. Ich glaube es aber, denn diese Regierung, so schwach sie auch ist, hält doch die Fäden der Verwaltung, und zwanzig Parteien haben nie eine einzige besiegt. Wenn sie fällt, so wird sie durch die Prinzen getödtet."

Nachdem man mit Frankreich über die Hauptpunkte des mit diesem Staate abzuschließenden Vertrages ins Reine gekommen war, boten die Verhandlungen über die Einzelnheiten desselben geringere Schwierigkeiten dar, als die über die Gebietsvertheilungen in Deutschland, welche nach Metternichs Ansicht sich wieder auf drei von einander verschiedene Fragen bezogen. Die eine betraf den zukünftigen Besitz von Mainz und das dortige Besatzungsrecht, die zweite, für den Wiener Hof noch viel bedeutsamere, die Wiedervereinigung Salzburgs, des Inn- und des Hausruckviertels mit Oesterreich, die dritte endlich die Besitzveränderungen, welche für einige kleinere Staaten Deutschlands aus der Wiedererlangung Salzburgs durch Oesterreich hervorgehen würden. Ueber die beiden ersten und bei weitem wichtigsten Punkte sollte nach Metternichs Meinung schon in Paris, über die auf die kleineren deutschen Höfe bezüglichen Fragen aber dereinst in Frankfurt eine Verständigung herbeigeführt werden.

Um sich vor Allem Klarheit über die Plane Preußens wegen Mainz zu verschaffen, beauftragte Metternich den Freiherrn von Wessenberg, hierüber mit dem Fürsten Hardenberg vertrauliche Besprechungen zu pflegen. Aus ihnen meinte man die deutliche Absicht Preußens zu ersehen, Mainz entweder für sich selbst zu erwerben oder doch mindestens dort das Besatzungsrecht zu erlangen. Denn wenn sich Oesterreich, obgleich Preußen dieß wünsche, dennoch dagegen sträube, sich Besitzungen auf dem linken Rheinufer zuweisen zu lassen, so habe es daselbst auch kein Eigenthum zu vertheidigen und nur mehr ein allgemein politisches Interesse an Mainz, so daß Preußen wenigstens das dortige Besatzungsrecht für sich zu begehren nicht umhin könne.

Metternich folgerte hieraus, daß zwischen Oesterreich und Preußen nur mehr eine einzige Verhandlung, die wegen Mainz zu pflegen

[1]) Caroline.

sein werde, daß man von preußischer Seite einen sehr hohen Werth auf das dortige Besatzungsrecht lege, daß aber Oesterreich ebenfalls das Aeußerste aufbieten müsse, um nicht zugleich mit der Zurückgewinnung Salzburgs ganz aus Mainz und dadurch aus jeder Einflußnahme auf Deutschland hinausgedrängt zu werden. Und indem er die Hoffnung ausspricht, daß sich Oesterreich bei diesen Verhandlungen mit Preußen der Unterstützung Englands und Rußlands zu erfreuen haben werde, sagt er in einem Schreiben, das er am 5. October an den Kaiser richtet, Folgendes über diesen Punkt:

„Daß wir einen harten Kampf mit Preußen werden bestehen müssen, ist unvermeidlich, denn sicher ist diese Frage von dem größten Interesse für diese Macht — sie gilt nicht mehr und nicht minder als die Oberherrschaft über Deutschland — und andererseits muß sich das preußische Cabinet, welches hier mit der Partei zu kämpfen hat, wenigstens dahin ausweisen können, daß es sich nur nach dem Abschlagen der ersten Stürme ergeben hat."

Er hoffe und glaube, meint Metternich weiter, daß Oesterreich sein Recht durchsetzen werde, denn für dasselbe spräche sowohl die Vernunft als die Billigkeit und das Interesse der größeren Mächte. Sobald man es jedoch nicht auf einen Krieg ankommen lassen wolle, könne man niemals bestimmen, ob man durchdringen werde, wenn sich ein wirklicher Besitzstand im Gegensatze zu bloßen Ansprüchen befinde. Dieß sei aber der Fall mit Mainz, wo Preußen bereits eine gemischte Garnison unterhalte. Er frage also den Kaiser geradezu, wie man sich in dem schlimmsten Falle, wenn Preußen es eher zu offenem Bruche kommen lassen wolle als sich zur Räumung von Mainz zu verstehen, zu verhalten haben werde.[1])

Von der ausführlichen Entgegnung des Kaisers auf diese und auf die anderen in Metternichs Schreiben enthaltenen Fragen wollen wir nur die Hauptstelle hervorheben, welche folgender Maßen lautet: „Alles hängt von der Unterstützung ab, welche Rußland und England uns in den Negociationspunkten geben werden, die uns interessiren. Haben wir dieselbe, so kömmt es ohnehin zu keinem Krieg mit Preußen; haben wir sie nicht, so erhalten wir auch Mainz nicht für uns. In der Salzburgischen Angelegenheit haben wir sie, und zwar von Rußland dergestalt, daß mir der russische Kaiser angetragen hat,

[1]) Metternich an den Kaiser. Ganz mit eigener Hand. 5. October.

Baiern im Nothfalle mit seinen nun durch Deutschland marschirenden Truppen zu besetzen, um diese Macht zu Paaren zu treiben."[1])

Aus den verschiedensten Gesichtspunkten mußte es erwünscht sein, daß es zur Anwendung dieses Aeußersten, der Ausübung eines Druckes durch nichtdeutsche Streitkräfte auf den der gleichen Nationalität wie Oesterreich angehörenden Nachbarstaat nicht komme. Sowohl Metternich als der baierische Bevollmächtigte Graf Rechberg, dessen „conciliatorisches und vernünftiges" Auftreten bei diesem Anlasse von Seite des österreichischen Ministers lobend erwähnt wird, bemühten sich eifrig, die Sache friedlich zu schlichten, aber die Hindernisse einer Verständigung über sie waren wohl noch schwerer zu beseitigen als die einer solchen mit Preußen über Mainz. „Der Kronprinz von Baiern," berichtet Metternich am 24. October an den Kaiser, tobt hier ganz gewaltig über die Abtretung der Stadt Salzburg. Er läuft in blindem Eifer die Thüren aller meiner Collegen ein, um sein Recht zu behaupten. Auch die Preußen toben, und zwar in der Frage wegen Mainz; es sind demnach alle Complicationen eingetreten, die ich vorhersah. Ich gehe einen festen Gang mitten durch diese sehr bedeutenden Anstände und kann mich dabei nur der freundlichen Unterstützung der englischen und russischen Minister beloben, obgleich der Erstere über die von uns gewählte Alternative des Besitzes von Salzburg im Gegensatze des linken Rheinufers nicht gut zu sprechen ist."

„Unsere Hauptstärke," fährt Metternich fort, „in dieser wie in jeder anderen Negociation liegt in dem rechtlichen, von Eurer Majestät stets gleichmäßig behaupteten Charakter, und in dem sehr entgegengesetzten Betragen des Berliner und des Münchner Hofes, welche es Beide dahin gebracht haben, ohne wirkliche Freunde dazustehen, und die sich nebstbei in der Unmöglichkeit befinden, sich unter einander zu verständigen, da sich die von Beiden bisher befolgten Grundsätze zu ähnlich sind, um nicht unter einander in Collision zu kommen." [2])

Metternichs Haltung entsprach denn auch vollständig den Anschauungen des Kaisers, ja man wird wohl sagen dürfen, daß dieser noch erpichter auf die Durchsetzung seiner Ansprüche als sein Minister war. „Ich kann Ihnen nur befehlen," schrieb er ihm am 11. November mit eigener Hand aus Venedig, „die Salzburger- Inn- und

---

[1]) Dijon, 8. October.

[2]) Metternich an den Kaiser. Paris, 24. October.

Hausruckviertler-Sache durchzusetzen, wenn nicht mit Gutem, mit Gewalt, und zwar bald, da die Ehre der Monarchie es fordert und jede Verzögerung die Sache erschwert." Und zwei Tage später sprach der Kaiser gegen Metternich neuerdings in gleichem Sinne sich aus. Er erwarte von seiner mit der erforderlichen Festigkeit gepaarten Geschicklichkeit die baldige, seinen Wünschen entsprechende Durchführung der Verhandlungen mit Preußen und mit Baiern. [1])

Schon an dem gleichen Tage, an welchem der Kaiser in diesem Sinne an Metternich schrieb, am 3. November wurde in Paris von den Bevollmächtigten der vier verbündeten Staaten, unter ihnen auch Wessenberg, ein Protokoll [2]) unterzeichnet, welches sich auf die Verfügungen bezog, die mit den von Frankreich abzutretenden Gebietstheilen zu treffen sein würden. Aber freilich kam es gegen Metternichs Wunsch und Erwartung hinsichtlich der wichtigsten Punkte, der baierischen und der Mainzer Sache auch jetzt noch zu keiner definitiven Entscheidung. Dagegen wurde als unabänderlich bestimmt, daß die von dem französischen Departement der Saar und der Mosel abzutrennenden Districte, die Festung Saarlouis mit eingeschlossen, Preußen zu Theil würden. Was Frankreich vom Departement des Niederrheins abtrete, falle, Landau mit inbegriffen, nach den Beschlüssen des Wiener Congresses an Oesterreich, dem es jedoch freistehe, es zu Gebietsausgleichungen mit Baiern und anderen deutschen Staaten zu verwenden. Rußland, England und Preußen verpflichteten sich, kräftig darauf hinzuwirken, Baiern zur Zurückstellung des Inn- und des Hausruckviertels sowie Salzburgs an Oesterreich zu vermögen. Dagegen erklärte Oesterreich sich bereit, auf das ihm durch das Protokoll vom 10. Juni 1815 zugesprochene Rückfallsrecht auf den im Besitze des Großherzogs von Baden befindlichen Theil der ehemaligen Pfalz zu Gunsten Baierns zu verzichten. Das in dem gleichen Protokolle anerkannte Rückfallsrecht Oesterreichs auf den Breisgau sollte jedoch aufrecht erhalten werden.

Hier über die sonstigen, noch außerdem verabredeten Territorialveränderungen hinweggehend, wollen wir nur noch hervorheben, daß Mainz, Luxemburg und Landau zu Bundesfestungen erklärt wurden. Während hinsichtlich des Besatzungsrechtes in Mainz an den bisherigen

[1]) Kaiser Franz an Metternich, 1. und 3. November.

[2]) Abgedruckt bei Neumann. Recueil des traités conclus par l'Autriche. III. 50—57.

Ansprüchen Oesterreichs und Preußens nichts geändert wurde, sollte das in Landau Baiern ausschließlich zugesprochen werden. Und was endlich Luxemburg anging, verpflichteten sich Oesterreich, England und Rußland, Alles anzuwenden, auf daß das dortige Besatzungsrecht zwischen den Königen von Preußen und von Holland getheilt und Ersterem auch das Recht eingeräumt werde, den Gouverneur der Festung zu ernennen.

Uebrigens besaß der Punkt wegen Mainz, so wichtig er auch für Oesterreich war, für dasselbe doch immer noch eine geringere Bedeutung als die Streitsache mit Baiern. „Aus den Acten werden Sie ersehen," schrieb Metternich am 13. November an Hudelist, „daß es in unserer Lage viel mehr darauf ankam, uns ein Recht auf Salzburg zu schaffen, als diese Sache mit Gewalt gegen die Begriffe des Rechtes durchzusetzen. Graf Stadion hat vollkommen Recht, wenn er behauptet, daß die Tractate zwischen uns und Baiern der Wiedererwerbung von Salzburg keineswegs entgegen sind, aber auch nicht für diese Erwerbung wären sie in dem Falle, wenn der baierische Hof den Gegenstand unserer Wünsche nicht herausgeben wollte. Ich hoffe, daß wir ehestens im Besitze des Inn- und des Hausruckviertels nebst Salzburg in der besten Form Rechtens, ebenso als diplomatische wie als Rechtsfrage sein werden und daß dieselbe sonach statt verloren, gewonnen sein wird. Die Sache wäre beendet, wenn die Baiern ihre Waare nicht so theuer als möglich verkaufen möchten, wogegen ich nichts einzuwenden finde. Unsere Lage in der Discussion ist nun aber ebenso gut als die ihrige schlecht. Uebrigens war diese Negociation die schwierigste, welche mir jemals vorkam, weil sie durch hundert Nebenfragen complicirt ist. Sie steht nun rein da, weil dem Könige von Baiern die Wahl zwischen den Chancen bleibt, Salzburg gutwillig mit einem schönen Profit abzutreten oder es sich ohne Profit abzwingen zu lassen. Es ist übrigens hier nur stets die Rede von der Stadt Salzburg, indem sie allein den Gegenstand des baierischen Widerspruches ausmacht."

Nur mehr fünf Tage vergingen, bis am 18. November Fürst Metternich dem Kaiser die Beendigung der mit Frankreich gepflogenen Verhandlungen mit den folgenden Worten anzeigen konnte: „Alles ist geschlossen. Seit gestern hatten wir unaufhörlich Conferenzen, um die Protokolle und die Brouillons der Verträge zu paraphiren. Morgen und übermorgen geschehen die Abschriften, am Montag den

20. unterzeichnen wir. Am folgenden Tage nehmen ich und meine Collegen unsere Abschiedsaudienzen und am Mittwoch den 22. gehe ich endlich ab. Ich sehe nicht vor, was diesem Gange im Wege stehen könnte. Eurer Majestät werde ich die Verträge selbst mitzubringen die Ehre haben. Wir haben sämmtlich die Ueberzeugung, daß nie, in keiner früheren Vereinigung Alles so rein wie in der gegenwärtigen wäre aufgearbeitet worden."

„Wir haben einen Hauptvertrag mit Frankreich," fährt Metternich fort, „dem als Beilagen die Conventionen über die finanziellen, die Occupations- und die Privatfragen dienen. Ferner einen Allianztractat unter den vier Hauptmächten als Erneuerung des Vertrages von Chaumont mit der gehörigen Anwendung auf die dermalige Lage der Dinge. Alle anderen Fragen sind ebenfalls durch Conventionen oder durch Protokolle mit der Ausdehnung, welche sie erfordern, festgesetzt. Die Negociation mit Baiern endlich habe ich mit allen erschöpfenden Daten und der sicheren Aussicht auf ihre schnelle Beendigung nach München verwiesen."

In einem zweiten, diese Verhandlung in ausführlichster Weise erörternden Berichte an den Kaiser vom gleichen Tage erneuert Metternich den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß auch sie in friedlicher und befriedigender Weise werde beendigt werden. „Wir haben heute das Recht für uns," schreibt er hierüber, „dieses Recht ist unzweideutig hingestellt und vertragsmäßig erwiesen; wir haben die moralische Unterstützung unserer Alliirten und unser eigenes Gewicht."

So geringe Vorliebe Kaiser Franz nach seinem eigenen Geständnisse für militärische Diplomaten hegte, so willigte er doch ein, daß einem derselben, dem Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Wacquant die Führung der in München zu pflegenden Verhandlungen anvertraut wurde. In Lothringen als Sprößling einer alten luxemburgischen Familie geboren, ein tapferer Kriegsmann, der sich 1809 bei dem Sturme auf den Friedhof von Aspern das Theresienkreuz errungen, war er Zeit seines Lebens fast ausschließlich Soldat gewesen und daher zum diplomatischen Unterhändler nicht gerade sehr geeignet. Und wenn es auch um ihn nicht ganz so arg bestellt gewesen sein mag, als Montgelas behauptet, [1]) der ihn eine so „lächerliche Persönlichkeit" nennt, daß es fast den Anschein gewann, als wolle Metter-

[1]) Denkwürdigkeiten. S. 513.

nich sich mit der Unterhandlung selbst und dem Hofe, an dem sie geführt wurde, einen Scherz erlauben, so war Wacquant doch in München schon aus dem einfachen Grunde nicht an seinem Platze, als er des Deutschen nur in geringem Grade mächtig gewesen zu sein scheint.

So wie die Differenzpunkte mit Baiern, so ging auch der mit Preußen wegen Mainz einer friedlichen Beilegung entgegen. Wenn man wegen Salzburg obsiege, hatte Metternich wiederholt dem Kaiser Franz erklärt, müsse man sich in der Mainzer Frage nicht ganz unnachgiebig zeigen. Aber das dortige Besatzungsrecht wenigstens zum Theile für Oesterreich zu behaupten, dazu war er ebenso entschlossen, wie er jedes Eingreifen einer nichtdeutschen Macht von dort sorgfältig fernhielt. Es sollte sich nicht neuerdings ein ähnlicher Fall wie im Jahre 1813 ereignen, wo nach der Leipziger Schlacht die Verwaltung des Königreiches Sachsen russischen Händen anvertraut worden war. „So viel kann ich Eure Majestät versichern,“ schrieb in jenen Tagen Fürst Metternich an seinen Kaiser, „daß kein russischer Gouverneur, wie der Kaiser Alexander zu beabsichtigen scheint, nach Mainz kommt, und so lang ich am Ministerium bin, sicher auch der österreichische Gouverneur nicht aus Mainz gehen wird.“ [1])

Wie es beim Abschlusse des Wiener Congresses der Fall gewesen, so warf Metternich auch in dem Augenblicke, in welchem die zu Paris gepflogenen Verhandlungen ihrem Ende sich näherten, einen selbstzufriedenen Blick auf seine Leistungen bei denselben, ja weit über sie hinaus auf die Erfolge, welche während seines nunmehr sechsjährigen Ministeriums für Oesterreich errungen worden waren. Den Bezug von hundert sechzig Millionen Franken aus Frankreich und von dreißig aus Italien, also einer noch beträchlicheren Summe, als Oesterreich an Napoleon gezahlt, einen Bevölkerungszuwachs von zwei Millionen, eine weit bessere Arrondirung des Staatsgebietes, endlich gute politische Beziehungen zu allen größeren Mächten stellt er hiebei in die vorderste Reihe. „Und Alles dieses,“ meint er, „im Gegensatze zu dem Monat October 1809, wo ich die traurige Ministerrolle übernahm.“ Leicht könne ihn dieß, fährt er fort, über alle etwa gegen ihn sich richtenden Angriffe in dem Bewußtsein trösten, daß die beiden von ihm eingegangenen Coalitionen jedesmal gesiegt

[1]) Metternich an den Kaiser. 13. Nov. Eigenhändig.

hätten und Oesterreich unter seiner Führung dem einzigen Charakter, der ihm zieme, dem der Mäßigung, des Rechtes und der Billigkeit treu geblieben sei. [1])

Wer auch der wohl nicht ganz unbegründeten Meinung sich hingeben sollte, Metternich habe die Größe seines Antheils an dem glücklichen Gelingen des zweimal gegen Napoleon geführten Vernichtungskampfes überschätzt, der wird doch nicht in Abrede stellen können, daß er sich in jener Zeit um die allgemeine Sache Europa's und insbesondere um Oesterreich sehr große Verdienste erwarb. Aber freilich, wie nach Beendigung des Wiener Congresses seine Zufriedenheit mit dessen Ergebnissen fast von Niemand getheilt wurde, so stand er auch jetzt wieder, nach Abschluß des zweiten Pariser Friedens mit seinen Lobpreisungen desselben so ziemlich allein. Wahre Erbitterung empfand man in Frankreich über die Bedingungen des Friedens, und es begreift sich dieß bei dem so leicht erregbaren, durch und durch eitlen, aber auch patriotischen Wesen der Franzosen gleichsam von selbst. Aber daran kann doch auch kein Vernünftiger zweifeln, daß diese Erbitterung sich wohl noch weit ärger fühlbar gemacht hätte, wenn sich zu der erlittenen Niederlage auch noch die Demüthigung gesellt haben würde, welche mit ansehnlichen Gebietsabtretungen immer verknüpft ist. So wie heut zu Tage in Frankreich nicht so sehr über Gravelotte und Sedan als über den Verlust Lothringens und des Elsaß geklagt und nach der Wiedergewinnung jener Gebiete leidenschaftlich gestrebt wird, so wäre ein Gleiches wohl schon damals geschehen, wenn man ähnliche Entschlüsse gefaßt und ins Werk gesetzt hätte, wie sie erst manches Jahrzehnt später durchgeführt wurden. Nur wären zu jener Zeit, das ist wohl ebenfalls gewiß, nicht die gleichen Bedingungen vorhanden gewesen, welche jetzt die Verwirklichung derartiger Wiedereroberungsgelüste verhindern.

Auch in Deutschland war die Unzufriedenheit über die Geringfügigkeit des im zweiten Pariser Frieden Erreichten groß. In leidenschaftlichen Ergüssen, in Prosa wie in Versen machte sie sich Luft, und bei der herrschenden Verwirrung der Begriffe wurden wohl nur Wenige den Widerspruch gewahr, in den man sich verwickelte, wenn man, um nur ein einzelnes Symptom zu erwähnen, in dem einen Gedichte aufs dringendste dazu aufforderte, „dort an den Vogesen

[1]) Metternich an Hudelist. Paris, 3. October.

deutsches Blut vom Höllenjoch zu lösen," und in dem anderen darüber jammerte, daß diese „entdeutschte Zucht" nach einer solchen Erlösung gar nicht verlangte.

Nicht begründeter ist die Ansicht, der Argwohn der Verbündeten unter einander habe die Erzwingung größerer französischer Zugeständnisse vereitelt. Nicht dieser Argwohn, sondern hauptsächlich der Gesichtspunkt ist damals der entscheidende gewesen, daß man dem auf den Thron Frankreichs zurückkehrenden Könige auch die Möglichkeit gewähren müsse, sich auf demselben zu behaupten. Hierauf war das Bestreben der Mehrzahl der Alliirten, und auch dasjenige Oesterreichs gerichtet. Daß es gleichfalls von demselben ausging, kann ihm durchaus nicht zu jenem Tadel gereichen, der aus diesem Anlasse von einem der begabtesten, aber völlig von Parteileidenschaft verblendeten deutschen Geschichtschreiber unserer Zeit in ebenso tief verletzenden als durchaus ungerechtfertigten Worten ausgesprochen wurde. [1])

So wie noch vor wenigen Monaten der Schluß des Wiener Congresses, so zog nun auch derjenige der Friedensverhandlungen in Paris für Wessenberg eine neue und gleichfalls nicht gering anzuschlagende Auszeichnung nach sich.

Schon im vergangenen Jahre und zwar nach Beendigung des Feldzuges, durch welchen Napoleons Abdankung herbeigeführt worden war, hatte Kaiser Franz ein aus dem Metall eroberter Kanonen geformtes Ehrenzeichen gestiftet, mit welchem jeder Soldat, der an dem Kriege Antheil genommen, ohne Unterschied des Ranges geziert werden sollte. In der Gestalt eines mit einem Lorbeerkranze umwundenen Kreuzes ausgeführt, trug es eine in lateinischer Sprache abgefaßte, auf Europa's glückliche Befreiung hinweisende Umschrift. Nicht weniger als vierundzwanzig Entwürfe waren für sie eingegangen, von denen der von dem damals schon achtzigjährigen Sonnenfels herrührende fast unverändert Annahme fand.

Jetzt tauchte der Gedanke auf, auch Personen des Civilstandes, welche sich während dieses bewegten Zeitraumes ganz besondere Verdienste um die gemeinsame Sache erworben hatten, eine ähnliche Auszeichnung zu Theil werden zu lassen. Unter dem Namen eines Civil-Ehrenkreuzes wurde sie in zwei Classen gestiftet, von denen die erste eine goldene und die zweite eine silberne Decoration erhielt.

---

[1]) Treitschke. I. 788, 789.

Ein einziges Großkreuz wurde, und zwar an Metternich verliehen. Wie hoch man aber auch das goldene Ehrenkreuz hielt, mag man daraus ersehen, daß durch Rang, Stellung und Verdienst sehr hervorragende Personen, wie der Palatin Erzherzog Joseph, der Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, der Feldmarschall Herzog Ferdinand von Württemberg, Graf Philipp Stadion in der Reihe der damit Betheilten erscheinen. In ihr ist auch Wessenberg aufgeführt, und in die Worte: „Ausgezeichnetste Verwendung in München und in London, Theilnahme an allen Verhandlungen seit dem Kriege bis zum Pariser Frieden," sind die Verdienste zusammengefaßt, denen er dieß verdankte.

III.

Die Frankfurter Territorialcommission.

„Baron Wessenberg ist heute nach Frankfurt abgegangen, wo er der Eröffnung der dortigen Verhandlungen beiwohnen soll.“ So schreibt Metternich am 24. November 1815 im Begriffe, seinen Wagen zu besteigen, um Paris zu verlassen und sich nach Italien zu begeben, an den Staatsrath von Hudelist nach Wien. Und am 6. December legt er, schon in Venedig angekommen, dem gleichfalls dort anwesenden Kaiser eine „Arbeit“ vor, von der er sagt, er habe sie als „Instruction in Betreff der deutschen Verhältnisse“ dem Freiherrn von Wessenberg mit auf den Weg nach Frankfurt gegeben.

Betrachtet man jedoch dieses Actenstück [1]) näher, so findet man, daß es kein Wort der Richtschnur für die durch Wessenberg zu führenden Verhandlungen, wohl aber interessante Aufschlüsse über die Art enthält, in welcher Metternich die Aufgaben des neuen deutschen Bundes und insbesondere die Stellung Oesterreichs in demselben auffaßte. Die gegenwärtigen Verhältnisse der österreichischen Monarchie zu Deutschland seien, wird speciell über diesen Punkt gesagt, von denen verschieden, welche Jahrhunderte hindurch diese beiden Ländermassen unter dem gleichen Oberhaupte vereinigten, allein sie seien nichts destoweniger noch immer vortheilhaft und vielleicht mehr auf gegenseitige Interessen gegründet als je zuvor. Oesterreichs Politik in Bezug auf Deutschland könne heut zu Tage weder Furcht noch Mißtrauen einflößen. Es hege durchaus keinen Plan zu irgend einer Eroberung in Deutschland, und nach seiner Ausgleichung mit Baiern werde kein Stoff zu einer „Territorialdiscussion“ mit einem deutschen

[1]) Es führt die Aufschrift: „Ansichten des deutschen Bundes“ und trägt von der Hand Metternichs folgenden Vermerk: „als Beilage zur Instruction für den k. k. Gesandten am Bundestage dem Freiherrn von Wessenberg am 22. November 1815 übergeben.“

Fürsten mehr übrig sein. Das wichtigste Interesse, welches fernerhin Oesterreich mit Deutschland verbinden werde, bestehe darin, den deutschen Bund in möglichster Unabhängigkeit zu erhalten, und es könne wohl niemals ein gemeinschaftlicheres und aufrichtigeres bestanden haben als dieses.

„Bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Umstände wollen Seine Majestät der Kaiser selbst," fährt Metternich fort, „nur als ein einfaches Mitglied ohne die Vorrechte, welche Ihnen die Größe Ihrer Macht und der Umfang Ihres Schutzes gewähren könnten, auf dem Bundestage erscheinen. Sie haben die Ihnen von vielen ehemaligen Reichsständen angetragene Kaiserwürde abgelehnt, weil Sie, von wahrem Interesse für Deutschlands Wohl beseelt, gefühlt haben, daß eine Auszeichnung, die sich auf einen bloßen Titel beschränkte und keine Mittel in Ihre Hände legte, um Ihre wohlthätigen Absichten für Deutschland zu erfüllen, nur dazu dienen würde, Collisionen der Eitelkeit und eine schädliche Eifersucht zu erregen. Wenn einst die deutschen Fürsten durch das Gefühl ihrer Schwäche oder durch Besorgnisse über ihre Zukunft dahin gebracht würden, das Bedürfniß eines Oberhauptes allgemein anzuerkennen, und wenn sie die Nothwendigkeit einsehen sollten, einem wirklichen Oberhaupte die zur Ausübung eines mächtigeren Schutzes nöthigen Rechte und Gewalten zu übertragen, so würden auch Seine Majestät der Kaiser gewiß nicht abgeneigt sein, ihrem Vertrauen nach allen Kräften zu entsprechen und Deutschland zu beweisen, daß nicht die Scheu vor der thätigen Anwendung einer schützenden Gewalt Sie von der Annahme der Kaiserwürde unter den gegenwärtigen Verhältnissen entfernt hielten, sondern allein der Ihnen eigene Grundsatz, nie den Schein der Gewalt ohne die Möglichkeit ihrer Anwendung zum gemeinsamen Besten sich zur Schuld erwachsen zu lassen." [1])

Sich zu dem Wirkungskreise des österreichischen Gesandten am Bundestage wendend, zeichnet ihm die Denkschrift vor, er habe sich mehr zu bemühen, die „Gesinnungen und die Anhänglichkeit" der Bundesglieder auf den „festgesetzten Zweck" hinzuleiten, als sie im eigentlichen Sinne des Wortes, „für die Fahne seines Hofes" zu werben. Sein ganzes Bestreben müsse dahin gerichtet sein, durch kluges Benehmen dem Einflusse jeder anderen Macht, welche etwa zu

[1]) Der letzte Satz ist von Metternich mit eigener Hand hinzugefügt.

ihrem Privatvortheile die deutschen Höfe zu gewinnen suchen sollte, dadurch zu begegnen, „daß der österreichische Hof durch das Beispiel seiner eigenen Correctheit und seines deutschen Sinnes den Anderen den Muth und die Lust einflöße, von der in der Bundesacte vorgezeichneten Bahn nicht abzuweichen.“

Wahrscheinlich werde Preußen durch allerlei Mittel dahin wirken wollen, für sich selbst eine Partei in Deutschland zu bilden, und sich hiezu auch des Vorwandes bedienen, daß Oesterreich sich in seinem Interesse ganz von Deutschland getrennt habe. Alle diese Versuche würden jedoch keinen großen Erfolg haben, „wenn ihnen nur ein einfaches, anspruchsloses und gleichsam constitutionelles Benehmen mit dem Gepräge der Uneigennützigkeit entgegengesetzt werde. Eine förmliche Rivalität mit Preußen habe Oesterreich schon aus dem Grunde nicht zu scheuen, weil es die deutschen Angelegenheiten aus einem verschiedenen Gesichtspunkte betrachte. Sein Streben gehe weniger dahin, Deutschland für sich zu gewinnen als es in einer Art von Neutralität gegen alle anderen großen Mächte zu erhalten. So wie Preußen in Deutschland allgemein erkennbar werde regieren wollen, so werde es auch mit seinen Planen scheitern. Denn niemals würden die deutschen Fürsten so verblendet sein, sich lieber einer drohenden als einer schützenden Macht anzuschließen.

Erst viele Jahrzehnte später hat es sich in einer für Oesterreich ungemein schmerzlichen Weise gezeigt, daß Metternich sich in dem Augenblicke, in welchem er diese so wohlwollend klingenden und gewiß auch gut gemeinten Worte zu Papier brachte, doch in einem verhängnißvollen Irrthume befand. Derselbe bestand in nichts Anderem als darin, daß Metternich immer nur die deutschen Fürsten, von denen die Mehrzahl sich gerade während der Zeit der Napoleonischen Herrschaft in recht erbärmlichem Lichte gezeigt, und nie auch das deutsche Volk, welches sich damals weit mehr als jene um das gemeinsame Vaterland verdient gemacht hatte, in den Kreis seiner Berechnungen zog. Wie dem aber auch sein mag, das ist gewiß, daß das Schriftstück, in dem er diese Ansichten aussprach, wohl als Instruction für den Gesandten Oesterreichs am Bunde, als welche es denn auch Metternich hinstellte, nicht aber als solche für Wessenberg angesehen werden kann, der zur Vollziehung ganz anderer Aufträge nach Frankfurt geschickt wurde.

Was zunächst den Posten eines österreichischen Bundestags-Gesandten betrifft, so ist bekannt, daß es noch während des Wiener Congresses dem Fürsten Metternich in den Sinn kam, denselben dem Freiherrn von Stein anzubieten, aber es fällt wirklich nicht leicht, sich diesen Antrag als ernstgemeint vorzustellen. Denn bei aller Anerkennung der ganz außergewöhnlichen Eigenschaften Steins, die sich auch in der zu jener Zeit erfolgten Verleihung des Großkreuzes des St. Stephansordens an ihn aussprach, ließen sich bei Kaiser Franz und bei Metternich lebhafte Sympathien für die von Stein vertretene Richtung doch unmöglich voraussetzen. Und andererseits konnte man unschwer vorhersehen, daß ein Mann von der Selbstständigkeit des Charakters, ja von dem manchmal recht schroffen Unabhängigkeitsgefühle Steins sich in eine Stellung nicht finden werde, in der er doch nichts Anderes als ein Organ, ja ein Werkzeug einer Politik hätte sein müssen, von der wohl anzunehmen ist, daß sie nicht in allen Punkten seinen Anschauungen entsprochen haben würde. Stein lehnte jedoch damals diesen Antrag ab, weil es ihm, wie versichert wird, unzart erschien, in den Dienst eines Staates zu treten, der sich zu dem, welchem er früher gedient, wegen dessen eigener Ansprüche auf Suprematie in fortdauerndem Gegensatze befand. Metternich verfiel nun auf den ehemaligen erzkanzlerischen Minister Freiherrn von Albini, der trotz seinem italienisch klingenden Namen durch und durch ein Deutscher, ein Rheinländer war. Früher ein tüchtiger, energischer Mann, hatte Albini sogar als Führer des Landsturmes gegen die Franzosen gekämpft und sich dann, hoch im Vertrauen des Fürsten-Primas Dalberg stehend, um dessen Ländergebiet vielfach verdient gemacht. Nun dazu ausersehen, Oesterreich im Bundestage zu vertreten, wurde er hievon unter Hervorhebung der Schwierigkeiten verständigt, ihm hiefür eine umfassende Instruction zu ertheilen. Darum habe der Kaiser befohlen, den Freiherrn von Wessenberg, „welcher die deutschen Angelegenheiten bei dem Congreß in Wien vorzüglich bearbeitet hat und ohnehin verschiedene Aufträge in Territorial-Angelegenheiten in Frankfurt zu besorgen haben wird," anzuweisen, ihn von allen bisherigen Verhandlungen in deutschen Angelegenheiten zu unterrichten und ihm zugleich die Ansichten der österreichischen Regierung über die zukünftige Behandlung und Leitung derselben mitzutheilen.[1]) Aber in Folge einer sehr schweren Er-

[1]) Metternich an Albini. Paris, 4. November 1815.

krankung war Albini binnen Jahresfrist völlig verändert, und aus dem früher so rastlos thätigen Manne ein körperlich und geistig gebrochener Greis geworden. Schon die ersten Berichte Wessenbergs aus Frankfurt schildern seine Hinfälligkeit als so weit vorgeschritten, daß von einer Uebernahme des ihm zugedachten Postens gar nicht die Rede sein könne. [1])

„Stirbt Albini," hatte schon zwei Wochen früher Metternich an Hudelist geschrieben [2]), so weiß ich noch durchaus nicht, durch wen ich ihn ersetzen kann. In der Zwischenzeit ist Wessenberg an Ort und Stelle."

Aus diesen Worten geht ebenso die Verlegenheit, für den Frankfurter Posten eine andere Vorsorge zu treffen, wie das Vertrauen hervor, das Metternich zu Wessenberg hegte. Dennoch denkt er, wie es scheint, nicht einen Augenblick daran, auf diesen seine Wahl fallen zu lassen, während Hudelist ihn und den österreichischen Gesandten in der Schweiz, Franz Alban von Schraut die Einzigen nennt, welche seines Erachtens bei der Verleihung jenes Postens ernstlich in Betracht kämen. [3]) Wessenberg aber unterließ, so weit wir sehen können, jeden Schritt, sich um denselben zu bewerben, und Metternich brachte für ihn, ohne die Bemerkung Hudelists irgendwie zu beachten, den bisherigen Gesandten in Kassel, Grafen Buol in Vorschlag, der sich, wenn auch nur an letzter Stelle unter denen befand, auf welche Wessenberg hiefür hingedeutet hatte.

Leider besitzen wir das an Metternich gerichtete Schreiben [4]) nicht mehr, in welchem dieß von Wessenbergs Seite geschah. Aber aus Metternichs Antwort geht nicht nur der zu Gunsten Buols gestellte Antrag, sondern außerdem auch noch hervor, daß Wessenberg in seinem Briefe die etwaige Berufung Steins wieder in den Vordergrund gerückt haben muß. Derselbe besitze unstreitig, erwiederte Metternich hierauf, in höchstem Grade vortreffliche Eigenschaften des Geistes und des Herzens. [5]) Aber ganz abgesehen von dem Unterschiede der Confession, welcher doch nicht völlig außer Acht gelassen werden dürfe,

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 3. December 1815.

[2]) Paris, 24. November 1815.

[3]) Hudelist an Metternich. Wien, 6. December.

[4]) Am 6. December.

[5]) Metternich an Wessenberg. Venedig, 18. December „sans contredit des qualités d'esprit et de coeur éminemment supérieures."

würde wohl die Wahl Steins an den Höfen von München und von Stuttgart, die in ihr eine ihren Interessen widersprechende Tendenz erblicken könnten, große Beunruhigung erwecken, während es doch Oesterreich darum zu thun sein müsse, deren Vertrauen nicht zu verlieren.

Nachdem nun, und zwar noch bei Lebzeiten Albini's, der am 8. Januar 1816 auf einem Gute in der Nähe von Frankfurt starb, die Ernennung Buols zum österreichischen Bundespräsidialgesandten erfolgt war, beeilte sich Wessenberg, seinen Beifall zu diesem Schritte mit der Behauptung zu erkennen zu geben, derselbe habe in Frankfurt einen sehr guten Eindruck gemacht. „Die Mehrheit der hier anwesenden Bevollmächtigten", fuhr er fort, „glaubt seine Wahl dem Umstande zuschreiben zu sollen, daß er die deutschen Angelegenheiten seit langer Zeit kennt. Ich theile Ihre Befürchtungen hinsichtlich Steins; er besitzt einen zu unabhängigen Charakter und zu sehr die Gewohnheit, der Chef einer Partei zu sein, wir aber müssen die Herzen durch unsere Mäßigung gewinnen. Auch die religiöse Frage erheischt Berücksichtigung; wir müssen tolerant sein, ohne aufzuhören, Katholiken zu sein."

Auf diejenige Angelegenheit, welche unter den damals zu verhandelnden für Oesterreich die größte Wichtigkeit besaß und gleichzeitig auf die meisten Schwierigkeiten stieß, auf die baierische übergehend, fährt Wessenberg fort: „In welch' eine Fluth von Verlegenheiten hat man sich gestürzt, um einer unglücklichen, von übelwollenden Geistern heraufbeschworenen Laune zu folgen; ihrem persönlichen Hasse haben sie das Interesse des Staates geopfert. Wenn die Politik von Schreiern, von unbekannten Machern, von unwissenden Ignoranten ausgehen soll, dann muß man sich nicht mehr in sie mengen. Wäre ich Kaiser, dann würde ich dem Könige von Baiern sehr freundschaftlich und sehr höflich schreiben, daß ich in Anbetracht der Hindernisse, welche dem Gelingen der gepflogenen Verhandlungen im Wege stünden, und der geringen Neigung des Königs zu dem beantragten Austausche auf die vorgeschlagene Vereinbarung bis auf einen für beide Theile günstigeren Augenblick vollständig verzichte. Alles Unrecht, welches die baierische Regierung begeht, reicht noch nicht hin, um unser Recht vollkommen klar zu stellen und um unsere Haltung Baiern gegenüber als eine correcte erscheinen zu lassen. Endlich ist die Verlängerung des provisorischen Zustandes in jenem

unglücklichen Lande auf dem linken Rheinufer ein wahres Scandal und unsere Ehre wie unser Interesse verlangen gebieterisch, daß ihm ein Ende gemacht werde.“ [1])

Wessenberg bewies, indem er dieß rückhaltlos aussprach, einen in der Stellung, welche er einnahm, immerhin nicht häufig vorkommenden Freimuth. Denn es war für einen österreichischen Diplomaten doch eine Art Wagniß, es dem leitenden Minister offen zu sagen, daß so lang die vertragsmäßig festgesetzte Gegenbedingung, die Herstellung der Contiguität des Gebietes zwischen dem Königreiche Baiern und den an dasselbe gelangenden Landstrichen auf dem linken Ufer des Rheines nicht hergestellt würde, es auch zu wirklicher Abtretung des Inn- und des Hausruckviertels sowie Salzburgs nicht rechtlich verpflichtet sei. Und ebenso ließ sich auch für Wessenbergs Anschauung, daß das Verbleiben jener linksrheinischen Besitzungen bei Oesterreich zur Stärkung seines Einflusses in Deutschland wesentlich beitragen würde, so unwillkommen eine solche Behauptung am Wiener Hofe auch sein mochte, doch Gegründetes anführen. Um wie viel größer dieser Einfluß sein müßte, wenn Oesterreich zugleich mit eigenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer auch Süddeutschland gegen einen äußeren Feind zu vertheidigen haben würde, als wenn dieß nicht der Fall wäre, lag auf der Hand und ließ sich in gar keiner Weise in Abrede stellen.

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß es für Oesterreich äußerst bedenklich gewesen wäre, deßhalb den großen Vortheil, der in der Arrondirung seines gesammten Staatskörpers lag, wieder fahren zu lassen. Und außerdem hegte man hier kaum einen sehnlicheren Wunsch als den, durch den Wiedergewinn Salzburgs und des Innviertels, insbesondere aber durch den des Hausruckviertels dem empfindlichen Uebelstande ein Ende zu machen, daß die westliche Grenze des Kaiserstaates weniger als dreißig Meilen von dessen Hauptstadt entfernt, und Wien dadurch jedem von dorther kommenden feindlichen Angriffe preisgegeben war. Der Kaiser wie der einfache Wiener Bürger dachten hierin vollständig gleich, und in genauer Kenntniß der Sachlage schrieb bereits am 15. October 1815 Hudelist an Metternich, dieser schon damals für erreicht geltende Erfolg setze in den Augen des Volkes seinem Wirken die Krone auf, „weil er dem großen

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 4. Januar 1816.

Haufen ungleich näher als der Weltfriede liege." Und in der That, für ein gut österreichisches Herz wäre auch heutzutage, und insbesondere seit dem Jahre 1866 der Gedanke schwer zu ertragen, daß das Stammland der Monarchie derselben nur mehr verstümmelt angehören, daß ein Theil der herrlichsten Gegenden des Landes Oesterreich ob der Enns, daß der See von St. Wolfgang sowie der von Mondsee, wie es von 1809 bis 1816 der Fall war, nicht mehr zu Oesterreich gehören sollte, und daß sich wie damals die Grenze der Monarchie längs des Attersee's hinziehe.

An Hudelists Worten läßt sich kaum Anderes aussetzen, als daß der von ihm schon als errungen bezeichnete Erfolg dieß damals noch immer nicht war, und daß, um ihn zu erreichen, erst noch recht langwierige Verhandlungen gepflogen werden mußten. Obwohl dieß in München geschah, so wurde doch auch Wessenberg an ihnen in Folge des Umstandes fortwährend betheiligt, daß Wacquant sich von ihm Rath und Weisungen für das zu beobachtende Verfahren erbat. Bereitwillig kam Wessenberg diesem Begehren nach, und seine Antworten an Wacquant werfen interessante Streiflichter auf jene Negotiation. Auch an Metternich berichtete er häufig über sie. Da aber Baiern einen Augenblick Miene machte, sich den Forderungen Oesterreichs offen zu widersetzen und zu diesem Ende den Beistand Englands, Rußlands und Preußens in Anspruch zu nehmen, meinte Wessenberg mit Recht, daß es auf einen solchen nicht zählen dürfe. Wenn sich auch Rußland Baiern gegenüber einen gönnerhaften Anstrich gebe, so sei von da bis zu einem thatsächlichen Eingreifen zu dessen Gunsten doch noch ein sehr weiter Weg. England sei den Ansprüchen Oesterreichs entschieden freundlich gesinnt, werde aber gleichfalls nichts zu deren Verwirklichung thun. Wohl aber lasse sich solches von Preußen erwarten, denn dieses werde etwaige Drohungen Oesterreichs mit Wärme unterstützen. Der Berliner Hof verlange ja nach nichts so sehr als nach einem ernstlichen Zerwürfnisse zwischen Oesterreich und Baiern, um dadurch den Einfluß Oesterreichs auf Süddeutschland zu nichte werden zu sehen. [1])

Inzwischen dauerte in Baiern die Aufregung über diese Streitsache fort und am liebsten hätte man es dort gesehen, wenn man Salzburg, das Inn- und das Hausruckviertel behalten und dazu

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 5. Jan. 1816.

überdieß die Pfalz neu zu erwerben vermocht hätte. So weit war es gekommen, daß die baierische Regierung aus dem Lande selbst zu offenem Widerstande, ja zum Kriege aufgefordert wurde. In spöttischer Weise bemerkte Metternich hierüber, daß wenn Baiern wirklich Lust zum Kriege haben sollte, es ewig Schade wäre, wenn es denselben nicht alsbald begänne. In diesem Falle würde Oesterreich das ganze Salzburgische sowie Passau und Lindau für sich nehmen und das linke Rheinufer behalten. Preußen würde sich gleichfalls nicht bitten lassen, einige Gebietstheile anzunehmen, und der König von Württemberg sehr geneigt sein, seine Grenzen gegen Norden und gegen Osten zu erweitern. „Leider dürfte Graf Montgelas," fährt Metternich fort, „die Gefahr berechnen und eine gütliche Ausgleichung der offenen Fehde vorziehen. Dieser Baiernkrieg nach dem europäischen, und die erste Schlacht mit Baiern nach jener von Waterloo würde den hübschesten Stoff zu einer Parodie liefern. Wenn unsere Wiener Politiker für den Krieg mit Baiern gestimmt sind, so kann ich ihnen nur zurufen: Ihr seid keine Kostverächter, meine Herren." [1])

Metternich beurtheilte den Grafen Montgelas, von dessen politischer Befähigung er sich schon vor zwei Jahren, bei ihrem ersten Zusammentreffen nach dem Abschlusse des Rieder Vertrages eine sehr günstige Meinung gebildet hatte, [2]) nicht unrichtig, wenn er ihm größere Klugheit und Besonnenheit zutraute, als in der altbaierischen Bevölkerung herrschte. Denn einerseits war Baiern durchaus nicht vorbereitet zu einem Kriege mit dem weit mächtigeren Nachbar, und andererseits brach die Erkenntniß immer mehr sich Bahn, daß das, was es aufgeben sollte, doch weniger werthvoll war als das, was es dafür gewann. Insbesondere war dieß hinsichtlich Salzburgs der Fall, dessen geringe Fruchtbarkeit sich mit derjenigen der gesegneten Fluren der Pfalz durchaus nicht vergleichen ließ. Die letzten Bedenken wurden dadurch beschwichtigt, daß Oesterreich sich hinsichtlich

---

[1]) Vous n'êtes pas dégoutés, Messieurs. Metternich an Hudelist. Mailand, 23. Jan. 1816. Um Mitternacht.

[2]) Metternich an Hudelist. Frankfurt, 18. Nov. 1813. „Mit dem König von Baiern bin ich sehr zufrieden. Das ist so viel als nichts — aber mit Montgelas ganz besonders. Er beträgt sich wie ein Mann von vielem Verstande, welcher nun seine Partie im gegentheiligen Sinne ergriffen hat. Es ist nicht möglich, faciler, runder in allen Fällen und Gelegenheiten zu sein als er; er hat mir hier Daten geliefert, welche von äußerster Wichtigkeit sind. Er geht uns wirklich mit Rath und That an die Hand."

des Punktes, in welchem Baiern thatsächlich Unrecht geschah, indem die ihm vertragsmäßig zugesicherte Contiguität seines bisherigen mit seinem neuen Besitzthum nicht durchgeführt wurde, zu werthvollen Zugeständnissen herbeiließ. Es erklärte sich zur Bezahlung einer angemessenen, in den Frankfurter Verhandlungen festzusetzenden jährlichen Entschädigungssumme an Baiern bereit. Außerdem gewährleistete es in geheimen Separatartikeln Baiern das Rückfallsrecht auf den badischen Neckarkreis, und schließlich machte es sich anheischig, sich kräftig dafür zu verwenden, daß ihm der ebenfalls badische Main- und Tauberkreis als Contiguitätsentschädigung zu Theil werde. Bis dieß wirklich geschehe, werde Oesterreich jährlich hunderttausend Gulden an Baiern bezahlen.

In Anbetracht alles dessen handelte die baierische Regierung gewiß nur in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich dem Abschlusse des Tractates mit Oesterreich nicht länger entzog. „Das wirklich reine Betragen des Kronprinzen und Nachrichten aus Rußland, welche den Beweis enthielten, daß Baiern dennoch nicht von dorther auf Beistand rechnen könne," beschleunigten nach Metternichs Worten eine Verhandlung, von der er behauptet, sie sei „die lästigste" gewesen, die ihm jemals vorkam. [1]) Am 14. April 1816 erfolgte der Abschluß des Vertrages; das Inn- und das Hausruckviertel sowie der größere Theil Salzburgs gelangten an Oesterreich, einige werthvolle Landstriche aber, welche wie Berchtesgaden von 1805—1809 österreichisch gewesen waren, blieben gleich diesem bei Baiern. Als Ersatz für das, was es abtrat, erhielt es das ihm noch heutzutage gehörige Gebiet auf dem linken Rheinufer und auch rechts von diesem Strome eine Anzahl von Aemtern. Der Gewinn, den es hiebei machte, wird von Montgelas auf eine sehr beträchtliche Summe an Einkünften, der an Einwohnerzahl aber auf etwa 200.000 Seelen veranschlagt. [2])

Drei Tage nach dem Abschlusse des zwischen Oesterreich und Baiern in München zu Stande gekommenen Vertrages fand endlich auch in Frankfurt die erste Sitzung der Mitglieder der dort niedergesetzten Territorialcommission statt. Ihre Aufgabe bestand darin, die bisher noch unentschieden gebliebenen, auf die gegenseitigen Gebietsausgleichungen zwischen einzelnen deutschen Staaten bezüglichen

[1]) Metternich an Hudelist. Mailand, 25. Febr. 1816.

[2]) Montgelas. Denkwürdigkeiten, 515.

Fragen auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen zu begleichen. Außer Wessenberg für Oesterreich und Humboldt für Preußen gehörten ihr Clancarty für England und Anstett für Rußland an. In einem von Wessenberg zur Verfügung gestellten Saale traten sie zusammen, und gleich Anfangs trachtete Wessenberg sich mit Humboldt über den gemeinschaftlich zurückzulegenden Weg zu einigen, wie er denn überhaupt mit diesem geschäftlich die befriedigendsten und persönlich die freundschaftlichsten Beziehungen unterhielt. Wie günstig die Meinung war, welche auch Humboldt von Wessenberg hegte, geht aus gar manchen seiner vertraulichen Aeußerungen hervor, von denen wir nur Eine hier anführen wollen. Er hoffe, schrieb Humboldt an Hardenberg, [1]) auch mit Buol in gutes Einvernehmen zu kommen. „Ich leugne nicht," fügt er hinzu, „daß ich lieber Wessenberg an seinem Platze gesehen hätte. Seit langer Zeit stehe ich in freundschaftlicher Verbindung mit ihm und er besitzt eine gründlichere Kenntniß der Geschäfte als Buol."

Nun hatten Wessenberg und Humboldt zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgabe die Wahl zwischen zwei Modalitäten zu treffen. Entweder konnten sie den Abschluß lauter einzelner Verträge zwischen den betheiligten Staaten veranlassen oder diesen Vereinbarungen einen allgemeinen Tractat hinzufügen, der dann die Ergänzung der Finalacte des Wiener Congresses zu bilden hätte.

Zwei Beweggründe, sagt Wessenberg hierüber, seien es gewesen, welche ihn bewogen, sich für diese letztere Verfahrungsart zu entscheiden. Einerseits biete sie den Vortheil dar, daß sie die Möglichkeit gewähre, den zu treffenden Verabredungen eine gemeinschaftliche Sanction in der in Europa hergebrachten Form zu Theil werden zu lassen. Und andererseits werde hiedurch England veranlaßt, die schon vereinbarten und noch zu vereinbarenden Gebietsausgleichungen zu fördern und zur Beseitigung der ihnen etwa noch entgegenstehenden Hindernisse auch seinerseits beizutragen. Darum schloß sich denn auch Wessenberg dem in der vierten Sitzung der Territorialcommission von Humboldt im Auftrage seiner Regierung gestellten Antrage über den zu befolgenden Geschäftsgang an.[2]) Auch Clancarty und Anstett

[1]) 20. August 1816. Gefällige Mittheilung des Herrn Bruno Gebhart in Berlin.

[2]) Sitzungsprotokoll vom 28. April 1816, am 24. Mai von Wessenberg an Metternich übersendet.

stimmten zu, aber freilich wurde hiedurch nichts an dem geändert, daß man wenigstens vorläufig den Zweck, zu dauernder Feststellung der noch unentschiedenen Punkte zu gelangen, mehr durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten als durch solche im Schoße der Territorialcommission zu erreichen sich bestrebte.

Um aus ihnen zunächst diejenigen hervorzuheben, die Oesterreich mit Preußen wegen Mainz pflog, so kann man sagen, daß sie vergleichsweise viel glatter als die verliefen, welche so eben mit Baiern zu Ende gebracht worden waren. Nachdem sich der Großherzog von Hessen in der Convention vom 10. Juni 1815 zur Abtretung des Herzogthums Westphalen an Preußen gegen eine angemessene Entschädigung auf dem linken Rheinufer anheischig gemacht hatte, war unter den Gebietstheilen, welche er dafür erhalten sollte, auch die Stadt Mainz genannt. Hielt man hieran fest, so handelte es sich nur mehr um das Besatzungsrecht in dieser Stadt, welches man in so schwache Hände wie die eines kleinen deutschen Reichsfürsten nicht zu legen vermochte, und dessen ausschließliche Ausübung weder Oesterreich noch Preußen einander gönnten, ja eigentlich im wohlverstandenen Interesse ihrer Staaten gar nicht zu gönnen vermochten. Um die Sache friedlich zu schlichten, schlug Metternich der preußischen Regierung vor, in Mainz eine gemischte Garnison zu halten, welche zu gleichen Theilen aus österreichischen wie aus preußischen, und außerdem auch noch aus Darmstädter Truppen bestehen sollte. Der Gouverneur der Festung möge ein Oesterreicher, ihr Commandant aber ein Preuße sein und alles nähere Detail über den Unterhalt der Truppen von dem demnächst zu eröffnenden Bundestage geregelt werden. So wie Preußen im Norden Deutschlands zu dessen Schutze das Besatzungsrecht in Luxemburg zugesprochen wurde, sollte Oesterreich im Süden das in der Bundesfestung erhalten, welche man am Oberrhein zu errichten entschlossen sei.

Mit dem Auftrage, sich in diesem Sinne der preußischen Regierung gegenüber auszusprechen und sie um eine baldige Erklärung zu bitten, wurde Graf Zichy, der österreichische Gesandte in Berlin noch angewiesen, den Inhalt der zu erwartenden Antwort auch dem in Frankfurt verweilenden Freiherrn von Wessenberg mitzutheilen, auf daß dann von seiner Seite die weiter erforderlichen Schritte gleichfalls geschähen.[1]) Und in der That erklärte sich Preußen ein-

[1]) Metternich an Zichy. Mailand, 18. Januar 1816.

verstanden mit den Vorschlägen Oesterreichs, doch stellte es zwei Bedingungen auf, von denen die eine leicht, die andere hingegen gar nicht erfüllbar erschien. Die erste bestand darin, daß der preußische Festungscommandant zu Mainz die gleiche Machtvollkommenheit wie der von Oesterreich zu ernennende Gouverneur genieße, die zweite aber in dem Verlangen, daß Preußen sowie mit Oesterreich in Mainz, so auch in Landau mit Baiern gemeinsam das Besatzungsrecht zugesprochen werde.[1])

Der ersten Bedingung bereitwilligst zustimmend und die zuversichtliche Hoffnung aussprechend, daß zwischen dem Gouverneur und dem Commandanten der Festung Mainz allzeit das beste Einvernehmen obwalten werde, erklärte Metternich bedauernd, die Erfüllung der zweiten Bedingung als eine Unmöglichkeit betrachten zu müssen. Denn Preußen habe, als es sie stellte, ganz außer Acht gelassen, daß es selbst der am 3. November 1815 in Paris zu Stande gekommenen Vereinbarung zugestimmt habe, derzufolge das Besatzungsrecht in Landau bis zum Austausche dieses Platzes einzig und allein von Oesterreich, nach dessen geschehener Abtretung an Baiern aber ebenso ausschließlich von diesem Saate ausgeübt werden solle.[2])

Da Preußen gegen die Richtigkeit dieser Behauptung keine stichhaltige Einwendung zu erheben vermochte, ließ es sein Begehren fallen, und die mit Oesterreich zu Stande gekommene Verabredung, welche freilich später noch einige Abänderungen erfuhr, bildete die Grundlage der Convention, welche Wessenberg und Humboldt mit den Bevollmächtigten des Großherzogs von Hessen am 30. Juni 1816 zum Abschlusse brachten. Ihr folgte am 12. März 1817 eine andere Vereinbarung, die zwischen Wessenberg und dem bekannten deutsch-holländischen Staatsmanne Freiherrn Hans von Gagern abgeschlossen wurde.

Oft schon und nicht selten durch längere Zeit hatten Beide, Wessenberg und Gagern gemeinschaftlich gewirkt, insbesondere während des Wiener Congresses und der nach Napoleons zweiter Besiegung in Paris gepflogenen Friedensverhandlungen. Nun fanden sie sich wieder in Frankfurt zusammen, wo Gagern sein Adoptivvaterland, die Niederlande, auch im Bundestage vertrat. Aber trotz dieser Doppelstellung war er doch ein durch und durch deutsch gesinnter

[1]) Zichy an Metternich. Berlin, 2. Februar 1816.

[2]) Metternich an Zichy. Mailand, 3. März 1816.

Mann, und wenngleich seine manchmal recht überspannten Ansichten [1]) sich von den viel nüchterneren Wessenbergs oft auffällig unterschieden, so stimmten sie doch in sehr vielen wichtigen Punkten mit ihnen zusammen.

In dem jetzt verabredeten Vertrage trat freilich nichts davon hervor. Er bestand eigentlich in nichts Anderem, als in der auch von Oesterreich geschehenden Wiederholung der Bestimmungen, durch welche der König der Niederlande in dem Besitze der ihm durch die letzten Tractate zugesprochenen Landstriche bestätigt und neuerdings der hiedurch festgestellte Grenzzug aufgeführt wurde. Zur Verstärkung der an demselben liegenden Festungen hatte Holland sechzig Millionen Franken aus der französischen Kriegscontribution, aber in Anbetracht des ihm ohnehin zu Theil gewordenen nahmhaften Gebietszuwachses nichts weiter aus ihr zu erhalten. Der anfänglich aus diesem Titel für Holland bestimmte Betrag von etwas mehr als ein und zwanzig Millionen sollte zur Vervollständigung der Schadloshaltung Oesterreichs und Preußens dienen und ihnen zu gleichen Theilen zu Gute kommen. Die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages aber bezogen sich lediglich auf die Erklärung Luxemburgs zur Bundesfestung und darauf, daß ihre Besatzung zu drei Viertheilen von Preußen, welches auch den Gouverneur und den Commandanten ernenne, und zu einem Viertheile von dem Könige der Niederlande als dem Landesherrn gestellt würde, dessen Souveränetätsrechte in dem Großherzogthume sonst in gar keiner Weise eine Schmälerung erführen.

Zwei Jahre mußten noch vergehen, bis endlich auch die letzten auf deutsche Territorialverhältnisse sich beziehenden Verträge, über welche Wessenberg für Oesterreich die Verhandlungen führte, die mit dem Großherzogthume Baden zu Stande kamen. Aber während sich Wessenberg ihnen mit all dem Eifer widmete, mit welchem er stets den ihm übertragenen Aufgaben nachkam, wurde seine Theilnahme in nicht geringem Maße durch die Schritte in Anspruch genommen, welche sein Bruder Heinrich persönlich in Rom that, um die Hindernisse zu beheben, die dort gegen die Anerkennung der auf ihn gefallenen Wahl zum Verweser des Bisthums Constanz erhoben wurden.

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 4. August 1817. „Il (Gagern) ne laisse pas d'être parfois un peu fou, mais à la diète il est de notre bord et il ne tient qu'au président de l'empêcher qu'il ne fasse des sottises."

Durch ein in recht leidenschaftlichen Ausdrücken abgefaßtes päpstliches Breve war diese Wahl verworfen und die eines Anderen anbefohlen worden, der „in besserem Rufe stehe" als Wessenberg. Im ganzen katholischen Süddeutschland wurde diese Kundgebung des heiligen Stuhles gegen einen Mann, der um seines milden, echt priesterlichen Wesens und seiner selbstaufopfernden Wohlthätigkeit willen überall in größtem Ansehen stand, als ein empfindlicher Schlag verspürt. In welch hohem Maße dieß der Fall war, zeigte sich dadurch am besten, daß das Domcapitel von Constanz, weit davon entfernt, von seiner Wahl zurückzutreten, dieselbe in sehr bestimmt lautenden Ausdrücken rechtfertigte und aufrecht erhielt.

Wessenberg liebte seinen Bruder nicht nur aufs Innigste, sondern er theilte auch, gleich ihm ein glaubenstreuer, aber keineswegs fanatischer Katholik, seine religiösen Anschauungen und war überhaupt ein Herz und eine Seele mit ihm. Das was seinem Bruder widerfuhr, wurde daher auch von ihm mit tiefem Leidwesen empfunden, und wenn er von dessen Entschlusse, sich persönlich nach Rom zu begeben, wohl kaum günstige Erfolge erwarten mochte, so billigte er ihn doch als eine Handlung muthvollen Einstehens für die eigene Ueberzeugung. Um aber auch seinerseits nichts zu verabsäumen, was vielleicht doch dazu beitragen könnte, die steinigen Pfade etwas zu glätten, welche sein Bruder in Rom zu wandeln genöthigt sein würde, empfahl Wessenberg dessen Angelegenheit dem Fürsten Metternich in eindringlichen Worten.

„Dem römischen Hofe gefiel es," schrieb er ihm am 2. Mai 1817, „meinem Bruder eine ganz sonderbare Illustration zu verleihen. Das Breve Seiner Heiligkeit gegen dessen Berufung zum Vicariate des Bisthums Constanz hat schon großes Aufsehen in Deutschland erregt und es kann nicht verfehlen, Alle zu beunruhigen, denen die deutsche Kirche am Herzen liegt. Sein großer Feind ist ein ehemaliger Nuntius in Luzern, ein Frömmler ersten Ranges, der ihm aber trotzdem nichts Anderes vorzuwerfen vermochte, als daß er einigen Nonnen erlaubte, ihre Gebete deutsch statt lateinisch zu verrichten und daß er vielleicht in der Schweiz mit Protestanten zu Mittag aß, wie dieß auch mit Katholiken hätte geschehen können. Der wahre Beschwerdepunkt gegen ihn besteht jedoch darin, daß er ein Mann von Geist ist, in Deutschland großes Ansehen genießt, sogar von den protestantischen Fürsten geschätzt wird, daß er Recht

wie Unrecht der Ansprüche Roms gründlich kennt und vielleicht besser als irgend ein Anderer die Rechte der deutschen Kirche zu vertheidigen weiß. Mein Bruder kann die Mitra entbehren, aber es scheint nicht, daß die Regierungen Interdicte von Seite des Papstes zulassen können, ohne daß dieser ihnen die canonischen Beweggründe dazu mittheile. Denn sonst würde der römische Hof gar bald eine Macht auszuüben im Stande sein, welche weder mit der Souverainetät der legitimen Monarchen vereinbar erschiene, noch unserer heiligen Religion zu frommen vermöchte."

Metternich, der sich zur Zeit, als Heinrich Wessenberg sich nach Rom begab, in Florenz befand, nahm ihn dort freundlich auf und versah ihn mit warmen Empfehlungsschreiben an den Fürsten Kaunitz, österreichischen Botschafter beim heiligen Stuhle, und an den Cardinal-Staatssecretär Consalvi. Den Letzteren bat er um seine Verwendung, daß es Wessenberg gelinge, beim heiligen Vater willfähriges Gehör zu finden. Er möge ihm mit seinem Rathe an die Hand gehen, auf daß er den Zweck seiner Reise nach Rom erreiche, der darin bestehe, dem peinlichen Zustande ein Ende zu machen, in welchem die Diöcese von Constanz sich befinde.

Dem Fürsten Kaunitz gegenüber ging Metternich noch tiefer auf die Sache ein. Derselbe kenne, schrieb er ihm, [1]) sein lebhaftes persönliches Interesse für Wessenberg, und wisse, wie viel ihm daran liege, Fragen nicht aufkommen zu lassen, aus denen religiöse Meinungsverschiedenheiten in einem Augenblicke hervorgehen könnten, in welchem alle Sorgfalt auf die Beruhigung der ohnehin viel zu aufgeregten Geister gerichtet sein sollte. Hauptsächlich dieser letztere Grund verdiene es, von dem Cardinal-Staatssecretär ernstlichst gewürdigt zu werden. Darum möge ihm Kaunitz, ohne jedoch eine amtliche Dazwischenkunft eintreten zu lassen, in rein vertraulicher Weise Wessenbergs Persönlichkeit und dessen Reisezweck dringend empfehlen. Was er für ihn, sei es durch seinen Rath, sei es durch seine Verwendung bei Consalvi nur immer thun könne, werde Metternich „unendlich" willkommen sein. Consalvi werde sich ja sicher nicht weigern, auch seinerseits einzugehen auf die Wege, welche zur Annäherung und zur Versöhnung zu führen geeignet sein würden.

---

[1]) Florenz, 13. Juli 1817.

Und in der That, mit einer derartigen Weigerung offen hervorzutreten, kam Consalvi auch nicht von fern in den Sinn. In den verbindlichsten Ausdrücken antwortete er,[1]) daß er Alles zu thun bereit sei, was seine Pflicht nur immer gestatte, auf daß die Angelegenheit Wessenbergs einem für ihn befriedigenden Ausgange zugeführt werde. Aber freilich sei dazu ein längerer Zeitraum nöthig, um seine Aufklärungen vernehmen und die erforderlichen Erkundigungen einholen zu können.

Die aus den letzteren Worten hervorleuchtende Absicht, die Entscheidung thunlichst zu verzögern, trat denn auch immer unverhüllter an den Tag. Zwar benahm sich Consalvi, der ja schon zur Zeit des Wiener Congresses in genauer Bekanntschaft mit dem älteren Bruder Wessenberg gestanden war und damals einen wirklich freundschaftlichen Briefwechsel mit ihm unterhalten hatte,[2]) nun auch gegen den jüngeren Bruder fortwährend in höflichster Weise. Aber in der Sache selbst förderte er ihn doch nicht, ja er vermochte dieß wohl auch gegen seine bessere Einsicht kaum zu thun. Nicht nur daß es Wessenberg versagt blieb, sich dem Papste — Pius VII. — persönlich vorstellen zu dürfen, es wurde ihm auch noch die freiwillige Verzichtleistung auf seine Stelle als Vicar des Bisthums Constanz und eine Erklärung zugemuthet, durch welche er diejenigen seiner Handlungen selbst mißbilligen sollte, welche von dem heiligen Stuhle getadelt worden waren. An dem Entschlusse unerschütterlich festhaltend, sich und der Sache treu zu bleiben, der er sein ganzes Leben gewidmet, lehnte jedoch Heinrich Wessenberg es ab, sich zu irgend etwas zu verstehen, wodurch er mit sich selbst in Widerspruch gerathen sein würde. Nachdem er länger als fünf Monate in Rom verweilt hatte, kehrte er unverrichteter Dinge nach Deutschland zurück und fand in den dortigen katholischen Kreisen eine Aufnahme, welche deutlich bewies, daß das Benehmen der römischen Curie gegen ihn die so tief eingewurzelte Hochachtung, die sie für ihn empfanden, durchaus nicht zu verringern vermocht hatte.

---

[1]) Rom, 9. August.

[2]) So beginnt, um nur ein Beispiel anzuführen, Consalvi's eigenhändiger Brief an Johann Wessenberg vom 6. Juni 1815 mit folgenden Worten: „Vous êtes si patient, si obligeant, si bon, et j'ai tant de confiance dans l'intérêt que vous me témoignez, que j'ai perdu toute crainte de vous être importun, et j'ose tout avec vous."

IV.

Abschluss des Territorialrecesses.

Nur wenige Tage, nachdem Heinrich Wessenberg von Constanz aus seine Pilgerfahrt nach Rom angetreten hatte, schrieb sein älterer Bruder aus Frankfurt an Metternich und erschöpfte sich in bitteren Klagen über die bisherige Fruchtlosigkeit der Verhandlungen, durch welche eine Beilegung der zwischen Baiern und Baden obwaltenden Streitsache herbeigeführt werden sollte. Aufs Innigste war der Ursprung derselben mit dem Vertrage verquickt, der am 14. April 1816 zu München zwischen Oesterreich und Baiern abgeschlossen worden war. Durch dessen geheime Artikel hatte Oesterreich, wie bereits gesagt wurde, hierin gewissenhaft an den Bestimmungen des Pariser Protokolles vom 3. November 1815 festhaltend, dem Münchner Hofe das von demselben beanspruchte Rückfallsrecht auf den badischen Neckarkreis oder den diese Bezeichnung führenden Theil der ehemaligen Pfalz gewährleistet und sich überdieß anheischig gemacht, dafür einzutreten, daß Baiern der ebenfalls badische Main- und Tauberkreis als Contiguitätsentschädigung zu Theil werde.

Derlei Zusagen zu machen, dazu war Oesterreich offenbar durch die von dem Großherzoge von Baden durch den Vertrag vom 20. November 1813 den damaligen Verbündeten gegenüber eingegangene Verpflichtung ermuthigt worden, sich allen Abtretungen zu fügen, welche durch die zukünftigen Einrichtungen in Deutschland etwa nothwendig gemacht werden würden. Während von badischer Seite entschieden bestritten wurde, daß diese Bedingung hier anwendbar sei, bestand Baiern mit noch größerer Hartnäckigkeit auf der Anerkennung seines vermeintlichen Rückfallsrechtes auf die badische Pfalz, und mehr noch darauf, daß die ihm in Aussicht gestellte Abtretung des Main- und Tauberkreises unverzüglich geschehe.

Der Wiener Hof zeigte sich redlich bemüht, den Verpflichtungen nachzukommen, die er gegen Baiern eingegangen war.[1]) Aber obgleich die drei anderen Mitglieder der Quadrupel-Allianz, England, Rußland und Preußen gegen diesen Tractat, ohne ihm noch förmlich beizutreten, doch auch keine Einwendung erhoben hatten, legten doch zwei von ihnen, Rußland und England nur wenig Geneigtheit an den Tag, auch ihrerseits die Hand zur Verwirklichung jener Bestimmungen zu bieten. Das Wort bewahrheitete sich, welches Metternich während der Pariser Verhandlungen ausgesprochen hatte, dem Münchner Hofe sei es gelungen, es dahin zu bringen, daß er dastehe ohne einen wirklichen Freund. Insbesondere in Frankfurt als dem Sitze der Bundesversammlung wurde dieß klar, und Wessenberg versicherte, dort nehme Alles für Baden, somit gegen Baiern lebhaft Partei.[2]) Und wenn sich auch Preußen vornehmlich aus Rücksicht für Oesterreich jeder Einsprache gegen die von dem Wiener Hofe befürworteten Vorschläge enthielt, so wußte man doch, daß es eigentlich Baiern, das ihm unter Napoleons Schutz bei weitem zu groß geworden war, viel weniger einen Vortheil gönnte als dem ungleich kleineren Baden.

Während nun Wessenberg sich abmühte, den Zusagen Geltung zu verschaffen, welche seine Regierung dem Münchner Hofe gemacht hatte, zeigten sich die Vertreter Rußlands und Englands demselben durchaus nicht günstig gesinnt. Sie erklärten zwar auch ihrerseits Oesterreichs Schritte insoweit unterstützen zu wollen, als sie die Herbeiführung einer versöhnlichen Ausgleichung zwischen Baiern und Baden bezweckten. Aber Oesterreich habe, so fügten sie hinzu, schon genug gethan, um seine Verpflichtungen gegen Baiern zu erfüllen, und so unbestreitbar seien die Ansprüche des Münchner Hofes doch nicht, daß sie wider einen Fürsten durchgesetzt werden müßten, der nicht den geringsten Anlaß zu einer Beschwerde gegen ihn selbst dargeboten habe. „Gewiß ist es," schreibt Wessenberg hierüber nach Wien, „daß jeder Schritt, der den Stempel der Gewalt an sich trüge, von Seite des Großherzogs einen Widerstand hervorrufen würde, welcher die Großmächte nur bloßstellen könnte. Eine hartnäckige Weigerung des Großherzogs würde in der Oeffentlichkeit wie ein Veto gegen die Anordnungen der Quadrupelallianz aufgenommen werden, und dieß

[1]) Vergl. die Weisungen an Wessenberg vom 30. August und 19. November 1816.

[2]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 6. Februar 1817.

würde hinreichen, sie das Ansehen ihrer Unfehlbarkeit einbüßen zu machen."

„Der Stand der Frage hat sich," fährt Wessenberg fort, „seit 1813 wesentlich verändert. Damals wurden alle Bedingungen, welche die verbündeten Großmächte auferlegen wollten, gleichwie Gunstbezeigungen entgegengenommen. Jetzt ist man darauf angewiesen, jede Verhandlung fast ausschließlich nach dem Belieben der Betheiligten zu führen. Unsere Verbündeten wollen von einem Offenlassen der Frage nichts hören und ihre Bevollmächtigten sind persönliche Gegner derselben. Baiern hat alle Welt durch seine Begehren verstimmt und der Sturz des Grafen Montgelas ist ein Beweis, daß die Politik dieser neugebackenen Macht nicht von einer einzigen Persönlichkeit abhing. Was mich angeht, so habe ich auf meine Collegen nicht anders als negativ einwirken können, indem ich sie abhielt, sich offen in Opposition gegen unseren Hof zu setzen. Zu diesem Ende erschöpfte ich alle Hilfsquellen, die man nur immer den diplomatischen Tugenden zu entnehmen vermag, der Geduld, der Ausdauer, der Ergebung, der Ruhe, der Weisheit und dem Geiste der Versöhnlichkeit. Urtheilen Sie selbst, ob ich meine Aufgabe erfüllte."

Wessenberg knüpfte an diese Auseinandersetzung den Vorschlag, die so überaus verwickelte Verhandlung über den Streit zwischen Baiern und Baden nach Wien zu verlegen; in Frankfurt würde sie ja doch niemals zu Ende geführt werden können. Ein noch so geringer Triumph in einer so schwierigen Frage sei einer noch längeren Ungewißheit bei weitem vorzuziehen. [1])

Es mag zweifelhaft erscheinen, ob die von Wessenberg hervorgehobenen Hindernisse gegen die Erreichung dieses Zieles durch das am 4. October 1817 von dem Großherzoge von Baden erlassene Haus- und Familienstatut über die Thronfolge, durch welches das Recht auf sie in Ermangelung anderer männlichen Erben den aus der zweiten Ehe des Großherzogs Karl Friedrich abstammenden Grafen von Hochberg zugesprochen wurde, eine Steigerung oder eine Verringerung erfuhren. Wessenbergs Meinung war die, daß hiedurch eine Veränderung der Sachlage keineswegs eingetreten sei. Denn ein souveräner Fürst vermöge nur über die Rechte zu verfügen, die

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 3. Juli 1817.

er selbst besitze; das Thronfolgegesetz könne sich somit nur auf das ganz unbestritten badische Land beziehen. Das etwaige Rückfallsrecht Anderer auf einzelne Gebietstheile werde dadurch in gar keiner Weise berührt, somit auch nicht geschmälert. [1])

Während es fast den Anschein gewann, als ob es Wessenberg versagt bleiben sollte, die ihm auferlegte Aufgabe glücklich zu Ende zu führen, wurde er bereits wieder mit einer neuen bedacht, durch welche seine ihn ohnedieß schon so schwer bedrückende Arbeitslast noch eine ansehnliche Vermehrung erfuhr. Er erhielt von seiner Regierung den Auftrag, Oesterreich, und zwar nicht nur als Mitglied, sondern als Vorsitzender in der Commission zu vertreten, welche im Einvernehmen mit Preußen in Frankfurt eingesetzt werden sollte, um mit ihren Fachkenntnissen einem vom Bundestage gewählten Ausschusse zur Seite zu stehen, der die Vorschläge Oesterreichs über die Regelung der militärischen Einrichtungen Deutschlands in Berathung zu ziehen und die hierüber zu fassenden Beschlüsse in einem erschöpfenden Elaborate zu vereinigen bestimmt war.

Trotz der geistigen Vielseitigkeit, die er unstreitig besaß und welche Wessenberg selbst, in dieser Beziehung kaum allzu bescheiden, sich wohl nicht leicht hätte abstreiten lassen, erregte doch die Zumuthung, in ein rein militärisches Comité zu treten, gerechte Bedenken in ihm, und sie wurden auch durch Metternichs Beschwichtigungsversuche durchaus nicht beseitigt. Die ihm zugedachte Rolle werde sich, hatte ihm Metternich geschrieben, nur auf dasjenige beschränken, wozu er die erforderlichen Eigenschaften wirklich besitze. Kein anderes Mitglied des Comité's erscheine zu ihr so berufen wie er, und dieß gerade deshalb, weil er ein erfahrener Diplomat sei und so erfolgreich an den wichtigsten Verhandlungen des Wiener Congresses und denjenigen theilgenommen habe, welche zweimal in Paris gepflogen worden seien. [2])

Mit recht schwerem Herzen unterzog sich Wessenberg dem ihm ertheilten Auftrage. Derselbe sei, sagte er hierüber, weder seinem Geschmacke noch seinen Fähigkeiten entsprechend, und es werde ihm allzeit räthselhaft bleiben, wie gerade auf ihn diese Wahl habe fallen können. Er werde sich vorkommen, als ob er sich mitten unter den babylonischen Thurmbaumeistern befinde. [3])

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 13. Oct. 1817.

[2]) Metternich an Wessenberg, 22. Febr. 1818.

[3]) Wessenberg. Frankfurt, 15. Mai.

Wessenberg war in dem Augenblicke, in dem er dieß niederschrieb, von einem etwas überstürzten Ausfluge, den er, um sich von einer schweren Erkrankung wenigstens einiger Maßen zu erholen, nach dem südlichen Frankreich unternommen hatte, nach Frankfurt zurückgekehrt. Hier widmete er sich nun eifrig den beiden ihm obliegenden Hauptaufgaben, den Verhandlungen zur Beilegung des Streites zwischen Baiern und Baden und denjenigen des Militärcomité's, dessen unfreiwilliger Vorsitzender er war. In den ersteren hatte sich der Großherzog Karl einen neuen Rückhalt durch die Verfassung zu schaffen gesucht, die er am 22. August 1818 seinem Lande gab und in der dessen Untheilbarkeit feierlich ausgesprochen wurde. In den letzteren aber, den Verhandlungen der Militärcommission trachtete Wessenberg sich möglichst neutral zu verhalten und die Vertretung des österreichischen Standpunktes in speciellen Fachfragen dem General Steigentesch zu überlassen, der gemeinschaftlich mit ihm in dieser Commission saß. „In solcher Weise werden Sie," schrieb er an Metternich,[1]) „ohne bei irgend Jemand anzustoßen, den meisten Nutzen aus meiner Stellung zu ziehen im Stande sein, und darauf muß sich ja Ihr Augenmerk hauptsächlich lenken."

Wie richtig Wessenberg seine Aufgabe als Vorsitzender der Militärcommission erfaßte, zeigte er dadurch, daß er sich nicht nur befliß, die Einigkeit in derselben aufrecht zu erhalten, sondern daß er auch gegen Jedermann, Metternich nicht ausgeschlossen, tapfer für sie eintrat, wo es ihm schien, daß man irgend eine ungerechte Beschuldigung gegen sie erhebe. Man hätte, so schreibt er einmal nach Wien,[2]) der Commission auferlegen sollen, eine vollständige Arbeit über die militärische Organisation und das Defensivsystem des deutschen Bundes auf den vom Bundestage vorgezeichneten Grundlagen zu liefern. Wenn man aber nur allmälig und manchmal ohne allen Zusammenhang bloße Detailfragen an sie richte, dann könne man auch keine Arbeit von irgend welcher Vollendung von ihr verlangen. In der Stellung, die man ihr eingeräumt, habe die Militärcommission Besseres geleistet, als man vernünftiger Weise von ihr zu erwarten berechtigt gewesen sei. Man vergleiche doch nur ihre Berichte mit den gelegentlichen und verworrenen Fragen, welche der betreffende Ausschuß des Bundestages ihr vorlegte, um sich von

[1]) Juni 1818.

[2]) An Metternich. Frankfurt, 17. Juli.

der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen. So lang dieser, der aus Leuten zusammengesetzt sei, die von der Sache gar nichts verstünden, sich in die geringfügigsten Einzelheiten verliere, werde man nie zu einer zweckentsprechenden Redaction organischer Bestimmungen gelangen.

Nur wenige Wochen vergingen und Wessenberg kam in die Lage, alle diese Dinge mündlich mit Metternich zu besprechen, denn derselbe traf, nachdem er in Karlsbad eine Trinkkur durchgemacht, am 29. August in Frankfurt ein, wo er „wie gewöhnlich" in dem Hause des Herrn Mülhens abstieg. Da dieser bekanntlich der Schwiegervater Wessenbergs war, so wohnten die Beiden wahrscheinlich unter Einem Dache. Er wünschte, sagt Metternich über diese Behausung, nie anderswo wohnen zu müssen. „Man begreift weder," fügt er hinzu, „wie ein ehemaliger kleiner Commis eines Gewürzkrämers den Geschmack besitzen konnte, ein Hotel wie dieses zu erbauen und zu möbliren, noch wie ein Geizhals wie er sechsmalhunderttausend Gulden auszugeben vermochte, um sich eine gute Wohnung zu schaffen." [1])

Doch nicht um diese geringfügigen Dinge hervorzuheben, werden hier die zu jener Zeit von Metternich an seine Frau geschriebenen Briefe erwähnt, sondern um darzuthun, wie überschwänglich er von sich selbst und von seiner eigenen Thätigkeit dachte. „Man kann sich keine Vorstellung von der Wirkung machen," schreibt er ihr am 4. September, „die mein Erscheinen auf den Bundestag hervorbrachte. Was sonst vielleicht niemals zum Abschlusse gediehen wäre, wurde in drei oder vier Tagen beendigt. Ich bin eine Art moralischer Macht in Deutschland, ja vielleicht in Europa geworden, einer Macht, die in dem Augenblicke, in dem sie verschwände, eine Leere zurückließe. Und doch wird sie einmal dahingehen müssen, wie Alles, was der armen und schwachen Menschennatur angehört."

Unablässig kommt Metternich in diesen Briefen an seine Frau auf die überraschenden Folgen seines wenn auch nur kurzen Verweilens in Frankfurt zurück. „Ich kam," heißt es eine Woche später, „hieher wie der Messias, um die Sünder zu erlösen. Der Bundestag bietet einen neuen Anblick dar, seitdem ich in seine Geschäfte mich

---

[1]) Metternich an seine Gemalin. Frankfurt, 31. Aug. 1818. Denkwürdigkeiten, III. 109.

mengte, Alles ist beendigt, wovon man glaubte, es werde niemals durchgeführt werden." Und genau so wie gegen seine Gemalin, spricht er auch gegen Hudelist sich aus. Aber noch weit mehr Interesse gewähren die Briefe an den Letzteren dort, wo sie sich über die Stimmung verbreiten, welche Metternich zu jener Zeit in den Landstrichen am Main und an den Rheinufern antraf. „Aeußerst merkwürdig ist es," sagt er hierüber, „die hiesige Gegend von dem österreichischen Gesichtspunkte aus zu beobachten. Ich kann Sie versichern, daß wenn in Oesterreich die Hälfte der Anhänglichkeit bestände, welche hier für den Kaiser und Alles, was kaiserlich ist, besteht, so wäre Manches anders. Die Reise des Kaisers von Mainz bis Aachen wird ein wahrer Triumphzug werden. Die Bewohner des Rheinufers, Nassauer und Preußen machen Anstalten, den Monarchen zu begrüßen, wie sie noch niemals stattgefunden haben. Das Volk sagt nur zu laut, wir wollen zeigen, was der Kaiser für uns und wer unser Kaiser ist." [1])

Dießmal ging denn auch Metternichs Vorhersagung buchstäblich in Erfüllung. Am 23. September traf Kaiser Franz, auf der Fahrt nach Aachen begriffen, um dem dort zu eröffnenden Congresse beizuwohnen, unter dem frenetischen Jubel der ihm massenhaft zuströmenden Bevölkerung in Mainz ein. Zwei Tage später trat er bei „herrlichstem Herbstwetter" die Rheinfahrt an. Eine zahllose Menge reich geschmückter Schiffe begleitete ihn, und die Stromufer waren mit unabsehbaren Schaaren von Menschen bedeckt, die ihm zujauchzten. Im Vorüberfahren besuchte er Metternich auf dem Johannisberge, von welchem Schlosse der neue Hausherr selbst erst vor wenigen Wochen Besitz ergriffen hatte. Von dort begleitete Metternich den Kaiser noch an demselben Tage bis Bingen, wo er noch spät in der Nacht mit eigener Hand einen für die Zeitungen bestimmten Bericht über die Erlebnisse dieses Tages zu Papier brachte. Vertraulich fügte er für Hudelist allein hinzu: „Ich wünsche, daß man in Deutschland wisse, wie sich hier aller Görres, Oken u. s. w. ungeachtet die Stimme für Oesterreich ausspricht. Uebrigens kann man nicht Alles sagen, denn wir würden bei mancher Regierung große Eifersucht erregen. Der Herzog von Nassau, welcher vortrefflich regiert, hat seinem Volke nicht nur freien Spielraum gelassen, sondern selbst den besten Impuls

---

[1]) An Hudelist. Frankfurt, 4. September.

gegeben. Im Darmstädtischen, und wir sind eben darin, steht die Sache umgekehrt und das Volk ist bis zur Ausschweifung jubelnd; ebenso wird es in den sehr mißvergnügten preußischen Rheinprovinzen gehen, wo der König in größter Stille durchfährt, während Alles: „Es lebe der alte Kaiser, unser Vater" schreit. Dieß ist die natürliche Folge unseres geraden, schlichten, einfachen Ganges, während die meisten Regierungen in Deutschland den groben Fehler begehen und entweder im System des Souveränetätsschwindels oder einer Huldigung des Undings fortleben, welches einige Schreier für den Zeitgeist ausgeben möchten."

„Wenn ich nun denke, daß es einigen Regierungen einfiel, den österreichischen Kaiser nicht für einen Deutschen zu halten! Man komme mit uns und sehe, welchen Stammes wir sind und für wen Millionen uns halten." [1])

Nichts ist begreiflicher, als daß wie auf den Kaiser selbst, so auch auf Metternich der Jubel, der sie umbrauste, einen tiefen Eindruck hervorbringen mußte. Aber daß er, wie Metternich meinte, eine Frucht der Haltung gewesen wäre, welche die österreichische Regierung seit drei Jahren beobachtete, war doch nur wieder eine jener Selbsttäuschungen, denen er allzuleicht sich hingab. In ganz Anderem wurzelte der damalige Jubel der Bevölkerung der Rheinlande, nicht zum mindesten in der noch ziemlich frischen Erinnerung an die glücklichen Zeiten, welche sie unter ihren geistlichen Fürsten durchlebt hatte. So wenig ruhmvoll dieselben auch regiert haben mochten, so wenig hatten doch die Bewohner jener gesegneten Landstriche gerade nach dieser Seite des öffentlichen Lebens gefragt; sie hatten sich vielmehr der geringen Steuern wie des ihnen gegönnten Wohllebens erfreut und waren zufrieden gewesen mit dem milden, leutseligen und leichtlebigen Regimente ihrer hochwürdigsten Oberherren. Gar unvortheilhaft stach von ihm — für sie wenigstens — dasjenige ab, was ihnen die neue preußische Herrschaft gebracht hatte. Trotz all ihrer Tüchtigkeit war schon die schroffe, corporalmäßige Form, in der sie auftrat, so sehr verletzend, daß sie eine etwa aufkeimende Zuneigung rasch wieder erstickte. Hiezu kam noch das in den katholischen Rheinlanden so starke Gefühl der Sympathie für den der gleichen Confession angehörigen Kaiser von Oesterreich, während gegen den

[1]) Metternich an Hudelist. Bingen, 25. September 1818.

streng protestantischen König von Preußen und die von ihm aufgestellten Beamten die entgegengesetzte Stimmung allenthalben hervortrat.

Endlich waren es gerade die Rheinlande, in denen man, da es dort kein angestammtes Fürstenhaus gab, die Sehnsucht nach Einheit im deutschen Vaterlande besonders lebhaft empfand. Die Person des Kaisers aber galt als das Symbol, die Verkörperung dieser Einheit, während Alles, was zur Verstärkung der Macht Preußens geschehen war, nicht gerade mit Unrecht als das größte Hinderniß derselben, als Befestigung des so sehr verhaßten Dualismus angesehen wurde.

Aber freilich, einen wirklich reellen Werth besaßen doch jene Kundgebungen, so schmeichelhaft sie auch klingen mochten, für den Kaiser von Oesterreich und daher auch für Metternich nicht. Standen sie doch in entschiedenem Gegensatze zu der Politik, welche Beide befolgt hatten, als sie sich gegen die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde im Hause Oesterreich ablehnend verhielten. Und wenn sie es auch vielleicht nicht ganz ohne heimliche Schadenfreude mit ansehen mochten, wie wenig die preußische Herrschaft es vermocht hatte, in den Herzen ihrer neuen Unterthanen Wurzel zu fassen, so kam es ihnen ja doch auch nicht von fern in den Sinn, an einem Bestande rütteln zu wollen, zu dessen Herbeiführung sie selbst wohl das Meiste beigetragen hatten. Bald blieb von der ganzen so lärmenden Kundgebung nichts Anderes übrig, als die Erinnerung an eine Demonstration, von der man Anfangs erfreulich berührt worden war, die sich aber schließlich doch später, wie es bei derlei Anlässen fast immer geschieht, resultatlos im Sande verlor.

Wir wissen nicht mit voller Bestimmtheit zu sagen, ob Wessenberg an der Rheinfahrt des Kaisers persönlich theilnahm, doch scheint dieß wahrscheinlich, da er um diese Zeit einmal unter den auf dem Johannisberg anwesenden Gästen Metternichs genannt wird.[1]) Gegen Ende des October finden wir ihn jedoch wieder in Frankfurt, wo freilich in den ihm übertragenen Geschäften nun ein gewisser Stillstand eintrat. Die Militärcommissionen, sowohl die des Bundestages als diejenige, deren Vorsitzender Wessenberg war, hatten ihre Aufgabe wenigstens vor der Hand, und zwar in einer Weise vollendet, welche wohl von Metternich mit Wärme gelobt wurde, aber doch auf anderer Seite gar manchem Tadel begegnete. Und was die Streitsache

---

[1]) Metternich an seine Frau. Johannisberg, 18. September, III. 117.

zwischen Baden und Baiern anging, so schien sich das Wort Wessenbergs bewahrheiten zu sollen, dieselbe werde niemals in Frankfurt zur Entscheidung gebracht werden können. Nun meinte man dieses Ergebniß von dem in Aachen sich versammelnden Congresse, auf den auch hinsichtlich noch wichtigerer Fragen alle Augen sich lenkten, erwarten zu dürfen.

Und wirklich wurde die hierauf gerichtete Hoffnung wenigstens in so fern nicht getäuscht, als in Aachen von den Vertretern der Großmächte am 20. November 1818 ein sich ausschließlich mit diesem Gegenstande beschäftigendes Protokoll unterzeichnet und hiedurch eine Vereinbarung erzielt wurde, welche von nun an als Grundlage diente für die vertragsmäßige Beilegung des Streites zwischen Baiern und Baden. In sieben Punkten bestand sie, von denen der erste es aussprach, daß nachdem der Großherzog von Baden den Austausch des Amtes Oberwertheim gegen die Grafschaft Geroldseck sowie die Eröffnung einer Militärstraße für Baiern in der Richtung auf Frankenthal, endlich die Verzichtleistung auf eine liquid befundene, etwa zwei Millionen Gulden betragende Forderung Badens an Baiern angeboten habe, damit auch seinerseits das Maß der Opfer erschöpft sei, welche ihm in Folge des Frankfurter Vertrages vom 20. November 1813 auferlegt werden könnten. Gegen diese Zugeständnisse werde, war in dem zweiten Punkte gesagt, das Großherzogthum Baden von allen dasselbe etwa belastenden Clauseln vertragsmäßiger Bestimmungen, insbesondere solcher, die das Rückfallsrecht anderer Staaten auf einzelne seiner Gebietstheile beträfen, losgesprochen und gleichzeitig das durch das neue Hausstatut festgesetzte Thronfolgerecht der Grafen von Hochberg anerkannt.

Von den übrigen fünf Punkten des Protokolles vom 20. November 1818 soll hier nur noch der vierte Erwähnung finden, demzufolge Graf Kapodistrias bestimmt wurde, sich persönlich nach München zu begeben, um der baierischen Regierung die Entscheidungen der Aachner Conferenz mitzutheilen und sie zum Beitritte einzuladen. Im Falle ihrer Weigerung habe er ihr zu erklären, daß die vier Großmächte dann den Großherzog von Baden sogar als der von ihm jetzt angebotenen Zugeständnisse entledigt ansehen würden. Ein bloß bedingter oder an irgendwelche Abänderungen geknüpfter Beitritt Baierns könne unter gar keinen Umständen zugelassen werden.

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Großherzog von Baden dieses für ihn so vortheilhafte Ergebniß außer der besonderen Be-

günstigung, die er von Seite Englands und Rußlands erfuhr, wenigstens zum Theile auch der Standhaftigkeit verdankte, mit der er sich den ihm zugemutheten Abtretungen widersetzt hatte. Die in seinem Namen abgegebene Erklärung, nur mit Gewalt der Waffen könnte man ihm noch weitergehende Opfer abzwingen, als er sie schon freiwillig bringe, war nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse der Großmächte geblieben, und die Lage Baierns insofern bei weitem weniger günstig, als Baden das streitige Gebiet schon im Besitz hatte und es bloß zu vertheidigen brauchte, während Baiern, um sich dessen zu bemächtigen, angriffsweise hätte vorgehen müssen. Die Verübung offener Feindseligkeiten, zu denen sich Baiern während des obwaltenden Streites manchmal nur allzu geneigt zeigte, wäre jedoch auf den entschiedenen Widerstand der vereinigten Großmächte gestoßen und daher für Baiern, statt ihm die Verwirklichung seiner Ansprüche zu sichern, wohl von den nachtheiligsten Folgen begleitet gewesen. Dennoch war das Ergebniß der Sendung, welche dem Grafen Kapodistrias übertragen worden war, durchaus kein solches, wie man dieß in Aachen erwartet zu haben schien.

Welches Gewicht daselbst, und insbesondere von Metternichs Seite auf ihr Gelingen gelegt wurde, geht am besten daraus hervor, daß dieser schon an dem Tage nach dem Zustandekommen des maßgebenden Protokolles den österreichischen Geschäftsträger in München, Freiherrn von Hruby, mit der dringenden Weisung versah, dem Grafen Kapodistrias thunlichst die Wege zu ebnen. Auch seinerseits solle er dem baierischen Hofe angelegentlich rathen, sich den Beschlüssen des Aachner Congresses, gegen welche von österreichischer Seite redlich, aber vergeblich angekämpft worden sei, zu fügen, seine ohnedieß undurchführbaren Rückfallsansprüche aber fallen zu lassen.

„Es wäre schwer," sagt Metternich zur Unterstützung dieses Ansinnens, „sich einen Begriff von der Stufe der Irritation zu machen, welche in den drei Cabineten gegen das baierische besteht. Die Ursachen dieses Zustandes erklären sich ganz natürlich durch die Anmaßungen, welche sich der Münchner Hof seit Jahren erlaubte, und insbesondere durch das leidenschaftliche und unkluge Benehmen des Kronprinzen eben in der Territorialfrage. So traf z. B. in dem Augenblicke, als die badische Angelegenheit zur Sprache kam, die Nachricht hier ein, daß der Kronprinz seinen Adjutanten, den Grafen von Pappenheim, ganz in der Nähe der von dem (todtkranken)

Großherzoge bewohnten Favorite in der Absicht einquartiert habe, ihn augenblicklich von dessen Ableben zu unterrichten. Dieser Umstand reihte sich ganz natürlich an Worte, welche der König während seines letzten Aufenthaltes in Baden selbst gegen angesehene großherzogliche Staatsdiener fallen ließ und die bis zu der Versicherung gingen, daß er in derselben Stunde, als der Großherzog verscheiden würde, die badische Rheinpfalz und den Main- und Tauberkreis werde militärisch besetzen lassen, zu welchem Ende er eigens das aus Frankreich zurückkehrende Armeecorps in Rheinbaiern aufstellen würde".[1])

Anders als sein Minister beurtheilte jedoch der Kaiser von Oesterreich die ganze Angelegenheit, und nicht nur der in ihm allzeit so lebhafte Rechtssinn vermochte ihn hiezu, sondern es scheint auch die Einwirkung seiner ihm erst vor wenigen Jahren angetrauten Gemalin hierauf nicht ganz ohne allen Einfluß gewesen zu sein. Ohne daß sie sich je auch nur von fern in politische Fragen eingemengt hätte, war doch die Liebe der Kaiserin zu ihrem Vater, dem Könige, und ganz besonders zu ihrem Bruder, dem Kronprinzen von Baiern zu lebendig in ihr, als daß nicht ein Reflex hievon auch auf das Verhältniß ihres Gemals zu denselben gefallen wäre.

Die Anzeichen hievon traten während eines kurzen Aufenthaltes, den der Kaiser auf der Durchreise von Aachen nach Wien in München machte, recht deutlich hervor. Schon ehe er daselbst eingetroffen war, hatte der König, und zwar gleich nachdem er von den in Aachen gefaßten Beschlüssen Kenntniß erhalten, den baierischen Staatsrath berufen, der unter seinem Vorsitze einstimmig beschloß, die Rechte Baierns ungeschmälert, und da man sie nicht mit Gewalt durchzusetzen vermöge, wenigstens durch einen feierlichen, den in Frankfurt befindlichen Repräsentanten der vier Großmächte einzuhändigenden Protest aufrecht zu erhalten. In diesem Sinne muß denn auch der König sich seinem Schwiegersohne, dem Kaiser gegenüber ausgesprochen haben. Die Wirkung, die er hiedurch auf ihn hervorbrachte, ersieht man aus einem Briefe, welchen Franz noch von München [2]) aus ganz mit eigener Hand an Metternich richtete. Er habe, sagt er darin, seinem dortigen Geschäftsträger persönlich verboten, Baiern zur Nachgiebigkeit zu drängen. „Denn es ist besser," so lauten seine Worte, „in einer so schlechten Sache, wenn es nicht gehen sollte,

[1]) Metternich an Hruby. Aachen, 21. November.

[2]) 29. Nov. 1818.

das Unangenehme ganz allein den daran Schuldtragenden zu überlassen, als sich in eine Sache zu mengen, die offenbar ungerecht ist. Sie werden daher bei Ihrer Hieherkunft, so wie ich glaube, die Gemüther in Ansehung unser calmirt finden, besonders wenn Sie beweisen können, daß unsererseits das Mögliche, wozu wir verpflichtet waren, geschehen ist, und es bleibt Ihrer Klugheit überlassen, dasjenige einzuleiten, was die Pflicht und das Wohl unserer Monarchie von uns fordern."

Indem er von Metternich darüber Aufklärung verlangt, wie denn die geheimen Artikel des Münchner Vertrages sich mit dem, was in Aachen geschehen, zusammenreimen ließen, spricht der Kaiser offen die Meinung aus, daß, wenn es um eine Streitsache zwischen Privaten sich handeln würde, Oesterreich von baierischer Seite entweder zur Erfüllung der für sich und seine Verbündeten übernommenen Gewährleistung, oder zum Verzicht auf alle Bestimmungen jenes Vertrages mit Recht verhalten werden könnte. „So wie die Sache steht," mit diesen Worten beendigt der Kaiser sein Schreiben an Metternich, „scheint sie ein sehr böses Beispiel von Nichterfüllung der Tractate zu sein. Ich wünsche daher, daß wir uns wenigstens nicht vorwerfen können, unsere Pflicht nicht gethan zu haben, und da ich davon nicht überzeugt bin, so habe ich Ihnen überlassen, hievon die Beweise bei Ihrem Aufenthalte in München zu geben und habe hierüber geschwiegen."

In Donauwörth erhielt Metternich, gleichfalls auf der Reise nach München begriffen, dieses Schreiben des Kaisers, und er gab sich nach seiner Ankunft in der Hauptstadt Baierns die äußerste Mühe, die dort so hoch gehenden Wogen des Unmuthes wenigstens etwas zu glätten. Aber in einem langen Gespräche, das er mit dem Könige hatte, erklärte derselbe auch ihm, keine Macht der Erde werde ihn vermögen, sich jemals zur Annahme irgend einer Geldsumme von Seite des badischen Hofes zu verstehen. Eher wolle er sich sammt seinen Kindern der tiefsten Armuth preisgegeben sehen, als die Hand bieten zu einem für die Krone Baiern so entehrenden Abkommen.

Unter solchen Umständen konnte sogar Metternich, so sehr er auch im Allgemeinen geneigt war, seinem persönlichen Auftreten die glänzendsten Erfolge beizumessen, dießmal seinem Erscheinen in München keine solchen zuschreiben, und ebenso blieb die Mission des Grafen Kapodistrias, in so rücksichtsvoller Weise er sie auch zu vollziehen

bestrebt war, ganz ohne Resultat. Der am 8. December 1818 erfolgte Tod des Großherzogs Karl von Baden ging gleichfalls vorüber, ohne daß an der Lage der Dinge hiedurch etwas geändert worden wäre. Sorgfältig enthielt man sich bei diesem Anlasse in Baiern jeder Gewaltmaßregel, mit denen man früher so übereifrig gedroht hatte. „An die Stelle dumpfen Hinbrütens trat nun," wie Hruby aus München nach Wien schrieb, [1]) „der ernste Wille zu würdevoller Hingebung in den Drang der Verhältnisse. Man ist hier bereit, Opfer zu bringen, aber man will nicht dazu gezwungen erscheinen, und billig wünscht man durch eine, wenn auch nur scheinbare Entschädigung die Anerkennung der geopferten Rechte, die Rettung der Ehre vor der Welt und der Nachwelt zu erhalten."

Bei weitem nicht so resignirt lautete jedoch das Schreiben [2]) des Königs, mit welchem nun Christian Hubert von Pfeffel, ein Großneffe des blinden elsässischen Dichters Gottlieb Conrad Pfeffel, als Bevollmächtigter Baierns nach Wien eilte. Wie gewaltig der Eindruck dieses Briefes auf den Kaiser war, geht aus den eigenhändig niedergeschriebenen Zeilen [3]) hervor, mit denen er ihn dem Fürsten Metternich übersandte und durch die er ihn beauftragte, „des Königs gerechte, durch die Tractate ausgemachte Sache" mit allem Nachdruck zu unterstützen. Nach den „bestimmten Versicherungen und Gewährleistungen," fährt der Kaiser fort, „die ich im Namen der Alliirten Baiern gegeben habe, gilt es meine Ehre, daß sie erfüllt werden, und würden ich und meine Alliirten gebrandmarkt dastehen, wenn es nicht geschähe. Was würden alle unsere schönen Worte, alles im Congreß zu Aachen Beschlossene für ein Vertrauen verdienen, wenn dessen Ende eine Wortbrüchigkeit aus kahlen Ursachen wäre? Wird diese Sache nicht gut gemacht, so steht meine Regierung das erste Mal geschändet da, und zwar mit Recht, dieß ertrage ich nicht. Ich berechtige Sie von dieser Ihnen ertheilten Weisung den gehörigen Gebrauch zu machen, und erwarte von Ihrer Anhänglichkeit an meine Person und Ihrer Geschicklichkeit, daß Sie meinen bestimmten Willen in dieser Sache, für dessen Erfüllung ich Sie verantwortlich mache, werden zu erfüllen wissen."

---

[1]) 17. Dec. 1818.

[2]) An den Kaiser. 11. Dec.

[3]) 19. Dec.

Kategorischer konnte schon ein ertheilter Befehl nicht mehr lauten, und Metternich wußte wohl, daß der, von dem er ausging, der Mann dazu war, auf dessen stricter Befolgung unerschütterlich zu bestehen. Hiezu kam noch die Umstimmung, welche bei Kapodistrias während seines Münchner Aufenthaltes eintrat. Dort hatte sich ihm die Lage der Dinge doch ganz anders dargestellt, als sie ihm selbst noch in Aachen erschienen war, und mit Freimuth trachtete er nun, seiner jetzigen Anschauung auch bei dem Kaiser von Rußland Eingang zu verschaffen. Dieser war während seines Aufenthaltes in Aachen nicht so sehr, wie wohl gesagt worden ist,[1]) durch die Bitten und Thränen des badischen Gesandten Berstett, als durch einen herzbewegenden Brief seiner Gemalin Elisabeth, die ihn beschwor, nicht durch eine den Interessen Badens ungünstige Entscheidung ihrem Bruder, dem schwerkranken Großherzog Karl den Todesstoß zu versetzen, zur Befürwortung so weitgehender Zugeständnisse an Baden vermocht worden.[2]) Für den Nachfolger, den Großherzog Ludwig, ließ sich aber möglicher Weise ein etwas geringeres Maß der Begünstigung von Seite des Kaisers von Rußland erwarten, als sie dem nun dahingeschiedenen Bruder der Kaiserin zu Theil geworden war.

Da Kapodistrias sich gleichfalls von München nach Wien begeben hatte, so wurden hier zwischen ihm, Metternich und Pfeffel die Berathungen gepflogen, als deren Ergebniß die nun an Wessenberg abgehenden neuen Instructionen zu betrachten sein werden. Sie verleugneten auch jetzt wieder das Wohlwollen nicht, welches man trotz vielfachen Bedenken gegen die wenig tactvolle Haltung des Münchner Hofes doch in der ganzen Angelegenheit von Seite Oesterreichs fortwährend für Baiern an den Tag gelegt hatte. Nicht nur die Berechtigung der Ansprüche Baierns im Allgemeinen, sondern auch das Gewicht der Gründe wurde anerkannt, welche den König zur Ablehnung der ihm von badischer Seite angebotenen zwei Millionen bestimmten. An die Stelle dieser Geldsumme wäre eine verhältnißmäßige Gebietsabtretung von Seite des Großherzogs von Baden an Baiern zu setzen, dessen vertragsmäßiges Recht auf eine solche sich nicht in Abrede stellen lasse. Gehe der Großherzog hierauf ein, so werde er von der Zahlung der verlangten zwei Millionen be-

[1]) Stern. Geschichte Europa's seit 1815. I. 472.

[2]) Sur l'affaire de la Bavière et de Bade. Vienne, 27 décembre. Beilage zu dem Rescripte an Wessenberg vom 15. Jan. 1819.

freit werden. Jedes Rückfallsrecht auf einzelne Theile seines Landes würde erlöschen und ein Gleiches hinsichtlich des zu Badens Ungunsten bestehenden Tractates vom 20. November 1813 geschehen.[1])

Auf dieser Grundlage sollten nun die Verhandlungen der Territorialcommission in Frankfurt, wohin sich jetzt auch Pfeffel mit dem Auftrage seiner Regierung begab, sich in Allem und Jedem mit Wessenberg einzuverstehen und nichts ohne dessen Zustimmung zu thun,[2]) zu Ende geführt werden. Aber nur schwer konnte sich Wessenberg zu einem günstigeren Urtheil über die Haltung des Münchner Hofes bekehren. Die auf dessen Befehl in Frankfurt übergebene Denkschrift nennt er „kein Meisterstück der Logik" und wenig geeignet, dessen dortige Stellung zu stärken. Er hoffe nur, fügt er hinzu, man werde in München die eigenen Interessen richtig genug beurtheilen, um den Gang der Dinge nicht durch einen voraussichtlich nutzlosen Widerstand aufhalten zu wollen. Und außerdem möge man dort Oesterreichs Willfährigkeit in ihrer ganzen Ausdehnung anerkennen. Denn durch seine letzten Schritte habe es unbestreitbar das Maß dessen erschöpft, was ihm nur die lauterste Freundschaft für Baiern zu dessen Gunsten an die Hand geben konnte.[3]) In einem späteren Berichte aber sagt er, daß, wenn die Behauptung wahr sei, Baiern werde sich jetzt mit einem schmalen Grenzdistricte mit ungefähr zehntausend Einwohnern begnügen, man nur lebhaft bedauern müsse, daß es von einem solchen Geiste der Mäßigung nicht schon etwas früher beseelt gewesen sei. Vor zwei Jahren hätte es wohl das Dreifache zu erhalten vermocht.[4])

Trotz dieser Herabstimmung der Forderungen Baierns schien man in Frankfurt doch auch jetzt wieder nicht an das erwünschte Ziel gelangen zu sollen. Vor Allem war es England, welches nichts davon hören wollte, sich durch den Widerspruch Baierns zu einem Abgehen von den in Aachen gefaßten Beschlüssen bewegen zu lassen. Preußen schien sich, wenngleich mit geringerer Entschiedenheit, der Haltung Englands anschließen zu wollen, und Rußland war zwar für eine gewisse Nachgiebigkeit gegen Baiern, wollte dieselbe aber in anderer Weise bethätigt sehen, als dieß von Wien aus vorgeschlagen

---

[1]) Rescripte an Wessenberg vom 7. und 15. Jan. 1819.

[2]) Hruby an Metternich. München, 27. Januar.

[3]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 9. Januar 1819.

[4]) Wessenberg an Metternich, 23. Januar.

worden war. So weit kam es, daß Wessenberg an einem günstigen Ergebnisse seiner Bemühung verzweifelte und die Meinung aussprach, es bleibe nichts übrig, als Baiern den Rath zu geben, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. „Diese unglückselige Angelegenheit von nur untergeordneter Bedeutung," fährt er fort, „hat mehr böses Blut gemacht und uns mehr Zeit gekostet, als man zur Umgestaltung ganz Europa's gebraucht hat. Mich brachte sie um drei schöne Jahre meines Lebens und führte eine Umwälzung meiner Existenz herbei, die auf meine ganze Zukunft von Einfluß sein wird. Aber ich schmeichle mir bald am Ende meiner Leiden angekommen zu sein und dann fern von allen Protokollen und Conferenzen freier aufathmen zu können." [1])

Weit länger jedoch, als er selbst es dachte, schien die Erfüllung dieses Wunsches sich verzögern zu sollen. Denn als Wessenberg im Auftrage Metternichs [2]) die in Frankfurt anwesenden Vertreter der drei Großmächte neuerdings aufforderte, mit ihm gemeinsam einen Schritt zu thun, um den Großherzog von Baden zu einer Gebietsabtretung an Baiern zu bewegen, da weigerten sie sich einstimmig, dieß zu thun. Denn ihre Regierungen hätten in Aachen feierlich erklärt, daß sie sich selbst das Recht nicht mehr zuzuerkennen vermöchten, über die Beschlüsse vom 20. November hinauszugehen. Unter diesen Umständen möge man es getrost, meinte Wessenberg, auf den von baierischer Seite angedrohten Protest ankommen lassen. Derselbe könnte sich allzeit nur gegen die Nichterfüllung der geheimen Artikel des Münchner Vertrages kehren. Diese aber hätten stets nur bedingungsweise gelautet, ihre Ausführung wäre bloß von den verbündeten Mächten abhängig gewesen, und Oesterreich könne leicht beweisen, daß es kein Mittel vernachlässigt habe, sie hiezu zu bewegen. Es habe zu diesem Ende weit mehr gethan, als es jemals versprochen, indem es nun sogar seinem Rückfallsrechte auf den Breisgau entsagen und die in Aussicht gestellte Zahlung einer Contiguitätsentschädigung an Baiern in eine immerwährende Rente umwandeln wolle. [3])

Und in der That, das Aufgeben des Rückfallsrechtes auf den Breisgau war ein Opfer, welches dem Kaiser persönlich ungemein

---

[1]) Wessenberg, 3. Februar.

[2]) Vom 6. Februar.

[3]) Wessenberg. Frankfurt, 14. Februar.

schwer fiel. Bei wiederholtem Verweilen in Freiburg, sowohl auf der Reise mit dem Hauptquartier nach Frankreich wie während der Rückkehr von dort war er von den Einwohnern der Stadt und des Breisgaues überhaupt mit den sprechendsten Beweisen innigster Anhänglichkeit an ihn selbst und sein Haus wahrhaft überhäuft worden.[1]) Den festen Vorsatz hatte er gefaßt, so treue Unterthanen, wenn er schon ihr Land nicht allsogleich wieder mit der österreichischen Monarchie vereinigen könne, doch nicht dauernd im Stiche zu lassen und sie bleibend einer Regierung preiszugeben, welche, von Anfang an unbeliebt, gerade seit den Friedensschlüssen Alles gethan hatte, um sich in dem neu gewonnenen Lande noch verhaßter zu machen. Insbesondere gingen dem Kaiser die Verfolgungen zu Herzen, welche von Seite der badischen Regierung gegen diejenigen, und noch überdieß mit recht großer Härte verübt worden waren, die aus ihrer Anhänglichkeit an Oesterreich und an dessen Kaiserhaus durchaus kein Hehl gemacht hatten.

Bei einer etwas nüchterneren Erwägung ließ sich freilich nicht verkennen, daß bei der so weit entfernten Lage des Breisgaues von der österreichischen Monarchie und dem Mangel jeden territorialen Zusammenhanges mit ihr der Besitz dieses Landes ein für Oesterreich kaum haltbarer und im Falle eines Krieges mit Frankreich nur schwer zu vertheidigender sein würde. Aber so begründet diese Betrachtung auch sein mochte, so reichte sie dennoch nicht hin, um dem Stachel, welchen die Verzichtleistung auf das Rückfallsrecht hinsichtlich des Breisgaues in der Brust des Kaisers Franz gegen die badische Regierung zurückgelassen haben mochte, alle Schärfe zu benehmen. Dieser Umstand, verbunden mit seiner verwandtschaftlichen Vorliebe für den baierischen Hof und vor Allem mit seiner Auffassung der rechtlichen Seite der Frage veranlaßte ihn, auch noch fortan den Anschauungen treu zu bleiben, die er in seinen Briefen an Metternich mit so großer Entschiedenheit ausgesprochen hatte. Er bewies dieß durch die Antwort, die er ihm auf dessen Schilderung der eifrigen Bemühungen gab,

[1]) Metternich an Hudelist, 6. December 1813. „Se. Maj. sind hier mit einem an Tollheit grenzenden Jubel empfangen worden. Es wäre unmöglich, sich einen Begriff von dem Sinne des Volkes zu machen, und zu den Problemen der Zukunft gehört die Frage, wie werden diese nun aufs höchste aufgereizten Völker ferner unter ihre über alle Maßen gehaßten Regierungen zurückzubringen oder ruhig stehen zu lassen sein?"

durch welche man von österreichischer Seite den gegen Baiern eingegangenen Verpflichtungen auch bei den übrigen Mitgliedern der Quadrupelallianz Anerkennung zu verschaffen beflissen gewesen war. Sich jedoch um dieser verhältnißmäßig doch nur wenig bedeutenden Angelegenheit willen von den Alliirten zu trennen und hiedurch das Bündniß mit ihnen zu sprengen, wäre, erklärte Metternich dem Kaiser, „ein Verbrechen gewesen, welches Eure Majestät mit vollem Rechte Ihrem Cabinete niemals hätten verzeihen können.“ [1])

Der Kaiser wurde jedoch durch diese Worte seines Ministers nicht vollkommen überzeugt. „Ich mache es Ihnen zur Pflicht“, so lautete seine Antwort, „dafür zu sorgen, daß in dieser Sache Oesterreichs und meine Ehre in keinem Falle gebrandmarkt und unsere Versprechen, die wir Baiern gemacht haben, insoweit als diese Macht uns nicht selbst davon loszählt, genau erfüllt werden. Uebrigens wünsche ich noch zu wissen, wann und wie Baiern der Reversibilität der Pfalz nach dem Absterben des großherzoglichen Hauses entsagt, sowie wann und in wie weit uns selbes von unseren Verpflichtungen losgezählt habe, die wir durch den Münchner und den Rieder Tractat eingegangen sind.“ [2])

Wir kennen weder Metternichs Antwort auf diese Fragen des Kaisers, noch wissen wir, ob ihm die Beschwichtigung der Bedenken desselben gelang. Auch mag es zweifelhaft erscheinen, ob der Kaiser mit der Art und Weise zufrieden war, in welcher Wessenberg die Verhandlungen in Frankfurt führte. Dort schloß sich ihm Pfeffel immer inniger an, aber freilich sagt Wessenberg von ihm, er sei weit versöhnlicher als die maßgebenden Personen in München gestimmt. [3]) Dagegen klagt er über den Zwiespalt, der unter den Bevollmächtigten der Großmächte herrsche. „Es ist nicht leicht,“ berichtet er hierüber, „einen regelmäßigen Gang einzuhalten zwischen einander so widerstrebenden Elementen. Solche nenne ich die Parteilichkeit des russischen Bevollmächtigten für Baden, das ängstliche Gemüth meines Freundes Clancarty, die üble Laune Humboldts, welcher seinem Herzen weit näher liegende Interessen als die der Commission hat, endlich die Hartnäckigkeit der baierischen Regierung.“ [4]) Leider sei dieser Starr-

[1]) Metternich an den Kaiser, 21. Januar 1819.

[2]) Der Kaiser an Metternich. Florenz, 9. März 1819.

[3]) Wessenberg an Metternich, 26. Februar.

[4]) Vom 13. März.

sinn, sagt er in einem späteren Schreiben an Metternich, durch Pfeffels gemäßigte Rathschläge nur noch gesteigert und durch sie der heftige Zorn des Kronprinzen Ludwig erregt worden. Dessen Ultimatum bestehe darin, das angebotene Geld anzunehmen und sich gleichzeitig alle Rechte vorzubehalten. „Unmöglich ist es," sagt Wessenberg hierüber, „einer Regierung wie der baierischen sich nützlich zu machen. Niemals ließ man, sei es in dem absolutistischen oder in dem Repräsentativsystem es zu, daß der Thronerbe das Recht besitze, sich den Anschauungen des Monarchen und seines Ministeriums zu widersetzen."

Daß in der That der Einfluß des Kronprinzen Ludwig am Münchner Hofe mächtiger als irgend ein anderer war, zeigte sich auch dadurch, daß nun Baiern trotz den abmahnenden Rathschlägen Pfeffels seine Drohung wahr machte und in Frankfurt wider die zu Aachen von den Großmächten gefaßten Beschlüsse Protest erhob. Allerdings wurde demselben von den Mitgliedern der Territorialcommission, Wessenberg mit inbegriffen, die Aufnahme in das Protokoll kategorisch verweigert. [1]) Wessenberg sprach gleichzeitig die Meinung aus, man solle sich durch das anstößige Verfahren Baierns nicht abdrängen lassen von dem einmal eingeschlagenen Wege, und Metternich stimmte ihm entschieden bei. „In Allem und Jedem," schrieb er an Wessenberg, „billige ich Ihren festen Entschluß, keiner Intrigue Eingang zu gestatten, die darauf abzielen sollte, zwischen uns und den uns verbündeten Großmächten irgendwelche Spannung herbeizuführen. Ich gestehe, daß ich an eine derartige Absicht des Münchner Cabinetes nicht mehr glaube, seit ich thatsächliche Beweise dafür in Händen habe, daß es heutzutage keineswegs nach einem feststehenden Plane handelt. An vielfachen inneren Verlegenheiten leidend, uneins unter sich selbst, in Zwiespalt mit dem Thronfolger, der von nichts als von der Eroberung der Pfalz träumt, fristet das baierische Ministerium von Tag zu Tag sein Dasein und wagt es nur mehr tastend vorwärts zu schreiten. Wir laufen durchaus keine Gefahr, uns irgend einem gegründeten Vorwurfe auszusetzen, wenn wir uns auf der Ihnen vorgezeichneten Linie fortbewegen, welche Sie bis auf den gegenwärtigen Augenblick mit ebensoviel Standhaftigkeit als Geschicklichkeit verfolgten." [2])

---

[1]) Wessenberg an Metternich, 17. April.

[2]) Metternich an Wessenberg. Rom, 17. Juli 1819.

Etwa zwei Wochen später wiederholte Fürst Metternich dem Freiherrn von Wessenberg diese Gutheißung seines Benehmens. Wessenberg habe, schreibt er ihm am 30. April aus Neapel, wohin er im Gefolge des Kaisers Franz sich begeben hatte, allzeit fest an der grundsätzlichen Einigkeit mit seinen Collegen gehalten, ohne dabei die erforderliche Rücksicht auf die Herbeiführung eines günstigen Ergebnisses der gepflogenen Verhandlungen und auf die besonderen Berührungspunkte zwischen Oesterreich und Baiern aus den Augen zu verlieren. Er habe den Gegenstand erschöpft und nicht noch mehr thun können.

Gleichzeitig mit diesem Rescripte an Wessenberg erließ Metternich ein ähnliches an den Repräsentanten Oesterreichs in München. Hruby wurde beauftragt, der baierischen Regierung neuerdings die Fruchtlosigkeit ihrer bisherigen Bestrebungen zu Gemüth zu führen und sie nachdrücklichst aufzufordern, dieselben nicht weiter zu verfolgen. Aber trotz der Entschiedenheit des Tones, welchen Metternich anschlug, brachte er doch auf die Haltung des Münchner Hofes keine umstimmende Wirkung hervor. Dort lag die eigentliche Entscheidung noch immer in den Händen des Kronprinzen, der seine Anschauungen erst vor ganz kurzer Zeit durch die Worte dargethan hatte, die er an Pfeffel nach dessen Abberufung aus Frankfurt richtete: „Es ist mir weit lieber, Sie mit leeren Händen kommen zu sehen, als mit einem Gebietsfetzen, [1]) der, ohne uns eine befriedigende Entschädigung zu gewähren, uns zu einer vollständigen Verzichtleistung genöthigt haben würde."

Bei dieser Lage der Dinge in München, wo, wie auch der russische Gesandte Graf Pahlen sich ausdrückte, „der Eigenwille des Kronprinzen das eigentliche Triebrad der Regierungsmaschine" geworden zu sein schien, [2]) war auf irgend welche Nachgiebigkeit der baierischen Regierung nicht mehr zu hoffen, und es blieb den Großmächten, aus deren Vertretern die Frankfurter Territorialcommission zusammengesetzt war, kaum etwas anderes übrig, als sie ihre Aufgabe auch ohne die Zustimmung Baierns beenden zu lassen. Insbesondere Kaiser Alexander drang mit Ungestüm auf die Durchführung der in Aachen gefaßten Beschlüsse, denn er hatte seine Mündel, die Prin-

---

[1]) „lambeau de terrain." Hruby an Metternich. München, 17. Mai 1819.

[2]) Hruby. 17. Mai, Zweiter Bericht.

zessin Sophie von Schweden mit dem zukünftigen Großherzoge Leopold verlobt und würde niemals zugegeben haben, daß sich dieselbe mit einem Grafen Hochberg vermäle. [1]). Auch Castlereagh drängte zu baldigstem Abschluß, und die Ungeduld der in Frankfurt anwesenden Bevollmächtigten stieg so hoch, daß Wessenberg es sich am 12. Juni als eine persönliche Gunstbezeigung ausbat, ihm die Ermächtigung zur Unterzeichnung der beiden so lang schon in Verhandlung befindlichen Specialverträge mit Baden durch einen außerordentlichen Courier zu übersenden. Die gleiche Autorisation hinsichtlich des Territorialrecesses selbst war ihm schon früher ertheilt worden. [2])

So zufrieden nun auch Metternich mit dem endlichen Abschlusse dieser peinlichen Angelegenheit sein mochte, so wenig war es doch der Kaiser mit der Art und Weise, in der dieses Ergebniß herbeigeführt worden war. „Da mir," schrieb er mit eigener Hand auf einen der hierauf bezüglichen Berichte Metternichs, „die Verhandlung dieser ganzen Angelegenheit und ihr Ausgang nicht gefällt, und ich noch nicht die Beruhigung habe, daß wir in dieser Sache unsere Pflichten erfüllt und uns so betragen haben, wie es redlichen Menschen ziemt, so erwarte ich von Ihnen eine genaue Darstellung der gesammten dießfälligen Verhandlungen mit Baiern von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende und Alles darauf Bezug habenden." [3])

Wir wissen nicht, wann und inwiefern Metternich diesem Auftrage des Kaisers nachkam, und es scheint wohl, daß er geraumer Zeit zur Beschwichtigung der Bedenken desselben bedurfte, denn erst am 28. Juni war er im Stande, dem Begehren Wessenbergs zu willfahren. Kaum war jedoch solches geschehen, als dieser auch schon, und zwar am 16. Juli 1819 die Unterzeichnung der beiden Verträge, des einen zwischen Oesterreich und Baden allein, des zweiten aber zwischen diesem Großherzogthume und den vier Theilnehmern an der Quadrupelallianz vollzog. In dem ersten dieser Tractate wurde der Austausch eines Theiles des Amtsbezirkes Wertheim gegen die aus österreichischer Oberhoheit in diejenige Badens gelangende Grafschaft Geroldseck festgesetzt, in dem zweiten aber das Großherzogthum von der im Jahre 1813 eingegangenen Belastungsclausel los-

---

[1]) Wessenberg an Metternich, 22. Mai.

[2]) Metternich an Wessenberg. Neapel, 27. Mai.

[3]) Rom, 8. Juni 1819.

gesprochen und sowohl sein ungeschmälerter Besitzstand als das Nachfolgerecht des Hauses Hochberg anerkannt.

„Danken wir Gott,“ schrieb am 17. Juli Wessenberg an Metternich, „daß wir endlich diesem Wirrwarr [1]) entrannen, in welchem unsere Freunde uns übler behandelten als unsere Gegner, und wo in Folge einer eigenthümlichen Fügung uns die Verlegenheiten immer gerade von denen bereitet wurden, deren wichtigste Interessen sie hätten antreiben sollen, dieselben beseitigen zu helfen.“

Drei Tage später, am 20. Juli 1819 wurde nun, und zwar in dem zweiten Artikel des an diesem Tage endgiltig abgeschlossenen Territorialrecesses die Weitervergebung des von Baden an Oesterreich abgetretenen Theiles des Amtsbezirkes Wertheim an Baiern erklärt. Damit erreichte denn der baierisch-badische Streit, der so viel Staub aufgewirbelt hatte, wenigstens vorläufig sein Ende. Auf die übrigen Bestimmungen aber, welche der aus fünfzig Artikeln bestehende Territorialreceß enthält und die wenigstens zum größeren Theile Gebietsverwechslungen und hiedurch bedingte neue Grenzzüge betreffen, wird hier um so weniger einzugehen sein, als dadurch fast ausschließlich nur seit längerer Zeit schon bestehende Verabredungen in feste, vertragsmäßige Formen gebracht wurden.

---

[1]) „bagarre.“

V.

Dienstesunterbrechung.

Hatte Wessenberg mit dem Zustandekommen des Territorialrecesses die Aufgabe vollendet, zu deren Erfüllung er vierthalb Jahre früher nach Frankfurt gesendet worden war, so konnte er doch damit seinen dortigen Aufenthalt nicht schon als abgeschlossen betrachten. Die Auswechslung der Ratificationen der verschiedenen zur Unterzeichnung gediehenen Verträge, die Ueberwachung der Verfügungen, welche zur Uebergabe der abgetretenen Gebietstheile getroffen werden mußten, und andere ähnliche Geschäfte hielten ihn noch durch fast ein Jahr, bis Ende Juni 1820 in Frankfurt fest. Erst um diese Zeit scheint er sich von dort definitiv entfernt und von nun an wenigstens vor der Hand in seinem Schlößchen Feldkirch im Breisgau Aufenthalt genommen zu haben, bis ihn die rauhe Jahreszeit zur Uebersiedlung nach Freiburg zwang.

Aber schon sehr lange Zeit, ehe auch nur von fern daran gedacht werden konnte, daß Wessenberg Frankfurt verlasse, hatte man sich in Wien mit der Bestimmung beschäftigt, die ihm nach Vollendung seiner dortigen Mission gegeben werden sollte. Schon im Jahre 1816 hatte ihn Metternich in einem vertraulichen Schreiben an Hudelist[1]) als für den Posten im Haag besonders geeignet bezeichnet. Dann aber ruhte die Sache, bis sie Wessenberg selbst, um sein zukünftiges Schicksal besorgt, neuerdings aufs Tapet brachte. Mit dem gleichfalls aufgetauchten Gedanken, ihn am Münchner Hofe zu belassen, an welchem er eigentlich noch immer beglaubigt, jedoch seit dem Beginne des Jahres 1813 nicht mehr beschäftigt war, erklärte sich Wessenberg zufrieden, nur wünschte er dringend eine Vermehrung der mit diesem Posten verbundenen Bezüge.[2]) Aber allmälig verminderte sich in

[1]) Verona, 29. März 1816.

[2]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 21. April 1817.

ihm die Lust, nach München zurückzukehren. Er wünsche nicht, sagt er einmal, in einem Lande leben zu müssen, in welchem es genüge, daß der Kronprinz sich krank melde, um den verdientesten Minister aus seiner Stellung zu vertreiben. Auch mochte er denken, daß der Gang der in Frankfurt gepflogenen Verhandlungen ihm von baierischer Seite wenigstens zum Theile auf das Kerbholz geschrieben worden sein dürfte. Und im Jänner 1819 erklärte er, seine leidende Brust könne das scharfe und kalte Clima Münchens nicht mehr vertragen. Er knüpfte hieran den Wunsch, sich für einige Zeit ganz vom Dienste zurückziehen zu dürfen, um sich während eines stillen Landaufenthaltes auf seinem Gute zu erholen. An eine Anstellung im Innern des Kaiserstaates, die er früher manchmal ins Auge gefaßt, denke er durchaus nicht mehr. Er fühle sich viel zu erschöpft, um noch eine neue Laufbahn einschlagen zu können. Seine Vermögensverhältnisse und der Gang seiner bisherigen Studien ließen ihm solches gleichfalls nicht wünschenswerth erscheinen.[1])

Wir kennen die Antwort nicht, welche Metternich hierauf ertheilte, doch aus Wessenbergs Erwiederung sehen wir, daß sie eine ungemein wohlwollende gewesen sein muß. Offenbar versprach ihm Metternich jede nur immer mögliche Schonung, aber gleichzeitig versicherte er ihn, wie lebhaft man wünsche, ihn seine Dienstleistung nicht dauernd unterbrechen zu sehen. Um beides zu vereinigen, deutete er auf den Gesandtenposten in Turin als einen solchen, der Wessenberg verliehen und von ihm als passend befunden werden könnte.

Indem sich Wessenberg im Allgemeinen zu dessen Uebernahme bereit erklärte, meinte er dieselbe doch an zwei Bedingungen knüpfen zu sollen. Die erste bestand darin, daß er nach Beendigung seiner Mission in Frankfurt sich etwa ein halbes Jahr hindurch der Wiederherstellung seiner Gesundheit und der Ordnung seiner häuslichen Angelegenheiten ausschließlich widmen dürfe, die zweite aber in der Erwirkung einer Besoldung von Seite des Kaisers, die er als eine Belohnung für die von ihm geleisteten Dienste ansehen könne.[2])

Da Wessenberg fortwährend darauf bestand, nach seinem Scheiden aus Frankfurt für längere Zeit von jeder Dienstleistung losgezählt zu werden, so empfand man natürlicher Weise in Wien keine Nöthigung, schon so frühzeitig hinsichtlich seiner etwaigen Beglaubigung in

[1]) Wessenberg an Metternich, 16. Januar 1819.

[2]) Wessenberg an Metternich, Frankfurt, 6. Februar 1819.

Turin schlüssig zu werden. Erst ein halbes Jahr später, als man endlich den Austausch der Ratificationen der zuletzt abgeschlossenen Verträge für nahe bevorstehend ansah, kam Wessenberg neuerdings auf die Sache zurück. Wenn der Kaiser, so schrieb er am 29. October 1819 an Metternich, mit seinen Diensten nicht unzufrieden sei, so werde er sich hoffentlich seinen Wünschen nicht völlig verschließen. Wolle er ihm späterhin den Turiner Posten verleihen, so werde er sich seinem Willen unter der Voraussetzung unterwerfen, daß er gleichzeitig der Begünstigungen theilhaftig werde, die er als Anerkennung seiner aufopfernden Dienste ansehen dürfe. Er könne jedoch nicht leugnen, daß der Posten eines Gesandten in der Schweiz größere Anziehungskraft für ihn besäße, als der in Turin.

Auch jetzt wieder nahm Metternich den Ausdruck der Wünsche Wessenbergs wohlwollend entgegen. Nachdem dieser noch im Januar 1820[1]) neuerdings vor Allem um längere Beurlaubung gebeten hatte, kam endlich im Mai die Sache zur Entscheidung. „In Berücksichtigung der ausgezeichneten, wichtigen und zum Theile sehr angestrengten Dienste," welche Wessenberg dem Staate geleistet, bat Metternich den Kaiser, demselben bis zu dem Zeitpunkte, in dem ihm seine Gesundheit eine Wiederverwendung gestatten würde, ein Wartgeld von achttausend Gulden jährlich mit der Bewilligung zu gewähren, es in dem ihm zuträglichsten Clima verzehren zu dürfen. Gleichzeitig erhielt Wessenberg seine förmliche Abberufung aus München, wo Graf Trauttmansdorff zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Der Posten in Turin wurde dem Freiherrn von Binder verliehen, der in der Schweiz aber verblieb dem bisherigen Gesandten von Schraut.[2])

Wie man sieht, war es ausschließlich Wessenbergs eigener Wille, der im Jahre 1820 seinen einstweiligen Rücktritt von den Geschäften herbeiführte, und sowohl der Kaiser als Metternich gewährten nur seine Bitte, wenn sie ihm denselben in der für ihn ehrenvollsten Weise gestatteten. Es war also lediglich Wessenbergs persönliche Wahl, wenn von nun an statt des bisher so regen geschäftlichen Treibens eine Art Stillleben für ihn eintrat, von dem aus er gleichwohl ein aufmerksamer Zuschauer für Alles blieb, was auf dem politischen Schauplatze Europa's sich zutrug.

---

[1]) 20. Januar.

[2]) Vortrag Metternichs vom 15. und kaiserliche Resolution vom 17. Mai 1820.

Mit sehr großer Spannung verfolgte er insbesondere die Ereignisse in Deutschland. Hatte er ja doch schon während seines Aufenthaltes in Frankfurt hinreichend Gelegenheit gehabt, die immer steigende Erregung zu beobachten, die in weiten Kreisen um sich griff. Ihre eigentliche Ursache war in nichts Anderem als in der bitteren Enttäuschung zu suchen, die darin lag, daß der ganze herrliche Aufschwung, der zu den Befreiungskriegen und zur zweimaligen Niederwerfung des französischen Bedrückers geführt, für das deutsche Volk, das in so hingebendster Weise ganz unermeßliche Opfer gebracht hatte, ohne irgend eine lohnende Frucht geblieben war und in ein trostloses Nichts sich aufzulösen schien. Die stolzen Hoffnungen, mit denen die wie mit Keulenschlägen erfolgte Niederwerfung Napoleons die Bevölkerung Deutschlands erfüllt hatte, waren im Pariser Frieden unverwirklicht geblieben. Dieß anders zu gestalten, wäre unter den einmal obwaltenden Verhältnissen wohl nicht im Bereiche der Möglichkeit gewesen und ein derartiges Bestreben hätte kaum jene ersprießlichen Wirkungen nach sich ziehen können, welche in allzuhoch gespannter Erwartung von so Vielen vorausgesetzt worden waren. Aber die Unzufriedenheit war einmal da, ob sie vollberechtigt erschien oder nicht, änderte nichts an ihrer Existenz, und in gar Manchem, was geschah, fand sie reichliche Nahrung. Das unglaubliche Zögern der Bundesversammlung, zusammenzutreten, was sie erst ein Jahr nach dem Anfangs hiefür bestimmten Termine in Wirklichkeit that, sowie die kraftlos sich hinschleppende, allen thatkräftigen Aufschwunges entbehrende Art ihrer Geschäftsbehandlung konnten diese Mißstimmung nur steigern. Ihr gesellte sich die über das Ausbleiben jeglichen Zugeständnisses auf dem Gebiete freiheitlicher Einrichtungen, nach denen die Sehnsucht von Tag zu Tag stürmischer und allgemeiner wurde. Immer schärfer machte der Gegensatz zwischen den beiden Parteien sich geltend, in welche die deutsche Nation sich schied. Die eine, die aristokratische, schloß sich aufs Engste an die Regierungen an und trachtete mit Erfolg darnach, bei denselben ihren auf die Verwirklichung längst überwundener und nichts weniger als wünschenswerther Zustände gerichteten Ideen Eingang zu verschaffen. Die andere, die liberale Partei, theilte sich wieder in zwei von einander völlig verschiedene Gliederungen. Die Aelteren, Besonneneren richteten vornehmlich ihre Blicke auf England und suchten den dortigen öffentlichen Einrichtungen auch diejenigen in Deutschland allmälig nachzubilden.

Die idealistisch angehauchte Jugend hingegen zeigte sich von dem Bestreben erfüllt, die neuen Ideen von Volksherrschaft im Gewande mittelalterlicher Formen zur Geltung zu bringen. Und da sie, um dieses Ziel zu erreichen, auch den Gebrauch gewaltsamer Mittel nicht schon von vorneherein verwarf, erfüllte sie die Regierungen mit übertriebener Besorgniß und veranlaßte sie erst recht zu Schritten, durch welche die Unzufriedenheit derer, denen die obwaltenden, einer durchgreifenden Besserung dringend bedürftigen Zustände ohnedieß schon aufs höchste mißfielen, noch stärker angefacht wurde.

Es ist wohl eine unbestreitbare Thatsache, daß kein Anderer als Fürst Metternich die eigentliche Triebfeder alles dessen war, was vom Abschlusse des zweiten Pariser Friedens angefangen bis zum Ausbruche der Julirevolution, also fast anderthalb Jahrzehnte hindurch auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens in Deutschland nicht nur, sondern in ganz Europa geschah. Er war die Seele des einmüthigen Zusammenstehens der großen, insbesondere der vier festländischen Regierungen, welche, so verschieden auch in gar manchen, nicht gerade unwichtigen Fragen ihr Interesse und demgemäß auch ihre Haltung sein mochten, doch in dem Hauptpunkte, um den ihrer Anschauung nach eigentlich Alles sich drehte, in der rückhaltlosen Bekämpfung jeder freiheitlichen Bestrebung gemeinsame Sache mit einander machten. Und daß Metternich gerade in dieser Beziehung mit Feuereifer voranging und über der Verfolgung dieses Zweckes so vieles Andere, was doch so sehr zu beachten gewesen wäre, aus den Augen verlor, hat sich nicht nur für den Staat, als dessen tonangebender Minister er fungirte, sondern auch für ihn selbst und den Ruhm, den er sich während der ersten acht Jahre seiner Amtswirksamkeit erworben, verhängnißvoll erwiesen.

Nur leidenschaftliche Voreingenommenheit, der man freilich in den Schilderungen der damaligen Zeit auf Schritt und Tritt begegnet, kann ihm jenen Ruhm im Ernste bestreiten. Sowohl vom speciell österreichischen als vom allgemein europäischen Standpunkte aus wird ihm eine unparteiische Beurtheilung denselben zugestehen müssen. Was insbesondere Oesterreich angeht, ist es unmöglich zu leugnen, daß ein Vergleich seiner Stellung in dem Augenblicke, als Metternich im October 1809 an die Spitze der Staatskanzlei trat, mit derjenigen, in der es sich am Schlusse des Jahres 1815 befand, einen Umschwung darthut, wie er glücklicher und glänzender kaum mehr gedacht werden

kann. Und wenn derselbe auch bei weitem nicht, wie Metternich dieß für sich in Anspruch zu nehmen nur allzu geneigt war, als sein alleiniges Verdienst hingestellt werden darf, so läßt sich doch gerechter Weise die Größe des Antheils nicht verkennen, der ihm hieran gebührte.

Nicht viel verringert wird dieser Ruhm, wenn man den Einfluß Metternichs auf die allgemeine europäische Politik während des erwähnten Zeitraumes, insbesondere während der letzten drei Jahre in Betracht zieht. Selbst wer das längere Zaudern mit der Beitrittserklärung Oesterreichs zur Kriegführung gegen Napoleon zu tadeln geneigt wäre, wird doch zugeben müssen, daß nachdem sie einmal erfolgt war, Oesterreich auf dem von ihm eingeschlagenen Wege mit einer Beharrlichkeit fortschritt, welche den schließlichen Sieg am gewissesten verbürgte. Und nachdem derselbe einmal errungen war, trachtete es durch Mäßigung in seinen eigenen Begehren und durch leidenschaftslosen, aber standhaften Widerstand gegen die exorbitanten Anforderungen Rußlands und Preußens den Congreß der Mächte nicht allzuweit abweichen zu lassen von den Bahnen, auf welchen der Endzweck seines Zusammentretens wenigstens annähernd erreicht werden konnte.

Allerdings hatte Metternich es dadurch nicht zu hindern vermocht, daß sowohl die Ergebnisse dieses Congresses als die der Verhandlungen, welche zum Abschlusse des zweiten Pariser Friedens führten, den überschwänglichen Erwartungen, die man von ihnen gehegt, nicht entsprachen. Aber wer insbesondere diese letzteren Verhandlungen mit vorurtheilslosem Auge betrachtet, wird das große Verdienst zu würdigen wissen, welches Metternich sich dadurch erwarb, daß er von ihrem Beginne bis zu ihrer Beendigung stets gleichmäßig bemüht war, die Einigkeit unter den Verbündeten aufrecht zu erhalten und nach beiden Seiten hin allen Uebertreibungen, es mochte um zu weit gehende Begünstigung oder um über das Ziel hinaus schießende Bedrängung Frankreichs sich handeln, die Spitze abzubrechen suchte. Das aber wurde auch von den Staatsmännern, mit denen Metternich zu thun hatte und die er wohl ausnahmslos ziemlich weit überragte, den Castlereagh, Hardenberg, Nesselrode oder wie sie sonst heißen mochten, wenn auch vielleicht widerwillig, aber schließlich doch klar erkannt. Und darum räumten sie ihm denn auch wie auf Verabredung, aber freilich ohne eine solche gleichsam von selbst den ersten

Platz ein in ihrer Reihe, den er auch gar manches Jahrzehnt hindurch unbestritten einnahm.

Für jeden Menschen und daher auch für den Staatsmann ist es ein unschätzbares Glück, wenn er, sei es durch sich selbst oder durch von ihm unabhängige Umstände in eine Lage geräth, in der er gerade die besten der ihm innewohnenden Eigenschaften zu unbeschränkter Geltung zu bringen vermag. Solches war auch bei Metternich in der Zeit von 1813 bis 1815 der Fall. Seine einnehmende Persönlichkeit, seine verbindlichen Umgangsformen, seine Redegewandtheit, der rasche Ueberblick über noch so verwickelte Fragen, eine nicht geringe Dosis von List und Schlauheit endlich ließen ihn als den geborenen Unterhändler erscheinen. Von dem Augenblicke aber, in welchem diese Seite seiner Thätigkeit sich nur mehr in geringerem Maße entfalten konnte und es vielmehr darauf ankam, nicht so sehr eine vermittelnde und verhandelnde Rolle zu spielen als eine schöpferische Wirksamkeit zu entwickeln, da begann das Blatt sich zu wenden und es zeigte sich gar bald, daß das Schaffen bei weitem weniger in dem Umkreise seiner Befähigung lag als die Führung diplomatischer Negotiationen, in denen sie sich bisher fast ausschließlich bewegt hatte.

Gewaltig verstärkt wurde dieser empfindliche Uebelstand noch dadurch, daß Metternich in Folge der Ausschließlichkeit der Kreise, denen er durch seine Geburt angehörte und in welchen er Zeit seines Lebens verkehrte, das Volk als solches und schon gar das deutsche Volk nicht kannte, für dessen Bedürfnisse keinen rechten Sinn, für seine allerdings zum Theil noch ziemlich unklar zum Ausdrucke kommenden, aber darum nicht weniger lebhaft empfundenen Wünsche kein Verständniß besaß. Jede auch noch so maßvolle Kundgebung derselben sah er als unberechtigt, wie eine Auflehnung an, der man aufs entschiedenste entgegen treten müsse. Statt den Ursachen solcher Kundgebungen nachzuforschen, sie sorgfältig zu prüfen und wirklich begründeten Begehren nach Möglichkeit zu willfahren, dadurch aber sich die Kraft und das Recht zu erwerben, unmotivirten Verlangen mit ruhiger Entschlossenheit zu widerstehen, griff er nach dem unglücklichen Auskunftsmittel, schon die Kundgebung als solche unterdrücken zu wollen. Was zu ihr Veranlassung gegeben, ja vielleicht unwiderstehlich getrieben, blieb ununtersucht und daher auch dort unberücksichtigt, wo es Gewährung verdient hätte. In solcher Weise wurde

dem Uebel keineswegs gesteuert, es griff immer weiter um sich und trat endlich in Dimensionen zu Tage, welche denjenigen am meisten in Erstaunen versetzten, der in der Wirklichkeit nichts zur Abhilfe gethan hatte, während er ununterbrochen an der Beseitigung des Uebels zu arbeiten glaubte.

Die Selbsttäuschung, welche hiebei mit unterlief, zeigte sich in Allem und Jedem, und zwar ebensowohl in dem was die Dinge außer ihm, als was die eigene Persönlichkeit Metternichs anging. Hatte er seine gewiß unleugbaren Verdienste schon zu einer Zeit allzuhoch veranschlagt, in der sie wirklich glänzende waren, so verblieb er auch dann noch, und zwar in stets sich steigerndem Maße in diesem gefährlichen Irrthum, als das, was er that, sogar manchen ihm wohlwollenden Beurtheiler mit gegründeten Bedenken erfüllte. Aber freilich, die Stimmen, die vielleicht solche Aeußerungen wagten, drangen nicht bis zu ihm, und wo dieß dennoch geschah, verachtete er sie wohl als aus Kreisen kommend, denen überhaupt eine Einrede gar nicht gestattet sein sollte. Denn diejenigen, auf welche er hörte, waren nur die seiner Standes- und Berufsgenossen sowie seiner amtlichen Umgebung. Da war er so gewohnt, sich allzeit nur Weihrauch streuen, auch die kühnsten seiner sich selbst lobenden Aussprüche gläubig hinnehmen, ja sie durch übertriebene Schmeicheleien noch überboten zu sehen, daß ihm der Gedanke einer Selbsttäuschung gar nicht in den Sinn kam.

Wer übrigens Metternichs feindselige Haltung gegen jede freiheitliche Bestrebung gerecht beurtheilen will, der darf nicht aus den Augen verlieren, daß sie von dem über ihm stehenden Manne, der einzig und allein in Oesterreich der Herr und dem gegenüber Metternich stets nur der Diener war, dem Kaiser Franz, nicht nur getheilt wurde, sondern daß dieser seinen ersten Rathgeber hierin wohl noch übertraf. Jede Aeußerung des Kaisers zeugt von seinem tiefeingewurzelten Hasse gegen Alles, was auf die Zulassung einer wenn auch noch so bescheidenen Einflußnahme der Bevölkerung auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten hinzuweisen schien. Nicht etwa Böswilligkeit, die ihm ja vollkommen fern lag, war es, welche den Kaiser zu diesem starren Festhalten an seinen absolutistischen Grundsätzen trieb, sondern seine vielleicht irrige, aber doch redliche Ueberzeugung, das Beste des Volkes werde weit eher von einem einzigen wohlwollenden Manne, als durch die Einmischung vieler,

zu einer richtigen Beurtheilung des Ersprießlichen nur wenig Befähigten gewahrt. So unerschütterlich waren in diesem Punkte die Anschauungen des Kaisers, daß wenn Metternich nicht schon von vorneherein mit ihm des gleichen Sinnes gewesen wäre, er sich entweder zur Nachgiebigkeit bequemen oder sein etwaiges Widerstreben wahrscheinlicher Weise mit dem Rücktritte von seinem Posten hätte bezahlen müssen.

Wo Beide, der Kaiser und sein erster Minister von den gleichen, sie völlig beherrschenden Ansichten ausgingen, da war es nicht zu verwundern, daß durch eine lange Reihe von Jahren auch ihre Politik ausschließlich den Stempel derselben trug. Hatte sich dieß schon auf dem Aachner Congresse deutlich gezeigt, so trat es noch viel greller in den Beschlüssen hervor, welche zunächst unter dem allerdings erschreckenden Eindrucke der Ermordung Kotzebue's durch Sand und des Attentates, welches Löning auf den Präsidenten Ibell in Wiesbaden verübte, im Sommer 1819 in Karlsbad gefaßt wurden. Einmüthig gingen hiebei Oesterreich und Preußen Hand in Hand, und es mag wohl sein, daß man in Bezug auf einzelne Punkte sich in Berlin noch erpichter erwies als in Wien. So wurde denn auch die Demagogenverfolgung im Norden Deutschlands mit weit größerer Schärfe durchgeführt als im Süden.

Wessenberg befand sich in dem Augenblicke, als in Karlsbad jene Beschlüsse gefaßt wurden, durch welche die öffentliche Meinung in Deutschland gegen die Regierungen der beiden Großmächte, von denen sie ausgingen, in so hohem Grade aufgeregt wurde, noch in Frankfurt, und es läßt sich bedauern, aber nicht leugnen, daß auch er sie Anfangs mit Beifall begrüßte. Er erwarte sich von ihnen, schrieb er an Metternich, ersprießliche Resultate, welche um so wichtiger seien, als sie gerade zu rechter Zeit kämen. „Mit Vergnügen sehe ich," heißt es in diesem Briefe, [1] „wie sehr die übrigen Höfe es erkennen, daß sie bei dieser Gelegenheit ohne Ihre energische Dazwischenkunft nur mit äußerster Mühe und wenig Hoffnung zu einer Vereinigung über Maßregeln gelangt wären, welche unglücklicher Weise zur Verhinderung eines Umsichgreifens der Ansteckung in Deutschland nur allzu nothwendig wurden. Insbesondere die Regierungen sind Ihnen hiefür zu lebhaftem Danke verpflichtet. Sich

[1]) Vom 28. Aug. 1819.

selbst überlassen, wären sie binnen kurzem die Opfer ihrer eigenen Schwäche und der Factionen geworden, welche ihre Länder in Zwiespalt versetzen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Aufgabe täglich schwieriger wird und das Uebel seit einigen Monaten große Fortschritte machte. Aber wenn die Ideen strenger Gerechtigkeit neuerdings in den Vordergrund treten und sie von allen Regierungen gemeinsam und entschieden aufrecht erhalten und vertheidigt werden, dann wird das Geschrei der Demagogen kein Echo mehr finden. Der öffentliche Geist in Deutschland ist bis jetzt nur beunruhigt, aber keineswegs revolutionär; die Masse des Volkes ist noch gut und die Canaille weniger zahlreich als in allen übrigen Ländern. Mit etwas Einverständniß unter den Regierungen, mit einiger Weisheit, Wirthschaftlichkeit und geordneten Verwaltung wird Alles noch gut gehen."

Ungefähr drei Monate später äußert sich Wessenberg neuerdings in ähnlichem Sinne. „Die in Karlsbad gegen die Zügellosigkeit der Presse und die Indisciplin an den Universitäten verabredeten Maßregeln," schreibt er am 4. December an Metternich, „haben schon günstige Wirkungen erzielt. Einige Jahre früher getroffen — und daß dieß nicht geschah, ist gewiß nicht unsere Schuld — hätten sie die Aufgabe wesentlich erleichtert. Was aber unserem Hofe ein großes Uebergewicht in Deutschland sichert, liegt in der Erkenntniß, anderswo als bei ihm würden dessen Staaten fruchtlos nach einem Stützpunkte suchen."

Selbst wer den Anschauungen keineswegs beistimmt, welchen Wessenberg in diesen Briefen Ausdruck verleiht — und das wird wohl heutzutage die Mehrzahl der Urtheilsfähigen sein — wird doch zugeben müssen, daß er sie, weit entfernt von jeglichem Schüren des Feuers, mit einer Ruhe und Mäßigung aussprach, welche wohlthuend berühren. Weit unbefangener als in diesen Schreiben an Metternich, in denen er leider allzuviel Rücksicht auf den Standpunkt desjenigen nahm, an den er sie richtete, gibt jedoch Wessenberg seiner eigentlichen Meinung über diesen so überaus wichtigen Gegenstand in zwei Denkschriften Ausdruck, die er wahrscheinlich im Jahre 1820, und zwar in französischer Sprache verfaßte. Die eine, die er: Betrachtungen über die vom Bundestage am 20. September 1819 gegen die revolutionären Umtriebe in

Deutschland ergriffenen Maßregeln betitelte,[1] betrifft die Verfügungen, die zur Durchführung der in Karlsbad gefaßten Beschlüsse von Bundeswegen ins Werk gesetzt wurden. Die zweite[2] aber beschäftigt sich mehr mit der Bundesversammlung selbst, der Unzulänglichkeit ihres Wirkens, den Ursachen derselben und den Mitteln zur Abhilfe. In der ersten dieser Denkschriften bezweifelt er vorerst die Richtigkeit der Voraussetzungen, von denen die zwei großen deutschen Höfe in dieser Angelegenheit ausgingen. „Es wäre schwer zu glauben," sagt er hierüber, „daß einige verbrecherische Attentate, die an gewöhnlichen Individuen verübt wurden, oder einige Pamphlete, die auf irrige Grundsätze gebaut sind oder aus ehrgeiziger, überspannter, ja selbst strafbarer Absicht veröffentlicht wurden, daß, sage ich, einige Symptome theilweiser Unzufriedenheit genügt hätten, die Regierungen dahin zu bringen, die Bevölkerung ihrer eigenen Länder als bereit zu gewaltsamen revolutionären Unternehmungen, deren erste der Sturz aller Regentenhäuser sein würde, hinzustellen und in Folge dessen alle Bundesstaaten in eine Art von Inquisitionszustand zu versetzen."

Glaubt nun schon Wessenberg nicht an die Stichhaltigkeit der Beweggründe, welche von den zwei deutschen Großmächten zur Rechtfertigung ihres Verfahrens angeführt wurden, so werden auch die von ihnen ergriffenen Maßregeln von ihm nicht ohne Schärfe getadelt. Die Einsetzung eines eigenen Untersuchungsgerichtes, um die revolutionären Unternehmungen und die Tendenzen der Demagogen zu prüfen, könnte, so meint er, leicht schlimmere Folgen hervorbringen als das Uebel selbst sei. Sie werde vielleicht Schrecken verbreiten, aber niemals der Herrschaft der Gesetze sich förderna erweisen. „Genügten denn," sagt Wessenberg hierüber, „die gewöhnlichen Gerichte nicht, um den Mörder eines Kotzebue zu verurtheilen und um über die Umtriebe eines Jahn oder einiger anderer Angeklagter dieser Art eine Untersuchung zu pflegen? Nichts hinderte außerdem die verschiedenen Regierungen, sich gegenseitig die Entdeckungen mitzutheilen, welche vielleicht in ihren Ländern gemacht wurden, und hiedurch in die Kenntniß dessen zu gelangen, was ihrer Aufmerksamkeit werth war,

[1] Réflexions sur les mesures prises par la diète le 20 septembre 1819 contre les menées révolutionnaires en Allemagne. Tagebuch, Cahier 27.

[2] Sie führt die Aufschrift: Réflexions générales sur les mesures concertées à Carlsbad.

ohne daß es des Aufsehens einer allgemeinen Untersuchung bedurft hätte. Jetzt, wo das Inquisitionstribunal, dieses neugestaltete Hofgericht eingesetzt ist, braucht man nothwendiger Weise Opfer, um diese Maßregel in den Augen des Publicums gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Denn es ist leicht vorherzusehen, wie sehr das Ansehen der Regierungen Schaden leiden müßte, wenn es an derlei Opfern gebräche. Wenn es in den Zeiten, in denen wir leben, genügen würde, Schrecken zu erregen, um regieren zu können, so vermöchte die getroffene Maßregel vielleicht Lobredner zu finden. Aber heut zu Tage, wo es sich darum handelt, das Zutrauen und die Liebe der Völker zu gewinnen, um sie die übergroßen Lasten tragen zu machen, die man ihnen auferlegt, und sie zur Darbringung ungeheurer Opfer zu bewegen, scheint mir nichts mehr im Widerspruch mit den Interessen der Regierungen zu stehen, als eine Kundgebung des Mißtrauens durch Verfügungen, welche durch die bestehenden Gesetze nicht gerechtfertigt sind und daher mehr oder weniger den Stempel der Willkür an sich tragen. Wenn es wahr ist, daß nichts gefährlicher als der Geist der Neuerung sei, um wie viel mehr muß dieß eine Maßregel sein, welche den Gang der Justiz fesselt und die Menschen ihren natürlichen Richtern entzieht."

Eine gleich eingehende Erörterung widmet Wessenberg dem zweiten Punkte der in Karlsbad gefaßten Beschlüsse, welcher sich auf die Beseitigung oder Suspendirung der Preßfreiheit bezog. Er anerkennt vollständig, daß wenn die Freiheit der Presse etwas gutes, deren Mißbrauch ein Uebel sein könne. Er schildert die Gefahren, welche die Zügellosigkeit der Presse mit sich bringt, und billigt die Ergreifung von Maßregeln, ihr entgegenzutreten. Man vermöge es, sagt er hierüber, nicht in Abrede zu stellen, daß in der letztverflossenen Zeit einige Schriftsteller in Deutschland, sei es durch die Grundsätze, zu denen sie sich bekannten, sei es durch die Färbung, welche sie ihren Schriften zu geben wußten, wesentlich dazu beitrugen, die bestehenden Einrichtungen herabzusetzen und einen gefährlichen Geist der Neuerung zu verbreiten. Gewiß seien diese Schriftsteller strafbar, aber ihre Zahl sei gering, und um einzelnen falschen Propheten Stillschweigen aufzuerlegen, hätten die Regierungen nicht die ganze Classe der Männer, welche berufen seien, der Wissenschaft als Leuchte zu dienen, mit dem Banne zu belegen gebraucht. „Wer wollte wohl," in diese Worte bricht Wessenberg aus, „die Strahlen der Sonne verlöschen, weil sie uns manchmal recht fühlbar belästigen!"

Leider schließt Wessenbergs erste Denkschrift mit der Erörterung des zweiten Punktes der Karlsbader Beschlüsse. Die noch übrigen drei, welche sich auf die Ueberwachung der Universitäten und der Schulen, die Auslegung des auf die Repräsentativverfassung bezüglichen dreizehnten Artikels der Bundesacte, endlich auf die dem Bundestage einzuräumende Zwangsgewalt bezogen, werden zwar in Wessenbergs zweiter Denkschrift, aber auch dort in nicht sehr eingehender Weise besprochen. Dennoch reicht sie hin um darzuthun, daß Wessenberg auch in Hinsicht auf sie sowohl die Karlsbader Beschlüsse als den schwankenden Gang mißbilligt, den der Bundestag schon seit seinem ersten Zusammentreten einhielt. „Dessen Ohnmacht wurzelt", sagt er hierüber, „ebensosehr in den Fehlern seiner Organisation wie in der Verschiedenheit der Interessen der Staaten, die ihn beschicken. Dem wird nur durch den überwiegenden Einfluß des einen oder des anderen dieser Staaten ein Ende gemacht werden können, denn in dieser besten aller Welten ist es nur das Uebergewicht, das heißt die Macht, welche die Einheit herbeiführen kann."

„Was die Fehler in der Organisation des Bundestages angeht, so sind es vornehmlich zwei, welche dessen Thätigkeit lahmlegen. Der eine besteht darin, daß nicht die Mehrheit entscheidet, sondern daß für die geringste Verfügung die absolute Einstimmigkeit gefordert wird, und der andere in dem Mangel an Mitteln, durch welche der Bundestag seine Beschlüsse durchführen und ihnen Achtung erzwingen kann. Diese zwei Fehler verurtheilen ihn zu einer Machtlosigkeit, welche baldigst seine Auflösung herbeiführen muß, wenn man ihnen nicht abhilft. Schon zur Zeit des Wiener Congresses sah man dieses Uebel vorher. Da aber die preußische Regierung sich aufs bestimmteste weigerte, der Majorität ein Entscheidungsrecht zuzugestehen, und Baiern, welches überhaupt keinen Bund wollte, sich ihr anschloß, gab es kein Mittel, es zu beseitigen."

Indem er darauf dringt, daß man vor Allem die Rechte des Bundestages und die Mittel feststelle, sie zur Geltung zu bringen, wendet sich Wessenberg dem Beschlusse zu, der sich auf den dreizehnten Artikel der Bundesacte bezog. In einem Jahrhundert, so meint er, in welchem die reformatorischen Ideen fast durch ganz Europa verbreitet seien, müsse der öffentliche Geist eines Landes nothwendiger Weise mit dem der Nachbarländer in einer mehr oder weniger innigen Verbindung stehen. Die große Triebkraft liege jetzt überall in der

Hinneigung zum Repräsentativsystem, welche in Deutschland durch die von den Regierungen zur Zeit ihrer Bedrängniß gemachten Versprechungen geweckt, und durch die Ueberlastung mit Auflagen, unter denen die deutschen Völker sogar nach vier Friedensjahren noch seufzen, gar sehr gesteigert wurde. Offen habe sie sich aber, meint Wessenberg weiter, nur in Preußen und in Württemberg ausgesprochen, denn nur in diesen zwei Ländern habe man bis jetzt eine nicht unansehnliche Vereinigung von Männern bemerkt, welche geneigt oder entschlossen seien, für die Einführung des Repräsentativsystems Anstrengungen zu machen. In den übrigen Ländern würde wohl eine einfache Verminderung der Steuern und einige Ersparung in der Civil- und Militärverwaltung hingereicht haben, jede Unzufriedenheit zu beheben. In Preußen aber gebe es zu viele Elemente der Mißstimmung, und das Elend sei dort zu allgemein, als daß die Regierung der Einführung einer neuen Organisation zu entgehen vermöchte. Und Württemberg, welches seit langer Zeit von Advocaten und Notaren regiert werde, sei dadurch zu einem Ansammlungspunkte für demokratische Grundsätze geworden. Dort wuchere ja schon seit mehr als zwanzig Jahren, seit 1798 und 1799 die Idee einer hercynischen Republik.

Was endlich die Maßregeln angeht, die eine strengerere Ueberwachung der Universitäten und der Schulen bezweckten, so werden sie von Wessenberg verhältnißmäßig noch am mildesten beurtheilt. Denn wie könne, sagt er hierüber, der öffentliche Geist sich in monarchischem Sinne entwickeln, wenn diejenigen, welche berufen seien, der Jugend die Grundsätze der Unterordnung und des Gehorsams einzuflößen und ihr Geschmack an den Wissenschaften beizubringen, sich nur damit beschäftigten, die Regierungen zu tadeln und für sich selbst nach einer Wichtigkeit zu streben, die sie aus ihrer Berufssphäre vollständig heraustreten lasse, und wenn andererseits die Jugend, durch einen in ihr durch ganz außerordentliche Ereignisse geweckten Fanatismus umgewandelt, die Rolle eines Schülers mit der eines Clubisten vertausche? Aber trotzdem seien die Regierungen von allem Verschulden an dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht rein zu waschen. Denn es würde schwer fallen, zu beweisen, daß sie nicht im Stande gewesen seien, aus eigenem Antriebe der Unordnung zu steuern, über die sie sich jetzt beklagen, und zu rechter Zeit einige tadelnswerthe Individuen unter den Professoren und den Studenten zu bestrafen.

Jeder unparteiische Beurtheiler des gegenwärtigen Zustandes werde, mit dieser Betrachtung schließt Wessenberg seine zweite Denkschrift über die Karlsbader Beschlüsse, der Meinung sein, daß für Deutschland das Repräsentativsystem in der ganzen Ausdehnung, in der es in Frankreich und in England bestehe, nicht passend sein würde, denn dort und hier seien die Voraussetzungen hiezu nicht die gleichen. Aber fast alle deutschen Bundesstaaten brauchten dringend ein besseres Finanzsystem, gleichmäßigere Vertheilung der öffentlichen Lasten und sehr große Sparsamkeit in den Ausgaben, hierauf hätten die Regierungen lang schon ihre Reformpläne gründen sollen. „Wenn man die Galeere", sagt Wessenberg hierüber, „der Willkür des Sturmwindes überläßt, darf man sich nicht wundern, wenn sie zwischen die Felsen geräth. Jetzt handelt es sich darum, sie wieder aus ihnen herauszubringen."

Es mag zugegeben werden, daß die Mittel, auf welche Wessenberg hindeutet, um dieses Ziel zu erreichen, ziemlich schwächlicher Natur waren, und es daher recht zweifelhaft erscheint, ob deren Anwendung auch die erwünschte Wirkung hervorgebracht haben würde. Auch daß Alles, was mit dem sehnsüchtigen Wunsche nach einer einheitlicheren Auffassung und Behandlung der Angelegenheiten Deutschlands zusammenhing, in seinen Denkschriften nur geringe Beachtung findet, kann denselben zum Vorwurfe gemacht werden. Und endlich treten die Aeußerungen seiner Unzufriedenheit mit dem Verfahren der Regierungen, das schließlich zu den in Karlsbad gefaßten Beschlüssen führte, in so gemäßigter Form auf, daß man den leidenschaftslosen, ruhig überlegenden Diplomaten leicht wieder erkennt. Aber das Werthvolle der Sache liegt darin, daß dieser Diplomat, Metternichs persönlicher Freund und lange Jahre hindurch der getreue Theilnehmer an dessen amtlichem Wirken, sich in dieser wichtigen Sache ganz von ihm scheidet und Maßregeln mißbilligt, welche Metternichs übrige Mitarbeiter, die Gentz und Consorten bis in den Himmel erhoben.

Es mag wohl sein, daß Wessenberg diese Denkschriften nur in Folge des ihm allzeit innewohnenden Dranges niederschrieb, den ihn bewegenden Gedanken schriftlichen Ausdruck zu verleihen, und daß er sie vor einer Mittheilung nach Außen hin, vor Allem nach Wien, sorgfältig hütete. Bei der Offenheit seines Wesens aber und seiner steten Gewohnheit, in seinen Aeußerungen seiner Ueberzeugung zu folgen und sich hierin keinen allzu ängstlichen Zwang aufzuerlegen,

wird man auch in Wien über Wessenbergs Ansichten nicht allzulang im Zweifel geblieben sein. Da sie in gar Manchem sich von den Grundsätzen unterschieden, welche in der Staatskanzlei mehr als je die einzig maßgebenden waren, dachte man dort wohl immer weniger daran, neuerdings die Dienste eines Mannes in Anspruch zu nehmen, den man nicht mehr zu den absolut Verläßlichen zählen zu dürfen glaubte.

In dem allerdings immer spärlicher werdenden Verkehre zwischen Metternich und Wessenberg tritt jedoch nichts hievon an den Tag. Freilich kennen wir ausschließlich nur die Briefe Wessenbergs, und Metternichs Antworten sind bis jetzt nicht aufgefunden worden. Aus den ersteren geht der rege Antheil hervor, welchen Wessenberg auch in seiner tiefen Zurückgezogenheit an den Weltereignissen nahm. Ueber die wichtigsten derselben, wie die aufständischen Bewegungen in Neapel und in Spanien spricht er sich umständlich aus, im November 1823 aber verfügt er sich nach Wien und verkehrt daselbst mit Metternich wie früher in freundschaftlichster Weise. Als eine Folge davon wird es angesehen werden dürfen, daß Wessenberg, durch Oberitalien nach seiner Heimat zurückkehrend, Metternich das Ergebniß der von ihm überhaupt, und insbesondere in Mailand gemachten Wahrnehmungen mittheilt. Diese Stadt würde, so schreibt er von dort, [1]) einen nicht unangenehmen Aufenthaltsort darbieten, wenn nicht eine Art Trauerschleier über die daselbst einheimischen Gesellschaftskreise ausgebreitet läge. Man könne sich leicht überzeugen, daß man in Mailand das persönliche Erscheinen des Kaisers lebhaft wünsche, ja ungeduldig erwarte. Denn man erblicke darin eine Aussöhnung mit dem Vergangenen und die Wiedereinsetzung einer Bevölkerung, die sich von ihrem Monarchen verkannt glaube, in dessen Gunst. Gewiß habe es einige Schuldige und Verführte gegeben, die große Menge aber sei dem revolutionären Geiste vollständig fremd. Und selbst unter den Schuldigen sei die Mehrzahl nicht verbrecherisch gesinnt, sondern durch die Eigenthümlichkeit und die Raschheit der Ereignisse irregeleitet worden. „Schließlich ist unser Kaiser," sagt Wessenberg, „gut und gerecht. Er ist nicht gleichgültig gegen die Liebe seiner Völker, und wird sich durch Milde neue Ansprüche auf deren Dankbarkeit erwerben."

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Mailand, 16. Dec. 1823.

Wenn Wessenberg bisher von seiner Wiederverwendung im Dienste nichts hören wollte und noch im October 1823 an Metternich schrieb, [1]) er hoffe, daß man seiner als eines Halbinvaliden entbehren könne, findet sich im Sommer 1824 die erste Anregung zu einer erneuerten Anstellung im österreichischen diplomatischen Corps. Die damals für wahrscheinlich gehaltene Versetzung des Grafen Apponyi von dem Posten eines Botschafters in Rom auf den eines solchen in London gab Wessenberg den Anlaß, sich für den Platz eines Repräsentanten Oesterreichs beim heiligen Stuhle in Erinnerung zu bringen. „Sollte Ihnen zufällig," schrieb er hierüber in humoristischem Tone an Metternich, „kein heiligerer Mann und kein besserer Canonist, als ich es bin, zur Verfügung stehen, so würden Sie mir vielleicht erlauben, mich in die Reihe der Bewerber zu stellen. Sagen Sie mir mit Ihrer gewöhnlichen Güte, was Sie darüber denken, und zürnen Sie mir nicht, wenn Ihre Verfügungen oder der Wille unseres kaiserlichen Herrn Sie verhindern, auf meinen Vorschlag einzugehen. [2])

Wenn Wessenberg gerade nach Rom gesendet zu werden begehrte, so kann ihm der Vorwurf arger Selbsttäuschung wohl nicht erspart werden, denn die zwingenden Gründe liegen auf der Hand, in Anbetracht deren man in Wien sich niemals zu einem solchen Schritte hätte herbeilassen können. Länger als durch drei Jahre ist nun, so weit wir sehen können, von einer Wiederanstellung Wessenbergs in dessen überhaupt nur spärlichen Briefen an Metternich nicht mehr die Rede. Erst am letzten Tage des Jahres 1827 kommt er auf diesen Gegenstand neuerdings zurück. Er stehe im Begriffe, schreibt er, sich ganz mit der Verwaltung der Güter zu belasten, die er gemeinschaftlich mit seinem Schwiegervater in Böhmen besitze. Er würde dieß jedoch nur dann thun, wenn er mit einiger Bestimmtheit wüßte, daß er noch längere Zeit auf keine dienstliche Wiederverwendung rechnen dürfe. Denn er würde sich glücklich schätzen, wenn er sich noch einmal in den Stand gesetzt sähe, seinen Eifer und seine Ergebenheit zu erproben, dem Kaiser aber Beweise davon zu geben, welch unendlichen Werth er darauf lege, dessen Gunst zu verdienen, die er übrigens noch nicht völlig verloren zu haben glaube.

Die von Wessenberg erbetene Antwort wurde ihm denn auch unverzüglich, wenngleich vielleicht nicht in so offener Weise ertheilt, als

---

[1]) Feldkirch, 23. Oct. 1823.

[2]) Bad Pfeffers, 6. Juni 1824.

er es gewünscht hätte. Es sei ihm unmöglich, erklärte Metternich, jetzt schon den Augenblick zu bestimmen, in welchem Wessenberg ein diplomatischer Posten zu Theil werden könnte. Vor der Hand sei kein solcher erledigt, der ihm irgendwie willkommen sein dürfte. In dieser Ungewißheit müsse er ihm zur Annahme der Vorschläge seines Schwiegervaters rathen. Uebernehme er die Güter in Böhmen, so werde er hiedurch auch Wien näher gerückt, und wenn sich dann später eine Gelegenheit darbieten sollte, seinen Wünschen zu willfahren, so werde sie gewiß mit Vergnügen benützt werden. [1])

Die Frage der Wiederverwendung Wessenbergs im diplomatischen Dienste schien nun vollständig zu ruhen, bis sie fast drei Jahre später nicht von ihm, sondern von Wien aus neuerdings angeregt und mit der durch die damaligen Umstände geforderten Raschheit zur Entscheidung gebracht wurde.

---

[1]) Metternich an Wessenberg. Wien, 14. Januar 1828.

VI.

Die Londoner Conferenz.

Man kennt den niedergeschmetternden Eindruck, welchen die Julirevolution in Paris und der Sturz Karls X. auf die leitenden Kreise in der österreichischen Regierung hervorbrachten. Genau vier Wochen später brach in Brüssel der Aufstand los und die freiheitliche Bewegung ergriff bald ganz Hennegau, Flandern und Brabant. Ueberall wurde die Forderung nach vollständiger Trennung der südlichen, der belgischen von den nördlichen, den holländischen Provinzen des erst im Jahre 1815 neugegründeten Königreiches der Niederlande laut. Fruchtlos blieb es, daß der älteste Sohn des Königs Wilhelm I., der Prinz von Oranien sich persönlich nach Brüssel begab und sich den Aufständischen gegenüber tadellos, weder herausfordernd noch entmuthigt benahm. Dennoch wurde ein Ausschuß zur Leitung der Regierungsgeschäfte eingesetzt und die gemäßigten Elemente in demselben sahen sich rasch durch die Revolutionspartei überflügelt. Binnen kurzem war sie die Herrin in Brüssel und sie setzte den holländischen Truppen bei ihrem durch den zweitgeborenen Sohn des Königs, den Prinzen Friedrich der Niederlande, geleiteten Angriffe auf die Stadt den entschlossensten Widerstand entgegen. Ihr Obsiegen auf diesem Punkte steckte die belgischen Provinzen ausnahmslos in Brand.

Am Hofe des Königs Wilhelm war Oesterreich damals durch den Grafen Mier vertreten, einen jener in der Diplomatie aller Zeiten und aller Staaten vorkommenden Männer, bei deren Auswahl ihre vornehme Geburt und ihre Familienverbindungen, in Oesterreich insbesondere auch noch die Rücksicht auf ihre Nationalität maßgebend sind, während ihre geistige Befähigung zu dem ihnen zu Theil werdenden Posten nur wenig in Betracht gezogen wird. Die Unzulänglichkeit des Grafen Mier einsehend, den er selbst für den äußerst

schwierigen Stand der Dinge in den Niederlanden als „viel zu schwach“ erklärte, hatte Metternich nichts Eiligeres zu thun, als ihn dort durch eine geeignetere Persönlichkeit zu ersetzen. Da ihm jedoch eine solche unter den Männern, die er selbst zu den höheren diplomatischen Posten befördert hatte, nicht zu Gebot stand, so brachte er hiefür dem Kaiser den Freiherrn von Wessenberg mit den Worten in Vorschlag: „Er ist ganz für diese Stelle in einem so wichtigen Augenblicke geschaffen.“ [1])

Wessenberg war im August 1830 aus Anlaß eines traurigen Ereignisses, welches sich in der Familie Palffy zugetragen hatte, von seinem Gute Dietteniß in Böhmen nach Malaczka im Preßburger Comitate geeilt. Denn dort war sein langjähriger Freund Fürst Anton Palffy von dem schweren Unglücke betroffen worden, daß er selbst auf der Jagd seinen jüngeren Bruder Nicolaus durch einen verhängnißvollen Zufall erschoß. In so flehentlichen Ausdrücken drang die Fürstin in Wessenberg, ihr beizustehen in dieser Drangsal, daß er ihrem Begehren unverzüglich nachkam. Er war also ganz bei der Hand, um vom Kaiser und von Metternich, die sich damals aus Anlaß der Krönung des Kronprinzen Ferdinand zum König von Ungarn in Preßburg befanden, den Auftrag zu erhalten, sich baldigst als Gesandter nach dem Haag zu begeben. Dem Grafen Mier aber wurde die bittere Pille seiner plötzlichen Abberufung durch die Hinweisung auf die ganz ausgezeichneten Dienste, welche Wessenberg als zweiter Bevollmächtigter Oesterreichs beim Wiener Congresse geleistet, wo er insbesondere mit allen auf die Niederlande bezüglichen Angelegenheiten betraut gewesen sei, wenigstens ein klein wenig versüßt. [2])

In der Instruction, welche Wessenberg mit auf den Weg erhielt, entwickelte Metternich die Gesichtspunkte, von denen er ausging. Auf zwei Dinge komme es jetzt vorzugsweise an, sagte er darin, dem ferneren Umsichgreifen des revolutionären Geistes in den belgischen Provinzen, welche demselben in Folge der Nachbarschaft Frankreichs so sehr ausgesetzt seien, Einhalt zu thun, und die vom Rhein bis zur Nordsee sich erstreckende Vertheidigungslinie gegen Frankreich nicht schwächen zu lassen. In ersterer Beziehung müsse

[1]) Metternich an den Kaiser. Wien, 19. Sept. 1830.

[2]) Metternich an Mier. Preßburg, 3. October.

Alles geschehen, um den völligen Sieg der Revolutionspartei zu vereiteln, weßhalb darauf hinzuarbeiten sei, die Souveränetät des Königs der Niederlande über die belgischen Provinzen aufrecht zu erhalten. Bei der gegenseitigen Abneigung jedoch, welche zwischen diesen und den Holländern nun einmal herrsche, und bei der großen Verschiedenheit ihrer religiösen und wirthschaftlichen Interessen werde der bisherige Zustand nicht fortbestehen können, sondern die zur Befriedigung beider Theile sich als nothwendig darstellende Trennung der Administration, sowie noch manche andere hierauf bezügliche Maßregel unabwendbar erscheinen. Wessenberg wurde ermächtigt, derartigen Verfügungen, wenn sie zur Beschwichtigung der Bevölkerung gereichen und die Vertheidigungsfähigkeit des Landes nicht schmälern würden, auch ohne vorhergegangene Anfrage in Wien seine Zustimmung zu geben. [1])

Noch war er jedoch nicht an dem Orte seiner Bestimmung angelangt, als Wessenberg, und zwar schon von Frankfurt aus seinem Hofe gegenüber die Ueberzeugung aussprach, bei dem Hasse, der in den belgischen Provinzen gegen König Wilhelm herrsche, sei deren völlige Lostrennung von den Niederlanden ganz unvermeidlich. Durch die ebenso unglücklich erdachte als ausgeführte Unternehmung gegen Brüssel sei dieser Haß in erschreckendem Maße gesteigert worden und die Kluft zwischen den beiden Theilen des Königreiches müsse als unüberbrückbar angesehen werden. Unglücklicher Weise sei der einzige Mann in der königlichen Familie, welcher wenigstens persönlich die Hochachtung der Bevölkerung genieße, Prinz Friedrich an der Spitze dieser Unternehmung gestanden und damit gleichfalls zum Gegenstande der allgemeinen Erbitterung geworden.

Noch einen anderen Punkt von großer Bedeutung, die fehlerhafte Anlage der belgischen Vertheidigungslinie gegen Frankreich, jene Lieblingsschöpfung des Herzogs von Wellington, bringt Wessenberg bei diesem Anlasse zur Sprache. Obgleich von der Erkenntniß durchdrungen, sagt er von sich selbst, daß er in militärischen Dingen kein Fachmann sei, habe er doch schon zur Zeit des Wiener Congresses gegen diese Menge befestigter Plätze, und zwar unter Hinweisung auf den ganz einfachen Grundsatz Einsprache erhoben, daß das, was man nicht gewiß sei, vertheidigen zu können, eine Gefahr

[1]) Instruction für Wessenberg, 3. October 1830.

bilde und durchaus keinen Vortheil. Er müsse den damaligen preußischen Generalen das Zeugniß geben, daß sie diese Ansicht kräftig unterstützt hätten, und einer aus ihnen, von Pfuel, zur Congreßzeit noch in russischen Diensten, habe hierüber sogar eine eigene Denkschrift verfaßt. Aber leider habe man die ganze Angelegenheit dem Gutdünken des Helden von Waterloo überlassen, und so sei es gekommen, daß statt an den geeignetsten Punkten etwa zwei starke Festungen zu erbauen, welche als Stützpunkte einer operirenden Armee dienen könnten, man mit ungeheuren Kosten eine Unzahl befestigter Plätze angelegt habe, zu deren Vertheidigung die Truppen des gesammten Königreiches der Niederlande nicht hinreichen würden.[1])

Am 19. October im Haag eingetroffen, fand Wessenberg durch Alles, was er dort sah und erfuhr, seine Ansicht nur bestätigt, daß das Band zwischen den holländischen und den belgischen Provinzen vollständig zerrissen sei. Aber bei dem raschen, ja sich überstürzenden Gange der Ereignisse mußte er sich wenigstens vor der Hand darauf beschränken, ein eifriger Beobachter derselben und ein unermüdlicher Berichterstatter über sie zu sein. Täglich schrieb er mindestens einmal, ja manchmal sogar zwei und drei Mal nach Wien; das was er von den Begebenheiten in den belgischen Provinzen erfährt, wie das was er in Holland selbst miterlebt, bildet gleichmäßig den Gegenstand seiner Berichte. Er schildert den Schmerz des Königs Wilhelm über seine peinliche Lage, über das Scheitern aller von ihm unternommenen Schritte, über die Nichterfüllung seiner Bitte an die Großmächte um bewaffnete Intervention, ja sogar über die Ablehnung seines Begehrens, daß die beschlossene Zusammentretung von Repräsentanten jener Mächte zur Beilegung des holländisch-belgischen Streites im Haag stattfinden solle. Und als endlich der Beschluß gefaßt worden war, daß diese Conferenz sich in London versammle, da beklagte der König sich bitter über die Verzögerung, welche hiebei eintrat.

Seit einer langen Reihe von Jahren war Wessenberg von dem Könige der Niederlande gekannt und er erfreute sich seines vollsten Vertrauens. In diesem Umstande und in Wessenbergs genauer Kenntniß der in Betracht zu ziehenden Verhältnisse lag wohl für Metternich der bestimmende Beweggrund zu dem Vorschlage an den

---

[1]) Wessenberg an Metternich. Frankfurt, 13. Oct. 1830.

Kaiser, Wessenberg neben dem Fürsten Paul Esterhazy zum zweiten Bevollmächtigten bei den Londoner-Conferenzen zu ernennen. Gleichzeitig erhielt er den Auftrag, sich mit thunlichster Beschleunigung dorthin zu begeben. Der Freiherr von Binder, der schon vor fast dreißig Jahren sein Nachfolger als Legationssecretär in Berlin gewesen, vertrat nun seine Stelle im Haag.[1]

Schon mehrere Wochen bevor Wessenberg davon Kenntniß erhielt, daß er dazu berufen sein werde, persönlich theilzunehmen an den Conferenzen in London, hatte er auf ausdrücklichen Wunsch Esterhazy's eine Denkschrift[2] verfaßt und ihm übersendet, in der er sich über die Haltung verbreitete, welche seiner Meinung nach bei diesen Verhandlungen von österreichischer Seite zu beobachten wäre. Es ist nicht zu verwundern, daß Wessenberg die revolutionären Ereignisse in Brüssel als äußerst beklagenswerthe hinstellt und die Ansicht ausspricht, König Wilhelm habe zu denselben im Gegensatze zu König Karl X. von Frankreich durchaus keine Veranlassung gegeben. Ein erneuerter Triumph der Revolution würde daher ein äußerst bedauerliches Ereigniß sein. Dennoch dürfe man nicht auf die Vergangenheit, sondern nur auf die Zukunft, nicht auf das was geschehen sei, sondern nur auf das, was zu geschehen habe, die Aufmerksamkeit richten. Da lasse sich denn keinen Augenblick verkennen, daß der König der Niederlande ganz unvermögend sei, sich mit den ihm zu Gebot stehenden Mitteln die belgischen Provinzen wieder zu unterwerfen, während nicht allein sie selbst einer Rückkehr unter seine Botmäßigkeit aufs Aeußerste widerstrebten, sondern auch die holländischen Provinzen von einer solchen Wiedervereinigung durchaus nichts mehr wissen wollten. Der Versuch zu einer Verschmelzung so entgegengesetzter Elemente werde daher kaum gelingen und man müsse trachten, den Weg zu einer Art der Trennung zu finden, welche den Interessen der Dynastie wie denen ihrer bisherigen, in so unversöhnlichen Zwiespalt gerathenen Länder gleichmäßig entspreche. Aber zwei Zielpunkte dürften hiebei niemals aus den Augen verloren werden. Sie bestünden darin, das monarchische Prinzip in Belgien aufrecht zu erhalten und eine Einverleibung dieses Landes in Frankreich zu hintertreiben.

[1] Metternich an Wessenberg. Preßburg, 12. Nov. 1830.

[2] Die Denkschrift, vom 2. Nov. datirt, bildet eine Beilage zu Wessenbergs Bericht vom 16. Nov.

Dieß waren die Gedanken, welche Wessenberg über die Aufgaben der Londoner Conferenz hegte, als der Auftrag ihm zukam, sich zur Theilnahme an deren Berathungen nach London zu begeben und dort dem Fürsten Paul Esterhazy als zweiter Bevollmächtigter Oesterreichs zur Seite zu stehen.[1]) Man versprach sich von ihm in Wien, er werde bei seinen ausgebreiteten Kenntnissen und seinen hervorragenden Eigenschaften[2]) mehr als ein Anderer im Stande sein, die dabei in Betracht kommenden äußerst verwickelten Fragen zu klären und die Berathungen der Conferenz zu befriedigenden Ergebnissen zu führen. Da endlich Metternich das sehr große Vertrauen des Königs der Niederlande zu Wessenberg kannte, hielt er es sogar für wahrscheinlich, derselbe werde ihn als sein Organ bei den Conferenzen benutzen.

Am 28. November schiffte sich Wessenberg, und zwar zugleich mit einem der beiden russischen Bevollmächtigten, dem Fürsten Lieven in Rotterdam nach England ein, wo ihn Esterhazy als neuen Collegen mit wahrer Freude begrüßte. Denn es war ihm äußerst willkommen, die bisher allein getragene Verantwortung mit einem Anderen theilen und auf ihn fast die ganze Arbeitslast überwälzen zu können, welche mit der Stellung eines Mitgliedes der Conferenz nothwendig verbunden war. Aus langer Erfahrung kannte er ja Wessenberg als einen Mann, der ihr auch gewachsen sein werde. Die größten Erwartungen hege er, schrieb er an Metternich, von dem Zusammenwirken mit einem Mitarbeiter, von welchem er wisse, derselbe habe dereinst an den für das Schicksal Europa's bedeutungsvollsten Verhandlungen hervorragenden Antheil genommen.[3])

So wie dem Fürsten Esterhazy die gemeinschaftliche Thätigkeit mit Wessenberg, so konnte auch diesem die mit dem Ersteren nur äußerst willkommen sein. Denn Esterhazy, von welchem auch Wilhelm von Humboldt, der ihm aufrichtig zugethan war, einmal sagt, er sei durchaus kein gewöhnlicher Mensch,[4]) war ohne Zweifel einer der liebenswürdigsten Männer seiner Zeit. Nicht nur von vornehmer Geburt,

---

[1]) Metternich an Wessenberg. Preßburg, 12. Nov. 1830.

[2]) „Eminentes qualités." Bericht des preußischen Gesandten Maltzahn. Wien, 20. Nov. 1830. Berliner Geh. Staatsarchiv. Gefällige Mittheilung des Herrn Prof. Wertheimer.

[3]) Esterhazy an Metternich. 3. Dec. 1830.

[4]) Gabriele von Bülow. 249, 281.

sondern auch von ebensolcher Denkungsart, zeigte er sich von jeglichem Hochmuth vollkommen frei. Leutselig und zuvorkommend gegen Alle, wie selten irgend Jemand, war er überall, wo man ihn kannte, insbesondere aber in England, wo er, schon im Jahre 1815 Merveldts Nachfolger geworden, bereits seit anderthalb Decennien den Wiener Hof als Botschafter vertrat, ungemein beliebt. Der in England so schwer wiegende Umstand, daß er durch seine Heirat mit einer Prinzessin von Thurn und Taxis in verwandschaftlichen Beziehungen zur königlichen Familie stand, sowie der mehr als fürstliche Aufwand, den er dort machte, sicherten ihm die Sympathien der höheren, sein allzeit hilfsbereiter Wohlthätigkeitssinn aber den der geringeren Classen. Und daß er auch in intellectueller Beziehung seinen Mann stellte, geht aus den Worten hervor, mit denen in Talleyrands Memoiren seiner gedacht wird. „Unter gefälligen Manieren und einer stets heiteren Laune," heißt es dort von ihm, „verbirgt er sehr viele Schlauheit und weit mehr Aufmerksamkeit für die Geschäfte, als man gewöhnlich ihm zutraut. Als vornehmer Ungar hegt er viel liberalere Ideen als Metternich, und sein langer Aufenthalt in England hat, indem er ihn an die Ausübung eines constitutionellen Regierungssystems gewöhnte, seinen Gesichtskreis erweitert und ihn auf die Zugeständnisse vorbereitet, welche unter den damaligen Verhältnissen Europa's als unausweichlich erschienen."

Neben diesen Bevollmächtigten Oesterreichs saßen als Vertreter der Westmächte zwei Männer in der Conferenz, von denen der Eine, Talleyrand, bereits seit langen Jahren eine europäische Berühmtheit genoß, während der Andere, Palmerston, so eben begann, sich eine solche zu erwerben. In Talleyrand traf Wessenberg einen alten Bekannten vom Wiener Congresse wieder, und er fand den Eindruck, den er damals von ihm empfangen, jetzt neuerdings bestätigt. „Er spielt hier," schrieb er über ihn in sein Tagebuch, [1]) „eine traurige Rolle und wird durch seine wie in Erz gegossene Miene Niemand mehr täuschen, denn er hat nichts an sich, wodurch er irgend welches Zutrauen einzuflößen vermöchte. Umsonst verbirgt sein reicher, in Taubenflügeln frisirter Haarwuchs, auf den er so stolz ist, mehr als eine Mystification, und die Leute sind gewohnt, aus seinem Lächeln nichts als einen entweder schon begangenen oder einen sich erst vor-

[1]) Am 24. Febr. 1831. Cahier 49.

bereitenden Verrath herauszulesen und deßhalb auf ihrer Hut vor ihm zu sein. Heute sagte er mir: „„Jetzt könnten wir einen Napoleon brauchen,““ worauf ich antwortete: „„Ich bin der Erste, dem zuzustimmen, denn Niemand kannte Frankreich so wie er. Die sich gegenwärtig dort am Ruder befinden, sind weit davon entfernt, zu wissen, was ihrem Lande frommt.““ Der alte Diplomat schien mit meiner Antwort nicht sehr zufrieden zu sein.“

Während Talleyrand, der Vollendung seines achtzigsten Lebensjahres sich nähernd, gleichsam als die Verkörperung der vergangenen Zeiten erschien, konnte man den im kräftigsten Mannesalter befindlichen Palmerston so recht als den Repräsentanten der Gegenwart und der Zukunft ansehen, wenigstens insoweit die Einwirkung Englands auf die politischen Verhältnisse in Betracht kam. Wie Talleyrand am Ende, stand Palmerston am Beginne einer Laufbahn, der man, wie man sie auch sonst beurtheilen mag, doch gewiß nicht absprechen kann, daß sie auf dem Felde des europäischen Staatslebens sehr tiefe Furchen zog. Erst vor wenigen Wochen war er mit dem neuen Whigministerium, welches, Lord Grey an der Spitze, die Tories aus der Regierung verdrängt hatte, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten in das Amt getreten, in dem er, wenn auch mit mancher Unterbrechung, doch durch eine in England wenigstens ungewöhnlich lange Zeitdauer blieb.

Weit jünger noch als Palmerston war Heinrich von Bülow, der Gesandte Preußens in London. Er war ein Mann von nicht geringer geistiger Begabung und reicher Geschäftskenntniß, aber seine Thätigkeit in London litt unter dem Bestreben, daß er es den beiden einander entgegengesetzten Parteien am Berliner Hofe, der des alternden Königs und der seines zukünftigen Nachfolgers gleichmäßig recht machen wollte. Auch konnte es seinem Ansehen nicht gerade förderlich sein, daß Manche sein rasches Emporkommen wenigstens zum Theile seiner Vermälung mit Wilhelm von Humboldts jüngster Tochter Gabriele zuschreiben mochten. Aber das reizende, wenngleich, wie hie und da behauptet wird, der strengen Wahrheit nicht allzeit völlig entsprechende Buch, welches seither über den Lebenslauf dieser Frau erschien, thut doch unwiderleglich dar, daß es ihr nie auch nur von fern in den Sinn kam, sich in die um ihrer Rastlosigkeit willen ebenso oft gepriesene wie auch manchmal gescholtene politische Thätigkeit ihres Gatten irgendwie zu mischen.

Gerade das Gegentheil hievon fand bei der Frau des ersten Bevollmächtigten Rußlands, des Fürsten Christoph Lieven statt. Keineswegs ohne Verstand und mit einem offenen, rechtschaffenen Charakter begabt, war Lieven bei seinen Collegen äußerst beliebt, aber er wurde doch bei ihnen sowie in allen politischen Kreisen durch seine Gemalin gar sehr in den Schatten gestellt. Dorothea von Benckendorff, seit ihrem sechzehnten Lebensjahre mit Lieven vermält, hatte längere Zeit hindurch, in St. Petersburg lebend, großen Einfluß auf den dortigen Hof geübt. Nun aber war sie schon seit einer Reihe von Jahren in England, wo sie mit einer beträchtlichen Zahl der hervorragendsten politischen Größen in engster Verbindung stand. Am britischen Hofe nahm sie, da es dort zur Zeit ihrer Ankunft in England keine Königin gab, wenigstens damals einen sehr hohen Rang ein, den ihr dann auch in der Folgezeit Niemand aus der vornehmen Gesellschaft bestritt. Ohne jemals irgend einen erwähnenswerthen Unterricht genossen zu haben, ja ohne diesem Mangel auch späterhin durch Lectüre zu steuern, war sie doch voll Geist und Verstand. Nicht gerade schön zu nennen, besaß sie gleichwohl ein einnehmendes Aeußere, ihre Haltung war die einer vollendeten Weltdame, und etwas Würdevolles, ja Gebieterisches lag in ihrem Wesen, so daß sich nicht leicht Jemand dem imponirenden Eindrucke zu entziehen vermochte, den sie auf Alle, die in Berührung mit ihr kamen, hervorzubringen wußte. [1])

So wie Oesterreich, so war auch Rußland bei den Londoner Conferenzen durch zwei Bevollmächtigte vertreten. Neben Lieven befand sich dort als solcher Graf Andreas Joseph Matusiewicz, ein Pole von Geburt, der sich aber durch langen Aufenthalt in Frankreich und durch die seiner Nation so eigenthümliche Leichtigkeit, sich französisches Wesen anzueignen, ganz zum Franzosen umgewandelt hatte. Mitglied der Conferenz war er in Folge des Umstandes geworden, daß er während einer Abwesenheit Lievens an seiner Stelle den Kaiser von Rußland in dem Augenblicke, in welchem durch die ganz unvorhergesehenen Ereignisse in Brüssel die Zusammenberufung der Conferenz veranlaßt worden war, in England vertrat. Nahm er im Beginne der belgischen Wirren, obgleich ihm die Anschauungen des Kaisers Nikolaus über sie nicht unbekannt sein konnten, doch

---

[1]) Mémoires de Talleyrand. III. 401—406.

eine ziemlich versöhnliche Haltung ein, so wurde später seine Stellung durch den gerade zu jener Zeit ausgebrochenen polnischen Aufstand gar sehr erschwert. Um nun als Pole nur ja kein Mißtrauen am russischen Hofe zu erregen, zeigte er, von dem Frau von Bülow mit einigem Widerwillen als von einem „unpolnischen Polen“ [1]) spricht, sich von jetzt an in den Verhandlungen schroffer, als dieß wohl sonst von seiner Seite geschehen wäre. Und von dem Augenblicke an, in welchem Warschau gefallen und dadurch der Aufstand besiegt war, führte Matusiewicz im Schoße der Conferenz eine Sprache, von der Wessenberg sagt, daß sie von keinem der Theilnehmer an den Verhandlungen jemals werde vergessen werden. [2])

Außer diesen Vertretern der fünf Großmächte hatte auch noch der Bevollmächtigte des Königs der Niederlande als des Hauptinteressenten Sitz und Stimme in der Conferenz. Mit Takt und mit Umsicht kam Reinhard Baron Falck der ungemein schwierigen Aufgabe nach, deren Erfüllung ihm oblag. So erreichte er es, daß seine Collegen in der Conferenz selbst dann, wenn sie dem ihm angewiesenen Standpunkte sich nicht anbequemen konnten, doch der Art, wie er ihn vertrat, und den persönlichen Eigenschaften, die er hiebei an den Tag legte, vollste Anerkennung zollten.

Dieß waren die Männer, in deren von dem regsten Geschäftsleben erfüllten Kreis sich nun Wessenberg aus seiner langjährigen Vereinsamung zu Freiburg und zu Feldkirch urplötzlich versetzt sah. Zu activer Theilnahme an ihren mit einem ganz außerordentlichen Aufwande von Zeit und von Mühe, von Scharfsinn und von Beredsamkeit, sowie von körperlicher und von geistiger Anstrengung geführten Verhandlungen war er berufen, und er besitzt vollen Anspruch auf das Zeugniß, daß er die neu übernommene Pflicht sich keineswegs leicht machte.

Wie aufreibend die mit ihr verbundene Arbeit war, kann man nicht nur aus dem Umstande, daß fast alle die zahlreichen Depeschen, welche die beiden österreichischen Bevollmächtigten in Sachen der Londoner Conferenz gemeinsam nach Wien abgehen ließen, aus der Feder Wessenbergs flossen, sondern auch aus vielfachen Eintragungen in dessen Tagebuch entnehmen. So schreibt er am 22. Februar 1831

---

[1]) Gabriele von Bülow, 294.

[2]) Die Conferenz in London. Aufsatz von Wessenbergs Hand. Tagebuch. Cahier 46.

in dasselbe: „Den ganzen Tag und zwar von zwei bis halb acht und von halb elf bis halb fünf Uhr Morgens in der Conferenz zugebracht. Das übersteigt das Erlaubte und ist sogar ärger als das Conclave, aus welchem man wenigstens als Papst hervorgehen kann. Und um die Sache noch grausamer zu gestalten, ist unsere zwölfeinhalbstündige Conferenz ganz resultatlos geblieben. Fürwahr, ein unterhaltendes Handwerk, die jetzige Diplomatie!"

Wenn schon Wessenberg, der doch damals noch nicht sechzig Jahre zählte, in solche Klagen über die Mühsal der endlos dauernden Conferenzen ausbrach, so ist es um so mehr zu verwundern, daß der fast achtzigjährige Talleyrand die mit ihnen verbundene Anstrengung ohne merkbare Beschwerde ertrug.

So berechtigt auch Wessenberg sein mochte, die Fruchtlosigkeit so mancher, ja wahrscheinlich sehr vieler Berathungen zu bedauern, so kann doch durchaus nicht gesagt werden, sie hätten überhaupt keine Resultate geliefert. Schon kurz nach ihrem Beginne und zwar in der Sitzung vom 20. December 1830 wurde der überaus wichtige Beschluß gefaßt, die zukünftige Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen und die provisorische Regierung in Brüssel zur Absendung von Delegirten nach London aufzufordern, um ihr Gutachten über Alles dasjenige zu vernehmen, was zu möglichst rascher Beendigung der ganzen Streitsache unbeschadet der Rechte des Königs der Niederlande und des deutschen Bundes auf Luxemburg vorzukehren wäre. [1])

Nur sehr schweren Herzens waren sowohl Esterhazy als Wessenberg daran gegangen, ohne ausdrückliche Ermächtigung ihres Hofes einem so einschneidenden Beschlusse ihre Zustimmung zu ertheilen, aber Gründe der gewichtigsten Art vermochten sie dazu; in einem Privatschreiben an Metternich [2]) faßt Wessenberg sie zusammen. „Unausweichlich war," sagt er darin, „der für uns ohne Zweifel sehr peinliche Entschluß, um uns, oder besser gesagt, um England in der Allianz zu erhalten. Wir durften das Gegentheil Angesichts des Umstandes nicht riskiren, daß Frankreich vom Kopf bis zu den Füßen sich waffnet und vor Ungeduld brennt, seine Grenzen zu überschreiten. Ich fühle all das Schmerzliche und Bedauerliche, das in dem Schritte liegt, an welchem wir theilnehmen mußten. Erspart er uns jedoch

---

[1]) Conferenzprotokoll vom 20. December.

[2]) Vom 24. December.

den Krieg, hindert er die Vereinigung Belgiens mit Frankreich und zieht er der Ausbreitung des Jacobinismus eine Schranke, so wird er vor den ängstlichsten und rechtgläubigsten Gewissen bestehen können."

So wie die österreichischen, so waren auch die russischen Bevollmächtigten und derjenige Preußens hauptsächlich durch den Wunsch, den Frieden in Europa und das so ersprießliche Einvernehmen ihrer Regierungen mit der englischen aufrecht zu erhalten, dazu vermocht worden, dem Vorschlage auf zukünftige Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens ihre Zustimmung zu geben. Denn in Berlin herrschte in Folge der Besorgniß, die revolutionäre Bewegung könnte die an Belgien angrenzenden Rheinprovinzen ergreifen, in denen Preußen damals nichts weniger als beliebt war, der lebhafte Wunsch, die belgische Streitsache baldigst beendigt zu sehen. Und in Rußland brachte der polnische Aufstand einen ähnlichen Eindruck hervor und er rief ähnliche Befürchtungen wach.

Es wirft leider ein recht unerfreuliches Licht auf die Langsamkeit, mit welcher damals selbst die wichtigsten Geschäfte am Wiener Hofe erledigt wurden, wenn man sieht, wie Esterhazy und Wessenberg geraume Zeit hindurch auf ihre in den letzten Decembertagen abgesendeten Depeschen ohne alle Antwort blieben. Eine solche wäre für sie umso nothwendiger gewesen, als in London die Conferenzen unaufhaltsam ihren Gang weiter verfolgten und die österreichischen Bevollmächtigten fortwährend in die Lage geriethen, auf eigene Faust über die wichtigsten Fragen entscheidende Voten abgeben zu müssen. Keinem anderen Leitsterne konnten sie dabei folgen als der in ihnen feststehenden Ueberzeugung, die Aufrechthaltung des europäischen Friedens und die Abwendung einer allgemeinen Umwälzung hänge einzig und allein von der Fortdauer eines einmüthigen Zusammengehens aller fünf Großmächte ab. Mit Hintansetzung jeder auch noch so gerechten Antipathie müsse daher Alles aufgeboten werden, um ein isolirtes Vorgehen einer derselben zu verhindern. Es komme darauf an, aus den heterogensten Elementen der europäischen Cabinete eine Coalition, und zwar nicht zur Ausführung gemeinsamer Plane, sondern zu dem Zwecke zu bilden, etwaige Projecte einzelner Regierungen im voraus zu vereiteln und allen Versuchen, aus der herrschenden Unordnung Vortheil zu ziehen, rechtzeitig zu begegnen. Aus diesem Grunde war es ganz unerläßlich geworden, auch Frank-

reich, wo kurz vorher die Revolution einen so glänzenden Triumph gefeiert hatte, mit in den Bund zu ziehen und es dadurch zu verhindern, auch nach Außen hin eine revolutionäre Thätigkeit zu entwickeln. In diesem Bestreben, den Geist der Unordnung einzudämmen und den Frieden Europa's zu erhalten, hatte die Conferenz, wie Wessenberg dieß in einem Aufsatze, den er später darüber zu Papier brachte, des Näheren ausführt, es mit verschiedenen Feinden des Friedens, und zwar zunächst mit denen zu thun, welche im Interesse der Revolution einen Krieg herbeiwünschten. Ihnen standen diejenigen gegenüber, welche es wider die Revolution zum Kriege kommen lassen wollten, und endlich gab es eine dritte Partei, die durch den Krieg besondere Vortheile für sich selbst zu erreichen wünschte. Diesem Treiben gegenüber wären, meint Wessenberg weiter, vielleicht alle Bemühungen zur Forterhaltung des Friedens gescheitert, wenn nicht die Conferenz in ihren Berathungen und Beschlüssen das Prinzip völliger Uneigennützigkeit unerschütterlich festgehalten hätte. „Das Protokoll vom 20. Januar 1831", so lauten Wessenbergs Worte, „in welchem dieser Grundsatz als eine heilige Verpflichtung gleichsam zum unwiderruflichen Gesetz erhoben wurde, gehört zuverlässig zu den merkwürdigsten und ehrenvollsten Documenten der Diplomatie, und daß die Repräsentanten der Höfe in jener verhängnißvollen Zeit es auf sich nahmen, sich dießfalls im Namen ihrer Regierungen so bestimmt und so unverholen auszusprechen, konnte nur allgemeine Billigung finden." Denn nur durch die in jenem Protokolle sanctionirte Erklärung, daß jede der dabei interessirten Mächte förmlich darauf verzichte, aus den durch die Verhältnisse in Belgien veränderten Zuständen irgend einen Vortheil zu ziehen, sei es möglich gewesen, die zu jener Zeit so leidenschaftlich aufgestachelte Habgier der Franzosen wieder zu zügeln. [1])

Die in den Sitzungen der Conferenz vom 20. und 27. Januar gefaßten Beschlüsse betrafen außerdem noch die Feststellung der künftigen Grenzlinie zwischen Holland und Belgien, die immerwährende Neutralität dieses letzteren Staates und dessen Betheiligung an der niederländischen Staatsschuld. Soweit diese Beschlüsse auch ablagen von dem Inhalte der Instructionen, welche Wessenberg vorgezeichnet worden waren, so ging man doch in Wien, wenigstens damals nicht,

---

[1]) Wessenbergs Aufsatz: Die Conferenz in London.

von dem Grundsatze ab, dem Metternich kurz zuvor in den an Wessenberg gerichteten Worten Ausdruck gegeben hatte: „Nach dem zu streben, worauf gar keine Aussicht des Gelingens vorhanden ist, heißt nur eine für das allgemeine Wohl kostbare Zeit nutzlos verlieren.“ [1]) Man verzichtete somit auf das, was man früher für erstrebenswerth gehalten, und pflichtete dem von den österreichischen Bevollmächtigten beobachteten Verfahren endlich rückhaltlos bei. Aber freilich legte man in Wien, da schon das Verbleiben Belgiens unter dem Scepter des Königs der Niederlande ganz unhaltbar geworden war, auf die Lösung keiner der vielen für die Zukunft des neuen Staates bedeutungsvollen Fragen ein größeres Gewicht als auf die, welche sich auf das ihm zu gebende Oberhaupt bezog.

Sehr groß war die Anzahl der fürstlichen Personen, welche hiefür in Betracht kamen, und die verschiedensten Auffassungen und Interessen standen sich dabei gegenüber. Als wahrhafte Antipoden müssen der Prinz von Oranien und der Herzog von Nemours bezeichnet werden. Die Berufung des Ersteren auf den neu zu errichtenden Thron hätte so ziemlich die Wiedereinsetzung der Herrschaft des niederländischen Königshauses in Belgien, die des Letzteren aber das alles Andere weit überbietende Obsiegen des französischen Einflusses in diesem Lande bedeutet.

Wie sehr die Präponderanz Frankreichs in Belgien von den übrigen Großmächten gefürchtet wurde, geht auch daraus hervor, daß deren Bevollmächtigte in London schon in den ersten Tagen des Januar 1831 darüber einig wurden, an den damals in England anwesenden Prinzen von Oranien heranzutreten, um sich mit ihm über die Modalitäten zu verständigen, unter denen seine Thronbesteigung in Belgien durchführbar erschiene. Insbesondere waren es die Repräsentanten Rußlands und Oesterreichs, welche sich hiefür einsetzten, während sogar Talleyrand eigentlich nicht widersprach, sondern aus freiem Antrieb erklärte, auch nach seiner Meinung wäre der Prinz von Oranien der Einzige, welcher sämmtliche Wahlstimmen auf sich vereinigen könnte. Lieven und Wessenberg wurden mit dem Auftrage betraut, sich mit dem Prinzen ins Einvernehmen zu setzen; der aber erwiederte, er könne in dieser Sache sich ohne bestimmte Ermächtigung seines Vaters, des Königs von Holland, zu nichts bereit-

[1]) An Wessenberg. 21. October 1830. Aus Metternichs Papieren. V., 50.

finden lassen. Er theilte ihnen den Wortlaut des Briefes mit, den er, um diese Ermächtigung zu erhalten, an seinen Vater abgehen zu lassen gesonnen war.[1])

Obgleich sich Wessenberg, den Absichten seines Hofes getreu, an diesem Schritte betheiligt hatte, so war er doch nicht ohne Zweifel an dessen Erfolg. Er hielt den Prinzen nicht für den Mann, der die ihm zugedachte Rolle auch wirklich durchzuführen vermöchte; er besitze hiezu, so meinte er, weder hinreichende Festigkeit noch genug Verstand. Dazu komme noch, daß der König, sein Vater, nur wenig geneigt zu sein scheine, seinen eigenen Rechten auf Belgien zu entsagen.[2])

Schon binnen kurzem zeigte es sich, wie wohlbegründet die Anschauungen Wessenbergs waren. Die Art des Auftretens des Prinzen von Oranien erweckte keine ihm günstige Meinung von seinem Muthe und seiner Thatkraft, und eine Proclamation, die er an die Belgier erließ, brachte nur wenig Eindruck auf sie hervor. Aber noch wichtiger war es, daß sein Vater, König Wilhelm, seinen freilich nur zu begreiflichen Widerwillen nicht fahren ließ, auf seine eigenen Ansprüche zu verzichten. Höchstens wollte er sich dazu verstehen, seinen Sohn als seinen provisorischen Generalstatthalter nach Belgien zu senden.[3])

Das Haupthinderniß des Gelingens der Plane, welche zu Gunsten des Prinzen von Oranien entworfen wurden, bestand jedoch darin, daß er in Belgien einen zwar ziemlich starken, aber keineswegs übermächtigen Anhang besaß. Derselbe bestand vor Allem in den im Lande nicht gerade spärlich vorhandenen Begünstigern der früheren Zustände, insbesondere unter den Kaufleuten und Industriellen, deren Interessen die bisherige Vereinigung mit den holländischen Provinzen gut zu Statten gekommen war. Das Gegentheil war jedoch im Schoße des Nationalcongresses der Fall, der bereits mit Decret vom 24. November 1830 alle Mitglieder des Hauses Nassau von der Regierungsgewalt in Belgien ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Jeder Gedanke an eine Berufung des Prinzen von Oranien auf den belgischen Thron mußte daher als eine flagrante Verletzung dieses Be-

[1]) Bericht Esterhazy's und Wessenbergs, 14. Januar. Schreiben des Prinzen von Oranien an den König von Holland, 11. Januar 1831.

[2]) Wessenberg an Metternich, 22. Januar.

[3]) Esterhazy, 23. Januar.

schlusses erscheinen, und schon die bloße Hinweisung auf eine solche Möglichkeit rief einmal inmitten des Congresses einen furchtbaren Sturm hervor.

Bei weitem günstiger waren die Aussichten des Herzogs von Nemours, für welchen die Mehrzahl unter den Mitgliedern des Congresses gestimmt war, aber auch noch andere Candidaten wurden auf das Tapet gebracht, eigenthümlicher Weise deren zwei aus Baiern, Prinz Otto, König Ludwigs zweitgeborner Sohn, und der Herzog August von Leuchtenberg. Dieser hatte vor dem damals erst fünfzehnjährigen baierischen Prinzen voraus, daß er schon zwanzig Jahre zählte, trefflich erzogen und von nicht geringer geistiger Begabung war, so daß er sogleich die Regierung hätte antreten können, während bei dem Prinzen Otto und dem nur um ein Jahr älteren Herzoge von Nemours die Einsetzung einer Regentschaft nothwendig geworden wäre.

Trotz diesem für den Herzog von Leuchtenberg günstigen Umstande war für ihn doch nur geringe Aussicht vorhanden, denn sein ziemlich zahlreicher Anhang bestand, wie wenigstens Esterhazy und Wessenberg ihn bezeichneten, [1]) größtentheils aus Jacobinern und aus Bonapartisten. Gegen beide Parteien aber herrschte vor Allem bei Ludwig Philipp und auch bei den anderen Monarchen eine so tief eingewurzelte Abneigung, daß an eine Zustimmung der Großmächte zu einer Erhöhung des Herzogs auf den belgischen Thron auch nicht von fern gedacht werden konnte. Weit lieber hätten sie auf demselben den baierischen Prinzen gesehen, und auch die Mitglieder der provisorischen Regierung in Brüssel sprachen sich lebhaft für ihn aus. Aber er besaß in Belgien nur eine kleine Partei und man wußte gar nicht recht, von wem denn eigentlich sein Name in den Vordergrund gestellt worden sei. Die Einen behaupteten, der Vorschlag rühre von dem päpstlichen Nuntius in München, einem Grafen Mercy-Argenteau her, dessen seine Familie belgischer Abstammung war. Andere aber schrieben ihn dem Repräsentanten Englands am Frankfurter Bundestage, Herrn Cartwright, oder besser gesagt, seiner Frau, einer gebornen Gräfin Sandizell aus Baiern zu. [2])

Noch geringere Wahrscheinlichkeit des Erfolges als die Candidatur des Prinzen Otto besaß die einiger anderen fürstlichen Per-

[1]) Bericht vom 25. Januar.

[2]) Voriger Bericht.

sonen, welche gleichfalls genannt wurden. Nur Eine aus ihnen, der Erzherzog Karl von Oesterreich, möge hier erwähnt werden. Obgleich er vor fast vier Decennien freilich nur durch kurze Zeit in Belgien Generalstatthalter seines Bruders gewesen und als solcher wie durch seine Kriegführung gegen Frankreich dort ein sehr gutes Andenken zurückgelassen hatte, so kam er doch jetzt für die Königswahl kaum in Betracht. Denn sie hätte sich in grellem Widerspruch mit dem Beschlusse der Londoner Conferenz befunden, kein Mitglied einer der Regentenfamilien der Großmächte dürfe den belgischen Thron besteigen.

Dieser Beschluß und vielleicht mehr noch die Besorgniß vor dem einmüthigen Widerstande Englands und der drei Ostmächte war es denn auch, wodurch sich Ludwig Philipp recht gegen seinen innigsten Herzenswunsch gezwungen sah, die Wahl seines Sohnes, des Herzogs von Nemours abzulehnen, nachdem sie von Seite des belgischen Nationalcongresses allen obwaltenden Hindernissen zum Trotze am 3. Februar 1831 mit der freilich recht kümmerlichen Majorität von zwei Stimmen — 97 gegen 95 — auf ihn gefallen war. In Belgien aber wußte man sich nicht mehr anders zu helfen, als daß man, um doch einstweilen ein Staatsoberhaupt zu haben, den Präsidenten des Congresses, Herrn Surlet de Chokier zum Regenten ernannte.

Die Nothwendigkeit, hinsichtlich der Oberhauptsfrage zu einer für alle Betheiligten möglichst befriedigenden Lösung zu gelangen, war hiedurch zwar etwas hinausgeschoben, aber keineswegs beseitigt. Insbesondere waren es die Mitglieder der Londoner Conferenz, in deren Kreise diese Frage unablässig erörtert wurde. Voll unermüdlicher Thätigkeit hatte vor Allen Wessenberg das Aeußerste gethan, um die Vertreter der drei Ostmächte zu einmüthigem Vorgehen zu bewegen. Er vermochte sie, vor jeder Sitzung bei ihm zusammenzukommen und hier ihre Haltung bei derselben zu verabreden. Auch des vollen Vertrauens des Barons Falck glaubte er sich rühmen zu dürfen, und er war eifrig bemüht, die besten Beziehungen zu den maßgebendsten englischen Staatsmännern herzustellen, ein Bestreben, in dem er von einer einflußreichen Verbündeten, der Fürstin Lieven ausgiebig unterstützt wurde. Denn lang schon war sie mit dem damaligen Haupte der englischen Regierung, mit Lord Grey in engem Freundschaftsverhältniß. Mit ihm unterhielt auch Wessen-

berg, der sich von dem edlen, offenen und wohlwollenden Wesen Grey's ungemein angezogen fühlte, eine sehr häufige, nicht allein geschäftliche, sondern auch gesellige Verbindung. Wie ein Patriarch erschien ihm der damals schon sechsundsechzigjährige, aber noch immer schöne Lord, „ein Mann voll Würde und Mäßigung" in seinem Hause, umgeben von einer ungemein liebenswürdigen, hochgebildeten Frau und von zwölf erwachsenen Kindern. [1])

Immer wieder kommt Wessenberg in seinem Tagebuche auf das Lob Lord Grey's und seiner Gemalin zurück. „Man mag sagen was man will," schreibt er am 10. Februar 1831 in dasselbe, „Lord Grey ist die Blume des englischen Adels. Er besitzt ein edles und zuvorkommendes Benehmen, Würde ohne Affectation; seine schönen Gesichtszüge sind der Spiegel der Loyalität. Niemals begegnete ich einem Staatsmanne, der mir so viel Vertrauen eingeflößt hätte. Nicht daß ich in Allem seinen Ansichten beistimmte, aber seine Worte zeugen von seiner Aufrichtigkeit. Lady Grey ist eine reizende Frau, von bestem Ton, sehr unterrichtet und äußerst anziehend im Gespräch. In solcher Gesellschaft befindet man sich wohl." Und wenige Wochen später, am 17. März, kommt Wessenberg neuerdings auf Lord Grey zurück. „Er besitzt," sagt er jetzt von ihm, „einen großen Reiz in seiner Art sich auszusprechen; sie ist immer klar und keusch, sein Ton ist allzeit vollendet. Talleyrand behauptet von ihm, er sei, was sein geistiges Wesen angeht, fast ein Alfieri in Prosa. Mir scheint aber, daß der Geist des italienischen Barden in ganz anderer Weise lebhaft und aufgeregt war als der des englischen Staatsmannes, der sich bei jeder Gelegenheit durch große Mäßigung hervorthut."

Wessenberg fühlte sich nicht wenig geschmeichelt, als er zu bemerken glaubte, daß auch Lord Grey den Verkehr mit ihm suche, wobei allerdings, wie er meinte, etwas Egoismus im Spiel sei. „Denn er betrachtet mich," sagt Wessenberg hierüber, „wie eine Art europäisches Archiv. Unglaublich ist es, wie wenig fast alle Mitglieder der früheren Opposition von den politischen Angelegenheiten außer denen ihres eigenen Landes verstehen." [2])

Trotz dieses Tadels der nunmehrigen Führer der Reformpartei verbarg es jedoch Wessenberg nicht, in wie viel höherem Maße seine

---

[1]) Wessenbergs Tagebuch, 22. Januar 1831. Cahier 49.
[2]) Wessenberg an Metternich, 13. Januar 1831.

persönlichen und politischen Sympathien ihnen als den Mitgliedern des erst vor kurzem zurückgetretenen Toryministeriums gehörten. Von dem Haupte desselben, dem Herzoge von Wellington sagte er ungescheut, er sei der, welcher nach Polignac am meisten Uebles gethan habe. Auf dem Schlachtfelde groß, sei er als Staatsmann weit zurückgeblieben hinter seiner Aufgabe; „die Geschäfte lassen sich eben nicht commandiren wie die Bataillone.“ Allzeit habe er „Hartnäckigkeit“ mit „Stärke“ verwechselt; durch die erstere werde man verhindert, sich der noch zur Verfügung stehenden Mittel zu bedienen. „Als Parteimann tritt er,“ fährt Wessenberg fort, „an alle Fragen mit äußerster Leichtigkeit heran, aber er vermag keine einzige zu lösen. Hat er irgend ein Unglück zu verhindern, irgend einen Schimpf abzuwenden gewußt? In der Türkei ließ er die Dinge gehen wie sie wollten, den Franzosen gestattete er in Algier zu landen, er versäumte es, den König von Holland zu unterstützen, beeilte sich die Julіregierung anzuerkennen und rief schließlich in England eine umfassende Reform hervor, indem er sich weigerte, eine bloß theilweise zuzugestehen. Durch das Wort: „„niemals eine Reform,““ beging der Held von Waterloo einen Mord an sich selbst.“ [1])

Wessenbergs Freude darüber, daß Wellington nicht mehr im Amt war, wurde durch seine Befriedigung über den Verkehr mit dessen Nachfolgern nur noch verstärkt. Außer dem Haupte der Regierung, Lord Grey, war wenigstens für die Delegirten der fremden Mächte in London der Minister des Aeußern, Lord Palmerston der wichtigste Mann. Damals erst sechs und vierzig Jahre zählend, befand er sich zum ersten Male im Besitze des Portefeuille's, welches später noch öfter in seine Hände gelangen sollte. Während er sich als Träger desselben in den folgenden Jahren einen auf dem Festlande und insbesondere in Oesterreich mit Recht vielfach angefeindeten, ja verhaßten Namen erwarb, war zur Zeit der Londoner Conferenzen, oder wenigstens ihres Beginnes noch nichts hievon zu verspüren; über seine Haltung während dieser Zeit wird ihm von Wessenberg ein günstiges Zeugniß ertheilt. „Palmerston läßt,“ so heißt es in einem seiner vertraulichen Schreiben an Metternich, „in Bezug auf Offenheit, Leichtigkeit des Verkehrs und Thätigkeit nichts zu wünschen übrig. Zu jeder Stunde ist er zugänglich und von der äußersten

[1]) Wessenbergs Tagebuch, 9. Jan. 1831.

Zuvorkommenheit. Tag und Nacht beschäftigt er sich damit, die früheren Ereignisse zu studiren und er wird in einem Jahre ohne Zweifel einer der unterrichtetsten Staatsmänner in ganz Europa sein."[1])

Aber nicht allein Palmerstons Rastlosigkeit in Erfüllung seiner Amtspflichten und die Annehmlichkeit des geschäftlichen Verkehres mit ihm, auch seine Haltung in den damals so sehr verwickelten politischen Fragen, insbesondere in den auf Belgien bezüglichen Angelegenheiten werden von Wessenberg während der ersten Zeit seines Verweilens in London mit Wärme gelobt. Zu ganz besonderem Verdienste rechnet er es ihm an, daß er sich in gar keiner Weise zur Unterstützung der recht arglistigen Umtriebe des Königs Ludwig Philipp herbeiließ, denen er vielmehr ziemlich offen entgegentrat. Hatte derselbe nicht vermocht, die belgische Krone einem Mitgliede seines Hauses zu gewinnen, so trachtete er jetzt nach der Erwerbung einer belgischen Provinz für Frankreich, wodurch er hoffte, seine Popularität in diesem stets vergrößerungssüchtigen Lande noch fester zu begründen. Er schmeichle sich, sagte er zu seinen Vertrauten, Frankreich das Schlachtfeld von Jemmappes zum Geschenk machen zu können. Und von Talleyrand wollte man wissen, er habe es sich in den Kopf gesetzt, mit einem ansehnlichen Stücke belgischen Gebietes in der Tasche nach Frankreich zurückzukehren.[2])

Diesen Bestrebungen gegenüber verdiene die Haltung Palmerstons, schreibt Wessenberg an Metternich am 16. April, uneingeschränktes Lob. Er habe gegen Frankreich unausgesetzt die correcteste Sprache geführt und verstärke dieselbe allmälig noch mehr. „Sein Verdienst," sagt Wessenberg hierüber, „ist um so größer, als die Mehrzahl seiner Collegen in den Geschäften neu und von Vorurtheilen hinsichtlich der fremden Mächte nicht immer frei ist. Er gehört ohne Zweifel zur liberalen Partei, aber sein Liberalismus bezieht sich ausschließlich auf die innere Verwaltung."

Auch Esterhazy befreundete sich immer mehr und mehr mit dem neuen englischen Ministerium, wenn ihm auch früher der Sturz des Herzogs von Wellington und dessen Ersetzung durch Staatsmänner, welche die Reform des Parlamentes auf ihre Fahne geschrieben hatten,

---

[1]) Wessenberg an Metternich, 13. Januar 1831.

[2]) Wessenberg an Metternich, 16. April.

recht empfindlich gewesen sein mochte. Das englische Cabinet aber nahm, wenn es auch sorgfältig vermied, hierin die Initiative zu ergreifen, doch allmälig immer lebhafter für den ihm Anfangs nicht gerade sehr willkommenen Vorschlag Partei, durch welchen die Candidatur des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg als die für Belgien ersprießlichste, für England aber wünschenswertheste hingestellt wurde.

Prinz Leopold, 1790 geboren, war damals im Gegensatze zu allen übrigen Throncandidaten ein gereifter Mann. Wessenberg kannte ihn schon seit dem Jahre 1811, wo er ihn in München zum ersten Male sah und sich ihm zuvorkommend erwies. Häufiger traf er mit ihm zur Zeit des Wiener Congresses zusammen, wo Prinz Leopold im Verein mit dem Erzherzog Johann und dem Prinzen Wilhelm von Preußen jenes fürstliche Trifolium bildete, das weit ernstere und edlere Interessen als diejenigen verfolgte, für welche die Mehrzahl ihrer Standesgenossen fast ausschließlich Sinn und Verständniß bewies. Im Mai 1816 mit der Thronerbin Englands, der schönen und geistvollen Prinzessin Charlotte vermält, wurde Prinz Leopold gerade um diese Zeit dem Freiherrn von Wessenberg aus der Ursache zu Dank verpflichtet, weil derselbe sich eifrig dafür bemühte, daß dem Prinzen seinem Wunsche gemäß die Domäne Holzkirchen vom Kaiser verliehen werde. „Ich weiß zu gut,“ schrieb Leopold, nachdem dieß wirklich geschehen war, an Wessenberg, „daß Ihre Freundschaft und Beständigkeit mir dieses Object verschafften, welches von großem Werth für mich ist, da es mir ein Mittel an die Hand gibt, einigen weniger reichen Mitgliedern meiner Familie nützlich zu sein.“ [1])

Mit kaum geringerer Wärme bedankt sich Leopold bei Wessenberg, der sich damals als Mitglied der Territorialcommission in Frankfurt befand, für die freilich ziemlich erfolglosen Dienste, welche derselbe dem Herzoge von Coburg hinsichtlich eines Gebietsaustausches mit Preußen zu leisten bestrebt gewesen war. „Ich danke Gott vielfach,“ heißt es in seinem Briefe vom 10. October 1816, „daß ich hier in unserem geliebten und schönen Claremont keine Territorialfragen und auch Preußen nicht zum Nachbar habe.“

An wiederholte Schilderungen des herrlichen Aufenthaltes in Claremont knüpft Leopold Worte des lebhaften Wunsches, Wessenberg

[1]) Prinz Leopold an Wessenberg. Claremont, 6. October 1816.

dort einmal begrüßen und ihm „alles Liebe und Gute anthun zu können.“ Aber schon im November 1817 verlor der Prinz seine ihm so theure Gemalin, auf welche nicht nur er selbst, sondern auch ihr britisches Vaterland so stolze Hoffnungen gesetzt hatten. Seither lebte er theils auf Reisen, theils in stiller Zurückgezogenheit in London oder zu Claremont, welches er als den Schauplatz des glücklichsten Jahres seines Lebens für immer ins Herz geschlossen hatte.

In Claremont war es denn auch, wo Wessenberg bald nach seiner Ankunft in London, und zwar im Februar 1831, einer Einladung des Prinzen folgend, ihn besuchte. Der Empfang, den er daselbst fand, mußte ihm als Beweis dienen, wie sehr Leopold ihn schätzte. Sogar in den Gemächern seiner Gemalin, welche seit ihrem Tode verschlossen geblieben waren, quartierte er ihn ein, und Wessenberg schlief in dem ungeheuren Bette, in dem sie gestorben war. „Sie interessirten sich,“ sagte ihm bei dieser Gelegenheit der Prinz, „seiner Zeit in so loyaler Weise für unsere Verbindung, daß Sie wohl würdig sind, hier zu wohnen. Die Prinzessin Charlotte wäre eine zweite Elisabeth geworden, aber ohne deren Fehler und mit einem unvergleichlich besseren Herzen. Ungemein liebte sie den Aufenthalt in Claremont und das Landleben im Allgemeinen; Zeugniß dafür geben die Verse, welche sie hierüber noch kurze Zeit vor ihrem Tode verfaßte.“[1])

In derselben Sitzung des belgischen Nationalcongresses, in welcher die bloße Erwähnung des Prinzen von Oranien als eines Throncandidaten einen Sturm des Widerspruches hervorgerufen hatte, war die Aufmerksamkeit der Versammlung von einem der Redner, Herrn Devaux, auf Leopold von Coburg gelenkt worden. Er wisse wohl, sagte er, daß derselbe als englischer Prinz, der er geworden, und als Protestant, der er von Geburt aus sei, in Belgien noch nicht populär sein könne. Aber gerade in einem Lande, dessen Majorität katholisch sei, schade es vielleicht nicht, wenn das Oberhaupt des Staates dem protestantischen Glaubensbekenntnisse angehöre.[2])

In der allerersten Zeit hatte jedoch diese Candidatur in Belgien nur wenig Anklang gefunden, und auch in England, wo der Hof ihr nicht wohlwollte, war sie noch keineswegs mit willfährigem Auge

---

[1]) Wessenbergs Tagebuch, 13. Februar 1831. Cahier 49.

[2]) Juste. Le Congrès national de Belgique. I. 201.

betrachtet worden. Nach der Ablehnung der Wahl des Herzogs von Nemours und der Einsetzung eines provisorischen Regenten in Belgien wurde jedoch der Name des Prinzen Leopold immer häufiger genannt und bald geschah es, daß der talentvollste Führer der belgischen Bewegung, der noch in jugendlichem Alter stehende Sylvain van de Weyer für ihn eintrat. Alsbald wurde er nicht nur von Ludwig Philipp, der seit langen Jahren freundschaftliche Beziehungen zu dem Prinzen Leopold unterhielt, sondern mehr noch von der englischen Regierung, welche das für sie Vortheilhafte dieses Vorschlages immer deutlicher einsah, mit Wärme unterstützt. Nun zögerte man auch in Belgien nicht länger, mit größerer Entschiedenheit vorzugehen, und von dort aus wurde eine Deputation nach England geschickt, um mit dem Prinzen Leopold über seine etwaige Berufung auf den belgischen Thron zu unterhandeln. Am 22. April empfing sie der Prinz in Marlborough-House, und die Antwort, welche er ihr ertheilte, war zwar vorsichtig und noch durchaus nicht entscheidend, aber doch keineswegs ablehnend zu nennen. Der Prinz scheine ihm, schrieb Wessenberg, der ihn am folgenden Abende sah, nach Wien, zur Annahme der Krone äußerst geneigt, aber freilich nur unter der Voraussetzung der Zustimmung der Großmächte. [1]) Und er selbst wie Esterhazy legten großes Gewicht auf die Thatsache, daß die Hälfte der belgischen Deputation aus eifrigen Katholiken bestand und gerade sie eine lebhafte Thätigkeit zu Gunsten des protestantischen Throncandidaten entwickelten. [2])

Gewiß war die Behutsamkeit, mit der Prinz Leopold jede bindende Erklärung über die Annahme der Krone bis auf den Augenblick hinausschob, in welchem alle Vorbedingungen hiezu definitiv ins Reine gebracht sein würden, von seinem Standpunkte aus nur zu loben und als ein neuer Beweis jener politischen Klugheit zu betrachten, die sich später noch oft so glänzend bewähren sollte. Aber dieses Zaudern brachte doch auch wieder die ungünstige Wirkung hervor, daß die revolutionäre Strömung in Belgien sichtlich an Boden gewann und man, wenn nicht rasch eine Entscheidung käme, den baldigen Eintritt von zwei sehr großen Uebeln mit ziemlicher Bestimmtheit vorhersehen zu müssen glaubte, eines Krieges mit

[1]) Wessenberg an Metternich, 23. April.

[2]) Gemeinsamer Bericht vom 27. April.

Holland und der Proclamirung der Republik. So hoch stieg diese Befürchtung, daß Lord Ponsonby, der Bevollmächtigte der englischen Regierung in Brüssel, welcher übrigens nach der Ansicht der österreichischen Mitglieder der Conferenz durchaus nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stand, persönlich nach London eilte, um die drohende Gefahr recht drastisch zu schildern und den Prinzen Leopold zu einem den Begehren der Belgier willfährigen Entschlusse zu drängen. Und wenn Talleyrand den Auftrag erhielt, auch von seiner Seite in diesem Sinne thätig zu sein, so erblickten Esterhazy und Wessenberg den ausschlaggebenden Beweggrund hiefür in Ludwig Philipps angstvoller Besorgniß, daß es in Belgien wirklich zur Republik komme. [1]) Die gewaltige Rückwirkung eines solchen Ereignisses auf das benachbarte Frankreich ließ sich ja unschwer vorhersehen.

So klar nun auch die österreichischen Bevollmächtigten die Nothwendigkeit erkannten, daß der in Belgien herrschenden Ungewißheit baldigst ein Ende gemacht werde, so wenig konnten sie doch das auch jetzt noch andauernde Zögern des Prinzen Leopold tadeln, dem Begehren der Belgier eher zu willfahren, als diese die von ihm hiefür aufgestellten Vorbedingungen erfüllt hätten. Auch das englische Ministerium stimmte hiemit überein und Lord Ponsonby kehrte mit dem gemessenen Auftrage zurück, der provisorischen Regierung hiefür einen streng einzuhaltenden Termin bis zum 1. Juni zu stellen. Die ihm ertheilten Befehle überschreitend, verlängerte Ponsonby diese Frist bis zum 10. und wurde hiefür, obgleich er der Schwager des Hauptes des damaligen englischen Ministeriums war, augenblicklich durch seine Abberufung aus Brüssel bestraft. [2])

Auch durch die inzwischen, und zwar am 4. Juni von Seite des belgischen Nationalcongresses vollzogene Erwählung Leopolds zum Könige wurde an dieser Lage der Dinge nichts Wesentliches geändert. Der Prinz befinde sich, berichteten nun die österreichischen Conferenzmitglieder nach Wien, in sichtlicher Verlegenheit. Zwischen seinem Wunsche, König der Belgier zu werden, und seiner Befürchtung, den Großmächten durch einfache Annahme der ihm angebotenen Krone zu mißfallen, trachte er ein Auskunftsmittel zu finden, durch das es ihm gelänge, das Erstrebte zu erreichen, die ihm dabei drohende Gefahr

---

[1]) Bericht vom 17. Mai 1831.

[2]) Esterhazy und Wessenberg. London, 4. und 8. Juni.

aber zu vermeiden. Zu diesem Ziele könne er nur auf dem Wege gelangen, der als der einzig correcte bezeichnet werden müsse. Nach wie vor habe er die Annahme der Krone von der früher zu erfüllenden Bedingung abhängig zu machen, daß auch die Belgier den von der Conferenz beschlossenen und von dem Könige der Niederlande bereits angenommenen Bestimmungen, unter welchen die Trennung der belgischen von den holländischen Provinzen definitiv zu vollziehen sei, ihre Zustimmung ertheilten.[1])

In solchem Sinne sprachen denn auch Esterhazy und Wessenberg im Schoße der Conferenz sich aus. Als aber Prinz Leopold schwankend zu werden und von seinem vertrauten Freunde Lord Durham, Grey's äußerst talentvollem Schwiegersohne hiezu angeeifert,[2]) den belgischen Delegirten eine von Talleyrand an die Hand gegebene Antwort ertheilen zu wollen schien, da erklärten die österreichischen Bevollmächtigten in Uebereinstimmung mit denen Rußlands und Preußens, die Ostmächte würden in diesem Falle dem neugewählten Könige ihre Anerkennung versagen. Ihrem energischen Auftreten gelang es, Lord Palmerston auf ihre Seite herüberzuziehen und im Einvernehmen mit ihm den Erklärungen an die Belgier einen veränderten, von Bülow vorgeschlagenen Wortlaut zu geben. Ihm zufolge wurde die Erfüllung ihrer Wünsche an die Ertheilung ihrer Zustimmung geknüpft, daß über die Abgrenzung des neuen Königreiches nur auf Grundlage der Conferenzbeschlüsse unterhandelt werden dürfe.[3]) Da aber eine hierauf bezügliche Zusage nicht in der Machtvollkommenheit der belgischen Delegirten lag, kehrten sie, ohne die Annahme der Krone von Seite des Prinzen Leopold erwirkt zu haben, nach Brüssel zurück, um auch dort an der Hinwegräumung der Schwierigkeiten zu arbeiten, von deren endlicher Beseitigung die Erreichung eines erwünschten Ergebnisses abhing.

---

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 11. Juni.
[2]) Esterhazy und Wessenberg. 21. Juni.
[3]) Esterhazy und Wessenberg. 12. Juni.

VII.

Rastlose Thätigkeit Wessenbergs.

Während dieß in Belgien vor sich ging, war man auch in London nicht müßig. Gar lang hatte dort das Einverständniß der englischen Regierung mit den Vertretern der Ostmächte nicht gedauert, und Palmerston setzte dieselben in einem vertraulichen Schreiben von den Beweggründen in Kenntniß, in Anbetracht deren ihm eine größere Nachgiebigkeit für die Wünsche der Belgier unausweichlich erscheine. Aber die Repräsentanten der Ostmächte blieben bei ihrem Begehren, daß nichts eingeräumt werde, was über die von der Conferenz schon früher beschlossenen und von dem Könige der Niederlande bereits zugestandenen Bedingungen noch hinausgehe.[1])

Einen Augenblick schien es, als ob nun von englischer Seite wieder ein Schritt der Annäherung an die Bevollmächtigten der Ostmächte geschehe, denn die Herbeiführung eines offenen Bruches mußte für beide Theile gleich unerwünscht sein. Aber zu vollständiger Nachgiebigkeit meinte das englische Ministerium sich doch nicht herbeilassen zu können. Schließlich kam es dennoch, da die Vertreter der Ostmächte vor der Gefahr zurückschraken, England ganz in die Arme Frankreichs zu treiben und es mit diesem Staate gemeinsam die Unabhängigkeit Belgiens auf Grundlage der von dem dortigen Nationalcongresse einseitig formulirten Bedingungen anerkennen zu sehen, zu einer Vereinbarung, der sämmtliche Conferenzmitglieder zustimmten. Sie fand in den sogenannten achtzehn Artikeln ihren Ausdruck, welche Prinz Leopold mit Lord Palmerston und den belgischen Delegirten entwarf und die schließlich auch die Vertreter aller fünf Großmächte im Namen ihrer Vollmachtgeber unterschrieben. Da dieselben jedoch über die von dem Könige der Niederlande bereits gemachten Zuge-

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 25. Juni 1831.

ständnisse nicht unbeträchtlich hinausgingen, hielt es die Conferenz für nöthig, eines ihrer Mitglieder an König Wilhelm abzusenden, um ihn zur Annahme der von ihr genehmigten Bestimmungen und somit zu den neuen Opfern zu vermögen, die mit ihr verknüpft waren. Mit dieser schwierigen Mission betraute sie, einem von Lord Grey persönlich ausgehenden und von Talleyrand gebilligten Vorschlage zufolge den Mann, von welchem sie annahm, daß er sich des besonderen Vertrauens des Königs erfreue,[1]) den Freiherrn von Wessenberg.

Obwohl er erst vor ganz kurzer Zeit eine recht gefährliche Krankheit überstanden hatte, unterzog sich doch Wessenberg mit gewohnter Selbstaufopferung der ihm übertragenen Aufgabe. Aber er mochte fühlen, daß die Nachgiebigkeit, welche er und Esterhazy dem Andrängen Palmerstons gegenüber gezeigt hatten, und vielleicht noch mehr die Willfährigkeit, mit der er sich zu dem Versuche bereitfinden ließ, den König der Niederlande zur Einwilligung in die ihm neu aufzuerlegenden Zugeständnisse zu bewegen, in Wien einen üblen Eindruck hervorbringen könnten. „Ich habe mich," schrieb er, um dem zuvorzukommen, noch vor seiner Abreise nach dem Haag an Metternich,[2]) „mit einer dornenvollen Commission belastet. Um sie gelingen zu machen, muß ich unwiderleglich darthun, daß wir die Zeit, die Ereignisse, Frankreich und sogar England gegen uns haben. Die Neigung dieser Macht, sich auf die Seite ihres natürlichen Feindes zu stellen, birgt eine ungeheure Gefahr in sich und wir können stolz darauf sein, wenn es uns gelingt, sie zu beschwören. Ich will Sie nicht durch alle Einzelnheiten betrüben, die ich Ihnen über die verhängnißvolle Politik Englands mittheilen könnte. „Es handelt sich vorerst darum, sich vor ihr so gut als möglich zu schützen und wenigstens für den Augenblick zu retten. Die Zeiten werden nicht immer die nämlichen bleiben; wenn wir nur über dieses Jahr ohne Krieg hinaus kommen, so haben wir gewonnenes Spiel; so glaube ich wenigstens."

Wie man sieht, war Wessenberg doch nicht ganz ohne Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission, als er an Bord eines ihm von der englischen Regierung zur Verfügung gestellten Schiffes die Reise nach Holland unternahm. Am 29. Juni traf er im Haag ein, und die Stimmung, die er dort fand, blieb hinter seinen schon an und für

[1]) Mémoires de Talleyrand. IV. 231, 232.

[2]) 27. Juni.

sich nicht hochgespannten Erwartungen noch zurück. „Bei meiner Ankunft hier sah ich," schrieb er am 10. Juli an Metternich, „große Erbitterung und allgemeine Niedergeschlagenheit. Nach und nach wichen jedoch diese Empfindungen einer tiefen Traurigkeit und schließlich einer völligen Entsagung; man fühlt, daß man ein Ende machen muß. Der gegenwärtige Zustand ist zu traurig, als daß man den Versuch wagen könnte, ihn zu verlängern."

Trotz diesem nicht gerade ermuthigenden Stande der Dinge gab doch Wessenberg noch immer die Hoffnung nicht vollständig auf, daß die angelegentlichen Vorstellungen, die er dem Könige machte, schließlich doch einigen Eindruck auf ihn hervorbringen würden. Als ihm der König in einem Augenblicke sehr übler Laune sagte, es gebe Fälle, in denen man auch eine Schlacht wagen müsse, erwiederte ihm Wessenberg, dieß sei unendlich gefährlich, wenn man nicht auch eine zweite zu liefern im Stande sei. Und als Wessenberg ihm darthat, daß eine von seiner Seite ausgehende Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen die Belgier ihn offenbar auch in solche wider Frankreich verwickeln würde, schien König Wilhelm sich der Richtigkeit dieser Ansicht nicht ganz zu verschließen. Aber in Folge des ihm eigenen Starrsinns und nicht zum geringsten Theile auch des herausfordernden Tones, in welchem inmitten des belgischen Nationalcongresses von sehr hervorragenden Persönlichkeiten, insbesondere von dem damaligen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Lebeau, von Holland und seinen Begehren, deren doch so manche keineswegs ganz ungerechtfertigt waren, gesprochen wurde, gewannen seine früheren Gedanken neuerdings die Oberhand in ihm.

Hiezu kam noch, daß, als Prinz Leopold, ohne die Zustimmung des Königs der Niederlande zu den Beschlüssen der Londoner Conferenz abzuwarten, die belgische Königskrone förmlich annahm und sich zur Abreise nach Brüssel anschickte, König Wilhelm dieß als eine ihm widerfahrende persönliche Beleidigung ansah. Er könne ihn von nun an, ließ er erklären, nur mehr als seinen Feind betrachten. Und deutlich genug wurde seine Absicht zu verstehen gegeben, diese Feindschaft mit den Waffen in der Hand zum Ausdrucke zu bringen.

Nach London zurückgekehrt, fand Wessenberg dort eine inzwischen eingetroffene Depesche aus Wien vor,[1]) in welcher es, wenn auch

[1]) Metternich an Esterhazy, 6. Juli 1831.

nicht gerade in verletzender Form, doch gerügt wurde, daß er die ihm von der Conferenz übertragene Mission nach dem Haag auf sich genommen habe. Wessenberg sah sich hiedurch veranlaßt, seiner Regierung neuerdings die Beweggründe darzulegen, die ihn hiezu vermocht hatten.[1]) Und selbst wer ihnen vielleicht nicht in Allem und Jedem beistimmte, mußte doch zugeben, daß seine hiebei befolgte Handlungsweise nur ein neuer Beweis seiner selbstlosen und eifervollen Bestrebungen für eine möglichst befriedigende Beilegung der ganzen Streitsache war.

Mehr Anerkennung als bei seiner eigenen Regierung fand Wessenberg im Schoße der Conferenz, als er ihr Rechenschaft ablegte über seine Mission nach dem Haag. An seinen Bericht knüpfte er einen Vorschlag, dessen Beurtheilung er ihr anheimgab. Das einzige Mittel zur Herbeiführung friedlicher Beziehungen zwischen Holland und Belgien bestehe, erklärte er ihr, in der Zustandebringung eines definitiven Vertrages zwischen diesen zwei Ländern. Ihre Regierungen wären daher zur Ernennung von Bevollmächtigten aufzufordern, welche hierüber in London unter der Mitwirkung der Conferenz zu unterhandeln hätten. Denn bei der Feindseligkeit, welche jetzt noch zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen herrsche, wäre zu besorgen, daß sie ohne eine solche Vermittlung niemals zu einer Einigung gelangen würden. Und außerdem kämen bei einer derartigen Verhandlung so viele allgemein europäische Interessen ins Spiel, daß man sie unmöglich jeder Einwirkung der Großmächte zu entziehen vermöchte. Einstimmig nahm die Conferenz diesen Antrag an und allsogleich erließ sie die erforderlichen Aufforderungsschreiben an die Regierungen im Haag und in Brüssel.[2]) Esterhazy aber trat bei dem Wiener Hofe mit Eifer für den Vorschlag Wessenbergs ein, und er ließ diesen Anlaß nicht vorübergehen, ohne dessen Beweggründe, die ihn bestimmt hatten, sich der so undankbaren und dornenvollen Mission nach dem Haag zu unterziehen, mit Wärme zu loben. Er theile, bemerkte er ausdrücklich, die Verantwortung für diesen mit seiner Zustimmung unternommenen Schritt, der hauptsächlich in der Absicht geschehen sei, den unberechenbaren Folgen vorzubeugen, welche eine Schilderhebung des Königs der Niederlande ohne Zweifel hätte nach sich ziehen müssen.[3])

[1]) An Metternich, 23. Juli.

[2]) Esterhazy und Wessenberg, 25. Juli.

[3]) Esterhazy an Metternich, 26. Juli.

In dem Augenblicke, in welchem Esterhazy ein etwaiges bewaffnetes Einschreiten des Königs von Holland eine verhängnißvolle und daher durchaus zu vermeidende Maßregel nannte, hatte sich derselbe schon hiezu entschlossen. Er sandte zwar einen seiner beiden bisherigen Repräsentanten in England, den Baron van Zuylen, welcher Wessenberg nach dem Haag gefolgt war, mit dem Auftrage nach London zurück, unter den Auspizien der dortigen Conferenz über den definitiven Separationsvertrag zu unterhandeln. Aber er beabsichtige, ließ er gleichzeitig erklären, diesen Verhandlungen durch die Gewalt der Waffen verstärkten Nachdruck zu verleihen. Eine Rückeroberung Belgiens werde von ihm keineswegs beabsichtigt und er sei gesonnen, die Feindseligkeiten zu beenden, sobald er für Holland diejenigen Friedensbedingungen erkämpft haben werde, denen die Großmächte bereits ihre Zustimmung ertheilt hätten.[1])

Die Haltung, welche die Belgier dem energischen Auftreten des Königs Wilhelm gegenüber einnahmen, stand mit den großsprecherischen Reden, die bis dahin in ihrem Nationalcongresse geführt worden waren, nur wenig im Einklang. Von ihrer so oft gepriesenen Tapferkeit und ihrer eigenen Stärke schienen sie selbst nicht viel zu erwarten, und es war fast die erste Regierungshandlung des neuen Königs, daß er sich um Hilfe flehend an die Westmächte wandte. Von französischer Seite wurde ihm denn auch sogleich der Einmarsch von Truppen in sein Gebiet versprochen. Sie würden jedoch dasselbe, setzte man hinzu, alsbald wieder verlassen, wenn nur auch von Seite der holländischen Streitkräfte ein Gleiches geschähe. Und England sandte den Admiral Codrington mit einer Flotte nach den holländischen Dünen.

Gleich Esterhazy erblickte auch Wessenberg in dem Entschlusse König Wilhelms eine bedauerliche Uebereilung, und mit einer Schärfe, welche die starren Anhänger des Legitimitätsprinzipes in Wien gewiß nicht sympathisch berühren mochte, sprach er die Erwartung aus, derselbe werde endlich an der Grenze seiner Thorheiten und seiner Illusionen angelangt sein. Aber er fügte doch auch hiezu, die Haltung des neuen Königs der Belgier werde in England gleichfalls nicht als eine vertrauenerweckende betrachtet. Man sei vielmehr äußerst unzufrieden mit ihm und werde es ihm so leicht nicht verzeihen, daß er

[1]) Esterhazy und Wessenberg. London, 6. August.

den Beistand Frankreichs angerufen habe, ohne sich hiezu früher die Zustimmung Englands zu erbitten. „Die Franzosen," meint Wessenberg, „kommen als Befreier nicht billig zu stehen." [1])

Die Ereignisse in Belgien verliefen ganz in der Weise, welche Wessenberg vorhergesehen und vorausgesagt hatte. Mit Schreiben vom 1. August war von General Chassé, welcher die holländische Besatzung in der Citadelle von Antwerpen commandirte, dem Befehlshaber der belgischen Truppen in dieser Stadt die Eröffnung der Feindseligkeiten für den 4. August um halb zehn Uhr Abends angekündigt worden, und demgemäß wurde denn auch von Seite der Niederländer gehandelt. Mit Leichtigkeit zerstreuten ihre wohlgeschulten Truppen die undisciplinirten Milizen der Belgier, und nach dem Gefechte bei Hasselt wäre König Leopold selbst bald gefangen genommen worden. Aber in diesem Augenblicke der höchsten Gefahr war auch die französische Hilfe schon auf dem Platze. Während die Holländer von Norden her in Belgien vordrangen, rückte Marschall Gérard mit vierzigtausend Mann vom Süden aus in das Land. Selbstverständlich stieß er nirgends auf Widerstand, ja die Holländer räumten sogar auf die erste Aufforderung der Franzosen das von ihnen besetzte belgische Gebiet. Und auch Ludwig Philipp zog seine Truppen, wenngleich zu deren großem Verdrusse, da sie ebenso wie die Bevölkerung von Paris nach Kriegsruhm wie nach Gebietsvergrößerung für Frankreich lechzten, zwar langsam und widerwillig, aber schließlich doch innerhalb der französischen Grenzen zurück.

Durch diesen Verlauf der Dinge erhielt das Auftreten des Königs von Holland eigentlich den Charakter einer bloßen Demonstration, von welcher für den ersten Augenblick wenigstens greifbare Folgen sich nicht wahrnehmen ließen. Aber ganz blieben dieselben dennoch nicht aus, und sie bestanden zunächst darin, daß die Sache des Königs in Folge seines entschlossenen Eingreifens und der Tapferkeit seiner Truppen an allgemeinen Sympathien nicht wenig gewann, die der Belgier aber, deren politisches und militärisches Verfahren durchaus kein ruhmwürdiges gewesen, an solchen ebensoviel verlor. Insbesondere die Höfe der Ostmächte waren es, an denen diese Stimmung in unzweideutigster Weise sich kundgab. Am allerentschiedensten geschah solches von Seite des Kaisers von Rußland, der sein Be-

[1]) Wessenberg an Metternich, 8. Aug.

dauern, daß er in Folge des polnischen Aufstandes gehindert sei, dem König von Holland mit gewaffneter Hand zu Hilfe zu kommen, unverholen aussprach. Auch Friedrich Wilhelm ging das Schicksal seines oranischen Schwagers gewaltig zu Herzen, und in Wien stimmte man gleichfalls der Anklage nicht bei, welche Wessenberg gegen König Wilhelm erhob, sondern bezeichnete dessen Schritt als einen Akt der Verzweiflung, der wenigstens die günstige Wirkung nach sich ziehen werde, die ganze Angelegenheit rasch zu beenden.[1]) Ja sogar die englische Regierung, deren Vorsitzender, Lord Grey, Anfangs das Auftreten Frankreichs vollständig gebilligt hatte,[2]) kam allmälig, von der in England so mächtigen öffentlichen Meinung hiezu gedrängt,[3]) von dieser Anschauung zurück und näherte sich wieder den Vertretern der Ostmächte. Sie trug hiedurch nicht wenig dazu bei, daß Frankreich in der Besorgniß, sich vollständig zu isoliren, die Räumung Belgiens, wenngleich nur saumselig vollzog. In dieser Fügsamkeit Ludwig Philipps erblickt Wessenberg einen neuen Triumph der Londoner Conferenz, welche den Franzosen sogar Tag und Stunde des Abmarsches vorgeschrieben habe. „Damals," sagt er hierüber, „in jenem für die Ruhe der Völker entscheidenden Augenblicke übte die Conferenz eine Dictatur, welcher das geängstigte Europa gerne huldigte, von der übrigens dieselbe nur im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit Gebrauch machte, ein Verdienst, das man jetzt vielleicht vergaß, aber Niemand ihr wird streitig machen können."[4])

Trotz dem Rückmarsche der Franzosen ging jedoch Metternichs Vorhersagung, das entschiedene Auftreten des Königs von Holland werde die ganze belgische Angelegenheit binnen kurzem ihrer Beendigung zuführen, nicht in Erfüllung. Um darauf auch ihrerseits hinzuwirken, konnte die Londoner Conferenz kaum etwas anderes thun, als ihre Verhandlungen dort wieder beginnen, wo sie durch die Eröffnung der Feindseligkeiten unterbrochen worden waren. Sie nahm daher Wessenbergs Vorschlag der Zustandebringung eines Vertrages zwischen Holland und Belgien, durch welchen alle Streitpunkte zwischen diesen zwei Ländern definitiv geschlichtet werden sollten, neuerdings auf. Bekanntlich hatte König Wilhelm seine Bereitwilligkeit hiezu erklärt,

---

[1]) Metternich an Esterhazy, 24. August 1831.

[2]) Esterhazy an Metternich, 9. August.

[3]) Esterhazy und Wessenberg, 20. August.

[4]) Die Conferenz in London. Denkschrift Wessenbergs.

während von belgischer Seite eine recht hochfahrende Antwort ertheilt worden war. Man werde dort niemals, so hatte sie gelautet, an derartigen Verhandlungen Theil nehmen, ehe nicht der König von Holland den in den achtzehn Artikeln enthaltenen Bestimmungen beigetreten sei. [1])

Die letzten Ereignisse und der für die Belgier so beschämende Umstand, daß sie während derselben nur schlecht ihre Probe bestanden hatten, nöthigten sie, recht viel Wasser in ihren Wein zu gießen. Auch die Einwirkung des neuen englischen Gesandten in Brüssel, der dort Ponsonby ersetzt hatte, machte sich hierin geltend. Es war dieß Sir Robert Adair, jener ausgezeichnete und vielerfahrene Diplomat, welcher zu der Zeit, von der jetzt die Rede ist, schon der Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres nahe gerückt war. Vor fast drei Jahrzehnten, 1805 und 1806 hatte er seine Regierung am Wiener Hofe vertreten und das beste Andenken daselbst hinterlassen. Die Heranziehung dieses Staatsmannes zur Theilnahme an den Geschäften konnte daher die österreichischen Bevollmächtigten nur angenehm berühren und sie mochten auch seinen Einfluß, den er insbesondere auf König Leopold ausübte, darin erkennen, daß von nun an belgischer Seits eine vernünftigere und den thatsächlichen Verhältnissen angemessenere Sprache geführt wurde.

Ihr Dolmetsch bei der Londoner Conferenz war jetzt der neu ernannte belgische Gesandte am Hofe von St. James, Herr Sylvain van de Weyer. Er war nicht zum ersten Male in London, als er aus Anlaß dieser Mission sich daselbst einfand. Schon Anfangs November 1830 war er dort als Mitglied der provisorischen Regierung Belgiens erschienen, um im Namen derselben über den Verlauf der Revolution und insbesondere über deren Zielpunkte Aufklärung zu geben. Und als der damals in London befindliche Prinz von Oranien ihn zu sprechen verlangte, weigerte er sich nicht, bei ihm zu erscheinen. Aber er benützte diesen Anlaß, um ihm freimüthig zu erklären, für das Nassauische Fürstenhaus sei jede Hoffnung erloschen, in dem von Holland für alle Zukunft getrennten Belgien jemals wieder zu regieren.

Um die Jahreswende war van de Weyer, der inzwischen von der Stadt Brüssel zum Mitgliede des Nationalcongresses gewählt

---

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 6. August.

und von diesem zum Präsidenten des von ihm eingesetzten diplomatischen Comité's ernannt worden war, und zwar dießmal mit einer Deputation neuerdings nach London gekommen. Sie war beauftragt, mit der dortigen Regierung und der Conferenz eine Verständigung über die Wahl des in Belgien einzusetzenden Staatsoberhauptes und über das herbeizuführen, was sich auf die politischen und die Territorialverhältnisse sowie auf die commerziellen Interessen des jungen Staates bezog.

Bei diesem Anlasse traf Wessenberg zum ersten Male mit van de Weyer zusammen. Vorurtheilsfrei wie er war, nahm er keinen Anstand daran, daß der blutjunge Mann, der noch vor ganz kurzer Zeit sich in sehr kleinen Lebensverhältnissen befunden und die Stelle eines Bibliothekars der Stadt Brüssel innegehabt hatte, nun plötzlich durch die Revolution und seine seltene Begabung bis zu der hervorragenden Stellung eines Mitgliedes der eigenen Landesregierung emporgehoben worden war. Der kleine, bewegliche, geistsprühende, noch nicht dreißigjährige Mann gefiel ihm, er rühmt sein Talent, nennt ihn einen Schönredner und sagt von ihm, er sei der einzige Mann von Bedeutung in der Deputation und ihre eigentliche Triebfeder zu nennen. [1])

Nicht so leicht wie Wessenberg, fügten die übrigen Diplomaten in London sich in die Nothwendigkeit, nunmehr mit einem Emporkömmling wie van de Weyer als mit einem ihnen Gleichen verkehren zu müssen. Besonders schwer fiel dieß dem niederländischen Gesandten Falck, der, obgleich sonst ein Mann von ganz ungewöhnlicher Befähigung und ausgezeichnetem Charakter, [2]) es doch recht bitter empfand, mit van de Weyer, dem er erst vor zwei Jahren zu dem Posten eines Unterbibliothekars verholfen, jetzt als College auf gleicher Rangstufe zu stehen.

Wie dem aber auch sein mochte, die Heranziehung Belgiens zu den Verhandlungen über den mit Holland abzuschließenden Vertrag verstärkte mindestens die Hoffnung, daß dieselben nicht ganz ohne Erfolg bleiben würden. Die hiezu nöthigen Ausarbeitungen wurden von Wessenberg zum Theile mit Beihilfe des Grafen Matusiewicz,

---

[1]) Wessenbergs Tagebuch, 9. Januar 1831. Cahier 49.

[2]) Esterhazy, 9. Aug. M. Falck, qui des deux Plénipotentiaires de S. M. Néerlandaise est sans contredit le plus capable, le plus expérimenté et le plus éclairé. . . . .

in weit größerem Maße aber allein geliefert. Wie vor fast zwei Jahrzehnten zur Zeit des Wiener Congresses, so gehörte er auch jetzt wieder, ohne daß nach Außen hin viel davon verlautet hätte, zu den meistbeschäftigten Mitgliedern der Versammlung. Am 13. September übersandten Esterhazy und er ihrem Hofe eine von Wessenberg und Matusiewicz verfaßte, von der Conferenz gutgeheißene Denkschrift über den ferner zu verfolgenden Weg, um durch gegenseitige Nachgiebigkeit der zwei streitenden Theile zu einem für Beide nicht unbefriedigenden Ausgleiche zu gelangen. Und von der Hoffnung ausgehend, daß die Conferenz bald im Stande sein werde, ihre Aufgabe zu beenden, entwarf Wessenberg auch schon eine Schlußacte, mit welcher nach seiner Ansicht ihre Thätigkeit beendigt werden könnte. Aber indem sie die Erklärung abgaben, daß diese Entwürfe bereits von den Bevollmächtigten der Ostmächte und Englands gebilligt worden seien, vermochten doch Esterhazy und Wessenberg ihre Besorgniß nicht zu verschweigen, die Sache könnte noch im letzten Augenblicke an dem Widerstande König Wilhelms scheitern. Durch seine vor kurzem so leicht errungenen Erfolge ermuthigt und von dem Gedanken durchdrungen, Krieg und Frieden lägen nur in seiner Hand, endlich durch die letzten Ereignisse noch mehr erbittert, als er dieß schon früher gewesen, scheine er jetzt Begehren stellen zu wollen, durch welche seine schon früher gemachten Zugeständnisse wenigstens zum Theile wieder zurückgenommen werden würden.[1])

Zu ihrem nicht geringen Leidwesen mußten jedoch die beiden österreichischen Conferenzmitglieder bald gewahr werden, daß auch von belgischer Seite kaum mehr Nachgiebigkeit als von holländischer zu erwarten sei. König Leopold, der es nach keiner Seite hin verderben wollte, verhielt sich möglichst passiv und ließ den ihn umgebenden Belgiern, unter denen Herr Charles de Brouckere besonders hervorragte, so ziemlich freie Hand. Diese aber steiften sich auf die Unterstützung Frankreichs, so daß Esterhazy und Wessenberg zu der Ansicht gelangten, man müsse ein noch innigeres Einvernehmen der Ostmächte mit England herzustellen suchen. Durch dessen Vermittlung allein könnte Frankreich dazu gebracht werden, auf Belgien im Sinne größerer Nachgiebigkeit zu wirken.[2])

---

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 13. Sept.

[2]) Esterhazy und Wessenberg, 24. Sept. 1831.

Trotz diesen nicht gerade erfreulichen Aussichten arbeitete doch Wessenberg in dem ihm übertragenen Geschäftskreise unverdrossen fort. Mit verdoppelter Selbstaufopferung geschah dieß, denn seine völlig zerrüttete Gesundheit machte ihm so andauernde geistige und körperliche Anstrengungen schwer; andererseits aber wurde auch die Lust zu denselben durch die Vermuthung verringert, in Wien sei man mit der Haltung der Conferenz nicht zufrieden. Mit gewohnter Offenheit sprach er hierüber in einem Briefe sich aus, den er am 10. October mit eigener Hand an den Fürsten Metternich schrieb. „Aus Ihren letzten Depeschen ersehe ich," heißt es darin, „daß die Conferenz neuerdings in Ihrer Meinung nicht wenig verlor. Ich begreife, daß Sie bis jetzt von dem Resultate ihrer Arbeiten nicht sehr erbaut sein konnten, aber ich bin darum doch nicht weniger gewiß, daß Sie unserer Lage und unseren Verlegenheiten Rechnung tragen, schließlich aber äußerst nachsichtig für uns sein werden, wenn es uns gelang, den Frieden ohne Schädigung der Vertheidigungslinie für Deutschland und mit gleichzeitiger Stärkung der Stellung Hollands an der Maas aufrecht zu erhalten. Es lag nicht an uns, die belgische Revolution unterliegen zu machen, denn allzusehr hatte sie gewonnenes Spiel mit solchen Stützpunkten wie Frankreich, und ich erröthe es zu sagen, auch England ihr darboten. Dennoch haben wir das Aeußerste gethan, um ihren Triumph zu verringern, und Sie können stolz sein auf die Sprache, welche wir hierüber sowohl in der Conferenz als insbesondere den englischen Ministern gegenüber führten. Niemals erkannten wir dem Aufstande auch nur das geringste Recht zu und niemals verleugneten wir das monarchische Prinzip. Der Kaiser kann über unsere Haltung beruhigt sein, und ich wage es zu glauben, daß wir uns seines Vertrauens nicht unwürdig machten. Uebrigens kann ich Sie versichern, daß das uns übertragene Geschäft ein wirklich furchtbares war. In einem unablässigen Kampfe bestand es, und gegen wen? Gegen diejenigen, welche die Ersten berufen gewesen wären, uns zu unterstützen. Ich war nicht darauf gefaßt, mich einer Regierung gegenüber zu befinden, welche aus nicht weniger als dreizehn Ministern besteht, von denen keiner jemals an irgend einer Vertragsverhandlung Theil nahm, und von welchen die Einflußreicheren einen ausgesprochenen Widerwillen gegen die von ihren Vorgängern abgeschlossenen Tractate mit in ihr Amt brachten. Es handelte sich vor Allem darum, dem öffentlichen

Rechte jenes Ansehen wieder zu gewinnen, das es bisher in der europäischen Gesellschaft genoß."

An eine drastische Schilderung des trostlosen Zustandes seiner Gesundheit, ja seiner völligen Erschöpfung knüpft Wessenberg die dringende Bitte, es möge ihm vergönnt sein, sich wenigstens einige Zeit hindurch von der Ueberanstrengung, die ihm auferlegt war, und den schädlichen Einwirkungen des englischen Clima's in der stärkenden Luft des Continentes zu erholen. „Die wahrhaft brüderliche Fürsorge des Fürsten Paul," mit diesen Worten schließt er sein Schreiben, „war es allein, die meine Leiden ein klein wenig milderte."

Leider wurde es mit Wessenbergs Gesundheitszustand immer schlechter, und es blieb, um die Verhandlungen über die von ihm und Matusiewicz ausgearbeiteten Entwürfe zu dem zwischen Holland und Belgien abzuschließenden Vertrage nicht allzusehr zu verzögern, nichts übrig, als daß die Mitglieder der Conferenz in seiner Wohnung zusammentraten. Indem Wessenberg dieß dem Fürsten Metternich anzeigt und ihn neuerdings dringend um Urlaubsbewilligung bittet, fügt er über seine und Esterhazy's Haltung noch hinzu: „Sie können überzeugt sein, daß wir nichts außer Acht ließen, um zu einer auf der Grundlage der Billigkeit beruhenden Uebereinkunft zu gelangen. Wenn mir einiges Verdienst hieran gebührt, so besteht es darin, daß ich in Bezug auf die aufrecht zu erhaltenden Grundsätze unerschütterlich blieb und Lord Palmerston, welcher wegen der geringfügigsten Details von seinen Collegen gequält wird, wenigstens in der letzten Zeit einigen Muth einzuflößen wußte. Esterhazy hielt sich bei jeder Gelegenheit ganz unübertrefflich, und mehr als ein Mal trug er durch seine gewinnenden Manieren zur Beschwichtigung der Aufregung bei, welche von Zeit zu Zeit durch die lebhafte Erörterung der Streitfragen herbeigeführt worden war." [1])

An demselben Tage, an welchem Wessenberg dieß an Metternich schrieb, konnten er und Esterhazy ihrer Regierung anzeigen, daß die Conferenz sich über die Bedingungen geeinigt habe, unter denen der Vertrag über die völlige Trennung Belgiens von Holland zu Stande gebracht werden sollte. Und drei Tage später legten sie die aus vierundzwanzig Artikeln bestehende Vereinbarung hierüber vor. Insbesondere waren es die Grenzlinie zwischen den zwei Ländern und die

[1]) Wessenberg an Metternich 15. Oct. Eigenh.

Art der Theilung der Staatsschuld, über die sich darin genaue Festsetzungen fanden, welche wenigstens Esterhazy und Wessenberg als durchaus zum Vortheile Hollands gereichend bezeichneten. Die verabredeten Bestimmungen seien, erklärten sie, von der Conferenz nach reiflicher Prüfung als „gerecht, billig und nothwendig" erkannt worden. Man habe sich bemüht, gegen beide Theile gleich unparteiisch zu sein, und sie aufgefordert, sich möglichst bald zur Zustimmung bereit zu erklären. Die vollständige Einigkeit zwischen den Vertretern der drei Ostmächte, setzten die beiden Berichterstatter hinzu, und ihre Standhaftigkeit in der Aufrechthaltung des auf den Verträgen fußenden Rechtes, insofern demselben überhaupt nicht durch die Lostrennung Belgiens von Holland Eintrag geschehe, sei nicht ohne günstige Wirkung geblieben. Aber sie müßten auch der ungemein versöhnlichen Haltung Palmerstons, sowie dem Eifer Gerechtigkeit widerfahren lassen, mit welchem Talleyrand bestrebt war, gar manches von seiner Regierung erhobene Hinderniß aus dem Wege zu räumen. Nachdem er einmal jede Hoffnung verloren, daß England für den Plan einer Theilung Belgiens zu gewinnen sei, habe Talleyrand dem Zustandekommen einer Vereinbarung durchaus keine Schwierigkeit mehr in den Weg gelegt, sondern es nach Kräften zu erleichtern gesucht.[1])

Nicht mit ganz so günstigem Auge wie Esterhazy und Wessenberg sah Metternich das von der Londoner Conferenz erzielte Resultat an. Zunächst nannte er es einen Fehler, daß von allem Anfang an Preußen sich dem belgischen Aufstande gegenüber nicht energisch genug benommen habe. Hätte es dieß gethan, so würde derselbe ein ebenso schmähliches Ende gefunden haben, meinte er, wie die gleichzeitigen revolutionären Bewegungen in Italien.

Noch lebhafter tadelt es Metternich, daß die Conferenz, statt auf dem von König Wilhelm acceptirten Inhalte der Protokolle vom 20. und 27. Januar unerschütterlich zu beharren, an seinem unbestreitbaren Rechte auf den Besitz des Großherzogthums Luxemburg nicht entschieden genug festgehalten habe. Aber er gibt doch auch wieder zu, daß seit dem Einmarsche der holländischen Truppen die Haltung der Conferenz eine wesentlich andere geworden sei. Nicht zum geringsten Theile schreibt er dieß den wichtigen Diensten, welche die österreichischen Bevollmächtigten der Sache des guten Rechtes

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 18. October 1831.

erwiesen, und insbesondere den außerordentlichen Leistungen Wessenbergs für die Ausarbeitung einer Schlußacte zu. „Dieses Werk," schreibt Metternich am 15. November an Esterhazy, „welches eine Menge ganz ungeheurer Schwierigkeiten darbot, wurde mit großem diplomatischen Talent durchgeführt, und wir haben darin den Schatz von Kenntnissen wieder erkannt, welche Freiherr von Wessenberg glücklicher Weise besitzt und die der englischen wie der französischen Regierung gleichmäßig mangeln. Ohne sie aber hätten sich dieselben in der Unmöglichkeit befunden, eine so verwickelte Angelegenheit zu einer der Billigkeit entsprechenden Lösung zu bringen."

In einem Privatschreiben an Wessenberg vom gleichen Tage bemühte sich Metternich neuerdings, demselben den Eindruck zu benehmen, als ob man in Wien mit seiner Haltung nicht vollkommen zufrieden sei. Er möge darüber, so schrieb er ihm, ganz beruhigt sein. Man sei am Kaiserhofe vor Allem gerecht und lege niemals Jemand irgend etwas zur Last, woran er nicht Schuld trage. Man anerkenne vielmehr, daß Wessenberg durch seine gediegenen Kenntnisse und durch seine erprobte Geübtheit in solchen Geschäften große Dienste geleistet habe. Aber er selbst müsse zugeben, daß das erreichte Ergebniß nur vergleichsweise ein erfreuliches sei, insofern es noch weit schlechter hätte ausfallen können. Dafür seien jedoch nicht er und Esterhazy, ja sogar nicht Talleyrand und Palmerston, sondern Frankreich und England, die Erbärmlichkeit des Einen und die Thorheit des Andern verantwortlich. Die einzelnen Menschen könnten ja nicht mehr thun, als die Wirkungen eines Uebels verringern, welches weit über ihre Machtsphäre hinausragt.

Er kenne, fügte Metternich hinzu, die Entschlüsse nicht, welche der König von Holland zu fassen im Begriff sei. Aber er betrachte die Sache als beendigt und sie sei an und für sich nichts als die Erhebung der Unordnung zum Grundsatze der Zukunft. Er besorge von Seite der Holländer Schwierigkeiten in Bezug auf die Schifffahrt im Innern. Und was endlich den neuen Grenzzug betreffe, so müsse er zugeben, daß derselbe für die Holländer ein möglichst günstiger sei.

Wo sogar Metternich in solchem Sinne sich aussprach, mußte es auf die Mitglieder der Conferenz um so befremdender wirken, daß während der König von Belgien den vier und zwanzig Artikeln trotz dem in seinem Lande sich regenden Widerspruche unbedingt zustimmte, König Wilhelm sie, obgleich von Seite seines Volkes keine

Einwendung gegen sie laut wurde, nicht annehmen zu wollen schien. Wie Esterhazy und Wessenberg nach Wien schrieben, war der König der einzige Mann in Holland, welcher Einsprache gegen sie erhob.[1]) Um diesen Widerstand zu beseitigen, wandte sich Wessenberg persönlich an des Königs Minister Verstolck, von dessen ihm wohlbekannten praktischen Sinne er hoffte, daß er den König umstimmen werde.[2]) Besorgte man ja doch in London, daß derselbe sich neuerdings, so wenig Nutzen er auch das erste Mal hieraus gezogen, mit dem Gedanken trage, zu Feindseligkeiten zu schreiten. Und um ihn durch eine wirksame Drohung hievon abzuhalten, erließ die englische Regierung im Einvernehmen mit den Mitgliedern der Conferenz die erforderlichen Befehle an den Commandanten ihrer Flotte.

Aber weder diese Maßregel noch Wessenbergs Vorstellungen hatten wenigstens vor der Hand den gewünschten Erfolg. Bei dieser Zögerung des Königs von Holland hielten es die Mitglieder der Conferenz für recht und billig, wenigstens Belgien gegenüber die Sache ins Reine zu bringen und mit diesem Staate einen Vertrag zu schließen, welchen sie denn auch am 15., oder eigentlich zwei Stunden nach Ablauf dieses Tages, am 16. November um zwei Uhr Morgens unterschrieben. Den Randbemerkungen, mit denen Metternich den hierauf bezüglichen Bericht [3]) Esterhazy's und Wessenbergs versah, entnimmt man jedoch, daß er jetzt die ihnen kurz zuvor ertheilte Belobung wieder bereute. Allzeit sei nur, sagte er darin, von einem Vertragsschlusse zwischen den zwei streitenden Theilen und niemals von einem solchen zwischen ihnen und den Vermittlern die Rede gewesen. Aber wir finden doch nicht, daß er diese und die übrigen in großer Anzahl vorhandenen mißbilligenden Bemerkungen wenigstens damals schon den österreichischen Bevollmächtigten mitgetheilt hätte. Wahrscheinlich in der Absicht unterließ er dieß, sie bei der Erfüllung ihrer ohnehin so äußerst schwierigen Aufgabe nicht zu entmuthigen. Auch mochte er wohl nicht so bald schon in Gegensatz zu seinen eigenen Aussprüchen treten. Sowohl Esterhazy als Wessenberg hatten sie zu großer Genugthuung gereicht, und insbesondere war es der Letztere, welcher unermüdlich fortfuhr in seinen Bemühungen, den König Wilhelm zu größerer Nachgiebigkeit zu be-

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 25. October 1831.

[2]) Wessenberg an Verstolck, 26. October.

[3]) Vom 16. November.

wegen. Aber die in diesem Sinne unternommenen Schritte blieben wenigstens vor der Hand ganz ohne Erfolg. Zwei Monate waren unbenutzt verflossen und noch immer keine entscheidenden Erklärungen des Königs der Niederlande über seine Annahme oder Ablehnung der vierundzwanzig Artikel eingelangt. Als dieß endlich, und zwar in der Hälfte des December geschah, da lautete ihr Inhalt so durchaus unbefriedigend, daß er einer förmlichen Weigerung glich. In der Erbitterung hierüber und in der Absicht, einen Druck auf den König auszuüben, beschloß die Conferenz, indem sie die Verhandlungen mit seiner Regierung fortsetzte, sich zur Auswechslung der Ratification des mit Belgien abgeschlossenen Vertrages bereit zu erklären.[1])

Die österreichischen Bevollmächtigten sowie ihre Collegen aus Rußland und Preußen wurden zu diesem Entschlusse offenbar durch den in ihren Augen so schwerwiegenden Beweggrund bestimmt, auch hinsichtlich dieses Punktes die Einigkeit der Conferenz aufrecht zu erhalten und sich insbesondere nur ja nicht von der englischen Regierung zu trennen, welche hiedurch veranlaßt werden könnte, statt auch künftighin mit ihnen gemeinsam, von nun an mit dem Vertreter Frankreichs die gleichen Wege zu gehen. Darum beeilte sich auch Wessenberg, die an ihn gerichtete Bitte Palmerstons zu erfüllen und die Denkschrift zu entwerfen, durch welche man den erneuerten Versuch machte, den König von Holland zu bestimmen, seine bisherigen Bedenken fallen zu lassen.[2])

Wie bei den österreichischen Mitgliedern der Conferenz die Rücksicht auf England, so stand jedoch bei dem Wiener Hofe diejenige auf Rußland in vorderster Reihe. Bei dem überlangen Zeitraume, dessen damals ein Sendbote zur Zurücklegung der ungeheuren Entfernung zwischen London und St. Petersburg bedurfte, kam erst in den letzten Decembertagen die Erklärung des Kaisers Nikolaus nach England, er werde keinen Vertrag mit dem neuen Könige von Belgien eingehen, bevor derselbe nicht als solcher von Seite des Königs von Holland förmlich anerkannt sei. Auch an Schritten, durch welche dieser zur Annahme der vierundzwanzig Artikel genöthigt werden sollte, werde er sich niemals betheiligen. Auf eine Modification derselben in einer den Anschauungen des Königs Wilhelm entsprechen-

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 17. December 1831.

[2]) Wessenberg an Metternich, 20. December.

den Weise hinzuwirken, wurde den russischen Bevollmächtigten der Conferenz in den unzweideutigsten Ausdrücken befohlen.[1])

Nicht ganz so entschieden, aber doch in ähnlichem Sinne lautete das Rescript, welches Metternich am 27. December nach London abgehen ließ. Es war von einer Denkschrift über den mit Belgien abzuschließenden Vertrag begleitet, in welcher den Mitgliedern der Conferenz der Vorwurf gemacht wird, daß sie diesen Schritt ohne specielle Bevollmächtigung gethan, daß in ihm schon die nur den Monarchen selbst zustehende Anerkennung des neuen Königs der Belgier gelegen und daß endlich gar keine Rücksicht auf die noch fehlende Zustimmung des Königs von Holland genommen worden sei. Die Haltung der Bevollmächtigten in diesen Punkten erfährt daher auch einen ziemlich rückhaltlosen Tadel. Dennoch wird am Schlusse die Absicht kundgethan, die Ratification des Vertrages mit Belgien dann zu vollziehen, wenn auch von Seite Rußlands das Gleiche geschehe.[2])

„Ein am 27. von Wien abgeschickter Courier," schreibt Wessenberg elf Tage später in sein Tagebuch,[3]) „wäscht uns den Kopf für die Unterzeichnung des Vertrages vom 15. November, und kündigt den Wunsch unseres Hofes an, den Austausch der Ratificationen verzögert zu sehen. Alles dieß geschieht auf Anstiften Rußlands und aus Deferenz für dasselbe, während man doch den Kern des Vertrages gutheißt. Diese Neuigkeit erbittert das englische Cabinet und man sieht einen Zwiespalt zwischen den Nordmächten und denen des Westens voraus. Rußland hält den Augenblick für günstig, um ein neues Uebergewicht zu erlangen und wieder eine Coalition zu stiften, deren Oberhaupt es sein wird. Die angebliche revolutionäre Tendenz des Whigministeriums wird den Vorwand, und die vermeintlichen conservativen Doctrinen werden den Text dazu liefern!"

„Den Tag mit der Abfassung einer langen Denkschrift verbracht," heißt es einen Tag später in Wessenbergs Tagebuch, „um, wie es ja auch richtig ist, darzuthun, daß unsere Censoren Unrecht haben, und um all die Nachtheile zu schildern, welche eine von uns ge-

[1]) Esterhazy und Wessenberg, 26. Dec. 1831.

[2]) Metternichs Memorandum vom 4. Dec., seine Depesche an Apponyi in Paris vom 27. und die an Ficquelmont in S. Petersburg vom 29. Dec. 1831 sind abgedruckt in seinen hinterlassenen Papieren. V. 214—211.

[3]) 7. Januar 1832, Cahier 49.

schehende Weigerung, den in Frage stehenden Vertrag, dessen Grundlagen von allen Höfen gebilligt worden waren, zu unterzeichnen, hätte nach sich ziehen müssen. Diese Denkschrift, hauptsächlich zur Beruhigung unseres eigenen Gewissens und vielleicht ganz fruchtlos geschrieben, gibt wenigstens unserer Regierung Argumente an die Hand, deren sie sich gegen die Arglist des russischen Cabinetes bedienen kann."

Nach diesen Worten wird man Esterhazy kaum Unrecht thun, wenn man nicht ihn, sondern Wessenberg für den eigentlichen Verfasser der weitläufigen Auseinandersetzung hält, die von dem Fürsten allein unterzeichnet, in der Form eines vertraulichen Privatbriefes an Metternich abging. Aber freilich wird am Eingange dieses Schreibens der für Esterhazy so ungemein nutzbringenden Mitarbeiterschaft Wessenbergs in so lobenden Ausdrücken gedacht, daß wenigstens dieser Theil des Briefes von Esterhazy selbst herrühren muß.[1])

Wenn jedoch Wessenberg in seinen für Niemand als für ihn selbst bestimmten Aufzeichnungen dem Gedanken Ausdruck verleiht, der Kaiserhof könne sich der in der Denkschrift enthaltenen Darlegung als Waffe gegen die „Arglist" der russischen Regierung bedienen, so sollte er hierin baldigst eine gründliche Enttäuschung erfahren. Denn die nach Wien abgehende Denkschrift kreuzte sich unterwegs mit von dort nach London abgesendeten Depeschen, aus denen ganz unzweideutig das innige Einverständniß der Höfe von Wien und St. Petersburg in der belgischen Angelegenheit hervorleuchtet. Ja Metternich ging sogar so weit, daß er den österreichischen Bevollmächtigten vorschrieb, auch ihrerseits die Instructionen, welche den russischen Mitgliedern der Conferenz vorgezeichnet wurden, als eine von ihnen zu befolgende Richtschnur zu betrachten.

Hätten sie schon früher sich nicht zur Unterzeichnung eines Vertrages mit Belgien, einem Staate, der in Folge der noch nicht geschehenen Anerkennung seines Oberhauptes gar nicht als solcher betrachtet werden könne, herbeilassen sollen, so sei eine Ratificirung

---

[1]) Das Schreiben Esterhazy's an Metternich vom 8. Januar 1832 umfaßt nicht weniger als 65 Seiten, allerdings sehr kleinen Formates und ist mit großen, von zwei verschiedenen Secretären herrührenden Schriftzügen geschrieben. „Je me suis de tout temps félicité," heißt es darin, „de trouver dans M. de Wessenberg un collaborateur aussi zélé qu' éclairé et possédant une expérience peu commune en affaires."

dieses Vertrages vor Erfüllung der ganz unerläßlichen Vorbedingung hiezu vollends unmöglich. Diese bestünde in der Zustimmung des Königs der Niederlande zu den vier und zwanzig Artikeln, von der auch die Anerkennung des Prinzen Leopold von Coburg als König der Belgier abhänge. Den König Wilhelm zu dieser Zustimmung zu bewegen, müsse von sämmtlichen fünf Großmächten einmüthig angestrebt und ihm zu diesem Ende jede Erleichterung zugestanden werden, welche mit dem Hauptzwecke selbst nicht in Widerspruch stehe. [1])

Die Art und Weise, in der wenigstens Wessenberg die ihm und Esterhazy aus Wien zukommenden Aufträge beurtheilte, läßt sich am besten seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen entnehmen. „Einen Courier nach Wien geschickt," sagt er darin am 22. Januar, „um die Gefahren zu schildern, denen man sich preisgeben würde, wenn man den Frieden Europa's von der Willkür des Königs der Niederlande abhängig machen wollte. Er gleicht dem Schiffbrüchigen, der seinen Lebensretter anklagt, weil er ihm nicht auch seine von der See verschlungenen Habseligkeiten zurückgibt. Seine holländische Majestät scheint den Mächten keinen Dank dafür zu wissen, daß sie ihn im Jahre 1830 vor völligem Verderben gerettet, und er legt ihnen die Trennung Belgiens von Holland zur Last, welche einzig und allein sein eigenes Werk ist. Die Conferenz hegt die Ueberzeugung, daß sie ihre Aufgabe gewissenhaft und würdig erfüllte. Sie erwarb sich das Verdienst, einer Revolution Einhalt zu gebieten, welcher der König nicht vorzubeugen und die er nach ihrem Ausbruche nicht zu ersticken verstand. Sie erwarb sich ferner das Verdienst, daß Belgien nicht der Anarchie zur Beute, daß dort das monarchische Prinzip aufrechterhalten und dieses Land nicht mit Frankreich vereinigt, daß ihm vielmehr die Wohlthat der Neutralität zu Theil wurde. Sollte König Wilhelm wirklich vorziehen, ein republikanisches oder ein französisches Belgien als Nachbar zu haben? Und was die Legitimität angeht, die er anruft und dem Könige Leopold bestreitet, so sollte er doch den Ursprung seines eigenen Hauses nicht vergessen, welcher ja in nichts anderem wurzelt, als in dem Aufstande gegen den legitimen Gebieter der niederländischen Provinzen."

Auch in anderer Beziehung bieten Wessenbergs leider nur lückenhafte Eintragungen in sein Tagebuch doch zu viel des Bemerkens-

[1]) An Esterhazy, 7. und 8. Januar 1832.

werthen dar, als daß nicht noch einige Auszüge aus denselben hier willkommen sein dürften. „In der Pairskammer", schreibt er in dasselbe am 26. Januar, „einer Debatte über die belgischen Angelegenheiten beigewohnt, welche durch einen sehr heftigen Ausfall Aberdeens veranlaßt wurde. Ich überzeugte mich dabei, daß die Tories nicht die Männer sind, um das jetzige Whigministerium in einer auf die auswärtigen Geschäfte bezüglichen Frage zu stürzen. Lord Grey antwortete mit Würde, der Herzog von Wellington aber sprach mit völlig gebrochener Stimme und erhob nur eine äußerst schwache Opposition. In den parlamentarischen Kämpfen zählt er für nichts."

„Versammlung im auswärtigen Amte," heißt es in Wessenbergs Aufzeichnung vom 31. Januar, „von elf Uhr Abends bis drei Uhr Morgens; es gibt keine Gesundheit, welche einem solchen Frohndienst widerstünde; nur das Skelett Talleyrand, in ein Dutzend Westen gehüllt, verspürt davon nichts." In eine Apologie der Conferenz übergehend, sagt Wessenberg über sie, von allen Seiten sei sie zum Stichblatt recht erbitterten Tadels geworden. „Und worin bestehen," fährt er fort, „ihre Frevel? Inmitten der Stürme hat sie den Frieden aufrecht erhalten, die Unabhängigkeit Belgiens gegen die Begehrlichkeit der Franzosen gewahrt und die Zukunft dieses Landes durch die Neutralität sichergestellt, die sie für dasselbe erwirkte. Die Mitglieder der Conferenz wollten nicht, daß aus ihren Protokollen ein neues Chaos hervorgehe. Weder durch die Schmähreden des belgischen Nationalcongresses, noch durch die üble Laune und den Starrsinn des Königs Wilhelm ließen sie sich einschüchtern, ruhig verfolgten sie ihren Weg durch die Bannstrahlen der Revolution und das Getriebe der Leidenschaften. Ihre Einigkeit machte sie stark und durch sie schufen sie sich eine Macht, welche kraftvoller als die Hindernisse war, die vor ihnen sich aufhäuften. In Wahrheit zeigten sie sich als die „Impavidi" des Horaz, welche sich vor den Ruinen nicht fürchteten, die unter ihren Schritten zusammenbrachen. Voll Selbstvertrauen dürfen sie daher vor der öffentlichen Meinung Europa's erscheinen. Was sie jedoch persönlich vielleicht am meisten zu scheuen haben, das ist die Eifersucht der Cabinete, welche ihre Bevollmächtigten aus Mangel an Instructionen nach eigenem Antriebe handeln sehen. Ich weiß nicht mehr, welchen General der Senat von Venedig zum Tode verurtheilte, weil er ohne seine Erlaubniß eine Schlacht gewann."

VIII.

Zwiespalt mit Metternich.

Wessenbergs trübe Betrachtungen waren wohl zunächst durch die Sitzung der Conferenz vom 31. Januar 1832 hervorgerufen worden. In derselben tauschten die Bevollmächtigten Englands und Frankreichs mit denen Belgiens die Ratificationen aus, durch welche ihre Regierungen den Vertrag von 15. November als für sie rechtskräftig erklärten. Um jedoch durch diesen einseitigen Vorgang nicht die bisherige Einmüthigkeit der Conferenz zu gefährden, ja sie sogar als eine schon gescheiterte hinzustellen, wurde in Gemäßheit eines von den Vertretern der Ostmächte ausgehenden Vorschlages denselben das Protokoll zu späterer Eintragung der Ratificirung offen gehalten. Wessenberg betrachtete dieses Ergebniß als einen glücklichen Erfolg, von dem er freilich nicht wußte, ob auch der Wiener Hof es als einen solchen anerkennen werde.

Die sorgenvolle Stimmung, in welche Wessenberg durch den Zwiespalt seiner eigenen Ueberzeugungen mit den Ansichten seiner Regierung versetzt wurde, erfuhr dadurch noch eine Steigerung, daß sich seine Hauptstütze bei ihr, Fürst Esterhazy, in der ersten Hälfte des Februar 1832 für längere Zeit aus London entfernte. „Derselbe verfügt sich," schrieb Wessenberg in sein Tagebuch, „nach Wien, um einen Blick auf die Trümmer des ungeheuren Vermögens zu werfen, welches sein Vater die Mittel gefunden hat zu vergeuden. Er war ein vortrefflicher Mann, aber ein grenzenloser Verschwender. Trotz einem Einkommen von zwölfmalhunderttausend Gulden in Silber hinterließ er über ein und zwanzig Millionen Schulden."

Wessenberg mochte Esterhazy's Entfernung aus London um so schmerzlicher empfinden, als Freiherr Philipp von Neumann, der in der Eigenschaft eines Geschäftsträgers an dessen Stelle trat, wohl in

keiner Beziehung der geeignete Mann war, um ihm Esterhazy zu ersetzen. Der Sohn eines kaiserlichen Hoffouriers, war Neumann aus geringen Lebensverhältnissen emporgekommen, und er kannte, nachdem er einmal Aufnahme in den diplomatischen Dienst gefunden, kein brennenderes Verlangen, als in demselben eine möglichst hohe Rangstufe zu erklimmen. Das sicherste Mittel hiezu bestand neben seiner unbestreitbaren Begabung und dem unermüdlichen Fleiße, den er besaß, doch auch darin, daß er in Allem und Jedem sich zu Metternichs Anschauungen bekannte und einer selbstständigen Auffassung schon von vorneherein entsagte, dadurch aber sich dessen unbedingtes Wohlgefallen zu erwerben und zu erhalten verstand. Bringt man außerdem in Anschlag, daß Neumann, wie dieß ja von so vielen in gleicher Lage Befindlichen immer wieder geschieht, Alles that, um in den diplomatischen Kreisen, in denen er sich zu bewegen berufen war, seine geringe Herkunft vergessen zu machen, wie er denn auch in dieser Absicht schon in reiferen Jahren eine vornehme englische Heirat[1]) einging, so kann man wohl denken, daß er gerade kein Mann nach dem Herzen Wessenbergs war. Er wird daher auch in dessen Tagebuch mit keinem Worte, und zwar weder im guten noch im bösen Sinne erwähnt.

Welche Haltung Neumann in der Conferenz einnehmen werde, geht schon aus den ersten Worten hervor, mit denen er dem Fürsten Metternich für den Vertrauensbeweis dankte, den er mit Recht in seiner Berufung zu Esterhazy's Stellvertreter erblickte. Während Wessenberg sich abmühte, seiner Ueberzeugung gemäß das Verfahren der Conferenz als ein verdienstvolles hinzustellen, schlug Neumann gleich vom ersten Anfange an den entgegengesetzten Ton an. Er werde den Berathungen, schrieb er an Metternich, nur als der Schatten in einem traurigen Gemälde beiwohnen. Was einmal geschehen sei, könne nicht mehr gut gemacht werden. Von dem Augenblicke an habe man gegen einen befriedigenden Ausgang der Verhandlungen unübersteigliche Hindernisse aufgethürmt, in welchem man zu ihrer anfänglichen Grundlage das, was ihr letztes Ergebniß hätte sein sollen, Belgiens Unabhängigkeit nahm. Seither habe man sich in Allem und Jedem den Begehren der Belgier gefügt, welche sich ihrer-

---

[1]) Am 28. November 1844, somit schon weit über sechzig, heiratete Neumann die Lady Augusta Somerset, ältere Tochter des Herzogs von Beaufort.

seits wieder auf die Furcht vor einem Kriege mit Frankreich steiften, das doch einen solchen weder führen könne noch wolle.[1])

Neumann konnte seinem Vorsatze, den Sitzungen der Conferenz gleichsam nur wie ein Schattenbild beizuwohnen, um so leichter treu bleiben, als dieselbe von dem Augenblicke an, in welchem die Einen den Vertrag mit Belgien schon ratificirt und die Anderen dieß noch hinausgeschoben hatten, wenigstens nach Palmerstons Anschauung nicht mehr als jene einmüthige Körperschaft erschien, die sie bisher gewesen war. Erst dann könne sie, so meinte dieser, eine solche neuerdings werden und zu ihrer früheren Thätigkeit zurückkehren, wenn auch die Ratificationen der Ostmächte eingetroffen sein würden.[2])

Inzwischen war jedoch auch bei ihnen, und sogar auf ihrem hartnäckigsten Punkte, in St. Petersburg die Erkenntniß gereift, daß man die Sache zu Ende bringen müsse und den Frieden Europa's nicht von dem Starrsinne des Königs von Holland abhängig machen dürfe. Kaiser Nikolaus, bisher König Wilhelms eifrigster Beschützer, wünschte doch dringend zu einem Abschlusse zu kommen, und er sandte einen Mann seines ganz besonderen Vertrauens, den Grafen Alexei Orlow direct nach dem Haag; er sollte dort den König zu einer entscheidenden Erklärung vermögen. Laute dieselbe im Sinne der Nachgiebigkeit, so werde die ganze Angelegenheit im Einvernehmen mit ihm, im entgegengesetzten Falle aber auch ohne dasselbe ihrer Beendigung zugeführt werden.

Und wirklich blieb dieser Schritt des Kaisers von Rußland nicht ganz ohne Erfolg. König Wilhelm entschloß sich, die Lostrennung Belgiens von Holland und dessen völlige Unabhängigkeit, zugleich aber auch den Prinzen Leopold als König der Belgier anzuerkennen. Endlich stimmte auch er dem von Wessenberg ausgegangenen und sogar von Metternich[3]) als der ersprießlichste, ja als der allein ausführbare, erklärten Vorschlage bei, demzufolge die Ausgleichung der noch nicht beigelegten Streitpunkte einer zwischen Holland und Belgien unter der Aegide der Londoner Conferenz direct zu führenden Verhandlung anheimgegeben werden sollte. Hiedurch schienen denn auch die hauptsächlichsten Hemmnisse behoben, welche wenigstens in den Augen des Wiener Hofes bisher gegen die Ratification des am

[1]) Neumann an Metternich, 17. Januar 1832.

[2]) Wessenberg an Metternich, 14. Februar.

[3]) Metternich an Wessenberg, 29. Februar 1832.

15. November mit Belgien abgeschlossenen Vertrages bestanden hatten. Metternich legte sie am 20. März dem Kaiser zur Unterschrift vor.

Daß nicht so sehr in ihm selbst, als was wenigstens Oesterreich anging, in der Person des Kaisers Franz die so schwer zu bewältigenden Hindernisse einer rascheren Begleichung dieser Streitsache lagen, hatte Metternich schon früher in einem vertraulichen Briefe an Wessenberg [1]) ganz offen gestanden. „Ich habe," heißt es darin, „sehr große Schwierigkeiten beim Kaiser zu überwinden, der immer gerade aus seinen Weg verfolgt und die Winkelzüge nicht leiden kann. Er ist darüber verzweifelt, sich in den diplomatischen Wirrwarr [2]) verwickelt zu sehen, und wenn nicht die gewichtigsten Rücksichten ihn hievon abhielten, würde er seine Repräsentanten aus der Conferenz zurückrufen."

Der Mißmuth des Kaisers über den ersten der beiden ihm zur Vollziehung der Ratification vorgelegten Tractate, von denen der eine die vierundzwanzig Artikel umfaßte, während der andere — vom 14. December — ohne Frankreichs Theilnahme abgeschlossene, das in Bezug auf die belgischen Festungen zu beobachtende Verfahren betraf, ist am besten den eigenhändig niedergeschriebenen Worten zu entnehmen, mit denen er die von ihm unterzeichneten Urkunden an Metternich zurücksandte. „Dieses in meinen Augen schändliche Actenstück," so lauten sie, „habe Ich zu meinem wahren Leidwesen unterschrieben, und erwarte Ich von Ihnen noch die Vorlegung der Verfügungen, wodurch erklärt werden soll, daß diese Tractate demjenigen nicht hinderlich (sein) und zum Schaden gereichen sollen, worüber in der Folge zwischen dem König von Holland und dem König von Belgien übereingekommen werden wird. Franz."

Metternich fand es für gut, dem Freiherrn von Wessenberg die Worte des Kaisers abschriftlich mitzutheilen, um ihn nur ja nicht im Zweifel über die Art und Weise zu lassen, in welcher derselbe die ihm zur Ratification vorgelegten Verträge beurtheilte. Und der Eindruck, welchen dieser Ausspruch des Kaisers auf Wessenberg hervorbrachte, konnte durch Metternichs begleitende Bemerkungen nur noch verstärkt werden. Mit lebhaftem Bedauern, heißt es in seinem Briefe vom 21. März, habe er in einem der letzten vertraulichen

---

[1]) Vom 8. Januar 1832.

[2]) „dans la bagarre diplomatique."

Schreiben Wessenbergs den Satz gelesen, die Conferenz könne auf die ihr aus dem Haag zukommenden Mittheilungen keine Antwort ertheilen, weil sie in dem gegenwärtigen Augenblicke gar nicht existire. Denn von englischer wie von französischer Seite werde sie bis zum Eintreffen der Ratificationen der Ostmächte als vertagt angesehen.

Nicht ohne Schärfe entgegnete jetzt Metternich hierauf, nach den in Wien herrschenden Ansichten sei die Conferenz zu einer Entscheidung über ihre eigene Existenz gar nicht berufen. Sie besitze ja keinerlei souveräne Gewalt und sei nur aus den Repräsentanten der Großmächte gebildet. So lang der Kaiser von Oesterreich derlei Bevollmächtigte in London habe, bestehe in seinen Augen auch die Conferenz, und in dem Augenblicke, in welchem dieß nicht mehr der Fall sein sollte, würde er auch seine Beauftragten zurückrufen. „Da der von Ihnen ausgesprochene Satz,“ sagt Metternich weiter, „nur in einem Ihrer Privatbriefe an mich vorkommt, kann ich davon absehen, ihn zur Kenntniß des Kaisers zu bringen, der es schon müde ist, sich von den phantastischen Einfällen zweier Mächte ins Schlepptau genommen zu sehen.“ Jeder Tag vermehre in dem Kaiser seinen Ueberdruß an der Haltung der Conferenz, und seit dem Verbrechen, welches die Franzosen durch die Besetzung Ancona's verübten, dürfe man ihm mit gar nichts mehr kommen, was auf eine Beschönigung des Verfahrens der zwei Westmächte hinauslaufe. „Täuschen Sie sich nicht,“ fährt Metternich fort, „über den Gedankengang des Kaisers und über seinen Charakter. Er ist keineswegs lenksam auf dem Gebiete parlamentarischer Beweggründe [1]) fremder Mächte. Er läßt diese letzteren nach ihren eigenen Nothwendigkeiten handeln, aber er kann ihnen sein Gewissen und seine Grundsätze nicht unterordnen. Ich selbst aber bin nur ein schlechtes Werkzeug für derlei Dinge. Ich verstehe mich nicht auf sie und bin keineswegs gewillt, in eine neue Schule zu gehen. Ich werde vielmehr Gott danken, wenn ich nichts mehr von holländischen und belgischen Verhandlungen zu hören bekomme.“ Wessenberg aber müsse er, sagt Metternich außerdem in diesem Schreiben an ihn, in dessen persönlichem Interesse dringend empfehlen, den darin enthaltenen Andeutungen das höchste Gewicht beizulegen und sie im Sinne seiner Regierung in Anwendung zu bringen.

---

[1]) „convenances.“

Auch von Esterhazy, der sich damals in Wien befand, erhielt Wessenberg zu jener Zeit ähnlich lautende Mittheilungen. „Das Verhältniß der Solidarität,“ heißt es in einem seiner Briefe, „in dem ich, wie ich gern anerkenne, allzeit zur Londoner Conferenz stehe, die Analogie, in der ich mich zu wiederholten Malen in Bezug auf Unannehmlichkeiten und auf bedauernde Aeußerungen befand, die mir persönlich widerfuhren und ausgesprochen wurden, vor Allem aber meine aufrichtige Freundschaft für Sie und mein stets gleichbleibendes Interesse an Ihnen machen es mir zur Pflicht, Ihnen eine Thatsache nicht zu verhehlen, die ich Ihnen erst vor kurzem anzudeuten mich befliß. Sie besteht darin, daß man hier findet, der Geist der Versöhnlichkeit, um befriedigende Beziehungen zu den englischen Ministern aufrecht zu erhalten, werde von Ihrer Seite allzuweit getrieben, und wir erhielten von denselben keine entsprechende Gegenleistung für das, was wir ihnen zugestehen.“

„Ich brauche Sie wohl nicht eigens zu versichern, mein theurer Freund, daß ich diese Annahme vor dem obersten Richterstuhle so nachdrücklich bekämpfte, wie meine Ueberzeugung und mein Gewissen mir dieß geboten, aber ich meinte auch Sie darüber nicht im Unklaren lassen zu dürfen. Da man zudem sehr großen Werth darauf legt, daß Sie genau die Richtschnur befolgen, die Ihnen durch Ihre Instructionen vorgezeichnet ist, so würden Sie gut daran thun, und ich rathe es Ihnen als Freund, sich pünktlich an sie zu halten und nicht die Verantwortung auf sich zu nehmen, der ein Abweichen von denselben Sie aussetzen würde.“[1])

Die Unterbrechung der Einzeichnungen Wessenbergs in sein Tagebuch sowie die Nichtauffindung der Privatbriefe, die er ohne Zweifel an Metternich und an Esterhazy schrieb, sind Ursache, daß wir über den Eindruck nicht unterrichtet sind, welchen die ihm aus Wien zukommenden Worte des Tadels und der Warnung auf ihn hervorbrachten. Vielleicht fand er einigen Trost in dem Umstande, daß sein und Bülows Benehmen in dieser Sache von ihren für England und Frankreich in der Conferenz sitzenden Collegen wahrhaft bewundert wurde. Einer aus ihnen, Talleyrand, nennt es in einem vertraulichen Briefe [2]) ein ungemein muthvolles und entschlossenes,

---

[1]) Esterhazy an Wessenberg. Undatirt. Wien, April 1832.

[2]) An die Fürstin Vaudémont, 16. April. Mémoires de Talleyrand. IV. 440.

denn Beide, Wessenberg und Bülow seien der Ueberzeugung gewesen, daß das, was sie thaten, ihren Regierungen zum Nutzen gereiche. Aus Wessenbergs amtlichen Berichten aber erfahren wir, daß der Befriedigung, welche die nach London gelangte Nachricht von der Absendung der österreichischen Ratificationen dort hervorgerufen hatte, in Folge des Umstandes, daß die Bewilligung zu ihrem Austausche an die Ankunft der gleichen Ermächtigung für den Vertreter Preußens geknüpft wurde, eine kaum geringere Enttäuschung gefolgt war. Endlich erhielt jedoch auch Bülow die in London so sehnlich herbeigewünschte Vollmacht, und nachdem die russischen Conferenzmitglieder wenigstens erklärt hatten, es liege nicht in der Absicht ihres Kaisers, die Repräsentanten seiner Verbündeten an dem Austausche der Ratificationen mit Belgien zu hindern, wurde derselbe am 18. April von Wessenberg, Neumann und Bülow mit Herrn van de Weyer vollzogen.[1]) Zwei Wochen später, am 4. Mai, geschah auch die Auswechslung der russischen Ratification, aber allerdings unter so weitgehenden Vorbehalten, daß der Werth und die Wirkung dieses Schrittes hiedurch nicht wenig beeinträchtigt erschienen. Und am 5. Mai folgte der Austausch der Ratificationen, welche sich auf den Vertrag vom 14. December über das Verfahren bezogen, das hinsichtlich der belgischen Grenzfestungen zu beobachten sein werde.[2])

War nun hiemit wenigstens der Form nach das in Erfüllung gegangen, worauf Wessenberg so lang und so eifrig hingearbeitet hatte, so trat doch der Widerwille, mit dem man sich in Wien hiezu herbeiließ, auch dadurch, und zwar noch in verstärktem Maße hervor, daß man das mißbilligende Urtheil, welches man über so manches Wort und so manchen Schritt Wessenbergs fällte, auch auf seine politischen Anschauungen im Allgemeinen übertrug. Einer der Anlässe, dieß kundzuthun, hatte sich dadurch ergeben, daß das Ministerium Grey in Folge der Verwerfung seiner Reformbill durch das Oberhaus von seinem Amte zurückgetreten war. Da aber Sir Robert Peel kein Ministerium bilden wollte und der Herzog von Wellington dieß nicht zu thun vermochte, war dem Könige zu seinem äußersten Mißbehagen nichts Anderes übrig geblieben, als dasselbe neuerdings in Grey's Hände zu legen.

---

[1]) Berichte Wessenbergs vom 3., 6., 10., 17. und 20. April 1832.

[2]) Berichte Wessenbergs vom 22. April, vom 1., 4., 5. und 6. Mai.

Man kann sich wohl denken, daß der Unterschied zwischen den Ansichten Metternichs und denen Wessenbergs über dieses Ereigniß ein sehr großer war. Wie der letztere darüber dachte, haben wir daraus erfahren, daß er den Ausspruch Wellingtons „niemals eine Reform“ als einen Selbstmord des Herzogs bezeichnete. In grellstem Gegensatze hiezu hatte Metternich erst vor ganz kurzer Zeit an Wessenberg geschrieben, die mit Bestimmtheit vorherzusehende Annahme der Reformbill müsse unfehlbar die Revolution in England nach sich ziehen.[1]) Wir besitzen leider den Bericht nicht, welchen Wessenberg über den Rücktritt und die Wiederberufung des Ministeriums Grey an Metternich schrieb, wohl aber denjenigen Neumanns [2]) über das gleiche Ereigniß. Metternich legte beide Berichte dem Kaiser mit den von ihm selbst niedergeschriebenen Worten vor: in ihnen zeige sich deutlich der Gegensatz zwischen dem Urtheile dieser zwei Männer; Neumann stehe auf dem Felde der Wahrheit, während Wessenberg sich „chimärischen Ansichten“ überlasse.[3]) Daß aber Metternich und nicht Wessenberg es war, der sich vollständig täuschte, wurde durch die späteren Vorfälle sattsam bewiesen, und die schließliche Annahme der Reformbill hat dem Ausbruche einer Revolution weit eher vorgebeugt als denselben veranlaßt.

Nahm Metternich für den Kaiser wie für sich selbst das gewiß unbestreitbare Recht in Anspruch, ihren Grundsätzen unter allen Umständen treu zu bleiben, so war für Wessenberg die Beobachtung eines gleichen Verhaltens um so verdienstlicher, als ja, wie ihm Metternich deutlich genug zu verstehen gegeben hatte, sein persönliches Interesse dabei recht ernstlich ins Spiel kam. Trotz der in diesen Worten liegenden Drohung tapfer festhaltend an seinen Ueberzeugungen und daher vor seinem innern Richterstuhle mit Ehren bestehend, fuhr Wessenberg fort, seiner Regierung gegenüber mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge zu halten, sondern sich vielmehr offen zu ihr zu bekennen, gleichzeitig aber auch ihre Befehle mit all dem Eifer und all der Thätigkeit zu vollziehen, welche sie ihm als ihrem Untergebenen zur Pflicht machen durfte. Und daß es an Anlässen hiezu nicht fehle, dafür sorgte schon König Wilhelm von Holland

[1]) Metternich an Wessenberg, 15. April 1832. Nous savons que le Bill passera et que la révolution en sera la conséquence.

[2]) Vom 22. Mai.

[3]) Vortrag vom 30. Mai 1832.

in reichlichem Maße. Auf ihre wiederholten Versuche, ihn zu bewegen, auch seinerseits die Hand zu einer friedlichen Verständigung über die zahlreichen, zwischen Holland und Belgien noch obschwebenden Differenzen zu bieten, vermochte die Conferenz nichts als ausweichende Antworten zu erhalten. Und die Lage ihrer österreichischen Mitglieder wurde noch dadurch nicht wenig erschwert, daß von nun an ihre russischen Collegen, statt wie früher Hand in Hand mit ihnen zu gehen, sich im Schoße der Conferenz mit noch größerer Vorliebe als bisher auf die Seite des Königs der Niederlande stellten und Partei für ihn nahmen. Hatten somit Wessenberg, Neumann und Bülow wie schon früher, so auch fortan oftmals gegen Talleyrand und Palmerston zu streiten, so fühlten sie nach der anderen Richtung hin sich auch mit Lieven und Matusiewicz nicht mehr ganz gleichen Sinnes. Durch diese Gefährdung ihrer Einigkeit konnte jedoch auch das Ansehen der Conferenz und das Gewicht ihrer Einwirkung nur verlieren.

So ungünstig auch Metternich über die Conferenz urtheilen mochte, so mußte er doch, so lang sie überhaupt noch bestand, lebhaft wünschen, daß sie etwas ausrichte und nicht eine bloße Scheinexistenz führe. Er begegnete sich hierin mit Wessenberg, der, wie alle ehrenhaften Mitglieder irgend einer Körperschaft, rastlos darauf hinzuwirken bestrebt war, daß sie die Aufgaben auch erfülle, um derentwillen man sie eingesetzt hatte. Wenn somit Wessenberg unablässig darauf ausging, einerseits die Gereiztheit der englischen Minister gegen den König der Niederlande thunlichst zu beschwichtigen und sie zu einiger Rücksicht auf ihn zu bewegen, andererseits aber ihn selbst zu größerer Nachgiebigkeit zu drängen, so konnte dieß auch Metternich nur mit Beifall begrüßen. Er zeigte sich daher nur gerecht, indem er jetzt Wessenbergs Wirken im Schoße der Conferenz sowohl persönlich die verdiente Anerkennung zollte,[1]) als sie auch dem Kaiser gegenüber in ein günstiges Licht stellte. „Allerhöchstdieselben geruhen," heißt es in dem Vortrage des Staatskanzlers vom 18. Juli, „die Be-

[1]) Rescript vom 26. Juli 1832. „Je ne saurais assez applaudir au zèle avez lequel vous vous êtes employé à ramener les Ministres anglais de leurs préventions contre les intérêts de la Hollande, et à la manière aussi lumineuse que conciliante dont vous avez traité les questions en instance tant dans la lettre susmentionnée que dans vos observations confidentielles à l'usage de Lord Palmerston."

mühungen gnädigst wahrzunehmen, welche Baron Wessenberg mit ebensoviel Einsicht als Thätigkeit zur Berichtigung der Ansichten der englischen Minister, sowie zur Ueberzeugung des niederländischen Cabinetes von der Nothwendigkeit, den ferneren Anträgen der Conferenz mit Nachgiebigkeit entgegenzukommen, angewendet hat. Den seinem Berichte beigefügten lichtvollen und zweckmäßigen Arbeiten dürfte das Verdienst des günstigen Erfolges, welchen das Geschäft dermalen zu versprechen scheint, beizumessen sein."

Die von Metternich hier ausgesprochene Hoffnung auf ein ersprießliches Resultat ging jedoch nicht in Erfüllung, und das Verschulden hievon fiel wohl beiden Regierungen, der holländischen wie der belgischen ziemlich gleichmäßig zur Last. Nach Ausreden ohne Zahl, zu denen König Wilhelm seine Zuflucht genommen, um das Zustandekommen einer definitiven Vereinbarung mit Belgien so weit als nur immer möglich hinauszuschieben, hatte er sich endlich herbeigelassen, auf die Grundlagen einzugehen, welche die Londoner Conferenz zur Erzielung einer für beide Theile möglichst befriedigenden Verständigung in Vorschlag gebracht hatte. Ueber die wichtigsten Punkte, die Anerkennung der Unabhängigkeit und der Neutralität Belgiens, die Grenzlinie gegen Holland, die Theilung der Staatsschuld, die beiderseitigen Handelsverhältnisse endlich war man zu einer Einigung gekommen. Aber in Bezug auf verhältnißmäßig weniger Bedeutendes, wie die Begehren Hollands wegen Einhebung von Schiffszöllen auf der Schelde und einigen anderen Wasserstraßen schien dieß nicht gelingen zu wollen. Während man es nicht gerechtfertigt fand, daß nun plötzlich die Schifffahrt auf einem Strome mit Zöllen belegt werden solle, auf welchem früher keine solchen bestanden, begegnete auch die hartnäckige Weigerung der belgischen Regierung, sich zu irgend welchem Zugeständnisse herbeizulassen, begründetem Tadel. Als sich der belgische Gesandte in Wien, Freiherr von Loë, dem Fürsten Metternich gegenüber zu der Drohung verstieg, Belgien werde sich zur Behauptung seiner Rechte gezwungen sehen, zur Gewalt der Waffen seine Zuflucht zu nehmen, da erwiederte ihm der Staatskanzler mit der Miene der Geringschätzung, von „Rechten" könne belgischer Seits wohl nicht die Rede sein, und das Wort, man werde wegen des Schiffszolltarifes auf der Schelde einen europäischen Krieg entflammen, habe in seinen Augen gar keinen Sinn.[1])

[1]) Metternich an Wessenberg, 12. October.

Die Gefahr eines gewaltsamen Zusammenstoßes lag jedoch näher, als man in Wien zu glauben sich den Anschein gab, und sie war dadurch, daß König Leopold sich erst vor wenigen Tagen mit der französischen Prinzessin Louise, Ludwig Philipps ältester Tochter, vermält hatte, nicht wenig gesteigert worden. Denn noch gieriger als es bisher schon der Fall gewesen, harrte man jetzt in Frankreich nur des Anlasses, die belgischen Provinzen mit Truppen zu überschwemmen. Daß beim Ausbruche eines Conflictes auch England mit den Waffen in der Hand für Belgien Partei nehmen werde, ließ sich unschwer vorhersehen. In diesem Falle aber ergab sich für die Ostmächte das Dilemma, entweder der Uebermannung des Königs von Holland ruhig zuzusehen oder sich ihr gewaltsam zu widersetzen. Letzteres müßte dann gleichsam von selbst das Signal werden zum Ausbruche eines allgemeinen europäischen Krieges.

Bei dieser Lage der Dinge war es nicht zu verwundern, daß die Vertreter Frankreichs und Englands in der Conferenz mit dem Antrage hervortraten, den König von Holland, der auf oftmals wiederholte Aufforderungen gar keine oder nur ausweichende Antworten gab, durch Zwangsmaßregeln zur Nachgiebigkeit zu verhalten. Insbesondere bestand Talleyrand darauf, daß der König zur Räumung der Citadelle von Antwerpen genöthigt werde, welche seine Truppen noch immer besetzt hielten. Umsonst that Wessenberg überzeugend dar, daß durch eine solche Maßregel man dem Ziele, um dessen Erreichung Alles sich drehte, dem Ausgleiche zwischen Holland und Belgien um keinen Schritt näher komme, sondern sich von ihm nur noch weiter entfernen werde.[1]) Da er selbst und die übrigen Repräsentanten der Ostmächte, den Instructionen ihrer Vollmachtgeber getreu, zu dieser sowie zu etwaigen anderen agressiven Maßregeln gegen den König von Holland nicht die Hand boten, einigten sich Frankreich und England, in dieser Sache gemeinschaftlich und auch ohne die Uebrigen vorzugehen. Aber freilich trachtete Palmerston den Eindruck dieses Entschlusses durch die Erklärung an Wessenberg und Bülow zu mildern, die englische Regierung sei hiezu hauptsächlich durch die Betrachtung vermocht worden, daß sie Frankreich in Belgien nicht allzu sehr freie Hand lassen dürfe. Und von Bülow begehrte er, Preußen solle das rechte Ufer der Maas besetzen und sich dadurch,

---

[1]) Wessenberg an Metternich, 23. Oct. 1832.

wie sogar Frankreich es wünsche, eines Pfandes für die loyalen Absichten des Königs Ludwig Philipp versichern. Ganz Europa würde hierin eine Bürgschaft erblicken, daß den Westmächten nichts ferner liege, als einen allgemeinen Krieg entzünden zu wollen.[1])

Während in solcher Weise die Linke der Conferenz, wenn man den heutigen parlamentarischen Sprachgebrauch hier anwenden darf, von den übrigen Mitgliedern sich absonderte und ihre eigenen Wege einschlug, geschah dieß von der äußersten Rechten dieser Körperschaft in noch entschiedenerem Maße, indem die Bevollmächtigten Rußlands, Lieven und Matusiewicz ihren Austritt aus ihr erklärten. Lebhaft bedauerte Wessenberg den einen wie den anderen Entschluß, aber er meinte doch, die Partie nicht auch seinerseits vorschnell aufgeben, sondern fortfahren zu sollen in seinen Bemühungen, vielleicht noch in der letzten Stunde zwischen den sich befehdenden Theilen einen Ausgleich herbeizuführen.[2])

Daß derlei Bestrebungen, die schon zu der Zeit fruchtlos geblieben waren, in der man den Streit nur in den Rathssälen geführt hatte, in dem Augenblicke, in dem es zu offenem Kampfe gekommen war, nicht erfolgreicher sein würden, lag auf der Hand, und es geschah wohl nur mehr zur Ehre der Fahne, wie die Franzosen sich ausdrücken, wenn Wessenberg in denselben nicht nachließ. Aber damals war es bei weitem mehr eine andere Fahne, welche die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog, diejenige Hollands, die der greise General Chassé hoch hielt auf den Mauern der Citadelle von Antwerpen gegen die sie belagernden Franzosen. Während daselbst der Kampf, obgleich dessen schließlicher Ausgang mit Bestimmtheit vorherzusehen war, doch von Seite der holländischen Besatzung mit Heldenmuth fortgesetzt und dadurch der Sache ihres Landes neuerdings nicht wenig Sympathie gewonnen wurde, blieb den Mächten, welche diesen Angriff nicht nur nicht gutgeheißen, sondern ihn mit mehr oder weniger Schärfe verurtheilt hatten, nichts Anderes als die Rolle unthätiger Zuschauer übrig. Metternich aber, dem schon seit dem abgesonderten Vorgehen Englands und Frankreichs die Londoner Conferenz als in zwei verschiedene Theile zerfallen erschienen war, betrachtete sie nun nach dem Austritte der russischen Bevollmächtigten

[1]) Wessenberg an Metternich, 25. October.

[2]) Berichte Wessenbergs vom 30. October und 2. November 1832.

als vollständig aufgelöst. Ihre Aufgabe sei freilich noch keineswegs vollzogen, schrieb er an Wessenberg, und durch die französische Expedition nach Antwerpen werde die belgische Frage ihrer Entscheidung nicht näher gebracht. Hieran wirklich zu schreiten, müsse dem Zeitpunkte der vollständigen Beendigung der Feindseligkeiten vorbehalten werden. Bis dahin hätten die österreichischen Mitglieder der Conferenz sich jeder Thätigkeit zu enthalten, etwa an sie gelangende amtliche Mittheilungen lediglich zur Vorlage an ihre Regierung anzunehmen, mit ihren Collegen von Rußland und Preußen aber ununterbrochen in naher Berührung zu bleiben. [1])

Zugleich mit der Absendung dieser Depesche erfolgte von Seite Metternichs die Beantwortung eines vertraulichen Privatbriefes, [2]) der ihm von Wessenberg zugekommen war. „Sie sehen," hatte dieser darin gesagt, „daß ich noch immer voll Muth bin, aber derselbe wurzelt ausschließlich in dem Vertrauen, das mir durch Ihren ruhigen und entschlossenen Gang eingeflößt wird. Die Matrosen zittern so lang nicht im Sturme als sie sehen, daß der Capitän das Steuer fest im Auge behält."

Allzeit zugänglich für schmeichelhafte Worte, nahm Metternich auch diejenigen Wessenbergs mit einer gewissen Selbstgefälligkeit auf. Aber er ließ dadurch doch sein Urtheil über Wessenbergs Thätigkeit in London nicht beeinflussen, welches freilich weniger aus der Antwort an ihn, als aus einem gleichzeitigen, vor Wessenberg geheimgehaltenen Briefe an Neumann hervorgeht. „Meine langjährige Bekanntschaft mit Wessenberg und seiner geistigen Richtung," schrieb Metternich am 11. December an Neumann, „würde mich abgehalten haben, ihn nach London gehen und, was damit gleichbedeutend ist, sich dort compromittiren zu lassen, aber ein eigenthümliches Zusammentreffen von Umständen zwang mich dazu. Wessenberg ist ein ganz ausgezeichneter Arbeiter, aber gerade die unglaubliche Leichtigkeit, die er darin besitzt, fordert es, daß man sie hemme. Als Zweiter in einer Unterhandlung ist er vollkommen an seinem Platze, als Erster aber wird er immer Gefahr laufen, sich, wenn nicht durch seine Einbildungskraft, so doch durch seine allzu große Treuherzigkeit [3]) hinreißen zu lassen. Er gehört zu den Menschen, welche von Schlaueren

[1]) Metternich an Wessenberg, 11. December 1832.

[2]) Vom 27. November.

[3]) „bonhomie."

als sie selbst sind, leicht gewonnen und dann zu einem Werkzeug in ihren Händen werden. Er widmet sich ganz seiner Arbeit, erweitert stets die Grundlagen derselben und endigt daher immer damit, daß er den Hauptpunkt aus den Augen und sich in die Einzelnheiten verliert, welche die betreffende Angelegenheit darbietet. Außer diesem Fehler besitzt er auch noch den zweiten, daß er allzeit zu viel thut, und für alle Welt so wie nach allen Richtungen hin arbeitet. So hat er sich zum Redacteur, zum Rechenmeister, ja zum Lastträger der Herren Talleyrand und Palmerston gemacht. Was ihm aber unter seiner ungeheuren Geschäftsthätigkeit abhanden kam, das ist die Wahrung des Standpunktes seiner Regierung."

Mit dem Auftrage, Wessenbergs übertriebenen Thatendrang thunlichst zu mäßigen, schloß Metternich diesen Theil seines Briefes, welchen Neumann, wie gewöhnlich, in einer Metternichs Urtheil unbedingt beistimmenden Weise beantwortet. [1]) Auch er beginnt mit der üblichen Huldigung für den Staatskanzler, indem er versichert, er sei stolz darauf, schon seit langer Zeit in seinem Innern wenigstens einen Theil der Gedanken gehegt zu haben, die er in den Mittheilungen des Fürsten niedergelegt finde. Die Londoner Conferenz sei das Unglück Europa's gewesen, hinter ihrem Schleier hätten England und Frankreich ein Spiel gespielt, bei welchem die Ostmächte nur die Marionetten gewesen seien. In der Anerkennung der Unabhängigkeit und der Neutralität Belgiens liege die Ursache alles Uebels; ohne sie hätten die Franzosen im Jahre 1831 nicht in Belgien einrücken können und der Prinz von Oranien würde mit Leichtigkeit die Herrschaft seines Vaters über dieses Land wieder hergestellt haben. Schon längst habe er, fährt Neumann fort, die ihm von Metternich aufgedeckte schwache Seite Wessenbergs erkannt. Seine viel zu große Treuherzigkeit mache ihn wirklich allzuleicht zugänglich und er vereinige damit eine Rastlosigkeit, welche manchmal sogar krankhaft erscheine. Dieselbe werde hauptsächlich durch Bülow genährt, der weit mehr Angelegenheiten verdorben als glücklich zu Ende geführt habe. Leider enthielten die ihm zur Richtschnur dienenden Depeschen Ancillons, des preußischen Ministers des Aeußern, meistens nur Geschwätz, denn er huldige in ihnen der Gewohnheit, mit sich selbst zu plaudern und ganz zu vergessen, an wen sie gerichtet seien; Unklarheiten und Wider-

---

[1]) Am 28. December.

sprüche kämen daher häufig in ihnen vor. Ein Uebelstand bestehe endlich auch darin, daß die Thätigkeit der russischen Bevollmächtigten nach drei Richtungen hin auseinandergehe; von dem Fürsten Lieven, seiner Frau und Matusiewicz werde sie in verschiedenem Sinne geübt. Mit Lieven allein und mit Falck wäre man lang schon ans Ziel gelangt.

Wessenberg möge sich, hatte ihm Metternich am 10. December geschrieben, bis auf Weiteres in London als einfacher Reisender betrachten und benehmen. Aber so sehr sich derselbe auch bemühen mochte, dieser Andeutung Folge zu leisten, so gebrach es ihm doch an Mitteln, es zu Wege zu bringen, daß er nun plötzlich und ohne seine förmliche Abberufung von denen, mit welchen er so lange Zeit in lebhaftester Geschäftsverbindung gestanden, als bloße Privatperson angesehen werde. Nach wie vor gelangten, hauptsächlich aber von seinen bisherigen Collegen zahlreiche Mittheilungen an ihn und sie boten ihm hiedurch Anlaß, ja sie zwangen ihn förmlich zu neuen Berichten nach Wien. Insbesondere wurde er hiezu durch die Fortdauer der Verhandlungen Talleyrands und Palmerstons mit der holländischen Regierung gedrängt, welche selbst durch den Fall der Citadelle von Antwerpen nicht viel mürber gemacht worden war. Bald kam es so weit, daß auch Metternich aus seiner Zurückhaltung heraustrat, und wenngleich nur in der Form von Privatbriefen, die geschäftliche Correspondenz mit Wessenberg neuerdings aufnahm.

Allerdings geschah dieß nicht gerade in einem für Wessenberg sehr erfreulichen Sinne. Immer von Neuem kam Metternich darauf zurück, sein eigenes Verhalten und das der Ostmächte überhaupt mit Emphase zu loben, hingegen dasjenige Englands und Frankreichs mit Bitterkeit zu tadeln, wobei denn auch Wessenberg, allzu großer Nachgiebigkeit gegen diese Mächte beschuldigt, für ihn schmerzliche Ausstellungen zu hören bekam.

„Ihnen persönlich mache ich den Vorwurf," schrieb ihm Metternich damals, [1]) „und zwar meiner Gewohnheit und Geistesrichtung nach freundschaftlich und ohne Umschweife, daß bei dem großen Einflusse, den Sie auf den Gang der Unterhandlungen nahmen, Sie unsere Absicht, unser Gewissen und unsere Einsicht nicht hinreichend berücksichtigten."

---

[1]) Privatbrief vom 2. Februar 1833.

„Unsere Absicht konnte niemals eine andere als die sein, die Sache möglichst rasch zu Ende zu führen. Unser Gewissen machte es uns zum Gesetz, ausschließlich die Wege des Rechtes überhaupt und insbesondere die des althergebrachten Völkerrechtes zu gehen, welche sich mit phantastischen Streichen nicht in Einklang bringen lassen. Unsere Einsicht endlich darf im Vergleiche mit der des englischen und des französischen Cabinetes eine große genannt werden, und jeder vorurtheilslose Verstand wird es unmöglich finden, daß wir nicht besser über den innersten Kern der Gedanken der verschiedenen Höfe als diejenigen unterrichtet sein sollten, zu denen Niemand Vertrauen hegt. Seien Sie also dessen gewiß, daß ich mich nicht irre, wenn ich Sie versichere, weder der Kaiser von Rußland noch der König von Preußen, noch selbst der König der Niederlande wollten jemals das, was man in London und in Paris von ihnen behauptet."

„Was den König der Niederlande angeht, so habe ich niemals einen Eigenthümer gekannt, der sich gern seines rechtmäßigen Besitzes verlustig gesehen hätte. Man weiß es, König Wilhelm ist starrköpfig und listig, aber man hat ihn beraubt und man mußte daher ihm gegenüber gerade den entgegengesetzten Weg von dem einschlagen, welchen man betrat und auf dem er nur zum äußersten Widerstande aufgestachelt werden konnte."

In seine alten Anschuldigungen gegen Frankreich und England sowie gegen die Londoner Conferenz, in seine frühere Lobpreisuug der Haltung der Ostmächte zurückfallend, welche, wie Metternich behauptet, einem Irrthum gar nicht unterworfen sein könne, [1]) beschwor er Wessenberg, sich auf den gleichen Standpunkt mit seiner Regierung zu stellen. „Vertheidigen Sie," rief er ihm zu, „unsere moralische Haltung; um dieß aber mit Nutzen thun zu können, glauben Sie auf jede Gefahr hin, daß wir uns nicht täuschen. Und sollte dieß dennoch der Fall sein, so wäre es besser, wenn Sie sich mit uns als ohne uns irrten. Lassen Sie die Franzosen und die Engländer ihre Politik machen und machen Sie österreichische Politik mit uns. Bleiben Sie keinen Augenblick bei Theorien stehen, sondern halten Sie sich in der Praxis an uns. Lassen Sie sich niemals durch den Anschein beirren, welcher ja allzeit trügerisch ist. Befolgen Sie viel-

[1]) „A ce sujet l'erreur pour nous n'existe pas, car elle ne saurait exister."

mehr alle meine Andeutungen, sonst werden Sie sich in dem Bodenlosen verlieren."

Lebhafter noch als in diesem Briefe nimmt Metternich für den König der Niederlande in einem anderen Schreiben Partei, das er fast zwei Wochen später an Wessenberg richtet. „Der König erhält," so heißt es darin, „die Einladung, die rechte Hand zu geben, und er antwortet mit Ja. Es ist nicht diese, welche wir wollen, wird ihm gesagt, geben Sie uns die Linke. Der Courier eilt fort und bringt schließlich die Linke. Nicht die eine noch die andere Hand ist es, erklärt man nun plötzlich, die wir begehren, strecken Sie nur das Bein her, und van Zuylen trachtet wirklich, auch das Bein zu überbringen. Dieß ist das Bild der belgisch-holländischen Verhandlung, sie ist sinnlos, ränkevoll, abgeschmackt,[1]) nennen Sie sie wie Sie wollen. Ich denke gar nicht mehr an sie und warte ab, bis der gesunde Menschenverstand wieder zu einigem Rechte gelangt sein wird, dann wollen auch wir uns einstellen und unsere Zustimmung nicht länger verweigern. Damit wird schließlich diese Sache zu Ende gehen, ein trauriges Denkmal der heutigen Diplomatie!" [2])

Von demselben Tage, an welchem Metternich in diesem Sinne an Wessenberg schrieb, rührt auch die erste Spur einer leisen Unterwühlung der Stellung Wessenbergs in London durch den dortigen österreichischen Geschäftsträger Neumann her. Graf Matusiewicz werde, schreibt er vertraulich an Metternich,[3]) nach Ablauf des Winters England verlassen, weil seine Regierung die Conferenz als aufgelöst betrachte. Er beschränke sich auf diese Andeutung, es dem Staatskanzler anheimstellend, etwa in gleicher Weise auch hinsichtlich Wessenbergs zu verfahren. Diesem legt Neumann jedoch auch jetzt wieder nichts Anderes zur Last, als daß er in Folge der ihm angeborenen Güte des Herzens sich durch Bülow auf jene Abwege mit fortziehen lasse, auf denen derselbe durch seine übertriebene Thätigkeit in eine ganz schiefe Stellung gerathen sei.

Wir können nicht finden, daß Metternich die in den Worten Neumanns liegende Andeutung wenigstens zu jener Zeit irgendwie berücksichtigt habe. Etwa sechs Wochen vergingen, ohne daß der Staatskanzler in seine so häufigen Schreiben an Neumann eine auf

---

[1]) „Voilà la négociation belgo-hollandaise insensée, chicaneuse, absurde."

[2]) Metternich an Wessenberg, 15. Februar 1833.

[3]) 15. Februar 1833.

Wessenbergs persönliche Stellung sich beziehende Bemerkung hätte einfließen lassen. Da erregte ein in den letzten Tagen des März von Wessenberg erstatteter Bericht über den Entwurf einer Convention, welche England und Frankreich mit Holland abzuschließen im Begriff standen, Metternichs Unmuth in einer für Wessenberg bedenklichen Weise. Nicht ein Satz finde sich in diesem Berichte, schreibt nun der Staatskanzler vertraulich an Neumann,[1]) der nicht gegen den gesunden Menschenverstand und die einfachsten Grundsätze verstoße. „Thun Sie was Ihnen nur immer möglich ist, um Wessenberg einsehen zu machen, wie sehr er sich compromittirt. Ich weiß keinen stärkeren Beweis für diese meine Ueberzeugung zu geben, als indem ich nur aus Rücksicht für Wessenberg seinen Bericht dem Kaiser, welcher der belgischen Sache bis aufs Aeußerste überdrüssig ist, gar nicht vorlege."

Nicht so sehr Wessenbergs amtlicher Correspondenz als seinen nur für ihn selbst bestimmten Einzeichnungen in sein Tagebuch ist sein Urtheil über die am Wiener Hofe hinsichtlich der belgisch-holländischen Angelegenheit herrschenden Anschauungen zu entnehmen. Nicht minder beharrlich an seinen Ueberzeugungen festhaltend, als dieß von Seite Metternichs geschah, stimmt er weder dessen Rechtfertigung des Königs der Niederlande, noch der von ihm ausgesprochenen Verurtheilung der Conferenz, noch endlich dem Lobe der Haltung der Ostmächte bei. „Es ist Zeit sich zu fragen," sagt er gleichsam zu sich selbst,[2]) „weßhalb diese Angelegenheit, welche schon im October 1831 entschieden zu sein schien, sich noch immer im Unklaren, und zwar in einem Zustande befindet, der ganz Europa in Zweifeln erhält. Die erste Ursache besteht darin, daß sie von dem Orte, an dem sie mit so peinlicher Sorgfalt erörtert und an den Beginn ihrer Beendigung gebracht worden war, in dem Augenblicke abgezogen wurde, in welchem die Mächte auf die Klagen des Königs der Niederlande eingingen und zu ihren eigenen Bevollmächtigten bei der Londoner Conferenz in Opposition traten, woraus Meinungsverschiedenheiten und Verwirrungen hervorgehen mußten."

„Die zweite Ursache ist darin zu erblicken, daß die drei Mächte, welche nicht allein durch ihre hohe Stellung als Schützer des Friedens

---

[1]) 9. April 1833.

[2]) Einzeichnung in sein Tagebuch vom 12. April 1833.

in Europa und durch die Tractate zu einem Schiedspruche berufen waren, nach Fällung dieses Spruches nur mehr Vermittler sein wollten und dadurch den Boden verließen, auf welchem allein die Angelegenheit zu einer raschen und vernünftigen Lösung hätte geführt werden können."

„Drittens die Trennung der drei Continentalhöfe von den zwei Westmächten. Das ist es, was König Wilhelm wünschte, weil er hoffte, daß eine solche Scheidung den Krieg nach sich ziehen werde. Darin täuschte sich jedoch der gute König; völlig fruchtlos opferte er die Citadelle von Antwerpen und ihre brave Besatzung, welche er ohne Unterstützung ließ. Gott weiß, was dieser Fürst noch Alles geopfert haben würde, nur um Krieg zu haben, und er wird es seinen Verbündeten niemals verzeihen, für ihn nicht in den Kampf eingetreten zu sein."

Die vierte und letzte Ursache der in der holländisch-belgischen Angelegenheit herrschenden Verwirrung erblickte endlich Wessenberg in der ablehnenden Haltung, welche bisher von den Ostmächten gegen den neuen König der Belgier und sein Land beobachtet worden sei. Alles in Allem genommen, war Wessenberg, wie man sieht, weit davon entfernt, so wie Metternich dieß that, das Verhalten der Ostmächte als ein tadelloses und das des Königs der Niederlande wenigstens als ein entschuldbares anzusehen. In geradem Gegensatze hiezu macht er die Haltung der Ostmächte und noch mehr den König Wilhelm verantwortlich für das, was geschah, oder besser gesagt, nicht geschah. „St. Just unglücklichen Angedenkens," heißt es an einer anderen Stelle seines Tagebuches, [1] „sagte einmal, die ganze Politik sei in dem Worte begriffen: „Wage"! König Wilhelm faßt die seine in die Worte zusammen: „Endige nicht"! Von dem Augenblicke an, in welchem er es sich herausnahm, von der Conferenz an die einzelnen Höfe zu appelliren, glaubte er sich im Stande, so lang als er nur immer wolle, seine Zustimmung zu einer definitiven Vereinbarung zu verweigern. Die Höfe aber, indem sie ihn anhörten und ihn nicht an die Conferenz wiesen, stürzten selbst das Tribunal um, das sie eingesetzt hatten; sie zerstörten ihr eigenes Werk in dem Augenblicke, in welchem es seiner Vollendung nahe war. König Wilhelm ist stolz darauf, ganz Europa durch seine Hartnäckigkeit imponiren zu können; ihr wird nur durch die Noth seines Volkes ein Ende bereitet werden."

[1] Einzeichnung vom 20. Februar.

Wer sich heut zu Tage die damalige Lage der Dinge mit vorurtheilsfreiem Sinne zu vergegenwärtigen strebt, der wird wohl zu der Erkenntniß gelangen, daß die Ansichten Wessenbergs richtiger als diejenigen Metternichs waren. Aber er wird sich auch klar darüber werden, daß der Hauptsitz des Uebels eigentlich in der grundsätzlichen Verschiedenheit des Standpunktes lag, auf welchem sich die Vollmachtgeber der Conferenzmitglieder befanden. Diese letzteren waren ja, wie auch ihre persönliche Meinung beschaffen sein mochte, an die Instructionen gebunden, die sie von ihren Höfen erhielten. Da kann denn ein grellerer Gegensatz wohl nicht gedacht werden, als die beiden Parteien von einander trennte, von denen die eine aus der französischen und der mit ihr meistens Hand in Hand gehenden englischen Regierung gebildet wurde, während ihr als die andere die in engstem Einvernehmen verfahrenden Ostmächte gegenüberstanden. Ein langdauerndes einmüthiges Zusammenwirken Aller mußte sich daher als unmöglich erweisen.

Von einem solchen war denn auch wenigstens vor der Hand und für geraume Zeit nicht mehr die Rede. Während Frankreich und England ihren eigenen Weg gingen, thaten die Ostmächte deßgleichen, und in einer zu Berlin abgeschlossenen Convention brachten sie ein vollkommenes Einverständniß hierüber zu Stande. Von ihrem Inhalte wurde Wessenberg mit dem Auftrage in Kenntniß gesetzt, sich die darin niedergelegten Grundsätze auch für sein Verhalten in London zur Richtschnur dienen zu lassen.

Inzwischen waren jedoch auch die Westmächte nicht müßig gewesen; in ihrem Namen und Auftrag setzten Talleyrand und Palmerston mit der holländischen Regierung die Verhandlungen fort. Sie wurden nicht mehr mit Falck, der schon seit längerer Zeit von ihnen zurückgetreten, und auch nicht mit van Zuylen, der im März ihm gefolgt war, sondern mit einem neuen Bevollmächtigten, Baron Dedel gepflogen. Derselbe, welchen Talleyrand bei weitem versöhnlicher als seinen Vorgänger nennt und dem er das verbindlichste Benehmen nachrühmt, [1]) hielt mit dem in seinem Munde befremdenden Bekenntnisse, durch welches übrigens die Anschauungen Wessenbergs vollauf bestätigt wurden, nicht zurück, das einzige Hinderniß der Beendigung der holländisch-belgischen Angelegenheit liege in dem

---

[1]) Mémoires V. 88.

Könige selbst.[1]) Dieser denke, sagte Dedel vertraulich dem Fürsten Lieven, in seinem Innersten an nichts als sich Belgiens entweder durch Anstiftung einer Gegenrevolution oder in anderer Weise, woran er unablässig arbeite, wieder bemächtigen zu können. In seiner Abschieds-audienz habe ihm der König mit entschlossener Miene, und indem er mit dem Fuße den Estrich stampfte, erklärt, er wolle eher zu Grunde gehen als auch nur die geringste Nachgiebigkeit zeigen.[2])

Zu diesen für einen Diplomaten gewiß auffälligen und kaum zu entschuldigendenden Aeußerungen wurde Dedel, ein an und für sich höchst ehrenwerther Mann, nur durch die Liebe zu seinem Vaterlande vermocht, von dem er nicht mit Unrecht behauptete, daß es die Lasten, die ihm durch die gegenwärtigen Zustände auferlegt würden, nicht länger zu ertragen vermöge. Aber andererseits ist es doch wieder begreiflich, daß der König, wenn er auch derlei Aeußerungen seines Bevollmächtigten vielleicht nicht erfuhr, sich auf denselben nicht vollständig verließ. Er sandte daher, und zwar in der ersten Hälfte des Juli auch noch seinen Minister des Aeußern, Baron Verstolck nach London. „Gott wolle," schrieb Wessenberg, als er dessen Ankunft erfuhr, in sein Tagebuch, „daß er in seiner Tasche einen Vertrag überbringe." [3])

Aber schon binnen wenig Tagen überzeugte sich Wessenberg, daß jede solche Hoffnung auf Sand gebaut war. Verstolck, ein kalter und zurückhaltender Mann, sei, behauptete er, nur deßhalb nach London geschickt worden, um Dedel, von dem man im Haag besorgte, er könnte, sich selbst überlassen, allzu rasch vorwärts gehen, einen Hemmschuh anzulegen. Die Instruction, welche König Wilhelm persönlich seinem Minister mit auf den Weg gab, bestand in nichts Anderem als in der Ermahnung, sich nur ja nicht allzusehr zu beeilen. Dadurch aber gerieth Verstolck, kaum in London eingetroffen, gleich in eine recht peinliche Klemme. Denn er wurde dort Augenzeuge des Ungestüms, mit welchem Alles zu baldigster Beendigung dieser Streitsache drängte. „Er aber," sagt Wessenberg hierüber,[4]) „muß über jedes Wort, über die Fassung jeden Satzes nach Hause berichten; man muß Mitleid, aber auch Geduld mit ihm haben. Die Noth-

[1]) Neumann an Metternich, 26. März und 3. April 1833.

[2]) Neumann an Metternich, 16. April.

[3]) Einzeichnung vom 10. Juli.

[4]) Tagebuch. Einzeichnung vom 15. Juli 1833.

wendigkeit, zu Ende zu kommen, ist vorhanden und sie wird uns besser dienen als alle Zauberkünste der Diplomatie. So lang der brave König Wilhelm sich in der steten Verneinung zu halten vermochte, war die Partie nicht gleich, denn man konnte ihn ohne Gewaltanwendung nicht zwingen, wozu wir friedliebende Menschen uns nie zu entschließen vermocht hätten. Aber jetzt, wo die Generalstaaten und die Nation selbst ihn nöthigen, die Negative zu verlassen, wird man bald ein Mittel finden, mit ihm zu einem Vergleiche zu kommen."

IX.

Rückkehr aus England.

Ein erfreuliches Ereigniß war es für Wessenberg, daß am Tage nach der Ankunft des holländischen Ministers in London Fürst Paul Esterhazy nach achtzehnmonatlicher Abwesenheit auf seinen dortigen Posten zurückkehrte. An die Stelle der frostigen Beziehungen, welche zu Neumann bestanden hatten, trat nun das für Wessenberg so herzerquickende Freundschaftsverhältniß zu dem edeldenkenden Fürsten. Die Worte, welche derselbe bald nach seiner Ankunft an Metternich richtete, liefern hiefür einen neuen Beweis. „Aeußerst freundschaftlich und aufrichtig sprach ich," so lauten sie, „mit meinem Collegen Wessenberg, und ich hoffe, daß dieß auch nicht vergeblich sein wird. Man kann ihm ja nichts als ein Ueberströmen seiner Thätigkeit zur Last legen. Von jetzt an, wo sie sich nur mehr auf die Förderung bestimmter, klar ausgesprochener und abgegrenzter Interessen zu beschränken hat, wird sie auch, wie ich hoffe, von der gewünschten Richtung nicht abweichen, sondern seinen wirklichen Absichten nach, welche immer ganz ausgezeichnete waren, eine äußerst ersprießliche werden."[1])

Das Verdienst dieser freimüthigen Aeußerungen zu Gunsten Wessenbergs ist um so höher anzuschlagen, als Esterhazy während seines langen Verweilens in Wien Gelegenheit genug gehabt hatte, sich von der üblen Stimmung zu überzeugen, welche am dortigen Hofe in Bezug auf Wessenberg herrschte. Nicht so sehr beim Staatskanzler als beim Kaiser selbst war dieß, wie bereits angedeutet worden, der Fall. Metternich wenigstens behauptet, nur die alte Macht der Gewohnheit und das Vertrauen, dessen er sich beim Kaiser erfreue,

[1]) Esterhazy an Metternich, 19. Juli 1833.

hätten es ihm möglich gemacht, eine in auffälliger Weise vor sich gehende Abberufung Wessenbergs aus London zu hintertreiben.[1])

Einiges mag übrigens hiezu auch durch den Umstand beigetragen worden sein, daß man sich der Mitwirkung Wessenbergs nicht in einem Augenblicke berauben wollte, in welchem man ihrer in hohem Maße bedurfte. Denn gerade damals begann ja die Londoner Conferenz ihre Thätigkeit von Neuem, und so wie von Seite Rußlands und Preußens Aehnliches geschah, so wurden auch jetzt wieder Esterhazy und Wessenberg als die Bevollmächtigten Oesterreichs eigens bezeichnet.[2]) Da aber Esterhazy in Folge seiner langdauernden Abwesenheit von London den Faden der Verhandlungen über die so verwickelte holländisch-belgische Angelegenheit so ziemlich aus den Händen verloren hatte und Neumann nach Oesterreich zurückkehrte, so war Wessenberg schon wegen seiner Vertrautheit mit dieser Sache in London kaum zu entbehren.

Es scheint fast als ob Metternich sich über die Leichtigkeit, endlich zu einer Vereinbarung hinsichtlich der noch streitigen Punkte zu gelangen, einer gewissen Täuschung hingegeben hätte. Denn dieselben bezogen sich ja doch nur auf Zollsachen und auf eine gleichfalls nicht gerade bedeutende Geldfrage, so daß man ihre Begleichung als nahe bevorstehend ansehen durfte. Aber Metternich irrte sich offenbar in der Beurtheilung der Wahrscheinlichkeit, den König von Holland, dem es bei seinem Widerstande gegen eine Vereinbarung über jene Punkte nicht so sehr um diese, als um die Offenhaltung des Zwiespaltes überhaupt zu thun war, zu wirklicher Nachgiebigkeit zu bewegen. Statt sich hiezu bereit finden zu lassen, mochte der König in dem noch engeren Aneinanderschließen der Ostmächte nur einen neuen Beweggrund zu unerschütterlichem Verharren in seiner bisherigen Haltung erblicken. Denn Oesterreich, Rußland und Preußen hatten sich geeinigt, Berlin zu einem gemeinschaftlichen Centrum für ihr ferneres Vorgehen in dieser Sache zu erheben, und von dort her meinte König Wilhelm nur Schutz und nicht Befehdung erwarten zu dürfen. Esterhazy aber und Wessenberg wurden beauftragt, die Weisungen, welche ihnen in der belgischen Angelegenheit von dem preußischen Minister Ancillon zukommen würden, gerade so anzusehen und zu befolgen, als ob ihre eigene Regierung sie ihnen ertheilt hätte.[3])

[1]) Eigenh. Privatbrief Metternichs an Neumann, 9. Juni.

[2]) Metternich an Esterhazy, 21. Juni.

[3]) Metternich an Esterhazy. Königswart, 28. Juli 1833.

Metternich meinte in der Art und Weise, in welcher der Wiederbeginn der Verhandlungen der Londoner Conferenz erfolgte, nur eine Bestätigung seiner Erwartung zu sehen, daß sie einem baldigen und befriedigenden Ausgange sich näherten. Die würdevolle Ruhe, mit welcher die österreichischen Bevollmächtigten dabei auftraten, wurde von ihm ebenso gebilligt wie das freundliche Entgegenkommen der Repräsentanten Englands und Frankreichs beifällig begrüßt. Auch stimmte er den Aenderungen zu, welche die Conferenz an dem niederländischen Vertragsentwurfe vorgenommen hatte,[1]) und ohne daß er es ausdrücklich sagte, durfte wohl Wessenberg, der ja auch jetzt wieder gemeinsam mit Bülow der Hauptträger der Arbeiten war, deren Verrichtung der Conferenz oblag, in den Worten des Staatskanzlers ein Lob seiner Leistungen erkennen.

Dieser erfreuliche Gang der Verhandlungen wurde jedoch bald wieder, und zwar von derselben Seite unterbrochen, von der schon bisher die am schwersten zu überwindenden Hemmnisse aufgethürmt worden waren, von der des Königs von Holland. Denn er weigerte sich, die erforderliche Zustimmung des deutschen Bundes und der Agnaten seines eigenen Hauses zu den Gebietsabtretungen einzuholen, welche sich das ihm gehörige Großherzogthum Luxemburg zu dem Ende gefallen lassen sollte, um im Austausche dagegen einzelne Theile der mit Belgien vereinigt bleibenden Provinz Limburg an Holland gelangen zu lassen. Da aber die Conferenz, und gewiß mit vollem Rechte, sich ohne eine solche vorhergehende Ermächtigung des Bundestages und der Agnaten nicht für befugt hielt, in der Sache vorwärts zu schreiten, sah sie sich hiedurch, und alle ihre Mitglieder waren hierin der gleichen Ueberzeugung, zu einer nochmaligen Unterbrechung ihrer Arbeiten genöthigt.[2])

Diese neue Verzögerung in einer Sache, deren definitive Beendigung auch ihnen nicht wenig am Herzen lag, wurde denn schließlich doch auch den Staatslenkern Oesterreichs, Preußens und Rußlands zu arg. Bei der im September 1833 in dem Waldstein'schen Schlosse Münchengrätz in Böhmen stattfindenden Zusammenkunft der beiden Kaiser Franz und Nicolaus wurden diese von dem gleichfalls dort anwesenden Fürsten Metternich zur Absendung eines gemeinsamen

[1]) Metternich an Esterhazy. Königswart, 18. Juli, Teplitz, 16. August.
[2]) Esterhazy und Wessenberg an Metternich, 23. und 27. August 1833.

Specialdelegirten an den König von Holland vermocht. Im Namen der drei Ostmächte, denn auch Preußen gab seine Zustimmung, sollte er den König dazu bringen, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche die nochmalige Unterbrechung der Verhandlungen der Londoner Conferenz verursacht hatten, und gegen die baldigste Beendigung der ganzen Streitsache kein neues zu erheben, sondern vielmehr auch seinerseits ihre Begleichung aus allen Kräften zu fördern.[1])

In der Person desjenigen, der mit dieser Mission betraut wurde, trat ein Mann auf den politischen Schauplatz, von welchem bisher in der Oeffentlichkeit nur wenig und da nicht gerade zu seinem Vortheil gesprochen worden war, dessen Name aber kaum zwei Decennien später zu einem der in Europa am häufigsten genannten wurde. Es war dieß Fürst Felix Schwarzenberg. Der zweitgeborne Sohn jener unvergeßlichen Fürstin Pauline, welche am 1. Juli 1810 in Paris bei der von ihr so heldenmüthig versuchten Rettung einer ihrer Töchter aus einem in hellen Flammen stehenden Ballsaale ihr Leben ließ, war Felix Schwarzenberg schon in seiner Jugend ein ganz eigenthümliches Gemisch von Ernst und von Frivolität. Wie es in so hochadeligen Häusern trotz all den unerfreulichen Beispielen, die sich daraus ergaben, damals vielleicht noch häufiger als heut zu Tage geschah, wurde unter dem Vorwande, man wolle die Söhne nicht zu Gelehrten erziehen, der Unterricht des jungen Prinzen etwas vernachlässigt. Aber das hinderte doch nicht, daß dieser trotz argen Lücken in seinem Wissen gerade solchen Gegenständen des Studiums mit Vorliebe sich zuwandte, von denen man hätte annehmen sollen, daß sie ihm fern lägen. Bei zwei der berühmtesten Professoren an der Wiener Universität, Lippich und Hyrtl studirte er mit Eifer allgemeine Medicin und insbesondere Anatomie. Eine Verwerthung dieser Studien für seine künftige Lebensstellung kam natürlich in gar keiner Weise in Betracht, er schlug vielmehr die gleiche Laufbahn ein, die seine Standesgenossen gewöhnlich betreten, er wurde Lieutenant bei der Cavallerie und rückte binnen drei Jahren, nicht in Folge etwaiger Verdienste, denn er befand sich nicht in einer Stellung, in der er sich solche zu erwerben vermochte, sondern in Anbetracht seiner vornehmen Geburt bis zum Rittmeister vor. Nach fünfjähriger Dienstzeit war er Schwadronscommandant.

---

[1]) Instruction für Schwarzenberg. Münchengrätz, 20. September.

Um die gleiche Zeit trat er, fast mehr hiezu aufgefordert als sich darum bewerbend, ohne aus seiner militärischen Stellung auszuscheiden, in den diplomatischen Dienst und wurde vorerst der österreichischen Gesandtschaft in St. Petersburg zugetheilt. Nicht lang nach seiner Ankunft daselbst starb Kaiser Alexander, und Schwarzenberg gerieth in Folge der bei dem Thronwechsel ausgebrochenen Militärverschwörung, freilich ganz ohne sein Verschulden dadurch in Verlegenheit, daß einer der Betheiligten, der ihm befreundete Fürst Sergius Trubetzkoi in seiner Wohnung Zuflucht suchte. Doch blieb dieser Zwischenfall ohne ernstere Folgen für Schwarzenberg; erst ein Jahr später verließ er St. Petersburg und wurde in verschiedenen Stellungen verwendet, bis er im Jahre 1828 zu Esterhazy nach London kam. Hier knüpfte er ein ernstes Verhältniß mit einer reizenden, aber höchst excentrischen Frau, Lady Ellenborough an, welche seine Neigung so leidenschaftlich erwiederte, daß sie ihm, als er nach Paris versetzt wurde, ihren Gatten verlassend, dorthin nachfolgte. So großes und unliebsames Aufsehen erregte dieses Ereigniß, daß Schwarzenberg auch in Paris nicht länger haltbar erschien. Während es aber gar Manchem in seiner Laufbahn empfindlich geschadet hätte, war bei Schwarzenberg hievon nichts zu bemerken, sondern gerade das Gegentheil trat ein. Eine doppelte Beförderung, zum Legationsrath und zum Major, sowie seine Zutheilung zur Gesandtschaft in Berlin bewiesen genugsam, daß man an ihn nicht den gleichen Maßstab anlegte, wie an Menschen von geringerer Herkunft. Und im September 1833 wurde er ohne Rücksicht auf das, was etwa gegen ihn gesagt werden konnte, zu der beabsichtigten Mission an den König von Holland erkoren.

Dieser hatte zu jener Zeit das sechzigste Lebensjahr schon überschritten. Frühzeitig mit Wilhelmine Louise, der hochgesinnten Tochter des Königs Friedrich Wilhelm II. von Preußen vermält, that sich der damalige Prinz Wilhelm von Oranien in den Revolutionskriegen gegen Frankreich durch persönlichen Muth und unerschütterliche Ausdauer glänzend hervor. Aber wie so oft an und für sich lobwürdige Eigenschaften sich durch Uebertreibung in schädliche verwandeln, so war es auch mit dieser Ausdauer des Prinzen Wilhelm der Fall. Schon als er, durch die Ereignisse der Revolutionszeit aus den Niederlanden vertrieben, Fulda als Besitzthum erhielt, wurde zwar sein Eifer in der Verwaltung dieses kleinen Landes gepriesen, sein unbeugsamer Starrsinn aber zum Sprichwort gemacht. Durch Na-

poleon auch aus Fulda, wie später aus Nassau verdrängt, blieb er unerschütterlich in seinem Widerstande gegen ihn. Nach der Jenaer Schlacht in französische Gefangenschaft gerathen und später wieder aus ihr entlassen, trat er in österreichische Dienste, kämpfte neuerdings unglücklich bei Wagram und lebte dann theils in Berlin und theils in England, bis er endlich in Folge der Niederwerfung Napoleons die neugeschaffene Königskrone Hollands auf sein Haupt setzen durfte.

Auch als Monarch dieses Landes legte er die guten wie die weniger erfreulichen Eigenschaften, die er bisher gezeigt hatte, gleichmäßig an den Tag. Mit rastlosem Eifer widmete er sich der Ausübung seiner Regierungspflichten, aber er wollte sie auch allein und nach seiner eigenen Auffassung ohne Zulassung eines Einflusses oder gar einer Einsprache Anderer erfüllen. So geschah es, daß ein an und für sich wohlwollendes Regiment nach und nach den Anschein eines absolutistischen, eines willkürlichen gewann.

Ein Mann von der Denkungsart des Königs von Holland konnte sich nur angenehm berührt fühlen, daß eine militärische Persönlichkeit, ein Sprößling einer der vornehmsten österreichischen Adelsfamilien es war, der ihm die Botschaft der drei verbündeten Monarchen, der Schutzherren der Legitimität in Europa überbrachte. Die zaudernde Pedanterie des preußischen Ministers Ancillon war Schuld, daß Schwarzenberg nicht so rasch, als man in Münchengrätz es gewünscht hatte, sich nach dem Haag verfügen konnte. [1]) Erst am 9. October traf er daselbst ein, und nicht früher als zwei Tage später konnte er bei dem Könige, welchem dessen Minister die Verhandlung mit Schwarzenberg ausschließlich vorbehalten zu müssen erklärten, Audienz erlangen, um ihm die an ihn gerichteten identischen Schreiben der drei Monarchen zu überreichen.

Einen eigenthümlichen Anblick muß es dargeboten haben, als die hohe und schlanke, vornehme, aber etwas steife Gestalt des noch jugendlichen Uhlanenmajors, der damals erst drei und dreißig Jahre zählte, dem alternden, gleichfalls hochgewachsenen Könige, dessen stattliche Leibesfülle schon fast an die des Königs Friedrich von Württemberg erinnerte, zum ersten Male gegenübertrat. Die langgezogenen, hageren und bleichen, nur wenig beweglichen Gesichtszüge Schwarzenbergs bildeten zu dem vollen, tiefgerötheten Antlitz des

[1]) Schwarzenberg an Metternich. Berlin, 3. und 5. October 1833

Königs, auf welchem jeder lebhaftere Eindruck mit unverkennbarer Leidenschaftlichkeit an den Tag trat, einen nicht weniger auffallenden Contrast. Aber trotz dem zuvorkommenden Empfange, den er bei dem Könige fand, mußte in Schwarzenberg bald die Besorgniß erwachen, seine Mission werde wahrscheinlich ohne den gewünschten Erfolg bleiben.

Allein und ungestört, in vertrautem Zwiegespräche einander gegenüber sitzend, erörterten der König und Schwarzenberg den Gegenstand derselben in eingehender Weise. Fruchtlos versuchte es dieser, seinen heißblütigen Widerpart von den immer von Neuem vorgebrachten Klagen über das was geschehen war, auf dasjenige hinüberzuleiten, was von nun an gethan werden solle. Statt, wie Schwarzenberg verlangte, zur Beendigung der holländisch-belgischen Streitsache seine Mithilfe zuzusagen, sprach der König ganz offen von der Absicht, sie fort und fort zu verzögern, um bessere Zeiten zu erwarten. Denn man könne von ihm nicht verlangen, daß er sich mit gebundenen Händen und Füßen der Londoner Conferenz überliefere, welche von dem ihm so feindselig gesinnten Palmerston geleitet werde, der seinerseits wieder ganz durch van de Weyer umgarnt sei.

Bei dem höchst ungünstigen Bilde, welches der König in fortwährend sich steigernder Erregung von der Beschaffenheit der Conferenz entwarf, kamen natürlich auch Wessenberg und Bülow recht übel weg. Er warf ihnen vor, daß sie, statt seiner sich anzunehmen, ihn bei fast jeder Gelegenheit im Stiche gelassen hätten. Sie stünden ganz unter der geistigen Botmäßigkeit Palmerstons, dessen ungestümes Wesen sie vollständig eingeschüchtert habe. Von dieser Conferenz könne er sich daher auch nichts für ihn nur halbwegs Befriedigendes erwarten. Wenn man ihm nicht bessere Bedingungen als bisher, und zwar solche bewillige, durch welche Holland dessen Forteristenz verbürgt werde, so ziehe er es vor, Hut und Stock zu nehmen und dieses Land zu verlassen, um es nie wieder zu betreten.

Gegen das Ende ihres mehr als zweistündigen Gespräches vermochte zwar Schwarzenberg den König wieder ein wenig zu beschwichtigen, aber zu einer willfährigen Antwort brachte er ihn doch nicht. Während des Verlaufes der Bedenkzeit, welche derselbe verlangte, wurde Schwarzenberg hinreichender Anlaß geboten, sich davon zu überzeugen, daß sowohl die beiden Söhne des Königs als dessen Minister Verstolk und van Zuylen ein Gelingen seiner Mission mit

Lebhaftigkeit wünschten. Aber ihre vereinigten Bemühungen, den König zu bestimmen, Schwarzenberg eine ihn vollkommen befriedigende Antwort zu ertheilen, hatten doch keineswegs den gewünschten Erfolg. Zwar enthielt die Denkschrift, welche Schwarzenberg von der niederländischen Regierung als Bescheid auf seine Begehren zugestellt wurde, das förmliche Versprechen, der König werde bei den Agnaten des Hauses Nassau sowie beim deutschen Bundestage sich um die Ertheilung der Zustimmung zu den luxemburgischen Abtretungen bewerben. Die Zugestehung des ferneren Begehrens aber, welches die Mitwirkung Hollands zu baldiger Beendigung der ganzen Streitsache betraf, wurde an so viele den Einzelnheiten der Differenzpunkte mit Belgien entnommene Vorbedingungen geknüpft, daß in dieser Beziehung die Rückäußerung der holländischen Regierung als eine ausweichende, ja fast als eine ablehnende erschien. Daß sie dieß wirklich war, darüber täuschte sich auch Schwarzenberg nicht, und er nahm daher keinen Anstand, als er den Haag verließ, den Zweck seiner Mission als nur unvollständig erreicht zu bezeichnen.[1])

Wiederholt bestätigt Schwarzenberg in seinen ausführlichen Berichten aus dem Haag, freilich ohne Wessenberg zu nennen, dessen so oft ausgesprochene Ansicht, daß König Wilhelms Starrsinn die Hauptschuld an der Verschleppung dieser Angelegenheit trage, und daß seinem eigenen Lande hiedurch die empfindlichsten, dessen Wohlfahrt ernstlich gefährdenden Opfer auferlegt würden. Aber er meint doch auch, die Londoner Conferenz könnte gleichfalls Einiges zur Beschwichtigung der erbitterten Feindseligkeit beitragen, welche beide Parteien, die Conferenz und der niederländische Hof in einer Weise gegen einander zur Schau trügen, daß hiedurch die Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebniß ihrer Verhandlungen gar sehr beeinträchtigt werde. Daß dem so sei, glaubte er großentheils dem überwiegenden Einflusse Palmerstons auf die unter seinem Vorsitze tagenden Mitglieder der Conferenz zuschreiben zu müssen. Zur Besänftigung dieser gegenseitigen Gereiztheit hielt Schwarzenberg eine versöhnliche Kundgebung der Conferenz für angezeigt, und um eine solche zu veranlassen, wendete er sich an den englischen Geschäftsträger Jerningham im Haag mit der Bitte, in diesem Sinne auf Palmerston zu wirken.

---

[1]) Schwarzenbergs Berichte vom 17., 25. und 27. October. Das holländische Memorandum ist vom 26. October 1833.

Die Antwort, welche hierauf aus London mit dem ausdrücklichen Auftrage an Jerningham einging, sie Schwarzenberg mitzutheilen, schien diesem jedoch dermaßen verletzend zu sein, daß er sich zu einer in die Form eines Schreibens an Wessenberg gekleideten, sehr scharfen Erwiederung veranlaßt sah. Palmerston habe, sagt er darin, ihm ins Gedächtniß zurückrufen lassen, er möge nicht aus den Augen verlieren, daß er mit keiner eigentlichen Unterhandlung betraut sei und durch eine Einmischung in die einzelnen Punkte derselben sich einer Ueberschreitung seiner Instructionen schuldig machen würde. Nur allein in London sei man zu einer Urtheilsfällung über die Einzelnheiten der noch streitigen Punkte befugt. Da weder England noch Frankreich an dem Zwecke seiner Mission unmittelbar betheiligt seien, habe er sich auch nicht als Bevollmächtigter der Conferenz, sondern nur als solcher der drei Ostmächte zu betrachten, welche es für gut fanden, mit dem Könige von Holland in directe Berührung zu treten.

Schwarzenberg verhehlte dem englischen Geschäftsträger sein Erstaunen über den Inhalt der ihm vorgelesenen Depesche Palmerstons nicht. Er vermöge demselben, erklärte er, das Recht nicht zuzugestehen, ihm statt einer Antwort eine Lection zu ertheilen. Hinlänglich kenne er seine Instructionen und fest sei sein Entschluß, sich streng innerhalb ihrer Grenzen zu halten. Die von Lord Palmerston geäußerte Besorgniß vor einer Ueberschreitung derselben scheine ihm daher ganz überflüssig zu sein. Er fühle nicht den mindesten Beruf dazu, sich vor dem englischen Minister rechtfertigen oder ihn über seine Handlungsweise beruhigen zu wollen; er streite ihm vielmehr jede Befugniß zu ähnlichen Ausstellungen von vorneherein ab. Und er rief das Zeugniß Jerninghams an, daß er zu solchen gar keine Veranlassung gegeben habe, was derselbe denn auch kleinlaut, aber bereitwillig zugestand.

„Ich bin gewiß weit davon entfernt zu glauben," schrieb Schwarzenberg hierüber an Wessenberg, „daß mir in meinem Alter und in Anbetracht der geringen Geschäftserfahrung, die ich mir bisher zu erwerben vermochte, gute Rathschläge nicht ungemein nützlich, ja sogar nothwendig seien. Ich bitte im Gegentheile dringend um solche, aber nur bei denen, welche entweder berechtigt sind, mein Benehmen zu leiten, oder die mir wenigstens wirklich ersprießlichen Rath zu ertheilen vermögen." [1])

[1]) Schwarzenberg an Wessenberg. Haag 21. October.

Ohne Zweifel kam Palmerston, wenn nicht durch Wessenberg, so doch durch Jerningham in Kenntniß der gereizten Aufnahme, die seine Mittheilung bei Schwarzenberg gefunden. Bei der persönlichen Leidenschaftlichkeit, welche Palmerston auch auf seine Behandlung der Staatsgeschäfte in immer steigendem Maße übertrug, und bei dem stolzen Selbstbewußtsein Schwarzenbergs ist es wohl möglich, daß diese Episode nicht wenig beitrug zu der feindseligen Gesinnung, welche beide Staatsmänner gegen einander hegten und in späterer Zeit recht auffällig zeigten.

Wir wissen nicht, ob Fürst Metternich, indem er den Erfolg der Mission Schwarzenbergs nach dem Haag als einen vollständig befriedigenden bezeichnete, sich in einer Selbsttäuschung befand oder ihn nur für einen solchen auszugeben bestrebt war. Hielt er sich in dieser Beziehung nicht gerade streng an das, was ihm von Schwarzenberg berichtet worden war, so folgte er dagegen dessen Andeutungen insofern, als er die österreichischen Mitglieder der Conferenz anwies, bei den nunmehr neuerdings anzuknüpfenden Verhandlungen sich noch wärmer als bisher der Interessen des Königs von Holland anzunehmen und in diesem Sinne besonders auf Palmerston Einfluß zu üben. Denn dessen immer unsteter und herrischer werdende Art, die Geschäfte zu führen, hatte schon seit längerer Zeit das lebhafte Mißfallen des österreichischen Staatskanzlers auf sich gezogen und war von ihm für den trostlosen Gang und die unerträgliche Verschleppung der Verhandlungen wenigstens zum Theile verantwortlich gemacht worden. Insbesondere war es Wessenberg, auf welchen Metternich in diesem Sinne durch ein in freundschaftlichstem Tone gehaltenes Schreiben einzuwirken suchte. „An Sie, mein lieber Baron," sagt er darin, „richte ich diese Zeilen, und ich bitte Sie in ihnen einen Beweis der persönlichen Theilnahme zu erblicken, die ich für Sie hege. Opfern Sie sich nicht fruchtlos, denn das für die gemeinsame Sache am wenigsten nützliche, für Sie selbst aber gefährlichste Opfer bestände in dem Verluste des Vertrauens Ihres Gebieters. Ich verfocht bisher Ihre Sache und werde dieß auch fortan so lang thun, als Sie mir die Mittel dazu darbieten. Um mir aber diese Aufgabe nicht unmöglich zu machen, gehen Sie mit festem und entschlossenem Schritte vorwärts auf den Bahnen, welche zu dem uns erwünschten Ziele führen. Die von der englischen Regierung betretenen Wege können wir jedoch nimmermehr als solche betrachten."

„Fragen Sie nicht," fährt Metternich in seinem Briefe an Wessenberg fort, ob die Ihnen ertheilten Instructionen gut oder mittelmäßig seien, aber befolgen Sie sie pünklichst, nur darin besteht Ihre Verantwortlichkeit. Sollte König Wilhelm wirklich nicht zu Ende kommen wollen, so möge er allein dieses Verschulden auf sich nehmen. Sie müssen sich bemühen, es zu hindern, daß durch die Fehler der Anderen ein solches Spiel noch gefördert werde."

„Nehmen Sie diesen Brief als das, was er ist, als einen freundschaftlichen Rath. Da es nur Ihr eigenes Interesse ist, das ihn veranlaßte, so können Sie ihn nicht zurückweisen." [1])

Wir kennen die Erwiederung Wessenbergs auf das Schreiben Metternichs nicht, werden aber in der Vermuthung kaum irre gehen, daß er in dessen Inhalt nicht allein, wie Metternich sich ausdrückte, einen Rath, sondern auch, was Jener ungesagt ließ, einen erneuerten Tadel erblicken mußte. So wenigstens sah Esterhazy die Sache an, und er scheute sich auch nicht, als er dieß Metternich gegenüber aussprach, hinzuzufügen, daß er nicht wisse, wodurch derselbe veranlaßt worden sein könne. Wessenberg sei ja nach wie vor von der Ueberzeugung durchdrungen, daß seine Pflicht ihm gebiete, den ihm von seiner Regierung zukommenden Weisungen pünktlichst zu gehorchen. [2])

Gewiß entsprach diese Versicherung Esterhazy's vollkommen der Wahrheit, aber es war doch auch wieder nur natürlich, daß die steten Ausstellungen, welche Wessenbergs rastlose Bemühungen zum Theile gerade um dieser Unermüdlichkeit willen von Wien aus erfuhren, auf ihn einen äußerst niederschlagenden Eindruck hervorbringen mußten. Von gewissenhaftester Pflichttreue und von einem Thätigkeitstriebe ohne Gleichen beseelt, war er eben nicht der Mann, um, wie andere Diplomaten es so oft zu thun pflegen, die Hände ruhig in den Schoß zu legen und sich in gemüthlichem Nichtsthun einem behäbigen Wohlleben hinzugeben. Das Gefühl, daß man ihm Unrecht that, lastete schwer auf ihm, und hiezu gesellten sich noch der durch und durch erschütterte Zustand seiner Gesundheit sowie die lebhafte Sehnsucht, wenigstens für einige Zeit dem ihm so lästigen geselligen Leben in London und dem dortigen feuchten und nebligen Clima zu entgehen.

[1]) Metternich an Wessenberg, 10. November 1833.

[2]) Esterhazy an Metternich. London, 25. November 1833.

Endlich lag es in der Natur der Sache, daß die Verhandlungen der Conferenz so bald nicht wieder beginnen würden, denn von der versprochenen Bewerbung des Königs von Holland um die Zustimmung seiner Agnaten zu den luxemburgischen Abtretungen ließ sich ein rascher Erfolg nicht erwarten. Wessenberg bat daher um einen auf fünf bis sechs Wochen berechneten Urlaub, den er in seiner Heimat und im Kreise der Seinigen zubringen wollte. Er gedachte London gegen Ende des Januar zu verlassen und Anfangs März dort wieder zurück zu sein.[1])

Mit der officiellen Antwort, die er auf dieses Gesuch erhielt, hätte Wessenberg wohl Ursache gehabt, zufrieden zu sein. Metternichs Bescheid beschränkte sich darauf, ihm den gewünschten Urlaub mit der ausdrücklichen Bemerkung zu ertheilen, er möge vor seiner Abreise aus London den englischen Ministern und seinen Collegen in der Conferenz aufs deutlichste erklären, es geschehe nur auf sein eigenes Begehren und in Familienangelegenheiten, daß er die Erlaubniß erhalte, für einige Wochen nach dem Festlande zu gehen.[2]) Aber es scheint fast, als ob Wessenberg neben diesem amtlichen Rescripte seiner Regierung auch noch ein in unverbindlichen Ausdrücken abgefaßter Brief Metternichs zugekommen wäre, denn nur so können wir uns die Worte erklären, welche Esterhazy in dieser Sache an den Staatskanzler richtete.

„Mit all der Offenheit, die ich Ihnen schulde," so lauten sie,[3]) „gestehe ich Ihnen, daß ich es in mehr als einer Beziehung bedauern müßte, wenn dieser Urlaub, wie Sie in Ihrem Briefe an Wessenberg sagen, ein definitiver sein würde. Eine so öffentliche und überraschende Kundgebung der Ungnade würde mir nicht allein für den Mann selbst ungemein hart erscheinen, sondern ich müßte sie als schädlich für die Sache selbst und den Endzweck betrachten, den man doch früher oder später erreichen will, wenn man es überhaupt vorzieht, den gordischen Knoten zu lösen, statt ihn zu zerhauen. Wenn ich auch weit davon entfernt bin, mich zum Vertheidiger der Conferenz aufwerfen zu wollen, deren Interessen mit den meinigen keineswegs identisch sind, wenn das Uebermaß an Thätigkeit meines Collegen bei mehr als einer Gelegenheit bedauerliche und seinen guten Ab-

[1]) Wessenberg an Metternich. London, 7. Januar 1834.
[2]) Metternich an Wessenberg, 21. Januar.
[3]) Esterhazy an Metternich. Eigenh. London 7. Februar 1834.

sichten gerade entgegengesetzte Resultate herbeigeführt hat, so ist dieß doch jetzt nicht mehr der Fall. Im Wege der Ueberredung auf die beiden Westmächte einwirken zu wollen, wäre eine ebenso undankbare Aufgabe, als noch ausgiebigere Zwangsmittel gefährlich sein würden. Die Stellung der zwei Regierungen bietet ihnen den Vortheil dar, daß die Unthätigkeit ihnen zum Nutzen gereicht, während wir uns in Thätigkeit setzen müssen, um sie daraus zu verdrängen."

„Ich kann Ihnen mein persönliches Wort verpfänden, daß wir Beide, Wessenberg und ich, nichts verabsäumten, um Palmerston auf Ihre Gesichtspunkte eingehen zu machen. Ich meinerseits habe zu diesem Minister, und noch dazu in einem Tone gesprochen, wie bei keinem früheren Anlasse, indem ich den Gedanken bekämpfte, den niederländischen Bevollmächtigten in eine Verhandlung eintreten zu machen, welche durch die Annahme des von dem Gegner gestellten Ultimatums schon im voraus entschieden sein würde. Niemals, erklärte ich ihm, würde ich Theil nehmen an einem sowohl der Form als der Sache nach so verwerflichen Verfahren."

Wiederholt kam Esterhazy dem Fürsten Metternich gegenüber auf diesen Gegenstand zurück, und mit freimüthigen Worten wies er ihm nach, wie Unrecht es sei, die unbefriedigenden Ergebnisse der Londoner Conferenz einzelnen Persönlichkeiten zur Last zu legen, statt ihren Eifer und ihren allzeit ehrenwerthen Absichten die verdiente Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Gleichzeitig erklärte er sich ganz außer Stande, die bisher zum weitaus größeren Theile von Wessenberg getragene Last der Arbeit, insofern sie sich auf die holländisch-belgische Streitsache bezog, auf seine eigenen Schultern zu nehmen, wozu ihm auch die unerläßliche Vertrautheit mit dieser so verwickelten Angelegenheit fehle. Sie sei also neuerdings Wessenberg, oder, wenn man sich hierauf durchaus nicht einlassen wolle, einer anderen hiezu vollkommen geeigneten Persönlichkeit zu übertragen.[1])

Eine solche ausfindig zu machen, war jedoch nicht leicht, und die Verlegenheit, in welche Metternich hiedurch gerieth, um so größer, als auch Esterhazy sich binnen kurzem wenigstens für einige Zeit aus England entfernen zu können wünschte. Man fing daher am Wiener Hofe an, sich mit dem Gedanken zu befreunden, Wessenberg nochmals nach London zu schicken. Bis es jedoch hiezu kommen könne, werde

[1]) Esterhazy an Metternich, 21. und 28. Februar 1834.

man, schrieb Metternich an Esterhazy, einstweilen den preußischen Bevollmächtigten Bülow mit der Führung der österreichischen Stimme in der Conferenz betrauen.[1])

Mit lebhafter Freude begrüßte Esterhazy die ihm eröffnete Aussicht auf Wessenbergs baldige Wiederkehr nach London. So wie es ihm, schrieb er an Metternich, zu aufrichtiger Befriedigung gereiche, daß es Wessenberg gegönnt sein solle, die letzte Hand an ein Werk zu legen, an welchem er so lange Zeit hindurch gearbeitet habe, so fest sei er davon überzeugt, daß dessen Rückkehr auf die Beendigung der ganzen Angelegenheit nur günstig einwirken könne. Denn Wessenberg habe nicht nur bei den englischen Ministern ihm vortheilhafte Erinnerungen zurückgelassen, seine bleibende Abberufung würde auf sie auch den Eindruck hervorbringen, daß in der bisher von Seite Oesterreichs in dieser Sache befolgten Politik eine vollständige Aenderung eingetreten sei.[2])

Während in solcher Weise zwischen den Fürsten Metternich und Esterhazy der Briefwechsel über Wessenberg hin und her ging, hatte dieser schon lang, und zwar am 15. Februar London verlassen. Die Einzelnheiten seiner Reise zeichnete er in seinem Tagebuch auf, in welchem er mit den Worten, daß es sein Zufluchtsort gegen den Verdruß dieser Welt sei, das Jahr 1834 eröffnete.[3]) „Mit Bedauern entferne ich mich," sagt er darin, „nicht von London und nicht von England, wohl aber von Personen, die mir dort theuer geworden sind, liebenswürdigen und schätzenswerthen Menschen, deren Wohlwollen und Freundschaft mir ungemein wohlgethan haben und welche ich vielleicht niemals wiedersehen werde. Aber ich sehe mich genöthigt, von diesem Nebellande zu scheiden, um mich nicht dort begraben zu lassen."

Bei stürmisch bewegter See legte Wessenberg die Fahrt von Dover nach Calais zurück. „Ich hielt mich tapfer," schreibt er hierüber, „und heftete meine Blicke auf die englische Küste, von der ich mich ungern entfernte; ich konnte sie nicht abwenden von diesen Margaret Cliffs, wo ich öfter als einmal mich in liebenswürdiger Gesellschaft ergangen hatte. Jetzt waren sie durch zwei ungeheure

---

[1]) Metternich an Esterhazy, 14. März 1834.

[2]) Esterhazy an Metternich. London, 27. März 1834.

[3]) Mon journal est mon asyle contre l'ennui de ce monde. Tagebuch. Cahier 56.

Leuchtthürme erhellt, deren Flammen sich geheimnißvoll wiederspiegelten auf der Oberfläche des von den Schatten der Nacht bedeckten Meeres. Ich erwachte erst aus meinen Träumen, als ich in Calais landete, wo die französische Zollbehörde, Dank meinem diplomatischen Charakter, unendlich höflich für mich war. Der Anblick dieser Stadt, ihrer schmutzigen Straßen, ihrer verwahrlosten Häuser bietet gegen England einen abschreckenden Gegensatz dar, welcher noch immer zunimmt, je weiter man vordringt in jenem Lande der Freiheit, welches Frankreich genannt wird."

„Ein Gefühl der Traurigkeit ergriff mich, als ich Frankreich wiedersah. Ich finde dort Symptome des Unbehagens, welche glauben machen, daß der Held, dessen Sturz es so schmachvoll zuließ, das ganze Glück Frankreichs mit sich nahm in die Verbannung. Drei Regierungen sind in kurzen Zwischenräumen auf die seinige gefolgt, jede machte Anstrengungen für die Wohlfahrt des Volkes, aber keiner gelang es, ihm den Frieden zu geben. Theuer hat Frankreich es bezahlt, daß es im Augenblicke des Unglücks den Mann verließ, der es der Anarchie entrissen und in die vorderste Reihe der civilisirten Völker gestellt hat. Es verlangte Freiheiten von ihm, während er der Arme bedurfte, um seine Unabhängigkeit zu retten. Die Franzosen zur Zeit der Johanna d'Arc handelten nicht ebenso gegen Karl VII., obgleich derselbe einen Napoleon bei weitem nicht aufwog. Die von diesem besiegten Völker benahmen sich gleichfalls anders gegen ihre Souveräne. Die Oesterreicher, die Preußen, von den Franzosen mit Verachtung überhäuft, blieben gleichwohl ihren Monarchen unerschütterlich treu, das Unglück schwächte ihre Vaterlandsliebe nicht und schweigend bereiteten sie die ihnen verbleibenden Hilfsmittel für den Augenblick der Rache vor, der dann auch nicht lang auf sich warten ließ. Aber seien wir gerecht. In Frankreich ist es nicht die Armee, die ihren Führer verrieth und verließ; sie blieb ihm treu, selbst nachdem sie in Folge ihrer Verringerung ohnmächtig geworden war. Nicht das Heer, sondern die durch ihre Repräsentanten entmuthigte und irregeführte Nation war es, welche die nothwendigen Verstärkungen verweigerte und um jeden Preis nach dem Frieden verlangte, während es darum sich handelte, sich zu schlagen und bis auf den Tod zu schlagen, um einen ehrenvollen Frieden zu erhalten. Die Pariser sind es, die Männer, welche von Napoleon mit Wohlthaten überschüttet worden waren, die nach der Gewalt lüsternen

Talleyrand und Genossen, welche einen erniedrigenden Frieden unter den Mauern des Montmartre einem edlen und heldenhaften Widerstande vorzogen."

„Ich muß bemerken, und die Geschichte wird Kenntniß davon nehmen, daß in dem großen Schiffbruche, welcher das Reich Napoleons verschlang, die Lothringer allein eine Ausnahme machten; sie aber sind deutschen Geschlechtes. Wenn nach dem Beispiele der muthvollen Bewohner der Departements der Mosel, der Meurthe und der oberen Saone die Bretonen und die Normannen aufgestanden wären und sich auf die Nachhut und die Verbindungen des Feindes gestürzt hätten, so wäre wenigstens Frankreichs Ehre gerettet und nicht in der schmachvollsten Weise, von der die Annalen der Völker erzählen, befleckt worden. Niemals hat eine Nation sich auf den Trümmern ihres Ruhmes so erniedrigt, wie die französische im Jahre 1814."

„Diese Gedanken erfüllten meine Träume während der Nacht, die ich in Calais zubrachte. Traurig erwachte ich, und obgleich ein Fremder, entrüstet über die Erniedrigung Frankreichs und dessen Verfall."

Ueber Arras, Cambrai, St. Quentin, Rheims und Chalons durchreiste Wessenberg Frankreich, das auf dieser ganzen Fahrt einen im Vergleiche zu England traurigen und ärmlichen Eindruck auf ihn hervorbrachte, bis St. Dizier, wo er durch vier Tage ernstlich krank lag. Eigenthümlich ist es, daß ihm dieses schwere Unwohlsein gerade an dem Orte zustieß, der ihm durch das lange Gespräch, das er daselbst mit Napoleon gepflogen, unvergeßlich geworden war.

In ausführlicher Weise verbreitet sich Wessenberg in seinem Tagebuche über die Erinnerungen, die sich für ihn an St. Dizier knüpften, und neuerdings geschieht dieß in Betrachtungen, welche für Napoleon nur günstige waren. Insbesondere rühmt er die persönliche Zuvorkommenheit, welche ihm dieser bis zum letzten Augenblicke ihres Zusammenseins bewies.

Am 24. Februar verließ Wessenberg St. Dizier und begab sich über Nancy nach Straßburg, wo er nur wenige Stunden verweilte. Denn er war, wie er selbst erzählt, von Ungeduld erfüllt, so rasch als nur immer möglich den Boden Deutschlands wieder zu betreten. Endlich, am Frühmorgen des 28. Februar sah er die schlanke, hoch in die Luft aufragende Thurmspitze des Freiburger Domes vor sich. Die süßesten Jugenderinnerungen tauchten in ihm auf, und ihm

schien es, als ob die Thurmspitze ihn einlade, sein bisher so bewegtes Leben in ihrer Nähe ruhig zu beschließen. Wenige Minuten später befand er sich nach mehr als dreijähriger Trennung wieder inmitten der Seinigen.

Etwa drei Wochen hindurch verweilte Wessenberg in Freiburg, als er dort ein in verbindlichen Ausdrücken abgefaßtes Schreiben Metternichs empfing.[1]) Wohl in Folge seines mit Esterhazy gepflogenen Briefwechsels richtete der Staatskanzler an Wessenberg die Aufforderung, sich nicht vor Empfang einer neuen Weisung aus Wien nach London zurückzubegeben. Denn bei der bevorstehenden Entfernung Esterhazy's von dort sei es besser, die Thätigkeit der Conferenz durch die Abwesenheit beider österreichischen Bevollmächtigten unterbrochen, als diese der Willkür der Cabinete von London und von Paris preisgegeben zu sehen.

„Ich begreife es," mit diesen Worten schließt Metternich sein Schreiben, „daß Sie sich des Ihnen gegönnten Augenblickes der Ruhe wahrhaft erfreuen. Nirgends ist dieselbe süßer als auf dem Lande, und gerade dieses Glück wird mir am allerseltensten zu Theil."

Die in diesem Briefe wenigstens für eine spätere Zukunft in Aussicht gestellte Weisung, nach London zurückzukehren, wurde jedoch niemals an Wessenberg erlassen. Zwar ungestört, aber man muß es zugestehen, nicht ganz freiwillig setzte derselbe von nun an sein Stillleben in Freiburg fort, und es fehlt nicht an Anzeichen, daß er gern wieder in seine frühere Stellung in London zurückgekehrt wäre. Seine hierauf abzielenden Andeutungen[2]) scheinen jedoch nur taube Ohren gefunden zu haben, und auch der im Jahre 1835 erfolgte Tod des Kaisers Franz führte nicht etwa die Wiederverwendung Wessenbergs, sondern ganz im Gegentheile dessen Versetzung in den bleibenden Ruhestand herbei. Dennoch mochte es ihm zu wehmüthiger Genugthuung gereichen, ein Augenzeuge zu sein, wie der Verlauf der Angelegenheit, der er, ohne Dank hiefür zu ernten, so viele Zeit und seine beste Kraft gewidmet hatte, seinen eigenen Vorhersagungen mehr als denen Metternichs entsprach. Denn noch länger als vier Jahre hindurch verstand es König Wilhelm, die Beilegung der holländisch-belgischen Streitsache hinauszuziehen, bis endlich, wie Wessen-

[1]) Vom 17. März 1834.

[2]) Wessenberg an Metternich. Feldkirch im Breisgau, 17. und 18. Aug. 1834.

berg immer prophezeit und Metternich allzeit geleugnet hatte, sein eigenes Volk ihn trotz seinem Widerstreben hiezu zwang.

Durch die in London am 19. April 1839 abgeschlossenen Verträge geschah dieß, und es gereichte Wessenberg zur Freude, daß ihm Palmerston noch am Tage ihrer Unterzeichnung deren Zustandekommen im Namen der englischen Regierung mit den schmeichelhaftesten Ausdrücken der Anerkennung für den so wesentlichen Antheil, der ihm an der Durchführung dieser ebenso wichtigen als langwierigen Angelegenheit gebühre, zur Kenntniß brachte. Wenn Wessenberg sich beeilte, diesen ihm von englischer Seite zu Theil gewordenen Beweis schmeichelhafter Aufmerksamkeit dem Fürsten Metternich mitzutheilen, so verabsäumte er es nicht, ihm gegenüber nicht so sehr seine eigenen Verdienste als die der Conferenz neuerdings in glänzendes Licht zu stellen. Man werde von ihr nicht mehr behaupten dürfen, sagte er, zurückgewichen zu sein vor der Revolution. Sie habe sich ihr vielmehr kühn entgegengestellt und nicht nur deren weitere Ausdehnung verhindert, sondern sie auch gezwungen, einem neuen System der Ordnung und der Legalität Raum zu gewähren. Holland habe sie vor der Ueberfluthung durch den Aufruhr, Belgien aber vor der Eroberung durch Frankreich oder vor der Theilung gerettet. Und was ihn selbst angehe, so könne er nicht völlig verbergen, wie sehr es seiner Eigenliebe schmeichle, daß man seine zu Ende des Jahres 1833 ausgearbeiteten Vorschläge für die Behandlung der Schiffe auf der Schelde fast buchstäblich in die neue Vereinbarung aufgenommen habe. Die hiedurch festgestellte Freiheit der Schifffahrt auf diesem Strome sowie auf den übrigen Flüssen sei ein Ruhmestitel, den Oesterreich mit Recht für sich in Anspruch nehmen dürfe. Denn sie sei ja bisher die einzige Freiheit, aus welcher die Völker Nutzen zu ziehen vermöchten. [1])

Es begreift sich leicht, daß der Inhalt dieses Briefes dem Fürsten Metternich nicht mundete. „Seine Durchlaucht," schreibt Wessenberg hierüber in sein Tagebuch, [2]) hat mich keiner Silbe der Antwort gewürdigt, vielleicht aus Eifersucht über den edelmüthigen Vorgang der englischen Regierung gegen mich. Schon 1831 behauptete Jemand, der Vertrag vom 15. November jenes Jahres besitze in Metternichs

---

[1]) Wessenberg an Metternich, 13. Juni 1839.

[2]) Tagebuch, Cahier 68.

Augen nur den einzigen Fehler, daß er nicht von ihm unterzeichnet worden sei."

So wie für die Londoner Conferenz im Allgemeinen, so trat Wessenberg auch für das Benehmen der österreichischen Bevollmächtigten bei derselben jederzeit mit Lebhaftigkeit ein. „Nichts haben sie unversucht gelassen," sagt er von ihnen, „um ein voreiliges Aufhören des Einverständnisses zu verhindern, von welchem noch kurz vorher die Sicherheit Europa's abgehangen hatte. Sollte einst eine unparteiische Geschichte der Londoner Conferenz erscheinen, so wird kund werden, wie viel Muth, Geduld, Ausdauer, Selbstverleugnung und unermüdete Thätigkeit nöthig waren, um aus dem Chaos der Leidenschaften und der vielseitig sich widerstrebenden Interessen einen Weg zu einem geregelten Zustande zu bahnen, und wie grundlos alle die Beschuldigungen sind, welche gegen die Conferenz deren Neider oder die Feinde der Ordnung vorzubringen sich erlaubten."

„Was übrigens am deutlichsten zu ihren Gunsten spricht, ist, daß nicht einer ihrer Gegner oder ihrer Kritiker auch nur von fern angedeutet hat, auf welche Art die schwierige Aufgabe der Conferenz besser und für die Menschheit und die Wohlfahrt der Völker ersprießlicher hätte gelöst werden können, als geschehen ist." [1])

Mehr als anderthalb Decennien vergingen, da bot ein eigenthümliches Zusammentreffen sehr schwerer Unglücksfälle, welche über den damals schon in hohem Greisenalter stehenden Freiherrn von Wessenberg kamen, einem anderen Hauptbetheiligten bei den belgisch-holländischen Streitsache, dem Könige Leopold den offenbar gern benützten Anlaß dar, ihn mit dankbaren Worten an seinen Antheil an jener Verhandlung zu erinnern. Am 28. Mai 1856 richtete er mit eigener Hand das folgende Schreiben an Wessenberg:

„Meine liebe Excellenz,

Meine Absicht war, mich einmal wieder Ihrem Andenken zurückzurufen, als ich Ihren so ungemein wohlwollenden Brief vom 19. dies. erhielt. Vor allen Dingen muß ich Ihnen aussprechen, wie sehr es mich bekümmert, daß so viel Unheil Sie heimgesucht hat; Eines allein wäre schon zu viel gewesen, und nun vereinigt ist es doppelt schmerzlich. Gerade um diese Zeit, 1811, sah ich Eure Excellenz zu München und ward schon damals ungemein wohlwollend

[1]) Die Conferenz in London. Tagebuch, Cahier 46.

von Ihnen behandelt; welche Peripetien hat nun unsere alte Erde seitdem erlebt. Nun ist es ein Vierteljahrhundert, daß wir die schwierige Frage der hiesigen Complication gelöst haben, und Sie haben bedeutend dazu beigetragen und selbst dafür zu leiden gehabt; doch muß es Sie freuen, etwas begründet zu haben, was selbst die heftigsten Stürme ertragen und überwunden hat. An Ihren liebenswürdigen Bruder denke ich oft, denn unsere kirchlichen Verhältnisse sind nicht ohne Grund ein Gegenstand großer Befriedigung für mich. Ich schrieb oft an Metternich, daß es eine wichtige Sache sein werde, was aus einer freyen catholischen Kirche ins Leben treten werde."

„Möchten diese Zeilen doch Eure Excellenz wohl finden; Ihre Gesundheit findet eine große Stütze in dem tüchtigen Geist, der Sie belebt. Empfangen Sie auch den Ausdruck meiner herzlichsten Gefühle, die unwandelbar sind.

Leopold."

„Laeken, den 28. May 1856."

Dieser Brief des Königs an Wessenberg bezeugt nicht allein, wie sehr er ihn schätzte. Ganz in deutscher Sprache und mit deutschen Buchstaben geschrieben, wird er auch als ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung gelten dürfen, Leopold sei in der späteren Zeit seines Lebens seiner deutschen Muttersprache kaum mehr mächtig gewesen.

X.

Stillleben in Freiburg.

Wessenbergs Versetzung in den bleibenden Ruhestand schloß eigentlich für ihn eine dreifache Kränkung in sich. Eine solche lag vorerst darin, daß sie ohne sein Zuthun, ja sogar ohne sein Vorwissen erfolgte. Die mit ihr verbundene ansehnliche Schmälerung seiner Bezüge konnte für ihn ebenfalls nicht gleichgiltig sein. Am empfindlichsten aber mochte es ihn treffen, daß sich an die ihm zukommende Mittheilung dieser Verfügung kein einziges Wort der Anerkennung für seine Dienstleistung knüpfte, welche insbesondere während der Zeit seines letzten, mehr als dreijährigen Aufenthaltes in London eine wahrhaft aufreibende gewesen war. Wenn auch tief hievon ergriffen, ließ er doch gegen Außen hin keine Klage vernehmen, sondern fügte sich schweigend in das, was ihm auferlegt worden. Für sich selbst aber brachte er hierüber folgende Worte zu Papier:

„Die Eilfertigkeit, sich meiner als eines unbequemen Mannes zu entledigen, kennzeichnet sich durch die Kälte des Tones, in welchem das betreffende Rescript abgefaßt ist. Gar mancher Andere würde gegen eine so übel begründete und so schlecht verhüllte Ungnade Einsprache erheben. Ich für meinen Theil aber halte es für würdiger, für vernünftiger und klüger, nichts als eine ruhige Ergebung zu zeigen, denn diese Haltung scheint mir weit edler und für mich selbst rechtfertigender zu sein, als wenn ich meine Beschwerden in allen Salons und Vorzimmern zur Schau trüge. Ich beschränkte mich somit darauf, dem Fürsten Metternich den Empfang seiner Depesche zu bestätigen und ihn zu bitten, Seiner Majestät den Ausdruck meiner tiefen und ehrfurchtsvollen Ergebenheit sowie die Versicherung zu Füßen legen zu wollen, daß ich mich glücklich schätzen würde, dem Kaiser die mich beseelenden Gefühle unverbrüchlicher Treue und unermüdlichen Dienst-

eifers, welche ich während einundvierzig Jahren durch meine Haltung unter der Regierung seines Vorgängers bethätigte, gleichfalls beweisen zu können. Ich habe keinen Anlaß, mich dieser Haltung zu schämen, denn ich hege das Bewußtsein, insbesondere in der letzteren Zeit nach meinen besten Kräften und nicht ohne Erfolg zur Bewahrung des Friedens, vor dessen befürchteter Störung ganz Europa erzitterte, sowie der conservativen Principien beigetragen zu haben. Ich befand mich in einer der peinlichsten Krisen, welche jemals die gesellschaftliche Ordnung bedrohten, dreihundert Meilen weit von meinem Hofe entfernt, ohne Instructionen, meinem eigenen Urtheil anheimgegeben, in der Gefahr, bloßgestellt und gemißbilligt zu werden, mit einer ungeheuren Verantwortlichkeit belastet und ohne alle Aussicht auf eine Belohnung. Die Art, in der ich dazu behilflich war, diese Aufgabe zu lösen, ist in den Annalen der Geschichte niedergelegt; meine Unterschrift befindet sich unter den Staatsakten, welche die Aufrechthaltung der politischen Ordnung in Europa wenigstens verlängern. Unser Welttheil blieb in Frieden, die Verträge aufrecht, glücklich triumphirte die Diplomatie über sehr große Schwierigkeiten, indem sie unter den fünf Großmächten eine Eintracht herstellte, an welcher schließlich alle ehrgeizigen Versuche und alle Anstrengungen der Revolutionspartei scheiterten. Europa begleitete die Erfolge der Diplomatie mit seinem Beifall, und von denen, die seither ihr Werk zu tadeln unternahmen, hat noch keiner gezeigt, in welcher Weise er die ihr gestellte Aufgabe besser zu lösen im Stande gewesen wäre." [1])

Der Umstand, daß Wessenbergs Versetzung in den Ruhestand nicht noch bei Lebzeiten des Kaisers Franz, sondern erst nach dessen Tode und zwar ziemlich unmittelbar nach demselben erfolgt war, mußte gleichsam von selbst den Gedanken in ihm erwecken, daß er in dem Kaiser, so viel ihm auch über dessen Unzufriedenheit mit seiner Haltung in London gesagt worden sein mochte, doch einen Schutzherrn besessen habe, bei welchem eine harte Maßregel gegen ihn nicht durchzusetzen gewesen wäre. Selbstverständlich konnte dieß auf Wessenberg keine andere Wirkung ausüben, als ihn in seiner treuen Verehrung für das Andenken des Kaisers Franz noch zu bestärken. Wie lebhaft diese Empfindung in ihm war, dafür findet sich der beste Beweis in den Worten, welche Wessenberg gleich nach

[1]) Wessenbergs Aufsatz, betitelt: „Ma retraite". Cahier 56.

Empfang der Todesnachricht, somit noch vor seiner Pensionirung in sein Tagebuch schrieb. „Der Verlust eines Fürsten,“ so lauten sie, „welchem man aus mehr als einem Grunde länger als vierzig Jahre hindurch anhänglich gesinnt war, ist ein unwiederbringlicher; man meint mit ihm gestorben zu sein.“ Und das gleiche Gefühl leitete ihn auch, als er nach dem Erscheinen des Werkes, welches Bignon, sein ehemaliger französischer College in Kassel, über die Geschichte der Diplomatie Frankreichs von 1792 bis 1815 herausgab, es unternahm, eine darin [1]) enthaltene Schmähung des Kaisers Franz zu widerlegen. Die Wärme der Empfindung, mit der er dieß that, zeigt, daß das, was er zu Gunsten des Kaisers sagte, ihm wirklich vom Herzen kam.[2])

Da man nicht die entfernteste Andeutung über die Art und Weise besitzt, in welcher Wessenbergs ihn so tief kränkende Versetzung in den Ruhestand herbeigeführt wurde, so kann man sich darüber nur in Vermuthungen ergehen. Unter ihnen scheint keine begründeter als die zu sein, daß diese Maßregel durch Metternich hervorgerufen wurde. Denn er war ja der unmittelbare Vorgesetzte des österreichischen diplomatischen Corps, zu welchem Wessenberg gehörte, und in jenem Augenblicke, nach dem Tode des Kaisers Franz, unbeschränkter als je in der Leitung des ihm untergeordneten Departements. Gleichwohl findet sich keine Spur einer persönlichen Verstimmung, die zwischen Metternich und Wessenberg geherrscht hätte, und der zuvorkommende Empfang, welchen dieser bei dem Staatskanzler fand, als er zwei Jahre später, im Juni 1837, Wien besuchte, deutet ebenfalls nicht auf eine solche hin.

Wir kennen die Ursachen nicht, welche Wessenberg zu einer Reise bestimmten, von der er selbst sagt, daß er sich nur äußerst widerwillig zu ihr entschloß.[3]) Sein Tagebuch über dieselbe ist reich an interessanten Bemerkungen über die Städte, die er berührte, und über die Gegenden, durch die er kam. In Innsbruck geräth er über das prachtvolle Grabmal des Kaisers Maximilian I. in Entzücken, aber noch weit mehr fühlt er sich von dem Standbilde Andreas Hofers ergriffen, welches Kaiser Franz diesem treuen Streiter für das Recht Oesterreichs auf Tirol dort setzen ließ. Wiederholt kehrt

---

[1]) Bd. X. S. 115.

[2]) Gedruckter Aufsatz Wessenbergs. L'Empereur François. Ohne Druckort und Jahr.

[3]) „jamais je n'ai entrepris un voyage tant à contre-coeur.“ Cahier 61.

er zu diesem Monumente zurück, um es immer wieder zu beschauen, aber auch die tiefstempfundene Theilnahme an dem tragischen Ende des so schmählich Hingeopferten kann sein Urtheil über den Mann nicht beirren, welchem Hofers Hinrichtung zur Last fällt. „Ohne Zweifel kannte Napoleon," sagt Wessenberg hierüber, „die Geschichte dieses ebenso selbstaufopfernden als tapferen Kämpfers nicht, denn nie hätte er es wollen können, daß ein so ehrenwerther, aber gleichzeitig auch so ohnmächtiger Gegner wie dieser in den Laufgräben von Mantua zum Tode geführt werde. Gegen einen solchen Feind Großmuth zu üben, wäre ja für den Helden von Marengo nur ein neuer Ruhmestitel geworden."

In Salzburg bedauert es Wessenberg, die Stadt so verödet zu finden. Früher habe sie aus dem Aufenthalte des Erzbischofs und eines reichen Domcapitels ansehnliche Geldzuflüsse bezogen, für welche die schwache österreichische Garnison jetzt nur einen sehr geringen Ersatz biete. In Wels erinnert er sich an den siebenwöchentlichen Aufenthalt, den er dort im Jahre 1800 mit dem Hauptquartier des Erzherzogs Johann machte. Damals sei, sagt er aus diesem Anlasse, die ganze steinige Ebene in nächster Nähe dieser Stadt noch unfruchtbar gewesen, während er sie jetzt zu seiner Freude urbar gemacht und fruchttragend sah.

In Wien galt sein erster Besuch dem Fürsten Metternich, der ihn aufs freundschaftlichste empfing und schon in seinem ersten Gespräche mit ihm einen Ton anschlug, der hart an Vertraulichkeit streifte. Er fand ihn in großer Besorgniß vor den wahrscheinlichen Wirkungen des als nahe bevorstehend betrachteten Todes des Königs Wilhelm IV. von England und voll Zuversicht in die Erfolge des Prätendenten Don Carlos in Spanien.

Von nun an war Wessenberg während seines Aufenthaltes in Wien ein häufiger Gast im Hause des Staatskanzlers, in welchem er stets eine ebenso zahlreiche als vornehme, aber trotzdem recht buntscheckig zusammengesetzte Gesellschaft traf. Ihr gegenüber ist Wessenberg je nach den Eindrücken, die er in sich aufnimmt, ebenso freigebig mit seinem Lobe als nicht zurückhaltend mit seinem Tadel. So nennt er die Herzoge von Polignac, von Blacas und von Alcudia, die er dort gleichzeitig sah, ein seltsames Trio. Polignac sehe man nicht an, daß er siebzehn Jahre seines Lebens in Gefängnissen zubrachte, und er scheine weit von dem Bewußtsein all der Thorheiten

entfernt, die er begangen. Blacas gleiche einem Fleischer, und Alcudia sei ebenso wie die zwei Anderen eine jener Nullitäten, welche zu Europa's Unglück geboren wurden.

So wenig sympathisch als diese Männer, so sehr war ihm dieß der päpstliche Unterstaatssecretär Monsignore Capaccini, den er schon in London gekannt hatte und jetzt bei Metternich wieder fand. Wessenberg nennt ihn einen der aufgeklärtesten Prälaten im Dienste des heiligen Stuhles, und er freute sich der Vorurtheilslosigkeit seiner Anschauungen. Capaccini schien es zuzugestehen, daß die Verwaltung des Kirchenstaates nicht mehr in dem verrotteten Zustande belassen werden dürfe, in dem sie sich befinde. Aber in Rom, sagte er selbst, wolle man nicht einsehen, daß nicht allein die Menschen, sondern auch die Dinge durch die Gewalt der Zeitumstände geändert worden seien. Früher war es der päpstliche Hof, der mit den reichen Einkünften, die er aus allen katholischen Ländern zog, das römische Volk unterhielt. Jetzt sei es das letztere, insbesondere das der Provinzen des Kirchenstaates, welchem diese Leistung für die Curie obliege. Das aber bedinge gleichsam von selbst eine völlige Veränderung der bisherigen Verwaltung.

Noch weit lebhaftere Aufmerksamkeit als diesen Fremden brachte Wessenberg den Einheimischen in Wien, insbesondere den Höchstgestellten unter ihnen, den Mitgliedern der kaiserlichen Familie entgegen, die ihn insgesammt mit der ihnen eigenen Leutseligkeit aufnahmen. Die Kaiserin Witwe hatte er schon in München und zwar noch zu der Zeit gekannt, in der ihr, die sich damals in recht unglücklicher Lage befand, auch nicht von fern die Aussicht auf eine Kaiserkrone winkte. Durch ihre unermüdliche Sorgfalt für das Wohlsein des Kaisers Franz habe sie sich, meint Wessenberg, gerechten Anspruch auf die Dankbarkeit aller guten Oesterreicher erworben.

Ungleich bedeutungsvoller ist das, was Wessenberg über die bei weitem jüngere Stiefschwester der Kaiserin Witwe, die Erzherzogin Sophie, und über deren Gemal, den Erzherzog Franz Karl in sein Tagebuch schreibt. „Dieser junge Prinz," heißt es darin, „hat seit dem Jahre 1830, als ich ihn zum letzten Male sah, sowohl hinsichtlich seiner Kenntnisse als der Leichtigkeit, sich auszudrücken, unendlich gewonnen. Aus seinem Gespräche leuchtet die Theilnahme hervor, die er an den Geschäften nimmt, und man merkt, daß es ihm erwünscht wäre, eine größere Rolle in der Verwaltung der Monarchie

zu spielen. Gewiß würde man gut daran thun, diesen jungen Prinzen voll eifrigen Strebens etwas mehr in den Vordergrund zu stellen, denn er ist einmal der Erbe der Krone und es steckt eine gute Anlage in ihm. Seine Gemalin, die Erzherzogin Sophie, die mich am gleichen Tage empfing, ist ebenfalls noch liebenswürdiger und geistig bedeutender geworden. Schön, leutselig, voll Verstand, besitzt diese Prinzessin Alles, dessen sie bedarf, um zu gefallen und die Menschen für sich einzunehmen, die sich ihr nähern. Möge sie sich nur niemals von dem Gedanken einer gewissen Ausschließlichkeit beherrschen lassen und nie den Einflüsterungen einer Hofpartei den Vorzug einräumen vor den Anforderungen einer gesunden Politik! Möge sie sich daran gewöhnen, die Dinge von einem erhabenen Standpunkte aus und im Zusammenhange mit den wahren Interessen der Monarchie zu betrachten, und sie kann der huldigenden Zustimmung des aufgeklärten Theiles der Nation gewiß sein. Ich rechne es unseren Prinzessinnen nicht zum Verbrechen an, daß sie die neue Regierung in Frankreich nicht lieben. Aber es würde von ihrer Seite mehr als Thorheit sein, wenn sie diesen Widerwillen zum Gesetze erheben und ihn als solches zur Schau tragen wollten."

„An dem gleichen Tage," fährt Wessenberg wörtlich fort, „sah ich den Erzherzog Ludwig. Es ist schwer, unterrichteter, bescheidener und selbstloser zu sein als dieß die Prinzen des Hauses Oesterreich sind. Ohne Zweifel kennt Erzherzog Ludwig die österreichische Monarchie und Alles, was mit ihrer Verwaltung zusammenhängt, besser als irgend Einer der Minister. Lange Jahre hindurch besaß er das volle Vertrauen des verstorbenen Kaisers und es hing nur von ihm ab, alle Gewalt in seinen Händen zu vereinigen und der Stellvertreter des gegenwärtigen Monarchen zu werden. Trotz seiner Ueberlegenheit, trotz der allgemeinen Meinung, die ihn insbesondere aus dem Grunde an der Spitze der Regierung sehen wollte, weil Erzherzog Karl sich durchaus weigerte, in die vorderste Reihe zu treten, zog er es vor, nichts als der erste Secretär des Staates zu sein. Ohne Zweifel gereicht dieß seinem Charakter zur Ehre, dennoch ist es abträglich für den Staat, der eines so unterrichteten, so uneigennützigen und der Nation so ergebenen Dictators bedurft hätte, wie dieser Prinz es sein würde."

Den 4. Juli brachte Wessenberg, einer Einladung des Erzherzogs Karl folgend, bei ihm in seinem Lustschlosse Weilburg nächst Baden

unfern von Wien zu. „Dieser ausgezeichnete Prinz," sagt er hierüber, „mein wohlwollender Gönner seit fast vierzig Jahren, empfing mich mit aller Herzlichkeit eines alten Freundes. Er schien fast gerührt über meine Beeiferung, ihm meine Huldigung darzubringen, und er dankte mir dafür zu wiederholten Malen. Ich sah, daß es ihm willkommen war, sein Herz einem alten Bekannten gegenüber ausschütten zu können, der ihm kein Mißtrauen einflößte. Nach einem langen Gespräche, in welchem wir gar viele Jahre und viele Ereignisse, Menschen und Dinge an uns vorüberziehen ließen, speiste ich mit ihm im Kreise seiner Familie. Die zwei älteren Söhne waren abwesend, der Eine ist in Garnison zu Graz und der Andere in Brünn. Der dritte, Erzherzog Friedrich, ein hübscher junger Mann, steht im Begriffe, in die Marine zu treten. Die zweite Tochter, [1]) ein Kind von elf Jahren, nicht gerade schön, aber lebhaft und geistvoll, nahm zu meiner Rechten Platz und theilte mir mit reizender Naivetät alle von mir gewünschten Details über die ganze Verwandtschaft mit. Dieser Besuch that mir ungemein wohl; an der Seite einer so großen militärischen Berühmtheit vergaß ich die Leere, die mir in der ersten Gesellschaft Wiens bemerkbar geworden war."

„Glaubt man den Fremden, welche während der letzten Jahre in der Hauptstadt Oesterreichs sich aufhielten, so hat die dortige vornehme Welt keine Fortschritte in Liebenswürdigkeit und in gutem Tone gemacht. Trotz meiner Vorliebe für die schönen Wienerinnen kann ich diese Beschuldigung leider nicht in Abrede stellen. In früheren Zeiten wurde Wien mit Recht wegen der zuvorkommenden Aufnahme gepriesen, welche die Reisenden dort fanden, wegen der Gastfreundschaft, die in den hochadeligen Häusern gegen die Fremden geübt wurde, selbst wenn sie nur wenig empfohlen oder empfehlenswerth waren, vor Allem aber wegen des feinen und einnehmenden Betragens der Frauen. Gewiß ist, daß in dieser Beziehung die Gegenwart nicht ganz der Vergangenheit gleicht, ja daß an diese kaum mehr eine Erinnerung besteht. Die Salons sind verschwunden, in denen vor dreißig und mehr Jahren die Jugend sich bildete und den Ton einer erlesenen Gesellschaft annahm. Die Frauen jener Epoche, die noch von der Hofhaltung der Kaiserin Maria Theresia her gute Manieren geerbt hatten, wurden niemals ersetzt, und die,

[1]) Erzherzogin Marie, jetzt die Gemahlin des Erzherzogs Rainer.

welche damals ihre Lernjahre durchmachten und jetzt nur mehr wenig zahlreich sind, leben in stiller Zurückgezogenheit fort. Die jungen Männer, die nun im Vordergrunde stehen, thun sich mit wenigen Ausnahmen nur durch ein wunderliches Gemisch von trotzigem, hochmüthigem und ausschweifendem Benehmen hervor. Gleichwohl ist es erstaunlich, daß es eine solche gesellige Demoralisation in Gegenwart eines Hofes gibt, der durch die Makellosigkeit und die Würde seines eigenen Benehmens sich auszeichnet. Eine vernünftige Strenge von seiner Seite gegen die Tadelnswerthen beiderlei Geschlechtes wäre gewiß nicht vom Uebel."

„Man findet," fährt Wessenberg fort, „ohne allen Zweifel größere Liebenswürdigkeit und eine anziehendere Conversation in den Kreisen, welche man in Wien die zweite Gesellschaft nennt. Hier trifft man auch die bedeutenden Capacitäten der österreichischen Monarchie, und ich habe mich überzeugt, daß deren eine nicht geringe Anzahl vorhanden ist. Ich habe bemerkt, daß die unterrichteteren Männer des Adels gleichfalls mit Vorliebe in dieser Gesellschaft verkehren, denn sie wissen nicht, was sie mit ihrem Verstande und ihren Kenntnissen in der ihrigen anfangen sollen, in der man sich mehr mit Pferden, mit Karten und anderen noch frivoleren Dingen als mit der Literatur und den Wissenschaften abgibt. Im Allgemeinen scheint mir, die hohe Gesellschaft in Oesterreich befinde sich auf einer ganz falschen Bahn. Sie strebt darnach, ihre politische Bedeutung, ihr Uebergewicht aufrecht zu erhalten, indem sie sich den anderen Classen der Gesellschaft gegenüber in einer exclusiven Stellung verschanzt. Aber während sie sich hiedurch isolirt, erleichtert sie ohne Zweifel bei dem ersten revolutionären Ereignisse ihren Sturz. Sie konnte sich so lang als allein zur Herrschaft berufen ansehen, als der Reichthum, der seinem Ursprunge nach ganz vom Grundbesitze herrührt, und die Bildung in ihrem Kreise fast ausschließlich vereinigt waren, aber das ist schon seit langer Zeit nicht mehr der Fall. Heutzutage wetteifert der industrielle Reichthum mit dem, der aus dem Grundbesitze entspringt; die geistige Bildung ist in den mittleren Classen weit mehr als in den hohen verbreitet, und die Unwissenheit findet in den Privilegien der vornehmen Geburt keine Entschuldigung mehr. Die Glücksgüter und die Talente, diese einzig wahren Grundlagen der Macht, finden sich ohne allen Zweifel in viel reichlicherem Maße im Besitze dieser Classe, mit welcher in nähere Verbindung zu treten dem hohen Adel so sehr

widerstrebt. Aus ihr ist auch die Regierung gezwungen, den größeren Theil der begabten Männer zu ziehen, deren sie zur Verwaltung des Staates bedarf. Warum befolgt die österreichische Aristokratie nicht das Beispiel derjenigen Englands, welche unstreitig die am festesten gegründete in ganz Europa ist, denn sie ist schon durch alle Phasen politischer Revolutionen gegangen, ohne etwas von ihrer Macht und ihrem Reichthum zu verlieren. Sie verdankt ihr Heil nur dem Grundsatze, sich ununterbrochen aus den außerhalb ihrer Kaste stehenden großen Vermögen und bedeutenden Talenten zu ergänzen, indem sie alle hervorragenden Capacitäten und Berühmtheiten in sich aufnimmt. So hat sie sich in dem reichen Bürgerthum einen mächtigen Verbündeten geschaffen, und da sie unter ihren Söhnen und Enkeln zahlreiche berühmte Rechtsgelehrte und Kriegsleute sowie nicht wenige sehr reiche Handelsherren besitzt, so ist die englische Aristokratie vor Revolutionen besser als diejenigen geschützt, welche sich aus ihren Adelsdiplomen einen Schild bilden wollen. Weit davon entfernt, die Rechte der Geburt zu verachten, an welche so glorreiche Erinnerungen sich knüpfen, denke ich doch, wie Labruyère schon zur Zeit Ludwigs XIV. dachte, daß, wenn die Geburt auch ein Vortheil ist, so ist sie doch nie ein Verdienst. Möge der österreichische Adel reiflich darüber nachdenken! Wenn er es ablehnt, sich von Außen her durch ehrenhafte Verbindungen zu verstärken, wenn er die Berührungen mit den ausgezeichnetsten Männern aus den übrigen Classen vermeidet, welche doch gleich ihm integrirende Bestandtheile des Staates sind, so wird er vielleicht eines Tages seinen Hochmuth theuer bezahlen müssen. Denn dann wird ihm der Schutz des Hofes wie derjenige der Regierung nur wenig nützen, da diese selbst auf den Beistand jener Männer angewiesen sein werden, von denen sich jetzt der hohe Adel mit einem so lächerlichen Widerwillen entfernt hält."

Nach einem zweiwöchentlichen Aufenthalte in Wien begab sich Wessenberg am 5. Juli nach Marchegg zu dem Fürsten Anton Palffy, der ihm, seitdem er vor mehr als einem Vierteljahrhundert in München unter Wessenberg die diplomatische Laufbahn betreten, ihn hierauf nach London begleitet und ein Jahr später gemeinschaftlich mit ihm jenes denkwürdige Abenteuer in Lothringen bestanden hatte, das sie in persönliche Berührung mit Napoleon brachte, in treuer Anhänglichkeit zugethan war. In Marchegg und auf dem schon jenseits der March, in Ungarn gelegenen Schlosse Malaczka brachte Wessen=

berg in dem Familienkreise Palffy's, der sich dort um dessen hochbetagte blinde Mutter gruppirte und in Palffy's Gemahlin, der ältesten Tochter des letzten Fürsten Kaunitz seinen geistigen Mittelpunkt fand, in höchst angenehmer Weise eine Woche zu. Dann aber ging er über Brünn nach seinem eigenen Gute Diettenitz in Böhmen, in dessen Besitze er sich jetzt auch schon seit drei Decennien befand. Und im Spätherbste kehrte er wieder nach Freiburg zurück, wo er von nun an ausnahmslos jeden Winter verlebte.

In Freiburg besaß Wessenberg ein kleines und einfaches altmodisches Familienhaus [1]) von nur sieben Fenstern Breite; einige Steinstufen führen zur Hausthüre hinauf und der Gesammteindruck, den es hervorbringt, ist der der Zurückgezogenheit und Stille. Hier verlebte er nun seine Tage, äußerlich fast abgeschieden von der Welt, aber doch eigentlich in steter und ununterbrochener Verbindung mit ihr. Ein ausgebreiteter Briefwechsel, eine unausgesetzte Beschäftigung mit neu erscheinenden Büchern, insbesondere auf dem Gebiete der französischen Memoirenliteratur, ausführliche Besprechungen über sie und der eigenen Erfahrung entnommene Berichtigungen ihres Inhaltes, Eintragungen in sein Tagebuch und endlich die Ausarbeitung zahlreicher Aufsätze, die zum Theile in der Ausburger Allgemeinen Zeitung Aufnahme fanden, nahmen seine Zeit so sehr in Anspruch, daß er sich keinen Augenblick beschäftigungslos fand. Ein Gegenstand besonderer Vorliebe aber war es für Wessenberg, Charakteristiken hervorragender Zeitgenossen zu verfassen, die er persönlich gekannt und beobachtet hatte, welche er denn auch meisterlich zu schildern verstand.

Noch in den Jahren seines letzten Aufenthaltes in London, mitten in dem überwältigenden Drange der wichtigsten Staatsgeschäfte hatte er Zeit und Lust gefunden, einen Aufsatz zu schreiben, dem er den Titel gab: Ein Tag des Herrn von Talleyrand in London.[2]) Mit photographischer Genauigkeit schildert er darin die ganz eigenthümlichen, aber unveränderlich sich gleichbleibenden Lebensgewohnheiten des Fürsten, sein Aufstehen zur Mittagszeit, die Umständlichkeit seiner Toilette, die Secretärsdienste, welche seine Nichte, die Herzogin von Dino ihm leistete, die für die französische Botschaft

[1]) Kaiserstraße Nr. 13.

[2]) Cahier 49.

in London eine kaum weniger bedeutungsvolle Rolle spielte als für die russische die Fürstin Lieven. Die Stunden der Ausfahrt, der Besuche, des Diners, Alles ist im voraus bestimmt und wird pünktlich eingehalten, der höchste Werth aber darauf gelegt, daß das Tagewerk sich erst spät nach Mitternacht mit einer endlosen Whistpartie seinem Abschlusse nähere. „Merkwürdig ist," sagt Wessenberg hierüber, „wie dieser so geistreiche, über die gewöhnlichen Dinge so erhabene Mann sich nur wirklich glücklich fühlt, wenn er fünf Stunden nach einander dem Kartenspiel obliegen kann. In London vermag er nur schwer in seinem eigenen Hause zu einer Partie zu gelangen, denn er spielt zu hoch und findet niemals ein Ende. Er sieht sich also genöthigt, sich in den Traveller-Club zu begeben, wo er bis zwei Uhr Morgens verweilt. Nach Hause zurückgekehrt, setzt er sich noch für etwa zwei Stunden zu einem Buche und es geschieht selten, daß er vor vier Uhr zu Bett geht."

Von seinen eigenen Beziehungen zu Talleyrand sagt Wessenberg in diesem Aufsatze kein Wort. Aber aus seinen Briefen und sonstigen Aufzeichnungen wissen wir, daß gerade so wie Talleyrand in seinen Denkwürdigkeiten ein ziemlich geringschätziges Urtheil über Wessenberg fällte,[1]) diesem der damals schon uralte französische Diplomat in keiner Weise sympatisch war und er ihm gründlich mißtraute. Trotz dieser geringen Neigung beider Männer zu einander gab es doch, insbesondere seit Esterhazy's Abreise von London dort kein Haus, welches Wessenberg mit mehr Vorliebe besucht hätte als dasjenige Talleyrands, so stark war der geistige Reiz, welchen der Verkehr mit ihm darbot.

Jahre vergingen und Talleyrand hielt wenige Monate vor seinem im Mai 1838 erfolgten Tode in der französischen Akademie die dort übliche Leichenrede für das letztverstorbene Mitglied dieser Körperschaft, welches gerade der bekannte Graf Reinhard war. Niemand zweifelte daran, daß es Talleyrand nicht so sehr um das Lob Reinhards, der ihm niemals nahe gestanden, sondern vornehmlich darum zu thun war, sich selbst ein Denkmal zu errichten. Deutlich wies hierauf der bemerkenswertheste Theil seiner Rede, und zwar derjenige hin, in welchem er das Bild eines Ministers des Aeußern entwarf, wie er sein soll. „Man glaubt zu träumen," schreibt Wessenberg hierüber,[2])

---

[1]) Mémoires de Talleyrand. III. 402

[2]) Tagebuch. Cahier 68.

„wenn man Talleyrand den guten Glauben als die Grundlage aller Unterhandlungen, als die erste Eigenschaft eines Diplomaten anpreisen hört. Offenbar beabsichtigte er damit nichts als die Welt noch ein letztes Mal irre zu führen, wie er dieß so oft schon gethan hat." Und was die Beziehungen Talleyrands zu Reinhard angeht, so meint Wessenberg, ein so einfacher, bescheidener, uneigennütziger und gewissenhafter Mensch wie dieser habe niemals mit Talleyrand, dem Manne „mit der Stirne von Erz und dem Herzen von Eisen" zu sympathisiren vermocht.

Was Wessenberg nach dem Tode des Kaisers Franz über denselben schrieb, ist bereits erwähnt worden. In eine etwas spätere Zeit, und wahrscheinlich in die nach seiner Rückkehr aus Oesterreich fällt sein Aufsatz über den Erzherzog Karl.[1]) Nach dem was er über ihn schon aus Anlaß seines Besuches in der Weilburg gesagt, kann man auf den Inhalt und den Ton dieser Arbeit schließen. Er beklagt es daß der Erzherzog, der schon in seiner Jugend sich so glänzenden Kriegsruhm erworben, sein Talent, seinen Eifer und seine Vaterlandsliebe bei jedem Anlasse neuerdings erprobt, der sich sowie als Feldherr, auch als Organisator glänzend bewährt habe, nun in der tiefsten Zurückgezogenheit lebe und wie Wessenberg sich ausdrückt, seine Lorbeern vor der Undankbarkeit des Publikums verberge. „Es ist schwer," fährt Wessenberg fort, „größere Bescheidenheit mit mehr Wissen zu verbinden. Man könnte ihm fast einen Vorwurf daraus machen, daß er seinem Ehrgeize keinen höheren Aufschwung gab und für sich nicht die Stellung beanspruchte, zu welcher sein Talent ihn berechtigt. Aber der Geist der Unterordnung und die fast kindlich zu nennende Ehrfurcht vor der obersten Macht im Staate, die ihn beseelen, wurden von seinen Gegnern benutzt, um ihn entfernt zu halten von den öffentlichen Geschäften. Der Freisinn seiner Anschauungen diente als Vorwand zu deren Verdächtigung. Aber die Geschichte wird unparteiischer urtheilen über ihn, sie wird die von ihm geleisteten Dienste ins Gedächtniß zurückrufen, seine militärischen Erfolge, die Liebe und das Vertrauen, die er den Truppen einzuflößen wußte, sein großes Talent für die Organisirung der Armee; sie wird darthun, daß nur wenige Prinzen befähigter waren als er, an der Spitze der Geschäfte zu stehen. Er wäre der geeignete Mann zur Einführung nützlicher

---

[1]) Cahier 40.

Reformen gewesen, um in allen Zweigen der Verwaltung Verbesserungen ins Werk zu setzen; das Publikum war voll des festesten Vertrauens zu ihm. Sein Geist stand auf der Höhe des Jahrhunderts, sein Charakter war volksfreundlich und sein Urtheil unparteiisch; er verstand es sich lieben und gehorchen zu machen. Die Unwissenheit fand ebensowenig Gnade vor seinen Augen als die Feigheit. Gleich ausgezeichnet als Gatte, als Vater, als Verwandter und als Freund, vereinigt er in seltenem Maße die liebenswürdigsten häuslichen Tugenden mit den glänzendsten Verdiensten."

Nach einer eingehenden Würdigung der Leistungen des Erzherzogs als militärischer Schriftsteller rühmt Wessenberg die seltene Unparteilichkeit, die er als solcher gegen sich selbst zeige, und er behauptet, daß Karl hierin Cäsar, Friedrich II. und Napoleon weit übertreffe. Von dem letzteren sagt er, derselbe habe allzeit eine hohe Meinung von dem Erzherzog gehegt und er hätte lebhaft gewünscht, ihn in Paris zu sehen und ihm dort seine Hochschätzung bezeigen zu können.

Bei weitem erschöpfender als die Arbeit Wessenbergs über den Erzherzog Karl ist die über eine andere Berühmtheit jener Tage, über Friedrich von Gentz. Auch sie wurde gleich so vielen Aufsätzen Wessenbergs gedruckt, und wenn auch nicht durch den Buchhandel verbreitet, so doch von ihm selbst an Freunde vertheilt.

„Friedrich von Gentz," sagt Wessenberg über ihn, „glänzte als Publicist in der vordersten Reihe, aber er war vielleicht noch merkwürdiger als Schriftsteller. Niemals stand einer der Regierungen eine beredtere Feder zu Gebot. Mit vielem Wissen und ausgebreiteten Kenntnissen verband er einen ganz ungewöhnlichen Scharfsinn, große Leichtigkeit im Arbeiten und eine seltene Befähigung für die Geschäfte. Durch so viele ausgezeichnete Eigenschaften schien er dazu berufen, in einer Zeit, die so reich war an Krisen und an Ereignissen, in der das Bedürfniß nach hervorragenden Männern sich so lebhaft fühlbar machte, eine wichtige Rolle zu spielen. Ein verhängnißvoller Hang zur Verschwendung, welcher seine Ausgaben stets in ein Mißverhältniß zu seinen Einnahmen brachte, verhinderte ihn sein ganzes Leben hindurch, in eine unabhängige Stellung zu gelangen. Es gebrach ihm an jener Stärke des Charakters, welche man moralischen Muth nennt, die allein über die Eitelkeiten und die Erbärmlichkeiten der Welt siegt und ohne welche auch das schönste Leben nur ein unvollkommenes bleibt."

„Die Sprache Friedrichs von Gentz war eine ganz neue in Deutschland. Der Glanz und die Kraft seines Styls waren für die Literatur sogar in einer Zeit Epoche machend zu nennen, in welcher die größten Namen in ihrem vollsten Ruhme erstrahlten. In seiner Art sich auszudrücken, in der Anordnung seiner Phrasen, in der Wahl seiner Bilder herrschten eine Pracht, eine Feierlichkeit, endlich eine Wärme, an die man in dem Vaterlande der Mascovius und der Pütter keineswegs gewohnt war. Man kann von ihm sagen, er habe für alle Publicisten eine neue Prosa geschaffen. Von tiefen Studien auf den Gebieten der Geschichte, des öffentlichen Rechtes und der politischen Oeconomie erfüllt, hiemit ein seltenes Talent für Zergliederung sowie jenen Scharfblick vereinigend, welcher gleichzeitig alle wichtigen Seiten einer Frage überschaut und zusammenfaßt, verstand er es, seinen Schriften einen Charakter der Größe zu geben, welcher manchmal an die classischen Werke des Alterthums mahnt. Burke schätzte sich glücklich, in Gentz einen Uebersetzer von nicht geringerer Beredsamkeit gefunden zu haben, als er selbst sie besaß. Der Aufsatz über Maria Stuart ließ seine Begabung als Geschichtschreiber erkennen. Aber sein Geist sowie die Schärfe und die Originalität seines Verstandes treten nirgends mehr als in seinen Briefen zu Tage. Anziehend durch eine glänzende Einbildungskraft, durch die Kühnheit seiner Ideen, durch die Lebhaftigkeit und die Wärme seines Styls sowie durch einen unerschöpflichen Vorrath an dem, was die Engländer unter „humour" verstehen, übertrifft der Werth seiner Briefe vielleicht noch den seiner gepriesensten Werke. Unter den deutschen Schriftstellern mag es nur wenige gegeben haben, welche gleich ihm es verstanden, mit der Feder in der Hand zu plaudern. In seinen Briefen entwickelte Gentz den ganzen Reichthum und die Beweglichkeit seiner Gedanken, die ganze Hingebung seines Herzens, alle seine guten Eigenschaften, aber auch alle seine Schwächen. Eine mit Verständniß veranstaltete Auswahl seiner Briefe würde gewiß das eigenthümlichste und zugleich das anziehendste Buch bilden, welches die deutsche Literatur besitzt. Die kleine Anzahl seiner bereits veröffentlichten Briefe stellt dieß ganz außer Zweifel."

Was die politischen Grundsätze betrifft, zu denen Gentz sich bekannte, meint Wessenberg, daß seine Wünsche nach Reformen allzeit weniger auf solche in der socialen Hierarchie als in der Verwaltung gerichtet waren, welche immer den Hauptgegenstand seines Nachdenkens

bildete. „Da er das Repräsentativsystem,“ fährt Wessenberg fort, „für eine Theorie hielt, die noch weit davon entfernt sei, auf wirklich festgestellten Grundlagen zu beruhen, da ihm außerdem dessen Anwendung in der Ausdehnung, die man demselben zuletzt geben wollte, unzeitgemäß, wenn nicht gefährlich erschien, erblickte er in erster Linie die kräftigste Stütze des Staates in einer starken Regierungsgewalt, die unter allen Umständen den inneren Frieden aufrecht zu erhalten vermöchte, denn in ihr sah er die erste Bedingung des Volkswohls, dieses eigentlichen Zielpunktes jeder Constitution und jeder Regierung. Nach seiner Meinung lag die richtige Gewähr gegen den Despotismus, gegen ein Willkürregiment, die einzige, auf welche die Völker vernünftiger Weise Anspruch erheben dürfen, in der völligen Gleichheit vor dem Gesetze, in der gleichen Vertheilung der Steuern und in der Unabhängigkeit der Gerichte. Eine Volksvertretung hätte er nur als Mittel zur Befestigung des Staatscredites gewünscht, während er der Regierung allein die Initiative in der Gesetzgebung sowie die Executive in ihrer weitesten Ausdehnung gewahrt sehen wollte. Darin scheint mir der Inbegriff des politischen Glaubensbekenntnisses jenes Mannes zu liegen, der die französische Revolution mit solcher Schärfe beurtheilte und welcher außerdem jeglichem Parteigetriebe allzeit fern blieb.“

Ohne hier auf die Bemerkungen Wessenbergs über die ausgedehnten Kenntnisse, welche Gentz auf dem Gebiete der politischen Oeconomie besaß, oder auf das einzugehen, was er über seine Haltung in Religionssachen sagt, wollen wir uns dem zuwenden, was er über sein Privatleben berichtet, in welchem er, wie Wessenberg bezeugt, ungemein liebenswürdige Eigenschaften entwickelte. „Alle Welt ist einig,“ sagt er hierüber, „in der Anerkennung seines wohlwollenden Charakters, seiner Bereitwilligkeit, denen nützlich zu sein, welche seinen Beistand in Anspruch nahmen, und seiner stets sich gleichbleibenden Anhänglichkeit an seine Freunde. Sowohl die Richtung seines Verstandes als die Güte seines Herzens hielten ihn fern von jeder Intrigue. In Verbindung mit den hervorragendsten Menschen seiner Zeit, aufgesucht und verhätschelt durch die ausgezeichnetsten Persönlichkeiten beiderlei Geschlechtes, beobachtete er darum doch nicht weniger gegen alle Welt das zuvorkommendste und einnehmendste Betragen, indem er, gleich weit entfernt von Hochmuth wie von Geringschätzung, Personen, welche sich nicht auf seiner Höhe

befanden, die Ueberlegenheit seines Geistes nur auf das Schonendste fühlen ließ. Er empfand vielleicht noch tiefer das Bedürfniß, sich Freunde zu machen, als das zu glänzen, und mehr als einmal war ich Zeuge seiner Bemühungen, seine Gedanken herabzustimmen, um sich auf gleiche Linie mit mittelmäßigen Menschen zu setzen, welche er durch die Größe seines Talentes entweder einzuschüchtern oder zu verletzen besorgte."

„Wenn man Gentz eine gewisse Schwäche des Charakters zum Vorwurfe machen kann, so fordert es doch die Gerechtigkeit zuzugestehen, daß er es in all den Fällen, in denen es sich um die Vertheidigung eines Grundsatzes oder einer Sache handelte, der er sich zugewendet hatte, niemals an Entschlossenheit und Ausdauer fehlen ließ. Der Brief, den er an den berühmten Geschichtschreiber Johannes Müller richtete, welcher lange Zeit hindurch sein Freund gewesen, als dieser, bezaubert durch den Glanz des neuen Karls des Großen, aus dessen Händen die Stelle eines Ministers in dem von ihm geschaffenen Königreiche Westphalen annahm, ist in dieser Beziehung ein merkwürdiges Document. Dieser Brief, ein wahrhafter Bannfluch, würde Gentz ebenso einen ehrenvollen Platz in der Geschichte seiner Zeit sichern, wie die einzige Vorrede seines Werkes über das politische Gleichgewicht hinreichen würde, ihm einen sehr hervorragenden Rang unter den Schriftstellern zu verbürgen."

Auf das unablässige Geldbedürfniß zurückkommend, an welchem Gentz sein ganzes Leben hindurch krankte, behauptet Wessenberg, daß er das Geld nur liebte, um es ausgeben zu können, und er wäre glücklich gewesen, wenn er es mit vollen Händen hinauszuwerfen vermocht hätte. „Er hatte die Schwäche zu glauben," sagt Wessenberg hierüber, „daß, um als ein Mann, wie er sein soll, zu erscheinen, man einen gewissen Aufwand zu machen genöthigt sei, und es besaß unendlich viel Reiz für ihn, sich das Ansehen eines großen Herrn zu geben. Diese Schwäche hat sein ganzes Leben verdorben. Tief unglücklich fühlte er sich inmitten der Verlegenheiten, die er selbst sich geschaffen, und ich zweifle nicht daran, daß durch den Schmerz, den er hierüber empfand, seine Lebenszeit abgekürzt wurde."

„Eine letzte Täuschung des Glückes," mit diesen Worten schließt Wessenberg seine biographische Arbeit über Gentz, „suchte er in den Armen einer Tänzerin. Seine an Wahnsinn grenzende Leidenschaft für diese junge und hübsche Person, welche schon damals durch ihr

Talent berühmt geworden war, bildete die letzte Phase seines reichbewegten Lebens und beschleunigte vielleicht sein Ende. Er sah dasselbe mit einer Ruhe und einer Ergebung herannahen, welche um so merkwürdiger waren, als er stets eine heilige Scheu davor an den Tag gelegt hatte. Er stand in seinem neunundsechzigsten Lebensjahre, als der Tod seine ehernen Pforten über ihm schloß. Das Andenken an seine Schwächen hat das innige Leidwesen derer nicht zu verringern vermocht, welche seine geistige Ueberlegenheit und die ausgezeichneten Eigenschaften seines Herzens richtig zu würdigen wußten. Der Verlust, den man an ihm als Schriftsteller erlitt, wurde allgemein als ein unersetzlicher betrachtet."

XI.

Wessenbergs Tagebuch.

So wie er Talleyrands Aufenthalt in London und der Charakteristik Friedrichs von Gentz eigene Abhandlungen widmete, so legte Wessenberg eine Fülle interessanter Bemerkungen über die Ereignisse seiner Zeit und über die dabei handelnd Auftretenden in sein Tagebuch nieder. Hatte er ja doch die hervorragendsten unter ihnen, insbesondere in Deutschland, in Frankreich und in England persönlich gekannt, war mit ihnen in Verbindung gestanden und zeichnete nun das Resultat seiner Beobachtungen über sie in seine Gedenkblätter ein.

So enthalten dieselben, um nur ein paar Fälle zu erwähnen, eine auf eigenen Erinnerungen beruhende Studie über Wilhelm von Humboldt, in der Wessenberg sich nicht nur über ihn, sondern auch über Stein und Hardenberg, sowie über die Verdienste dieses Letzteren um Preußen eingehend ausspricht. „Wilhelm von Humboldt,“ sagt er in diesem Aufsatze,[1] „war ein Mann von ausgezeichneten Kenntnissen und großer Schärfe des Geistes. Er hatte sich indessen mehr zum Gelehrten als zum Staatsmann ausgebildet, kam auch zu spät in die Geschäfte, um das Praktische immer gehörig aufzufassen. Sein Geist verflüchtigte sich auch in zu anhaltenden trockenen Studien, wie z. B. den Aufsuchungen der Sprachwurzeln, und wurde dadurch spröde. Er behandelte alle Geschäfte mit einer Genauigkeit und einer Gelehrsamkeit, vor welcher die Meisten erschraken. Sein Fehler war ein zu großer und fast beständiger Ideendrang, der ihm öfter die nöthige Geduld und Mäßigung versagte. Hatte er einmal eine Angelegenheit in den Händen, so war er unermüdlich, und oft allzu dringlich mit seinen Arbeiten. Er ließ dann seinen Mitarbeitern keine Ruhe, und dieß mag manche ungünstige Urtheile über ihn er-

[1]) Cahier 97.

klären. In Geschäften macht man meistens mehr Glück, wenn man persönlich weniger hervortritt, Andere gleichsam nur anzuhören scheint, die eigentliche Weisheit aber auf den entscheidenden Augenblick aufspart. Indessen wäre es ungerecht zu behaupten, Humboldt habe seine geistige Ueberlegenheit nach Außen hin auf empfindliche Weise fühlen lassen. Auch war er für die Ideen Anderer nicht unzugänglich, wie ich selbst gar oft erfuhr, und ich fand ihn niemals anmaßend, sondern meistens äußerst gefällig."

„Preußen ist indessen," fährt Wessenberg nach einer längeren Abschweifung fort, „Humboldt vielen Dank schuldig für das, was er in Paris für dessen pecuniäre Interessen gethan; ohne ihn würden die Contributions- und Entschädigungsquoten für Preußen weit geringer ausgefallen sein. Daß Humboldt sich durch solche Bestrebungen bei den Bourbonen nicht beliebt machte, ist begreiflich. Ludwig XVIII. bat sich seine Nichtsendung als Gesandter nach Paris unmittelbar vom König als einen Freundschaftsbeweis aus; dieß machte Humboldt sehr unglücklich. England konnte ihm Paris, wo Alles seinen Neigungen und Studien zusagte, nicht ersetzen; auch wollte seine Frau ihm nicht dahin folgen. Die Toryminister fanden ihn nicht nach ihrem Geschmack. Außer einigen erotischen Diners bei und mit Georg IV. ward ihm in London keine Auszeichnung zu Theil, wo er sich denn auch äußerst unglücklich fühlte."

Zu Hardenberg sich wendend, meint Wessenberg, ihm habe Preußen in seinen verhängnißvollsten Jahren wohl am meisten zu verdanken. „Dieser Staatsmann," sagt er von ihm, „begriff seine Zeit und die wahren Bedürfnisse des Landes. Ueber die Vorurtheile seines Standes erhaben und mit allen Zweigen der inneren Verwaltung vertraut, war er wohl mehr wie Einer geeignet, aus dem Chaos des Elends einen Weg zu einer besseren Zukunft zu bahnen. Er besaß die zum Regieren nöthigen Kenntnisse und die nicht weniger nöthige Mäßigung. Nie war mehr Einheit in der Verwaltung als unter ihm."

„Stein war ein hervorragenderes Genie, aber zum Regieren vollkommen untauglich. Seine Natur war zu vulkanisch, seine Gemüthsart herrisch und ungemein unbequem. Seine vorzüglichste Celebrität verdankte er wohl Napoleon, der den „nommé Stein" in die Acht erklärte. Was seine politischen Ansichten betrifft, so mag er mit sich selbst nie ganz im Reinen gewesen sein. Das aristokratische Blut

wallte noch zu feurig in seinen Adern, um sich neuen Gestaltungen aufrichtig hinzugeben. Bei seinen Reformen in Preußen 1807 und 1808 entlehnte er wohl das Meiste und Beste dem Präsidenten Schön, einem geregelteren Kopfe als der seinige war. Es war ein Glück, daß Stein nicht unmittelbar bei den Verhandlungen verwendet wurde, er hätte am ersten Tage die Bank gesprengt. König Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Alexander wußten ihn zu würdigen, sowohl von der guten Seite wie von der schlimmen. Hardenberg hatte allerdings auch seine Unvollkommenheiten. Die Weiber, diese unseligen Geschöpfe, und andere böse oder bedenkliche Umgebungen haben ihm wesentlich geschadet, aber sein Kopf und sein Herz waren gut; auch behagte er ganz dem edlen Charakter des Königs. Für Humboldt hatte dieser keine Sympathie; von freien Stücken hätte er ihn nie zum Minister ernannt."

Was Wessenbergs Studien über seine Zeitgenossen betrifft, so möge es gestattet sein, hier noch eines Anderen aus ihnen zu gedenken, dessen Gunst er sich lange Zeit hindurch erfreut hatte, bis er endlich ihrer in treuer Ausübung seiner Pflicht mehr und mehr verlustig geworden war. Als König Wilhelm I. von Holland im October 1840 freiwillig von seinem Throne herabstieg, erging sich Wessenberg in den folgenden Betrachtungen über ihn:[1]) „Auch diejenigen," so lauten sie, „welche die Bahn mißbilligen, die er während seiner Regierung verfolgte, lassen seinen hervorragenden Eigenschaften als Administrator Gerechtigkeit widerfahren; bedeutende Denkmäler sprechen für sie. Der große Aufschwung der Industrie in Belgien ist zum Theile sein Werk. Holland verdankt ihm seine besten Straßen, seine schönsten Canäle, insbesondere den, der die Nordsee mit dem Hafen von Amsterdam verbindet, ein riesenhaftes Werk, ganz einzig in seiner Art. Es verdankt ihm außerdem verschiedene sehr nützliche Einrichtungen, insbesondere eine zweckmäßigere Organisirung seiner Colonien. Vordem eher ein Gegenstand der Ausgabe als der Einnahme für das Mutterland, bilden sie nun eine Quelle des Wohlstandes, ja des Reichthums für Holland."

„Wilhelm I.," fährt Wessenberg fort, „vereinigte in sich die hervorstechendsten Kennzeichen des Charakters der Holländer, indem er mit einem zurückhaltenden Benehmen sehr tüchtige Eigenschaften,

[1]) Cahier 80.

Liebe zur Arbeit und Gewissenhaftigkeit in derselben verband. Leider zeigte er sich gleichzeitig von einem Hange zur Speculation, zu gewinnbringenden Unternehmungen beherrscht, der sich für einen König nicht ziemt. Für einen solchen sollte das Geld nur aus dem Gesichtspunkte Werth besitzen, es zweckmäßig ausgeben zu können. Aber die hervorragendste Eigenschaft des Königs war der Starrsinn, den er insbesondere in den Augenblicken aufs Aeußerste trieb, in denen dieß für ihn am gefährlichsten war; er vergaß eben, daß die Zeiten sich nicht gleichen. Im sechzehnten Jahrhundert konnte der Starrsinn Wilhelms des Schweigsamen die Niederlande retten, nach den Ereignissen des Jahres 1830 gereichte er sowohl dem Könige als seinem Lande nur zum Unglück. Dennoch hörte das holländische Volk nicht auf, ihm Anhänglichkeit und Vertrauen zu bezeigen, ja es hätte hierin gewiß keine Aenderung eintreten lassen, wenn der König sich nicht selbst um seine Popularität gebracht hätte. Sein eigensinniges Streben, Belgien zurückzuerobern, mit welchem Holland um keinen Preis mehr vereinigt bleiben wollte, und durch das es während neun Jahren der Segnungen des Friedens beraubt wurde, seine Heirat endlich mit einem katholischen Fräulein aus Belgien bewirkten seine Loslösung von seinem wackeren Volke, dessen Benehmen noch im Augenblicke der Thronentsagung ein bewundernswerthes war. Nicht die leiseste Anklage, nicht der geringste Vorwurf über seine verschiedenen Regierungshandlungen wurden in diesem verhängnißvollen Augenblicke laut. Mit Erstaunen, aber doch auch mit Schweigen vernahmen die Holländer den Entschluß ihres Königs. Ja sogar in die Kundgebungen der Befriedigung und der Hoffnung, mit denen sie ihrem neuen Beherrscher entgegenkamen, legten sie eine so taktvolle Zurückhaltung, daß man sah, sie wollten jede Kritik der so eben zum Abschlusse gediehenen Regierung vermeiden. Preis einem Volke, welches über seine wenngleich berechtigten Beschwerden hinweggeht und seine eigene Ehre zu beflecken fürchtet, wenn es aufhören würde, seinem Könige Ehrfurcht zu bezeigen."

Aber nicht nur seinen Zeitgenossen, auch lang schon hinübergegangenen Personen, welche in der neueren Geschichte Europa's eine bedeutungsvolle Rolle gespielt hatten, wie etwa Kaiser Joseph II.,[1]) widmet Wessenberg seine Betrachtungen und seine Studien. Vor

[1]) Cahier 93.

Allem sind es jedoch die Männer der französischen Revolution, auf welche er immer wieder zurückkommt, insbesondere Napoleon,[1]) der seine Gedanken unablässig beschäftigt, von den Anderen aber Mirabeau und Sieyès.[2]) Und ebenso verhält es sich mit der Mehrzahl der neu erscheinenden Bücher auf den wissenschaftlichen Gebieten, denen Wessenberg vorzugsweise seine Theilnahme entgegenbringt. Fast unabsehbar ist die Anzahl der Werke, die er in seinen Tagebüchern als von ihm gelesen bezeichnet, und denen er in denselben nicht nur einzelne kritisirende Bemerkungen, sondern auch gründlich ausgearbeitete Besprechungen widmet. Um seine Vielseitigkeit zu charakterisiren, seien hier seine eingehenden Studien über die Schriften Chateaubriands und der George Sand[3]) denen über die historischen Werke von Salvandy, Capefigue, Guizot und sehr vielen Anderen, endlich eine sorgfältig gearbeitete Anzeige der Publication von Droz über die Regierung Ludwigs XVI. gegenübergestellt, welche in den Heidelberger Jahrbüchern abgedruckt wurde.[4]) Die schon damals in reicher Anzahl erscheinenden Memoiren aus der Napoleonischen Zeit erregen Wessenbergs Aufmerksamkeit in ganz besonderem Maße, und mit der Erörterung sowie gelegentlich auch der Berichtigung ihres Inhaltes sind große Partien seines Tagebuches gefüllt.

Auch die deutsche Literatur wird von Wessenberg keineswegs vernachlässigt, und die Bemerkungen, die er über ihre Producte vorbringt, sind manchmal recht scharfe zu nennen. Von einem jetzt längst vergessenen Buche des Fürsten Pückler „der Vergnügling" sagt er, es werde vor lauter Selbstlob langweilig, und dem Verfasser gelinge es ebensowenig, sich interessant zu machen, als alte Weiber sich durch Schminke zu verjüngen vermöchten. Die „Günderode" der Bettina nennt er ein verrücktes Buch, dessen Verfasserin sich hätte schämen sollen, einen geehrten Namen als Schild ihrer Narrheiten zu mißbrauchen.[5]) Und über Hormayrs „Lebensbilder aus dem Befreiungskriege" sagt er,[6]) dieses Werk sei nichts als ein Versuch seines Autors, seine durch gekränkte Eigenliebe aufgeregte Galle über die

[1]) Cahier 97.
[2]) Cahiers 84 und 86.
[3]) Cahiers 93 und 97.
[4]) Jahrgang 1843. Nr. 21 und 22.
[5]) Cahier 77.
[6]) Cahier 82.

Staatsmänner eines Landes zu ergießen, dem er durch seine Geburt und durch lange Dienstjahre angehörte. So erklärt Wessenberg die Behauptung Hormayrs, die Ermordung der französischen Gesandten zu Rastatt im Jahre 1799 sei durch das Verlangen Thuguts und Lehrbachs veranlaßt worden, sich ihrer geheimen Papiere zu bemächtigen, für durchaus nicht begründet. So viel sei gewiß, sagt er, daß der commandirende General Erzherzog Karl, über diesen Vorfall äußerst betrübt und entrüstet, unverzüglich eine strenge Untersuchung anbefahl und seinem tiefen Bedauern durch ein eigenhändiges Schreiben an den General Massena Ausdruck verlieh. Dieser jedoch, zu jener Zeit mit dem Directorium auf etwas gespanntem Fuße, habe die Sache ziemlich gleichgiltig hingenommen und sei im Gegentheile voll des Lobes über des Erzherzogs edelmüthiges Benehmen gewesen. „Ueberhaupt wurde damals," fährt Wessenberg fort, „in Frankreich dem Gesandtenmord keine große Wichtigkeit beigelegt, und als ich ein Paar Jahre später zufällig nach Versailles kam, fand ich dort in einem der Säle ein elendes bretternes Monument aufgestellt, mit der Inschrift: „Aux mânes de Roberjot, crime commis par les Anglais." Andere schoben die That auf die Emigranten und Einige sogar auf das Directorium selbst."

Auch in Bezug auf sonstige, nicht unwichtige Punkte ist die Besprechung von Werth, welche Wessenberg dem Buche Hormayrs widmet. In dem, was darin zum Lobe der beiden Grafen Stadion und des Freiherrn von Herbert gesagt wird, stimmt er ihm vollkommen bei, Collenbach aber nennt er „einen edlen, grundehrlichen und patriotisch gesinnten Mann," der sich freilich nicht an einem seinen Fähigkeiten angemessenen Platze befunden habe.

Strenger als über diese Persönlichkeiten urtheilt Wessenberg über den Grafen Ludwig Cobenzl, von dem man nicht leugnen könne, daß er mehr diplomatische Formen als politische Kenntnisse besessen habe. Und so sehr ihn auch Thugut an geistiger Begabung und an Thatkraft übertraf, so sei doch auch dieser nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden. „Sein Haß gegen Frankreich," schreibt Wessenberg hierüber, „und sein allzu großes Vertrauen in das englische Cabinet, dessen Chef ihn weit übersah, hinderten ihn, die Zeit gehörig zu begreifen. Oesterreich erschien unter ihm mehr wie ein Trabant von England und Rußland als wie ein selbstständiger, unabhängiger Staat, der sich die Ereignisse zu Nutzen macht. Indessen kann ihm Ge-

schicklichkeit nicht abgesprochen werden, und die Unterhandlungen zu Campo Formio, deren Resultat für Oesterreich nicht ungünstig war, zeugen von nicht gewöhnlicher Gewandtheit und von richtigem Blicke."

„Am unerbittlichsten erscheint der Verfasser der Lebensbilder," schreibt Wessenberg weiter, „hinsichtlich des Grafen Lehrbach und des Staatsraths Hudelist. Ersteren wird wohl Niemand in Schutz nehmen. Es ist unbegreiflich, wie eine solche Mittelmäßigkeit, gepaart mit so plumpem Stolze, eine Rolle zu spielen vermochte, allein Thugut verwendete nicht ungern Leute als Werkzeuge, welche gar keine eigenen Gedanken besaßen und die er nach Belieben zu verleugnen im Stande war. Auf keinen Fall ist diese Methode eine geeignete, um tüchtige Staatsmänner heranzuziehen. Aber Thugut sagte einmal, als von Lehrbach die Rede war: „Ich liebe es Jemand voranzustellen, den ich alle Augenblicke hängen lassen kann."

Hudelist spielte auf der politischen Schaubühne der damaligen Zeit eine zu wenig bedeutsame Rolle, als daß eine nähere Beschäftigung mit ihm hier eigentlich nothwendig wäre. Nur das soll, und zwar weniger zu seiner Charakteristik als zu derjenigen Hormayrs gesagt werden, daß Wessenberg von diesem behauptet, die Schilderung, die er von Hudelist entworfen, sei mit einer „in den glühendsten Privathaß getauchten Feder" gezeichnet und dadurch „beinahe zur Carricatur" verzerrt. „Hudelist war," fährt Wessenberg fort, „nicht eingenommen für die Insurrection Tirols im Jahre 1809, worüber Hormayr in ungeziemenden Streit mit ihm gerieth. Als Geschäftsmann war Hudelist nicht bedeutend, aber brauchbar; als fleißiger und ordnungsliebender Arbeiter hatte er das Zutrauen seiner Vorgesetzten errungen und sich bis an seinen Tod darin erhalten. Er war kein unternehmender und noch weniger ein glänzender Geist. Bei einem statistischen Büreau wäre er eher an seinem Platze gewesen als in der ersten Section des auswärtigen Amtes; er war eben eine nützliche Mittelmäßigkeit."

Was endlich die Gereiztheit angeht, welche Hormayr in seinem Buche gegen den Kaiser Franz und den Fürsten Metternich an den Tag legt, so führt Wessenberg die Ursache derselben auf die im Frühjahr 1813 von Seite Hormayrs angeblich versuchte Erregung eines Aufstandes in Tirol zurück, weßhalb er nach Mähren relegirt worden sei. „Seine spätere Wiederanstellung mit bedeutendem Gehalte," sagt Wessenberg hierüber, „hätte ihn aber mit einer Regierung

versöhnen sollen, die sein Eifer — nicht frei von großem Ehrgeize — compromittirt hatte und die ihn aus Rücksicht auf seine frühere Dienstleistung nicht nur schonend, sondern großmüthig behandelte. Seine gekränkte Eigenliebe verführte ihn endlich, die österreichischen Dienste, in welchen er über fünfundzwanzig Jahre zugebracht hatte, mit den baierischen zu vertauschen, was um so auffallender war, als seine frühere Haltung gegen Baiern eben nicht geeignet erschien, ihm in diesem Lande Freunde und große Achtung zu erwerben."

Ungleich wichtiger ist, wie Wessenberg über den Grafen Münster und über den Einfall Hormayrs sich ausspricht, sich seiner als eines Aushängschildes für die in den „Lebensbildern" enthaltenen Enthüllungen und Apologien von Zeitgenossen zu bedienen. „Der edle Graf würde sich," meint Wessenberg, „wenn er noch lebte, für diese Ehre bedanken." Und er selbst sagt über Münster: „Als Staatsmann war er dem Minister Stein, dem er manchmal entgegengestellt wird, in richtiger Auffassung der Zeitverhältnisse und Beurtheilung der Zeitgenossen wie an diplomatischen Kenntnissen offenbar überlegen. Er war Aristokrat in der edelsten Bedeutung dieses Wortes, mit den loyalsten Gesinnungen, seine Zeit, ihre Bedürfnisse und Ansprüche gehörig würdigend und anerkennend. Seinem Vaterlande Hannover leistete er ungemein wesentliche Dienste. Er besaß in Beziehung auf dieses Land das unbeschränkte Vertrauen König Georgs IV. und war auch England sehr nützlich, indem er während dessen langer Isolirung von Pitts Tode bis zum Wiener Congreß für die dortige Regierung das einzige zuverlässige Verkehrsmittel mit dem Continent darbot. Er stand in den besten Beziehungen zu den ausgezeichnetsten Staatsmännern Englands und insbesondere Canning empfand große Achtung für ihn. Seine Persönlichkeit war in jeder Hinsicht angenehm und allzeit würdevoll. Seine vielseitige Bildung, seine ausgebreiteten Kenntnisse, sein reger Kunstsinn verbunden mit großer Bescheidenheit machten seinen Umgang ungemein anziehend. Eine Eigenschaft, die ihn dabei besonders auszeichnete, war sein Hang zur Dienstfertigkeit. Wie manchem Deutschen hat er nicht in London genützt! Sein Haus war allen ausgezeichneten Männern des Auslandes offen, auch war die Zahl seiner Freunde und Verehrer bedeutend. Er lebt fort in ihrem Andenken sowie in jenem vieler dankbarer Menschen."

Nur noch einer einzigen, von Wessenberg herrührenden Besprechung eines Buches möge hier gedacht werden, weil es von einem

Manne verfaßt wurde, der, erst vor wenig Jahren gestorben, in Oesterreich noch in frischestem Andenken steht, und einen Gegenstand berührt, der auch noch heut zu Tage für dieses Reich sehr große Wichtigkeit besitzt. Es ist dieß die im Jahre 1842 erschienene Schrift des Grafen Leo Thun über den Zustand und die Bedeutung der böhmischen Literatur. „Eine schätzbare Arbeit," nennt Wessenberg[1] dieses Buch, „welcher ein edler Patriotismus zu Grunde liegt und deren eigentlicher Zweck darin besteht, den Werth der böhmischen Sprache hervorzuheben und ihre Cultur neu zu beleben. Der Verfasser, dessen Eifer und Talent zu schönen Hoffnungen berechtigen, gibt eine gedrängte, aber gute Uebersicht der Schicksale und Fortschritte der böhmischen Literatur, und sucht dann zu beweisen, daß das Gesammtinteresse eines aus verschiedenen Völkern zusammengesetzten Reiches nichts verlieren, sondern nur gewinnen könne, wenn jedem Einzelnen seine Nationalität und daher auch sein Sprachidiom rein erhalten und gesichert wird. Ich will einem solchen Bestreben ein gewisses Verdienst nicht absprechen, indessen kommt mir vor als wäre der Begriff der Nationalität bisher noch ziemlich unbestimmt. Er läßt sich doch nicht wohl von dem des Nationalinteresses trennen und in dieser Beziehung muß sich daher die Nationalität eines Theiles eines großen Reiches zu der des ganzen Staates gerade so verhalten wie das Interesse des Einzelnen zum Gesammtinteresse. Jeder einzelne Theil kann wohl ein Ganzes für sich bilden, aber dieses Ganze muß derart sein, daß es die Interessen der Gesammtheit nicht stört, sondern vielmehr seinen Theil zur Wahrung des Gesammtinteresses beiträgt. Nur dann, wenn dieses geschieht, kann ein aus verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetztes Reich eine große Macht entwickeln und behaupten, jeder einzelne Theil aber den Vortheil erringen, den er von seiner Vereinigung mit den anderen Ländern erwarten darf."

Ueberhaupt ist es Böhmen, mit dessen Gegenwart wie mit seiner Zukunft sich Wessenberg schon wegen der ganz außerordentlichen Bedeutung dieses Landes für Oesterreich, so wie um des Umstandes willen, daß ihm dort ein nicht unbeträchtlicher Grundbesitz gehörte, immer wieder mit großer Vorliebe beschäftigt. Insbesondere gewähren ihm seine häufigen Besuche in Dietteniz stets von Neuem den gern benützten Anlaß, sich in Beschreibungen des Landes und seiner Zu-

---

[1]) Tagebuch. Cahier 80.

stände zu ergehen. So sagt er einmal, und zwar im Jahre 1839:[1]) „Der erste Eindruck, den das gesegnete Land Böhmen auf den Reisenden macht, wenn er es von Baiern her bei Klentsch betritt, ist nicht der günstigste; es ist eine gewisse Trauer auf den unermeßlichen Feldern und Wäldern verbreitet, welche natürlich nicht für dasselbe einnimmt; es ist Alles so still, so leblos, als würde erst das Erwachen erwartet. Nur in großen Zwischenräumen erscheinen Dörfer und diese bestehen meistens aus armseligen Hütten mit Stroh gedeckt, nirgends zeigt sich eine Spur von Wohlhabenheit. Die Bauern sind wenigstens an den Werktagen ärmlich gekleidet, die Weiber gehen meistens barfuß und in Lumpen einher, aber sie sind dabei arbeitsam. Die Böhmen sollen in dieser Gegend des Böhmerwaldes ein äußerst gutmüthiger, genügsamer Menschenschlag sein, welcher von constitutioneller Freiheit noch keine Ahnung besitzt. Der erwähnte ungünstige Eindruck wird noch durch die überall herrschende Unreinlichkeit und vollends durch die schlechten Gasthäuser gesteigert. Selbst in der ziemlich bedeutenden Stadt Pilsen ist kaum ein mittelmäßiges; jedes Dorf im Canton Bern hat ein besseres als das beste in den Provinzialstädten Böhmens."

„Die Seite, von der aus dieses Land sich den Reisenden am vortheilhaftesten darstellt, ist ohne Zweifel den Straßen zugekehrt, welche von der Grenze nach Teplitz oder nach Rumburg führen. Die Umgebungen von Teplitz bieten ein ebenso reiches als pittoreskes Landschaftsbild dar, und die Berge bei Rumburg erinnern ein wenig an die in der Schweiz. Uebrigens ist dieß," fährt Wessenberg fort, „der deutsche Theil Böhmens, und der Anbau des Landes sowie der Gewerbsfleiß seiner Einwohner scheint ein Spiegelbild der Verschiedenheit der Sprache zu sein, die sie reden. Man sieht, wie tief deutsche Intelligenz und Civilisation schon in diese Gegenden eingedrungen sind. Auch besitzt dort das Grundeigenthum einen ganz anderen Werth als in den slavischen Theilen des Landes."

Was den Reichthum Böhmens angeht, so meint Wessenberg, daß es alle Elemente eines großen Wohlstandes in sich schließe. Mit vollen Händen habe die Natur ihre Schätze ausgegossen über dieses Land, dennoch sei das Volk, das es bewohne, wenn man seine Behausungen, seine Kleidung, sein Vieh, seine Einrichtungsstücke und

---

[1]) Cahier 65.

seine Werkzeuge in Betracht ziehe, aller äußeren Zeichen des Wohlstandes bar. Eine Bevölkerung, von der ein großer Theil noch mit nackten Füßen einhergehe, welche des Hanges zur Reinlichkeit entbehre, ihre Häuser nur mit Stroh decke, könne in der Civilisation nicht weit vorgeschritten sein. Wenn gleich die Industrie in einigen Städten und in dem Grenzstriche gegen Sachsen hin Fortschritte gemacht habe, so sei eine solche doch in mancher Gegend noch gar nicht vorhanden, und dort bringe der Anblick der Dörfer einen derartigen Eindruck der Aermlichkeit und des Mißbehagens hervor, daß man in einem ganz verwilderten Lande zu sein glaube. „Ein böhmischer Rechtskundiger sagte mir," schreibt Wessenberg hierüber in sein Tagebuch, „daß sich das Alles durch die ungünstige Stellung des Bauers seinem Grundherrn gegenüber erklären lasse. Die auf ihm lastenden Frohnen seien der drückende Alp, durch welchen seine Kraft wie sein Fleiß lahm gelegt würden. Durch die Anhäufung des großen Grundeigenthums in den Händen des Adels und die für Andere bestehenden Hindernisse, sich anzukaufen, werde der Aufschwung der Landescultur hintertrieben. Endlich vereitle die tiefe Verderbtheit der grundherrlichen Beamten, welche diejenige des Landvolkes nach sich ziehe, die Anstrengungen der Regierung, die öffentlichen Zustände zu verbessern." Auch über die Unwissenheit des Clerus, fährt Wessenberg fort, sowie über den schlechten Zustand der Volksschulen habe sein Gewährsmann geklagt. Er habe jedoch auch gemeint, mit einem einzigen Schlage würde dieß Alles sich ändern, wenn eine billige Ablösung der Frohnen, etwa wie in Sachsen eintreten und ein Gesetz erlassen würde, durch welches Jedermann die Befugniß erhielte, Grundeigenthum zu erwerben und seine Fähigkeiten in jeder ihm beliebigen Weise zu verwerthen.

Alles dieß führt Wessenberg immer wieder auf die Stellung des Adels in Böhmen zurück. Derselbe werde, sagt er von ihm, als hochmüthig und Andere von sich fernhaltend geschildert, aber es gebe doch auch Häuser, in denen man den zuvorkommendsten Empfang finde und wo noch von etwas Anderem als nur von Pferden und von Jagden gesprochen werde. Aber freilich sei es schwer, in einem Lande, in welchem es von Wild aller Art wimmle, nicht von Jagden zu reden. Beschäftige man sich doch mit ihnen sogar in England, wo man mit einigen hundert Pferden hinter einem armen Fuchs einherjage, den man noch überdieß zu tödten sich scheue, um

ihn ein zweites Mal wieder zur Jagd verwenden zu können. „Es ist indessen wahr,“ fährt Wessenberg fort, „daß bei den vornehmen Herren in Böhmen die Jagd oft mehr als eine Unterhaltung, daß sie eine sehr ernste Beschäftigung ist und große Ausgaben verursacht. Gar mancher Besitz wurde nur um des Jagdvergnügens willen gekauft; man frägt nach der Anzahl der Hasen, der Repphühner, der Fasane und Rehe, die man dort schießen kann, ehe man sich nach den Erträgnissen des Gutes erkundigt. Man schaudert, wenn man von dem Gemetzel liest, welches auf einzelnen Besitzungen angestellt wird, auf denen das an einem einzigen Tage erlegte Wild nach Tausenden zählt. Die hierüber mit größter Genauigkeit geführten Verzeichnisse werden in den Archiven, und zwar oft mit mehr Sorgfalt als die wichtigsten Documente verwahrt.“ Und Wessenberg gibt diesem Theile seiner Ausführungen einen humoristischen Abschluß, indem er ihn mit den wohl von ihm selbst verfaßten, besser gemeinten als gelungenen Versen endigt:

„O gesegnet Böhmerland,
Wo man nur ans Jagen denkt,
Wenig Zeit den Musen schenkt,
Und dem großen Kaiser flucht,
Weil zu bessern er versucht!“

Aber nicht allein nach Böhmen, auch nach mehreren anderen Theilen der österreichischen Monarchie, insbesondere nach den Gebirgsländern begab Wessenberg sich häufig. Vor allen war es Tirol, das er oftmals durchstreifte, mit dessen Geschichte sowie mit gar Manchem, was sich auf die inneren Verhältnisse dieses Landes bezog, er gern sich beschäftigte, und über dessen Straßenzüge sowohl in der älteren als der neueren Zeit er mehrere gründlich gearbeitete Aufsätze schrieb.[1]) Auch Oberösterreich machte er mit Vorliebe zum Zielpunkte seiner Ausflüge, und noch aus dem Jahre 1844 existirt von ihm eine in sympathischen Ausdrücken abgefaßte Beschreibung der Stadt Linz, in der er einige Zeit sich aufhielt, der Stifte St. Florian und Wilhering, die er von dort aus besuchte, und so mancher reizvollen Gegend, durch die er kam.[2]) Im folgenden Jahre aber unternahm er, und zwar von Böhmen aus, eine Reise nach Steiermark, aber freilich nicht so sehr um dieses Land, als um den in

---

[1]) Cahier 31 und 64.

[2]) Tagebuch: Cahier 91.

jeder Beziehung hervorragendsten Mann wiederzusehen, der es damals bewohnte.

Jedermann weiß, daß tiefeinschneidende, erschütternde Ereignisse diejenigen gewöhnlich fest aneinander knüpfen, welche sie gemeinschaftlich erleben. Der schreckensvolle Feldzug des Jahres 1800 hatte daher gewisser Maßen von selbst um den Erzherzog Johann und Wessenberg ein Band geschlungen, welches auch in der darauf folgenden Zeit niemals gelockert, sondern immer mehr verstärkt wurde. Während Wessenberg sich im Jahre 1812 als Gesandter in München befand, wurde er vom Erzherzog um seine Mitwirkung zur Beschaffung von Abschriften kostbarer, in Baiern befindlicher Manuskripte für das von ihm neugestiftete Joanneum in Graz gebeten. Und zur Zeit des Tagens des Congresses in Wien trafen die Beiden dort wieder zusammen, zwei gleichgestimmte Seelen, die weit weniger mit den rauschenden Vergnügungen, deren Schauplatz diese Stadt damals war, als mit den ernsten Angelegenheiten sich beschäftigten, um derentwillen die leitenden Fürsten und Staatsmänner Europa's dort zusammengetreten waren. Als endlich Wessenberg im Jahre 1816 in Frankfurt verweilte, unterhielt der Erzherzog, der zu jener Zeit gemeinschaftlich mit seinem jüngeren Bruder Ludwig England und Schottland durchreiste, neuerdings einen Briefwechsel mit ihm, der sich auf verschiedene für ihn wichtige Privatangelegenheiten bezog. Seither scheint diese Correspondenz ins Stocken gerathen zu sein, bis endlich Wessenberg sie durch einen Brief, den er im Juli 1845 von Diettenitz aus an den Erzherzog schrieb,[1]) neuerdings anknüpfte. Wenn man nach langer Laufbahn dem Ziele sich nähere, sagt er darin, jenseits dessen es keine solche mehr gibt, so fühle man eine letzte Sehnsucht nach den Wenigen, für die man im Leben die größte Hochachtung hegte. An ihrer Spitze stehe für ihn kein Anderer als der Erzherzog. Er bitte ihn also, ihm in einer ihm beliebigen Weise die Möglichkeit zu gewähren, ihn wiederzusehen.

Aufs liebenswürdigste erfüllte der Erzherzog Wessenbergs Wunsch, indem er ihn für die zweite Hälfte des September nach einer seiner Besitzungen in Steiermark, dem wenige Stunden von Maria Zell entfernten Brandhofe einlud. Als jedoch Wessenberg daselbst eintraf, befand sich der Erzherzog nicht dort, sondern, um auf Gemsen zu

[1]) 10. Juli 1845.

jagen, in einem unfern von da gelegenen Häuschen, das er inmitten der Felseneinsamkeit, der sogenannten „Höll", besaß. Als ihm Wessenberg dorthin folgte und mit dem Erzherzog zusammentraf, umarmte ihn dieser wie einen alten Freund. Er machte ihn mit seiner Gemahlin und seinem Sohne bekannt, trat ihm sein eigenes Zimmer ab, und bereitete ihm durch seinen zwanglosen Verkehr und die vertraulichen Gespräche, in welchen Beide nicht nur ihre Erinnerungen an die Vergangenheit, sondern auch ihre Ansichten und Meinungen über die Gegenwart und die Zukunft rückhaltlos austauschten, vier glückliche Tage. Denn so lang dauerte ihr gemeinschaftlicher Aufenthalt in der „Höll." „Es ist unmöglich," sagt Wessenberg hierüber, „Einfachheit, Leutseligkeit und Annehmlichkeit in höherem Grade zu verbinden, als bei diesem kaiserlichen Prinzen angetroffen wird."

In ähnlicher Weise verlebte Wessenberg auch im Brandhofe selbst noch ein Paar Tage mit dem Erzherzog. Nicht nur der Verkehr mit ihm selbst, auch der mit seiner Gemalin brachte auf ihn den wohlthuendsten Eindruck hervor. Und als endlich die Stunde der Trennung schlug, begleitete ihn der Erzherzog noch eine geraume Strecke, bis nach Seewiesen, um im Wagen mit ihm vertraulich zu plaudern. „Der Abschied von ihm und seiner Gemahlin," schrieb noch an demselben Abende Wessenberg in sein Tagebuch, „war womöglich noch herzlicher als der Empfang. Gott breite noch lange seine Segnungen aus über dieses vortreffliche Menschenpaar!" [1])

---

[1]) Tagebuch. Cahier 98.

XII.

Das Jahr 1848.

In seinem Innern erfrischt und gehoben durch die Zusammenkunft mit dem Erzherzog Johann, die er „einen schönen Sonnenblick auf den Abend seines Lebens“ nennt, kehrte Wessenberg durch Süddeutschland nach Freiburg zurück. Ueberall beweiset er von Neuem einen offenen Blick für die Erscheinungen, welche in seinen Gesichtskreis treten. In München bewundert er einzelne Neubauten, tadelt aber das Kunterbunt der Baustyle, welches nun durch den Palast, der für den Kronprinzen aufgeführt werde, neuerdings einen Zuwachs erhalte. In Augsburg gucke, so meint er, noch immer die alte Reichsstadt aus den Fenstern heraus, an denen Erzherzog Ferdinand zuerst die schöne Welserin sah. In Ulm besichtigt er, während ihm auf dem Gemäuer der alten Festungswerke Macks Schatten umherzuschleichen scheint, die im Bau begriffenen Fortificationen, welche großartig zu werden versprächen. Dort begegnete er auch den ehrwürdigen Patriarchen Ladislaus Pyrker, dem seine ästhetisch angelegte, edle und milde Persönlichkeit ein sympathischeres Andenken hätte bewahren sollen, als ihm von denen gezollt wird, die ihn nur nach seinen zahlreichen poetischen Leistungen kennen, gegen welche sich allerdings so manches Bedenken nicht ohne alle Berechtigung vorbringen läßt.

Aber vorzugsweise blieb Wessenbergs Aufmerksamkeit doch allzeit auf das gerichtet, was auf politischem Gebiete sich zutrug, und da schien ihm denn mit Recht hinsichtlich dessen, was Deutschland betraf, nichts wichtiger als der Zustand der Gährung zu sein, in welchem sich Preußen befand. „Die Nachrichten aus Berlin,“ so schrieb er an den Erzherzog Johann, [1] „lassen vermuthen, daß man dort in der

[1]) 17. October 1845.

Verfassungsfrage noch immer hin und her schwankt. Der König soll täglich an dem früher von ihm genehmigten Entwurfe etwas abändern. Es herrscht keine Einheit der Ansichten, weder bei Hof noch unter den Ministern, und namentlich nicht in der höheren Aristokratie. Der Geist der Entscheidung fehlt und es ist daher sehr zu befürchten, daß das, was endlich zu Stande kommt, nur eine schlechte Vorrede zu dem sein wird, was noch ferner geschehen soll. Das Zaudern in solchen Angelegenheiten, wenn einmal der rechte Augenblick gekommen ist, kann große Gefahren bringen. Man verliert die Zeit, in der es noch möglich wäre, das zu verhindern, was man wirklich verhindern möchte. Die Weisheit besteht darin, das zu entdecken, was Noth thut, und darnach zu handeln, allein auch die besten Absichten scheitern gerade an der Furcht vor diesem Handeln. Wir leben in dem Zeitalter der Talente, nicht der Charaktere. So viel kann sich der König von Preußen gesagt sein lassen, daß wenn er sich zu berathenden Reichsständen entschließt, solche nicht lang sich mit dieser Rolle begnügen werden. Die Völker, die man zu Rath zieht, sagt Rivarol ganz richtig, beginnen mit Wünschen und endigen mit Forderungen. Seine Majestät sollten sich statt von Tieck über Sophokles, eher von Dahlmann über Revolutionen vorlesen lassen. Die Geschichte der Revolutionen ist das wahre Lehrbuch der Regenten."

Die traurigen Ereignisse, welche sich in der ersten Hälfte des Jahres 1846 in Galizien zutrugen, riefen natürlich Wessenbergs ganze Theilnahme wach. Das Auftreten des Adels nennt er sinnlos, dem der Bauern gegen den Adel mißt er jedoch eine ungleich größere Bedeutung bei, denn er verkennt die Gefahr nicht, welche in dieser Art Hilfe für die Regierung lag. In dem so offen kundgewordenen Widerwillen der Bauern gegen die Grundherren erblickt er den Stoff zu einer Revolution. Einer solchen könne, so meint er, nicht auf dem Wege der Gewalt allein begegnet werden; Maßregeln seien nothwendig geworden, deren Anwendung auch in den übrigen österreichischen Ländern unvermeidlich erscheine. „Die alten Bande zwischen Bauer und Grundherr," so lauten Wessenbergs Worte, „sind zerrissen und sie können nimmermehr in der früheren Form angeknüpft werden. Eine Versöhnung ist indessen nothwendig geworden, denn ohne eine solche gäbe es weder Ruhe noch Sicherheit; sie ist aber nur möglich, wenn der Bauer vom Grundherrn

unabhängig gemacht wird. Man wird vielleicht vor diesem Mittel zurückschrecken, allein es ist darum doch nicht minder unerläßlich, denn es ist das einzige, das zum Zwecke führen kann. Der Bauer muß entlastet, muß reiner Eigenthümer werden, der Grundherr aber eine billige Entschädigung erhalten; dieß ist jetzt die Aufgabe, welche der Regierung zu lösen bleibt; die Zeit der Robot und anderer feudalistischen Lasten hat ihr Ende erreicht. Man darf sich darüber keiner Illusion mehr hingeben; die Zeiten kann man nicht ändern."

„Man wird mir die Schwierigkeit des Unternehmens entgegenhalten," fährt Wessenberg fort, „allein wenn eine Sache einmal unvermeidlich geworden, ist es unnütz darüber nachzusinnen, wie sie zu umgehen wäre; man muß sich einzig und allein mit den Mitteln beschäftigen, sie auf die wenigst lästige Art zu Stande zu bringen. Die Möglichkeit ist übrigens bereits in anderen Staaten erreicht worden; es kommt eigentlich nur darauf an, das zu vollenden, was der Ahnherr Joseph II. begann."

Diese entschiedene Sprache gewinnt dadurch noch mehr an Werth, daß sie aus dem Munde eines Mannes kam, der, und zwar in Böhmen, selbst Grundherr war, dessen Ansichten somit nicht durch seinen eigenen Vortheil beeinflußt wurden. Er ist übrigens der Meinung, daß sogar die materiellen Interessen der Grundherren durch eine Beseitigung der auf den Unterthanen ruhenden Lasten nicht geschädigt werden würden. „Ich hege die Ueberzeugung," sagt er hierüber, „daß mit Ausführung dieser Maßregel eine neue Epoche für den Nationalwohlstand in Oesterreich beginnen wird. Adel und Bauernstand müßten dabei gewinnen, die Betriebsamkeit würde sich mächtiger entwickeln, die Consumtion und mit ihr auch der Reichthum zunehmen, wobei sich auch die Staatsfinanzen wohl befinden würden, denn diese beruhen ja heutzutage nur auf der Größe der Consumtion. Freund Kübeck ist gewiß dieser Meinung; er wäre der Mann, die Sache durchzuführen."

Auch sonst spricht Wessenberg in diesem Briefe an den Erzherzog [1]) Ansichten aus, von denen man nur lebhaft bedauern kann, daß es zu jener Zeit Niemand in Oesterreich gab, der sie im Schoße der Regierung zur Geltung zu bringen vermocht, ja dieß auch nur versucht hätte, wie denn vieles von dem, was er damals sagte, auch

[1]) Freiburg, 23. März 1846.

jetzt noch große Bedeutung besitzt. „Die Theilnahme der Geistlichkeit an dem Aufstande in Galizien," schreibt er gegen das Ende seines weitläufigen Briefes, „liefert einen neuen Beweis, wie gefährlich sie werden kann, wenn sie nicht streng auf ihren Beruf beschränkt wird. Wie mögen noch die Seminarien und die Volksschulen in diesem Sarmatenlande beschaffen sein! Für ein Volk, das nicht lesen kann, sind allerdings Gesetze unnütz, und je unwissender ein Volk, desto roher und grausamer ist es auch. Ein unwissendes Volk ist eine schreckliche Waffe in der Hand dessen, der sie zu gebrauchen versteht, übrigens immer bereit, gegen den sich zu wenden, der es zuerst gedungen. Der Slavismus hat sich auch bei diesem Anlasse in seiner Feindseligkeit gegen das germanische Element kundgethan. Warum ist letzteres in der neuesten Zeit so wenig begünstigt worden? Hat man etwa dadurch das slavische für sich gewonnen?"

Mit kaum geringerer Spannung als die Ereignisse in Oesterreich verfolgte Wessenberg die in der Schweiz, denn dieses Land, seinem gewöhnlichen Wohnsitze so nahe, besuchte er häufig und mit stets sich gleichbleibender Vorliebe. Allem, was die Schweiz anging, brachte er daher ein ganz besonderes Interesse entgegen, welches sich dann noch steigerte, wenn dabei die kirchlichen Fragen ins Spiel kamen, die für seinen ihm so theuren Bruder Heinrich, den ehemaligen Verweser des Bisthums Constanz, überwiegende Bedeutung besaßen. Da begreift es sich denn von selbst, daß seine Sympathien nicht auf der Seite der Radicalen, sondern mehr auf der des Sonderbundes standen, wenngleich sie auch diesmal wieder der für ihn allzeit so charakteristischen Mäßigung treu blieben. Nach einem kurzen Besuche in der Schweiz schreibt er im Juni 1846 an den Erzherzog [1]): „Leider sieht es dort noch nicht sehr vernünftig aus; es herrscht auch ein großer Wirrwarr in den Ideen und Ansichten, aber der Hang zu Unruhen und zum Aufruhr hat stark abgenommen. Herr Neuhaus und Consorten in Bern fürchten sich jetzt ebensosehr vor dem Radicalismus als die sogenannten Conservativen, nur Herr Druey in Lausanne beharrt noch äußerlich in seinem Ultrademokratismus, sich übrigens nicht weniger als die früheren Machthaber vor dem Communismus fürchtend; dieser wird nach und nach Alle zur Vernunft bringen. In Zürich sind bessere Elemente und mehr In-

[1]) Diettenitz, 14. Juni 1846.

telligenz als in Bern und Lausanne. Wenngleich auch dort jetzt ziemlich radicale Männer an der Spitze der Geschäfte stehen, so haben sie doch mehr Besonnenheit und fühlen das Bedürfniß eines rechtlicheren Zustandes und größerer Sicherheit. Sie sind mit der industriellen Partei, welche Ruhe und Frieden will und braucht, zu sehr verwandt, um in anderem Sinne aufzutreten. Luzern könnte eine bedeutende Rolle spielen, allein es mangelt der dortigen Regierung an Intelligenz und an Staatsklugheit, man hält dort Schroffheit für Heldenmuth. Die Herren Sonnenberg und Consorten wollen mit der Zeit gar nicht rechnen und werden sich daher verrechnen. Mit Widerstand allein ist es nicht gethan, Einheit ist nöthig und diese nicht möglich ohne gegenseitiges Nachgeben und ohne Amnestie für die Vergangenheit. Ein Nikolaus von der Flüe müßte wieder erscheinen und die allgemeine Gehässigkeit wegpredigen."

In noch weit höherem Maße als durch die Schweiz wurde natürlich die Aufmerksamkeit Wessenbergs durch den zweiten und ungleich größeren Nachbarstaat Badens, durch Frankreich in Anspruch genommen. Von den vielen Betrachtungen über dieses Land, welche sich in Wessenbergs Tagebüchern finden, wollen wir zur Kennzeichnung seiner Anschauungen nur diejenige auswählen, die er am 21. Januar 1846, dem dreiundfünfzigsten Todestage Ludwigs XVI. zu Papier brachte. [1]) „Die Erinnerung an dieses Ereigniß sollte," so lautet sie, „Frankreich in ewige Trauer versenken, denn niemals wird es entschuldigt werden können. Ludwig XVI. ging auf dem Schaffot zu Grunde, Napoleon starb im Exil, Karl X. wagte es nicht, auf französischem Boden zu sterben, und was wird das Schicksal Ludwig Philipps sein?"

„Die ganze Welt scheint zu glauben, daß solang der gegenwärtige König von Frankreich am Leben bleibt, so lang dieser verständige Monarch das Staatsruder führt, der Friede und die Sicherheit Europa's erhalten bleiben werden. Sobald aber die göttliche Vorsehung diesen großen und guten Fürsten von hier abberufen haben, sobald sein überlegener Geist nicht mehr die Schicksale seines Königreiches lenken und die dortigen unruhigen und ungestümen Elemente nicht mehr beherrschen wird, dann werden, meint man besorgen zu müssen, wie mit Einem Schlage die wichtigsten Interessen Europa's den bösesten Zufällen preisgegeben sein."

---

[1]) Tagebuch. Cahier 99.

„Dennoch sollte man glauben, daß die Franzosen, durch fünfzehnjährige Erfahrungen belehrt, den Werth des von Ludwig Philipp aufgerichteten Gebäudes erkennen und jeden Versuch zurückweisen werden, welcher zu dessen Umsturz von den Parteigängern der Unordnung und der Anarchie unternommen werden sollte. Man darf hoffen, daß in diesem Augenblicke alle Männer von Einfluß auf die öffentliche Meinung, alle die bisherigen Anhänger der Regierung um den jungen Thronerben sich schaaren werden, welchem andererseits ein so rechtschaffener und verständiger Mann wie der Herzog von Nemours als Regent, und eine Frau von so ausgezeichneten Eigenschaften, wie sie die Herzogin von Orleans in so reichem Maße besitzt, als seine besten Stützen zur Seite stehen werden."

Jedermann weiß, wie ganz anders Alles dieß kam, als Wessenberg geglaubt hatte. War man schon durch den Ausbruch der Revolution, die man zwar für den Augenblick seines Todes besorgt, aber bei Lebzeiten Ludwig Philipps für höchst unwahrscheinlich gehalten hatte, äußerst überrascht, so war man solches vielleicht noch mehr durch die Widerstandslosigkeit, mit welcher der französische Königsthron zusammenbrach. Innig bedauerte Wessenberg das traurige Schicksal des Königs, und er fand hierin an dem Erzherzog Johann, den er unermüdlich mit Nachrichten aus Frankreich versah, eine gleichgestimmte Seele. „Mitleid und Theilnahme," antwortete ihm derselbe aus Wien,[1]) wo er seit Neujahr 1848 sich aufhielt, „verdient der vertriebene König und seine Familie. Er verdient es darum, weil er Europa durch eine lange Reihe von Jahren den Frieden erhielt, weil er, so plötzlich gefallen, Alles verlor, er, welcher dem ihm vorangegangenen Stamme nichts von seinem Vermögen vorenthielt, sondern es ihm bis auf das Geringste ausfolgen ließ. Schändlich die Schadenfreude, schändlich das Benehmen derer, die sich Legitimisten nannten; sie werden ihren Lohn von denen empfangen, zu welchen sie sich gesellten! Hoffentlich werden Ludwig Philipp und die Seinigen an sicherem Orte sich befinden; ich wünsche es herzlich."

Bei weitem bezeichnender noch für den Erzherzog und seine Denkungsweise ist das, was er im ferneren Verlaufe seines Briefes schreibt. „Und das deutsche Vaterland," heißt es darin, „was wird aus diesem werden? Da am meisten, und auch in den ruhigsten

---

[1]) 7. März 1848.

Ländern überall Aufregung, überall lautwerdende Wünsche und Forderungen der Völker! Die Regierungen, welchen Weg werden diese einschlagen, wo liegt die Grenze der Befriedigung? Ernste Fragen, wer wird diese beantworten? Sie müssen beantwortet werden, ob gut oder schlecht, dieß wird für die Zukunft entscheiden. Behagliche Ruhe wie in den verflossenen dreißig Jahren ist nicht mehr möglich. Schrecken verursacht mir diese Zeit nicht, sie war mir nie fremd, aber sie erfüllt mich mit banger Besorgniß, daß man nicht allgemein jene Kräfte, jene moralische Thätigkeit entwickle, welche allein retten können. Die Zeit eilt und ebenso die Ereignisse, es heißt hier handeln und mit der Zeit wuchern, keinen Augenblick versäumen."

Die Tage, welche er seit Beginn des Jahres 1848 in Wien zubringen mußte, rechnet der Erzherzog zu den bittersten, die er jemals erlebte. Aber ungebeugt an Leib und an Seele sei er bereit zu Allem, sagt er in diesem Briefe an Wessenberg, was sein Kaiser ihm gebiete. Er hoffe das, was bevorstehe, durchmachen zu können, bis sich Alles wieder zu dauerndem Guten, zu dauernder Ruhe gestalte. „Ich verlange nach mir keine Sintfluth", mit diesen Worten schließt er seinen Brief, „wohl aber Zeiten des Glückes und der Wohlfahrt für die Menschheit. Für diesen Zweck heißt es leben und wirken."

Schon bald, nachdem der Erzherzog in solchem Sinne an Wessenberg geschrieben, brach auch in Wien die aufständische Bewegung aus, welche dem bisherigen Regierungssystem ein Ende bereitete. Je weniger Wessenberg dasselbe für nutzbringend, ja auch nur für haltbar angesehen hatte, um so weniger bedauerte er dessen Sturz. Aber die Form, in der er herbeigeführt wurde, konnte einem Manne von dem Alter und dem Charakter, von den Erfahrungen und der gesellschaftlichen Stellung Wessenbergs nur höchlich mißfallen. Insbesondere gereicht es seinem Herzen zur Ehre, daß er das Schicksal des Fürsten Metternich, dessen Benehmen in jenen Tagen ein wahrhaft bewunderungswürdiges war, nicht etwa mit Schadenfreude, sondern nur mit dem tiefsten Leidwesen vernahm. „Die schimpfliche Behandlung, welche diesem Staatsmanne widerfuhr," heißt es in einer der Aufzeichnungen[1]) Wessenbergs, „bleibt eine ewige Schmach, welche auf der Bevölkerung Wiens lastet. Daß dem Manne, dessen Name noch

[1]) Rückblicke auf die Ereignisse in Oesterreich im Jahre 1848. Bruchstück. Von Wessenbergs Hand.

wenige Stunden vor seiner Abdankung so sehr gefeiert war, nicht einmal persönliche Sicherheit zu Theil wurde, kann durch nichts entschuldigt werden. Ich habe bedauert, daß derselbe nicht wenigstens mit einer pathetischen Rede vom Schauplatze abtrat, in der er, seine Persönlichkeit dem Staate zum Opfer bringend, dem Wiener Volke in energischen Worten begreiflich gemacht hätte, wie schmachvoll für dasselbe und wie verletzend für seine eigene Ehre, wie ungeziemend und ungesetzlich einem Monarchen gegenüber, dessen Güte und Wohlwollen für seine Unterthanen so unbezweifelt seien, sein aufrührerisches Auftreten erscheinen müsse. In einem solchen Augenblicke, im Angesicht großer Gefahren, in einer Stellung, wo nichts mehr zu verlieren ist, verfehlen Worte, die einer bis zum Heldenmuth aufgeregten Seele entströmen, zumal bei einer Volksmasse, die noch Neuling im Aufruhr ist, eine gewisse Wirkung nicht. Es ist übrigens traurig zu bemerken, daß sich auch in seiner Umgebung Niemand der gefallenen Größe annahm, Niemand des Monarchen, Niemand seines Ministers. Nichts beweiset vielleicht mehr, daß die letzte Stunde für Oesterreichs bisherige Regierung geschlagen hatte."

Aber seiner ganzen Natur nach war Wessenberg weniger dazu angelegt, das einmal Geschehene zu beklagen als das ins Auge zu fassen, was nun gethan werden sollte, und da wurde er denn nicht müde, zu raschem, energischem, zielbewußtem Handeln zu rathen und zu drängen. Die tüchtigsten Männer wären, so meint er, in den Reihen derer zu finden, welche sich mit der Geschichte der letzten sechzig Jahre am innigsten vertraut gemacht hätten und die in die Bedürfnisse der Staatsverwaltung sowie der Bevölkerung am tiefsten eingeweiht seien. „In den Salons", schreibt er an den Erzherzog,[1] „konnte man weder diese noch jene studiren, die Atmosphäre der Boudoirs und der Weibergesellschaften war für die Geschäfte immer verderblich. An Talenten wird es uns nicht fehlen, sie werden jetzt zahlreich auftauchen, da sie nicht mehr zum Schweigen verdammt sind. Wir müssen nun," mit diesen Worten schließt er seinen Brief, „muthig voranschreiten auf der Bahn der Gerechtigkeit und der Weisheit. Kein Schritt rückwärts mehr, sondern vorwärts zum Ziele!"

Gewiß war Wessenberg unbedingt im Rechte, wenn er die unerläßliche Nothwendigkeit, die „tüchtigsten" Männer in den Vordergrund

[1]) Freiburg, 24. März 1848.

zu stellen und sie auf die obersten Plätze im Staatsleben zu berufen, mit Nachdruck hervorhob. Wenn er jedoch als die wesentlichsten Eigenschaften, welche solche Männer besitzen müßten, Kenntniß der Geschichte der neueren Zeit und Vertrautheit mit den Bedürfnissen des Staates und der Bevölkerung bezeichnete, so zog er damit den Umfang dessen, was er von ihnen verlangte, bei weitem zu eng, ja er vergaß völlig, gerade das zu betonen, auf was es in jener sturmbewegten Zeit vor Allem ankam, Treue der Ueberzeugung, Stärke des Charakters und Thatkraft im Handeln.

Solche Männer heranzubilden, dazu war aber das so eben gestürzte System nicht geeignet, ja es hatte ihr Emporkommen geradezu unmöglich gemacht. Durch die Gepflogenheit, die damals schon zu einem fast ausnahmslos beobachteten Grundsatze geworden war, die höchsten Stellen im Verwaltungsorganismus nur Mitgliedern hervorragender Adelsfamilien anzuvertrauen, hatte man es diesen wohl allzuleicht gemacht, ohne eigentliche Studien und daher auch ohne Kenntnisse, ohne Arbeit und daher auch ohne Anstrengung, gleichsam nur durch das vermeintliche Recht ihrer Geburt an die wichtigsten Posten zu gelangen. Um sie in den Stand zu setzen, den hieraus hervorgehenden Verpflichtungen wenigstens halbwegs zu genügen, gab man ihnen fleißige und mit den Erfordernissen des Dienstes vertraute Persönlichkeiten bei, welche an ihrer Stelle die Arbeit verrichteten. Diese aber, denen es an den Kenntnissen nicht gebrach, welche zur Erfüllung der Aufgaben einer tüchtigen Verwaltung nothwendig gewesen wären, entbehrten vollständig jener Stärke und jener Selbstständigkeit des Charakters, welche sie zu energischem, überzeugungstreuem Handeln befähigt haben würden. Von der Ansicht ausgehend, daß ihre Laufbahn einzig und allein von dem Wohlwollen ihrer Vorgesetzten abhänge, lag ihnen nichts ferner, als sich dieses Wohlwollen durch kräftiges Einstehen für Anschauungen zu verscherzen, von denen sie besorgen mußten, daß sie nach Oben hin nicht genehm wären.

Trübselig genug waren, wie man sieht, die Aussichten, welche das damalige Oesterreich denjenigen darbot, die nicht so wie Wessenberg nur den Ruf nach tüchtigen Männern erhoben, sondern die auch darauf angewiesen waren, sie ausfindig zu machen. Im Allgemeinen kann man sagen, daß die Mehrzahl derer, welche die obersten Posten innehatten, zu persönlicher Uebernahme schwer zu

erfüllender Aufgaben durchaus nicht befähigt waren, und daß zu solchen die, welche bisher ihre Hilfsarbeiter gewesen, vielleicht die unerläßlichen Kenntnisse, aber keineswegs die nöthige Selbstständigkeit des Charakters, die erforderliche Thatkraft besaßen.

In dieser Bedrängniß faßte man zunächst zwei Männer ins Auge, welche, obgleich nicht von aristokratischer Herkunft, doch in Folge ihrer vorzüglichen Eigenschaften auch schon vor 1848 in öffentliche Stellungen gelangt waren, die bis dahin fast ausschließlich nur Mitgliedern der vornehmsten Adelsfamilien vorbehalten blieben. Es waren dieß die Freiherren Karl von Kübeck und Franz von Pillersdorff.

Der Aeltere von ihnen, Kübeck, zählte damals schon nahe an die Siebzig. Ein kleiner, unscheinbarer Mann, aber mit feinen, sympathischen Gesichtszügen und überhaupt von einnehmendem Wesen, brachte er durch sein bescheidenes Auftreten und durch das wohlwollende Entgegenkommen, dessen er Jedermann theilhaft werden ließ, auf Alle, die mit ihm in Berührung traten, einen gewinnenden Eindruck hervor. Zwar hatte er nicht schon von Haus aus eine tiefgehende allgemeine Bildung mitbringen können, die er, der Sohn eines unbemittelten Handwerkers in der mährischen Stadt Iglau, sich in seiner entbehrungsreichen Jugend kaum zu erwerben vermocht hätte. Dennoch gelang es ihm, durch Concentrirung all seines auf seltener Begabung fußenden geistigen Strebens auf denjenigen Theil des öffentlichen Dienstes, dem er sich, zu höheren Posten vorgerückt, fast ausschließlich widmete, eine ganz außergewöhnliche, ja eine glanzvolle Laufbahn zurückzulegen. Im Jahre 1840 zum Präsidenten der allgemeinen Hofkammer ernannt, wurde er hiedurch an die Spitze der österreichischen Finanzverwaltung gestellt. Wenn er auf diesem Posten nicht Alles das leisten konnte, was im Interesse des Staates erwünscht gewesen wäre, so wird die Ursache hievon wohl weniger in mangelnder Erkenntniß des Richtigen, als darin zu suchen sein, daß es ihm an der erforderlichen Energie gebrach, nöthigenfalls auch mit Gefährdung seiner eigenen Stellung dasjenige durchzusetzen, was ihm ersprießlich erschien.

Nicht geringere Vorsicht legte Kübeck auch im Jahre 1848 an den Tag. Gleich Anfangs für das Finanzportefeuille in dem neu zu bildenden Ministerium ausersehen, erklärte Kübeck schon nach wenigen Tagen seine Kraft hiefür nicht ausreichend und erbat sich die Versetzung in den Ruhestand, welche ihm denn auch gewährt

wurde. Vollständig verschwand er von dem Schauplatze der Oeffentlichkeit, und erst dann kehrte er wieder dahin zurück, als in Wien der Aufstand durch Waffengewalt niedergeschlagen war.

Um sechs Jahre jünger als Kübeck, war Pillersdorff in vielen Dingen ihm ähnlich, in vielen aber auch wieder völlig verschieden von ihm. In gleich inniger Vertrautheit mit den Zuständen und den Verhältnissen der österreichischen Monarchie, in rastloser Thätigkeit und unermüdlicher Pflichttreue, in unbestechbarer Rechtlichkeit, in fast ebenso glänzender Laufbahn bestand diese Aehnlichkeit, wie denn die Märzbewegung auch Pillersdorff schon auf einem sehr ansehnlichen Posten, dem eines Hofkanzlers antraf. Die Verschiedenheit zwischen ihnen aber lag vorerst in den weit günstigeren Verhältnissen, unter denen Pillersdorffs Jugend im Vergleiche zu derjenigen Kübecks verflossen und durch die ihm die Möglichkeit der Erwerbung einer mehr weltmännischen Bildung dargeboten war. Hiezu kam noch, daß Pillersdorff schon in Folge der Kriegsereignisse des Jahres 1814 ein längerer Aufenthalt in Frankreich und eine Bereisung Englands erreichbar gemacht wurde, wobei er Vergleiche der öffentlichen Zustände in diesen Ländern mit denen seiner Heimat anstellen und die Ansicht in sich aufnehmen konnte, daß es auch in Oesterreich nicht für alle Zukunft zu vermeiden sein werde, dem Volke einen gewissen Antheil an der Gesetzgebung und an der sonstigen Leitung seiner eigenen Angelegenheiten zu gewähren. Von größerer Gestalt und hagerer, lebhafter, sowie mittheilsamer als Kübeck, gewandter als er in der Art, seine Gedanken in Worte zu kleiden, hatte doch Pillersdorff weit mehr als dieser etwas Pedantisches in seinem Auftreten, das gleichsam von selbst an die Stellung eines hohen Bureaukraten erinnerte, die er gleich Kübeck einnahm.

Worin sich aber die Beiden von einander gründlich unterschieden, das war vor Allem die Haltung, welche sie gleich von Anfang an der Märzbewegung gegenüber beobachteten. Während Kübeck scheu vor ihr zurückwich und sich ihr behutsam entzog, folgte Pillersdorff dem an ihn ergehenden Rufe mit dem patriotischen Wunsche, sich seinem Vaterlande in dessen harter Bedrängniß nützlich zu erweisen, ja vielleicht sogar in der stolzen, freilich trügerisch gebliebenen Hoffnung, der Regenerator Oesterreichs zu werden. Aber der Muth, den er hiedurch unleugbar an den Tag legte, war leider kein nachhaltiger zu nennen. Nur allzubald verließ er ihn völlig, und der bedauerns-

werthe Mann, dessen Ernennung zum Minister des Innern mit so freudigem Beifall begrüßt worden war, wurde binnen kurzem zum willenlosen Spielball der revolutionären Partei.

Nicht ganz so drängend wie auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, machte auf dem der auswärtigen Angelegenheiten der Bedarf nach neuen Männern sich geltend. Auf dem letzteren lag ja nicht so wie auf dem ersteren die Nothwendigkeit der Einführung einschneidender Reformen vor. Die auch in diesem Zweige des Staatslebens, und wohl noch mehr als in dem der inneren Verwaltung herrschende Bevorzugung des aristokratischen Elementes hatte nicht gleiche Uebelstände wie dort nach sich gezogen, ja sie war in gewissem Sinne sogar in der Natur der Sache gelegen, weil ganz abgesehen von den zu einer glänzenden Lebensführung erforderlichen Geldmitteln, welche die Angehörigen vornehmer Adelsfamilien in weit reicherem Maße als die lediglich im Dienste Emporgekommenen besaßen, die fremden Höfe fast ausnahmslos es vorzogen, aristokratische statt bürgerlicher oder kleinadeliger Personen bei sich beglaubigt zu sehen. Außerdem gab es im österreichischen diplomatischen Corps gar manche ältere Männer, welche demselben, wie etwa die Grafen Anton Apponyi in Paris und Rudolf Lützow in Rom, nur zur Ehre gereicht hatten, bis schließlich auch sie durch die Revolution des Jahres 1848 aus ihren Posten vertrieben worden waren.

So kam es, daß insofern es um die auswärtigen Angelegenheiten sich handelte, durch die Märzbewegung eigentlich nur die Neubesetzung von zwei hervorragenden Posten nothwendig wurde. Die eine, dringendere, war die des Ministers selbst, welche durch Metternichs Rücktritt veranlaßt war, die zweite aber, erst einige Wochen später zu Tag tretende, die des österreichischen Präsidialgesandten bei der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt.

Der General der Cavallerie Graf Ludwig Ficquelmont hatte in dem Augenblicke, in welchem er zu Metternichs Nachfolger ernannt wurde, das siebzigste Lebensjahr schon überschritten. Einer alten lothringischen Adelsfamilie entstammt, hatte er sich während seiner jüngeren Zeit, welche in die der französischen Revolutionskriege fiel, durch tüchtige militärische Dienstleistung hervorgethan, sogar unter Wellington in Spanien gefochten und sich dort den Ruf eines tapferen Reiterführers erworben. Nach Beendigung der Feldzüge dem diplomatischen Dienste sich widmend, war er zuerst in Stockholm,

dann in Florenz, hierauf in Neapel und endlich in St. Petersburg beglaubigt. 1839 nach Wien berufen und seither hier dienstlich verwendet, wurde es ihm hindurch möglich gemacht, mit den österreichischen Zuständen und Verhältnissen etwas genauer bekannt zu werden, als dieß bisher der Fall gewesen war. Acht Jahre später dem Vicekönig des lombardisch-venetianischen Königreiches, Erzherzog Rainer, in berathender Stellung beigegeben, wurde er zwei Wochen vor Ausbruch der Märzbewegung zum Präsidenten des Hofkriegsrathes, aber kaum in Wien eingetroffen, zum Vorsitzenden des Ministerrathes und zum Minister des Aeußern ernannt.

Als solcher hatte denn Ficquelmont gleich vom Beginne seiner Wirksamkeit an vor Allem zwei von einander ganz verschiedene Fragen, die italienische und die deutsche ins Auge zu fassen. Die erstere war durch den bewaffneten Einbruch des Königs von Sardinien in die Lombardie und durch das Obsiegen der Revolution in diesem Lande, durch das Zurückweichen des Feldmarschalls Grafen Radetzky aus Mailand bis Verona, durch den Aufstand von Venedig und durch die Parteinahme eines großen Theiles des übrigen Italiens für die revolutionäre Bewegung in dessen Norden in den Vordergrund gestellt worden. Die zweite aber wurde durch die hie und da recht wild aufschäumende Gährung, von der sich insbesondere der Südwesten Deutschlands erfaßt zeigte, durch den allgemeinen Ruf nach gründlicher Umgestaltung der bisherigen Bundesverhältnisse und nach ihrer Ersetzung durch Einrichtungen veranlaßt, welche dem deutschen Vaterlande größere Einheit, seiner Bevölkerung aber politische Freiheit zu verbürgen vermöchten.

Was zunächst Italien anging, so hatten daselbst die Ereignisse die Neubesetzung diplomatischer Posten für Oesterreich um so weniger nothwendig machen können, als ja in Folge derselben nach und nach alle dortigen kaiserlichen Gesandten ihre Plätze zu räumen gezwungen worden waren. In Deutschland hingegen zeigte es sich von Tag zu Tag mehr, daß eine Aenderung hinsichtlich der wichtigsten diplomatischen Stellung, die es wenigstens damals dort gab, sich nicht mehr gar lang werde hinausschieben lassen.

Ungerecht wäre die Behauptung, der Posten eines österreichischen Bundespräsidialgesandten in Frankfurt habe sich in dem Augenblicke, in welchem die Volksbewegung in Deutschland ausbrach, in unwürdigen oder unfähigen Händen befunden. Freilich war er bis dahin

einem Manne anvertraut gewesen, dem ein nicht geringer Theil der Impopularität seiner eigenen Stellung und der Versammlung, in der er den Vorsitz zu führen hatte, zuzuschreiben ist. Aber in jüngster Zeit, allerdings erst seit einigen Tagen war Graf Münch durch den Grafen Franz Colloredo ersetzt worden, einen der tüchtigsten Diplomaten, über welche Oesterreich damals verfügen konnte. Hiezu kam noch, daß er nicht nur ein hochgebildeter, sondern auch ein wohlwollender Mann war, der in ruhigen Zeiten dem ihm übertragenen Amte ohne Zweifel in befriedigender Weise vorzustehen vermocht hätte. Aber um sich in den chaotischen Zuständen, welche in Frankfurt nicht weniger als in Wien herrschten, zurechtzufinden und dem die Spitze zu bieten, was von allen Seiten auf ihn einstürmte, scheint er weder die wünschenswerthe Ruhe und Besonnenheit noch die erforderliche Thatkraft besessen zu haben. Niemand erkannte dieß deutlicher als er selbst, und fast leidenschaftlich drang er in Wien auf seine Abberufung aus Frankfurt und auf seine Ersetzung durch einen für die dort zu erfüllenden Aufgaben geeigneteren Mann.

Ohne Zweifel war es, als es um die Wahl eines solchen sich handelte, kein Anderer als Erzherzog Johann, der zuerst den Blick auf Wessenberg lenkte. „Es würde mich," so schrieb er ihm,[1] „unendlich freuen, wenn Sie Ja sagen wollten, denn ich weiß, daß Sie das Terrain und die Leute kennen, das Eine und die Anderen zu behandeln wissen, kräftig und patriotisch gesinnt, daher in allen Beziehungen für die Lage passend sind." Wenn er diesen Antrag annähme, möge er sich, fügte der Erzherzog hinzu, schleunigst zum Eintritte in sein neues Amt nach Frankfurt begeben. „Beweisen Sie mir bald," mit diesen Worten schließt er sein Schreiben, „daß Sie mit mir überzeugt sind, es gelte zu handeln und seine letzten Kräfte der guten Sache im Vaterlande zum Opfer zu bringen."

Fast der gleichen Worte, in denen Wessenberg zu wiederholten Malen an den Erzherzog geschrieben, bediente sich nun dieser zu seiner Aufforderung an ihn. Wessenberg brachte ihnen daher auch das vollste Verständniß, die größte Bereitwilligkeit entgegen, und nur hinsichtlich eines einzigen Punktes, aber freilich vielleicht des wichtigsten von allen, war er nicht der gleichen Meinung mit dem

---

[1]) 9. April.

Erzherzog. „Für meinen Diensteifer, meine Anhänglichkeit an das Kaiserhaus," antwortete er ihm,[1]) „meine echte Vaterlandsliebe kann ich wahrlich gutstehen, aber leider mit meinen vierundsiebzig Jahren nicht für meine physischen Kräfte, für die zu einem so schwierigen Amte, wo dermalen auch die äußerliche Persönlichkeit so sehr in Anspruch genommen wird, hinreichende Gesundheit. Diese ist neuerlich theils durch die Ereignisse, theils durch empfindliche Verluste — ich verlor zu Anfang dieses Monats binnen fünf Tagen meine einzige Schwester und meinen einzigen Sohn — tief erschüttert worden, und ich leide noch gegenwärtig an den Folgen einer heftigen Brustentzündung." Außerdem höre er, fährt Wessenberg fort, daß Colloredo seinem Amte vollkommen gewachsen sei und sich der ungetheilten Achtung der in Frankfurt befindlichen politischen Persönlichkeiten erfreue. Er werde sich übrigens demnächst selbst dorthin begeben, um zu sehen, wie es in Frankfurt stehe, was dort zu erwarten, zu hoffen oder zu befürchten sei.

Sollte er jedoch, meint Wessenberg in diesem und in einem zweiten Briefe vom folgenden Tage,[2]) noch einer öffentlichen Wirksamkeit für fähig gehalten werden, so könnte er am ehesten eine passende Stellung in einem Comité finden, in welchem über die neue Verfassung oder über andere organisatorische Einrichtungen Berathungen gepflogen würden und seine Erfahrungen sowie seine etwaigen Kenntnisse mehr als seine sonstige Persönlichkeit in Betracht kämen. „Zu der erwähnten Stelle," so lauten seine Schlußworte, „taugt nach meiner Ueberzeugung kein Invalide, und wird wohl der rüstigste Mann in Anspruch genommen werden müssen. Ich würde meinem Gewissen untreu werden, wenn ich anders mich ausspräche."

In der hier dargelegten Ueberzeugung wurde Wessenberg durch den Besuch, den er beabsichtigter Maßen in Frankfurt machte, nur noch bestärkt. Seine dortigen Wahrnehmungen hätten ihn, berichtet er dem Erzherzog,[3]) mit noch begründeterer Besorgniß erfüllt, daß seine so geringen Kräfte für die ihm zugedachte Aufgabe nicht mehr ausreichend seien. Unmöglich vermöchte seine so zerrüttete Gesundheit den körperlichen und moralischen Anstrengungen zu widerstehen, welche für den Augenblick wenigstens und wahrscheinlich noch

[1]) Freiburg, 15. April 1848.
[2]) Freiburg, 16. April.
[3]) Frankfurt, 20. April.

für lange Zeit hinaus von jenem Posten nicht getrennt gedacht werden könnten. Er müsse sich daher fortan als ganz unfähig betrachten, denselben auch nur mit einiger Aussicht auf günstigen Erfolg zu übernehmen.

Kaum zwei Wochen, nachdem diese freimüthige Erklärung Wessenbergs nach Wien gelangt war, trat hier ein Ereigniß ein, durch das sein Entschluß vollständig über den Haufen geworfen und er dahin gebracht wurde, sich einer Aufgabe zu unterziehen, gegen welche die ihm für Frankfurt zugedachte wohl noch eine leichtere gewesen wäre. Durch die abscheulichen Demonstrationen vom 2. und 3. Mai wurde Ficquelmont aus der Stellung eines Präsidenten des Ministerrathes und dem Amte eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vertrieben. In die erstere trat der Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorff ein, an Wessenberg aber erging der dringende Ruf, unverzüglich die Leitung der auswärtigen Geschäfte zu übernehmen.

In Wessenbergs selbsteigenem Interesse sowie in dem noch weit höher stehenden der Sache, um die es sich handelte, ist es wohl nur zu bedauern, daß er an dem Entschlusse, den er hinsichtlich des Frankfurter Postens gefaßt hatte, nicht auch in dem Augenblicke festhielt, in dem ihm die noch unendlich viel schwierigere Aufgabe zugemuthet wurde, an die Spitze des Ministeriums des Aeußern zu treten. Die Beweggründe, von denen er früher sich leiten ließ, fielen ja jetzt mit verdoppeltem Gewichte in die Wagschale, und wenn er selbst erklärt hatte, auf den Platz eines Präsidenten der Bundesversammlung zu Frankfurt gehöre kein Invalide, so war für einen solchen das Haus auf dem Ballplatze wohl noch weniger die geeignete Stelle.

In gar keiner Weise verschloß Wessenberg sich dem Zutreffenden dieser Betrachtung, und er täuschte sich ebensowenig über die darniederdrückende Schwere der Last, die er nun auf sich nehmen sollte, als über die Unzulänglichkeit seiner körperlichen Kräfte, sie zu tragen. Wenn er dennoch auf den ihm gemachten Antrag einging, so geschah dieß, wie er selbst sagt, einzig und allein aus Pflichtgefühl, das ihm vorschrieb, sich seinem Vaterlande in einem für dasselbe so bedrohlichen Augenblicke nicht zu entziehen. Er hege jedoch die Empfindung, fügt er hinzu, daß er sich in eine mörderische Schlacht begebe, ohne zu wissen, wie er dereinst aus ihr hervorgehen werde.[1])

[1]) Wessenberg an den Staatsrath Freiherrn von Lebzeltern. Freiburg, 15. Mai. An Erzherzog Johann, 17. Mai.

Wie wohlbegründet dieses bange Vorgefühl war, mußte Wessenberg schon in den nächsten Tagen erfahren. Kaum hatte er die Reise nach Wien angetreten, so blieb er auch schon und zwar in Regensburg fieberkrank liegen.[1]) Dennoch raffte er sich auf und setzte, obgleich noch ernstlich leidend, die Fahrt nach Wien fort. Aber der Empfang, den er daselbst fand, war ein wahrhaft entmuthigender zu nennen. In Folge der Sturmpetition vom 15. Mai hatten zwei Tage später Kaiser Ferdinand und seine Familie Wien insgeheim verlassen und sich nach Innsbruck begeben, wo für die nächste Zeit das Hoflager aufgeschlagen wurde. Ungemein tief war der Eindruck, den die ganz unerwartete Abreise des Kaisers auf die Wiener Bevölkerung hervorbrachte, und schon glaubte man, derselbe werde nachhaltig genug sein, um der Regierung die Wiederherstellung geordneter Zustände möglich zu machen. Aber die zu diesem Ende unternommenen Maßregeln wurden mit so wenig Nachdruck durchgeführt, daß gerade das Gegentheil von dem, was man beabsichtigt hatte, geschah. Die Revolutionspartei erhielt wieder vollständig die Oberhand, die Straßen der Stadt bedeckten sich mit Barrikaden und ein Sicherheitsausschuß wurde eingesetzt, der, wenn auch nicht die Regierungsgewalt selbst, so doch die Leitung dessen an sich riß, was in Wien vor sich ging.

Er schreibe ihm, mit diesen Worten kündigt Wessenberg dem in Innsbruck befindlichen Erzherzog Johann seine Ankunft in Wien an,[2]) Angesichts der Barrikaden. „Der gestrige Tag und die letzte Nacht waren," so sagt er, „die schrecklichsten, die ich jemals erlebte." Er habe, fährt er fort, die ihm zugedachte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten noch nicht officiell übernehmen können, und halte es für seine Pflicht, sich vorerst gleichfalls nach Innsbruck zu begeben, um dort die bestimmteren Befehle des Kaisers zu erhalten. „Wenn die Studenten," mit diesen Worten schließt er seinen Brief, „es erlauben, die Stadt mit einem Wagen zu verlassen, welches in diesem Augenblick — ich erröthe es zu sagen — noch nicht der Fall ist, so reise ich schon morgen ab, auf jeden Fall so bald als möglich."

An dem Abende des Tages, an welchem Wessenberg in diesem Sinne an den Erzherzog schrieb, erschien, ohne daß er hieran schon

[1]) An Lebzeltern. Regensburg, 21. Mai.

[2]) 27. Mai.

einen Antheil gehabt hätte, die Publication des Ministerrathes, durch welche der Sicherheitsausschuß eingesetzt und demselben die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten für Wien zuerkannt wurde. Darin kam auch das Ansuchen um baldige Rückkehr des Kaisers oder um Absendung eines mit weitgehenden Vollmachten auszurüstenden kaiserlichen Prinzen nach Wien vor. Er sei, erklärte Wessenberg, für den Augenblick wenigstens weder mit dem Einen noch mit dem Anderen einverstanden, und jedenfalls müßte bei Allem, was in dieser Beziehung etwa in Innsbruck beschlossen würde, die äußerste Vorsicht beobachtet werden.

Nicht mehr aus Wien, sondern aus Linz, wo er, auf der Reise nach Innsbruck begriffen, neuerdings unwohl geworden war, richtete Wessenberg diesen Brief an den Erzherzog. „Meine elende Gesundheit," sagt er darin, „nöthigt mich hier einen Tag zu verweilen. Sie ist dermalen so zerrüttet, daß ich die Unmöglichkeit voraussehe, mit ihr auch nur auf kurze Zeit für die mir zugedachten Geschäfte auszulangen." Er müsse es sich daher vorbehalten, nach seiner Ankunft in Innsbruck dem Kaiser seine Gedanken über die Art und Weise auseinander zu setzen, in welcher seiner Ansicht nach die Geschäfte künftighin besorgt werden könnten. [1])

Nach mehreren Tagen nothgedrungenen Verweilens in Linz und in Salzburg endlich in Innsbruck eingetroffen, schrieb Wessenberg unmittelbar darnach an den Freiherrn von Doblhoff, der dort als Mitglied und Repräsentant des Ministeriums anwesend war. Er meldete ihm, daß er sich durch die Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes in die Unmöglichkeit versetzt sehe, die ihm vom Kaiser zugedachte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten auch wirklich zu übernehmen; er fühle sich durchaus nicht mehr einer großen und noch weniger einer anhaltenden Anstrengung fähig. Sollte jedoch der Kaiser angelegentlich wünschen, daß er, um allenfalls einer augenblicklichen Verlegenheit zu begegnen, sich bis zu baldiger Ernennung eines wirklichen Ministers des Aeußern einigen dringenden Geschäften unterziehe, so werde er trotz seines andauernden Unwohlseins einem solchen Begehren nach Möglichkeit entsprechen. [2])

Natürlich nahm man am Hofe einstweilen dieses Anerbieten Wessenbergs bereitwillig an; aus der von ihm Anfangs bloß

[1]) An den Erzherzog. Linz, 30. Mai.

[2]) Wessenberg an Doblhoff. Innsbruck, 2. Juni.

provisorisch gemeinten Uebernahme der auswärtigen Geschäfte ging jedoch wie von selbst eine definitive hervor. Dadurch, daß Wessenberg sich dieser Aufgabe unterzog, gab er, wie Fürst Metternich in einem äußerst freundschaftlichen Briefe [1]) sagt, den er in jenen Tagen aus seinem Asyl in London an ihn schrieb, dem Kaiser und dem Vaterlande einen erneuerten Beweis wahrhafter Treue. „Beide müssen Ihnen," so lauten die Worte des Fürsten, „Dank für ein Opfer bringen, welches zu den größten gehört, das der freistehende, aber moralisch verpflichtete Mann zu leisten vermag."

„Hätte ich," sagt Metternich später in diesem Briefe, „den Mann für die schwere Rolle zu benennen gehabt, so würde ich Sie genannt haben, nicht allein deßhalb, weil ich Sie kenne, sondern weil ich weiß, daß Sie die Welt kennen, eine Kenntniß, welche weder in den Wiener Salons noch in den literarischen oder anderen Vereinen und ganz besonders nicht in der Aula, sondern nur in der Welt erworben werden kann."

Von den vielen und namhaften Persönlichkeiten, welche, so wie es von Seite Metternichs geschah, Wessenberg aus Anlaß der Uebernahme seines neuen Amtes beglückwünschten, wollen wir nur noch zwei, und zwar ebensowohl wegen ihrer eigenen Bedeutung, als um des Gegensatzes willen, in dem sie zu einander standen, hier hervorheben. Es sind dieß der Feldmarschall Graf Radetzky und Lord Palmerston.

Um die Art und Weise zu kennzeichnen, in welcher Radetzky an Wessenberg schrieb, sei es gestattet, dem Anfange und dem Ende seines Briefes aus Verona vom 12. Juni hier Aufnahme zu gönnen. „Mein theurer und hochverehrter Freund!" so lauten dessen Eingangsworte, „ich kann Ihnen nicht sagen, mit welchem Vergnügen ich erfuhr, daß das Vertrauen Seiner Majestät Sie an die Spitze unserer auswärtigen Angelegenheiten rief; endlich werden wir doch auch wieder im Auslande würdig vertreten sein." Und nachdem er die befriedigenden Wirkungen der von ihm errungenen Erfolge, sowie die nichts weniger als glänzende Lage des Königs von Sardinien geschildert, bittet er ihn dringend, darauf bedacht zu sein, daß man Kraft entwickle und Energie. „Nur noch eine Verstärkung von 25.000 Mann," sagt er hierüber, „und unser Einfluß, unsere Herrschaft

[1]) London, 31. Mai. In Metternichs Denkwürdigkeiten. VIII. 421.

in Italien sind neuerdings begründet; ihre Befestigung mag dann das Werk entsprechender Institutionen sein."

„Gelänge es meinem Schwerte, den Weg dazu zu bahnen," so endigt Radetzky sein Schreiben an Wessenberg, „dann wird es Ihrer tiefen Staatseinsicht, dem Adel und der Freisinnigkeit Ihrer Ansichten und Ihrer Denkungsart gelingen, Oesterreich wieder auf die Stufe seiner alten Macht und seines früheren Ansehens zu erheben."

Von der gleichen Werthschätzung für Wessenberg durchdrungen, aber freilich auf einem ganz anderen Standpunkte stehend als Radetzky, bringt ihm Palmerston seine Glückwünsche dar. „So sind Sie denn endlich," schreibt er ihm am 20. Juni ganz mit eigener Hand, „auf jenem Posten, auf dem Sie schon seit langer Zeit sein sollten und von dem aus, wenn Sie auf demselben gewesen wären, Sie Ihrem Vaterlande und Europa viel Unglück erspart hätten. Besser jedoch ist es, daß Sie spät auf denselben gelangen, als wenn dieß gar nicht geschehen wäre. Trachten Sie, ich fordere Sie hiezu auf, daß diesem italienischen Kriege, dessen Ergebniß auch dann, wenn es noch hinausgeschoben würde, nicht mehr zweifelhaft sein kann, so bald als nur immer möglich ein Ende gemacht werde. Je rascher Sie sich mit den Italienern vergleichen, um so besser wird dieß sein. Denn die Zeitverhältnisse sind in dieser Angelegenheit ungünstig für Oesterreich, das in einem ihm feindlich gesinnten Lande und weit von den Hilfsquellen seiner Armee entfernt, Krieg führen muß."

XIII.

Wessenberg als Minister des Aeußern.

Wie es schon unter Wessenbergs Vorgänger Ficquelmont der Fall gewesen war, bezogen sich natürlicher Weise die wichtigsten der auswärtigen Geschäfte auch jetzt noch auf die Angelegenheiten Italiens und Deutschlands. Was zunächst die ersteren anging, so ist es bezeichnend für die Anschauungen Ficquelmonts, daß er schon kurz nach seiner Rückkehr aus Mailand nach Wien, statt in Schrecken über die Kriegserklärung des Königs von Sardinien zu gerathen, die Meinung aussprach, gerade sie könnte Oesterreich einen Stützpunkt gewähren, von dem aus man die dortigen Verhältnisse zu überblicken und das überhaupt Mögliche und Nöthige vorzukehren im Stande sein würde. Der Rückzug Radetzky's bis hinter den Mincio schien ihm ganz unvermeidlich zu sein, diese Linie aber werde der Feldmarschall zweifellos behaupten. Damit sei jedoch der Augenblick gekommen, noch einmal einen Versuch zu machen, die österreichisch-italienischen Provinzen und insbesondere die östlich vom Mincio gelegenen zurückzuführen zu ihrer Pflicht. Der Aufstand wäre ja wahrscheinlich ganz unterblieben, wenn man den dortigen Einwohnern rechtzeitig klar zu machen vermocht hätte, daß durch die vom Kaiser seinen Völkern gewährten Zugeständnisse Alles schon in Erfüllung gegangen sei, wonach sie begehrten. Wenn man sie jetzt, wo der erste Taumel vorüber, freimüthig und wohlwollend über die Absichten des Kaisers belehre und ihnen darlege, daß in Hinkunft die italienische Nationalität unter der österreichischen Regierung gerade so wie unter jeder nur irgendwie möglichen einheimischen blühend und geachtet dastehen, daß ihnen ausgedehnte provincielle und municipale Freiheiten, ihren Abgeordneten aber die gleichen Rechte wie denen aller übrigen österreichischen Länder gesichert sein würden, so

sei mit einiger Bestimmtheit darauf zu hoffen, daß man ihrerseits keine Zurückweisung erführe. Als zu dieser Mission ganz besonders geeignet schlug Ficquelmont den Hofkanzler Freiherrn von Weingarten vor, welcher lange Zeit in Italien gedient hatte, das Land und seine Bewohner sowie deren Sprache aufs genaueste kannte, sich dort eines guten Rufes erfreute und auch sonst ein vertrauenswürdiger Mann war.[1] Im letzten Augenblicke aber wurde derselbe durch den Staatsminister Grafen Hartig ersetzt.[2]

Während dieser sich über Triest nach Görz und dann nach Udine begab, um von da aus, wo er den ganzen Mai hindurch sich aufhielt, die Schritte nach dem Ziele zu beginnen, welches durch seine Sendung erreicht werden sollte, faßte man in Wien den Gedanken ins Auge, hiezu auch die Dazwischenkunft einer ausländischen Macht, und zwar Englands in Anspruch zu nehmen. Man setzte, und wohl nicht mit Unrecht voraus, daß man an der Themse mit großer Besorgniß die Möglichkeit erwäge, das republikanische Frankreich könnte für den Aufstand der italienischen Provinzen Partei nehmen und, wie es ja von Italien aus flehentlich darum angegangen wurde, zu diesem Ende Truppen dahin absenden. Dem zuvorzukommen, würde England vielleicht geneigt sein, eine Vermittlung zwischen Oesterreich und seinen aufständischen Unterthanen sowie dem Könige von Sardinien zu versuchen.

Die Grundlagen, auf welchen dieß geschehen sollte, bestanden darin, daß das lombardisch-venetianische Königreich unter einem Erzherzog als Vicekönig, der es im Namen des Kaisers regiere, eine abgesonderte nationale Verwaltung und ein eigenes Ministerium erhalte, das in stetem Verkehr mit Wien stehe. Die Kosten dieser Verwaltung habe das Land zu bestreiten und außerdem jährlich vier Millionen Gulden zu den gemeinsamen Auslagen, sowie zehn Millionen als seinen Antheil an der Staatsschuld zu bezahlen. Die nationale Armee solle zur Friedenszeit größtentheils im Lande verbleiben, sie dürfe aber im Kriege zur Vertheidigung der Monarchie herangezogen werden. Die Handelsverhältnisse seien in entsprechender Weise zu regeln.

Es werde schwer sein, meinte man in Wien, die Herzoge von Parma und von Modena neuerdings einzusetzen in ihre Rechte.

---

[1]) Vortrag Ficquelmonts an den Kaiser. 1. April 1848.

[2]) Resolution des Kaisers. 3. April.

Wollte der Letztere zu Gunsten seines Bruders Ferdinand abdiciren, so könnte dieser zugleich mit Modena das lombardisch-venetianische Königreich als Vicekönig verwalten. Der Herzog von Parma und sein Sohn aber seien unmöglich geworden; es sollte daher die in früheren Verträgen festgesetzte Abmachung in Kraft treten, derzufolge Parma mit dem lombardisch-venetianischen Königreiche und Piacenza mit Sardinien zu vereinigen wären. Die letztere Aussicht dürfte auch den König Karl Albert gewinnen.

Dieß waren die Vorschläge, mit denen das Wiener Ministerium, welchem jedoch damals Ficquelmont nicht mehr und Wessenberg noch nicht angehörte, einen eigenen Unterhändler und zwar in der Person des Hofrathes in der Staatskanzlei, Karl von Hummelauer mit dem Auftrage nach London abzusenden beschloß, zu ihrer Verwirklichung die Vermittlung der englischen Regierung zu begehren. [1]) Am 23. Mai wurde Hummelauer von dem österreichischen Botschafter Grafen Moriz Dietrichstein zu Lord Palmerston geführt, um diesem gegenüber sich seiner Aufträge entledigen zu können. Palmerston nahm dieselben nicht unfreundlich entgegen, aber er erwiederte doch allsogleich, daß seiner Meinung nach der Gedanke, das ganze lombardisch-venetianische Königreich unter der Souveränetät des Kaisers von Oesterreich zu belassen, nur wenig Aussicht auf Verwirklichung besitze, der Vorschlag aber, einem Prinzen des Hauses Este das Vicekönigthum anzuvertrauen, wohl aufs bestimmteste zurückgewiesen werden würde. Er selbst müsse Oesterreich rathen, auf die Lombardie völlig zu verzichten und diesem Lande gegen Uebernahme eines Theiles der Staatsschuld das Recht einzuräumen, über seine Zukunft frei zu verfügen. Die venetianischen Provinzen möge Oesterreich behalten und sie von einem Erzherzog als Vicekönig mit den Gerechtsamen regieren lassen, die es einem solchen zuzugestehen bereits entschlossen sei.

Diese von Palmerston mit „sichtlichem Wohlwollen" entwickelten Gedanken brachten auf Hummelauer einen tiefen Eindruck hervor. Ohne daß er hiezu, wenigstens so weit wir sehen können, von seiner Regierung auch nur mit der entferntesten Ermächtigung versehen gewesen wäre, nahm er die Ausarbeitung eines Projectes auf sich, das den Ansichten Palmerstons entsprach.[2]) Freilich behielt er sich

---

[1]) Extrait des instructions données à M. le Conseiller de Hummelauer lors de sa mission à Londres. Vienne, le 14 Mai 1848. Unterzeichnet: Lebzeltern.

[2]) Hummelauers mit Palmerstons Vorschlägen vollkommen übereinstimmende Denkschrift ist abgedruckt in Metternichs Memoiren, VIII. 432—439.

vor, es in Wien zur Genehmigung vorzulegen, aber schon der Umstand, daß der österreichische Unterhändler die Anträge des englischen Ministers so rasch zu seinen eigenen machte, mußte in diesem den Glauben erwecken, gegen deren Annahme würden auf österreichischer Seite keine wesentlichen Bedenken obwalten. Auch gingen die Hindernisse, welche sich gegen sie erhoben, nicht von Wien, sondern ehe man noch von diesem Plane in Oesterreich Kenntniß erhielt, von London selbst aus. Denn obgleich Palmerston im englischen Ministerrathe für ihn eintrat, so erhoben doch einige seiner Collegen, insbesondere Lord John Russell und Lord Minto so heftige Einsprache dagegen, daß ein ablehnender Beschluß gefaßt wurde. Man wolle, wurde Hummelauer eröffnet, Oesterreich keinen Rath geben, könne sich jedoch nur dafür aussprechen, daß es auf das ganze lombardisch-venetianische Königreich gegen Uebernahme eines verhältnißmäßigen Theiles der Staatsschuld durch dasselbe verzichte. Palmerston fügte seiner Mittheilung hinzu, er persönlich bedauere diesen Beschluß, denn er hätte seinen eigenen Vorschlag für ersprießlicher gehalten und zweifle nicht, daß er auf einem Congresse angenommen worden wäre.[1])

Palmerstons mündlicher Erklärung entsprach natürlich im Wesentlichen auch die schriftliche, die er am 3. Juni an Hummelauer gelangen ließ. Nur dadurch unterschied sie sich von jener, daß in ihr nicht mehr so apodiktisch wie früher von der Freigebung sämmtlicher venetianischer Provinzen, sondern nur von denen die Rede war, über welche die streitenden Theile sich vereinbaren würden.

Während dieser Vorgänge in England war auch die französische Regierung nicht länger müßig geblieben. In ihrem Auftrage wandte sich ihr Geschäftsträger in Wien, Herr de la Cour, an den Freiherrn von Pillersdorff und sprach ihm Frankreichs lebhaften Wunsch aus, daß der Kriegführung in Oberitalien durch eine friedliche Verständigung ein Ende gemacht werde, denn wenn dieß nicht geschehe, könnte Frankreich sich zu einer unmittelbaren Dazwischenkunft in dieser Sache gezwungen sehen. Daß Oesterreich sich zur Herbeiführung eines Vergleiches die Abtretung der Lombardie werde gefallen lassen müssen, wurde auch von französischer Seite nicht verhehlt. Aber man ließ doch durchblicken, daß man in Frankreich weder eine Vergrößerung

---

[1]) Hummelauer an den provisorischen Leiter der Staatskanzlei, Freiherrn von Lebzeltern. London, 28. Mai.

des Königreiches Sardinien wünsche, noch es Oesterreich mißgönne, wenn es seine venetianischen Provinzen zu behaupten vermöge.

Zu der, einem Verbleiben des ganzen lombardisch-venetianischen Königreiches bei Oesterreich höchst ungünstigen Haltung Englands kam nun die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit hinzu, daß im Falle der Fortsetzung des Kampfes in Oberitalien, Frankreich gewaffnet auf die Seite der Aufständischen trete und ihn dadurch vollkommen aussichtslos, ja ohne Zweifel für Oesterreich verhängnißvoll gestalte. In Anbetracht dieser drohenden Aussichten glaubte endlich auch Wessenberg zu wenigstens theilweiser Nachgiebigkeit und dazu rathen zu müssen, sich mit der provisorischen Regierung zu Mailand in directes Einvernehmen zu setzen. Darum ließ man den zu jener Zeit im Auftrage des Papstes zu Innsbruck sich einfindenden Delegaten Carlo Luigi Morichini, Erzbischof von Nisibi, dessen die Herbeiführung einer völligen Verzichtleistung Oesterreichs auf alle seine italienischen Besitzungen bezweckende Sendung Wessenberg eine „unnützige Demonstration" nannte,[1]) unverrichteter Dinge nach Rom zurückkehren. Aber man beschloß, einen mit den italienischen Verhältnissen wohlvertrauten Mann, den Legationsrath Karl von Schnitzer, der bis vor kurzem bei der österreichischen Gesandtschaft in Florenz gedient hatte, an den Chef der provisorischen Regierung in Mailand, Grafen Casati zu senden. Ein Schreiben Wessenbergs [2]) an diesen erhielt er mit auf den Weg. Von den früheren Instructionen für Hartig, auf deren Basis auch Hummelauer mit Palmerston hätte unterhandeln sollen, war jetzt nicht mehr die Rede. Wessenberg erklärte, Oesterreich sei geneigt, die Lostrennung und Unabhängigkeit der Lombardie auf billige Bedingungen hin zuzugestehen. Als solche wurden die Betheiligung an der Staatsschuld, die ersprießliche Regelung der wechselseitigen Handelsbeziehungen, die Respectirung des Privateigenthums der kaiserlichen Familie und die Entschädigung der österreichischen Offiziere und Beamten bezeichnet, welche durch den Aufstand Verluste erlitten hatten.

Am 17. Juni traf Schnitzer in Mailand ein und hatte noch am selben Abende mit Casati und einigen anderen Mitgliedern der provisorischen Regierung eine zweistündige Besprechung. Seinem

[1]) An Lebzeltern, 11. Juni.
[2]) Innsbruck, 13. Juni.

Auftrage gemäß gab er ihnen Kunde von dem Vorschlage der kaiserlichen Regierung, die Feindseligkeiten in Oberitalien durch den Abschluß eines Waffenstillstandes zu beendigen, sowie von den Bedingungen, unter denen Oesterreich bereit sei, Frieden zu schließen. In höflichster Form, aber darum doch mit nicht geringerer Bestimmtheit erklärte Casati, man dürfe aus der italienischen Frage keine bloß lombardische machen. Die öffentliche Meinung in ganz Oberitalien sei in dieser Beziehung in einer Weise erregt, daß eine etwaige Trennung der venetianischen Provinzen von der Lombardie für die letztere eine Lebensfrage wäre. Unmöglich erscheine es daher, auf dieser Basis in Verhandlungen zu treten, ohne in Mailand einen neuen Aufstand und dadurch den Sturz der provisorischen Regierung herbeizuführen, worauf das Bestreben der „Anarchisten" lang schon gerichtet sei. Ebensowenig liege es in der Macht des Königs von Sardinien, einen Waffenstillstand einzugehen, nachdem er sein Wort verpfändet habe, solches niemals zu thun.

Diese mündlichen Erklärungen wurden am folgenden Tage durch ein Schreiben Casati's an Wessenberg bestätigt, [1]) in welchem neuerdings die Bereitwilligkeit zum Abschlusse des Friedens gegen die Loslösung aller bisher zu Oesterreich gehörigen italienischen Provinzen vom Kaiserstaate ausgesprochen wurde. Erläuternd bemerkte Schnitzer hiezu, daß man hierunter auch Südtirol, nicht aber Triest, Istrien und Dalmatien verstehe. Er sprach aber auch gleichzeitig die Meinung aus, daß eine annehmbare Pacification nur dann zu erreichen sein werde, wenn es den österreichischen Waffen gelänge, Erfolge über ihre Gegner zu erringen. Der Fall von Treviso habe bereits einen recht entmuthigenden Eindruck auf diese hervorgebracht, und die erst nach seiner Abreise erfolgte Wiedergewinnung Padua's werde wohl eine ähnliche Wirkung nach sich ziehen. [2])

Fast um dieselbe Zeit, als Schnitzer mit dem negativen Resultate seiner Sendung nach Wien kam, erhielt man hier die Nachricht, daß die provisorische Regierung in Mailand die Erklärung, durch welche die Vereinigung der Lombardie mit dem Königreiche Sardinien eine vollendete Thatsache werden sollte, nach Turin abgeschickt habe. Bei der gänzlichen Veränderung, welche hiedurch in der Stellung

---

[1]) Vom 18. Juni.

[2]) Schnitzer an Wessenberg. Wien, 25. Juni.

der provisorischen Regierung eingetreten sei, schrieb Wessenberg an Hartig, könne weder von ferneren Friedensverhandlungen noch von dem Abschlusse eines Waffenstillstandes die Rede sein. Man denke an nichts mehr, als Radetzky nach Möglichkeit zu verstärken.[1])

Binnen kurzem wurde dieser Entschluß, auf welchen auch die energischen Vorstellungen des Feldmarschalls gegen einen Waffenstillstand nicht ohne Einfluß geblieben waren, öffentlich kundgemacht. Am 1. Juli brachte die Wiener Zeitung eine offizielle Erklärung, in der die Schritte, welche die österreichische Regierung bisher zur Wiederherstellung des Friedens in Italien gethan, und die Opfer aufgezählt wurden, zu denen sie sich zur Erreichung dieses Zweckes herbeilassen wollte. Da sie aber vollständig fruchtlos geblieben und nur mit ganz unerfüllbaren Forderungen beantwortet worden seien, könne sie nichts Anderes thun als darnach trachten, durch die Gewalt der Waffen den Frieden zu erzielen, den sie trotz all ihrer Bereitwilligkeit auf anderem Wege nicht zu erlangen vermochte.

So geschah es denn auch wirklich. Für den Augenblick wenigstens stockten die Verhandlungen gänzlich und das Geklirr der Waffen sowie der Donner der Kanonen wurden dafür um so deutlicher vernehmbar.

In der zweiten Hälfte des Juni war auch Wessenbergs Aufenthalt in Innsbruck zu Ende gegangen. Nachdem er gleich nach seiner Ankunft daselbst auf Erlassung einer Kundgebung gedrungen hatte, welche bezwecken sollte, die Hauptstadt zu beruhigen, die Rückkehr des Kaisers anzubahnen, den Provinzen jeden Zweifel an der constitutionellen Gesinnung der Regierung zu benehmen und die baldige Eröffnung des Reichstages in Aussicht zu stellen,[2]) erschien schon am 6. Juni eine diesen Anträgen entsprechende Proclamation des Kaisers an die Bewohner Niederösterreichs, von Wessenberg und Doblhoff contrasignirt.[3]) Zehn Tage später erfolgte unter den gleichen Modalitäten und ebenfalls nicht ohne Wessenbergs eifriges Zuthun eine zweite Proclamation des Kaisers,[4]) durch welche dieser während seiner Abwesenheit von Wien den dorthin zurückkehrenden Erzherzog Johann mit unbedingter Regierungsvollmacht bekleidete.

---

[1]) Wessenberg an Hartig. Wien, 26. Juni.

[2]) Eigenhändig niedergeschriebener Vortrag Wessenbergs vom 1. Juni.

[3]) Wiener Zeitung vom 13. Juni.

[4]) Wiener Zeitung vom 20. Juni.

Fast gleichzeitig mit dem Erzherzog trat auch Wessenberg die Reise nach Wien an. Wie schlecht es damals um seine Gesundheit stand, geht aus einigen Worten hervor, die er am 20. Juni aus Salzburg an Lebzeltern schrieb. „Die letzten Tage in Innsbruck,“ so lauten sie, „waren wirklich tödtlich. Mein Arzt gab mir immer calmirende Pulver, und ich fühle täglich mehr, daß meine physischen Zustände mich zu einem so anstrengenden und verantwortlichen Amte unmöglich machen.“

Hatte Wessenberg schon die in Innsbruck verlebten Tage „tödtliche“ genannt, so konnte diese Bezeichnung auf diejenigen, die er nun in Wien zubringen mußte, wohl mit noch weit größerem Rechte Anwendung finden. Denn zu der wahrhaft überwältigenden Ueberfluthung mit Geschäften, Behelligungen und Verwicklungen der peinlichsten Art, wie sie mit seinem Amte unabweislich verknüpft waren, gesellte sich auch noch die, von den so friedlichen Zuständen in Innsbruck gründlich verschiedene, tumultuarische Unruhe in dem der Herrschaft des Sicherheitsausschusses anheimgefallenen Wien. Dieß Alles zusammengenommen und durch Wessenbergs körperliche Hinfälligkeit bis ins Unerträgliche gesteigert, brachte eine so niederdrückende Wirkung auf ihn hervor, daß er am 30. Juni an den Erzherzog den folgenden Brief schrieb:

„Mit beklommenem Herzen übermache ich Eurer kaiserlichen Hoheit die beiliegende Eingabe. Ich sehe mich dazu durch die Unmöglichkeit genöthigt, der mir gewordenen Aufgabe bei der mir täglich fühlbarer werdenden Abnahme meiner Kräfte zu genügen und länger eine Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen, welcher ich die Ueberzeugung habe, nicht entsprechen zu können. Nicht Mangel an Willen, nicht Mangel an Muth, aber offenbarer Mangel an Kräften, der bei einem Alter von 75 Jahren und im 54. Dienstjahre erklärbar ist, drängt mir diesen Entschluß ab, desto härter für mich, als solcher mich wieder aus der Nähe Eurer kaiserlichen Hoheit, meines gnädigsten, innigst verehrten Gönners entfernt. Entziehen Höchstdieselben mir deßhalb nicht Dero Huld und Gewogenheit, den einzigen Trost, der mir nach dieser Trennung noch bleiben kann.“

Wahrscheinlich ist es, daß Wessenberg auf dieses Schreiben von dem Erzherzoge gar keine schriftliche Antwort erhielt, sondern daß derselbe ihn durch mündliche Gegenvorstellungen von seinen Rücktrittsgedanken wieder abzubringen wußte. Wenigstens sehen wir Wessen-

berg sich auch noch fortan seinen Amtspflichten widmen, die jetzt durch das neue Stadium, in welches die deutschen Angelegenheiten getreten waren, nicht wenig erschwert wurden.

So wie in Wien, so hatten auch in Frankfurt die Ereignisse ungestüm vorwärts gedrängt. Nachdem Wessenberg es abgelehnt hatte, an Colloredo's Stelle österreichischer Präsidialgesandter zu werden, war Anton von Schmerling auf diesen Posten berufen worden. Bei einem Besuche, den er schon vor seiner Ernennung Wessenberg in Freiburg abgestattet hatte, waren beide Männer einander näher getreten, aber es scheint fast, als ob der Eindruck, welchen Schmerling auf Wessenberg hervorbrachte, nicht ganz so günstig gewesen wäre als dieß umgekehrt der Fall war. Es stand eben der Mann des Wissens und der Erfahrungen dem des kraftvollen Handelns ziemlich unvermittelt gegenüber. Während dieser den Werth solchen Wissens und solcher Erfahrungen bereitwillig anerkannte, mochte jener an der rückhaltlosen Verdammung Anstoß nehmen, mit welcher Schmerling über die bisherigen Bundeseinrichtungen absprach. Denn die letzteren rührten ja gewisser Maßen von Wessenberg selbst her, und wenn er auch kaum weniger als Schmerling die Art mißbilligte, in der sie vom Bundestage gehandhabt worden waren, so hegte er doch von ihrem inneren Werthe eine ganz andere und weit bessere Meinung.

Hierin mag denn auch die Ursache liegen, weßhalb, während in Schmerlings Briefen und sonstigen Aufzeichnungen nicht nur niemals ein mißgünstiges Wort über Wessenberg vorkommt, sondern er nach dessen Ernennung zum Minister des Aeußern seiner Freude hierüber mit einer bei ihm ganz ungewöhnlichen Wärme Ausdruck verleiht, [1]) Wessenberg eigentlich immer nur wenig Wohlwollen für Schmerling an den Tag legt. So war er der Erste, welcher einen Zweifel darüber aussprach, ob denn die Stelle eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung mit der eines Mitgliedes des Bundestages vereinbar erscheine. Denn da die Bundesversammlung eigentlich dem Parlamente gegenüber stehe, so sei es nicht gerade passend, in beiden Körperschaften gleichzeitig Sitz und Stimme zu haben. [2]) Auch Pillersdorff und die übrigen Mitglieder des Ministeriums

---

[1]) An Wessenberg. Frankfurt, 13. Juni.

[2]) Wessenberg an Lebzeltern. Innsbruck, 9. Juni 1848.

theilten Wessenbergs Bedenken und sie meinten, Schmerling hätte wohl statt seiner seinen Stellvertreter in die Nationalversammlung eintreten lassen sollen. Aber zu irgend einem definitiven Schritte in dieser Sache, zu welchem die Regierung auch, wenigstens insofern es das Mandat eines Abgeordneten anging, kaum competent gewesen wäre, kam es nicht. Und der ehrliche Lebzeltern fügte seiner hierauf bezüglichen Meldung an Wessenberg die bezeichnende Bemerkung hinzu: „Zu leugnen ist indessen nicht, daß Schmerling durch seine Persönlichkeit Einfluß in der Nationalversammlung zu üben scheint.“ [1])

Auch daß er ziemlich saumselig in seiner Berichterstattung sei, machte Wessenberg dem neuen Bundespräsidialgesandten zum Vorwurfe, aber gar bald wurde demselben hinreichender Anlaß geboten, ihn gründlich zu widerlegen. Schon als in Frankfurt der Gedanke auftauchte und sichtlich an Boden gewann, eine aus drei fürstlichen Personen bestehende Executivgewalt zu bilden, als man überall den Erzherzog Johann als eines ihrer zukünftigen Mitglieder bezeichnete, richtete Schmerling die dringende Bitte an Wessenberg, sich für den Fall, als der Eintritt des Erzherzogs in die Executivgewalt laut und einstimmig gewünscht würde, bei ihm zu Gunsten dieses Antrages zu verwenden. Denn schon sein Name würde genügen, der neuen Centralgewalt Kraft zu verleihen und Vertrauen zu erwerben.

Wohl ist es begreiflich, daß Schmerling hierauf, und zwar noch aus Innsbruck die Antwort erhielt, bei den so überaus wichtigen Aufgaben, deren Vollziehung dem Erzherzog in Oesterreich obliege, könne man ihn hier durchaus nicht entbehren. Als aber das ursprüngliche Project, die neu zu schaffende Centralgewalt aus drei Personen zu bilden, fallen gelassen und durch den Gedanken ersetzt wurde, einen Einzigen, und zwar den Erzherzog Johann als Reichsverweser an die Spitze der deutschen Centralgewalt zu berufen, da nahm die Sache eine völlig veränderte Gestalt an und in fast leidenschaftlichem Tone kam Schmerling auf sein Begehren an Wessenberg zurück, den in Bezug auf das Verbleiben des Erzherzogs in Wien gefaßten Beschluß rückgängig und dessen Reise nach Frankfurt möglich zu machen. Die Nichtannahme der ihm zugedachten Würde von seiner Seite wäre ein furchtbarer Schlag für Deutschland, für Oester-

[1]) Lebzeltern an Wessenberg. Wien, 14. Juni.

reich und für das constitutionelle System überhaupt. Denn was sollte man thun, wenn der Erzherzog sich dieser Berufung entzöge? Einen anderen Prinzen könne man nicht wählen, denn man vermöge in ganz Deutschland keinen zweiten hiezu geeigneten zu finden. Und wenn man unter den einmal obwaltenden Umständen einen Privatmann zum alleinigen Träger der deutschen Centralgewalt erhebe, so heiße das ebensoviel, als sich selbst den Präsidenten einer zukünftigen deutschen Republik großziehen und dennoch nur etwas Kraftloses schaffen. [1])

Wessenberg aber ließ sich so leicht nicht abbringen von seiner einmal gefaßten Meinung. Hiezu trug, ganz abgesehen von der unendlichen Schwierigkeit, den Erzherzog in Oesterreich zu entbehren, auch noch eine gesandtschaftliche Mittheilung aus Berlin [2]) bei, derzufolge Preußen sich eine gänzliche Ausschließung vom Bundesdirectorium nicht gefallen lassen könne und daher gegen die Wahl des Erzherzogs Johann, dessen ausgezeichneten Eigenschaften es übrigens ungetheilte Anerkennung zolle, Protest einlegen müsse. Es scheine ihm einleuchtend, fügte Wessenberg seiner hierauf bezüglichen Mittheilung an Schmerling hinzu, daß unter solchen Umständen der Erzherzog Bedenken trage, einem Rufe zu folgen, dem es an dem Haupterfordernisse, der Zustimmung sämmtlicher hiebei betheiligten Regierungen fehle. [3])

In welch hohem Maße die in dieser Depesche entwickelten Anschauungen der persönlichen Meinung Wessenbergs entsprachen, wird durch einen Privatbrief, den er nur wenige Stunden später mit eigener Hand an Schmerling schrieb, unwiderleglich bewiesen. Mit noch eindringlicheren Worten wiederholte er ihm das, was in seinem amtlichen Rescripte enthalten war. Und es kann kein sprechenderes Zeugniß für die peinliche Lage geben, in welcher sich Wessenberg befand, als in dem gleichsam bittenden Schmerzensschrei liegt, den er Schmerling gegenüber ausstieß: „Um Gotteswillen, vermehren Sie unsere Verlegenheiten nicht!"

„Wie ich meinen Brief schließe," so endigt Wessenberg sein Schreiben an Schmerling, „erhalte ich aus Berlin vom 27. die Nachricht, daß die preußische Regierung dennoch der Wahl des Erzherzogs

---

[1]) Schmerling an Wessenberg. Frankfurt, 25. Juni.

[2]) Graf Trauttmansdorff an Wessenberg. Berlin, 24. Juni.

[3]) Wessenberg an Schmerling. Wien, 29. Juni.

beistimmen würde; alle Tage etwas Anderes. Die Hauptschwierigkeit ist allerdings dadurch nicht behoben, denn wie ihn hier ersetzen? Vielleicht ändert sich morgen Alles von Neuem."

Was aber auch Wessenberg in dieser Beziehung nach Frankfurt schreiben mochte, kam dorthin auf jeden Fall zu spät. Denn an demselben 29. Juni, von welchem diese Schriftstücke datirt sind, wurde schon die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser mit imposanter Majorität vollzogen. Der ergreifende Eindruck dieses Ereignisses auf Schmerling spiegelt sich in seinem unverzüglich an Wessenberg erstatteten Berichte wieder. Neuerdings und mit noch drängenderen Worten als zuvor beschwört er ihn nun, dahin zu wirken, daß der Erzherzog die auf ihn gefallene Wahl auch wirklich annehme. Und er vermochte die Mitglieder der Bundesversammlung, in einer noch am selben Abende abgehaltenen Sitzung eine Zuschrift an den Erzherzog zu beschließen, in der sie ihm mittheilten, daß sie schon vor der Beendigung der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt gewesen seien, sich für die Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser zu erklären. Von dem lebhaften Wunsche seien sie beseelt, der Erzherzog möge dem an ihn ergehenden Rufe so bald als nur immer möglich entsprechen.[1])

Wenn schon Preußen, wo in Bezug auf die Anerkennung des Erzherzogs Johann als deutschen Reichsverwesers eine vollständige Aenderung der früheren Ansichten eingetreten war, sich mit Lebhaftigkeit für dieselbe aussprach, so konnte Oesterreich hierin unmöglich zurückbleiben. Daher vermochte auch Wessenberg nichts Anderes zu thun, als seinen anfänglichen Widerspruch gegen die Annahme der Wahl fallen zu lassen und Schmerling die Bereitwilligkeit des Erzherzogs anzukündigen, sich der ihm zugedachten Aufgabe zu unterziehen. Aber freilich müsse noch, bevor dieß geschehe, die Zustimmung des Kaisers hiezu eingeholt und ein Ausweg für den Erzherzog gefunden werden, gleichzeitig auch die ihm in Wien obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.[2])

Wenn unter diesen außer der Eröffnung des österreichischen Reichstages auch noch das so schwierige Geschäft einer Vermittlung

---

[1]) Schreiben der Bundesversammlung an den Erzherzog, 29. Juni.
[2]) Wessenberg an Schmerling, 3. Juli.

zwischen Ungarn und Croatien aufgezählt wurde, so hätte ein Festhalten an einem solchen Gedanken die Abreise des Erzherzogs nach Frankfurt, um dort seine neue Würde zu übernehmen, wohl ins Unabsehbare verzögert. Man kam daher stillschweigend wieder hievon ab und einigte sich dahin, daß der Erzherzog sich vorerst nach Frankfurt begeben, dort sein Amt antreten und sodann wieder nach Wien kommen solle, den Reichstag zu eröffnen. Sei dieß einmal geschehen, dann stehe seiner Rückkehr nach Frankfurt nichts mehr im Wege.

Als eine bisher unbekannt gebliebene Thatsache mag erwähnt werden, daß damals, und zwar wie es scheint, auf Wunsch des Erzherzogs Johann, in Wien ein Comité eingesetzt wurde, welches die deutschen Angelegenheiten hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für Oesterreich in Berathung ziehen sollte. Unter dem Vorsitze des früheren Bundespräsidialgesandten Grafen Colloredo hatte es aus den beiden Hofräthen des Ministeriums des Aeußern, Freiherrn von Werner, aus dessen ganz ausgezeichneter Feder alle wichtigeren Schriftstücke herrührten, die zu jener Zeit von der Staatskanzlei ausgingen, und dem Freiherrn von Menßhengen zu bestehen. Pillersdorff wurde von Wessenberg ersucht, hiezu auch einen Vertreter des Ministeriums des Innern, vielleicht sogar solche der Ministerien der Justiz und des Handels zu delegiren.[1]) Aber es läßt sich keine Spur davon entdecken, daß dieses Project jemals zu wirklicher Ausführung gelangt wäre.

Daß der Erzherzog, nachdem die Dinge einmal so weit gekommen waren, sich rasch dazu entschloß, unverzüglich nach Frankfurt zu gehen und dort sein neues Amt zu übernehmen, war gewiß nur zu billigen. Aber schwieriger ist es, sich in die Beweggründe zu finden, durch die Wessenberg vermocht wurde, ihn gerade in dem Augenblicke dorthin zu begleiten, in welchem in dem österreichischen Ministerium eine höchst wichtige Veränderung vor sich ging und daher das Verbleiben eines seiner Mitglieder, das in seiner Reihe einen der vordersten Plätze einnahm, in Wien wohl jeder anderen Rücksicht vorzuziehen gewesen wäre. Denn gerade an dem Tage der Abreise des Erzherzogs und Wessenbergs nach Frankfurt, am 8. Juli, trat der Präsident des bisherigen Ministeriums, Freiherr von Pillersdorff, aus demselben und Freiherr von Doblhoff erhielt den Auftrag, ein neues zu bilden.

---

[1]) Wessenberg an Pillersdorff, 2. Juli.

Allerdings wurde officiell die Erklärung veröffentlicht, die Reise Wessenbergs nach Frankfurt bezwecke, die Verbindung zwischen dem Stellvertreter des Kaisers und dem Ministerrathe aufrecht zu erhalten.[1]) Ob jedoch diese Rücksicht auf die seither so oft und ohne jede schädliche Wirkung außer Acht gelassene constitutionelle Doctrin, derzufolge sich immer ein verantwortlicher Rathgeber der Krone bei der Person des Trägers derselben oder seines Stellvertreters aufhalten müsse, schwerwiegend genug war, um in jener unheilschwangeren Zeit die Entfernung des Inhabers eines der wichtigsten Portefeuille's von dem Sitze der Regierung hinreichend zu begründen, mag dahingestellt bleiben. Aber man kann sich doch auch des Gedankens nicht völlig erwehren, daß auf Wessenbergs Entschluß, den Erzherzog nach Frankfurt zu begleiten, der Wunsch nicht ganz ohne Einwirkung geblieben sei, wenigstens für einige Zeit loszukommen von Wien, wo ihm der Aufenthalt durch das wilde Treiben der revolutionären Partei und durch die ebenso heftigen als für seine Gesundheit verderblichen Aufregungen, welche sie ununterbrochen herbeiführte, fast unerträglich geworden war.

Wenn nun auch der für Wessenberg so erfreuliche Umstand, daß er Augenzeuge des enthusiastischen Empfanges sein durfte, der dem Erzherzoge während seiner Reise von Wien nach Frankfurt allenthalben bereitet wurde, auf sein Gemüth wohlthuend einwirken mochte, so brachte er doch auf seine physischen Kräfte keine günstige Rückwirkung hervor. Er fühle sich vielmehr, erklärte Wessenberg bald nach seiner Ankunft in Frankfurt, „buchstäblich erschöpft", und werde jedenfalls einige Tage dort ausruhen müssen, um nicht, wie er sich ausdrückte, „schon jetzt zu jedem ferneren Geschäft total unfähig zu werden." [2])

In diesem bedauerlichen Zustande trafen Wessenberg die Vorschläge Doblhoffs zur Bildung des neuen Ministeriums, in welchem ihm außer seinem bisherigen Amte auch noch die Präsidentschaft zugedacht war. Zur Uebernahme der letzteren erklärte er sich zwar bereit, stellte aber die ausdrückliche Bedingung, daß ihm kein spezielles Portefeuille aufgebürdet werde, denn hiezu reiche seine Gesundheit offenbar nicht hin. Er fühle sich dermaßen entkräftet,

---

[1]) Wiener Zeitung vom 8. Juli.

[2]) Wessenberg an Lebzeltern. Frankfurt, 14. Juli.

schreibt er auch jetzt wieder, daß er vor zehn bis zwölf Tagen unmöglich nach Wien kommen könne.[1])

Auch ein kurzer Ausflug, welchen Wessenberg gegen Ende des Juli nach seiner Heimat unternahm, zog keine dauernde Besserung seines Gesundheitszustandes nach sich. Nach Frankfurt zurückgekehrt, lag er dort wieder zu Bett und entschuldigte damit in einem seiner Briefe[2]) an seinen Stellvertreter in der Leitung des Ministeriums des Aeußern, den Staatsrath Freiherrn von Lebzeltern, die Unleserlichkeit seiner auch in besserer Zeit nicht immer leicht zu enträthselnden Schriftzüge. „Indem Sie," antwortete ihm dieser hochgeachtete Mann, „von unser Aller eifrigsten Anstrengung zu Ihrer Erleichterung versichert sein wollen, beschwören wir Sie, bald wieder unter uns zu erscheinen und Ihre Weisheit und Erfahrung in politischen Dingen wenigstens insolange vorwalten zu lassen, bis eine andere Vorsorge getroffen sein wird. Denn ich habe mich überzeugt, wie wenig die übrigen Herren Minister mit diplomatischen Verhältnissen vertraut sind und wie sehr es Noth thut, daß eine kräftigere Stimme als die meine sie auf den rechten Weg leite."[3])

---

[1]) Wessenberg an Lebzeltern. Frankfurt, 15. Juli.

[2]) Wessenberg an Lebzeltern, 1. August.

[3]) Lebzeltern an Wessenberg. Wien, 5. August.

XIV.

Wessenberg und Radetzky.

Während Wessenbergs Rückkehr nach Wien sich über alle Erwartung hinausschob, war er auch in Frankfurt mit dem wichtigsten Gegenstande, der zu seiner Amtssphäre gehörte, den italienischen Angelegenheiten unablässig beschäftigt. Hatte er sich noch in dem Augenblicke, in dem er dorthin gekommen war, auf dem Standpunkte der Vergleichsvorschläge befunden, die in seinem Auftrage durch Schnitzer nach Mailand überbracht worden waren, so änderte sich seine Meinung hierüber in dem Maße, in welchem Radetzky siegreich gegen Mailand vordrang. Aber die Freude hierüber wurde Wessenberg durch die lebhafte Besorgniß vergällt, deren er sich nicht zu erwehren vermochte, daß sich gerade in Folge der Fortschritte der kaiserlichen Truppen in Italien die Franzosen nicht mehr würden zurückhalten lassen, gerufen oder ungerufen die Alpen zu überschreiten, um unter dem Vorwande, die italienische Nationalität zu beschützen, dieses Land wieder einmal zum Schauplatze eines Krieges zu machen, der dann leicht für Oesterreich den Verlust des ganzen lombardisch-venetianischen Königreiches nach sich ziehen könnte. Daß sie sich für diese Hilfeleistung durch die Besitznahme Savoyens belohnen lassen würden, hielt Wessenberg schon damals für eine ausgemachte Sache. [1])

Zwei Tage nachdem er in diesem Sinne nach Wien geschrieben, knüpfte er seine durch mehr als sechs Wochen unterbrochene Correspondenz mit Radetzky wieder an. „Die Ehre der österreichischen Monarchie," heißt es in seinem Briefe an den Feldmarschall, [2]) „ist durch unsere tapfere Armee gerettet; sie verdankt es dem greisen Führer derselben, daß ihrer im Auslande noch mit Achtung gedacht

[1]) Wessenberg an Lebzeltern. Frankfurt, 2. August.

[2]) Wessenberg an Radetzky, 4. August.

wird. Empfangen Eure Excellenz bei diesem Anlasse auch meine aufrichtige Huldigung."

An diese einleitenden Worte reiht Wessenberg eine ausführliche Darlegung seiner Ansichten über das, was nun zu geschehen habe. Durch die errungenen Vortheile sei eine Stellung gewonnen worden, von der aus mit Aussicht auf Erfolg über einen ehrenvollen Frieden unterhandelt werden könne, denn der Abschluß eines solchen sei auch jetzt noch für Oesterreich lebhaft zu wünschen. Seit etwa vier Monaten scheine sich ja Alles verschworen zu haben, um dessen Lage zu verschlimmern, welche durch die Zustände in Frankreich und durch dessen Verhältniß zu Italien sich noch ungünstiger gestalte. Frankreich habe zwar kein Interesse an der sogenannten Einheit Italiens und noch weniger an einer Vergrößerung des sardinischen Königreichs; der Parteigeist folge jedoch nicht immer den Regeln einer gesunden Politik. Wenn in Frankreich die Kriegspartei die Oberhand gewänne, so sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß man dort dem in dringendster Form erneuerten Begehren der Lombarden um bewaffneten Beistand willfahren und zu deren Unterstützung Truppen über die Alpen senden werde. Dieß zu vermeiden, müsse man auch nach dem Siege die äußerste Mäßigung beobachten, sich zum Abschlusse eines Waffenstillstandes bereitfinden lassen und Alles thun, um einen gleichmäßig ehrenvollen und dauerhaften Frieden zu Stande zu bringen. Die Völker Oesterreichs würden Radetzky segnen, wenn es ihm gelänge, ihnen einen solchen zu bescheeren.

Er freue sich, antwortete der Feldmarschall hierauf am 10. August aus Mailand, wo er vier Tage früher eingezogen war, Wessenberg mittheilen zu können, daß dessen ihm kundgegebene Wünsche bereits in Erfüllung gegangen seien. Er habe am Vortage, also am 9., mit dem Könige von Sardinien einen sechswöchentlichen Waffenstillstand abgeschlossen, durch welchen der die Landesgrenze bildende Ticino auch als Demarcationslinie zwischen den beiden Armeen angenommen worden sei. Die festen Plätze Peschiera, Rocca d'Anfo und Osoppo würden den Oesterreichern übergeben, Modena und Parma sowie die Stadt und die Festung Piacenza von ihnen besetzt werden. Da hiedurch der Weg zu schneller Friedensverhandlung eröffnet worden sei, hoffe er redlich das Seinige dazu beigetragen zu haben, jeden Conflict mit dem Auslande zu vermeiden und insbesondere jede Einmischung Frankreichs zu verhindern. Aber rasch müsse gehandelt

und der günstige Augenblick benützt werden, denn der König von Sardinien scheine sich, und das mit Recht, mehr vor der französischen Intervention zu fürchten als sein Volk. Nur allzuleicht könnte sie, das wisse er, die Republik mit sich bringen und ihn dadurch seiner Krone berauben.

Den Gedanken, die Lombardie selbständig zu stellen, wies natürlich Radetzky weit von sich ab, und er meinte, daß wenn man schon über die Anträge, welche dereinst dem Grafen Hartig mit auf den Weg gegeben wurden, noch hinausgehen wolle, man doch nicht mehr thun solle, als dem lombardisch-venetianischen Königreiche eine ähnliche Stellung einzuräumen wie die gewesen sei, in der sich Ungarn der österreichischen Monarchie gegenüber vor dem letzten Aufstande befunden habe. Die Ministerien des Aeußern, der Finanzen und des Krieges sollten gemeinsame sein, die Verwaltung aber mit einer gewissen Selbständigkeit von Mailand aus geleitet werden.

Inzwischen konnte endlich, und zwar am 15. August, Wessenberg Frankfurt verlassen. In kurzen Tagereisen kehrte er über Würzburg und Regensburg nach Wien zurück. Am Nachmittage des 21. August, also nach fast sechswochentlicher Abwesenheit traf er wieder hier ein. „Das Schottenthor fand ich," schreibt er am folgenden Tage dem Erzherzog, „verschlossen, ebenso das Burgthor, doch nach einer Unterhandlung mit der Nationalgarde ließ man mich durch dasselbe ein."

„Das Ministerium," fährt Wessenberg in dem gleichen Briefe fort,[1] „scheint noch auf schwachen Füßen zu stehen, und wenn ich Alles das leisten sollte, was nach Doblhoffs Aeußerung von mir verlangt werden will, so müßte ich mich wenigstens versechsfachen können. Er sieht ein, daß die Präsidentschaft allein mich hinreichend in Anspruch nimmt." Aber unmittelbar an diese Mittheilung knüpft Wessenberg doch die Erklärung, er werde sich von nun an vorzugsweise mit den italienischen Angelegenheiten befassen und daher setzt er selbst es als unzweifelhaft voraus, daß die Leitung der auswärtigen Geschäfte auch noch fortan in seinen Händen verbleibe.

Hätte er sich ihnen allein zu widmen gehabt, so würde er dieser Aufgabe vielleicht auch gerecht geworden sein. Aber die Fortdauer der aufständischen Bewegungen in Wien, welche trotz der Rückkehr des Kaisers und seiner Angehörigen aus Innsbruck sich immer wieder

[1] Wessenberg an den Erzherzog. Wien, 22. August.

erneuerten, brachte auch jetzt wieder eine wahrhaft aufreibende Wirkung auf Wessenberg hervor. So schreibt er schon am dritten Tage nach seiner Ankunft an den Erzherzog: [1]) „Wir haben zwei harte Tage verlebt; der Aufruhr schien eine große Ausdehnung gewinnen zu wollen. Wir entschlossen uns, die Sicherheitsmaßregeln selbst in die Hand zu nehmen, den Sicherheitsausschuß zur Auflösung zu bewegen und den Gemeindeausschuß reorganisiren zu lassen. Kein Galeerensclave kann ein härteres Los haben, als ein verantwortlicher Minister inmitten des Aufruhrs. Von sechs Uhr früh bis elf Uhr Abends keine Minute Ruhe, dabei soll man Couriere expediren und hundert langweiligen Menschen Red' und Antwort geben."

Den italienischen Angelegenheiten sich zuwendend, versichert Wessenberg den Erzherzog, weder der Reichstag noch die Armee wollten vom Aufgeben der Lombardie etwas hören. Er habe sich daher auch schon in diesem Sinne gegen die englische sowie die französische Regierung geäußert und ihnen begreiflich gemacht, daß durch Radetzky's glänzende Waffenerfolge die Lage der Dinge in Italien eine wesentlich veränderte geworden sei.

In diesem Sinne beantwortete denn auch Wessenberg das letzte Schreiben Radetzky's, das er ihm gegenüber die „fröhlichste" Mittheilung nennt, welche seit langer Zeit der österreichischen Regierung zugekommen sei. [2]) Einstimmig habe der Ministerrath den Fürsten Felix Schwarzenberg als den geeignetsten Mann zur Führung der Friedensverhandlungen mit Sardinien erkannt, und die ihm ertheilten Instructionen entsprächen vollständig den Anschauungen Radetzky's. Eine andere Politik würde weder zeitgemäß noch durchführbar sein.

Fast gleichzeitig mit diesem Schreiben an Radetzky richtete Wessenberg eine Depesche an die kaiserlichen Geschäftsträger in London und in Paris [3]) mit der bestimmten Erklärung, daß Oesterreich die ihm von England und von Frankreich angebotene Vermittlung zu Friedensverhandlungen, wenn sie auf der Basis der Hummelauerschen Denkschrift vom 24. Mai gepflogen werden sollten, ablehnen müsse. Und dem Fürsten Schwarzenberg wurde als Grundlage der von ihm zu führenden Verhandlungen mit Sardinien der vertragsmäßige Rechtsboden bezeichnet, wie er vor dem Ausbruche des Krieges be-

[1]) Am 24. August.

[2]) Wessenberg an Radetzky. Wien, 25. August.

[3]) An Freiherrn von Koller und Herrn von Thom, 24. August.

standen habe. Gegen einen hievon abweichenden Vorschlag der englischen Regierung habe man von Wien aus energisch protestirt und kategorisch erklärt, daß man keinen der Anträge, welche von österreichischer Seite vor der Wiederaufnahme der Offensive gestellt worden seien, auch jetzt noch als bindend ansehen könne. Seitdem durch die tapfere kaiserliche Armee so glänzende Erfolge erfochten wurden, habe man kein anderes Ziel mehr vor Augen, als die Integrität des österreichischen Territoriums zu erhalten und für die durch den Krieg den Völkern des Kaiserstaates auferlegten Opfer eine angemessene Entschädigung zu erlangen.[1])

Schwarzenbergs Antwort auf Wessenbergs Schreiben war in hohem Grade vertrauenerweckend, denn sie klang gleichzeitig männlich und bescheiden. Lebhaft dankte er für den glänzenden Beweis des Zutrauens, den er in dem ihm ertheilten Auftrage erblicken müsse. Wessenberg bat er, ihn mit seinen reichen Erfahrungen zu unterstützen, und der ihn beseelenden Hoffnung gab er Ausdruck, daß es seinem Eifer gelingen werde, die gute Meinung zu rechtfertigen, die man von ihm hege.[2])

In einem zweiten Briefe an Wessenberg auf die von demselben gemachten Vorschläge zu einem Friedensschlusse mit Sardinien übergehend, sagt Schwarzenberg, daß der Geist der Mäßigung, von dem sie dictirt seien, der österreichischen Regierung zur Ehre gereiche. Wenn Karl Albert nicht ganz verblendet sei über seine eigene Lage, müsse er sich glücklich schätzen, so wohlfeilen Kaufes der Verlegenheit zu entrinnen, in der er sich befinde. Die Fortführung des Krieges sei ihm unmöglich, und die etwaige Hilfeleistung Frankreichs könne ihn leicht seinen Thron kosten. Der Einmarsch von zehntausend Franzosen in Piemont würde genügen, dort die Monarchie über den Haufen zu werfen und die Republik an ihre Stelle zu setzen. Unter diesen Umständen bleibe ihm wohl nichts übrig, als auf die Vorschläge Oesterreichs einzugehen, der einzigen Macht, die im Nothfalle ihm sogar hilfreiche Hand leisten könnte.

Was die auf dreißig Millionen veranschlagten Kriegskosten betreffe, so werde man sie wohl, meint Schwarzenberg, nicht von dem äußeren Feinde allein in Anspruch nehmen wollen. Piemont sei viel

[1]) Wessenberg an Schwarzenberg, 25. August.

[2]) Schwarzenberg an Wessenberg. Mailand, 29. August.

zu arm, um unter einer solchen Last nicht zu erliegen, und es wäre besser, von diesem Lande nur so viel, als man von ihm wirklich bekommen könne, und nicht noch mehr zu begehren. Endlich sei es nur billig, daß die Einwohner des lombardisch-venetianischen Königreiches, welche durch ihre Parteinahme gegen Oesterreich sich zu Mitschuldigen Karl Alberts gemacht hätten, zur Bezahlung der Kriegskosten gleichfalls herangezogen würden. Da sie reicher seien als die Piemontesen, könnte ihnen eine derartige Leistung auch leichter auferlegt werden.[1])

Inzwischen hatte sich, als diese Schreiben Schwarzenbergs nach Wien kamen, die bisherige Haltung der dortigen Regierung wieder etwas geändert. Um sich nicht die offene Feindschaft der Westmächte zuzuziehen und zu dem so sehr gefürchteten Einmarsche der französischen Truppen in Italien nicht selbst die Veranlassung oder wenigstens den Vorwand zu liefern, hatte sie die Friedensvermittlung Englands und Frankreichs, jedoch nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte annehmen zu wollen erklärt, daß sie sich an die in dieser Sache früher gemachten Anerbietungen in gar keiner Weise mehr gebunden erachte. Denn die Erwartungen, von denen ausgehend man einen Bevollmächtigten zu directer Verhandlung mit dem Könige von Sardinien ernannte, hätten sich, schrieb Wessenberg an die kaiserlichen Geschäftsträger in London und in Paris,[2]) durchaus nicht erfüllt, und sogar der Ausführung des mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstandes lege der König fortwährend Hindernisse in den Weg.

Wirklich war es nicht Schwarzenbergs Schuld, wenn die von ihm ausgesprochene Ansicht sich als eine irrige, und der Erfolg der Schritte, die er zur Vollziehung der ihm ertheilten Aufträge unverzüglich that, als ein ganz unbefriedigender erwies. Obgleich der König von Sardinien der erste gewesen war, der nach seiner Vertreibung vom lombardischen Boden dem Feldmarschall Radetzky gegenüber seine Geneigtheit zum Frieden hatte aussprechen lassen, wollte er doch jetzt nichts mehr davon wissen und Schwarzenbergs Schreiben wurde ausweichend beantwortet. Er habe, ließ Karl Albert erklären, die ihm von England und von Frankreich angebotene Vermittlung dieser zwei Staaten anzunehmen sich entschlossen und könne daher nur

[1]) Schwarzenberg an Wessenberg. Mailand, 30. August 1848.

[2]) Am 3. September.

mehr mit Benützung ihrer Dazwischenkunft Friedensverhandlungen mit Oesterreich pflegen.[1])

Gleichzeitig mit dieser ihm zugekommenen Mittheilung der sardinischen Regierung legte Schwarzenberg eine Proclamation des Königs Karl Albert an sein Heer vor, in welcher die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach Ablauf des sechswöchentlichen Waffenstillstandes in Aussicht gestellt und der Versuch gemacht wurde, den tief gesunkenen Muth der Italiener wieder zu heben und ihren Eifer für die nationale Sache neu zu beleben. Aber eigentlich sei es, so meinte Schwarzenberg, dem Könige um nichts so sehr zu thun als Zeit zu gewinnen, denn in der That seien Umstände vorhanden, welche für die Wahrscheinlichkeit sprächen, daß seine jetzt so sehr bedrängte Lage binnen kurzem eine für ihn günstige Aenderung erfahre.[2])

Daß man in Wien trotz der steten Besorgniß vor dem Einmarsche französischer Truppen in Italien doch recht weit davon entfernt war, den Anforderungen Englands und Frankreichs allzu willfährig entgegenzukommen, zeigte sich auch durch die ablehnende Antwort, welche Wessenberg dem französischen Geschäftsträger Herrn de la Cour auf dessen Begehren ertheilte, den mit dem Könige von Sardinien abgeschlossenen Waffenstillstand auch auf die im Aufstande gegen Oesterreich befindliche Stadt Venedig ausdehnen zu lassen.[3]) Mit Festigkeit wies Wessenberg auf den Unterschied hin, der zwischen einer Uebereinkunft mit einem fremden Monarchen und einer solchen mit aufrührerischen Unterthanen bestehe. Mit jenem schließe man einen Vertrag ab, diese aber trachte man zur Unterwerfung zu bringen.[4])

So unverkennbar der Vortheil, welcher Sardinien aus einer Vermittlung Englands und Frankreichs in seiner Streitsache mit Oesterreich erwuchs, so unleugbar war die Benachtheiligung, welche hieraus für den Kaiserstaat hervorgehen mußte. Die immer feindseliger werdende Haltung, welche beide Westmächte im Laufe der Zeit in dieser Angelegenheit eingenommen hatten, ließ in Wien nicht

---

[1]) Graf Perrone di San Martino, sardinischer Minister des Aeußern, an Schwarzenberg. Turin, 31. August.

[2]) Schwarzenberg an Wessenberg. Mailand, 2. September.

[3]) De la Cour an Wessenberg. Wien, 8. September.

[4]) Wessenberg an de la Cour, 10. September.

den geringsten Zweifel hierüber aufkommen. Bestand schon Palmerston mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit auf seinem unter ganz anderen und für Oesterreich weit ungünstigeren Verhältnissen gemachten Vorschlage der Abtretung der Lombardie an Sardinien, so war die Gefahr von Frankreich her eine noch nähere und drohendere zu nennen. Die Anfangs freundschaftliche Sprache der französischen Regierung hatte sich allmälig in ihr Gegentheil verkehrt, und in deren eigenthümlicher Lage erblickte Wessenberg die Lösung dieses Räthsels. Um nicht selbst von der rothen Republik verdrängt zu werden, scheine sie sich, so meinte er, zu Schritten verleiten zu lassen, die sie sonst niemals gethan haben würde, denn die Verwicklung in einen Krieg liege durchaus nicht im Interesse Frankreichs, sondern höchstens in dem einer einzelnen Partei. Dennoch habe Herr Bastide, der französische Minister des Aeußern, dem österreichischen Geschäftsträger von Thom erklärt, Frankreich sehe sich genöthigt, von der seinerseits angebotenen freundschaftlichen zu einer bewaffneten Neutralität überzugehen. Denn es könne die Grundlagen nicht anannehmen, auf denen Oesterreich über den Frieden verhandeln wolle.[1])

So wie Wessenberg in der recht aufdringlich angebotenen Vermittlung Englands und Frankreichs eine große Gefahr für Oesterreichs Sache in Italien erblickte, so war auch Schwarzenberg hierüber der ganz gleichen Meinung mit ihm, ja er ging sogar noch einen Schritt weiter, denn er meinte, nach dem etwaigen Verluste der Lombardie würde auch der Venedigs ein unausbleiblicher sein. Auch ihn herbeizuführen, hielt er für die unverkennbare Absicht der beiden Westmächte, welche nach seiner Meinung nur darauf ausgingen, dieses Ziel auf dem Wege der Verhandlungen zu erreichen, und sich dadurch das Einschreiten mit gewaffneter Hand zu ersparen. Der traurige Zustand, in dem sich in Folge der Revolution die österreichische Monarchie befinde, beraube sie der Hoffnung, Gewalt mit Gewalt zurückweisen zu können; es bleibe daher auch ihr nichts Anderes übrig als sich zu Unterhandlungen bereit finden zu lassen. Aber um einen für Oesterreich günstigen Ausgang derselben nicht schon von vorneherein unmöglich zu machen, müsse darnach getrachtet werden, zur Theilnahme an ihnen nicht bloß die ihm feindlich ge-

---

[1]) Wessenberg an Schwarzenberg, 6. und 8. September.

sinnten Westmächte, sondern auch die übrigen europäischen Großstaaten heranzuziehen, von denen man sich ja eine für Oesterreich weit wohlwollendere Haltung versprechen dürfe. Gehe man wirklich daran, das Gebäude des Wiener Congresses zu zerstören, so seien doch gewiß diejenigen berechtigt, ein Wort dabei mitzureden, von denen es einst errichtet worden sei.

„Wenn dieses Deutschland," fährt Schwarzenberg fort, „das sich jetzt als Staat gebildet hat, nicht ein leerer Begriff ist, wenn es seine Interessen richtig erkennt und jenes Gefühl der Würde besitzt, das jedes starke und unabhängige Volk beseelen soll, dann wird es auch die Gefahr einsehen, von der es sowohl in politischer als in militärischer Beziehung von dem Tage an bedroht ist, an welchem der Norden Italiens von Oesterreich losgelöst und dem Einflusse Frankreichs preisgegeben sein wird."

Sollte aber auch Deutschland als solches diesen Erwartungen nicht entsprechen, so blieben doch noch Preußen und Rußland übrig; von dem ersteren hoffe und von dem letzteren wisse man, daß es Oesterreich bei derartigen Unterhandlungen nicht im Stich lassen würde. Man solle daher solche niemals mit den Westmächten und Sardinien allein, sondern bloß mit Zuziehung sämmtlicher europäischen Großstaaten beginnen. Nur dann, wenn dieß geschehe, dürfe Oesterreich darauf hoffen, daß seinem guten Rechte auch die ihm gebührende Anerkennung werde.

Was ihn selbst angehe, fügte Schwarzenberg in einem zweiten Schreiben an Wessenberg vom gleichen Tage hinzu, so fühle er sich der Aufgabe, Oesterreich bei derartigen Verhandlungen zu vertreten, keineswegs gewachsen. Nur in Wien selbst, unter den Augen Wessenbergs, der seiner Zeit „einen so großen und edlen Antheil" an den Verhandlungen des Congresses gehabt, könnten die Gefahren beschworen werden, welche die Monarchie von Außen her bedrohten. Er sei in die Reihen der Armee zurückgetreten, welche wohl bald wieder veranlaßt sein werde, ihren Muth und ihre treue Hingebung neuerdings zu erproben. Sollte es jedoch Wessenberg für zweckmäßig halten, ihn für einige Zeit nach Wien kommen und sich seine Wahrnehmungen über die öffentlichen Verhältnisse in der Lombardie und über den Zustand der Armee mittheilen zu lassen, so sei er allzeit bereit, einem solchen Rufe zu folgen.[1])

---

[1]) Zwei Schreiben Schwarzenbergs an Wessenberg. Mailand, 13. Sept.

Wessenberg war nicht nur über dieses Anerbieten, sondern insbesondere darüber ungemein erfreut, auch jetzt wieder die vollständige Uebereinstimmung seiner Ansichten mit denjenigen Schwarzenbergs feststellen und ihm mittheilen zu können, daß von Wien aus die ihnen entsprechenden Schritte bereits gethan worden seien. Schon habe Preußen seine Theilnahme an der Vermittlung zwischen Oesterreich und Sardinien angeboten, und von Rußland lasse sich eine gleich willfährige Erklärung erwarten. Man sei Anfangs der Meinung gewesen, Innsbruck zum Versammlungsort für die Bevollmächtigten zu den demnächst zu eröffnenden Conferenzen zu wählen, habe aber kein Bedenken dagegen, hinsichtlich dieses wenig bedeutenden Punktes den Wünschen der Westmächte zu willfahren und hiezu Verona zu bezeichnen. Nur Mailand müsse dabei ausgeschlossen bleiben. [1])

Fast gleichzeitig mit dieser Mittheilung an Schwarzenberg erließ Wessenberg ähnliche auch an Radetzky und an den Grafen Albert Montecuccoli, den Nachfolger Hartigs als bevollmächtigter Generalcommissär des Kaisers in Italien. Mit einem Beschlusse der Regierung machte er sie bekannt, von dem wir schon etwa drei Wochen früher und zwar in dem Schreiben die ersten Andeutungen entdecken können, in welchem Wessenberg auf das Begehren des französischen Geschäftsträgers um Ausdehnung des mit Sardinien abgeschlossenen Waffenstillstandes auf die noch im Aufstande begriffene Stadt Venedig eine ablehnende Antwort gab. Das beste Mittel, ihrem Widerstande ein Ende zu machen, bestehe wohl, war darin gesagt, in der Ertheilung einer vollständigen Amnestie sowie in uneingeschränkter Zulassung zu den freiheitlichen Zugeständnissen, die man ihr gerade so wie der übrigen Bevölkerung des lombardisch-venetianischen Königreiches einräumen wolle. Jetzt wurde an Beide, an Radetzky und an Montecuccoli ein kaiserliches Manifest zu allgemeiner Kundmachung übersendet, durch welches der Bevölkerung der österreichischen Länder in Italien mitgetheilt wurde, daß man die den übrigen Theilen des Kaiserstaates gewährten Freiheiten auch ihr nicht vorenthalten werde. Vollständige Amnestie für die im Laufe des Jahres 1848 etwa begangenen politischen Vergehen wurde ihr zugesichert und gleichzeitig versprochen, daß unmittelbar nach Wiederher-

---

[1]) Wessenberg an Schwarzenberg. 30. September.

stellung des Friedens ihrem Lande eine constitutionelle Verfassung gegeben und auf deren Grundlage eine freigewählte Volksvertretung zusammenberufen werden solle. [1])

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Inhalt dieses Manifestes Wessenbergs persönlichen Anschauungen vollständig entsprach, denn der Entwurf des Berichtes, mit welchem er den Kaiser um dessen Unterzeichnung bat, rührt ganz von seiner eigenen Hand her. [2]) Und nachdem seinem Antrage willfahrt worden war, richtete er nicht bloß an die österreichischen Geschäftsträger in Paris und in London, sondern auch an Radetzky und an Montecuccoli Erlässe, aus denen sich dieß mit gleicher Bestimmtheit ergibt. Es sei zu erwarten, sagt er darin, daß durch die Kundmachung des Manifestes eine Menge von Gerüchten zum Schweigen gebracht werden würde, durch welche die Revolutionspartei die Bevölkerung der Lombardie gegen die Fortdauer der österreichischen Herrschaft aufzureizen suche. Insbesondere sei an baldiger Kundmachung der Amnestie viel gelegen, um jeglichem Zweifel an dem Ernste dieser Zusicherung ein Ende zu bereiten. Von noch größerer Wichtigkeit aber sei die Berathung über die zu gebende Verfassung. Montecuccoli wurde aufgefordert, seine Ansichten hierüber mitzutheilen, ja wo möglich die Absendung einiger dem Lande selbst angehöriger, mit dessen Bedürfnissen vertrauter und gutgesinnter Männer nach Wien zu veranlassen, um sie hiebei zu Rath zu ziehen. Endlich möge er über die Art und Weise, in der die Wahlen der Abgeordneten vorzunehmen wären, sein Gutachten abgeben, um gleich nach dem Zustandekommen des Friedens die Verfassung ins Leben treten lassen zu können. [3])

Was zunächst Radetzky anging, so war dieser mit dem Inhalte des ihm zugesendeten Manifestes nicht nur nicht einverstanden, sondern über denselben sogar wahrhaft erbittert. Bisher mit Wessenbergs Haltung in jeder Beziehung zufrieden, hatte er ihn hauptsächlich wegen des Nachdruckes belobt, mit welchem er England und Frankreich gegenüber sich gegen die Eröffnung von Friedensverhandlungen auf Grundlage für Oesterreich von vorneherein ungünstiger Bedingungen verwahrt und auf der Heranziehung Preußens und Rußlands zu

---

[1]) Manifest, datirt vom 20. September, am 28. von Wessenberg an Radetzky und an Montecuccoli gesendet.

[2]) Vortrag Wessenbergs an den Kaiser. Olmütz, 20. September.

[3]) Wessenberg an Radetzky und an Montecuccoli, 29. September.

diesen Verhandlungen beharrt hatte. Jetzt aber zeigte sich der Feldmarschall in hohem Grade aufgebracht über den Wortlaut des Manifestes, dessen Bekanntmachung ihm aufgetragen worden war, und in einem Schreiben an Wessenberg vom 3. October [1]) schilderte er die seiner Ansicht nach hiegegen obwaltenden Bedenken in drastischer Weise. Noch war aber dasselbe nicht nach Wien gekommen, als dort schon, und zwar in der officiellen Zeitung vom 4. October das Manifest veröffentlicht wurde. Nun konnte auch Radetzky nicht länger mehr zögern, es kundmachen zu lassen, aber er that dieß doch nicht ohne die ausdrückliche Erklärung, daß er sich gegen dessen üble Wirkungen, die nicht ausbleiben würden, feierlich verwahre.

Jedermann kenne, sagt Radetzky in diesem Schreiben, [2]) den erbärmlichen Zustand, in welchem Wien sich befinde, und kein redlich gesinnter Mensch, zu welcher politischen Partei er auch gehöre, vermöge sich nach einem solchen zu sehnen. Dennoch werde er überall eintreten, wo man der Bevölkerung die allgemeine Bewaffnung, Freiheit der Presse, unbeschränktes Versammlungsrecht einräume und noch überdieß binnen wenig Tagen „die durch nichts bedingte Rückkehr alles nun amnestirten Gesindels, ob hoch oder nieder,“ in Aussicht stelle.

„Ich kann Eurer Excellenz nicht bergen,“ mit diesen Worten schließt Radetzky sein Schreiben an Wessenberg, „daß dieser Act der Regierung, in der hier noch ganz revolutionär bewegten Zeit gegeben, als eine Handlung nothgedrungener, von den Fremden anbefohlener, von dem Reichstag commandirter, furchtsamer Concession angesehen, sohin als ein Act der Schwäche verlacht wird. Er macht aber zugleich auch auf die Armee den Eindruck einer verlorenen Schlacht, weil sie dadurch die Stütze verliert, welche ihr bisher die Kraft der Militärregierung gewährte, wie sie hier seit zwei Monaten nur zur Ruhe des Landes und zum Schutze seiner Einwohner geführt wurde.“

„Was mich persönlich betrifft, so werde ich nach einigen Wochen wissen, was ich zu thun habe.“

Der Wortlaut dieser Schlußzeilen und der anscheinend geringfügige, aber gewiß bezeichnende Umstand, daß Radetzky es wohl geflissentlich unterließ, seinen Brief an Wessenberg mit der sonst ge-

[1]) Radetzky's Brief an Wessenberg vom 3. October fehlt. Dessen Inhalt ist aber einem gleichzeitigen Berichte Montecuccoli's zu entnehmen.

[2]) An Wessenberg, 9. October.

wöhnlichen Höflichkeitsphrase zu beenden, läßt auf die gereizte Stimmung schließen, in der sich der Feldmarschall damals, und wohl nicht ganz mit Unrecht, befunden haben mag. Freilich war es in hohem Grade erwünscht, daß in Folge der ertheilten Amnestie der größere Theil der angesehenen Mailänder Familien, welche sich vor dem Einzuge Radetzky's in diese Stadt aus ihr entfernt hatten, möglichst bald dorthin zurückkehre. Auch daß die Bevölkerung der Lombardie sich von der versöhnlichen, von allem Verfolgungsgeist entfernten Gesinnung der österreichischen Regierung überzeuge und dadurch leichter beruhige, hätte nur willkommen sein können. Aber andererseits war es doch auch wieder äußerst gefährlich, in einem Augenblicke, in welchem sowohl die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten als ein erneuerter Ausbruch des Aufstandes keineswegs zu den Unwahrscheinlichkeiten gehörte, die straflose Rückkehr der Führer der Bewegung gleichsam selbst zu veranlassen. Noch war jedoch das Schreiben Radetzky's nicht in die Hände Wessenbergs gekommen, noch war Montecuccoli nicht im Stande gewesen, Zeit und Ruhe zu finden, das ihm abverlangte Gutachten zu erstatten, als in Wien schon Ereignisse eingetreten waren, welche sowohl den Kaiser und dessen Familie als Wessenberg von dort vertrieben und jeglicher Thätigkeit der Regierung ein plötzliches Ende bereiteten.

XV.

Der Octoberaufstand.

So weit man auch noch immer davon entfernt war, über die Herbeiführung einer nur halbwegs befriedigenden Beilegung der Streitsache in Italien zu einer Verständigung zu gelangen, so konnte doch Niemand auch nur im Entferntesten verkennen, daß der dortigen Lage der Dinge durch Radetzky's siegreiches Vordringen bis an den Ticino eine für Oesterreich höchst günstige Wendung gegeben worden war. Gerade das Gegentheil hievon fand in Wien statt, indem hier, im Centrum der Monarchie, die öffentlichen Verhältnisse sich immer trauriger gestalteten. „Wir leben dahier," schrieb Wessenberg am 3. September an den Erzherzog Johann, „von beständigen Stürmen umlagert und es ist wahrlich schwer, seinen Verstand in dem Gewirr von Unsinn nicht zu verlieren. Mit einer Reichsversammlung, die wie die hiesige zusammengesetzt ist, erscheint es beinahe unmöglich, zu etwas Gutem zu gelangen. Es gruppiren sich zwar viele wohlgesinnte Deputirte um mich, allein auf eine bestimmte Majorität kann man doch nicht zählen."

„Mit dem gegenwärtigen Ministerium," heißt es an einer späteren Stelle dieses Briefes, „will es auch nicht recht gehen. Schwarzer fühlt selbst, daß er nicht bleiben kann, Doblhoff will auch aus lauter Disgusto austreten, andererseits geben uns auch die Ungarn viel zu thun, sie sind in Verlegenheit und wollen uns solche aufbürden. Den Kaiser und die Kaiserin sehe ich oft und tröste sie. Es ist allerdings ein unangenehmes Leben unter solchen Elementen. Wie lang mir Gott die Kraft geben wird, auszuhalten, weiß ich nicht. Ich besorge, daß auch mir einmal die Füße unter dem Leibe zusammenbrechen werden, denn alle Tage, einen wie den anderen, von sechs Uhr früh bis zehn Uhr Abends angestrengt zu sein, dieß halten wohl nur Wenige aus."

Auf die Bedrängnisse, welche dem ohnehin schon so vielfach gefolterten Kaiserhofe durch die von Tag zu Tag sich mehrenden Uebergriffe der Ungarn bereitet wurden, kam Wessenberg in einem zweiten Schreiben an den Erzherzog vom gleichen Tage zu sprechen. Aus den Zeitungen ersehe er, sagt er darin, daß sich ein ungarischer Abgesandter bei dem Reichsverweser „eingeschlichen" habe. Dem gegenüber habe er sich beeilt, dem ungarischen Ministerium begreiflich zu machen, daß es selbst nach den dort neu ins Leben getretenen staatlichen Einrichtungen nicht befugt sei, sich im Auslande durch .eigene Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Ebenso habe er ihm das Recht bestritten, eigene Consulate neben den österreichischen zu errichten.

Aber nicht nur auf die Abwehr solcher von ungarischer Seite erfolgender Uebergriffe waren die Bemühungen der kaiserlichen Regierung gerichtet, sie trachtete auch darnach, die nach ihrer Meinung allzu weitgehenden Zugeständnisse wenigstens einiger Maßen zu verringern, welche die Ungarn in rücksichtsloser Ausbeutung der Verlegenheiten des Hofes demselben abgedrungen hatten. Denn sie ging von der Ansicht aus, der von ungarischer Seite eingeschlagene Weg müsse, wenn er gleichmäßig weiter verfolgt werde, zu einer vollständigen Trennung dieses Königreiches von dem österreichischen Kaiserstaate führen, und sich dem entgegen zu stemmen, erachtete sie als ihre heilige Pflicht. Sie ließ daher eine Denkschrift ausarbeiten, in der sie Alles zusammenfaßte, was man, und von Oesterreichs politischen Standpunkte aus gewiß mit Recht, gegen das Verfahren der Ungarn einwenden konnte. Wenn sie sich aber in ihrem Eifer bis zu der Behauptung verstieg, alle den Ungarn in letzterer Zeit gewährten Zugeständnisse seien als gewaltsam usurpirt und daher als ungiltig anzusehen, so setzte sie sich hiedurch formell wenigstens unbestreitbar ins Unrecht.

Ohne daß diese Denkschrift, wie es scheint, Ungarn officiell mitgetheilt worden wäre, erging doch, und zwar am 31. August ein Handschreiben des Kaisers an den Palatin Erzherzog Stephan, worin unter ausdrücklicher Bezugnahme auf deren Inhalt gesagt wurde, sie habe ihn von der Gefahr überzeugt, in welche die seit dem letzten Schlusse des Preßburger Reichstags in Ungarn eingeschlagene Richtung das Gesammtreich versetze; es thue Noth, die allseitig als ein sicherer Stützpunkt anerkannte pragmatische Sanction zu voller Geltung zu bringen. Zu diesem Ende hätten Mitglieder des ungarischen Cabinets

sich zu Berathungen mit dem österreichischen Ministerium in Wien einzufinden. Doch sei als Bedingung festzuhalten, daß an diesen Conferenzen auch der Ban von Croatien, Freiherr von Jellachich theilnehmen, sowie daß die Militärgrenze provisorisch wieder dem kaiserlichen Kriegsministerium untergeordnet werde und jede Rüstung, jeder Angriff Ungarns gegen Croatien, Slavonien und die Militärgrenze unterbleibe.

Dieses letztere Begehren, in dem Augenblicke gestellt, in welchem Jellachich mit gewaffneter Hand gegen Ungarn angriffsweise vorgegangen und bisher nirgends auf entschiedenen Widerstand gestoßen war, machte dort sehr böses Blut. Ludwig Kossuth, Mitglied des ungarischen Ministeriums und der bedeutendste Sprecher des dortigen Reichstages, wußte hieraus für die von ihm vertretene Sache Vortheil zu ziehen und in phrasenhafter Rede den Beschluß durchzusetzen, eine Deputation nach Wien abzusenden, die dort dem Monarchen die Gefahr des Vaterlandes sowie des Thrones offen erklären und von ihm diejenigen Schritte begehren sollte, welche die Erhaltung der Nation erheische.

Am 6. September kam die Deputation des ungarischen Reichstages, aus hundert Mitgliedern bestehend, unter Pazmandy's Führung nach Wien; drei Tage später trat sie in Schönbrunn vor den Kaiser, und die Begehren, die sie an ihn richtete, waren nichts weniger als bescheiden. Alle nicht vor dem Feinde stehenden ungarischen Regimenter sollten alsbald nach Ungarn abgesendet werden, um unter dem Befehle des dortigen Ministeriums die Pflicht der Landesvertheidigung tapfer und treu zu erfüllen. Die Anordnung möge ergehen, daß von allen in Ungarn befindlichen Truppen dieser Pflicht pünktlichst genügt werde. Croatien sei von dem militärischen Despotismus, unter welchem es stehe, zu befreien, das treulos besetzte Fiume aber sammt den slavonischen Comitaten an Ungarn zurückzustellen. Endlich solle der Kaiser die ihm durch den ungarischen Reichstag vorgelegten Gesetze sanctioniren und sich ohne Aufschub in die Mitte des ungarischen Volkes begeben, um dort das Wirken der Legislative und der constitutionellen Regierung zu unterstützen und zu leiten. Eine Nichtbeachtung ihrer Bitten werde, so lautete der drohende Schlußsatz der Adresse, das Vertrauen erschüttern, daß das in der Anwendung gesetzlicher Mittel gelähmte Ministerium den inneren Frieden und die Ordnung im Lande aufrecht erhalten könne.

Ausweichend lautete die Antwort des durch das verletzende Vorgehen der Ungarn schwer gekränkten Kaisers. Lebhaft bedauere er, erklärte er ihnen, wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes ihrem Wunsche, ihn in Ofen zu sehen, nicht entsprechen zu können. Die ihm vorgelegten Gesetzentwürfe werde er prüfen, und wenn sich in Bezug auf ihre Sanctionirung irgend ein Anstand ergeben sollte, so möge man dieß nicht so auslegen, als ob er die schon bestehenden Gesetze zu beseitigen oder ihnen zuwider zu handeln gedenke. Denn es sei sein fester Wille, seinem königlichen Eide gemäß die Gesetze, die Integrität und die Rechte des Reiches seiner ungarischen Krone aufrecht zu erhalten.[1])

Durch ihre bisherigen Erfolge gewohnt, sich Alles zu ertrotzen, was sie nur immer begehrten, waren die Ungarn äußerst unzufrieden mit dem ihnen ertheilten Bescheide, und in der ihnen eigenen ungestümen Weise gaben sie ihre Mißstimmung kund. „Die letzten Tage dahier waren sehr stürmisch," schrieb Wessenberg am 11. September an den Erzherzog, „zumal wegen der ungarischen Deputation, die mir auch auf den Hals kam, weil man sich auf beiden Seiten nicht mehr zu helfen wußte. Ich wurde ganz krank davon und von überhäufter Arbeit, so daß ich mich für zwei Tage ins Bett legen mußte, allein auch da hatte ich keine Ruhe."

Die Aufregung der Ungarn wurde noch durch ein in jenen Tagen veröffentlichtes kaiserliches Handschreiben mächtig gesteigert, durch welches unter Wiedereinsetzung des Banus Jellachich in alle seine Würden die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, daß derselbe bei seiner unzweifelhaften treuen Anhänglichkeit an die Dynastie und die Gesammtinteressen der Monarchie niemals die Absicht hegen konnte, sich den kaiserlichen Befehlen hochverrätherisch zu widersetzen oder an einer Trennung der Nebenländer der ungarischen Krone von ihr zu arbeiten. Begreiflicher Weise erblickten die Ungarn in dieser Kundgebung ein untrügliches Zeichen, daß der Hof sich in ihrer Streitsache mit dem Banus auf die Seite des Letzteren stelle, und sie fühlten sich dadurch in ihrer unleugbaren Vaterlandsliebe sowie in ihrem sie nicht minder beherrschenden Hochmuth aufs ärgste gekränkt. Voll tiefster Erbitterung kehrte die Deputation, nachdem viele Mitglieder derselben als sichtbares Zeichen des Aufruhrs rothe Federn

[1]) Wiener Zeitung vom 11. September.

auf ihre Hüte gesteckt und dadurch ihre Verbrüderung mit der Wiener Revolutionspartei als vollzogen erklärt hatten, nach Pest zurück. Dort stieg die wilde Gährung aufs Höchste und Beschlüsse wurden gefaßt, welche trotz dem ihnen angehängten Vorbehalte der künftigen Sanctionirung durch den König hinreichend verriethen, daß dessen Macht in Ungarn zu einem leeren Schattenbilde herabgesunken war. Anknüpfend an die Erfolglosigkeit der Sendung einer Deputation an den Kaiserhof beantragte Kossuth, nicht mehr an diesen, sondern an das österreichische Volk Delegirte abgehen zu lassen und ihm zu verkünden, man sei zu freundschaftlicher Schlichtung aller etwaigen Zwistigkeiten, sowie zu jeder Beistandsleistung im Augenblicke der Gefahr allzeit bereit, rechne aber dagegen auch auf dessen Unterstützung im Falle der Noth. Gleich allen Anträgen Kossuths wurde auch dieser angenommen, und eine neue Deputation begab sich nach Wien.

Unter dem Ausdrucke „Volk“ konnte füglich nichts anderes als dessen legale Vertretung, und somit in dem gegebenen Falle der österreichische Reichstag verstanden werden. In seiner Sitzung vom 19. eröffnete ihm dessen Präsident, der czechische Abgeordnete Anton Strobach, daß ihm ein Beglaubigungsschreiben überreicht worden sei, auf dessen Grundlage die ungarische Deputation den Eintritt in die Versammlung verlange. Er habe, erklärte er gleichzeitig, dieses Begehren ablehnend beantworten müssen, denn er sei an die Geschäftsordnung gebunden, welche die Zulassung solcher Deputationen untersage. Er meine, daß die Sache damit erledigt und der ungarischen Abordnung ihr Creditiv einfach zurückzustellen sei.

Hiegegen erhob sich jedoch aus der Mitte des Reichstages lebhafter Widerspruch. Der Pole Sierakowski stellte den Antrag, daß in dem gegebenen Falle eine Ausnahme von der Geschäftsordnung gemacht werden solle und er wurde hierin von dem Deutschböhmen Borrosch eifrig unterstützt. Eine endlose Debatte entspann sich hierüber und sie wurde von den Freunden wie von den Gegnern des Antrages mit gleicher Leidenschaftlichkeit geführt. Auch Wessenberg, welcher dem Reichstage als Mitglied, und zwar für die Wiener Vorstadt Neubau angehörte, sah sich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, um sich über die Stellung des Ministeriums Ungarn gegenüber zu erklären. Dieselbe sei, so versicherte er, allzeit eine versöhnende und vermittelnde gewesen; es wünsche nichts, als daß die Bande, welche

Ungarn mit der Gesammtmonarchie verknüpften, immer enger geschlungen würden. Wiederholt habe man sich an das ungarische Ministerium mit dem Anerbieten gewendet, zur Verständigung über gewisse, das Gesammtreich angehende oder sich auf die Verhältnisse seiner einzelnen Theile zu einander beziehende Angelegenheiten in gemeinsame Berathung und Verhandlung zu treten. Am letzten Juli sei dieses Anerbieten in dringendster Weise und mit der Versicherung erneuert worden, daß man Alles anwenden wolle, um eine gütliche Ausgleichung des eingetretenen bedauerlichen Zerwürfnisses zu erzielen und den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern, daher auch den des Bürgerkrieges zu hindern. Aber alle diese Einladungen seien ganz erfolglos geblieben. Hiedurch habe sich das Ministerium genöthigt gesehen, diese traurigen Verhältnisse in einer eigenen Denkschrift zu beleuchten und hieran seine Anträge über die Art und Weise zu knüpfen, in welcher der drohenden Gefahr vielleicht doch noch gesteuert werden könnte. Auch dieser Darlegung sei bisher von ungarischer Seite nicht die mindeste Berücksichtigung zu Theil geworden, und es erübrige dem Ministerium nichts als seine Denkschrift auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Ueber die Frage der Zulassung der ungarischen Deputation sprach sich Wessenberg ebensowenig aus als sein College, der Minister Bach, der nach ihm das Wort ergriff und in ausführlicher Rede den Standpunkt der Regierung in dieser Sache darzulegen und zu rechtfertigen sich bemühte. Am Schlusse der fast zehnstündigen Sitzung erhielt der Antrag des Abgeordneten Helfert, der magyarischen Deputation gegenüber keine Ausnahme von der geschäftsordnungsmäßigen Regel eintreten zu lassen, eine Majorität von 186 gegen 108, somit von 78 Stimmen.

Die Ablehnung des Antrages, die ungarische Deputation im Reichstage zu empfangen, bedeutete für das österreichische Ministerium ohne Zweifel einen Sieg, aber es konnte desselben durchaus nicht froh werden. Denn die Sympathien, deren Beweis ihnen vom Reichstage verweigert worden war, fand die ungarische Deputation in den damals Alles überfluthenden radicalen Kreisen der Hauptstadt Wien in desto reichlicherem Maße. Auch der Umstand, daß im Reichstage selbst das Begehren der Ungarn in ungleich beredterer Weise befürwortet als von der Gegenpartei bestritten worden war, trug nicht wenig dazu bei. Reden wie diejenigen des Abgeordneten Löhner wurden mit Bewunderung gelesen und machten unendlich

mehr Eindruck als die weniger heißblütigen Erwiederungen seiner Gegner. Außerdem wirkten das theatralische Auftreten einzelner Mitglieder der ungarischen Deputation, ihr phrasenreicher Wortschwall entflammend auf die Massen, welche durch die wüthenden Diatriben ihres leidenschaftlichsten Wortführers, des Sprachlehrers Tausenau, bis zum Wahnwitz erhitzt wurden. Von nun an galt es bei der aufgestachelten Menge als ein unbestreitbares Dogma, die Sache der Ungarn sei identisch mit derjenigen der Freiheit Wiens und ganz Oesterreichs. Jede gegen Ungarn gerichtete Maßregel müsse daher auch in Wien aufs Aeußerste bekämpft werden.

Der Unwille derer, die an dieser Anschauung festhielten, und dazu gehörte die ganze revolutionäre Partei und ihr ebenso zahlreicher als unwissender Troß, richtete sich natürlich in erster Linie gegen den Kriegsminister, den Grafen Latour. Denn so wie er in treuer Erfüllung seiner Pflicht früher Alles zur Verstärkung der österreichischen Streitkräfte in Italien gethan und dadurch Radetzky in den Stand gesetzt hatte, die Offensive zu ergreifen, so trachtete er nun in Bezug auf Ungarn Aehnliches zu bewirken. Hiebei stieß er insbesondere bei den Truppen, welche bisher zur Garnison der Hauptstadt gehört hatten, und hauptsächlich bei denen, deren Heimat Wien war, auf sehr große Schwierigkeiten. Denn durch den unablässigen Umgang mit ihren Angehörigen und Landsleuten war der Geist militärischer Disciplin in ihren Reihen erstickt, derjenige revolutionärer Widersetzlichkeit aber herrschend geworden. Er kam am 6. October, und zwar in Folge des einem Grenadierbataillon ertheilten Befehles zum Abmarsche an die ungarische Grenze in erschreckender Weise zum Ausbruche. Die Grenadiere verweigerten den Gehorsam, ein Theil der Nationalgarde sowie die bewaffneten Studenten und Arbeiter ergriffen für sie Partei, bei dem Zusammenstoße mit den treugebliebenen Truppen fiel der sie befehligende General und triumphirend kehrten, dessen Hut als Trophäe mit sich tragend, die abtrünnigen Grenadiere mit ihren sogenannten Befreiern unter wildem Gejohle nach der Stadt zurück.

Hier war inzwischen die Verwirrung aufs höchste gestiegen. Schon um sieben Uhr Morgens war Wessenberg durch den Kriegsminister, der seinen Adjutanten an ihn absandte, von den Hindernissen verständigt worden, auf welche der Abmarsch des Grenadierbataillons stieß. In einigen Zeilen, vielleicht den letzten, welche

Latour in seinem überhaupt nunmehr kurz bemessenen Leben zu Papier brachte, drückt er seine Uebereinstimmung mit Wessenbergs Ansichten in der ungarischen Frage und die Meinung aus, nachdem die Verführung des Grenadierbataillons Richter eine Thatsache sei und sich dabei ein Theil der Nationalgarde und der Studentenlegion rebellisch benommen habe, müsse an strenge Maßregeln gedacht werden. Eine Stunde später kam eine neue Botschaft Latours, welcher Wessenberg bitten ließ, sich möglichst bald im Gebäude des Kriegsministeriums einfinden zu wollen. [1]) Gegen zehn Uhr verfügte sich Wessenberg dorthin und bald trafen auch die Minister Doblhoff, Krauß, Bach und Hornbostel daselbst ein.

„Die Bestürzung war groß," schrieb Wessenberg am folgenden Morgen an den Erzherzog Johann, „auch etwas Confusion in den Anordnungen. General Frank, der sehr thätig war, brachte die Nachricht, daß das Bataillon Grenadiere sich wieder gefügt habe und Gehorsam leiste; General Csorich wurde mit dem Commando in der Leopoldstadt betraut. Mittlerweile kamen Deputationen über Deputationen, theils von Mitgliedern der Nationalversammlung, theils von der akademischen Legion. Wir suchten solche so gut als möglich zu beschwichtigen, ohne ihre Wünsche wegen Zurückziehung der Truppen und andere ähnliche zu erfüllen. Wir ließen den Präsidenten der Reichsversammlung zu uns bitten, einen vernünftigen Mann; er blieb auch bis an das Ende des Trauerspieles bei uns, denn er wollte dem Verlangen der Mitglieder der Linken, den Reichstag zu versammeln, nicht entsprechen, aus Besorgniß noch größeren Unfugs. So verging die Zeit bis drei Uhr. Da kam die Nachricht, daß sich auf dem Stephansplatze ein blutiger Zusammenstoß zwischen einigen conservativ gesinnten Abtheilungen der Nationalgarde und den in immer größeren Haufen herbeiströmenden Volksmassen ergeben habe. Die ersteren mußten den Platz räumen und nicht besser erging es verschiedenen Truppenkörpern, welche vereinzelt dem Aufstande entgegengestellt worden waren. Durch den leicht gewonnenen Sieg bis aufs Aeußerste erhitzt, suchte die fanatisirte Menge nach einem Opfer für ihre sinnlose Wuth, und sie fand es in dem Manne, der schon seit Wochen zur Zielscheibe ihres leidenschaftlichen Hasses gemacht worden war, in dem Kriegsminister Grafen Latour.

[1]) Das Billet Latours, vom 6. October datirt und ganz von ihm geschrieben, stammt aus Wessenbergs Nachlaß und befindet sich im Staatsarchive.

Lang schon waren dessen Collegen bei ihm versammelt, als ihnen unbekannte Personen in das Berathungszimmer drangen, um in heftigstem Tone die Aufforderung an ihn zu richten, den Truppen die Einstellung des Feuers zu befehlen, weil nur in solcher Weise die Aufregung der Volksmassen beschwichtigt werden könne. Der Kriegsminister erklärte sich hiezu unter der Bedingung bereit, daß auch von der gegnerischen Seite dem Feuer Einhalt geschehe. Eine schriftliche Erklärung wurde hierüber aufgesetzt und außer von Latour auch von Doblhoff unterschrieben; ein Student erbot sich, ihre Verlautbarung an Ort und Stelle zu veranlassen. Unverrichteter Dinge kehrte er jedoch bald wieder zurück und versicherte, es sei ihm ganz unmöglich gewesen, durchzudringen, während die Nothwendigkeit, das Schießen der Truppen einstellen zu lassen, immer dringender werde. Latour ließ sich herbei, den Befehl hiezu auf einzelne fliegende Blätter schreiben zu lassen, die er unterzeichnete; auf seinen Wunsch setzte auch Wessenberg auf einige derselben seinen Namen. Von den Fenstern aus warf man sie den vor dem Kriegsgebäude sich regellos hin und her bewegenden Truppen zur Vertheilung zu.

Baldigst zeigte es sich, wie verkehrt diese Handlungsweise war. Denn statt hiedurch den beabsichtigten Zweck, die Beruhigung der Massen zu erreichen, nahm deren wüthendes Toben in Folge des Zurückweichens der Truppen nur noch zu, und man beraubte sich gleichzeitig selbst des Schutzes, dessen man wider sie so dringend bedurft hätte. Wie weit es schon gekommen war, zeigte eine in dem Vorzimmer des Ministers sich abspielende Scene. Ein wie wahnsinnig sich geberdender Student war in dasselbe gedrungen, hatte den Minister an der Brust gepackt und ihn mit den leidenschaftlichsten Vorwürfen über das angeblich durch ihn veranlaßte Blutvergießen überhäuft. Wessenberg und ein anderer der Umstehenden rissen ihn weg und wollten seine Verhaftung veranlassen; Latour aber meinte kaltblütig, man solle sich um den Verrückten nicht kümmern, worauf derselbe verschwand.

Erst als die Meldung kam, daß der Pöbel bei dem geöffneten Thore herein und über die rückwärtige Stiege zu seinen Gemächern empordringe, entschloß sich der Kriegsminister, sein gewöhnliches Arbeitszimmer zu verlassen, um anderswo Zuflucht zu suchen. Die Minister Krauß und Bach folgten ihm und nur Wessenberg blieb noch zurück, am Schreibtische des Kriegsministers sitzend und an keine

persönliche Gefahr glaubend, bis ihn sein getreuer Secretär Isfordink von dem Vorhandensein einer solchen überzeugte. In seiner Begleitung verfügte er sich nun zu den übrigen Ministern, welche noch unschlüssig über das waren, was jetzt zu thun sei. Latour rieth dazu, sich in der anstoßenden Kirche zu verbergen, aber der Schlüssel zu der dorthin führenden Thüre war nicht zu finden und ein Versuch, sie zu erbrechen, mißlang. Latour entfernte sich nun von seinen Collegen, um seine Kleider zu wechseln; Krauß und Bach suchten für sich einen Ausweg, Wessenberg aber, dem Isfordink nicht von der Seite wich, sah von einem der Fenster den Abgeordneten Borrosch, wie er in Begleitung einiger Anderer in den Hof ritt, unter dessen zweitem Thore Aufstellung nahm und von da aus in beschwichtigendem Sinne zu der tobenden Menge sprach; Wessenberg erklärte später, er habe es mitangehört, wie Borrosch sie an das Walten eines höheren Wesens erinnerte. Wessenberg fühlte sich durch diese Worte ermuthigt, die zu dem Standorte des Redners führende Treppe hinabzusteigen. Ein Unbekannter sagte ihm, er könne durch diesen Ausgang ungefährdet das Haus verlassen. Ein Anderer, der ihn aus den Zimmern des Kriegsministers hatte herauskommen sehen, betastete seine Taschen und meinte, man dürfe von da nichts mit sich wegtragen. Ein Dritter endlich, in welchem er den Abgeordneten Fischhof zu erkennen glaubte, flüsterte ihm ins Ohr, es sei für ihn allzu gewagt, sich auf diesem Wege zu entfernen. „Ich ging hierauf," sagt Wessenberg hierüber, „die Treppe wieder hinauf bis in das erste Stockwerk, sah kurze Zeit zum Fenster hinaus, ärgerte mich über die Unthätigkeit des Militärs und das Fraternisiren der Soldaten mit dem Pöbel. Ein alter Kanzleidiener, ein Invalide zeigte mir den Weg zu einer kleinen Treppe in der Ecke des Kriegsgebäudes, welche, wie man mir sagte, zu einem Brunnen hinabführt. Ich fand dieselbe von mehreren Soldaten besetzt, die mir antrugen, mich zu verstecken, was ich aber ablehnte. Ich ging in den Hof hinab, blieb eine kurze Zeit am Ausgang der Treppe unter den Leuten stehen, sah wieder einen neuen Haufen Gesindel sich in den Hof drängen und schlich ganz langsam mitten hindurch mit Isfordink auf den Platz hinaus, den wir von Leuten fast entblößt fanden." Wessenberg wandte sich nun zunächst gegen die Kirche, wurde zwar einmal angehalten, mußte auch eine Barrikade überklettern, kam aber durch Seitengassen etwa um halb fünf Uhr unangefochten nach der Staatskanzlei, wo man ihn schon für verloren gehalten hatte.

Etwa zehn Minuten später traf auch Bach daselbst ein, zu welchem Wessenberg, der große Stücke auf ihn hielt, ebenso wie zu seinen übrigen Collegen im Ministerrathe, etwa Schwarzer allein ausgenommen, in freundschaftlichen Beziehungen stand. Von der ausgestandenen Aufregung ermattet, setzten sich Beide zu Tisch, denn sie bedurften dringend der Stärkung, aber sie waren über das Schicksal Latours aufs Aeußerste besorgt. Noch waren sie mit ihrem Mittagmal beschäftigt, da stürzte in höchster Erregung ein Bekannter [1]) herein, der die niederschmetternde Nachricht von Latours Ermordung überbrachte. Ihm folgten Meldungen, daß der Pöbel auch auf die beiden Minister Bach und Wessenberg fahnde, um sie gleichfalls zu opfern. Anfangs wenig beachtet, wurden jedoch diese Mittheilungen so dringend und sie kamen von so glaubwürdiger Seite, daß es nach dem bereits Geschehenen sträflicher Leichtsinn gewesen wäre, sie nicht in Betracht zu ziehen. „Es freut mich versichern zu können," sagt der damals in Wessenbergs Zimmer befindliche Generalconsul Hübner in dem Buche, das er über seine Erlebnisse im Jahre 1848 schrieb, „daß in diesem kritischen Augenblicke, in welchem ihr Leben, wenigstens dasjenige Bachs an einem Faden hing, die beiden Minister sich unerschrocken zeigten. Baron Wessenberg bewahrte die kalte Ruhe des Staatsmannes vom alten Schlage, sein junger College, obgleich aufgeregt, verrieth keine Furcht." Wessenberg entschloß sich nun, nachdem er seine wichtigsten Papiere geordnet und sorgfältig verwahrt, auch mit den wenigen Beamten, die noch in der Staatskanzlei anwesend waren, das Nöthige verabredet hatte, dieselbe zu verlassen. Von Isfordink begleitet, ging er über die Bastei bis zu der nach dem Franzensthore führenden Treppe, dann diese hinab und zum Thore hinaus bis auf das Glacis. Sein erster Gedanke war, sich nach Schönbrunn zu wenden und sich dort dem Kaiser zur Verfügung zu stellen. Nicht ohne Gefahr wurde dieß versucht, denn der alte, kränkliche, aufs Aeußerste erschöpfte Mann befand sich mit seinem Begleiter in einem wüsten Gedräng betrunkener Männer und Weiber aus der niedersten Classe des Volkes, denen der leiseste Anlaß genügt hätte zur Verübung einer argen Gewaltthat. Endlich gelang es Wessenberg, einen Miethwagen zu finden, aber es schien unmöglich,

[1]) Nach Wessenbergs Aufzeichnungen war dieß der Hauptmann der Nationalgarde Joseph Weigel, nach Hübners Angabe (S. 226) aber der Cabinetscourier Karl Leiden, in seiner Jugend bekanntlich der Liebling von Friedrich Gentz.

die Straße nach Schönbrunn zu gewinnen, da schon während der Fahrt durch die Vorstadt Mariahilf zahlreiche Schüsse fielen und die Linie von den Aufständischen besetzt war. Bei dem steten Zunehmen des Lärmens und der einbrechenden Nacht mußte Wessenberg darauf bedacht sein, für sich selbst einen Zufluchtsort zu suchen. Er wandte sich nach Döbling, wo er in dem Hause des ihm innig befreundeten Freiherrn von Lebzeltern die liebevollste Aufnahme und treueste Pflege fand.

Schon am frühesten Morgen des nächsten Tages verfügte sich in seinem Auftrage Isforbink auf Umwegen nach Schönbrunn, um Erkundigungen einzuziehen und Wessenbergs Aufenthaltsort anzugeben. Etwas nach sieben Uhr traf er dort ein und erfuhr, daß eine halbe Stunde früher der Kaiser und die Kaiserin mit dem Hofe abgereist seien und die Straße nach Linz eingeschlagen hätten. Durch diese letztere Meldung fühlte sich Wessenberg äußerst beunruhigt, denn er besorgte, daß die Absicht gehegt werde, sich neuerdings nach Tirol zu begeben. Reiflicheres Nachdenken und die Erinnerung an frühere Verabredungen brachten ihn aber auf den Gedanken, daß dieser Weg nur gewählt werde, um einen sicheren Uebergang über die Donau zu gewinnen. Er entschloß sich daher, sich so bald als nur immer möglich nach Prag zu verfügen, indem nur dort die ganz unerläßlich gewordene militärische Hilfe aufzutreiben war.

Mit vieler Mühe gelang es Wessenberg, nachdem er den 7. October noch bei seinen freundlichen Hauswirthen in Döbling zugebracht hatte, am Nachmittage des 8., eines Sonntags, oberhalb Nußdorfs auf einem Kahne die Donau zu überschiffen. In Jedlersee ließ ihn ein glücklicher Zufall einen Bauernwagen finden, der ihn und seinen Begleiter nach Floridsdorf brachte. Von da fuhren sie auf der Eisenbahn nach Prag, wo sie am Abende des 9. October ankamen und von allen Seiten um Nachrichten aus Wien bestürmt wurden.[1])

Am Morgen des 10. October erhielt Wessenberg in Prag durch den Rittmeister Grafen Moriz Palffy die ihn hocherfreuende Nach-

[1]) Wessenberg an Erzherzog Johann. Döbling; auf der Flucht. 7. October 7 Uhr Morgens. Erinnerungen von den Ereignissen vom 6. October. (Von Wessenbergs Hand.) Bericht an die Untersuchungscommission unter General Frank vom 14. December 1848. Gleichfalls von Wessenbergs Hand und von Isforbink als Zeugen mitunterschrieben. Erklärung Wessenbergs. Abgedruckt in der Beilage zum Morgenblatte der Wiener Zeitung vom 10. December 1850.

richt, daß das Kaiserpaar und der Hof bei Krems die Donau überschritten und die Straße nach Mähren eingeschlagen hätten. Wenn er, schrieb Wessenberg, nachdem er sich mit dem Fürsten Windischgrätz berathen, an den Erzherzog Johann, Gewißheit erlangt haben werde, daß der Hof sich nach Olmütz begebe, werde er dorthin eilen, um in dieser schrecklichen Zeit seine Dienste zur Verfügung zu stellen. „Meiner Neigung nach," fügte er hinzu, würde ich vorziehen, mich in meine Wälder zurückzuziehen, allein das Gefühl der Pflicht ist überwiegend und mein Entschluß kann daher nicht zweifelhaft sein." [1])

Einen Tag nach Wessenbergs Ankunft in Olmütz, und zwar am 14. October um fünf Uhr Abends traf auch der Kaiser daselbst ein und der Unterschied zwischen dem Empfange, den er dort fand, und der Behandlung, die er in Wien hatte erfahren müssen, mochte ihn freudig und doch zugleich auch wehmüthig berühren. „Der Wagen der Majestäten," schrieb Isfordink hierüber an Lebzeltern,[2]) „wurde unter großem Jubel von den Bauern durch die Stadt gezogen. Der Hof wohnt im Palais des Erzbischofs, wir mit Erzherzog Franz Joseph bei dem Domherrn Baron Puteani, der es uns an nichts fehlen läßt."

Kaiser und Kaiserin, insbesondere aber die letztere, schienen über Wessenbergs Ankunft äußerst erfreut. Allsogleich trat er wieder in seine amtlichen Functionen, und die Art, wie er ihnen gerecht zu werden sich bestrebte, zeigte sich schon durch das am Tage nach der Ankunft des Kaisers unter Wessenbergs Gegenzeichnung veröffentlichte Manifest, durch welches insbesondere den Landleuten die ungeschmälerte Aufrechthaltung der bereits zu Stande gekommenen Gesetze über die Aufhebung des Unterthansverbandes und die Grundentlastung feierlich zugesichert wurde. Und vier Tage später erschien ein neues, gleichfalls von Wessenberg gegengezeichnetes Manifest des Kaisers. Die Nothwendigkeit einer zeitweisen Verlegung des Sitzes der Regierung nach Olmütz wurde darin dargethan und dem Bedauern über die Ereignisse, durch die sie herbeigeführt worden, Ausdruck verliehen. Unvermeidlich erscheine es, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung und zum Schutze der an den Gräueln des Aufstandes nicht betheiligten Staatsbürger militärische Maßregeln zu

[1]) Wessenberg an den Erzherzog Johann. Prag, 10. October.
[2]) 16. October.

ergreifen, doch werde mit denselben nicht weitergegangen werden, als es die Erreichung dieser Zwecke erheische. Es sei der unabänderliche Wille des Kaisers, die seinen Völkern gewährten Rechte und Freiheiten in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert zu erhalten, und er verpfände hiefür sein kaiserliches Wort. Das bereits sanctionirte Gesetz über die Aufhebung des Unterthansverbandes und die Grundentlastung werde unangetastet bleiben und ebenso der Reichstag in seinen Arbeiten zur Zustandebringung des Verfassungswerkes in keiner Weise beirrt werden.

Von den Urtheilen über dieses Manifest, auf dessen Erlassung Wessenberg entscheidenden Einfluß genommen hatte, sei nur das eines der ausgezeichnetsten Männer der damaligen Zeit, des Fürstbischofs Melchior Diepenbrock von Breslau hier erwähnt. „Ich kann es mir nicht versagen," schrieb er am 23. October mit eigener Hand an Wessenberg, „Eurer Excellenz die Freude und die Beruhigung auszudrücken, die es allen wahren Freunden des Vaterlandes gewährt, den geliebten Kaiser in diesem schwierigen Augenblicke durch die persönliche Nähe und den weisen Rath Eurer Excellenz unterstützt zu wissen. Zeuge dessen ist schon diese Proclamation selbst, so ganz geeignet, die Besorgnisse zu heben, welche Unverstand und böser Wille aus den neuesten Wiener Ereignissen und deren voraussichtlichem Ausgange für den gefährdeten Fortbestand der bewilligten constitutionellen Freiheiten und Entlastungen zu prognosticiren nicht müde wurden." Und nachdem er die damaligen Begebenheiten in der Umgebung des von ihm zeitweilig bewohnten Schlosses Johannesberg umständlich besprochen, schließt er seinen Brief an Wessenberg mit den Worten: „Nein, das brave Volk darf und wird an dem edlen Willen, an den väterlichen Absichten, an dem treuen Worthalten seines gütigen Kaisers nicht irre werden. Es wird das Vertrauen zu ihm bewahren und Eure Excellenz werden dieses Vertrauen schützen und pflegen als den Faden, der aus dem dunklen Labyrinthe der Gegenwart glücklich hinausführen wird."

Einer dritten, ebenfalls von Wessenberg contrasignirten Proclamation des Kaisers [1]) lag die gleiche Tendenz wie den beiden früheren zu Grunde. Nachdem es, war darin gesagt, bei dem gestörten Zustande der öffentlichen Ordnung in Wien und bei dem dort bevor-

[1]) Vom 22. October.



stehenden Eintritte militärischer Maßregeln für den Reichsrath unmöglich geworden sei, seine Berathungen daselbst fortzusetzen, habe er alsbald seine Sitzungen zu unterbrechen und sie am 15. November in Kremsier neuerdings aufzunehmen. Dort werde er sich in der Lage befinden, sich ungestört und ununterbrochen seiner großen Aufgabe, der Ausarbeitung einer den Interessen der österreichischen Staaten entsprechenden Verfassung ausschließlich zu widmen.

Für Wessenberg war es ein Trost, daß der Gedanke, der in dem letzten Satze der vorstehenden Proclamation zum Ausdrucke gelangte, wenigstens damals noch der Zustimmung eines Mannes theilhaftig wurde, der sich in jenen Tagen, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Hofes, ebenfalls in Olmütz einfand. Es war dieß Fürst Felix Schwarzenberg, der gleich vom ersten Augenblicke seines Erscheinens daselbst auf die Maßregeln der Regierung nicht allein den entscheidendsten Einfluß ausübte, sondern von dem sie, noch ehe eine hinreichende formelle Berechtigung hiezu vorlag, recht eigentlich ausgingen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Reise, welche Schwarzenberg in den ersten Octobertagen aus Radetzky's Hauptquartier in Mailand nach Wien geführt hatte, nicht ohne Wessenbergs Vorwissen und Zustimmung erfolgt war. Schwarzenbergs Anerbieten, sich persönlich nach Wien zu begeben, war offenbar von Wessenberg dankbar angenommen worden. Außerdem hatte dieser den Feldmarschall Radetzky angelegentlich gebeten, ihn mit seinen Ansichten über die Lage der Dinge in Italien bekannt machen zu wollen, hierauf aber die Antwort erhalten, daß dieß auf schriftlichem Wege unmöglich sei. Radetzky werde jedoch demnächst den Fürsten Schwarzenberg nach Wien senden, der von Allem genaueste Kenntniß besitze, mit seinen Anschauungen vertraut sei und sie daher auch am besten darzulegen im Stande sein werde.[1])

Aus bisher unbekannt gebliebenen Gründen verzögerte sich jedoch Schwarzenbergs Abreise von Mailand so sehr, daß er erst Anfangs October nach Wien kam. Hier erlebte er die Schreckensereignisse des 6., stellte sich dem commandirenden General Grafen Auersperg zur Verfügung und mochte durch seine kaltblütige Entschlossenheit nicht wenig dazu beitragen, daß derselbe nicht noch kopfloser verfuhr als es ohnehin geschah. Nun war er vom Hofe, und zwar noch

[1]) Radetzky an Wessenberg. Mailand, 17. September.

während dessen Reise nach Olmütz, dorthin berufen worden. Sein Erstes war, daß er Wessenbergs Anträge auf Erlassung der vorerwähnten Proclamationen eifrig unterstützte,[1]) woraus wohl mit Zuversicht darauf geschlossen werden kann, daß sie auch seinen Ueberzeugungen entsprachen. Und ein glaubwürdiger Gewährsmann[2]) versichert, Schwarzenberg sei es gewesen, welcher Wessenberg bestimmte, auf seinem Posten als Ministerpräsident zu verbleiben.

Ganz anders als zu Schwarzenberg gestalteten sich Wessenbergs Beziehungen zu Windischgrätz, der soeben zum Feldmarschall und zum Befehlshaber sämmtlicher kaiserlichen Truppen mit Ausnahme der unter Radetzky's Leitung stehenden italienischen Armee ernannt worden war. So sehr auch Wessenberg die Anwendung aller wirklich unvermeidlich gewordenen Gewaltmittel gegen die Aufständischen in Wien billigen mußte, so wenig theilte er doch in den meisten damals in die Wagschale fallenden Punkten die Anschauungen des Fürsten. „Meine Lage dahier," schreibt er hierüber an den Reichsverweser, „an sich schon schwierig, ist durch die Anwesenheit des Fürsten Windischgrätz, der sich mit meinen Ansichten nicht befreunden kann, noch schwieriger geworden, und zwar in der Art, daß ich gestern Seine Majestät ersucht habe, die Bildung eines neuen Ministeriums Jemand Anderem zu übertragen. Man bot hierauf Alles auf, um mich von diesem Entschluß abzubringen, ich habe mich aber nur conditionell zum ferneren Verbleiben für kurze Zeit verpflichtet und ich sehe voraus, daß bei der Divergenz unserer Ansichten ich neben dem Fürsten Windischgrätz unmöglich dem Staate nützlich sein kann. Er schaut zurück und ich schaue vorwärts, wir können uns daher nicht vereinigen. Ich melde dieß Eurer kaiserlichen Hoheit, damit ich später nicht falsch beurtheilt werde." [3])

In gleichem Sinne lauteten denn auch alle ferneren Mittheilungen Wessenbergs an den Erzherzog; einerseits enthielten sie Klagen über die Schwierigkeiten und die Isolirtheit seiner Stellung, und andererseits kam er immer wieder auf seine Meinungsverschiedenheiten mit Windischgrätz zurück. Dem Erzherzog für einen theilnahmsvollen Brief, den er von ihm erhalten und der ihm, wie er sagt, ungemein wohl that, aufs wärmste dankend, fährt er fort: „Ich bedarf sehr der Ermunterung, denn ich erliege beinahe der mir aufgebürdeten Last.

[1]) Wessenberg an Lebzeltern, 16. October.

[2]) Hübner. S. 248.

[3]) Wessenberg an den Erzherzog Johann. Olmütz, 19. October. Nachts.

Ein einziger verantwortlicher Minister in solchen Umständen, wie die gegenwärtigen, ist eine Erscheinung, die vielleicht nie vorgekommen ist. Welche Zeiten, wo Niemand Minister werden will! Ich bitte fußfällig, Herrn von Bruck sobald als möglich hieher zu senden. Von Bach, meiner Hauptstütze, habe ich seit meiner Flucht aus Wien keine Kunde erhalten können. Krauß harrt heldenmüthig in Wien aus, um die Finanzen nicht preiszugeben, und muß sich Alles von der Reichsversammlung gefallen lassen. Diese hat soeben, nemlich am 22. durch einen Beschluß die militärischen Maßregeln des Fürsten Windischgrätz für ungesetzlich erklärt. Ungesetzlich sind sie nicht, es existirt kein Gesetz, welches sie verbietet, indessen hätte Windischgrätz eine freundliche Aufforderung vorausgehen lassen sollen. Er wird uns noch manche Verlegenheiten bereiten, denn er nimmt keinen Rath an. Er widersetzte sich sehr meiner Proclamation vom 19., welche doch unter den gegenwärtigen Umständen unerläßlich war." [1])

Bezeichnend für Wessenbergs maßvolle Gesinnung ist es, daß er, wenngleich ein eifriger Gegner der in Wien herrschenden Revolutionspartei, doch auch mit dem von dem Fürsten Windischgrätz beobachteten Verfahren keineswegs einverstanden war. In seinen so eben citirten Worten, durch die er dem Reichstage Unrecht gab, wenn dieser das Vorgehen des Feldmarschalls für ungesetzlich erklärte, aber gleichwohl hinzufügte, Windischgrätz hätte seiner Proclamation eine freundliche Aufforderung vorhergehen lassen sollen, tritt seine ganze Anschauungsweise offen an den Tag. Sie ist so ziemlich die gleiche mit der, welche sein in Wien zurückgebliebener College, der Finanzminister Philipp von Krauß, dessen standhaftes Ausharren inmitten des Aufruhrs Wessenberg mit Recht ein heldenmüthiges nennt, unverholen aussprach. Und in der That, ein tapfereres Herz, als unter dem Civilrocke dieses schlichten Mannes schlug, kann es auch in den Reihen all der Tausende bewaffneter Kriegsleute nicht gegeben haben, welche jetzt einen von Tag zu Tag enger werdenden Kreis um die in thörichtem Irrwahne befangene Hauptstadt zogen. Täglich, stündlich der drohendsten persönlichen Gefahr ohne irgend welchen Schutz wehrlos preisgegeben und ihr doch gleichmüthig ins Auge blickend, völlig allein gelassen und nur auf sich selbst angewiesen, that dieser Mann seine Pflicht und nichts als sie, ihre Erfüllung als den einzigen Leitstern seines Handelns betrachtend. Mit furchtlosem Freimuth

---

[1]) Wessenberg an den Erzherzog. Olmütz, 24. October.

war er dafür eingetreten, daß man nicht gleich zu Gewaltmaßregeln greifen, sondern ihnen Versöhnungsversuche vorangehen lassen solle. „Es ist eine alte Regel," hatte er am 18. October aus Wien an Wessenberg geschrieben, „daß man dem Feinde goldene Brücken bauen soll. Hier handelt es sich aber nicht einmal um einen wirklichen Feind, sondern um eine Bevölkerung, die in einem tiefen Mißtrauen befangen, noch nicht so weit ist, daß sie nicht durch vernünftige Vorstellungen wieder zur Besinnung und zur richtigen Erkenntniß ihres eigenen Vortheils gebracht werden könnte. Eines wahrhaft väterlich gesinnten Monarchen kann nichts würdiger sein, als Verirrten mit herablassender Güte noch einen Weg zu eröffnen, auf dem sie mit Ehren umkehren können. Eine gerechte Strafe erzeugt bei dem Bestraften keinen Groll, aber eine Demüthigung, welche hätte vermieden werden können, läßt einen Stachel des Unmuthes zurück, den weder die Länge der Zeit noch spätere Versuche der Aussöhnung aus der Wunde ziehen. Ein solcher Groll wirkt, auch wenn seine veranlassende Ursache längst entschwunden ist, noch fort, und trennt die Gemüther selbst nachfolgender Generationen von dem, dessen schönster Ruhm die Liebe seines Volkes ist."

In diesem oder doch in ähnlichem Sinne sind denn auch die vielen rasch aufeinander folgenden Briefe des Freiherrn von Krauß an Wessenberg gehalten. In dem vom 22. October dringt er auf unverzügliche Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums, [1]) und am 23. legt er zwei Schreiben vor, die er an den Fürsten Windischgrätz gerichtet, um ihn zu einem schonenderen Verfahren zu bestimmen. Er beklagt sich, daß er keiner schriftlichen Antwort hierauf gewürdigt, daß seine Stellung hiedurch nur noch unhaltbarer wurde und er sich nur durch die ihm von allen Seiten gemachten Vorstellungen sowie durch die Erkenntniß, daß seine Entfernung aus Wien den übelsten Eindruck auf die Bevölkerung machen müßte, zu noch längerem Ausharren bewogen finde.

So lebhaft Wessenberg auch in seinem Inneren den Anschauungen des Freiherrn von Krauß beipflichten mochte, so ohnmächtig fühlte

[1]) „Die Wiederberufung Bachs halte ich gegenwärtig," schreibt Krauß hierüber, „selbst wenn hier die Ordnung hergestellt wird, nicht für räthlich. Bruck ist mir unbekannt, dürfte aber nach Allem, was ich über ihn hörte, zu einem volksthümlichen Ministerium im hiesigen Sinne schwerlich passen. Mayer wäre, wenn er annimmt, für das Ministerium des Innern in Absicht auf Gewandtheit eine gute Wahl."

er sich doch, denselben unter den einmal obwaltenden Umständen Geltung zu verschaffen. In dem peinlichen Gefühle, das er hierüber empfand, mag es ihn angenehm berührt haben, als er in jenen Tagen endlich auch von seiner „Hauptstütze," dem bisherigen Justizminister Bach, von dem er seit ihrer gemeinschaftlichen Malzeit am Todestage Latours kein Wort mehr vernommen, ein Schreiben empfing. Noch am 6. October mit Anbruch der Nacht aus Wien spurlos verschwunden, hatte Bach nach Steiermark zu entkommen vermocht, von wo er sich durch das Salzkammergut nach Salzburg begab. Aus der „Umgebung" dieser Stadt schrieb er nun ausführlich an Wessenberg [1]) und gab ihm zunächst seine Freude über dessen Anwesenheit in der Nähe des Kaisers zu erkennen. „Zu wahrhafter Befriedigung gereichte es mir," sagt er hierüber, „zu erfahren, daß Eure Excellenz die Bildung des neuen Ministeriums übernommen haben und Seiner Majestät mit Ihrem bewährten Rathe zur Seite stehen. Ich sage mit Befriedigung, denn abgesehen davon, daß das Verbleiben Eurer Excellenz die vollständigste thatsächliche Ehrenrettung für die politischen Grundsätze des früheren Cabinetes ist, gibt mir dieß zugleich die Gewißheit, daß die schweren Verwicklungen, in welche Oesterreich wahrlich nicht durch unsere Schuld eingetreten ist, unter Ihrer Leitung nicht allein durch die Schärfe des Schwertes, sondern so weit es nur immer möglich, im Geiste der Versöhnung, des Friedens und der Freiheit ihre Lösung finden werden. Kann ich bei diesem für die Zukunft meines Vaterlandes so bedeutungsvollen Werke im Einklang mit den von Eurer Excellenz stets bekannten Grundsätzen in irgend einer Weise nützlich werden, so stelle ich meine Dienste im vollsten Umfange zur Verfügung."

Wir kennen den Inhalt der Antwort nicht, welche Wessenberg auf dieses Schreiben Bachs unter dem von demselben gewählten Pseudonym „August Wagner" höchst wahrscheinlicher Weise an ihn abgehen ließ. Aber es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß er ihn aufgefordert haben wird, sich in Olmütz einzufinden, wo er denn auch am 5. November erschien [2]) und nach nicht allzulanger Frist in dem neugebildeten Ministerium einen hervorragenden Platz fand.

---

[1]) Umgebung von Salzburg, 21. October.

[2]) Isfordink an Lebzeltern. Olmütz, 5. November.

XVI.

Rücktritt vom Ministerium.

Wenn von den Angelegenheiten die Rede ist, mit denen sich Wessenberg während der Zeit zu beschäftigen hatte, in der vor den Mauern Wiens um den Besitz dieser Hauptstadt gekämpft wurde, so kann die von Schmerling veranlaßte, von dem Reichsverweser gutgeheißene Sendung des Abgeordneten Welcker und des Obersten Mosle als Reichscommissäre nach Oesterreich nicht unerwähnt bleiben. Als Schmerling diese Verfügung traf, täuschte er sich wohl nicht einen Augenblick über die voraussichtliche Erfolglosigkeit derselben und darüber, daß der nun einmal ausgebrochene Kampf in Oesterreich selbst ausgefochten werden müsse. Aber der deutschen Nationalversammlung gegenüber, deren Linke seit dem Eintreffen der ersten Nachrichten über den Aufstand in Wien kaum mehr zu bändigen war, mußte irgend etwas geschehen, um die provisorische Centralgewalt in dieser einen großen Theil Deutschlands so nahe berührenden Angelegenheit nicht ganz unthätig erscheinen zu lassen. Daß Schmerling mit seinen Sympathien nicht auf Seite der Aufständischen stand, hatte er durch die Haltung, die er ähnlichen Ereignissen in Frankfurt gegenüber eingenommen, sattsam dargethan. Dem entsprach denn auch die von ihm getroffene Wahl der nach Oesterreich abzusendenden Reichscommissäre. Der Eine, der bekannte Staatsrechtslehrer Welcker, allerdings eine etwas heißblütige Natur, war als eine in nicht geringem Ansehen stehende Persönlichkeit und als ein hervorragendes Mitglied des rechten Centrums der Nationalversammlung gewiß nicht ungeeignet zu der ihm übertragenen Mission. Und in noch höherem Grade besaß die hiezu erforderlichen Eigenschaften der oldenburgische Oberst Mosle, der als ein ruhiger, besonnener Mann und als tüchtiger Militär sich kaum darüber täuschte, daß

derjenige, dem die Unterwerfung der aufständischen Stadt oblag, in seine zu diesem Ende zu treffenden Maßregeln keine Einmengung von Außen her zulassen werde.

Wessenberg war schon durch die erste Nachricht von der Absendung von Reichscommissären nach Oesterreich peinlich berührt worden. Denn so sehr man auch hier, heißt es in einem seiner amtlichen Schreiben aus der damaligen Zeit, die Theilnahme der Centralgewalt an den Wiener Ereignissen zu würdigen wisse, so sei doch die Form befremdend, in der sie sich kundgebe, und sie könne, da sie die völlige Unterordnung Oesterreichs unter ein erst in der Bildung begriffenes deutsches Reich voraussetze, die schon vorhandenen Schwierigkeiten eher vermehren als sie vermindern. Die Unausführbarkeit des Gedankens, den Reichscommissären irgend eine executive Gewalt in Oesterreich zuzugestehen, liege zu klar am Tage, als daß nicht ihrer Absendung wenigstens eine vorläufige Anfrage hätte vorhergehen sollen. Dennoch werde man sie mit der ihnen gebührenden Achtung empfangen, sich aber darauf beschränken, sie in die Kenntniß der Sachlage und der in Gemäßheit derselben getroffenen Maßregeln zu setzen. Denn zuversichtlich hoffe man darauf, der aufständischen Bewegung, welche ja bloß Wien ergriffen habe und deren Ausdehnung auf andere Theile der Monarchie man kaum zu besorgen brauche, mit den eigenen Kräften Herr werden zu können. Darum würde auch ein längeres Verweilen der Reichscommissäre in Olmütz ebensowenig wünschenswerth, als ein etwaiger Versuch derselben, sich mit dem Reichstage in Wien, dem ja keinerlei Executivgewalt zustehe, in Verbindung zu setzen, zulässig sein. [1])

An diesem letzteren Gedanken festhaltend, war Wessenberg durch die Nachricht, die Reichscommissäre hätten zuerst nicht die Richtung nach Olmütz, sondern die nach Wien eingeschlagen, nicht wenig beunruhigt. [2]) Auch daß sie, und zwar noch von Passau aus, im Namen des deutschen Reichsverwesers eine förmliche Proclamation an die Völker Oesterreichs erließen, mochte ihn nicht angenehm berühren. Aber der Wortlaut dieser Kundgebung, in der sie ihre Mission als eine des Friedens und der Versöhnung bezeichneten, die schwungvollen Worte, in

---

[1]) Wessenberg an Herrn von Bruck, österreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt. Olmütz, 19. October. Von Wessenberg eigenhändig geschriebenes Concept.

[2]) An den Erzherzog. 19. October.

denen sie Oesterreichs und seines „ruhmvollen Kaiserhauses“ gedachten, der Umstand endlich, daß, nachdem sie in dem Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz zu Stammersdorf einen recht frostigen Empfang gefunden, keinen Versuch machten, nach Wien zu gelangen, sondern sich direct nach Olmütz wandten, konnten nicht anders als ihnen Wessenbergs Sympathien gewinnen. „Hier wurden die Reichscommissarien,“ schrieb er am 24. October an den Erzherzog, „bei Hofe sehr freundlich empfangen, wenngleich man von ihrer Hilfeleistung keinen Gebrauch zu machen Lust hat; sie wurden heute zur Tafel gezogen, Erzherzogin Sophie unterhielt sich nach Tisch eine halbe Stunde mit ihnen. Ich muß ihnen das Lob geben, daß ihr Auftreten sehr bescheiden und anständig ist. Indessen wünsche ich doch, daß ihr Aufenthalt sich nicht verlängere, er würde nur Verlegenheiten bereiten. Ich denke, sie werden die Rückkehr antreten, sobald sie die Unterwerfung Wiens vernehmen.“

Dieses Ereigniß ließ jedoch länger auf sich warten, als man Anfangs geglaubt hatte. An dem endlichen Resultate der Unternehmung gegen die Aufständischen in Wien hatte Wessenberg keinen Augenblick gezweifelt. Also nicht darüber machte er sich Sorgen, jedoch wohl über das, was nach der Einnahme der Stadt geschehen werde. „Die Entwaffnung,“ schrieb er an den Erzherzog, [1]) „wird keine leichte Sache sein. Die Zeitungsschreiber und Plakatendrucker werden nebst den Herren Blum, Fröbel, Hartmann und Consorten wohl schon Reißaus genommen haben. Pillersdorff hat sich mit einer Reichstagsdeputation hieher begeben, um die Maßregeln gegen Wien als ungesetzlich zu erklären, und er hat sich durch seine langen Redensarten lächerlich gemacht. Er und sein Begleiter Potocki wollten mir Angst machen und kamen dreimal zu mir, in der Hoffnung, mich stutzig zu machen. Ich habe ihnen aber den Text gelesen, wofür sie sich mit neuen Beschimpfungen in Wien rächen wollen. Pillersdorff ist mir ein Räthsel.“

„Was mir aber kein Räthsel ist, mein gnädiger Gönner, ist, daß meine Stellung dahier ferner unhaltbar geworden, weßhalb ich Seine Majestät bat, Jemand Anderen mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen; auch hat meine Gesundheit gelitten. Ich habe das Bewußtsein, das Meinige gethan zu haben. Die Kaiserin

---

[1]) Olmütz, 29. October.

bietet Alles auf, um mich zu halten, allein ich habe ihr, die ich gewiß hochschätze, wiederholt erklärt, daß ich die Ueberzeugung meiner Unzulänglichkeit habe; Andere werden froh sein, mich los zu werden. Ob ein Anderer glücklicher sein wird als ich, steht dahin; ich wünsche es sehnlichst zum Besten des Staates. Meine ferneren Rathschläge sicherte ich der Kaiserin zu."

„Ich kann Eure kaiserliche Hoheit versichern," mit diesen Worten schließt Wessenberg seinen Brief an den Erzherzog, „daß ich in letzter Zeit viel ausgestanden habe und jetzt so zu sagen ganz erschöpft bin. An Muth hat es mir nicht gefehlt, das werden Alle bezeugen, die mir nahe standen, wohl aber an Einfluß, an Gehör. Es gibt noch viele brave, wackere Oesterreicher; wenn man sie nur zu behandeln verstände, so wäre noch etwas Tüchtiges aus ihnen zu machen."

Gewiß hatte Wessenberg Recht mit der Behauptung, daß es noch viele brave und wackere Oesterreicher gebe, aber nirgends waren deren bessere zu finden als in dem Heerlager Radetzky's zu Mailand. Seit seiner letzten etwas drastischen Kundgebung des Verdrusses über die ihm aufgetragene Publication des kaiserlichen Manifestes und der durch dasselbe erlassenen Amnestie war es für eine Weile stiller geworden von dorther. Am 27. October aber erschien im Auftrage des Feldmarschalls der Oberst Graf Philipp Stadion mit einer Mission an den Kaiser in Olmütz. Eindringlich sollte er die für Oesterreich täglich schlechter werdende Lage der Verhältnisse in Italien und die Nothwendigkeit schildern, daselbst baldigst zum Frieden zu gelangen. Schon am folgenden Tage gingen ein Handschreiben des Kaisers an Radetzky, eine Proclamation an die Armee und ein Rescript Wessenbergs an den Feldmarschall ab, in welchen ihm der feste Entschluß der Regierung mitgetheilt wurde, Alles nur immer Mögliche zu thun, um seine Erwartungen zu erfüllen und ihm seine schwere Aufgabe zu erleichtern. Seinem Wunsche, den auf Italien bezüglichen Friedensverhandlungen einen energischen Impuls zu geben, ständen jedoch leider schwer zu besiegende Hindernisse entgegen. England spiele ohne Zweifel ein falsches Spiel, indem es wahrscheinlich im Einverständnisse mit dem Könige von Sardinien und der italienischen Revolutionspartei dem wirklichen Beginne der Friedensverhandlungen stets neue Hindernisse bereite. Durch die bedauerlichen Folgen der schrecklichen Ereignisse des 6. October seien sogar die Besprechungen von Cabinet zu Cabinet ins Stocken gerathen, doch

werde die kaiserliche Regierung Alles aufbieten, deren baldige Wiederaufnahme zu erwirken. In dieser bedrängten Lage ruhe das ganze und unbegrenzte Vertrauen des Kaisers, so endigt Wessenbergs Schreiben,[1]) auf Radetzky, seinem Muthe, seiner Standhaftigkeit. Seinem Einflusse auf die tapfere österreichische Armee in Italien werde es gelingen, die dem Kaiserstaate wiedereroberten Provinzen auch noch fernerhin für denselben zu behaupten.

In hohem Grade zeigte sich Radetzky empfänglich für den ihm so schmeichelhaften Inhalt dieses Schreibens, und er beantwortete es umgehend mit folgendem ganz von seiner eigenen Hand geschriebenen Briefe an Wessenberg:[2])

„Mein gnädiger Herr!

Empfangen Sie, mein Hochverehrter, meinen innigen Dank für die so gütige als unumwundene Darstellung der Sachlage, mit der Sie mich klarsehend und hoffend für die Zukunft trösten."

„Was sich hier mittlerweile ergeben, entnehmen Sie aus den officiellen Berichten. Wir sind hier sehr zähe und bauen auf die Truppen, sind daher dort, wo es nöthig wird, zur Austheilung von Ohrfeigen stets bereit, ruhig der Zukunft entgegen gehend."

„Ihre Lage mir genau vorstellend, wünschte ich nur Gesundheit und Geduld. Alles was zur Armee gehört, vertraut auf Sie, und vertrauen Sie auch auf uns und besonders auf den, der so von ganzer Seele ist

Ihr Verehrer Radetzky."

Glücklich hätte sich Wessenberg gepriesen, wenn sich auch seine Beziehungen zu Windischgrätz so günstig gestaltet haben würden, als dieß mit denen zu Radetzky der Fall war. Aber wie bereits angedeutet worden, hatten sich schon von ihrem ersten Zusammentreffen in Prag an vielfache Meinungsverschiedenheiten, und zwar so ernster Natur zwischen ihnen ergeben, daß Wessenberg hauptsächlich durch sie zu seinen wiederholten Rücktrittsbegehren vermocht wurde. In einen ernstlichen Conflict waren jedoch die beiden Männer ziemlich lange Zeit hindurch nicht gerathen; auf der einen wie auf der anderen Seite schien das Bestreben vorherrschend zu sein, einen solchen zu

[1]) Wessenberg an Radetzky. Olmütz, 28. October. Von Hübner concipirt, von Schwarzenberg durchgesehen und von Wessenberg unterzeichnet.

[2]) Mailand, 31. October.

vermeiden, und auch während der Unternehmungen des Fürsten, welche die Unterwerfung Wiens bezweckten, bewegte seine lebhafte Correspondenz mit Wessenberg sich ausschließlich in verbindlichen Formen. Aber an dem Tage vor der Einnahme Wiens trug ein Vorfall sich zu, durch den sich der Feldmarschall empfindlich verletzt fühlte.

Gegen den von Wessenberg contrasignirten Erlaß des Kaisers an den in Wien versammelten Reichstag, durch welchen demselben aufgetragen wurde, seine Sitzungen abzubrechen und sie erst am 15. November in Kremsier wieder aufzunehmen, war im Reichsrathe selbst lebhafte Einsprache erhoben worden. Eine Deputation, an deren Spitze Pillersdorff stand, wurde gewählt, um die Gegenvorstellungen des Reichsrathes nach Olmütz zu überbringen. Dort blieb man zwar bei dem einmal gefaßten Beschlusse, aber man hielt es doch, um die allgemeine Aufregung nicht noch zu steigern, für zweckmäßig, ein Wort der Beruhigung zu sprechen. In die Form eines Handschreibens des Kaisers an den während des Aufstandes in Wien zurückgebliebenen Finanzminister Freiherrn von Krauß wurde er gekleidet. Dieser hatte die Deputation des Reichstages nach Olmütz begleitet und dort, ein echter Repräsentant unerschrockenen Bürgermuthes, mit all der Ueberzeugungstreue, von der er in jenen drangvollen Tagen so glänzende Beweise gegeben, die Nachtheile geschildert, welche die Wegverlegung des Reichstages von Wien für die Centralverwaltung nach sich ziehen müsse.

Sowohl „der bewährte menschenfreundliche Sinn" als „die seltene und aufopfernde Stellung des Ministers Krauß mitten im Heerde der Insurrection" forderten, wie Wessenberg in einer an den Kaiser gerichteten Vorstellung sich ausdrückte, wenigstens insofern eine Berücksichtigung des von Krauß herrührenden Antrages, als man ihm doch mindestens eine „mit den Gefühlen des Wohlwollens und der Gnade" des Monarchen übereinstimmende Antwort ertheilen solle.[1]) In diesem Sinne wurde am 28. October ein kaiserliches Handschreiben an Krauß erlassen, aus welchem in der Sitzung des Reichstages vom 30. die bezeichnendste Stelle zur Verlesung kam. Sie lautete:

„Die zeitweilige Verlegung des Reichstages nach Kremsier habe Ich in der besten Absicht beschlossen, und Ich wünsche, daß die

---

[1]) Wessenberg an den Kaiser. Olmütz, 28. October.

Rückkehr vollkommener Ordnung in Meiner Hauptstadt Wien bald gestatte, daß derselbe wieder in ihrer Mitte seine Berathungen fortsetzen könne."

Dieser Satz war es nun, der den heftigen Unmuth des Fürsten Windischgrätz erregte. Er sei durch denselben, schrieb er an Wessenberg,[1]) höchst unangenehm berührt worden und müsse im vorhinein gegen jede ähnliche Störung seiner ihm vom Kaiser aufgetragenen Amtshandlung feierlich protestiren. Durch solche Schritte würde seine Thätigkeit auf eine Weise gelähmt werden, welche seinen Rücktritt nothwendig zur Folge haben müßte. Bei seinem Aufenthalte in Olmütz sei ihm ausdrücklich zugesagt worden, er werde von allen in Bezug auf Wien von Seite des Ministeriums getroffenen Verfügungen alsbald in Kenntniß gesetzt werden. Demungeachtet habe er erst durch die öffentlichen Blätter den Inhalt jenes Erlasses erfahren, der zudem in einen Zeitpunkt falle, in welchem die ihm vom Kaiser auf constitutionellem Wege aufgetragene Amtshandlung vom Reichstage „als ungesetzlich und unmenschlich" erklärt und er hiedurch genöthigt worden sei, den Aufstand nach wiederholten fruchtlosen Aufforderungen mit Gewalt der Waffen zu bekämpfen.

„Und dieser Aufstand," fährt Windischgrätz fort, „war zum Theil von dem bis in die letzten Tage in beschlußfähiger Anzahl versammelten Reichstage hervorgerufen, jedenfalls von ihm unterstützt, und vorzüglich durch seine Beschlüsse wurden die Insurgenten im hartnäckigsten Widerstande gegen die gesetzliche Autorität erhalten. Ich frage nun, ob dieß, abgesehen von der mir ertheilten Zusicherung, der Augenblick war, S. Maj. den Kaiser diesem Reichstage gegenüber eine so milde Sprache führen zu lassen?"

Er sehe sich daher in dem Falle, mit diesen Worten endigt Windischgrätz sein Schreiben an Wessenberg, denselben wiederholt und dringend zu ersuchen, ihn in der ihm aufgetragenen, von ihm im Gefühle der Pflicht und im Vertrauen auf die göttliche Vorsehung übernommenen schweren Aufgabe in keiner Weise zu beirren. Auch glaube er bei dieser Gelegenheit neuerlich seine innige Ueberzeugung aussprechen zu müssen, daß eine Vereinbarung der Krone mit einem Reichstage, der sich durch seine Beschlüsse mit dem letzten „monströsen" Wiener Aufstande solidarisch verband, zu den Unmöglichkeiten gehöre,

[1]) Wien, 5. November.

und daß durch einen solchen Versuch nur neue große Verlegenheiten herbeigeführt werden würden.

Wohl wird man die erbitterte Stimmung des Fürsten Windischgrätz gegen den in Wien versammelten Reichstag, seine Anklagen gegen ihn und den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß sich von einer Vereinbarung der Krone mit demselben nichts Gutes vorhersehen lasse, sich unschwer erklären können. Ob jedoch gerade der Anlaß, daß inmitten des Reichsrathes, ohne den ihm gegenüber einmal eingenommenen Standpunkt irgendwie zu verlassen, einige von der Krone ausgehende, auf eine zukünftige Versöhnung hindeutende mildere Worte ausgesprochen wurden, hinreichend war, um den Feldmarschall zu einem so feierlichen Proteste und zur Androhung seines Rücktrittes zu nöthigen, wird wohl bezweifelt werden dürfen. Ernst und würdig war denn auch die Antwort, welche Wessenberg dem Fürsten ertheilte. Er schilderte ihm vorerst die Entstehung des kaiserlichen Handschreibens, aus welchem ein Absatz in der Sitzung des Reichstages vorgelesen worden war. Nicht an diesen, der sich seit dem betreffenden Vertagungsdecrete nicht mehr in legaler Wirksamkeit befinde, sondern an den Finanzminister Krauß sei es, und zwar in gerechter Würdigung seiner bewundernswerthen Selbstaufopferung gerichtet worden. Die Besorgnisse des Feldmarschalls, daß mit diesem Reichstage eine Vereinbarung der Krone unerreichbar sein werde, hätten derselben nicht vorgeschwebt, als sie statt einer Auflösung des Reichstages, welche neue Wahlen nothwendig gemacht hätte, dessen Verlegung nach Kremsier beschloß. Gegründete Aussicht sei vorhanden, daß sich dort die Reihen der Gutgesinnten ausgiebig vermehren, das Recht und die Wahrheit leichter Bahn brechen würden. Aus dieser Aufklärung werde der Feldmarschall die Ueberzeugung schöpfen können, daß sich das Ministerium von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht ablenken und sich keineswegs beikommen lassen werde, ihn bei der Durchführung der ihm übertragenen großen Aufgabe zu durchkreuzen.[1])

Wirklich war dieß auch in gar keiner Weise geschehen und Windischgrätz konnte dieselbe ganz in der von ihm beabsichtigten Weise vollenden. Daß diese nicht von Allen vollständig gebilligt wurde, welche gleichwohl keineswegs mit der Revolutionspartei sympathisirten, geht auch

---

[1]) Wessenberg an Windischgrätz. Undatirt. Wahrscheinlich 6. oder 7. November.

aus den Worten hervor, die Krauß schon am Tage nach der Einnahme der Stadt an Wessenberg schrieb.[1]) Sie lauten:

„Nach dem geringen Widerstande, den die innere Stadt ungeachtet der ihr auferlegten Demüthigung leistete, zu urtheilen, drängt sich die Ueberzeugung auf, daß das hier angerichtete Unheil hätte vermieden werden können, wenn, wie ich mir erlaubt hatte vorzuschlagen, die gelinderen Mittel vor den scharfen wären versucht worden, und wenn man statt nach der Bestrafung vieler Schuldiger, deren Zahl doch zu groß ist, um gegen Alle streng sein zu können, zu trachten, ihnen vielmehr von allem Anfang an das Entrinnen möglichst erleichtert haben würde."

Was Wessenberg anging, so wurde dessen aufklärende Antwort, wie es scheint, von dem Fürsten Windischgrätz unerwiedert gelassen, und damit kehrte ihre von nun an immer spärlicher werdende Correspondenz in das frühere Geleise zurück. Dennoch scheint dieser Vorfall mit Windischgrätz nicht ohne tiefen Eindruck auf Wessenberg geblieben zu sein, und nachdem er noch am 4. November an Radetzky geschrieben hatte, schon in der nächsten Zeit werde unter seinem Vorsitze ein neues Ministerium zusammentreten, enthielt der Brief, den er drei Tage später an den Erzherzog Johann richtete, gerade die entgegengesetzte Mittheilung. Verschiedene wichtige Gründe, erklärte er jetzt, unter denen leider seine in Folge der letzten Ereignisse völlig zerrüttete Gesundheit nicht der mindest zwingende sei, hätten ihn bewogen, sich dem Auftrage, ein neues Ministerium zu bilden, nicht zu unterziehen. „Die Sachen haben sich hier," sagt er in dieser Hinsicht, „so gestaltet, daß mein Verbleiben in den Geschäften ein wahres und vielleicht ganz unnütziges Martyrium sein würde. Man hat mich für eine gewisse Zeit als eine Nothwendigkeit betrachtet, man hofft und wähnt jetzt wieder andere Ideen geltend machen zu können. Ich habe den Fehler, rein constitutionell zu sein und bleiben zu wollen, weil wir einmal in diese Bahn durch die Macht der Zeit geworfen wurden und mir kein anderer Weg möglich scheint, die mir theure Monarchie zu retten. Fürst Felix Schwarzenberg ist nun berufen, ein Ministerium zusammenzusetzen; ob es ihm gelingen wird, steht dahin. Ich thue pflichtgemäß mein Möglichstes, um sein Geschäft zu erleichtern. Ich suche Männer wie Alexander Bach (der fähigste von

---

[1]) Wien, 1. November.

Allen), Bruck, Breda u. s. w. zu bereden, Theil daran zu nehmen, dem Vaterland zulieb, und als vorzüglich geeignet, durch die Superiorität ihrer Intelligenz sowohl als durch ihre Popularität mit den allein seligmachenden Ideen, über welche ich mit ihnen einverstanden bin, durchzudringen. Fürst Schwarzenberg wird sich vielleicht bei Hof mehr geltend machen können als ich in letzterer Zeit, wenngleich ich diesem, zumal in den verhängnißvollen Tagen seit dem 6. October unzweifelhafte Beweise meiner Hingebung und Ergebenheit geliefert zu haben mir bewußt bin. Ich habe seit der Ankunft des Hofes dahier Alles allein besorgen müssen uud herbe Erfahrungen gemacht. Auch bin ich ganz erschöpft und entkräftet, ich bin physisch unmöglich geworden und seit acht Tagen förmlich krank."

„Auch ist," fährt Wessenberg in diesem Briefe fort, eine Nebenmacht entstanden, welche meine Stellung sehr erschwert, diese Macht heißt: Fürst Windischgrätz. Diesem sind Constitution und verantwortliche Minister, überhaupt ein regierender Ministerrath ein Greuel. Der Conflict zwischen Militär- und Civilmacht ist immer ein unglücklicher, zumal aber zu einer Zeit, wo es sich um Neuorganisirung des Staates handelt."

Aber nicht allein in den Fragen, welche sich auf die letztere bezogen, war Wessenberg mit Windischgrätz und bald auch mit Schwarzenberg verschiedener Meinung; in sehr vielen anderen und ungemein wichtigen Punkten war dieß nicht minder der Fall. Lebhaft mißbilligte Wessenberg die von Schwarzenberg veranlaßte Hinrichtung Robert Blums, und eifrig verwendete er sich für die Begnadigung Messenhausers, des letzten Commandanten der Nationalgarde von Wien; untröstlich zeigte er sich über den Mißerfolg seiner Bestrebung.[1]) Und das ganze Verfahren, welches nach der Einnahme der Stadt Wien von Seite der Militärbehörden beobachtet wurde, war durchaus nicht nach seinem Sinne. Hatte er doch schon einen Tag, nachdem ihm dieses Ereigniß bekannt geworden, statt sich darüber in Frohlocken zu ergehen, die Worte niedergeschrieben: „Die strengen Maßregeln dürfen nicht zu lange Zeit dauern, sonst verlieren sie ihren Werth und machen umsonst gehässig."

Der Gegensatz, in welchen Wessenberg nunmehr auch in allmälig sich steigerndem Maße zu dem ihm anfänglich so wohlwollenden

[1]) Isfordink. Wessenbergs Briefe. I. S. 220.

Fürsten Schwarzenberg gerieth, machte sich ganz besonders in den Angelegenheiten fühlbar, welche zu dem Geschäftskreise der von Wessenberg wenigstens dem Namen nach noch immer verwalteten auswärtigen Angelegenheiten gehörten. Fast unmerklich waren die letzteren aus Wessenbergs Hand in diejenige Schwarzenbergs hinübergeglitten; nach den Ideen und Angaben des Fürsten wurden die Rescripte an die Vertreter Oesterreichs im Auslande entworfen, aber zu ihrer wirklichen Ausfertigung war Wessenbergs Unterschrift ganz unerläßlich. „Es gibt nichts Peinlicheres für mich," schrieb Hübner um jene Zeit in sein Tagebuch, „als jeden Morgen, wenn ich Wessenberg meine Concepte zur Billigung vorlege — eine reine Formsache — Zeuge seiner Anfälle von Zorn und Verzweiflung zu sein. Zerstören zu sehen, was man geschaffen hat oder schaffen wollte, ist bereits hart genug, aber den Act der Zerstörung mit der eigenen Unterschrift zu bestätigen, übersteigt das Maß des Erträglichen. Der Kaiser hat ihn darum als um eine Gunst gebeten. Der alte Diener gehorcht und wird, ein Act seltener und bewunderungswürdiger Selbstverleugnung, sein Portefeuille behalten, bis man es ihm abverlangt".[1])

Aber so vollständig willenlos, wie Hübner ihn darstellt, verhielt sich Wessenberg doch nicht. Wir haben gesehen, wie oft und wie nachdrücklich er den Kaiser um seine Entlassung bat, und wie sehr er an dem Gedanken festhielt, auf derselben zu bestehen, wenn nur einmal das Aergste vorüber sein werde. Durch das, was nach der Einnahme Wiens geschah, konnte er in diesem Vorsatze nur bestärkt werden. Wer die Verhandlung liest, welche zwischen den beiden Schwägern Windischgrätz und Schwarzenberg über die Hinrichtung Blums gepflogen wurde,[2]) wird sich davon überzeugen, in welch hohem Grade Wessenberg bereits bei Seite geschoben war; denn sein Name, der des Ministerpräsidenten und Ministers des Aeußern wird dabei gar nicht genannt. Auch er gab sich darüber nicht der geringsten Täuschung hin, und da er überdieß der Unzulänglichkeit seiner körperlichen Kräfte, die Pflichten seines schweren Amtes auch noch fortan zu erfüllen, sich vollkommen bewußt war, so wurde er keinen Augenblick in dem Vorsatze wankend, dasselbe so bald als nur immer möglich niederzulegen. Er berichtet daher auch wie ein gänzlich Unbe-

[1]) Hübner. 247.

[2]) Hübner. 288.

theiligter über die Bemühungen, ein neues Ministerium zu Stande zu bringen. So schreibt er am 8. November an Lebzeltern: „Graf Stadion hat gestern das Ministerium des Innern nach langem Zaudern angenommen. Bach und ich sind, wie die Sachen stehen, für das neue Ministerium unmöglich geworden; Graf Breda hat ausgeschlagen. Indessen drängt die Zeit, ohne Ministerium kann der Reichstag nicht wieder in Thätigkeit kommen; wahrscheinlich wird er wenigstens bis zum 24. vertagt werden müssen."

Obgleich auch Isfordink diese Mittheilung mit dem Zusatze bestätigte, außer Breda habe auch Bach den Eintritt in das Ministerium abgelehnt, so konnte doch noch einige Zeit hindurch gar nichts als wirklich feststehend angesehen werden. Noch am 13. November schreibt Wessenberg, daß man mit der Bildung des neuen Ministeriums noch immer nicht ins Reine gekommen sei, namentlich habe man sich nicht über die Person eines Justizministers zu einigen vermocht. „Ich bin," sagt er hierüber, „der ganzen Combination ferngeblieben, weil ihr Programm mir nicht deutlich war und auch jetzt noch nicht vollkommen klar ist. Bei Hof ist man seit einiger Zeit sehr zurückhaltend und ich fühle, daß man mich missen kann, was ja auch vielleicht ganz wahr ist. In meinem Alter ist man höchstens eine traurige Nothwendigkeit."[1])

Von dieser Anschauung werden denn auch alle ferneren Mittheilungen Wessenbergs beherrscht. Lebhaft klagt er darüber, daß sämmtliche für die Expedition nach Ungarn bestimmte Proclamationen ohne sein Vorwissen verfaßt und gedruckt worden seien. „Nach rechts und nach links ergehen," sagt er, „Befehle, von denen ich nichts weiß. Auf diese Art ist ein verantwortlicher Minister eine Unmöglichkeit."

„Die Niederkunft des neuen Ministeriums," heißt es weiter in diesem Briefe, „ist noch nicht vollendet. Die Herren, welche solches bilden sollen, lassen sich kaum bei mir sehen und sie haben mir ihr Programm, wenn sie eines besitzen, nicht bekannt gemacht. Die Sachen stehen so, daß meine Theilnahme an demselben eine Unmöglichkeit geworden; mittlerweile aber schiebt man mir noch so viele Arbeiten zu, die in meinen Wirkungskreis gar nicht gehören, daß ich zwölf Hände und nicht viel weniger Köpfe nöthig hätte, um auszureichen; und da ich nicht in Allem nachgebe, komme ich in mancherlei Con-

[1]) An Lebzeltern. Olmütz, 13. November.

flicte. Man scheint mich abnützen zu wollen, welches auch zum Theil, jedoch noch nicht ganz, wie ich hoffe, in Beziehung auf die öffentliche Meinung gelingt. Uebrigens drängen sich die Geschäfte so, daß dieser interimistische Zustand in wenigen Tagen aufhören muß, wenn nicht eine allgemeine Stockung eintreten soll. Die fünf Wochen, die ich hier zubrachte, waren wohl die schwierigsten meines Lebens."

Als Nachschrift zu diesem Briefe fügte Wessenberg die Liste des neuen Ministeriums bei, welche denn auch dessen bald darauf eingetretener definitiver Zusammensetzung vollständig entsprach. Nur das ist daran zu bemerken, daß damals dem Fürsten Schwarzenberg zwar das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten, aber noch nicht der Vorsitz im Ministerrathe zugewiesen, die Ernennung Bachs zum Justizminister aber als die einzige bloß provisorische erwähnt wurde. Bis auf den letzten Augenblick hielt man also, wie es scheint, wenigstens von einer Seite an dem Gedanken fest, Wessenberg den Vorsitz im Ministerium zu belassen, aber schließlich wurde auch dieser dem Erben seines speciellen Portefeuille's, dem Fürsten Schwarzenberg übertragen.

Am 18. November meldet Wessenberg dieß dem Freiherrn von Lebzeltern als eine vollendete Thatsache. „Ich empfehle schriftlich," sagt er bei diesem Anlasse, „meinem Nachfolger meine lieben Getreuen in der Staatskanzlei, mache aufmerksam auf die Gefahren schneller Veränderungen und auf die Nothwendigkeit alterfahrener Rathgeber und Gehilfen sowie auf die billige Berücksichtigung lang geleisteter Dienste."

Zu aufrichtiger Betrübniß gereichte es Wessenberg, daß seine warme Verwendung, bei der er keinen Anderen so sehr als gerade Lebzeltern ins Auge gefaßt hatte, von Seite seines Nachfolgers im Amte unberücksichtigt blieb. Noch ehe dieselbe an ihn gelangt war, hatte Schwarzenberg dem Freiherrn von Lebzeltern recht deutlich zu verstehen gegeben, daß für ihn kein längeres Verbleiben in der Staatskanzlei mehr sei. Und als ihm die Mittheilung Wessenbergs über die Anempfehlung zukam, die derselbe an Schwarzenberg gerichtet, antwortete ihm Lebzeltern gerührten Herzens, er habe keinen Augenblick daran gezweifelt, daß ihn Wessenberg zu seinen „lieben Getreuen" in der Staatskanzlei zähle. Es seien ihm jedoch zu viele und zu deutliche Fingerzeige gegeben worden, man bedürfe dort seiner nicht mehr, daß er hierin hinreichende Veranlassung gefunden habe, um seine Pensionirung zu bitten. Seit sechs und vierzig Jahren

stehe er fast ohne Unterbrechung durch Urlaub oder Krankheit in activer Dienstleistung, etwas Ruhe werde ihm daher für seine letzten Tage wohlthun. Er glaube auch, es verdient zu haben, daß man ihm wenigstens einigen Lebensunterhalt belasse, wenn er auch wisse, daß er niemals so Wichtiges geleistet habe, wie Wessenberg dieß mit voller Beruhigung von sich zu sagen im Stande sei und es auch von Jedermann mit Recht anerkannt werden müsse.[1])

Wer nur irgendwie zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird unschwer herausfinden, wie sehr sich Lebzeltern, dieses Muster von Selbstaufopferung und Pflichttreue, durch die ihm auferlegte Nöthigung verletzt fühlte, aus einem Amte zu scheiden, in welchem er sich durch so lange Zeit befunden und die ihm obliegenden Aufgaben in so tadelloser Weise erfüllt hatte. Unendlich viel leichter fand sich Wessenberg in sein Schicksal, denn er selbst war über die Unhaltbarkeit seiner Stellung lang schon im Klaren. Nach Hübners Zeugniß war er entzückt, daß endlich sein Entlassungsgesuch angenommen wurde, und er verließ, wie wenigstens dieser Gewährsmann versichert, seinen Posten mit ungekünstelter und unverhüllter Freude. Er selbst spricht gerührten Herzens von den zahlreichen Beweisen des Wohlwollens und der Anhänglichkeit, welche ihm bei seinem Austritte zu Theil wurden. „Namentlich zeichnet sich hierin," sagt er, „die gute gemüthvolle Kaiserin aus; auch der Kaiser läßt auf alle Art merken, daß ihm meine Gegenwart bequem war."[2])

Das Bestreben des Kaisers, in Wessenberg nur ja das Gefühl der Kränkung nicht aufkommen zu lassen, veranlaßte auch eine Verfügung, die einen ganz eigenthümlichen Zwischenfall herbeiführte. Als Merkmal seiner Anerkennung verlieh er Wessenberg das Großkreuz des St. Stephansordens, dieser mußte sich jedoch mit der ehrerbietigen Bemerkung hiefür bedanken, daß er es schon seit dem Jahre 1815 besitze.

Bei der sprichwörtlichen Güte seines Herzens wollte es aber dem Kaiser nicht in den Sinn, daß er Wessenberg ohne einen besonderen Beweis seiner Dankbarkeit ziehen lassen solle. Er überraschte ihn daher, was sonst gar nicht in seinen Gewohnheiten und auch nicht in denen des Kaiserhofes überhaupt lag, mit seinem per-

---

[1]) Lebzeltern an Wessenberg. Wien, 20. November.

[2]) Wessenberg an Lebzeltern, 21. November.

sönlichen Besuche. Am 22. November gegen neun Uhr Morgens pochte er plötzlich an Isfordinks Thüre, der auch in Olmütz der treue Begleiter Wessenbergs war und, als er öffnete, zu seiner höchsten Ueberraschung vor sich den Kaiser und dessen General-Adjutanten, den Fürsten Lobkowitz, stehen sah. Auf des Kaisers Frage nach Wessenberg eilte dieser herbei, worauf ihn der Kaiser umarmte und länger als eine Stunde in traulichem Zwiegespräche bei ihm verweilte. Beim Weggehen reichte er ihm noch einmal beide Hände, lud ihn zu Tisch, und zu Isfordink sich wendend, sagte er zu diesem: „Und Sie kommen auch“.[1])

An dem Tage, an welchem Wessenberg seinen Rücktritt vollzog, kündigte er ihn den österreichischen Gesandtschaften im Auslande mit dem folgenden Rundschreiben an:

„Gesundheitsrücksichten, und nur diese haben mich bewogen, Seine Majestät den Kaiser zu bitten, mich von den mir anvertrauten Staatsämtern zu entheben. Ich fühlte mich zu diesem Entschlusse in der Ueberzeugung verpflichtet, daß meine geschwächten Kräfte der mir gewordenen Aufgabe unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr genügen dürften, und war denselben dem mir von Allerhöchster Seite geschenkten Vertrauen selbst schuldig.“

„Mein Programm ruhte, wie bekannt, auf dem Gedanken, die Monarchie auf constitutioneller Grundlage zu befestigen. Dieses Programm war, ich darf es behaupten, der Ausdruck der Gesinnungen des Monarchen, welchem die Völker Oesterreichs ihre Freiheiten verdanken. Ich scheide mit dem Bewußtsein, diesem Programme treu geblieben zu sein; ich scheide mit der Ueberzeugung und der Beruhigung, daß dasselbe auch jenes des neuen Ministeriums ist.“ Wessenberg endigte sein Rundschreiben[2]) mit dem Ersuchen, im Sinne desselben etwaigen falschen Gerüchten über die Ursachen seines Ausscheidens berichtigend entgegen zu treten.

Auf des Kaisers ausdrücklichen Wunsch blieb Wessenberg als dessen Gast noch durch zehn Tage in Olmütz, ohne mehr an den öffentlichen Geschäften irgendwie betheiligt zu sein. Wie sorgfältig gerade die wichtigsten derselben von den nun ans Ruder gelangten Männern vor ihm geheimgehalten wurden, zeigt sich dadurch am besten,

[1]) Isfordink. Wessenbergs Briefe. I. S. 221, 222.

[2]) Vom 21. November.

daß er nicht früher als am 2. December, einen Tag nach seiner Ankunft in Wien, die erste Nachricht von der Abdankung des Kaisers Ferdinand und der Thronbesteigung seines Neffen Franz Joseph erhielt,[1]) während doch in Hübners Tagebuch schon am 18. November von dem bevorstehenden Thronwechsel die Rede ist; einen sprechenderen Beweis als diesen, daß seine Rolle zu Ende gespielt war, konnte es nicht geben.

Wessenberg befand sich noch in Wien, als er auf einen Brief, den er aus Anlaß der Thronentsagung des Kaisers Ferdinand an die Kaiserin Marianne gerichtet hatte, von ihr aus Prag eine ganz mit eigener Hand geschriebene Antwort erhielt, die ihm zu großer, aber freilich auch zu wehmüthiger Freude gereichte. Das in französischer Sprache abgefaßte Schreiben der Kaiserin an Wessenberg[2]) lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

„Gern hätte ich Ihren schönen und so rührenden Brief früher beantwortet, aber die Gemüthsbewegungen, welche ich unlängst in Olmütz erduldete, ließen einige Tage hindurch eine gewisse Schwäche in mir zurück, die mich hinderte es zu thun. Mit um so größerem Vergnügen danke ich Ihnen heute dafür. Ich bin erfreut, daraus alle Ihre edlen Gefühle für meinen theuren Kaiser entnehmen zu können, der sich ungemein empfänglich für sie zeigt und mich beauftragt, Sie hiefür gleichzeitig mit seinen Grüßen seiner Dankbarkeit zu versichern. Mein guter und sehr theurer Kaiser ist zu jenem großen Entschlusse in Folge all der schönen und erhabenen Eigenschaften gelangt, die Sie an ihm kennen, und er ist jetzt wirklich bewunderungswürdig. Sehr glücklich würde ich sein, wenn ich ihm das Leben angenehm zu machen vermöchte. Was mich angeht, so will ich nichts Anderes, als was Gott will und bin mit seiner Gnade allzeit bereit, seinen heiligen Willen zu erfüllen. In der jetzigen Zeit sind die Throne recht schwankend geworden, darin liegt aber noch kein Grund, von ihnen herabzusteigen. Schon seit dem Beginne dieser Unruhen wünschte der Kaiser mehrmals, den seinigen zu verlassen, aber es war jetzt, wie ich glaube, der richtige Augenblick, dieß nach dem Willen Gottes zu thun. Was Sie mir über den Eindruck sagen, welchen dieses Ereigniß hervorbrachte, ist ebenso schön als

---

[1]) Isfordink. Wessenbergs Briefe. S. 222.

[2]) Prague ce 13 décembre 1848. Im Besitze des Herrn Dr. Trotter.

wahr. Hier wie in Olmütz war ein Gleiches der Fall, und es that ebensosehr meinem Kaiser wohl, als es ihm zur Ehre gereichte. Ich vermag auf Ihren schönen und guten Brief nicht so zu antworten, wie ich es wollte. Wünscht man vieles zu sagen, dann gebricht es an dem hiezu erforderlichen Ausdruck. Aber Sie kennen mein Herz, das denen dankbar ist, die dem Kaiser so anhänglich sind und auch für mich Einiges gethan haben wie Sie. Ich hoffe, daß Sie sich manchmal meiner erinnern werden, welche Sie gewiß niemals vergessen und sich jederzeit freuen wird, Sie wiederzusehen."

Man tritt Wessenberg wohl durch die Behauptung nicht zu nahe, daß sein Rundschreiben an die österreichischen Gesandtschaften im Auslande zwar keine offene Unwahrheit, aber doch auch nicht die volle Wahrheit enthält. Allerdings ist es nicht in Abrede zu stellen, daß sein zerrütteter Gesundheitszustand zunächst es war, der es ihm unmöglich erscheinen ließ, noch länger auf einem Posten zu bleiben, dessen schwere Verpflichtungen nur durch eine ganze, weder durch Alter noch durch Krankheit geschwächte Manneskraft erfüllt werden konnten. Aber es war ihm doch auch insbesondere während seines Aufenthaltes in Olmütz immer klarer geworden, daß er mit den Männern, welche jetzt nicht so sehr durch ihr eigenes Zuthun als durch die Ereignisse auf die vordersten Plätze gedrängt wurden, nicht lang würde zusammengehen können. In Folge seines Alters, seiner Erfahrungen, sowie der von ihm geleisteten Dienste konnte ja Wessenberg dem neuen Ministerium nur als dessen sowohl dem Range als der Sache nach erstes und leitendes Mitglied, oder überhaupt gar nicht angehören. Sich dem um mehr als ein Vierteljahrhundert jüngeren und bis dahin kaum irgendwie arbeitserprobten Schwarzenberg unterzuordnen, konnte man ihm wohl ebensowenig zumuthen, als man von der herrischen Natur des Letzteren eine solche Fügsamkeit hätte erwarten dürfen. Und zudem gingen ja Beide von so gänzlich verschiedenen Gesichtspunkten aus, daß an ihr gedeihliches Zusammenwirken wohl nicht entfernt gedacht werden konnte. Anfangs zwar, so lang Stadion noch rüstig war, schlug auch Schwarzenberg, durch den Einfluß seines ihm an Vertrautheit mit den inneren Zuständen der österreichischen Monarchie weit überlegenen Collegen, der ihm auch als Standesgenosse mehr als die Anderen imponirte, constitutionelle Bahnen ein. Aber je schwächer mit der zunehmenden Geistesumnachtung Stadions dessen Einfluß auf die Geschäfte wurde, bis

er endlich völlig erlosch, um so entschiedener betrat Schwarzenberg andere, von den früheren Zielen weit ablenkende Wege, und es blieb denen, welche mit ihm das Ministerium gebildet hatten, nur die Wahl zwischen zwei recht schroffen Gegensätzen übrig. Entweder mußten sie sich ihm anschließen auf den von ihm mit immer steigender Entschiedenheit verfolgten Pfaden, oder in treuem Festhalten an ihren bisherigen Anschauungen ausscheiden aus der Gemeinschaft mit ihm. Zu einem derartigen Entschlusse gedrängt zu werden, wäre binnen kurzem auch Wessenbergs Los geworden, und wenn auch keineswegs gezweifelt werden darf an der Wahl, die er unfehlbar getroffen hätte, so war es doch gut für ihn, daß ihm eine solche erspart blieb.

So endete für immer Wessenbergs staatsmännische Laufbahn. Am 16. December 1848 verließ er Wien und zog sich nach seiner Heimat im Breisgau zurück, dort ungefähr die gleiche Lebensweise neuerdings aufnehmend, die er vor ungefähr sieben Monaten in Folge seiner Berufung nach Wien so rasch hatte abbrechen müssen.

XVII.

Wessenbergs brieflicher Verkehr.

Es war nun zum dritten Male, daß Wessenberg mitten aus dem angestrengtesten und aufregendsten Geschäftsleben heraus zu dauerndem Aufenthalte in Freiburg und Feldkirch, dadurch aber zu dem ziemlich einsamen Stillleben zurückkehrte, wie er solches schon zweimal durch eine Reihe von Jahren, und zwar von 1820 bis 1830, und dann wieder von 1834 bis 1848 geführt hatte. Wie es damals der Fall gewesen, so füllte er auch jetzt wieder seine Zeit mit rastloser Beschäftigung aus, welche zumeist in eifriger Correspondenz, in zahlreichen Aufsätzen hauptsächlich zeitgeschichtlichen und finanziellen Inhalts, endlich in dem Studium einer fast unabsehbaren Menge neu erscheinender Bücher auf den meisten Gebieten des menschlichen Wissens bestand. Die Früchte dieser Lectüre legte er auch jetzt in Aufzeichnungen nieder, in denen er seine Urtheile über sie und die bei dieser Erörterung sich ihm aufdrängenden Gedanken einzutragen pflegte. Zu einzelnen Werken aber, wie z. B. zu den Denkwürdigkeiten des Marschalls Marmont schrieb er sogar ganze Commentare, in denen er nicht nur seine Meinung über deren Inhalt aussprach, sondern ihn auch aus dem reichen Schatze seiner eigenen Erfahrungen zu berichtigen und zu vervollständigen sich angelegen sein ließ.

Bei weitem die meiste Aufmerksamkeit unter diesen Aufzeichnungen Wessenbergs verdienen wohl seine Briefe, denn einerseits sind sie es, welche über seine eigene Persönlichkeit, seine Denkungsweise und seinen Charakter den besten Aufschluß gewähren, und andererseits werfen sie auch manches interessante Streiflicht auf die Ereignisse jener Zeit und auf die damals handelnd auftretenden Personen. Da ist es denn von nun an noch weit mehr, als dieß vor dem Jahre 1848 der Fall war, Oesterreich und das was dort geschieht, was dort

gethan oder nach Wessenbergs Meinung verabsäumt wird, womit er sich in so eingehender Weise beschäftigt.

Unter den Correspondenten Wessenbergs sind es drei, welche vorzugsweise genannt zu werden verdienen, der Erzherzog Johann, der ehemalige Minister Freiherr von Doblhoff und der Legationsrath von Isfordink. Der Erzherzog befand sich damals, in den ersten Monaten des Jahres 1849, noch als deutscher Reichsverweser in Frankfurt, jedoch in einer keineswegs beneidenswerthen Lage. Lang schon war, und ganz ohne sein Verschulden, der Freudenrausch verflogen, mit dem er ein halbes Jahr zuvor daselbst empfangen worden war. Mit dem Fortschreiten der Berathungen über die zukünftige Reichsverfassung hatten sich die früheren Parteiverhältnisse in der Nationalversammlung allmälig geändert, die bisherige Majorität, welche eine so feste Stütze des Erzherzogs und seines Ministeriums gebildet hatte, spaltete sich mehr und mehr, und diejenigen schienen die Oberhand gewinnen zu sollen, welche unter Heinrich Gagerns Führung Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen und den König von Preußen als Kaiser an die Spitze Deutschlands zu stellen sich bemühten. Gewiß befanden sich unter ihnen höchst ehrenwerthe, ja in jeder Beziehung ganz ausgezeichnete Männer, und kein Urtheilsfähiger wird sich finden, der insbesondere ihren Führer nicht zu diesen zu zählen sich unterfienge. Aber daß ein Erzherzog von Oesterreich, welcher noch überdieß die Stellung eines Reichsverwesers nur auf der Grundlage der Voraussetzung einnahm, daß Oesterreich ein integrirender, allen übrigen deutschen Ländern gleichkommender und hinter keinem zurückstehender Bestandtheil Deutschlands sei, in Gagerns Partei nur politische Gegner erblicken und daher keineswegs darüber erfreut sein konnte, gerade sie als Minister an seiner Seite haben zu müssen, wird wohl ebenfalls nur als selbstverständlich betrachtet werden können.

Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß der Erzherzog sich wenigstens Anfangs mit großer Unparteilichkeit benahm, daß er überall und nach jeder Seite hin ausgleichend und mäßigend zu wirken versuchte. Wäre es nach ihm gegangen, so würde der Zwist der verschiedenen Parteien in Frankfurt, welche sich in der Frage der zukünftigen Constituirung Deutschlands allmälig immer heftiger befehdeten, niemals zu jener Erbitterung ausgeartet sein, die sich später in so abstoßender Weise kundgab.

Weniger umfangreich als die Correspondenz Wessenbergs mit dem Reichsverweser ist diejenige mit Doblhoff, und zwar schon aus dem Grunde, weil wir zwar die Schreiben Wessenbergs, aber nicht auch diejenigen Doblhoffs besitzen. Dieser war gleichzeitig mit Wessenberg im österreichischen Ministerium gesessen und ihm schon in den für Beide so peinlichen Tagen nähergetreten, die sie im Sommer 1848 gemeinschaftlich am kaiserlichen Hoflager in Innsbruck verlebten. Während des darauf folgenden Aufenthaltes in Wien wurde er, wie es scheint, bei Wessenberg durch den talentvolleren und redegewandteren Bach wieder etwas in den Hintergrund gedrängt und seine wohl allzu weitgehende Nachgiebigkeit gegen die Revolutionspartei mochte ihm auch in Wessenbergs Vertrauen wie in dem so vieler anderer Vaterlandsfreunde zum Nachtheil gereicht haben. Aber seiner innigen Liebe zu Oesterreich, der Reinheit und Uneigennützigkeit seines Charakters, der Redlichkeit seines Waltens ließ auch Wessenberg allzeit volle Gerechtigkeit widerfahren und darum fanden die Beiden sich erst dann recht zusammen, nachdem sie durch die Zeitereignisse von einander getrennt worden waren und sie nichts mehr als das gemeinsame Erinnern an das Vergangene und das gemeinsame Wünschen für die Zukunft verband.

Bei weitem der umfangreichste Briefwechsel Wessenbergs ist der, den er mit seinem dritten Correspondenten, dem österreichischen Legationsrath Georg von Isfordink pflog. Der einzige Sohn eines um das militärische Medicinalwesen Oesterreichs nicht unverdienten Mannes, des Obersten Feldarztes Johann von Isfordink, erhielt er in seinen Jünglingsjahren einen Stiftplatz in der Akademie zur Erlernung der orientalischen Sprachen und wurde nach achtjähriger Dienstleistung im Orient im Jahre 1848 der österreichischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt zugetheilt. Dort lernte ihn Wessenberg kennen und da er großes Gefallen an ihm fand, nahm er ihn mit nach Wien, um ihn als Präsidialsecretär in seiner unmittelbaren Nähe zu verwenden. In dieser Stellung erwarb sich Isfordink als Wessenbergs treuer und selbstaufopfernder Begleiter die größten Verdienste um ihn, und man darf wohl sagen, hätte Latour am 6. October einen Mann wie Isfordink um sich gehabt, so würde er vielleicht kein Opfer dieses schrecklichen Tages geworden sein. Isfordink war es, welcher Wessenberg aus dem von tobenden Volksmassen erfüllten Gebäude des Kriegsministeriums hinwegführte, der ihn nach Latours

Ermordung nach Döbling, von da auf leichtem Nachen über die Donau und endlich nach Prag und Olmütz geleitete. Beim Ausscheiden Wessenbergs aus dem Ministerium zur Belohnung für die ihm geleisteten Dienste zum Legationsrathe ernannt, wurde Isfordink nach einander den Gesandtschaften in Frankfurt, im Haag und endlich in Madrid zugetheilt, bis er im December 1868 aus dem diplomatischen Dienste schied, und nachdem er im Jahre 1877 Wessenbergs Briefe an ihn durch den Druck veröffentlicht hatte, schon im November 1878 starb.[1])

Diese Briefe, die beträchtliche Anzahl von fünfhundert fast erreichend, gewähren ein treues Spiegelbild des geistigen Lebens, welches Wessenberg von dem Augenblicke seines Rücktrittes an bis zu dem seines Hinscheidens führte. Aber freilich ist es nicht gerade leicht, aus den bunt durcheinander gewürfelten, lose hingeworfenen und rasch wieder abbrechenden Bemerkungen in einer auch nur einiger Maßen zusammenhängenden Weise den Gang der Anschauungen wiederzugeben, welche Wessenberg über die wichtigsten der damaligen Tagesfragen hegte.

Was zunächst den Briefwechsel mit dem Erzherzog anging, so spielten in demselben natürlich die Angelegenheiten Deutschlands eine hervorragende Rolle, und insbesondere wird das, was sich auf dessen zukünftige Constituirung bezieht, eingehend erörtert. Aber freilich ist für uns das, was der Erzherzog hierüber äußert, wohl noch wichtiger als die Ansicht des aus seinem Amte geschiedenen Wessenberg. Noch im December 1848, und zwar am 17., dem Tage, ehe Gagern sein Programm der Nationalversammlung vorlegte und damit eine empfindliche Niederlage erlitt, schreibt der Erzherzog an Wessenberg: „Schlimm ist jetzt, daß die vor fünf Monaten kleinlauten Regierungen wieder ihr altes Spiel spielen, Baiern am ärgsten. Dieses will durchaus an der Centralgewalt theilnehmen, Sachsen, Hannover und die Anderen rühren sich ebenfalls; wir kommen immer weiter vom Ziele weg. Gagern will nach Neujahr die Frage zur Entscheidung bringen. Ich hatte ihm die Kundgebung seines Programmes widerrathen, umsonst. So viel mir scheint, wird Gagern bei Erörterung desselben, wenn nicht besonders günstige Zufälle eintreten, in der Minorität bleiben, das Ministerium fallen, dann ein neues gebildet

[1]) In Wien am 23. November 1878, drei und sechzig Jahre alt.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

hersagen. „Ich sehe diesen Dingen," sagt er hierüber, „ruhig zu und verhalte mich vollkommen neutral. [1])" Dieß werde jedoch, schrieb er schon am folgenden Tage, immer schwieriger, und der Augenblick scheine ihm nahe, in dem er einen Entschluß fassen müsse. Er fürchte, daß man in der Verlegenheit, in der man sich befinde, zu dem Gedanken Zuflucht nehme, ihn auch noch länger als Reichsverweser an der Spitze der Centralgewalt zu belassen. Aber auf die Dauer könne man hiemit unmöglich das Auslangen finden. Niemals werde er sich zur Erniedrigung der Fürsten, aber auch nicht dazu brauchen lassen, die, wenngleich überspannten Erwartungen der Völker zu täuschen. Die Klugheit rathe ihm, heißt es in einem Briefe vom 14. Januar 1849, zurückzutreten, jetzt könne es noch mit Ehren, mit unvermindertem Vertrauen geschehen, später nicht mehr.

In des Erzherzogs eigenem Interesse ist es zu bedauern, daß er diesem Vorsatze nicht treu bleiben konnte. Kurz nachdem er nicht nur gegen Wessenberg allein, sondern gegen Alle, die es hören wollten, sich in diesem Sinne erklärt hatte, befiel ihn jene schwere Krankheit, die ihn länger als durch sechs Wochen von der Theilnahme an den öffentlichen Geschäften fernhielt. Und als er sich ihnen wieder zuzuwenden begann, mußte er gewahr werden, daß sich in der Zwischenzeit seine Stellung in Frankfurt unendlich verschlimmert hatte. [2]) Hiemit wuchs auch seine Sehnsucht, aus ihr scheiden zu können. Dennoch mangelte ihm die Kraft des Entschlusses, dasjenige wirklich zu thun, was ihm selbst als das beste erschien. Obgleich ganz gegen seinen eigenen Willen, ließ er sich doch immer wieder von Wien aus überreden, ein Amt noch beizubehalten, welches ihm täglich lästiger wurde und das überdieß lang schon jeder anderen als einer bloß formalen Grundlage entbehrte.

Hiezu kam noch, daß der Streit zwischen den sich entgegenstehenden Parteien immer mehr an Heftigkeit zunahm und von beiden Seiten Mittel in Anwendung kamen, welche einem Manne von einem so biederen Charakter, wie ihn der Erzherzog besaß, nur höchlich mißfallen konnten. Diejenigen, die sich der beabsichtigten Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland widersetzten, scheuten sich nicht, zur Erreichung dieses Zweckes Hand in Hand mit den Männern

---

[1]) An Wessenberg, 3. Januar 1849.

[2]) An Wessenberg, 9. März.

zu gehen, die sie bisher als die entschiedensten und gefährlichsten Gegner ihrer politischen Grundsätze aufs Aeußerste bekämpft hatten. Darum widerte es den Erzherzog, wenn er auch mit seinen Sympathien auf Seite der großdeutschen Partei stand, doch nicht weniger an, wenn er tiefschwarz gefärbte Clericale ganz plötzlich mit rothen Republikanern verbündet vor sich sah. Und ebensosehr mußte es auf ihn abstoßend wirken, täglich von neuem Zeuge zu sein, wie der Mehrzahl derer, welche auf die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser von Deutschland hinarbeiteten, kein Mittel der Intrigue, keine Verleumdung der Gegner im Wege der Presse, kurz nicht leicht etwas zu schlecht war, um einer Sache zum Siege zu verhelfen, die von ihrem Standpunkte aus ja gewiß Berechtigung besaß und durch die verwerfliche Art, in der man ihr zu dienen sich befliß, nur herabgewürdigt wurde.

Immer trostloser gestaltete sich nun die Lage des Erzherzogs, insbesondere von dem Augenblicke an, in welchem Friedrich Wilhelm IV. die ihm angebotene Kaiserkrone abgelehnt hatte und man in Frankfurt gar nicht mehr wußte, wie aus der Verlegenheit kommen, in die man nicht ohne eigenes Verschulden gerathen war. Die Idee tauchte auf, dem Erzherzog zum zweiten Male die Reichsverweserschaft zu übertragen, [1]) und da derselbe durchaus auf seinen Rücktrittsgedanken beharrte, warf ihm Gagern den Vorschlag hin, einen Stellvertreter, etwa den Erzherzog Stephan zu ernennen, [2]) der nach seiner Entfernung aus Ungarn und Oesterreich auf seinem mütterlichen Erbgute, der Schaumburg an der Lahn einsam dahin lebte. Aber so sehr auch Erzherzog Johann seinem Neffen, oder vielleicht gerade weil er ihm wohlwollte, ließ er diese Anregung fallen und beschäftigte sich um so angelegentlicher mit dem Gedanken, seine Würde baldigst niederzulegen, als er auch mit der Art, in der man von österreichischer Seite gegen ihn verfuhr, nicht anders als unzufrieden sein konnte.

Indem er sich gegen Wessenberg darüber beklagt, daß ihm von dort her gar keine Hoffnung auf baldige Erlösung gegeben werde, fährt er fort: „Ich soll bleiben, ausharren, gleichviel wie; das ist mir überlassen; ich soll mich herauswickeln wie ich kann. Man zieht meine Prämissen, meine Stellung, die Möglichkeiten gar nicht in

---

[1]) Der Erzherzog an Wessenberg, 25. April 1819.

[2]) Der Erzherzog an Wessenberg, 1. Mai.

Betracht; bleiben ist die Hauptsache, ob mit oder ohne Ehre, daran denkt man nicht, der augenblicklichen Verlegenheit wegen vergißt man, ob ich abgenützt und dann zu gar nichts mehr brauchbar bin; vom Physischen geschieht keine Erwähnung. Das weiß ich, daß ich nichts thue, was gegen meine Ehre und meine Ueberzeugung ist. Mir bleibt keine Möglichkeit, mich mit Olmütz in Verbindung zu setzen, dort sieht man mich als die Fortsetzung des Bundestages an und vergißt, daß ich, nachdem ich in der Paulskirche mich der Nationalversammlung vorgestellt, hinging in das Palais des Bundestages, ihn aufzulösen, daß das Ganze aus zwei Theilen besteht, der Nationalversammlung und den Regierungen, daß wenn ein Theil fehlt, das Ganze nicht mehr besteht, daß endlich die Centralgewalt nichts mehr ist, sobald die zwei Theile nicht mehr zusammenwirken oder feindlich gegen einander stehen." [1])

Die Klagen des Erzherzogs über die Zustände in Frankfurt und über die Haltung Oesterreichs in der deutschen Frage fanden natürlich bei Wessenberg lebhaften Anklang. Seine eigene Ansicht über die letztere und über die Art, wie sie nach seiner Meinung aufgefaßt und behandelt werden sollte, sprach er in einem seiner Briefe [2]) an den Erzherzog deutlich genug aus, und wenn sie hier mitgetheilt wird, so geschieht dieß nicht, weil sie uns richtig, sondern nur weil sie für die Charakteristik der politischen Anschauungen Wessenbergs bedeutungsvoll erscheint.

„Deutschlands Schicksal," so lauten seine Worte, „ist ein Räthsel geworden, welches zu lösen die Ideologen in der Paulskirche nicht bestimmt zu sein scheinen. Es ist aus diesem Tempel der Weisheit nur Verwirrung, aber nicht Klarheit und Nüchternheit der Begriffe hervorgegangen. Wie ärgern und schämen sich unsere Solone, daß sie nichts Besseres erfinden konnten als das, was sie zerstören wollten und zerstört haben; hierin liegt das Geheimniß der gegenwärtigen Verwirrung. Glauben denn diese gelehrten, aber unpraktischen Herren, daß wir im Jahre 1815 nicht auch die Sache reiflich überlegten? Wenn man einen Verein bilden will, so muß man eine Form wählen, die für alle Mitglieder paßt; darauf war man im Jahre 1815 bedacht. Unsere deutschen Politiker aber wünschen eine Form, die

[1]) An Wessenberg. 4. Mai.
[2]) Vom 5. Januar 1849.

ihren Regierungsgelüsten zusagte; sie möchten eine Bundesversammlung, in welcher sie unter dem Namen Volk regieren könnten. Die Regierungslust und nicht höhere Politik hat sie geleitet, sonst würden sie sich begnügt haben, die Verbesserung der Bundesacte, die Erstarkung des bestandenen Bundes, aber nicht dessen Auflösung anzusprechen. Der Charakter aller Revolutionen ist Zerstörung und noch keine hat ein solides Gebäude aufzuführen vermocht."

So unzufrieden wie mit den Vorgängen in Frankfurt war Wessenberg auch mit denen in Wien und in Ungarn. Insbesondere ist es die Haltung des Fürsten Felix Schwarzenberg in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten, welche wiederholt seinen bittersten Tadel erfährt. So schreibt er, um nur eine einzige dieser immer wiederkehrenden Aeußerungen hier anzuführen, am 22. April 1849 an den Erzherzog: „Täglich werden die Klagen der Regierungen lauter gegen Oesterreich, gegen das alte deutsche Oesterreich, das sich ihrer so wenig annimmt und selbst mit Worten so karg gegen sie ist, sie in Ungewißheit über seine Gesinnungen, seine endlichen Entschlüsse läßt und ihnen keine Zukunft zeigt. Ich bin noch nicht klar über die Verhandlungen, welche seit December zwischen Olmütz und Berlin statthatten, der Ton der letzten Noten aber verräth keine große Freundlichkeit, welche doch nothwendig wäre, wenn man zu einem Einverständniß gelangen wollte; man sollte glauben, wir hätten das Schreiben verlernt. Vor Zeiten war es eine der Aufgaben der Diplomatie, selbst wenn es etwas Unangenehmes auszudrücken galt, die angenehmsten Formen aufzufinden; jetzt pikirt man sich, wie es scheint, schroff und derb zu sein; ich kann mich meinerseits unmöglich zu dieser Schule bekennen."

Aber nicht allein in der deutschen, auch in anderen Angelegenheiten vermochte sich Wessenberg mit Schwarzenbergs Handlungsweise nicht zu befreunden. So war auf dessen Vorschlag die Thronbesteigung des jungen Kaisers von Oesterreich den größeren europäischen Höfen, insbesondere denen zu Berlin und zu St. Petersburg durch Absendung kaiserlicher Prinzen notificirt worden, während der Königin Victoria gegenüber eine solche Aufmerksamkeit unterblieb. Aufs eifrigste bemühte sich Wessenberg, eine Aenderung dieses Entschlusses herbeizuführen, und in wiederholten Briefen trachtete er Schwarzenberg zu überzeugen, daß eine solche Mission eine bloße Formsache sei, welche ausschließlich die Person des Souveräns, nicht

aber, und am allerwenigsten in England, dessen Regierung angehe. Diese mit der Königin zu verwechseln, sei auch aus dem Grunde unstatthaft, weil Victoria stets die besten Gesinnungen für Oesterreich gezeigt habe. Schwarzenbergs Gegner Lord Palmerston hätte man ja auch auf andere Art zu Leibe gehen können, und die Königin, die sich nun etwas verletzt fühle, würde dagegen kaum eine Einwendung zu machen gehabt haben.[1])

Von unendlich viel größerer Wichtigkeit erschien natürlich auch in Wessenbergs Augen die Haltung, welche die österreichische Regierung in Bezug auf den Aufstand in Ungarn beobachtete. „Man überlasse die politische Frage," schrieb er schon im Januar 1849 an den Erzherzog, „nur ja nicht der Militärherrschaft, denn diese vermehrt nur die Verlegenheiten. Eine neue Einrichtung Ungarns ist nicht so leicht, als man sie sich vorstellt, die Magyaren halten fest zusammen. Will man Ungarn in Provinzen abtheilen, so wird man großen Widerstand finden, selbst bei Jenen, die jetzt als Gutgesinnte erscheinen; sie haben nicht aufgehört, Magyaren zu sein." Und indem er dieß noch weiter ausführt, fügt Wessenberg gleichsam im Vorbeigehen hinzu: „Bei Jellachich habe ich die mäßigsten und billigsten Gesinnungen für die Ungarn, seine angeblichen Feinde gefunden."

Immer wieder kommt Wessenberg dem Erzherzog gegenüber auf die Vorgänge in Ungarn zurück. „Den Krieg in einem insurgirten Lande," schreibt er ihm am 5. März 1849, „darf man nicht allein vom militärischen Gesichtspunkte aus beurtheilen. Da ist es nicht hinreichend, die Leute zu überwinden, man muß sie auch wieder für sich gewinnen; eine Schlacht ersparen, ist oft einen Sieg werth. Ich glaube, man hat zu wenig gethan, um auf die Gemüther zu wirken, wodurch man sich leichteres Spiel verschafft hätte. Man muß die Insurrection wie eine große Krankheit ansehen, wie ein hitziges Nervenfieber, welches mit calmirenden Mitteln wo möglich zu besänftigen rathsam ist. Die Halsstarrigkeit der Magyaren wird durch zwei Umstände genährt; der eine ist die Ungewißheit über Ungarns Zukunft, die Furcht vor Theilung in kleine Provinzen und dem Aufgehen des alten ungarischen Königreiches in solche; der zweite Umstand ist der, daß den Truppen, welche von den Insurgentenchefs verführt

[1]) Wessenberg an den Erzherzog. Freiburg, 22. Januar 1849.

worden oder die in einem patriotischen Wahn sich von selbst der Insurrection angeschlossen haben, kein sicherer Weg zur Rückkehr, keine Aussicht, persönlichem Unglück zu entgehen, mehr übrig bleibt; sie schlagen sich daher wie Verzweifelte."

Noch wurden in Ungarn die Kämpfe mit abwechselndem Glücke geführt, noch waren sie fern von einer eigentlichen Entscheidung, da trugen sich auf einem anderen, dem oberitalienischen Schauplatze Ereignisse zu, welche Wessenberg zu wahrer Seelenfreude gereichten. Zwar hatte er nicht ganz ohne Besorgniß der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten entgegengesehen. „Das Manifest Radetzky's ist Cäsars würdig," heißt es in einem seiner Briefe an den Erzherzog, „der Geist der Armee vortrefflich, allein es kommt hier darauf an, nicht nur ein feindliches Heer, sondern eine Revolution, eine ungeheuer ausgebreitete Revolution zu besiegen." Und als er die Kunde von den glänzenden Erfolgen Radetzky's und der Niederlage der Piemontesen erhält, bricht er in Jubel aus. „Der moralische Erfolg dieses dreitägigen Feldzuges," schreibt er am 30. März, „in welchem Radetzky wirklich Napoleon bei Montenotte übertroffen, wird nicht geringer als der politische sein. Mich freut es ungemein, daß Erzherzog Albrecht sich bei Mortara und Olengo so ausgezeichnet hat. Die Piemontesen werden den Geschmack an polnischer Kriegführung verloren haben. Wenn man jetzt nur in Wien mit der gehörigen Mäßigung und Weisheit zu Werke geht, damit der Handel so bald als möglich geschlichtet werde. Unsere Politik ist, die Meinung des piemontesischen Volkes und der piemontesischen Armee zu schonen und die Schuld nicht auf diese zu werfen. Für den Sieger ist es immer ebenso vortheilhaft wie ruhmvoll, sich mäßig und versöhnlich zu zeigen."

In dem Augenblicke, in welchem Wessenberg dieß niederschrieb, wurde er durch die Ankunft des Rittmeisters Freiherrn von Leykam freudig überrascht. Derselbe wurde von Radetzky mit der Nachricht des Sieges bei Novara an den Reichsverweser gesendet und hatte den ausdrücklichen Auftrag erhalten, unterwegs bei Wessenberg in Freiburg vorzusprechen und ihm die gleiche Botschaft zu überbringen. Etwa drei Wochen später erhielt er einen Brief von Radetzky,[1]) in welchem dieser sich Glück wünschte, so rasch mit den Piemontesen

[1]) Vom 19. April.

fertig geworden zu sein, denn es habe sich gezeigt, daß die Revolution durch die ganze nördliche Lombardie neu organisirt gewesen sei. Der Adel und die Geistlichkeit hätten um jeden Preis wieder einen Aufstand herbeiführen wollen, das Landvolk aber sei ruhig geblieben. Ein möglichst rascher Abschluß des Friedens sei dringend nöthig, aber es scheine, meint Wessenberg, daß man in Wien wieder etwas starr und schroff sei. „Mit einiger Großmuth," sagt er hierüber, „könnte man vielleicht jetzt mehr gewinnen und sich die eigentlichen Piemontesen und die Savoyarden geneigt machen, denn diese beiden Stämme waren ganz gegen den Krieg. Sodann muß man dafür sorgen, daß ein recht versöhnlicher Gesandter nach Turin geschickt werde. Ich habe auf alles dieses pflichtmäßig aufmerksam gemacht."[1])

Aber freilich mußte sich Wessenberg hinsichtlich dieses sowie vieler anderer Punkte bald überzeugen, er sei in den Augen des neuen Ministeriums ein abgethaner Mann. Alle seine Bemühungen, auch nach seinem Austritte aus der Regierung seinen Ansichten über den von ihr einzuhaltenden Gang einige Berücksichtigung zu verschaffen, blieben ohne Erfolg. „Von keinem der Minister," sagt Wessenberg schon im März 1849, „erhielt ich je eine Antwort. Man hatte sich das Wort gegeben, mit mir keinen Verkehr haben zu wollen. Ich respectire dieses Schweigen." [2])

Ganz so streng, wie Wessenberg sich dieß vornahm, übte er doch jene Enthaltsamkeit nicht, denn der Drang, seinem Vaterlande zu nützen, war weit stärker in ihm, als das Gefühl der Kränkung über die ihm widerfahrende Zurücksetzung. Insbesondere war es das Gebiet der Finanzen, welche sich ja zu jener Zeit in Oesterreich in dem Zustande arger Zerrüttung befanden, auf dem sich Wessenberg fortwährend zur Ertheilung von Rathschlägen angeregt fühlte, die denn auch in Wien eine etwas eingehendere Beachtung fanden, als dieß hinsichtlich derer der Fall war, die sich auf rein politische Angelegenheiten bezogen.

Das Finanzwesen bildete ja überhaupt ein Lieblingsstudium Wessenbergs, dem er schon in jüngeren Jahren mit Eifer und gewiß auch nicht ohne Erfolg sich widmete. Ein im Juli 1803 von ihm verfaßter Aufsatz, der den Titel führt „Betrachtungen über das

---

[1]) Wessenberg an den Erzherzog, 25. April 1849.

[2]) An Isfordink, 16. März 1849. I. S. 22.

Deficit in den österreichischen Finanzen," gibt hievon Zeugniß. Ueberall, wohin seine vielfach wechselnde Laufbahn ihn führte, widmete er dem Finanzwesen der betreffenden Staaten große Aufmerksamkeit, und auch von seiner eigenen Regierung gingen ihm, insbesondere während seines ersten Aufenthaltes in Frankfurt häufig Aufträge zu, die sich auf das österreichische Geldwesen bezogen. Daß man ihm hinsichtlich desselben ganz ungewöhnliche Kenntnisse zutraute, wird durch die schon im Jahre 1813 erfolgte Erklärung Metternichs, man müsse Wessenberg einen der hervorragendsten Plätze in der österreichischen Finanzverwaltung einräumen [1]), am besten bewiesen. Aus dem Jahre 1816 existirt ein weitläufiger Brief von Gentz an den damals neuerdings in Frankfurt sich befindlichen Wessenberg, in welchem er gegen Ansichten, die derselbe über die von österreichischer Seite ergriffenen Finanzmaßregeln ausgesprochen hatte, eine scharfe Polemik führt. [2]) Und noch im Jahre 1827 sollte Wessenberg, wie er selbst erzählt, die Leitung des österreichischen Finanzwesens übernehmen. „Ich erklärte aber," sagt er hierüber in einem erst im Mai 1851 geschriebenen Briefe an Isfordink, [3]) „vorerst müsse ein anderes Finanz-, vorzüglich Steuer- und Zoll-System sowie eine andere Finanz-Manipulation — mehr im Sinne der französischen, keine collegialische mehr — genehmigt sein. Am 27. März kam ich an, am 5. Mai reiste ich ab und sagte vale."

Acht Monate, nachdem er dieß an Isfordink geschrieben, kam Wessenberg in seinen Briefen an ihn noch einmal auf jenen Vorfall zurück. [4]) Nie werde er Apostat an seinen Ueberzeugungen werden, darauf dürfe man sich verlassen. „Dieselben sind," läßt er sich weiter vernehmen, „auf Erfahrungen, auf Studien in anderen Ländern und nicht auf leere Theorien gegründet. Im Jahre 1827 sollte ich auch die Finanzen übernehmen, allein ich setzte meine Grundsätze zur Bedingung und der Kaiser, der mir zwar vertraute, sagte: Sie werden sehen, Sie setzen solche nicht durch. Der Kaiser sagte mir beim Abschiede: Wir bleiben doch die Alten. Er hatte in seinem Wesen viel vom Erzherzog Johann."

---

[1]) I. S. 210.

[2]) Gentz an Wessenberg. Eigenhändig geschriebener und zwölf Quartseiten ausfüllender Brief vom 16. October 1816.

[3]) Freiburg, 11. Mai 1851. I. S. 243.

[4]) Freiburg, 29. Januar 1852. II. S. 10.

„Ohne Geld vermögen heut zu Tage auch die größten Armeen nichts," heißt es in einem anderen Briefe Wessenbergs an Isfordink aus jener Zeit.[1]) „Es war wieder ein großer Mißgriff, daß das Anlehen eröffnet wurde, ohne daß zugleich von Seite der Bank ostensible Schritte zur Verbesserung des Geldwesens geschahen. Vereinzelte Maßregeln können nichts helfen. Die letzte Kreirung von Staatspapiergeld zur Deckung des Deficits hat unsere Zustände in ihrer ganzen Blöße dargethan. Man mußte ein Anlehen machen, um das Staatspapiergeld wieder aus dem Umlaufe zu ziehen. Der gute Krauß ist ein trefflicher Finanzverwalter, aber kein starker Finanzminister; er ist ein genauer, redlicher Administrator, sehr schätzbar, aber nicht erfinderisch, und wie es scheint, mit fremden Finanzverwaltungen gar nicht vertraut; dabei hat er nicht den erforderlichen Muth, sich unnöthigen Ausgaben zu widersetzen. Man begreift wahrlich die österreichischen Staatsmänner nicht."

Im Sommer des Jahres 1849 unternahm Wessenberg zunächst einen Ausflug nach Tirol, dann aber begab er sich auf sein Gut in Böhmen. Während dieser Abwesenheit aus Freiburg brach im badischen Lande der Aufstand aus, dessen Bewältigung der Prinz von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., mit überlegenen Streitkräften unternahm. „Der Prinz von Preußen," schreibt Wessenberg aus diesem Anlasse an den Erzherzog, „hat mir die Ehre erwiesen, bald nach seiner Ankunft in Freiburg mein Haus zu besuchen und meiner Frau eine Menge Schmeichelhaftes an mich aufzutragen, nicht ohne Absicht, mich als einen Freund des guten Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen anpreisend. Allerdings bin ich, und zwar von lange her ein Freund eines solchen Einverständnisses, jedoch unter gewissen Bedingungen. Das Gegentheil taugt ebensowenig für Preußen als für Oesterreich."[2])

In einem späteren Briefe theilt Wessenberg dem Erzherzog, der sich damals auf einer Badereise in Gastein befand, die Absicht des Prinzen von Preußen mit, für einige Zeit in Frankfurt Wohnung zu nehmen. „Der kluge, liebenswürdige Prinz," setzt er hinzu, „wird der offenen Sprache Eurer kaiserlichen Hoheit Rechnung tragen und wie ich glaube, alles Verletzende sorgsam vermeiden. Er weiß

---

[1]) Freiburg, 3. October 1851. I. S: 294.

[2]) Diettenitz, 22. Juli 1849.

übrigens, wie geneigt Höchstdieselben von jeher für ein Einverständniß mit Preußen waren."

„Den Prinzen von Preußen," antwortete hierauf der Erzherzog, [1]) welcher recht gegen seinen Willen Anfangs September wieder auf seinen Posten nach Frankfurt zurückgekehrt war, „habe ich einige Male gesehen; ich bin seit Jahren gut bekannt und gut Freund mit ihm; darin hat sich, was unsere Persönlichkeiten betrifft, nichts geändert. Allein in der ersten Stunde, in der wir uns begegneten, erklärte ich ihm freimüthig meine Stellung; besser gleich Anfangs patti chiari. Gestern ist derselbe wieder nach Karlsruhe; ob und wann er hieher zurückkehrt, weiß ich nicht."

Die öffentlichen Zustände in Baden und die Nothwendigkeit, etwas für seine Gesundheit zu thun, welche durch seine jüngsten Erlebnisse in Oesterreich so tief erschüttert worden war, veranlaßten Wessenberg, dießmal den Winter hindurch nicht in Freiburg, sondern am Genfersee zu verweilen, wo auch sein Bruder Heinrich sich durch einige Zeit aufhielt. Der jüngste der drei Brüder, Alois, war schon im Februar 1830, und zwar an einer Gehirnentzündung gestorben. Auch er war ein begabter Mann und Wessenberg hatte es bedauert, daß derselbe, nachdem er die Erziehung der sächsischen Prinzen vollendet, nirgends an die Spitze des Unterrichtswesens gestellt worden war. [2])

Von Vevey aus, wo er sich ungemein behaglich untergebracht fand, setzte nun Wessenberg seine aufmerksame Beobachtung der Zeitereignisse sowie seinen Briefwechsel mit seinen Lieblingscorrespondenten ununterbrochen fort. Dorthin erhielt er denn auch vom Erzherzog die willkommene Nachricht, daß derselbe demnächst am Ziele seiner Wünsche, seiner Erlösung aus Frankfurt angelangt sein werde. „Ich sage Erlösung," heißt es in dessen Briefe vom 11. December, „nicht von der deutschen Sache, denn diese ist mir theuer, aber von einer Stellung, welche von Tag zu Tag drückender und unwürdiger wird. Jeder zerrt, jeder drängt, von keiner Seite Unterstützung." Und an einer späteren Stelle dieses Briefes fährt der Erzherzog fort: „Wenn ich am Ende meiner Amtirung auf das, was ich erfahren, zurückblicke, so muß ich das Urtheil sprechen, daß ich weit leichter mit dem Volke als mit den Regierungen verhandelt und etwas zu Stande

[1]) An Wessenberg. Frankfurt, 14. September.

[2]) Wessenberg an Metternich. Feldkirch, 15. Februar 1830.

gebracht hätte. Diese letzteren sind nicht klüger geworden und sehen nicht ein, wohin sie kommen. Hätten sie treu, offen und mit allen ihren Mitteln zu mir gehalten, wo stünde jetzt die deutsche Sache!"

Mit der Rückkehr des Erzherzogs aus Frankfurt nach seiner geliebten Steiermark war übrigens weder seine noch Wessenbergs Theilnahme an den deutschen Angelegenheiten erloschen. Nach wie vor wurden sie lebhaft zwischen ihnen erörtert, aber wo möglich noch eingehender besprachen sie die vielen so unendlich schwierigen Fragen, welche in Oesterreich selbst ihrer Lösung harrten. In vielleicht noch ausgedehnterem Maße war dieß in der Correspondenz der Fall, welche sich im April 1849 zwischen Wessenberg und dem nunmehr als Gesandter im Haag beglaubigten Freiherrn von Doblhoff entspann. Gleich in einem der ersten seiner Briefe spricht Wessenberg über sich selbst und seine eigenen Ueberzeugungen sich rückhaltlos aus. „Ich kann nicht zugleich," sagt er darin, [1]) „zwei Systemen huldigen; meine Ansichten sind unabhängig von persönlichen Gelüsten. Ich kann irren, nur nicht in meiner Liebe zum Vaterlande. Mit einem Fuße nahe an der letzten Herberge, kann ich nur noch meine Erfahrungen darbieten. Wenn ich bedenke, daß ich dem ersten Nationalfeste in Frankreich 1791 beigewohnt habe und auf Alles zurückblicke, was seither geschah, so glaube ich zu träumen. Sechzig Jahre waren nicht hinreichend, um die Menschen über ihre Interessen aufzuklären, viel weniger sie zu bessern. Das Drama der socialen Umwälzung ist noch nicht seinem Ende nahe, es fehlen noch ein paar Acte."

Zwei der gewichtigsten Fragen, der finanziellen und der ungarischen sich zuwendend, sagt Wessenberg, daß er dem Finanzminister Krauß „tüchtig eingeheizt" habe. „Unsere Passivität," fährt er fort, „wird keinen Zwanziger an das Tageslicht locken. Krauß scheint mir beinahe dem Fatalismus verfallen; es sind aber große, durchgreifende Maßregeln nothwendig, um Hilfe zu schaffen. Jeder Besitzende ist zu Opfern bereit, wäre es auch nur um zu wissen, was ihm noch bleibt."

„Mit trüben Augen blicke ich auf das große Schlachtfeld in Ungarn hin. Soll das fruchtbare Banat noch mit dem Blute von Russen, Magyaren, Serben, Slaven und Deutschen getränkt werden? Möge die ungarische Frage, für Oesterreich eine Lebensfrage, richtig aufgefaßt worden sein! Haynau schreibt donnernde Proclamationen

---

[1]) An Doblhoff, 4. August 1849.

mit dem Säbel, welche Feder wird den Act der Versöhnung unterschreiben?"

Nicht allein in seinen Privatbriefen sprach Wessenberg in diesem Sinne sich aus, auch dem österreichischen Ministerium gegenüber trat er trotz der gegründeten Besorgniß, bei ihm kein Gehör zu finden, doch offen mit seinen Ansichten hervor. Es war gleichfalls im August 1849, daß er an den Fürsten Felix Schwarzenberg eine Denkschrift über die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Behandlung der Ungarn, dieses „fanatischen, verführten, aber energischen Volkes" abgehen ließ. „Ich habe die Punkte bezeichnet," schreibt er darüber an Doblhoff [1]), „in welchen alle Parteien, Conservative, Liberale und Radicale sich einstimmig aussprechen würden. Nun glaubt man mit materiellen Begünstigungen eine Bekehrung bewirken zu können; diese werden sicherlich nicht hinreichen. Die Ungarn sind keine Liliputaner, die sich mit Bonbons abspeisen lassen. Die Regierung kann die Wichtigkeit Ungarns nicht verkennen, welche für Oesterreich noch in dem Maße zunehmen muß, als es immer mehr gegen Osten hingewiesen wird. Allein nicht nur in politischer, auch in materieller Beziehung muß Ungarns Bedeutung zunehmen. Dort liegen vorzüglich neue Hilfsquellen sowohl für die Finanzen als für die Militärmacht. Jetzt herrscht eine Art Anarchie in dem schönen, fruchtbaren Ungarn; man wußte nicht zu rechter Zeit großmüthig zu sein, man vergaß, daß das Ende jeden Streites der Friede sein muß und erfährt nun, daß ein nicht pacificirtes Land sehr ähnlich mit einem feindlichen ist. Es gibt eine Strenge, die gerecht ist, allein es gibt auch eine Klugheit, eine Politik, auf Menschenkenntniß gebaut, welche noch gerechter ist als Strenge." Und an den Erzherzog Johann schreibt Wessenberg um dieselbe Zeit in ähnlichem Sinne. „Eine Insurrection," sagt er, „ist ein häuslicher Zwist, das Ende jeden Zwistes aber muß Versöhnung, muß Frieden sein." [2])

In kaum geringerem Maße als durch die Angelegenheiten Ungarns wurde Wessenbergs Aufmerksamkeit durch die Frage in Anspruch genommen, welche damals die maßgebenden Kreise in Wien vorzugsweise beschäftigte, ob der durch die octroyirte Verfassung vom 4. März 1849 betretene constitutionelle Weg auch noch fernerhin eingehalten, oder ob derselbe einfach verlassen und zu dem früheren

[1]) Freiburg, 28. Juni 1850.

[2]) An den Erzherzog Johann. Luzern, 6. Juni 1850.

absolutistischen System zurückgekehrt werden solle? Auch hierüber sprach Wessenberg sich in seinen Briefen an Doblhoff mit vollster Offenheit aus: „Eine Verfassung," heißt es in dem vom 16. Mai 1851, „eine definitive, den Umständen und den Staatsbedürfnissen angemessene politische Organisation thut Noth, namentlich in Beziehung auf unsere Finanz- und Geldverhältnisse, sowie nicht minder für die Herstellung der inneren Ruhe und des inneren Friedens."

Immer wieder kehrt Wessenberg zu diesem Gedankengange zurück. „Ohne Verfassung," schreibt er schon am 9. Juni 1851 neuerdings an Doblhoff, „kein Credit, ohne Credit Ruin. Ohne Verfassung keine Sicherheit, keine Zukunft. Ohne eine gesetzliche, zweckmäßige Volksvertretung keine dauerhafte, keine genügende Verfassung. Diese Ansichten waren von jeher die meinigen und ich sehe nicht, daß etwas solche entkräftet hätte."

„Man mag es anfangen wie man will," sagt Wessenberg etwa vier Monate später in einem Briefe an Isfordink, „ohne Verfassung kein Staatscredit, ohne Staatscredit fortwährendes Deficit, nach und nach Ohnmacht und finaliter Unmacht." Den sehnlichen Wunsch spricht er aus, daß diese Ansichten auch in Wien zum Durchbruche kämen, aber die Hoffnungen, die er dafür hegt, sind gering. Auch von der zu jener Zeit sich vollziehenden Rückkehr des Fürsten Metternich nach Wien erwartet er nichts. „Daß unter seiner langen Administration," sagt er hierüber, „keine Staatsmänner für die Zukunft gebildet wurden, ist bekannt. Ich freue mich für ihn persönlich, daß er nach erlittenen Mißgeschicken wieder ruhig in der Heimat erscheinen kann, allein ich lege seiner Rückkehr nicht die mindeste Wichtigkeit bei. Wenn die öffentliche Meinung, wenn das Bedürfniß der Regierungen sowie das der Völker gewechselt hat, so müssen wohl auch die Formen der Regierung sich ändern, denn die früheren können nicht mehr genügen. Das ganze Geheimniß der Revolutionen ist hierin gelegen." [1])

Auch jetzt wieder hielt Wessenberg so wie in den vertraulichen Briefen an seine Freunde auch gegen Personen, die in hervorragendem Maße an den Regierungsgeschäften betheiligt waren, mit seiner Meinung nicht zurück. Von einem seiner Schreiben an Kübeck, den Präsidenten des neu errichteten Reichsrathes sagt er selbst: „Ich

---

[1]) An Isfordink. Freiburg, 3. October 1851. I. S. 294.

habe unverholen auseinandergesetzt, wie nachtheilig, wie gefährlich, wie widerrechtlich es wäre, nunmehr ganz von einer Verfassung abstrahiren und mittelst einzelner Verfügungen regieren zu wollen. Ich gab deutlich zu verstehen, daß an den einmal zugesicherten persönlichen und Eigenthumsrechten nichts geändert oder geschmälert werden dürfe, sowie daß der Staatshaushalt eine Bürgschaft erhalten müsse, ohne welche kein Staatscredit möglich und denkbar sei, und diese Bürgschaft könne sich nur in der zu gebenden Verfassung finden. Ich habe gegen die Fortdauer der Militärherrschaft gepredigt und dargestellt, daß die Macht des Monarchen nichts verlieren würde, wenn er sich freiwillig an die Berathung, wo nicht Zustimmung einer prüfenden Behörde, welchen Namen solche auch haben möge, binden würde, und daß er sein Ansehen nicht sicherer bewahren und geltend machen könne, als wenn er im Stande ist, sich in allen seinen Handlungen auf das Gesetz zu berufen. Sie sehen, ich kämpfe so gut als möglich auch fern vom Schlachtfeld." [1])

Dießmal hatte sich Wessenberg nicht darüber zu beklagen, daß seine Briefe nach Wien von dorther ohne Erwiederung blieben. „Aus den Antworten Kübecks ersehe ich," schreibt er an Doblhoff,[2]) „daß man in großer Verlegenheit ist, indem bisher kein Einverständniß zwischen dem Reichsrath und dem Ministerrath bezüglich der Hauptfrage bestand. Kübeck sucht mich natürlich zu beruhigen, sowie mich auch Krauß in Folge meines Aufsatzes über den Finanzzustand zu beruhigen gesucht hat. Ich habe mit demselben einigen Schrecken in Wien verbreitet; ich erhielt von fast allen Ministern Briefe darüber, aber wie es scheint, nur um mich zu beschwichtigen. Das gemachte Anlehen, welches im September 1850 günstigere Resultate geliefert hätte als jetzt, ist nur ein einzelner Schritt zur Verbesserung unserer Geldverhältnisse. Bleibt er isolirt, so wird er wenig helfen, hier müsse viribus unitis gehandelt werden, von Seite der Regierung, von Seite der Bank, von Seite aller Interessenten. Allein Alles ist nur halbe Arbeit, so lang wir keine Verfassung, keine definitive politische Organisation haben."

O Oesterreich, o Oesterreich,
Du bist so schön, Du bist so reich,
Verfassung aber hast Du keine,
Und mit dem Geld kommst nie ins Reine! [3])

[1]) An Doblhoff. Freiburg, 1. October 1851.

[2]) Voriger Brief.

[3]) Auch bei Isfordink I. 299 abgedruckt.

Mit diesen in einer Art von Galgenhumor hingeworfenen Knittelversen beginnt Wessenberg seinen nächsten Brief [1]) an seinen Freund Doblhoff. Aber Wessenbergs heitere Stimmung, wenn es eine solche war, welche ihm diese Verse eingab, schlug in ihr Gegentheil um, als er in der Wiener Zeitung vom 1. Januar 1852 das Patent las, durch welches die Verfassung vom 4. März 1849 außer Kraft erklärt und durch sogenannte „Grundsätze für organische Einrichtungen in den Kronländern des österreichischen Kaiserstaates" ersetzt wurde. „Damit das Staatsschiff leichter segle," sagt er hierüber,[2]) „werden die lieben Grundrechte, welche sogar Israels Kinder erfreut hatten, als Preßfreiheit, Volksvertretung, Schwurgerichte u. s. w. über Bord geworfen. Keine Verfassung, sondern nur Grundsätze, nach denen regiert und verwaltet werden soll; eine neue Erfindung, die mit drei Großkreuzen [3]) belohnt worden ist, vom Staatshaushalt, dem Budget, der Oeffentlichkeit der Finanzwirthschaft ist nicht die Rede. Man glaubt nun das Repräsentativsystem zu Grabe getragen und freut sich der absolutistischen Gelüste des neuen Napoleon!"

Der Staatsstreich, den dieser am 2. December verübt hatte, wird von Wessenberg natürlich aufs Entschiedenste verurtheilt. Derselbe gehöre, sagt er über ihn, zu den Unternehmungen, welche nur im Erfolge ihre Entschuldigung fänden; an Rechtfertigung habe wohl noch nie ein Usurpator gedacht. Nicht durch Principien, sondern nur durch Thatsachen würden die Entscheidungen herbeigeführt, durch Thatsachen, welche meistens das Werk der Gewalt oder des Zufalls seien.[4]) Nicht auf den Sympathien des Volkes beruhe die von Louis Napoleon jetzt errungene Macht, sondern nur auf der Furcht der Besitzenden und derer, die von ihrem Erwerbe leben. Denn nur durch Gewalt, mit List verbunden, konnte sie gewonnen werden, und nur durch den Terrorismus, mit dem sie begann, nur durch Verhaftungen, Deportationen und Absetzungen sowie durch Verschwendungen an die Armee vermöge sie sich zu behaupten.[5])

---

[1]) Vom 17. November 1851.

[2]) An Doblhoff, 13. Januar 1852.

[3]) Schwarzenberg und Kübeck erhielten das Großkreuz des St. Stephansordens, Bach das des Leopoldordens.

[4]) An Doblhoff. Freiburg, 18. December 1851.

[5]) An den Erzherzog, 21. December 1851.

XVIII.

Die letzte Lebenszeit.

Zu den beiden wichtigen Ereignissen, welche Wessenberg so nahe gingen, der Zurücknahme der österreichischen Verfassung und dem Staatsstreiche in Frankreich gesellte sich um die Jahreswende von 1851 auf 1852 ein drittes, allerdings nicht dem öffentlichen Leben angehöriges, das ihn schmerzlichst berührte, die schwere und gefahrdrohende Erkrankung des Erzherzogs Johann. Wohl finden wir diesen in den letzten Tagen des Januar schon wieder im Stande, an Wessenberg zu schreiben,[1]) aber noch im März ist seine Reconvalescenz nicht beendet und er klagt darüber, daß er nach zwölfwöchentlicher Haft in seiner Stube auch noch fernerhin an dieselbe gebannt sei.[2]) Wenngleich noch nicht im Besitze seiner körperlichen, so war er doch stets in dem seiner geistigen Kräfte; die Schreiben, die er an Wessenberg richtete, geben Zeugniß dafür, und neuerdings werden zwischen ihnen die bedeutendsten politischen Fragen eingehend erörtert. Auch in den Briefen Wessenbergs an Doblhoff sowie an Isfordink ist dieß ununterbrochen der Fall und so hebt er denn insbesondere dem Letzteren gegenüber die Wichtigkeit hervor, welche der am 5. April 1852 so plötzlich eingetretene Tod des Fürsten Felix Schwarzenberg für Oesterreich besaß. Obgleich dieser seit den in Olmütz gemeinsam verlebten Tagen einer näheren Verbindung mit Wessenberg aus dem Wege gegangen war, so fand er doch in ihm einen keineswegs ungerechten Beurtheiler. Er stimme im Allgemeinen, erklärte Wessenberg,[3]) den Lobsprüchen bei, welche man dem Fürsten Schwarzenberg spende, denn dessen Stellung sei wahrlich

---

[1]) An Wessenberg. Graz, 26. Januar 1852.

[2]) An Wessenberg. Graz, 2. März 1852.

[3]) An Isfordink. Freiburg, 17. April 1852. II. 51.

keine leichte gewesen, aber er vermöge ihn doch nicht als den einzigen Retter des Thrones und der Monarchie anzuerkennen. Denn der Kaiser sei schon von dem Augenblicke seiner Ankunft in Olmütz an gerettet, weil wieder im vollen Besitze seiner freien Bewegung gewesen. Und von sich selbst sagt er bei diesem Anlasse, er habe sich schon in Innsbruck mit ähnlichen Planen getragen, deren Ausführung jedoch durch die Unentschlossenheit des Hofes vereitelt worden sei.

Lebhaftere Sympathien als für Schwarzenberg hegte Wessenberg für eine andere militärische Persönlichkeit Oesterreichs, den nachmaligen Feldmarschall Freiherrn von Heß. Er nennt ihn einen ausgezeichneten Mann und lobt seine Fähigkeiten als Chef des Generalstabes sowie seine angenehmen Verkehrsformen. Auch scheine ihm sein Charakter ruhiger als der des Generals Schönhals zu sein. Hiedurch gleichsam von selbst auf die Eifersucht kommend, welche in dem Buche des Letzteren über den italienischen Feldzug in Bezug auf Heß bemerkbar wird, meint Wessenberg, daß derlei Fälle nicht selten seien, und wenn sie sich ereignen, die Meinung des Oberbefehlshabers als die entscheidende gelten müsse; hiefür sei der Erzherzog Karl der richtige Mann gewesen. Hätte er sich im April 1800 noch bei der Armee befunden, so wären die Schlachten bei Engen und bei Möskirch gar nicht geliefert und daher auch nicht verloren worden. „Nur bei Wagram," fährt Wessenberg fort, „ließ er sich zu einer falschen Ansicht verleiten, seine Anhänger warfen dann das Mißlingen auf den Erzherzog Johann, mit Unrecht, wie auch Vehse in seinen heillosen Memoiren richtig bemerkt. Kray war kein Mann der Entscheidung, auch Grünne hat ihm viel geschadet. Dieser war kein Stratege, sondern ein Schöngeist, wobei ich ihm seine Anhänglichkeit an die Person des Erzherzogs nicht abspreche. Er war gegen den Krieg im Jahre 1809, woran er Recht hatte; auch ich war dagegen. Der Augenblick war verfrüht, Napoleon noch nicht hinlänglich mitgenommen von den kriegerischen Ereignissen, Rußlands Stellung noch sehr zweideutig. Indessen hat uns der Krieg von 1809 die Schlacht von Aspern gebracht, wo zuerst Napoleons Unfehlbarkeit einen Stoß erlitt." [1])

Nur selten verlor sich jedoch Wessenberg in seinen Briefen in Erinnerungen an die Vergangenheit. Fast immer ist es ausschließlich

[1]) An Isfordink. Freiburg, 19. Juli 1852. II. 93.



die Gegenwart, die ihn eifrigst beschäftigt, und da sind es denn auch noch fortan vor Allem die österreichischen Finanzen, deren Zustand und deren Verwaltung sein lebhaftes Interesse sich zuwendet. Insbesondere Doblhoff gegenüber kommt er stets wieder von Neuem auf sie zurück. Glücklich würde er sein, schreibt er ihm, wenn er nur endlich einmal einen Anfang zu zweckmäßigen Maßregeln zu erblicken vermöchte. „Man sagt zwar,“ heißt es in seinem Briefe vom 8. April 1852, „man müßte nur langsam zu Werke gehen, allein wenn man dieß zu langsam thut, dürfte der kranke Körper schon während der Cur in vollkommene Abzehrung gerathen. Ich bitte mich nicht als einen Frondeur zu betrachten. Die Opposition ist nicht meine Sache, ich möchte der Regierung eben so gern helfen wie dem Staate, die sich ja von einander nicht trennen lassen, ich bin nur noch eine Ruine, aus welcher keine Rathschläge ein Echo finden. Es fehlt der erhabene Geist, der eine glückliche Entscheidung herbeizuführen vermag. Es sind in Wien zu viele Interessen im Conflict. Die Bank war bisher der Spielball der Wiener Speculanten. Sie war in den Händen der Banquiers und einiger Geldmänner, diese speculirten vom Unglück des Ganzen. Wie Pipitz, ein guter Kanzleidirector, in einem so wichtigen Augenblicke zur Stelle eines Bankgouverneurs auserwählt werden konnte, ist mir noch ein Räthsel. Der Gouverneur hat die Aufgabe, die Verwaltung der Bank genau und den Statuten gemäß zu controliren und nicht jene, ihre Ausschweifungen zu rechtfertigen; hiezu gehört Festigkeit und Kenntniß. Allerdings hat die Regierung von dem Credit der Bank selbst einen so übermäßigen Mißbrauch gemacht, daß sie die Augen zuzudrücken für gut gefunden hat. Der vorige Bankdirector [1]) sah sehr klar in der Sache und es machte ihm Ehre, daß er nicht länger im Amt bleiben wollte.“

Daß Wessenberg trotz den vielen Ausstellungen, die er nach seiner Ueberzeugung an dem Gange der damaligen österreichischen Regierung zu machen hatte, doch, wie er selbst es betheuert, nichts weniger als ein Frondeur war, wird durch viele in seinem Briefwechsel enthaltene Aeußerungen außer Zweifel gestellt. Um aus ihnen nur eine einzige hervorzuheben, möge hier die Art und Weise erwähnt werden, in der er die in der zweiten Hälfte des December 1852 voll-

[1]) Karl Freiherr von Lederer, geb. 1772, gest. 1860.

zogene Reise des Kaisers Franz Joseph nach Berlin bespricht. „Die Reise unseres jungen Monarchen," heißt es in seinem Briefe an Doblhoff vom 3. Januar 1853, „war ein glücklicher Entschluß. Abgesehen von dem rauschenden Beifall, den seine Persönlichkeit in der preußischen Hauptstadt erntete, war sein Erscheinen daselbst nach meiner Ansicht höchst politisch und die Wahl des Zeitpunktes eine ungemein glückliche. Daß der jugendliche Monarch die Initiative ergriff, um das fortbestehende Einverständniß zwischen den beiden deutschen Großmächten bezüglich der allgemeinen politischen Interessen kundzuthun und wie mit einem Zauberschlage alle darüber cursirenden irrigen Meinungen auf einmal niederzuschlagen, macht zugleich seinem Herzen und seinem Verstande Ehre. Der Besuch zu Berlin bildet eine Epoche in seiner Regierungsgeschichte, auf welche er mit Befriedigung zurückblicken darf. Er soll auch sehr vergnügt über diese Reise sein." [1])

Da solche Gesinnungen Wessenbergs Herz erfüllten, kann man wohl denken, welch erschütternden Eindruck auf ihn die Nachricht von dem durch Libényi auf den jungen Kaiser verübten Mordanfalle hervorbrachte. „Auch das Unerhörte sollten wir erleben," schreibt er am 23. Februar 1853 an den Erzherzog, „ein Attentat auf das Leben unseres Kaisers? Auch in den schlimmsten Tagen des verhängnißvollen Jahres 1848 hat sich nicht die mindeste Spur solcher Verruchtheit gezeigt. Ich will noch hoffen, daß der Thäter vereinzelt wie ein Wütherich dastehen möge! Die göttliche Vorsehung hat sich indessen wieder gnädig und schützend kundgethan und erfreulich ist die Sympathie, welche sich bei diesem Anlasse in allen Theilen Deutschlands für unseren Kaiser offenbart." Insbesondere war es die Adresse, welche die Stadt Frankfurt als Zeichen ihrer Theilnahme dem österreichischen Bundestagspräsidenten übergab, die, als vorzüglich gelungen, Wessenbergs lebhaften Beifall fand.

Drei Wochen später kommt er dem Erzherzog gegenüber auf dieses Ereigniß zurück. Indem er ihm seine Freude über dessen Wohlbefinden ausspricht, fährt er in seinem Briefe vom 19. März 1853 fort: „Das Attentat auf unseren Kaiser, welches so schnell auf die neuen Meutereien in Mailand folgte, war allerdings geeignet, die

[1]) Vergl. auch Wessenbergs Briefe an Isfordink vom 22. und 24. December 1852. II. 138, 140.

festeste Gesundheit zu erschüttern. Der Gott der Gnade hat über Oesterreich gewacht, er wollte vielleicht die Herzen der Oesterreicher prüfen und sie haben sich bei diesem Anlasse erprobt. Die Frau Erzherzogin Sophie ist so gnädig gewesen, mir durch ihre Oberst-hofmeisterin ihre Rührung über die auch in den hiesigen, ehemals österreichischen Ländern kundgegebene Theilnahme ausdrücken zu lassen. Ich habe letzten Montag durch ein solennes Hochamt und Absingung des Te deum die Genesung des Kaisers feiern lassen; die Kirche war gesteckt voll."

Aber nicht nur an den schmerzlichen, auch an den glücklichen Begebenheiten im österreichischen Kaiserhause nahm Wessenberg den innigsten Antheil. In Worten voll tiefer Empfindung gab er seiner Freude über die Verlobung, sowie später über die Vermälung des Kaisers Franz Joseph mit der Herzogin Elisabeth in Baiern lebhaften Ausdruck. [1]) Und so wie dem jugendlichen Paare auf Oesterreichs Throne, so brachte er auch Allem, was die übrigen Mitglieder des Kaiserhauses anging, das wärmste Interesse entgegen. Wir wollen aus deren Reihe nur zwei, die beiden Töchter des verstorbenen Palatins von Ungarn, Erzherzogs Joseph hier erwähnen, die er mit besonders wohlgefälligen Augen betrachtete. Nachdem sich die jüngere, die Erzherzogin Marie, mit dem Herzoge von Brabant vermält hatte, berichtet Wessenberg dem Erzherzoge, daß alle Nachrichten, die er über sie aus Belgien erhalte, nur sehr günstige seien. Durch dieselben werde außer Zweifel gestellt, daß sie die erforderlichen Eigenschaften besitze, sich große Beliebtheit zu erwerben. „Sie braucht nur zu zeigen," sagt er hierüber, „daß sie ihr neues Vaterland liebt, und sie wird allgemein geliebt sein. Es ist noch Charakter in den belgischen Familien, und die Kaiserin Maria Theresia hat niemals aufgehört, dort in hohem Andenken zu stehen. Die Belgier sind sehr empfänglich für Höflichkeit und für Zeichen des Wohlwollens. König Leopold wird ihr gewiß die besten Rathschläge geben. Ihr Abschied von ihrem Bruder Stephan in Schaumburg soll rührend gewesen sein. Der Schmerz der Trennung verließ sie, wie ich von dem sie dahin geleitenden preußischen General weiß, auf der ganzen Fahrt bis nach Köln nicht."

Von noch größerer Wärme erfüllt zeigen Wessenbergs Worte sich dort, wo er von der älteren Schwester, der Erzherzogin Elisabeth

[1]) An den Erzherzog, 21. Sept. 1853, 1. Mai 1854.

spricht. In dem fast noch kindlichen Alter von sechzehn Jahren mit dem Erzherzog Ferdinand von Oesterreich-Este vermält, hatte sie schon zwei Jahre später ihren Gemal verloren, und nichts war natürlicher als die Erwartung, die in seltener Schönheit prangende jugendliche Witwe einen neuen Ehebund eingehen zu sehen. Als sie sich endlich, nach mehr als vierjähriger Witwenschaft, im April 1854, hiezu entschloß, sprach Wessenberg dem Erzherzog Johann gegenüber seine freudige Theilnahme aus. In jeder Hinsicht verdiene sie, sagt er von ihr, glücklich zu sein. Nicht leicht habe ihn „eine edlere Gestalt in Verbindung mit einem offeneren Geiste" in so hohem Maße angesprochen, als dieß bei ihr der Fall gewesen sei.[1])

Das tiefe Gefühl, welches diesen Aeußerungen Wessenbergs zu Grunde liegt, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß er ein solches auch für die in seiner eigenen Familie sich zutragenden Ereignisse besaß. Leider können dieselben, im Ganzen und Großen betrachtet, nur traurige genannt werden. Ein Sohn Namens Heinrich und zwei Töchter waren ihm in seiner Ehe geboren worden, und fruchtlos sehen wir Wessenberg bemüht, den Ersteren in eine Stellung zu bringen, von der aus sich für ihn eine ehrenvolle Laufbahn hätte erwarten lassen. Bald nach seiner Rückkehr von den Londoner Conferenzen, und zwar Anfangs Juni 1834 trat Wessenberg an den Fürsten Metternich mit der Bitte heran, seinem damals dreiundzwanzigjährigen Sohne durch dessen einstweilige Zutheilung zu einer Gesandtschaft zweiten Ranges den Eintritt in den diplomatischen Dienst zu eröffnen. Ohne den Umstand zu verschweigen, daß es seinem Sohne an vollständig zurückgelegten Universitätsstudien gebreche, meinte doch Wessenberg, daß dieser Mangel durch die allgemeine Bildung, das einnehmende Betragen und endlich durch die festen Prinzipien seines Sohnes so ziemlich ersetzt werde. Derselbe habe, so sagt er von ihm, früh genug die Thorheit der neuen Doctrinen erkennen gelernt und sei von ihnen nicht angesteckt.[2])

Auch Metternich meinte, dem jungen Wessenberg fehle es trotz der Unvollständigkeit seiner Universitätsstudien an der zum Eintritt in die diplomatische Laufbahn erforderlichen Vorbildung nicht, und er trug „in Rücksicht auf die Verdienste des Vaters" beim Kaiser

[1]) Freiburg, 1. Mai 1854.

[2]) Wessenberg an Metternich. Feldkirch, 2. Juni 1834.



darauf an, den Sohn bei einer sich ergebenden Gelegenheit bei irgend einer österreichischen Gesandtschaft als Attaché unentgeltlich verwenden zu dürfen, damit sich vor einer wirklichen Anstellung seine Tauglichkeit gehörig erprobe. [1]) Aber mit Worten, aus denen eine gewisse Mißstimmung recht sichtlich hervorleuchtet, wurde Metternichs Vorschlag vom Kaiser, wenigstens vor der Hand, abgelehnt. „Sie werden," entgegnete er ihm mit eigener Hand, „den jungen Wessenberg nicht eher in meine Dienste eintreten lassen, als bis man von seiner vollständigen Tauglichkeit zu selben und seinen guten Grundsätzen in jeder Hinsicht versichert ist."

Es scheint nicht, daß diese vom Kaiser aufgestellte Vorbedingung jemals erfüllt wurde. Ohne daß von ihr und der Anstellung des jungen Wessenberg wieder die Rede gewesen wäre, lebte derselbe theils in Freiburg und Feldkirch, theils auf dem Gute seines Vaters in Böhmen ohne eigentliche Beschäftigung fort. Im Jahre 1837 vermälte er sich mit Ludovika Freiin von Schaumburg-Herlisheim, die ihm zwei Kinder schenkte, eine Tochter Olga und einen Sohn, der auf die Namen Philipp Heinrich getauft wurde.

Im März 1844 finden wir Wessenberg neuerdings bemüht, seinem Sohne eine gewisse Stellung zu verschaffen. Er bewirbt sich für ihn um die Würde eines österreichischen Kämmerers, aber neuerdings fruchtlos. Auch jetzt läßt er nicht unerwähnt, daß in Anbetracht der „zwar ehrbaren, aber unadeligen Geburt der Mutter," eine der wesentlichsten Vorbedingungen zur Erfüllung seines Wunsches fehle. Aber er weiset gleichzeitig auf die Ausnahmen hin, welche in ähnlichen Fällen bereits gemacht worden seien, und hofft, daß in Anbetracht seiner fast fünfzigjährigen Dienstleistung auch für seinen Sohn eine solche platzgreifen werde. [2]) Dennoch blieb dieselbe ganz ohne Berücksichtigung, und so schmerzlich dieß auch für Wessenberg gewesen sein mag, so kann man doch auch jetzt wieder nicht sagen, daß in der Verweigerung einer ausnahmsweisen Begünstigung irgend eine Ungerechtigkeit für ihn lag.

Dem im Jahre 1811 geborenen Sohne Wessenbergs waren schon früher zwei Töchter, Henriette, im Jahre 1807, und Ludovika, 1808 geboren, vorhergegangen. Die Erstere verheiratete sich, zwanzig

[1]) Metternich an den Kaiser, 17. Juli 1834.

[2]) Wessenberg an Metternich. Freiburg, 2. März 1844.

Jahre alt, mit dem Grafen Georg Wenzel von Boos-Waldeck, Oberst-hofmeister der Prinzessin Louise von Preußen. Die jüngere, Ludovika Franziska, vermälte sich drei Jahre später mit dem Grafen Friedrich Alexander von Blankensee; sie war das erste der Kinder Wessenbergs, welches der Tod seinen Eltern entriß. Sie starb schon 1843, und 1848 folgte ihr Wessenbergs einziger Sohn. Ihm blieb nur noch seine älteste Tochter, aber ein sehr schweres Lungenübel, an dem sie litt, ließ auch für sie kein langes Leben erwarten. Nachdem sie Monate lang in Coblenz darnieder gelegen, wurde sie im Mai 1853 nach Freiburg zu ihren Eltern gebracht, bei denen sie nun einige Zeit hindurch verweilte. Aber freilich verpflanzte die Aufnahme der schwer-kranken Frau keine fröhlichere Stimmung in Wessenbergs Haus. Und die tiefste Niedergeschlagenheit kehrte in dasselbe ein, als im December 1853 seine hochbetagte Frau, mit der er gerade ein halbes Jahrhundert in glücklicher Ehe gelebt hatte, ganz plötzlich ein Schlag-anfall traf.[1]) Ohne für den Augenblick wenigstens ihr Leben zu ge-fährden, raubte er ihr doch für einige Tage die Sprache. Und ob-gleich diese wieder zurückkehrte, klagt doch Wessenberg, noch etwa drei Wochen später, daß seine Frau im Gebrauche ihrer rechten Hand stark beirrt sei.

Da auch Wessenberg selbst mit seiner Gesundheit nichts weniger als zufrieden war, so kann man sich denken, wie traurig es in seinem Hause aussah. Dasselbe gleiche, schrieb er noch vor dem Unfalle, von welchem seine Frau betroffen wurde, vollständig einem Spital. „Meine Tochter,“ sagt er hierüber, „die es in Vevey nicht aushalten konnte, weilt nun bei mir, immer kränkelnd; ihr älterer Sohn und meine Enkelin bedürfen auch großer Schonung.“

So nahe diese unerfreuliche Gestaltung seiner häuslichen Ver-hältnisse auch Wessenberg ging, so hielt sie ihn doch nicht davon ab, sich nach wie vor seinen gewöhnlichen Beschäftigungen zu widmen, und insbesondere den politischen Zeitereignissen gespannte Aufmerksam-keit zu schenken. Durch den Conflict, in welchen die Westmächte mit Rußland geriethen und der schließlich zum Krimkriege führte, wird sie aufs Höchste gesteigert, und unerschöpflich ist er in Kundgebung seiner Anschauungen über die Haltung, welche Oesterreich hiebei be-obachten solle. So gingen das Jahr 1854 und die erste Hälfte

[1]) An Isfordink, 30. December 1853, 19. Januar 1854. II. 227, 229.

des folgenden Jahres vorüber. Wenige Tage nachdem Wessenberg in erneuerte Klagen über den bedenklichen Gesundheitszustand seiner Tochter, die man nach einem kurzen Landaufenthalte in Badenweiler wieder zu ihm nach Freiburg gebracht hatte,[1] ausgebrochen war, in der zweiten Hälfte des Juni 1855 traf ihn selbst das Unglück, in seiner Stube zu fallen und sich das Bein am rechten Oberschenkel zu brechen. Anfangs von sehr argen Schmerzen gequält, erfreute er sich jedoch bald wieder einer allmäligen Besserung, aber noch fünf Wochen später klagt er über die ihm auferlegte Unbequemlichkeit beim Liegen im Bette und über die langen schlaflosen Nächte. In den letzten Augusttagen beginnen seine Versuche, auf Krücken durch die Zimmer zu schleichen, und wieder einen Monat später wagt er es, seine erste Ausfahrt zu unternehmen. Am 6. October aber schreibt er, vorerst der schrecklichen Ereignisse wehmüthig gedenkend, die vor sieben Jahren an diesem Tage sich zugetragen: „Noch bin ich nicht schmerzensfrei und ich führe im Grunde ein elendes Leben, aber die Geduld erleichtert es, das zu ertragen, was man nicht ändern kann.“[2])

Nur wenige Wochen vergingen und Wessenbergs Frau wurde von einem zweiten, noch viel heftigeren Schlaganfalle betroffen. Am 4. November starb sie eines leichten Todes. „Das Unglück verfolgt mich,“ schreibt Wessenberg hierüber, „dieses Jahr auf allen Wegen.“ Er sei physisch und moralisch völlig erschöpft und begreife nicht, wie er alle die Schläge des Schicksals zu ertragen vermöge.[3])

Hiemit waren jedoch dieselben noch immer nicht an ihr Ende gelangt. Nach langem Siechthum starb endlich, am 7. April 1856 das letzte seiner Kinder, die Gräfin Boos-Waldeck, und Wessenberg fand sich nun in Freiburg fast ganz vereinsamt. Nur seine noch bei ihm wohnende verwitwete Schwiegertochter und seine Enkelin leisteten ihm Gesellschaft, indem sie einen großen Theil des Tages bei ihm verweilten. „Aber den ganzen Morgen,“ schreibt er an Isfordink, „beschäftige ich mich auf vielfache Weise, das einzige Mittel, die Leiden zu vergessen. Ich fürchte nur die Nächte, welche mich noch öfters schlaflos lassen.“[4])

---

[1]) An Isfordink, 16. Juni 1855. II. 313.
[2]) An Isfordink, II. 324.
[3]) An Isfordink, 3. und 13. November 1855. II. 328, 329.
[4]) An Isfordink, 2. December 1855. II. 333.

Und in der That, Wessenbergs Briefe an seine gewöhnlichen Correspondenten können vor Allem als ein unwiderlegliches Zeugniß dafür gelten, daß er fortwährend seine Zeit auszufüllen wußte. Zwar wurden sie allmälig seltener als dieß früher der Fall war, aber was er überhaupt zu Papier brachte, läßt keineswegs auf eine Abnahme seiner geistigen Kräfte schließen. Insbesondere ist es sein alter Gönner, der Erzherzog Johann, dem gegenüber er sich noch immer in recht weitläufigen Darlegungen seiner politischen Ansichten ergeht. Und mit nicht geringerer Lebhaftigkeit spricht er über einen Aufenthalt in der Schweiz, den er, um Linderung seiner Leiden zu finden, im Hochsommer 1856 unternimmt. Aber freilich kann ihn bei seiner jetzigen Unbehilflichkeit der Anblick der Berge, von denen er einst so viele mit Leichtigkeit in jugendlichem Frohsinn erstiegen, nur wehmüthig berühren.[1])

Nachdem er Anfangs September 1856 aus der Schweiz, ohne daselbst ausgiebige Besserung seines leidenden Zustandes gefunden zu haben, nach Freiburg zurückgekehrt war, ging es allmälig immer rascher abwärts mit ihm, aber dennoch wurde hiedurch sein Interesse für die öffentlichen Zustände, insbesondere in Oesterreich nicht verringert. Obwohl kaum im Stande, schreibt er in einem seiner nun immer spärlicher werdenden Briefe an Isfordink,[2]) sich noch mit etwas zu beschäftigen, fühle er sich doch durch die österreichischen Finanzverhältnisse lebhaft beunruhigt. Und auch über Oesterreich hinaus, insbesondere nach der Schweiz und nach Frankreich schweifen seine Blicke. Aber die Schwierigkeit, das Ergebniß seiner Wahrnehmungen niederzuschreiben, war sichtlich im Wachsen, und wohl nur aus diesem Grunde finden sich aus dem Jahre 1857 keine Briefe mehr an den Erzherzog und an Doblhoff vor, während auch die an Isfordink immer kürzer und weniger werden. Fast in jedem stößt man auf einen tiefen Seufzer über seine traurige Lage, an welcher sein elender Gesundheitszustand wie sein Schmerz über den Verlust seiner nächsten Angehörigen gleichmäßig Schuld trügen. „Ich bin durch lauter Familientrübsale so verstimmt,“ schreibt er am 25. März 1857,[3]) „daß ich beinahe zu nichts fähig bin. Die letzten Tropfen des Kelches sind wahrlich zu bitter!“

---

[1]) Wessenberg an den Erzherzog, 27. August 1856.

[2]) 20. September. II. 357.

[3]) II. 370.

Im Juni dieses Jahres begab sich Wessenberg neuerdings nach Baden in der Schweiz, um wenngleich nicht Heilung, so doch Linderung seiner Leiden zu finden. „Das Uebrige wäre," schreibt er von dort, [1]) „noch ganz passabel, wenn ich nur nicht an der früher gewöhnten starken Bewegung gehindert wäre, welche Entbehrung auch auf meinen Geist und mein Gemüth nachtheilig wirkt."

So gering jedoch auch schon von vorneherein die Hoffnung gewesen sein mochte, von der sich Wessenberg zur Reise nach Baden bewegen ließ, so wurde doch auch sie vollständig getäuscht. Statt zu einer Besserung seines Zustandes zu gelangen, erkrankte er daselbst und mußte ganz unverrichteter Dinge nach Freiburg zurückkehren. Allerdings verließ er diesen seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort im September noch einmal, um bei seinem Bruder in Constanz einige Wochen zu verweilen. „Die Aerzte quälen mich fortwährend," heißt es in dem Briefe, den er aus dieser Stadt an Isfordink richtet, [2]) „mit ihren Besserungsaussichten und Rathschlägen, und obwohl ich fest überzeugt bin, daß alles verlorene Mühe ist und nichts mehr nützen kann, so bin ich doch schwach genug, ihnen zu folgen und habe mich auf ziemlich mühsame Weise hieher transportiren lassen, um bessere Luft einzuathmen." „Hätte ich nur," schreibt er etwas mehr als zwei Monate später, [3]) „den Gebrauch meiner Füße, so hätte ich Lust gehabt, diesen Winter in Graz oder in Nizza zuzubringen, was nicht gleichartig ist. Allein ein Lahmer hat keinen Willen mehr; ich vegetire nur noch und lebe buchstäblich von Entbehrungen."

In dem Briefe, aus welchem diese nun regelmäßig wiederkehrenden Klagen Wessenbergs über seine zerstörte Gesundheit hier angeführt werden, äußert er gleichzeitig seine Freude über einen Besuch, den er von seinem Freunde Doblhoff erhielt. „Ihm zu Liebe," sei dieser nach Freiburg gekommen, sagt er und er mochte es schmerzlich empfinden, daß ihr Zusammensein nur von kurzer Dauer sein konnte. In dem darauf folgenden Winter nahmen Wessenbergs Leiden in kaum erträglichem Maße zu. „Zumal war der Weihnachtstag martervoll," schreibt er am 4. Januar 1858 an Isfordink, und vier Wochen später [4]) sagt er, der Winter sei für ihn wahrhaftig eine

[1]) 11. Juni. II. 375.

[2]) 29. September. II. 379.

[3]) Vom 7. November. II. 381.

[4]) 6. Februar 1858. II. 383.

Qual. Im Mai erklärt er, daß er kaum mehr zu schreiben im Stande sei, und im Juni muß er einer fremden Hand sich bedienen, um Isfordink nicht ganz ohne Nachricht zu lassen. „Mein Unterleibsleiden verursacht mir namenlose Schmerzen," heißt es in diesem Briefe,[1]) „und meine Kräfte sind beinahe am Ende. Erzherzog Johann gedenkt mich hier im nächsten Monate zu besuchen, ich befürchte, er kommt zu spät."

Diese Besorgniß Wessenbergs ging jedoch nicht in Erfüllung. So sehr seine Schmerzen sich steigerten und so sichtlich seine Lebenskraft abnahm, so war er doch in den ersten Julitagen noch im Stande, den ihm angekündigten Besuch des Erzherzogs zu empfangen, und bei diesem Anlasse soll er eigentlich zum letzten Male in zusammenhängenden Sätzen gesprochen haben. Von diesem Zeitpunkte an konnte er sich nur noch schwer verständlich machen und er verfiel allmählig in einen ziemlich schmerzlosen Schlaf, der mit kurzen Unterbrechungen bis zu seinem Ende anhielt. Am 1. August 1858, um neun Uhr Abends trat dasselbe ein.[2])

Zwei Jahre später, am 9. August 1860, folgte Heinrich Wessenberg, gleichfalls schon weit über achtzig, seinem älteren Bruder ins Grab. Er war eine der edelsten Gestalten in der katholischen Geistlichkeit Deutschlands, und die Erinnerung an ihn dauert auch noch heut zu Tage in Constanz, seinem gewöhnlichen Aufenthaltsorte, den er reichlich mit frommen und wohlthätigen Stiftungen bedachte, in Verehrung und Anhänglichkeit fort.

Nach seinem Tode gab es, da auch Wessenbergs Schwiegertochter schon im Jahre 1857 gestorben war, nur mehr zwei Personen dieses Namens, Wessenbergs Enkel, das Geschwisterpaar Heinrich und Olga; aber Beiden war kein glückliches Los, sondern in nicht allzu ferner Zeit ein wahrhaft tragisches Ende beschieden. Der Bruder, welcher unvermählt geblieben war, erschoß sich, erst achtundzwanzig Jahre alt, am 3. Juli 1866, dem Tage der Schlacht bei Königgrätz, jedoch aus Gründen, die mit diesem traurigen Ereignisse in gar keinem Zusammenhange standen. Die Schwester, die ein etwas abenteuerliches Leben geführt zu haben scheint und sich schließlich in Gibraltar mit einem englischen Officier, dem Infanterie-Capitän Robert Edward Massie

---

[1]) 14. Juni. II. 390.

[2]) Isfordink II. 391.

vermählte,[1]) verlor gleichfalls auf gewaltsame Weise, bei einem Eisenbahnunglück in Frankreich ihr Leben.[2])

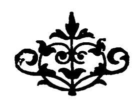
So wie über Wessenbergs Enkeln, so waltete auch über den von ihm hinterlassenen liegenden Gütern kein günstiger Stern. Sein Wohnhaus in Freiburg wurde verkauft, das hübsche alterthümliche Schlößchen zu Feldkirch aber, jetzt dem Grafen Blankensee-Fircks gehörig, ist zwar noch wohlerhalten, jedoch seit langen Jahren nicht bewohnt. Der früher so sorgfältig gepflegte Schloßpark ist verwildert und ein großer Theil desselben zur Nutzbarmachung des Bodens in Ackerland und Wiesen verwandelt. Auch in Dietteniß, Wessenbergs Gute in Böhmen, kann sich nur mehr die älteste Generation seiner noch erinnern. Sein dortiges Besitzthum ist durch eine seltsame Verkettung von Umständen in ganz fremde Hände, die des Johanniterordens, gelangt.

Wird in Dietteniß wie in Freiburg und in Feldkirch Wessenbergs Name bald gänzlich verschollen sein, so möge doch in Oesterreich nicht auch ein Gleiches geschehen. Denn nicht leicht hat irgend Jemand diesen Staat inniger und hingebender geliebt als er, ihm aufopfernder gedient, mehr für ihn gearbeitet, ertragen und gelitten, als dieß bei Wessenberg der Fall war. Darum wird ihm hoffentlich in diesem Lande wenigstens von denen, welche die beiden hervorragendsten Eigenschaften Wessenbergs, treues Festhalten an der eigenen Ueberzeugung und furchtloses Bekennen zu ihr zu den edelsten Mannestugenden zählen, ein ehrendes Andenken bewahrt werden. So wie anderswo, hat es ja auch in Oesterreich zu allen Zeiten nicht allzu Viele, die es hierin Wessenberg gleichthaten, und kaum Einen gegeben, der ihn noch übertraf.

---

[1]) Am 4. September 1857 in Zürich.

[2]) In dem von mir verfaßten Artikel über Wessenberg in der Allg. Deutschen Biographie Bd. XLII, S. 157, findet sich die durch einen Irrthum in dem mir mitgetheilten Stammbaum der Familie Wessenberg verschuldete unrichtige Angabe, Olga von Wessenberg sei mit Jules Favre vermählt gewesen, was authentischer Versicherung zufolge niemals der Fall war.



Sachregister.

Berichtigung.

Band I, Seite 9, Zeile 16 und Seite 10, Zeile 3 lies Gerbert statt Herbert.

